C 21734 D



Eurorevisionismus im Dienste der Reaktion S.24

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr.103 18.4.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

1. Mai Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse



Zügige Fortschritte machen die Vorbereitungen zum 1. Mai in vielen Städten. Unsere eigenen Anstrengungen sind darauf gerichtet – wie schon in den Jahren zuvor – möglichst breite örtliche Aktionseinheiten auf antikapitalistischer Grundlage zu initiieren, bzw. in ihnen mitzuarbeiten, um bei Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen die aktuellen Forderungen der Arbeiterklasse und anderer ausgebeuteter und unterdrückter Schichten des Volkes kämpferisch an die Öffentlichkeit zu bringen. Folgende Standpunkte gelten im KB als vereinheitlicht:

Breite antikapitalistische Bündnisse bilden

Breite antikapitalistische Bündnisse bilden

Ziel unserer Anstrengungen ist die optimale Zusammenfassung aller antikapitalistischen und fortschrittlichen Gruppen, Initiativen und Organisationen am Ort. Mit diesen Kräften wollen wir örtliche Aktionseinheiten (AE) herstellen. Politische Basis solcher AEs sollten Forderungen gegen die Innen- und Außenpolitik des westdeutschen Kapitals und seines Staates sein, sowie Parolen gegen die imperialistische Global-Politik. Insbesondere sollten Forderungen aufgestellt werden, die sich richten:

- Gegen den ständigen Reallohnabbau der werktätigen Massen, gegen Arbeitslosigkeit und „Spar"politik, gegen Preistreiberei, Mietwucher, staatliche Gebührenerhöhungen und Abbau der staatlichen Sozialleistungen;
- Gegen die besondere Benachteiligung, Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen, Jugendlichen, Ausländern, Arbeitslosen und Rentnern;
- Gegen den Abbau demokratischer Rechte des Volkes, gegen die politische Repression in allen sozialen Bereichen, gegen die allgemeine Rechtsentwicklung in der BRD und den besonderen staatlichen Terror gegen die Linke;
- Gegen das westdeutsche Atomprogramm in allen seinen Erscheinungsformen, gegen den Bau von AKW's, Wiederaufbereitungsanlagen, gegen atomare Bewaffnung der BRD, gegen Exportgeschäfte auf diesem Sektor;
- Gegen die aggressive Außenpolitik des BRD-Imperialismus, insbesondere gegenüber den Ländern der „dritten Welt", den Ländern des RgW, den schwächeren „Partnern" in der EG, gegen die Revanchepolitik besonders gegenüber der DDR und die Versuche, das „Modell Deutschland" nach Westeuropa zu exportieren;
- Gegen die weltweite Aggressionspolitik des US-Imperialismus, des Hauptfeindes der Menschheit.

Der Aufbau örtlicher Aktionseinheiten soll auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, stabilere Beziehungen einer solidarischen Zusammenarbeit verschiedener Sektoren der Linken mit längerfristigerer Tragfähigkeit herzustellen. Dabei sollten durchaus Anstrengungen unternommen werden, auch reformistische Sektoren der Linken in diese Zusammenarbeit einzubeziehen; ausgeschlossen werden sollten dabei pseudo„linke" Positionen der Vaterlandsverteidiger und Kriegshetze gegen die Länder des RgW. Fortsetzung auf S. 6

Atomprogramm in der Krise

Das bürgerliche Lager, das noch vor einem Jahr völlig einhellig den Atomstrom als d e n Zukunftsknüller überhaupt anpries, bietet heute das Bild breiter Konfusion.

Das Atomprogramm der Bundesregierung sei „durcheinandergeraten" erklärte jüngst NRW-Innenminister Hirsch, FDP („Frankfurter Rundschau", 13.4.77). Er forderte die „Verantwortlichen" auf, *„darüber nachzudenken, ob man sich hierzulande tatsächlich im vorgesehenen Ausmaß an die Kernenergie klammern solle oder ob man nicht generell das Steuer in der Energiepolitik herumwerfen müßte"* (ebenda).

Auf dem diesjährigen Atomforum, wo sich wie jedes Jahr die Creme der Kernenergie-Betreiber traf, war laut „Frankfurter Rundschau" (7.4.77) die *„Begeisterung für eine technische Entwicklung, die einmal die kommenden Jahrzehnte prägen sollte, ... längst verflogen. Mit einer gewissen Verzweiflung suchen sie nach einem Rettungsanker, nach einem Ausweg der gegenwärtigen Krise"*. Während bis zum Wahlkampf im letzten Herbst die Kernenergiedebatte von den bürgerlichen Parteien peinlichst vermieden wurde, liegen sich nun die bürgerlichen Politiker bis hinein in die Ministerrunde allenthalben in den Haaren. An der Börse ist *„der hoffnungsvolle Schwung jedenfalls, mit dem das Jahr angefangen hat, ... dahin ...*

Vor allem die Diskussion über Sinn oder Unsinn des Kernkraftwerksbaus" ist diesem Schwung *„in die Parade gefahren. Aktien aus diesen Unternehmensbereichen stehen seither unter Kursdruck"* („Frankfurter Allgemeine", 1.3.77).

1977 wird *„die Stunde der Wahrheit in Sachen Kernenergie schlagen"*, kündigte die „FR" an (28.12.76).

Selbst die hartgesottensten AKW-Befürworter, wie Wirtschaftsminister Friderichs, haben die hochgespannten Erwartungen zurückgesteckt. Statt 45.000 bis 50.000 Megawatt werden bis 1985 höchstens 30.000 Megawatt gebaut sein. Vorerst sollen „nur" die im Bau befindlichen AKW's weitergebaut werden; wann neue Genehmigungen erteilt werden, ist selbst innerhalb der Regierung völlig umstritten.

Alle sattsam bekannten „Argumente", warum der Ausbau der Kernenergie unumgänglich sei, werden heute breit in der SPD, FDP und Teilen der Presse bestritten.

Die Thesen von der angeblichen Energielücke in den 80er Jahren, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und dem Ende des Wirtschaftswachstums ohne den massiven Ausbau der Kernenergie geraten immer breiter ins Wanken. Neben dem zunehmenden Druck aufs Atomprogramm durch die schwunghafte Verbreiterung der Anti-AKW-Bewegung, kommt inzwischen der massive Druck der US-Imperialisten hinzu.

Seit Ende letzten Jahres sind die Uranlieferungen aus Kanada und den USA, die den Löwenanteil der Lieferungen an die BRD darstellen, gestoppt worden. Und das Hauptargument der AKW–Betreiber war gerade die angebliche „Unabhängigkeit" von der „Erpressbarkeit" durch die Erdöllieferländer.

Mit dem Lieferstopp wollen die US-Imperialisten erreichen, daß die BRD auf Lieferungen von Wiederaufbereitungsanlagen und Anreicherungsanlagen, wie etwa an Brasilien, verzichtet.

Mit diesen Lieferungen wollte sich der BRD-Imperialismus gerade die Uran-Vorkommen bzw. die „Unabhängigkeit" bei der Energie sichern.

Weiterhin wollen die USA mit ihrem Lieferstopp Druck ausüben, die sogenannte „Plutonium-Technologie", d.h. den Bau von Wiederauf- Fortsetzung auf S. 7

Nach dem Buback-Attentat: Der RECHTS-Staat marschiert



Die Bourgeoisie trauert um einen ihrer Eifrigsten. Der Aufwand ist entsprechend prächtig. Das „Bonner Wachbataillon" ist angetreten. Sicher nicht zum letzten Mal. (Siehe Artikel Seite 3)

Imperialisten überfallen Zaire

USA riskiert neues Vietnam in Afrika

In breit angelegten und international abgesprochenen Aktionen haben die imperialistischen Staaten USA, Frankreich, Belgien und – erstmals in dieser Offenheit – auch die BRD in Zaire militärisch interveniert. Diverse Flugzeugsendungen mit militärischen Hilfsgütern und sogenannter „humanitärer Hilfe", letztere nach eigener Darstellung aus der BRD, sind zur Unterdrückung des Volksaufstands in Zaire eingetroffen. Die USA und Frankreich haben ihren Statthalter in Nordafrika, den Feudalfaschisten Hassan II von Marokko veranlaßt, 1.500 Elitesoldaten Mobutu zeitlich unbeschränkt zur Verfügung zu stellen. Sie sind in einer generalstabsmäßig durchgeführten Luftbrücke durch die französische Luftwaffe von Marokko unmittelbar ins Aufstandsgebiet eingeflogen worden. Hassan II hat Mobutu weitere 1.500 Soldaten „bei Bedarf" angekündigt, so daß sich in kurzer Zeit voraussichtlich allein 3.000 marokkanische Soldaten im Auftrag und Sold des Imperialismus in Zaire befinden werden. Begleitet werden sie durch über 250 französische Offiziere, die in regulären Uniformen in Zaire zur „Reorganisierung" der völlig demoralisierten Mobutu-Truppen eingesetzt werden („Associated Press", 16.4.). Zu den belgischen Söldnern, die nach Angaben der gegen Mobutu kämpfenden FNLC für die zairische Armee geworben worden sind, sind mindestens 120 belgische „Militärberater" gestoßen (nach „Agence Press Liberation" und „Vrij Nederland"). Die belgischen Fallschirmspringereinheiten in Schaffen und Lombardzije wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Vor der angolanischen Küste kreuzen – lt. Meldungen aus Luanda – gegenwärtig der französische Flugzeugträger „Clemenceau" und ein weiteres französisches Kriegsschiff als Eingreifreserve gegen das Volk von Zaire und als besondere Bedrohung der VR Angola. Fortsetzung auf S. 2



Veranstaltung zum Roth/Otto-Prozeß verboten

Westberlin. Am 18.4. sollte in Westberlin eine Veranstaltung zum laufenden Roth/Otto-Prozeß stattfinden. Veranstalter waren eine Aktionseinheit aus Rote Hilfe Westberlin, Häftlingskolletktiv, Unterstützungskomitee Borstelmann/Albatros, Eingriffe (Medizinergruppe) und dem Kommunistischen Bund.

Auf der Veranstaltung sollten von den Rechtsanwälten Ströbele oder Spangenberg aktuelle Informationen über das Stammheimer Verfahren gegeben werden. Rechtsanwalt Detloff wollte über den Roth/Otto-Prozeß sprechen. Ein weiteres Referat zur Person Bubacks und der laufenden Hetzkampagne war vorgesehen. Hauptpunkt der Diskussion sollte die Frage der Solidarität mit den politischen Gefangenen sein.

Diese Veranstaltung wurde am Freitag, dem 15.4., faktisch verboten, als die bereits feste Zusage für den Veranstaltungsraum wieder zurückgezogen wurde. Dem vorausgegangen war eine Anfrage der CDU im Westberliner Senat am Mittwoch, in der behauptet wurde, auf der Veranstaltung der Roten Hilfe sei „Terror" zu erwarten. Die Westberliner „Morgenpost" und der „Tagesspiegel" berichteten mit derselben Stoßrichtung über die geplante Veranstaltung.

Da es dem Westberliner Senat unmöglich war, den Veranstaltern RAF-Positionen vorzuwerfen, begründeten sie das Raumverbot folgendermaßen: **Nicht von den Veranstaltern, sondern von den Besuchern der Veranstaltung seien Gewaltakte zu erwarten, deshalb könne kein Raum zur Verfügung gestellt werden.** Eine Begründung, mit der fürwahr in Zukunft j e d e linke Veranstaltung verboten werden kann.

Gegen das Raumverbot hat die Aktionseinheit am 16.4. in einer gemeinsamen Presseerklärung und auf einer Pressekonferenz protestiert. Auf der Pressekonferenz waren neben der gesamten linken Alternativpresse auch „Tagesspiegel" und die Springerpresse anwesend. Außerdem wurde eine Einstweilige Verfügung gegen das Raumverbot beantragt.

Nach dem Bericht einer Westberliner Genossin





„Die SPD ist verantwortlich für die Berufsverbote"

Diese schlichte Erkenntnis bestätigte das Hamburger Amtsgericht am Ende eines weiteren Prozesses gegen das fast schon legendäre REBELL-Plakat über die Berufsverbote. Das Plakat lehnte sich in der Aufmachung stark an die SPD-Wahlkampfplakate des letzten Jahres an. Als Untergrund dienten die geschwungenen Farben der BRD-Fahne. Darauf war aber zu lesen: Berufsverbote – dann folgten in acht Spalten 124 Namen von Personen, die in SPD-regierten Bundesländern Berufsverbote erhalten hatten – es endete mit der Wahlkampfparole der SPD „Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland – SPD".

Das Plakat rief verstörte Hektik bei der angegriffenen SPD-Führung hervor. Ihr war diese geschickte Enthüllung gerade zur Wahlkampfzeit äußerst unangenehm. Wie nicht anders zu erwarten, versuchte sie das Plakat in den Bereich der Kriminalität zu drängen. Gegen alle Verbreiter stellte sie Strafanzeige wegen „Beleidigung der SPD" und setzte schließlich eine gerichtliche Beschlagnahme durch. Die Justiz ihrerseits leistete ohne zu zögern tatkräftige Wahlkampfhilfe.

Im Laufe des genannten Verfahrens kamen einige interessante Dinge aus der Vorgeschichte zu Tage, die ein bezeichnendes Licht darauf werfen, wieweit heute die Kriminalisierung von fortschrittlicher Aufklärungsarbeit geht.

Verantwortlich für die Einleitung der Strafverfolgung war der Hamburger SPD-Landesvorstand. Bekannt wurde, daß der Geschäftsführer Noll die Plakate zuerst am Arbeitsamt (das direkt neben dem Hamburger SPD-Hauptquartier liegt) und an einem angeblichen Stand des KBW (?) sichtete. Zumindest am Arbeitsamt war Noll so erbost, daß er wutentbrannt an dem Plakat herumzerrte und sich damit fast der strafbaren „Sachbeschädigung" schuldig machte.

Aufgrund eines Schreibens Nolls an den Chef der Politischen Polizei, Kuschel, wurde das polizeiliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Per Telex (Fernschreiben), an alle Landeskriminalämter und das – für den Bereich „Schwerstkriminalität" zuständige – Bundeskriminalamt, fahndeten die Bullen nun bundesweit (!). Es mutet fast schon komisch an, wenn man hört, wie dann aus allen Teilen der BRD über den Fernschreiber Rückantworten zurücktickerten, man habe „ein Plakat entdeckt, jedoch noch nicht sichergestellt" usw.

Witzigerweise waren sich die Bullen zunächst nicht einmal sicher, ob das Plakat nicht vielleicht doch von der SPD selber stamme – der Inhalt stimmte doch vollständig mit der Wirklichkeit überein. Jedenfalls sah sich Bullenchef Kuschel veranlaßt, bei einem Gespräch mit Noll genauere Informationen über die SPD-Wahlkampfplakate einzuholen. Das Ergebnis dieses Gespräches war ein Schreiben, in dem darauf hingewie-
Wahlkampfplakate einzuholen. Das Ergebnis dieses Gespräches war ein Schreiben, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die SPD im Wahlkampf keine hochformatigen Plakate, sondern nur längsformatige benutze und außerdem der Farbton Rot ein anderer sei, als auf dem inkriminierten Plakat!

In der Reihe der hektischen Reaktionen auf die schlichte Darstellung der tatsächlichen SPD-Praxis blieb auch die Justiz nicht außen vor. Sie ordnete die Beschlagnahme des Plakats an und verdonnerte Personen, die das Plakat vertrieben hatten, wegen „Beleidigung der SPD" zu hohen Geldstrafen.

Der jetzt verhandelte Fall war ein Revisionsverfahren. Der Betroffene sollte 478 DM Geldstrafe zahlen, legte aber Widerspruch ein. Während des Verfahrens bewiesen er und sein Rechtsanwalt anhand umfangreicher Materialien, daß man zu Recht der SPD die Verantwortung für die Berufsverbote zuschreiben kann, und daß es völlig legitim ist – gerade zur Wahlkampfzeit, wenn die verlogenen Versprechungen Blüten treiben – dies auch in Form einer scharfen politischen Collage zu tun. Denn die SPD war nicht gerade zimperlich, ihre reale Politik durch einen Schleier von subtiler Reklame zu überdecken, in Anlehnung an die Werbemethoden der Industrie.

Mit Hilfe vieler Beweisanträge wurde von Rechtsanwalt Maeffert immer wieder nachgewiesen, daß ungestraft ständig Juristen im normalen Rechtsverkehr, Polizeibeamte, Journalisten, ja sogar SPD-Politiker, ausländische Sozialdemokraten und die ausländische Presse von den „Berufsverboten" sprechen und der Begriff „Berufsverbote" nicht von ungefähr als ein neues Fremdwort in den Wortschatz vieler Sprachen eingegangen ist.

Wäre das Gericht auf diese Beweisanträge eingegangen und hätte eine mündliche Vernehmung der Zeugen verlangt, wäre es sicherlich zu interessanten Aussagen gekommen, waren doch solche Zeugen wie der ehemalige SPD-Bundeskanzler Brandt und der Hamburger Verfassungsschutzpräsident Horchem vom Rechtsanwalt genannt worden.

Angesichts der massiven Beweisführung zog sich der Staatsanwalt von der ursprünglichen Aussage des Strafbefehls zurück. Kleinlaut meinte er, die Verwendung des Wortes von der ursprünglichen Aussage des Strafbefehls zurück. Kleinlaut meinte er, die Verwendung des Wortes Berufsverbote in Zusammenhang mit der SPD sei „natürlich" keine Beleidigung, aber in diesem Fall doch, weil der Angeklagte dies *„verdeckt, heimlich, ohne Nennung des Namens, ja heimtückisch"* getan habe.

Auf eine derartig schwache Begründung mochte selbst das Gericht nicht eingehen. Der Richter verwarf den Strafbefehl und sprach den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung hieß es dazu, die Aussagen des Plakates entsprächen den Tatsachen. Es sei auch legitim, dies in dieser Form darzustellen. Die SPD solle nicht so zimperlich sein, denn im Wahlkampf werde auch unter den Parteien selber mit harten Bandagen gestritten.

Ein Genosse der BO Eimsbüttel

Für einen heißen irischen Sommer Irland-Veranstaltungen

Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee (WISK) hat auch in diesem Frühjahr eine Veranstaltungsrundreise organisiert. Laut WISK kommt ein Vertreter der Provisional Sinn Fein / IRA aus Belfast, ein Vertreter der Irischen Republikanischen Sozialistischen Partei (IRSP) und eine „Frau aus Ardoyne, Belfast". Diese Frau ist wohl ebenfalls von den Provisionals und wird einiges gegen die sogenannte „Frauenfriedensbewegung" zu sagen haben.

Die Veranstaltungen werden voraussichtlich in folgenden Städten stattfinden:

25.4. Amsterdam
26.4. Nijmegen
27.4. Groningen
28.4. Aachen
29.4. Köln
30.4. Mülheim
2.5. Bochum
3.5. Hamburg
4.5. Celle oder Hannover
5.5. Braunschweig
6.5. Salzgitter
7.5. Göttingen
8.5. Wiesbaden
9.5. Frankfurt
10.5. Mannheim
11.5. Heidelberg
12.5. Saarbrücken
13.5. Tübingen
14.5. Meerstädten
15.5. Zürich
16.5. Bern
17.5. München
18.5. Salzburg
19.5. Wien

(Notiert euch schon mal, wann es bei euch sein wird!)

Auf einer Rundreise vor einem Jahr waren viele Veranstaltungsteilnehmer enttäuscht über die wenig konkreten Referate der Sprecher von Provos, IRSP und PD und es kam kaum eine vernünftige Diskussion zustande. Das WISK hat versprochen, daß die irischen Freunde diesmal mehr auf die Interessen der deutschen Zuhörer eingehen werden.

Unsere Genossen werden wissen, daß wir weder die Politik der IRSP noch die der Provos für richtig halten, ebenso wie der – an der Rundreise nicht beteiligten – Officials. Aber die Herausbildung einer wirklich revolutionären Linie der irischen Befreiungsbewegung ist die Sache unserer irischen Freunde selbst. Wenn wir überhaupt dafür etwas tun können, dann sind es zwei Dinge: Erstens deutlich unsere Solidarität mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes gegen die Faschisten und Imperialisten zeigen und zweitens unsere Meinung und unsere Erfahrungen klar und solidarisch zum Ausdruck bringen.

In Irland hat sich in der letzten Zeit der Kampf zugespitzt. Die Briten und die Faschisten haben ihre Angriffe verschärft. Ideologische Hebel waren der vergangene „Waffenstillstand" und die „Frauenfriedensbewegung".

Den gefangenen Kämpfern wurde ihr Status als politische Gefangene aberkannt und die Folterungen nehmen zu. In der „Republik" Irland sorgen Ausnahmegesetze und verschärfte Maßnahmen gegen „Terroristen" für ein Klima der Faschisierung, wie wir es aus der BRD nur zu gut kennen. Gleichzeitig verschlechtert sich die elende Lebenslage der Bevölkerung und beschleunigt sich die wirtschaftliche Ausplünderung Irlands, besonders im Rahmen der EG. Auf der anderen Seite hat die IRA ihre militärischen Aktionen verstärkt wieder aufgenommen.

Der irische Sommer wird in diesem Jahr wahrscheinlich politisch ziemlich heiß werden, und wir empfehlen allen Genossen, die Veranstaltungen aktiv zu nutzen, um sich über die heutige Situation in Irland und die Politik der Provisionals und der IRSP zu informieren.

Irlandkommission

Richtigstellung zu AK 102

In ARBEITERKAMPF 102 hatten wir im Teil „Blick in die Welt" für die Osteraktion in Cuxhaven/Altenbruch eine Telefonnummer eines Vorbereitungsausschusses angegeben. Dazu schickt uns der unter der Nummer angemeldete Teilnehmer eine Gegendarstellung mit der Bitte um Veröffentlichung. Wir kommen dieser Bitte nach und entschuldigen uns für diese durch einen Übermittlungsfehler entstandene Verwechslung:

„Gegendarstellung:
Der Teilnehmer unter der Nummer 04721/24 25 9 heißt nicht Ralf, das Telefon ist vielmehr unter: Jürgen Buntemeyer, Westerreihe 9, 219 Cuxhaven angemeldet. Ich distanziere mich ausdrücklich von dem Mißbrauch meiner Telefonnummer und erkläre, daß ich dem Vorbereitungsausschuß in Cuxhaven nicht angehöre. Die Telefonnummer wurde ohne mein Wissen an die Redaktion des Arbeiterkampf weitergegeben.

7.4.77 Jürgen Buntemeyer"

Im AK 102 wurde unter der Rubrik „Blick in die Welt/auf zum Atomeiersuchen!" ein Aufruf für die Demo in Altenbruch veröffentlicht. Unter den unterstützenden Organisationen wurde auch das JZ Hemmoor genannt – das stimmt nicht. Der Aufruf wurde von „AKW-Gegnern aus Hemmor" unterstützt nicht aber vom JZ.

Nach dem Buback-Attentat: Der RECHTS-Staat marschiert

Am 7.April wurde in Karlsruhe Generalbundesanwalt Buback durch Schüsse aus einer Maschinenpistole getötet. Verantwortlich erklärt für den Anschlag hat sich ein „Kommando Ulrike Meinhof", das diesen Anschlag als Hinrichtung des Mörders von Holger Meins, Sigfried Hausner und Ulrike Meinhof bezeichnete.

Nur wenige Tage nach dem Anschlag wurden Haftbefehle gegen drei angebliche „Terroristen" ausgestellt: Gegen Günter Sonnenberg, Knut Volkerts und Christian Klar, nachdem die drei schon ab 8.April durch veröffentlichte Fahndungsphotos zum Freiwild erklärt worden waren. Mittlerweile werden die drei auch noch mit einem Bankraub in Köln sowie einem Einbruch in ein Rathaus , bei dem Pässe und Personalausweise verschwunden sein sollen, in Verbindung gebracht.

Die Fahndung nach den drei „Verdächtigen" entwickelte sich in kürzester Zeit zur größten Polizeiaktion dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik:

Schon drei Minuten nach dem Anschlag löste die Karlsruher Polizei eine „Ringfahndung" nach dem beim Anschlag benutzten Motorrad aus. 90 Minuten nach dem Anschlag wurde vom Präsidenten des Bundskriminalamtes, Herold, eine bundesweite „Alarmfahndung" ausgelöst und ein erstes Fahndungsersuchen an Interpol in Paris gestellt. Gleichzeitig wurde eine Urlaubssperre für 9.000 Mann beim Bundesgrenzschutz verhängt (Der BGS hat insgesamt 21.000 Mann; man muß davon ausgehen, daß über Ostern sowieso ein Großteil „im Dienst" war, sodaß praktisch der gesamte BGS durch diese Maßnahme mobilgemacht wurde) („FR", 12.4.77). Im Verlauf der Fahndung wurden ca. 30.000 Bullen eingesetzt; insgesamt sollen 40.000 Mann im direkten „Fahndungs-Einsatz" gewesen sein („FR", 12.4.77). Die Leitung der gesamten Aktion liegt beim BKA, die Federführung liegt bei der Abteilung BKA-T (=Terrorismus).

Die Handschrift ist unverkennbar: Hier waren die „Ordnungshüter" am Werk! — So sah es nach dem Polizei-Überfall auf ein Frankfurter Jugendzentrum aus (Foto aus „Frankfurter Rundschau", 13.4.77)

Vom Mittag des 7.April bis hinein in die Nacht waren das gesamte Gebiet um Karlsruhe, sämtliche großen Straßen und Autobahnen in Baden-Württemberg, alle Grenzübergänge von der BRD ins Ausland und alle Flughäfen Schauplatz von Fahrzeug- und Personenkontrollen.

„Notstand" in Sachsenheim und Bockenheim

Schon kurz nach dem Anschlag war aus dem baden-württembergischen Städtchen Sachsenheim im Landkreis Ludwigsburg ein „verdächtiges" Fahrzeug (das angebliche Fluchtauto) gemeldet worden. In der Nacht zum Ostersonntag (10. April) begann dann in dieser Gegend eine großangelgte Nostandsübung: Zwischen ein Uhr und vier Uhr nachts stürmten 250 MEK-Bullen Wohnungen in Sachsenheim, schmissen zehn Familien aus den Betten usw. – natürlich ohne den geringsten „Fahndungserfolg"! Ab Montag früh war dann ein riesiges Bullenaufgebot mit Lautsprecherwagen unterwegs, um die Bevölkerung zur „Mitarbeit" aufzufordern. Im Verlauf des Montags und auch am Dienstag glich Sachsenheim einer besetzten Stadt. Am Dienstag wurden angeblich 50.000 Flugblätter von den Bullen verteilt, am Donnerstag (14.4.77) noch einmal 200.000 im ganzen Kreis Ludwigsburg. Einziges konkretes Ergebnis: Der Hinweis auf ein Waldstück, in dem „Schießübungen" veranstaltet worden sein sollen. Dasselbe Ergebnis hätte wohl auch der Dorfbulle bei einem Viertele Wein nach Dienstschluß in der Kneipe erzielen können.

Die Aktion von Sachsenheim war ihrem Charakter nach weit weniger eine „Fahndung" als ein Notstandsmanöver, bei dem die Staatsmacht in kürzester Zeit ihr bislang unbekanntes Terrain zu sondieren, auszuforschen und nach bürgerkriegsähnlichen Gesichtspunkten durchzukämmen übte, bei gleichzeitiger „Bearbeitung" der Bevölkerung.

Ohne Angaben von Gründen (bis Montag lag keine Stellungnahme der Polizei vor) überfielen bereits in der Nacht vom 7. auf den 8. April Bullen vom BKA-T ein Jugendzentrum in Frankfurt/Bockenheim und nahmen vier Jugendliche fest. Gleichzeitig wurden 15 Wohnungen, von Mitgliedern und Besuchern des Jugendzentrums überfallen; zum Teil Wohnungen, in denen die Jugendlichen bei ihren Eltern leben.

Protestierenden Jugendlichen wurde von den Bullen geantwortet: „Du hast Buback erschossen"! („FR", 13. 4.77).

Insgesamt scheint der Terror gegen Jugendzentren, bekannte Stützpunkte und Wohnungen der Linken etc. aber eher geringer gewesen zu sein als z.B. bei den großen Razzien in Westberlin in der Vergangenheit.

Internationale Fahndung — Das „Modell Deutschland" wird exportiert

Von Anfang an wurde bei der „Fahndung" größter Wert auf die „Europäisierung" gelegt. Schon am 7. April wurde das erste Fahndungsersuchen an Interpol weitergeleitet, und in der Folgezeit wurde in Österreich, der Schweiz, Frankreich, Norwegen und vor allem Schweden intensiv „gefahndet". In Schweden wurde nach Veröffentlichung der Fahndungsphotos und den ersten Hinweisen „Reichsalarm" ausgerufen, die höchste Alarmstufe in Schweden („FR", 12.4.77). Die westdeutsche Botschaft wurde besonders gesichert, der schwedische Chefankläger Svenson evakuiert und mittlerweile „aus Sicherheitsgründen" von seinem Posten entbunden und der Minister Ola Ulsten mitsamt seiner Familie unter Sonderbewachung gestellt.

Anlaß für den „Reichsalarm" in Schweden war ein Hinweis, demzufolge drei Westdeutsche in einem gestohlenen Mercedes mit gefälschter Nummer unterwegs seien - ein Hinweis, zu dem selbst das BKA die Vermutung anstellte, diese „Spur" sei absichtlich falsch ausgelegt worden („FR", 12.4.77). Daß der Anschlag von Karlsruhe in Schweden lediglich auslösendes Moment für den „Reichsalarm" gewesen ist, wird auch dadurch erhärtet, daß bei der kürzlichen Verhaftungsaktion, bei der 30 „Terroristen" festgenommen worden waren (unter ihnen zwei - mittlerweile abgeschobene - Westdeutsche: Kröcher und Adomeit) Pläne für einen Anschlag auf den nun besonders „geschützten" Ola Ulsten gefunden worden sein sollen. Seit der damaligen Verhaftungsaktion war in Schweden eine umfangreiche Fahndung nach weiteren „Terroristen" im Gange, die durch den „Reichsalarm" nun ihren Höhpunkt erreicht zu haben scheint.

Schon nach dem Anschlag auf die westdeutsche Botschaft in Stockholm waren führende westdeutsche BKA-Beamte in Schweden gewesen. Auch unmittelbar nach der letzten Verhaftungsaktion waren BKA-Leute in Stockholm, um gemeinsam mit der schwedischen Polizei den „Fund" zu sichten („Stern", 14.4.77).

Seit dem Anschlag auf die Botschaft hat im Übrigen die schwedische Polizeiführung immer wieder die Aufstellung von Sonderkommandos nach dem Vorbild des MEK gefordert; in der schwedischen Öffentlichkeit war diese Forderung heftig kritisiert worden. Offensichtlich ist die demokratische und liberale Öffentlichkeit in Schweden nicht so ohne weiteres bereit, diesen massiven Export des „Modell Deutschland" widerspruchslos hinzunehmen. So sah sich das konservative „Svenska Dagbladet" veranlaßt, andere Zeitungen aufzufordern, *„sich davor zu hüten, die Demokratie in der BRD nur deswegen in Mißkredit zu bringen, weil sie nach Mördern jage, die diese Demokratie in Frage stellen"* („FR", 12.4.77). In einem anderen Punkt hat sich Schweden voll an die Forderungen der BRD nach „verstärkter internationaler Zusammenarbeit" bei der „Bekämpfung des Terrorismus" angeschlossen: Ausländer, die der Mitgliedschaft in bestimmten „terroristischen Gruppen" wie z.B. „Schwarzer September" oder „Baader-Meinhof-Gruppe" verdächtigt werden, werden abgeschoben und ausgeliefert, auch wenn sie in Schweden sich nichts haben zuschulden kommen lassen („Welt", 12.4. 77). Mit der „internationalen Fahndung" hat die BRD-Polizei einen weiteren Schritt unternommen, die europäische „Konvention gegen den Terrorismus" nun auch voll anzuwenden.

Märchen um das „Kommando Ulrike Meinhof"

Märchen um das „Kommando Ulrike Meinhof"

Schnell bei der Hand war das BKA mit den drei „Verdächtigen" Günter Sonnenberg, Christian Klar und Knut Volkerts. Alle drei sollen Mitglieder einer „Terrorbande" um den seit Herbst 76 verhafteten Rechtsanwalt Siegfried Haag sein, in dessen Umkreis sie angeblich früher mehrere Male gesichtet worden sein sollen. Konkrete Beweise für die Täterschaft dieser drei sind bislang mehr als dünn: So soll Sonnenberg so ähnlich aussehen wie der Mann, der das Motorrad gemietet hatte; ebenso soll seine Unterschrift der auf dem Mietvertrag ähneln. Christian Klars angebliche Mittäterschaft wird allein dadurch „hergeleitet", daß er - bislang völlig unbewiesen - zusammen mit Sonnenberg im Frühjahr einen Zollbeamten erschossen haben soll. Gegen Knut Volkerts wurde öffentlich nicht einmal der Versuch unternommen, auch nur den Anschein eines Beweises beizubringen.

Stattdessen wird jetzt eine abenteuerliche Geschichte hervorgezaubert, derzufolge bei der Verhaftung von Haag Papiere sichergestellt worden seien, die u.a. genau den Karlsruher Anschlag in allen Einzelheiten beschreiben („FR", 13.4.77). Bei dieser Räuberklamotte schießt die spezialdemokratische „Hamburger Morgenpost" den Vogel ab, indem sie auch dem Dümmsten klarmacht, wohin diese Story zielen soll: **„Kam der Befehl aus der Zelle?"** Auch die Springer-Presse nährt emsig die Geschichte von dem „funktionierenden Terrorzentrum" in Stammheim und anderswo, dessen „Kurriere" die Anwälte seien, um damit der CDU-Forderung nach Legalisierung der Überwachung des mündlichen Verkehrs zwischen Anwalt und Gefangenen zur Hilfe zu kommen.

Wie hergeholt die Verbindung von Haag zu den Tätern von Karlsruhe auf Grundlage „gefundener Papiere" ist, zeigt u.a., daß auch bei Kröcher in Schweden ähnliche Pläne gefunden worden sein sollen, die ebenso allgemein wie die von Haag ähnliche Anschläge schildern sollen („Stern", 14.4.77).

Wesentlichstes Argument gegen eine direkte politische Verbindung zwischen dem Anschlag von Karlsruhe und der Politik der „RAF"-Gefangenen ist u.E. allerdings, daß ein derartiges offensives Vorgehen wie in Karlsruhe im Widerspruch zu der Politik des Hungerstreiks steht. Auch hat das „Kommando Ulrike Meinhof" in seiner Erklärung eine konkrete Verbindung zu dieser Politik nicht hergestellt. Der Anschlag scheint insgesamt eher vom Hungerstreik und den Forderungen der politischen Gefangenen abzulenken, als sie zu unterstützen.

Tatsächlich sind auch führende Polizeikader der Ansicht, daß keine direkte Verbindung zu den „RAF"-Gefangenen besteht. Trotzdem wird in der Propaganda das Märchen von der „Kommandozentrale Stammheim" aufrechterhalten.

CDU für Verschärfung — SPD für „volle Anwendung"

Wie schon bei den Demonstrationen von Brokdorf und Grohnde, so benutzen die bürgerlichen Parteien auch den Anschlag von Karlsruhe, um die Debatte über die „Innere Sicherheit" weiterzuführen. Dabei tut sich wieder besonders die CDU/CSU mit Vorstellungen hervor, bei denen sich selbst der „Stern" an die „Ermächtigungsgesetze" der Nazis erinnert fühlt. („Stern", 14.4.77). Nach den Vorstellungen der CDU/CSU soll in Zukunft:

- Der mündliche Verkehr zwischen Anwalt und Mandant kontrolliert werden können;
- Das Demonstrationsstrafrecht erheblich verschärft , d.h. auf jeden Teilnehmer angewandt werden können und nicht mehr allein auf die „Täter":
- Das Waffengesetz so verschärft werden, daß selbst Krähenfüße, Schleudern und Wurfanker (!) als „Waffen" eingestuft werden können;
- Heraufsetzung des Strafmaßes für Geiselnahme und Raub auf 20 Jahre (bisher 15);
- Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Miltner forderte sogar die Ausdehnung und Verschärfung des Meldegesetzes auf die Vermieter von Privatwohnungen; er selbst nannte ein solches Gesetz eine permanente „abgeschwächte Fahndung" („Welt", 14.4.77).
- In Hamburg wurde von der „Welt" die Forderung erhoben, die Höchststrafe von 2 Jahren wegen „Sachbeschädigung" für das Kleben von Plakaten oder Pinseln von Parolen zu verhängen. („Welt", 13.4.77).

Angesichts dieser teilweise echt hirnrissigen „Gesetz- und Ordnungs-" Parolen fällt es der SPD/FDP relativ leicht, sich nach „links" zu profilieren. So warf sie der CDU/CSU *„Zynismus und Gewissenlosigkeit"*, *„beispiellose Menscherverachtung"* und *„Verfolgung parteipolitischer Ziele"* vor („FR", 12. und 13.4.77). Sie selbst hält eine Verschärfung der Gesetze im Moment für nicht angebracht. Es komme vielmehr darauf an, die *„Unterstützung unserer Polizei und Justiz durch Parteien und Bürger"* zu sichern (Maihofer); „entscheidend" sei die *„vorbehaltlose Unterstützung der Polizei durch jeden Bürger"* (Jahn, SPD). Dat löppt nämlich noch nicht so recht(s)!...



Ein unermüdlicher Kämpfer für den RECHTS- Staat: Buback zu Beginn seiner Karriere, bei der von Strauss befohlenen „Spiegel" Aktion 1962

Buback zu Beginn seiner Karriere, bei der von Strauss befohlenen „Spiegel" Aktion 1962

Während die CDU/CSU hetzt und sich als „Partei der Ruhe und Ordnung" zu profileren versucht gibt sie damit der SPD/FDP gleichzeitig Flankenschutz von rechts. In demagogischer Abgrenzung hierzu verfolgt die SPD/FDP in der „Fahndung" nach den Tätern von Karlsruhe ihre Politik des „Machens": Sie zeigt, daß sie ohne viel Lärm jederzeit bereit ist, den von ihr aufgebauten Unterdrückungsapparat aufmarschieren zu lassen und einzusetzen und die verschärften Gesetze zur „Inneren Sicherheit" voll anzuwenden. Im westeuropäischen Maßstab zeigt die internationale Fahndung, wie zielstrebig die BRD-Regierung den Export des „Modell Deutschland" betreibt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die DKP und Lenin — keine Gemeinsamkeiten

Aus der Erklärung der DKP zum Tode Bubacks:

„Die Deutsche Kommunistische Partei hat Terroranschläge und Attentate, von wem auch immer sie verübt und eingefädelt wurden, als Mittel der politischen Auseinandersetzung stets abgelehnt und scharf zurückgewiesen. Sie verurteilt daher auch mit Nachdruck den Anschlag auf Generalbundesanwalt Buback und seine Begleitung als eine für die Interessen der Arbeiterklasse und die Bestrebungen aller fortschrittlichen und linker Kräfte unseres Landes zutiefst schädliche Aktion" („UZ", 9.4.77).

Aus einer Stellungnahme Lenins: **„Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann.**

Doch das Wesen der Sache besteht gerade darin, daß gegenwärtig der Terror keineswegs als eine mit dem ganzen Kampfsystem eng verbundene und koordinierte Operation der kämpfenden Armee vorgeschlagen wird, sondern als selbstständiges und von jeder Armee unabhängiges Mittel des Einzelangriffes ... Und deshalb erklären wir entschieden, daß ein solches Kampfmittel unter den gegebenen Umständen unzeitgemäß und unzweckmäßig ist, daß es die aktivsten Kämpfer von ihrer wirklichen, für die Gesamtbewegung wichtigsten Aufgabe ablenkt, und nicht die Kräfte der Regierung, sondern die der Revolution desorganisiert" („Was tun?").

Vive la difference!

Zwei Taktiken der Bourgeoisie

„Wenn man den vorgelegten Zahlen folgt, so wachsen offensichtlich nicht nur immer neue Terroristen nach, ihre Zahl scheint auch allmählich größer zu werden; desgleichen die der aktiven Helfer sowie der geistigen Sympathisanten. Sie gehen offenbar schon in die Tausende" („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" –, 16.4.77).

Diese Klage eines bürgerlichen Journalisten ist eher noch untertrieben. Kaum abzuschätzen ist die Zahl derjenigen, die bei der Nachricht vom Tod des Bundesanwalts keineswegs in die gewünschte „Abscheu vor dieser feigen Tat" verfielen, sondern die diese Nachricht eher mit Genugtuung registriert haben, auch wenn sie im zweiten Moment die Tat vielleicht für unzweckmäßig, gar für politisch schädlich halten mögen.

Das Argument, daß die Tat unzweckmäßig gewesen sei, weil der Staat sie jetzt zum Vorwand für den weiteren Abbau demokratischer Rechte und den Ausbau des Polizeiapparates nehmen werde, stellt sich fast automatisch ein. Dennoch läßt sich feststellen, daß die Reaktion der Bourgeoisie auf den Anschlag eher verwirrt als stark ist. Sie hat in den letzten Jahren die Faschisierung von Staat und Gesellschaft in einem derartigen Tempo und Ausmaß vorangetrieben, daß es ihr derzeit schwerzufallen scheint, eine neue Qualität zu gewinnen. Während Teile der Bourgeoisie jeden Kritiker der Polizei-Praktiken zum „Komplizen des Terrorismus" erklären wollen, erinnern sich andere plötzlich daran, daß man jetzt die „geistige Auseinandersetzung" mit dem Umfeld des Terrorismus" aufnehmen müsse. Offen wird erklärt, daß derzeit eine weitere Verschärfung der Gesetze und der Polizei-Praktiken nicht zweckmäßig wäre, da man so dem Problem nicht mehr beikommen könne.

CDU: Jeder Linke ist ein Terrorist

Die CDU/CSU hält sich in diesen Auseinandersetzungen einfach an ihre alte Linie: Gesetze verschärfen, mehr Polizei, härter durchgreifen usw. Vor allem die Einschränkung des Demonstrationsrechts wird lautstark gefordert, was in diesem konkreten Zusammenhang eher lächerlich als furchterregend ist. Die CDU/CSU knüpft damit an ihre Kampagne nach der Aktion vom 19.3. am Grohnder Bauplatz an. Der „Zusammenhang" wird plump
CDU/CSU knüpft damit an ihre Kampagne nach der Aktion vom 19.3. am Grohnder Bauplatz an. Der „Zusammenhang" wird plump
und grobschlächtig herkonstruiert. Tonangebend ist dabei weiterhin Springers „Welt": „Wird der Terror mit Hilfe des KBW aus der 'DDR' finanziert?" („Welt", 9.4.). Da sind sämtliche Klischees auf einem Haufen versammelt. *„Der KBW wird nach Informationen der Bundesregierung fast ausschließlich von der 'DDR' finanziert"*. Andererseits habe der KBW **„intensive Kontakte zur Terroristenszene"**. Andreas Baader soll gar erklärt haben, *„daß sie sich am KBW orientieren würden"*. Über das Buback-Attentat selbst meint die „Welt", daß eine Urheberschaft der „alten Terroristen-Szene" zwar *„nicht auszuschließen"* sei, **„doch passen Merkmale und einschüchternde Wirkung der Tat noch besser zu dem Gewaltanarchismus, der in letzter Zeit da und dort (Atomkraftwerk Grohnde) erstaunlich gut organisiert aufgetreten ist"** (alle Zitate aus „Welt", 9.4.). In diese Kerbe haut F. J. StrauSS, wenn er drohend ankündigt: **„Wir kommen natürlich mit einem neuen Anlauf (...) Man muß dabei die ganze Breite des politischen Verbrechens im Auge haben: die Bürgerkriegsvorbereitungen und bürgerkriegsähnlichen Aktionen kürzlich in Grohnde gehören dazu"** („BamS", 10.4.).

Hier werden Tausende zu potentiellen „Terroristen" und Bürgerkriegern erklärt, die etwa nur am Zaun mitgezerrt haben. Es ist ein sehr gefährliches Spiel, das Teile der Bourgeoisie hier treiben. Aber sie gehen noch weiter. Dregger: *„Der Verfassungsschutz muß durch Gesetzesänderungen den notwendigen Spielraum erhalten, um mit diesem Mörderpack fertigzuwerden (...)* **Das allerwichtigste aber: Dem Terrorismus muß der geistige Nährboden entzogen werden. Jahrelang wurden in Schulen und Hochschulen von Marxisten der Klassenkampf und die Intoleranz gepredigt. Diese Saat ist aufgegangen. Hier ist eine Umkehr dringend notwendig"** („Bild", 9.4.). Kohl: *„Eine wirkungsvolle Terrorismusbekämpfung verlange aber gesetzliche Maßnahmen (...) Dazu gehöre auch, daß Aufrufe zur Gewalt, zum Klassenkampf und zur Erziehung zur Intoleranz nicht mehr geduldet werden dürften"* („Frankfurter Rundschau" – „FR" –, 15.4.).

SPD/FDP: Nicht zuviel in einen Topf

Die von der CDU/CSU vorgelegte „harte" Linie riskiert eine zwangsläufige breite Solidarisierung der Linken, statt sie zu spalten und zu zersplittern. Die der Regierungskoalition nahestehende „Süddeutsche Zeitung" bringt die Sache auf den Punkt, wenn sie klagt: *„Immerhin wird hier in Bausch und Bogen eine unbestimmte Zahl von Bürgern zu Komplizen der Terroristen gestempelt (...) Hier wird zuviel in einen Topf geworfen"* („SZ", 13.4.).

Da geht es nicht um moralische Skrupel, sondern um handfestes politisches Kalkül. Die Regierungsparteien gehen von der unbestrittenen Tatsache aus, daß es ihnen in den vergangenen Jahren keinesfalls gelungen ist, „Terrorismus" und „Radikalismus" in den Griff zu kriegen, und daß ihnen das derzeit auch durch eine weitere Verschärfung von Gesetzen und uferlose Ausweitung der „Zielgruppe" nicht gelingen könnte. Während die CDU/CSU es darauf anlegt, die tatsächlich vorhandene Grenze zwischen dem Terrorismus und dem „Linksradikalismus" so weit wie möglich zu verwischen, will die SPD/FDP im Gegenteil diese Grenze festigen, um auf der einen Seite die „harten Kerne" zu isolieren und auf der anderen Seite soviele Menschen wie möglich für das bürgerliche System zurückzugewinnen. Es sei *„dringend erforderlich"*, so lautet jetzt die Devise, *„daß sich alle Verantwortlichen nun darüber Gedanken machen, wie man nach Möglichkeit schon im Vorfeld solcher Kriminalität auf die potentiellen Täter einwirkt, und wie man verhindert, daß überhaupt junge Menschen zu solchen Tätern werden"* (Conrad Ahlers in „Hamburger Morgenpost", 16.4.). Ganz auf dieser Linie, aber ausführlicher erläuterte Hamburgs Innensenator Staak (SPD) seine Vorstellungen: *„(...) Staak bezeichnete es vor Journalisten als einen groben Irrtum, die Anhänger der KPD, der KPD/ML, des KBW sowie des Kommunistischen Bundes (KB) 'mit dem Polizeiknüppel stoppen zu können' (...) Vielmehr komme es darauf an, sagte der Senator, daß die 'neue Linke' und ihre zahlenmäßig bereits beachtliche Sympathisantengruppe*
(...) Vielmehr komme es darauf an, sagte der Senator, daß die 'neue Linke' und ihre zahlenmäßig bereits beachtliche Sympathisantengruppe
durch intensive und vor allem zeitraubende Diskussionen 'ausgetrocknet' werde. Verschärfte Strafbedingungen seien unangebracht. Es sei wichtig, daß die Mitglieder und Politiker der parlamentarischen Parteien die politische Auseinandersetzung von sich aus suchten und sich bemühten, in intensiven Gesprächen den 'ideologischen Hintergrund' der 'neuen Linken' 'aufzuarbeiten' und deren Mitglieder so wieder auf den Boden der Realität zurückzuführen" (Presseagentur AP, 13.4.).

N e u ist dieses Vorhaben freilich nicht. Immer wieder in den letzten zehn Jahren seit den Anfängen der Studentenrevolte hat es Phasen gegeben, wo Teile der Bourgeoisie das Anwachsen der radikalen Linken durch „geistige Auseinandersetzung" aufhalten wollten. Geklappt hat das über einen längeren Zeitraum noch nie, weil die Bourgeoisie immer wieder rasch in eine schärfere Gangart verfallen ist und durch Polizei-Terror, Hetzkampagnen etc. sich von vornherein jeder Glaubwürdigkeit beraubt hat. Außerdem ist die Bourgeoisie für eine „geistige Auseinandersetzung" denkbar schlecht gerüstet. Und wie will sie all das Geschehene vergessen machen: Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei? Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen? Die Demütigung und Unterdrückung jeder linken Opposition in der SPD? Die Notstandsgesetze, die MEK's? Die Hetze vor Brokdorf und nach Grohnde? Unsere toten Genossen? ...

Es liegt auf der Hand, daß es mit der „geistigen Auseinandersetzung" nichts werden wird. Das hat schon 1967 nicht geklappt, und seither haben wir viel dazu gelernt.

Das Dilemma der Bourgeoisie ist, daß sie uns natürlich am liebsten sofort verbieten würde, zugleich aber (ganz zu Recht!) befürchtet, daß dann der Terrorismus weitaus größere Ausmaße annehmen würde als heute noch, daß zugleich Tausende von radikalen Linken anderswo aktiv werden würden usw. So würde es in der Tat wohl kommen und das bedeutet für die Bourgeoisie ein erhebliches Risiko, vor dem sie noch zurückscheut. Daß sie allerdings, „geistige Auseinandersetzung" hin oder her, irgendwann doch diesen Weg gehen wird, scheint kaum zweifelhaft.

Die Bourgeoisie fordert „Vertrauen"

Einig sind sich die bürgerlichen Politiker auf jeden Fall in ihrer Forderung nach „mehr Vertrauen". Der „Bürger" soll der Polizei mehr vertrauen, soll dem Staat mehr vertrauen. Vor allem soll er **„der Polizei helfen"**. Denn: *„Die Polizei ist immer auf ein gutes Verhältnis mit dem Bürger angewiesen, um erfolgreich arbeiten zu können. Die beste Computeranlage nützt nichts, wenn die Bevölkerung kein Vertrauen zur Polizei hat"* (Sprecher der Polizei-„Gewerkschaft" GdP in Düsseldorf, lt. „Hamburger Abendblatt", 16.4.). *„Die Polizei braucht für ihre Arbeit das Vertrauen des Bürgers, dessen Schutz und Sicherheit ihr übertragen ist"* (Roesch von der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Kieler Innenministerium, lt. „HA"). In Frankfurt hat Polizeipräsident Ender sogleich eine „Gesellschaft Bürger und Polizei e.V." gegründet, deren Zweck laut Satzung die *„intensive Pflege der Kontakte zwischen der Bevölkerung und der Polizeibehörde zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses"* ist.

„Die Vereinigung will auch eine Auszeichnung an Personen verleihen, die sich 'außergewöhnliche Verdienste um die öffentliche Sicherheit und Ordnung' erworben haben. Dabei sei etwa an besonders aufmerksame Zeugen in spektakulären Kriminalfällen gedacht" („FR", 16.4.). Als erster Anwärter auf diesen geplanten Denunzianten-Orden empfiehlt sich zweifellos der Kronzeuge aus diversen „BM"-Prozessen, ein gewisser Ruhland.

In der bürgerlichen Presse wird insgesamt vorwiegend der Eindruck zu erwecken versucht, als klappe die „Zusammenarbeit zwischen Bürger und Polizei" glänzend. Beleg dafür sei z.B. die hohe Zahl von „Hinweisen aus der Bevölkerung" nach dem Buback-Attentat. Allein die Tatsache, daß jetzt groß nach „Vertrauen" und „Hilfe" geschrien wird, läßt aber darauf schließen, daß es damit durchaus nicht so gut steht, wie man's gern hätte. Ohne Umschweife erklärt ein Kommentator in Springers „Abendblatt" denn auch: **„Daß**
durchaus nicht so gut steht, wie man's gern hätte. Ohne Umschweife erklärt ein Kommentator in Springers „Abendblatt" denn auch: „Daß
sich die Polizei mit der Bitte um mehr Vertrauen an die Öffentlichkeit wenden muß, ist für unsere Gesellschaft beschämend. Bürger, die ihren Ordnungsorganen nicht von sich aus helfen, unterstützen bewußt oder unbewußt die Rechtsbrecher. Daß die Terroristen diese indirekte Unterstützung in ihre Pläne einkalkulieren, ist offensichtlich. Es liegt also auf der Hand, daß sie alles schüren, was zur Abwertung der Polizei beiträgt. Der Bürger sollte nicht so einfältig sein, sich in diesen Sog zerren zu lassen" („HA", 16.4.).

Was gewünscht wird, hat die „Bild" wieder einmal einprägsam auf den Punkt gebracht: **„Verfassungsschutz – das sollten w i r a l l e sein (...) Dazu gehört aber auch, daß wir unseren Verfassungsschutz endlich akzeptieren und ihm helfen, statt ihn ständig madig zu machen"** (14.4.). Jeder „Bürger" ein ständiger Hilfspolizist und Hilfsagent, um eine vollständige und lückenlose Überwachung der Bevölkerung zu gewährleisten, davon träumt die Bourgeoisie. Das „Modell Deutschland" ist in diesem Fall eher ein „Modell Deutsches Reich", orientiert am Vorbild des NS-Staates. Man will dem „Bürger" gar einreden, er möge doch s t o l z sein, wenn er bespitzelt, überwacht und abgehört wird. Denn das sei das Opfer, das er bringen müsse für „die freiheitlichste Verfassung, die Deutschland je hatte", und zu verbergen habe der gute „Bürger" ja nichts, also brauche er auch nichts zu befürchten.

Fazit: Auch sieben Jahre nach Beginn der „Terroristen-Jagd" ist der Staat mit der gewünschten Zustimmung und Hilfe des „Bürgers" noch keinen Schritt weiter. „Der Bürger" glaubt mehrheitlich ganz einfach nicht an die Lüge, daß die Terroristen s e i n e Sicherheit bedrohen würden. Er weiß, daß es hier Bundesanwälten, Richtern, vielleicht auch mal Politikern an den Kragen gehen soll, aber bestimmt nicht dem „einfachen Bürger". Bombenanschläge auf Bahnhöfe sollten die gewünschte Verunsicherung des „Bürgers" trotzdem schaffen. Auch das hat nicht funktioniert. Und da – im Gegensatz zu allen sonstigen Anschlägen – gerade von d i e s e n Attentaten gegen unbeteiligte Menschen aus der Bevölkerung k e i n e i n z i g e s aufgeklärt wurde, steht auch kaum in Zweifel, daß hier geschultes Personal der „Staatsschutz"-Organe an der Arbeit war.

Das „Vertrauen" zur Polizei ist in den letzten zehn Jahren nachhaltig erschüttert worden. Brutale Polizei-Einsätze, ungezählte Polizei-Morde, auch an Jugendlichen und Kindern („Ich dachte, der hat eine Waffe..."), das Treiben der MEK-Trupps, ebenso, wie das immer häufigere Bekanntwerden gewöhnlicher „Bullenkriminalität" haben dafür gesorgt. Die Bourgeoisie wird das „Vertrauen" in ihre Polizei in den nächsten Monaten weiter erschüttern, wenn es neue Großeinsätze an AKW's und AKW-Bauplätzen gibt, um das Atom-Programm der Bundesregierung durchzupeitschen, wenn sie wieder Polizei gegen demonstrierende Studenten und Schüler einsetzt usw. usf.

Wir haben in den letzten Jahren immer hervorgehoben, daß es sich bei den rasch aufeinanderfolgenden Schritten der Faschisierung von Staat und Gesellschaft nicht um eine R e a k t i o n auf tatsächliche Massenkämpfe, auf einen „Neuaufschwung der Massenbewegung" etc. handelte, sondern um v o r b e u g e n d e Maßnahmen, die die Voraussetzungen zur Niederschlagung kommender Volkskämpfe schaffen sollten. Heute jedoch muß die Bourgeoisie bei einer kritischen Bilanz feststellen, daß sie zwar mit Polizei und Gesetzen weit vorgeprescht ist, aber daß sie ihr zweites Ziel – Zersetzung und Auflösung der Linken – nicht erreicht hat, sondern das Gegenteil bewirkt hat.

Ein erfülltes Leben...

Die Bundesanwaltschaft ist die ranghöchste Ermittlungs- und Anklagebehörde in Staatsschutz- und Hochverratssachen. Buback gehörte ihr seit 1959 an; am 27.5.74 wurde er Nachfolger des pensionierten Generalbundesanwalts Martin. In dieser Funktion war er u.a. verantwortlich für:

- Anträge zu den Haftbedingungen der „RAF"-Gefangenen und in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt (BKA) für deren Überwachung. Unter seine Verantwortung fallen der Tod von Holger Meins am 9.11.74, von Siegfried Hausner am 4.5.75 und von Ulrike Meinhof am 9.5.76;
- Anklage gegen die „RAF" im Hauptprozeß in Stammheim;
- Anklage gegen Rechtsanwalt (RA) Groenewold wegen Unterstützung der „RAF";
- Anträge auf Ausschluß der Verteidiger der „RAF" aus dem Stammheimer Verfahren;
- Razzien in den Zellen der „RAF"-Gefangenen und in verschiedenen Verteidigerbüros, in deren Verlauf Verteidigungsunterlagen beschlagnahmt oder durchgesehen wurden;
- das Zurückhalten von mehreren 100.000 Blatt Ermittlungsakten im Stammheimer Verfahren;
- eine Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion gegen linke Buchläden im August 1976 wegen der Dokumentation „Revolutionärer Zorn" (Verdacht auf Vergehen gegen den Zensurparagraphen 88a und auf Bildung einer „Kriminellen Vereiniqung" – § 129):
im August 1976 wegen der Dokumentation „Revolutionärer Zorn" (Verdacht auf Vergehen gegen den Zensurparagraphen 88a und auf Bildung einer „Kriminellen Vereinigung" – § 129);
- die Einrichtung einer institutionalisierten Pressekonferenz beim Generalbundesanwalt (GBA) als zentraler Stelle für die Gleichschaltung der „Anti-Terror"-Propaganda der bürgerlichen Presse.

Buback und die Bundesanwaltschaft haben eine Schlüsselrolle bei der Verfolgung der „RAF" und anderer Gruppen eingenommen. Buback ist für die Einschränkung der Rechte der Angeklagten und der Verteidiger aufgetreten, z.B. für die Überwachung des mündlichen Verkehrs zwischen Verteidiger und Angeklagten. Er rühmte selbst die Zusammenarbeit mit dem BKA und die Bereitschaft, Gesetze zu brechen: *„Der Staatsschutz lebt davon, daß er von Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren. Und Leute, die sich dafür engagieren, wie Herold und ich, die finden immer einen Weg. Wenn sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie meistens ja doch nicht"* („Spiegel"-Interview, 16.2.76).

In diesem Sinne hat er sich schon 1962 als abgeordneter Oberstaatsanwalt in der Leitung der Ermittlungen gegen den „Spiegel" betätigt.

Der Tod der drei „RAF"-Genossen

Holger Meins starb am 9.11.74 im Gefängnis Wittlich. Ein Arzt seines Vertrauens wurde trotz seines erkennbar kritischen Zustandes nicht zugelassen – diese Verfügung geht auf die vom GBA beantragten Haftbedingungen zurück. Am 1.11. hätte Holger nach Stammheim verlegt werden sollen. Ohne Einspruchsmöglichkeiten der Rechtsanwälte wurde diese Verlegung verzögert durch die Sicherungsgruppe Bonn des BKA mit Einwilligung des GBA. In einem Brief vom 14.11.74 wurde vom GBA die ebenfalls verzögerte Verlegung von Jan-Carl Raspe mit dem pauschalen Hinweis auf „Sicherheitsgründe" gerechtfertigt.

Die anonymen Entscheidungen des GBA und des BKA waren mit juristischen Mitteln nicht mehr angreifbar; die Anwälte hatten keinerlei Möglichkeiten, dem drohenden Tod von Holger Meins entgegenzuwirken. Diesen „rechtsfreien Raum" geschaffen zu haben, fällt wesentlich in die Verantwortung des GBA, der laut Gesetz als „objektive Verfolgungsinstanz" auch die Interessen der Angeklagten zu wahren hätte.

Trotz der schweren Verbrennungen und Schädelverletzungen von Siegfried Hausner stimmte der GBA seiner Verlegung nach Stammheim zu, wo keine ausreichende medizinische Versorgung gewährleistet war. Ein am 30.4.75 von Siegfried geäußerter Wunsch, mit ihm zu sprechen, wurde seinem Anwalt Croissant brieflich erst am 5.5. durch den GBA zugeschickt. Siegfried war also einen Tag vor Verschickung des Briefes gestorben! Bis zu seinem Tod hatte er keinen Kontakt zu irgendeiner Person seines Vertrauens mehr.

Im April 1973 regte Buback im Zusammenhang mit dem Auftrag für ein Gutachten über Ulrike Meinhofs „Geisteszustand" an, den berüchtigten Psychochirurgen Loew beizuziehen. Später beantragte die Bundesanwaltschaft eine Gehirnuntersuchung von Ulrike und eine Szintigraphie (chirurgischer Eingriff in das Gehirn zu Untersuchungszwecken). Das Gericht erlaubte durch Beschluß auch eine beantragte Untersuchung unter Zwang. Diese Pläne scheiterten jedoch am Widerstand der Öffentlichkeit. Bereits vier Stunden nach dem Tod von Ulrike äußerte sich die Bundesanwaltschaft über das Motiv ihres angeblichen Selbstmordes: Spannungen in der Gruppe etc.

In diesem Zusammenhang erhält auch die Ausschaltung der Verteidigung einen zusätzlichen Aspekt: Anzeigen wegen Mordes durch die Rechtsanwälte wurden von der Bundesanwaltschaft als Indiz für eine Unterstützung der „Terroristen" gewertet!

Die Ausschaltung der Verteidigung und das Stammheimer Verfahren

Die Ausschaltung der Verteidigung und das Stammheimer Verfahren

Die Anklage gegen die „RAF"-Genossen erfüllt eine wesentliche rechtliche Erfordernis nicht: Die Taten werden den einzelnen Angeklagten nicht konkret zugeschrieben. Die Bundesanwaltschaft war aus Beweisnot dazu nicht in der Lage. Erst durch die konstruierten Aussagen der Kronzeugen Müller und Hoff wurden diese für eine Verurteilung notwendigen „Beweise" nachgeliefert.

In die Verantwortung der Bundesanwaltschaft fällt auch die jahrelange Verzögerung des Verfahrens. Die gesetzlich zulässige Frist wurde weit überschritten. Zugunsten der Behandlung des „RAF"-Komplexes als Ganzem und zugunsten einer über Jahre hinweg betriebenen Vorverurteilungskampagne wurden die unerträglich langen Untersuchungshaftzeiten den Gefangenen aufgezwungen.

Neben der systematischen Ausschaltung der Verteidigung durch die von der Bundesanwaltschaft beantragten Ausschlüsse bzw. Entpflichtungsanträge wegen des Verdachts der Unterstützung der „RAF", der bis auf Schily alle Rechtsanwälte des Vertrauens zum Opfer fielen, ist die Anklageschrift gegen den RA Kurt Groenewold besonders bemerkenswert. Groenewold wird die Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" vorgeworfen, bevor diese verurteilt ist und zu einem Zeitpunkt, wo diese unter den Augen und der Zuständigkeit der Justiz im Knast gesessen hat.

Ihm werden keine Straftaten vorgeworfen, sondern alleine seine Unterstützung der Hungerstreikkampagnen und die Aufrechterhaltung einer gemeinschaftlichen Verteidigung durch Verteidigerrundbriefe werden ihm zur Last gelegt.

Die Pressepolitik der Bundesanwaltschaft

Buback bezog die Pressepolitik in das Konzept der Terrorismusbekämpfung ein. Er schuf eine Juristenpressekonferenz zum Stammheimer Verfahren. Buback: *„Die Bekämpfung des Terrorismus durch die Polizei ist aber nur ein Teil des Problems; ebenso wichtig ist die politische Aufklärung. Und dabei spielen die Massenmedien eine große Rolle"* (in „Readers Digest" 2/76). Was „Aufklärung" wirklich bedeutet, ist aber Manipulation: *„Generalbundesanwalt Buback bekannte sich zu einer offensiven Information der Öffentlichkeit über die Baader-Meinhof-Bande. Es kommt allerdings darauf an, wie, wann und welche Informationen weitergegeben würden"* („FAZ", 25.2. 1975).

IKAH Hamburg

Imperialisten überfallen Zaire

Fortsetzung von Seite 1

Die großen Anfangserfolge der zairischen Opposition, FNLC, in der Provinz Schaba, haben die imperialistischen Staaten zu diesem in Afrika seinesgleichen suchenden Überfall auf ein um seine Freiheit kämpfendes Volk veranlaßt. Für die imperialistischen Staaten ist das rohstoffreiche Zaire „eine Bastion, deren Reichtum an Uran, Kupfer, Kobalt und Manganerzen für die Industrienationen absolut lebenswichtig ist" („Welt", 12.4.) und um dieses hohen Einsatzes willen sind sie bereit, ein neues Vietnam in Afrika anzuzetteln.

Begründet wird die massive Unterstützung für ein bei der verarmten Bevölkerung total verhaßtes Regime mit einer angeblichen „sowjetisch-kubanischen Aggression", eine der typischen Propagandalügen mit der von den inneren Schwierigkeiten des Regimes abgelenkt und der eigene Überfall auf die Provinz Schaba gerechtfertigt werden soll. Die Lüge von der bedrohten „territorialen Integrität" Zaires wird mittelerweile von allen Staaten, Organisationen und politischen Gruppen übernommen, die das Mobutu-Regime unterstützen. Bürgerliche Korrespondenten, die dieses Märchen nicht vollständig schlucken und in Ansätzen von der tatsächlichen Erhebung der Massen in Zaire berichten, werden vom Mobutu-Regime kurzerhand des Landes verwiesen. So geschehen mit Korrespondenten der US-Nachrichtenagentur „Associated Press", der „Süddeutschen Zeitung" und der portugiesischen Zeitung „A Capital".

Die totale Pressezensur macht es natürlich äußerst schwierig, einen Überblick über den derzeitigen Frontverlauf zu geben. Nach Informationen der bürgerlichen Zeitungen hat sich die Front ca. 50 km vor der Kupfermetropole Kolwezi „stabilisiert", gleichzeitig gibt der Oberkommandierende der FLNC M'Bumba, an, daß seine Truppen „nahezu die gesamte Provinz Schaba" kontrollieren würden („Le Matin de Paris" nach „Süddeutsche Zeitung", vom 13.4.77). Inzwischen liegen Meldungen über Volksaufstände und bewaffnete Kämpfe auch aus anderen Provinzen Zaires vor.

Die Existenz von hochgerüsteten neokolonialen Regimes wie Marokko (das in der Westsahara den Völkermord an den Sahauris praktiziert!), macht es für den Imperialismus augenblicklich noch überflüssig, selbst mit Truppen in größerem Umfang in Zaire zu intervenieren, wie z.B. 1964 im Kongo als belgische Fallschirmjäger aus US-Maschinen auf Stanleyville absprangen und die nationalistisch-fortschrittliche Gbenye-Regierung stürzten. Doch die Ziele und Methoden der imperialistischen Aggression sind dieselben geblieben.

Der französische Imperialistenchef Giscard d'Estaing ließ keinen Zweifel daran, daß die französische Luftbrükke für die Konterrevolution *„im Namen Europas"* eingerichtet wurde, *„nachdem unsere europäischen Freunde konsultiert worden sind"*. („International Herald Tribune" – „IHT", 13.4.). Selbstverständlich war die Aktion auch mit dem US-Imperialismus abgesprochen, der Sprecher des US-amerikanischen Präsidialamts, Powell, gab zu, daß es *„Konsultationen"* in dieser Frage zwischen Washington und Paris gegeben habe (nach „Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 13.4.). So ergibt sich das Bild



Französische Flugzeuge bringen Truppen und Munition nach Kolwezi (Südzaire). Diese Bomben werden auf befreite Dörfer abgeworfen...

einer international sorgfältig abgestimmten imperialistischen Aggression gegen die Bevölkerung eines afrikanischen Landes, das sich von einem neokolonialen Terrorregime befreien will. Giscard verbreitete zur Rechtfertigung der französischen Regierung im französischen Fernsehen die imperialistische Propagandalüge, es gäbe keine Anzeichen einer inneren Rebellion gegen Mobutu („IHT", 13.4.), während die liberale „Le Monde" den Aufstand korrekt als eine von der Bevölkerung getragene „autochthone Erhebung" einschätzte.

Der französische Imperialismus unterhält mit zahlreichen reaktionären Regimen in Afrika, insbesondere mit seinen früheren Kolonien, sogenannte „Kooperationsabkommen", die die weitgehende wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeit dieser Länder von Frankreich zementieren sollen und die für die jeweiligen afrikanischen Marionettenregierungen von großer Bedeutung sind. Auf eben solch ein „Kooperationsabkommen" mit Zaire vom Juli 1963 hat sich Giscard d'Estaing bei der militärischen Intervention in Zaire bezogen. Dabei soll Zaire nach dem Willen Giscards kein Einzelfall bleiben: Zaire sei so etwas wie ein *„Testfall, bevor (!) Frankreich sich in die direkte Konfrontation mit den subversiven Elementen in Afrika"* stürzen will. Die Operation in Zaire sei als ein *„Signal der Sicherheit und Solidarität"* für die französisch-sprachigen Länder Afrikas zu werten; wenn diese eventuell Frankreich um „Hilfe" bitten würden, wäre Frankreich zu militärischer Unterstützung bereit (nach „Guardian", 14.4.77).

Die oppositionelle „Sozialistische Partei" Mitterands konnte sich nur zu einer weniger als halbherzigen Zurückweisung der imperialistischen französischen Einmischung aufraffen:

Zurückweisung der imperialistischen französischen Einmischung aufraffen:

Erstens sei die Verfahrensweise verfassungswidrig (ohne Konsultierung des Parlaments) und zweitens seien die damit verfolgten Ziele *„zumindest fragwürdig"* („Le Monde", 13.4.). Diese Erklärung der PS ist eine Provokation für alle französischen Antiimperialisten und dokumentiert, daß die PS sich nicht zu einer Verurteilung der reaktionären Umtriebe der französischen Bourgeoisie entschließen kann. Man wird zwangsläufig an Mitterands berüchtigte Algerien-Vergangenheit erinnert!

Die „Sammlungsbewegung für die Republik" des Rechtsaußen Chirac unterstützt erwartungsgemäß die Handlungsweise d'Estaings voll und kommentierte, man müsse den Beweis bringen, *„daß Frankreich nicht gewillt ist, die Subversion in Afrika zu akzeptieren"* („Le Monde", s.o.). Die sehr weitgehenden Drohungen der französischen Bourgeoisie liegen auf einer Wellenlänge mit der Äußerung des ehemaligen US-Außenministers und Friedensnobelpreisträgers Kissinger, der kürzlich sagte, *„der Westen müsse den Mut zu einem neuen Vietnam haben"* („Welt", 12.4.77)!

Dieses „neue Vietnam" hat Frankreich durch Lieferung von 17 Mirage-Bombern, Puma- und Alouette-Hubschraubern, leichten Panzerwagen und Maschinenpistolen bereits eingeleitet (Radio Lagos nach „Monitor-Dienst" – „MD", 18.3.77). Gegenwärtig sind die Mirage durch französische Techniker und Ersatzteillieferungen (wegen der hohen Schulden Zaires bis vor kurzem verweigert ...) wieder flugfähig gemacht worden und werden von 50 französischen Piloten gesteuert. Die ganze Südregion wird mit willkürlichen Bombardierungen eingedeckt, sie treffen befreite Dörfer in Schaba und auch in Angola (nach Angaben des Verteidigungsministeriums von Angola sind am 15. und 16.3. insgesamt vier Grenzdörfer bombardiert worden!). Bombardiert wurden ebenfalls ein Krankenhaus und mehrere Dörfer in Sambia, was Mobutu nachträglich „den Russen" in die Schuhe schob! ... („FR", 15.3.).

Einem Korrespondenten der „Libre Belgique" zufolge hat Frankreich kurz vor Ostern zusätzlich 200 Fallschirmjägeroffiziere nach Kolwezi entsandt, um wieder Ordnung in die *„etwas in Unordnung geratenen"* Regierungstruppen zu bringen (nach „Welt", 13.4.). Dort kämpfen sie gemeinsam mit belgischen Offizieren gegen die FLNC.

In nur scheinbarem Gegensatz dazu steht die US-Regierung Carters, die ihr Engagement zugunsten des Mobutu-Regimes und ihrer dortigen sieben Milliarden US-Dollar Investitionen betont herunterzuspielen versucht. Mit Sprüchen wie, Mobutu erhalte keine „todbringende" Ausrüstung, sind zwei Flugzeugladungen mit militärischen Ersatzteilen nach Zaire gesandt worden, die jetzt durch eine 13 Mio. Dollar-Lieferung ergänzt wurden, darunter befindet sich ein komplettes Flugzeug vom Typ C-130, das für die Guerillabekämpfung einzusetzen ist. Allein für das Jahr 1977 hat der US-amerikanische Kongreß 30 Mio. Dollar Militärhilfe für Zaire bewilligt, die Hälfte des US-Etats für Schwarzafrika (nach „Neue Zürcher Zeitung", 13.4.77). Dazu der „Menschenrechtler" Carter: *„Die USA würde Zaire zu helfen versuchen, die Situation zu stabilisieren und die Grenzen zu schützen"* („IHT", 13.4.) – „Stabilisierungen" dieser Art duch den US-Imperialismus sind den unterdrückten Völkern der Dritten Welt nur zu vertraut! Nach Informationen der FLNC sind in den Militärbasen von Kitona (Mün-

Informationen der FLNC sind in den Militärbasen von Kitona (Mün-

dung des Zaire) und Kamina (Provonz Schaba) 5.000 US-Ranger stationiert, die sehr wohl der zairischen Armee als Stütze dienen könnten(nach „apl", Brüssel 26.3.77).

Neben Belgien (mindestens 80 Militärberater, umfangreiche Waffenlieferungen und Lieferungen von 4.000 t Brotgetreide) hat sich nun auch die BRD entschlossen, das ins Wanken geratene Mobutu-Regime zu unterstützen. Dabei begibt sich die Bundesregierung in die Pose des menschenfreundlichen Biedermanns: Fünf Mio. DM an – angeblicher?! – „humanitärer Hilfe" wird die Truppen Mobutus versorgen. Politisch aufschlußreich ist die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, die sich im Grundsätzlichen mit den verlogenen Erklärungen Zaires, Marokkos, Frankreichs und der USA deckt: Man trete für die *„territoriale Unversehrtheit"* Zaires gemäß der OAU-Charta ein, denn *„es sei unbestritten, daß die Katanga-Gendarmen sezzionistische* (spalterische) *Ziele verfolgten"* („SZ", 15.4.77).

Für Mobutu hat erwartungsgemäß auch der italienische Außenminister Forlani Stellung bezogen. Er äußerte in Zusammenhang mit dem französischen Vorgehen in Zaire, die *„sich abzeichnende sowjetische Strategie, die eine Kette von Satellitenländern von Aden bis Luanda schaffen wolle, müsse entschieden Widerstand geleistet werden"* („Associated Press", 15.4.). Praktische Folgewirkung: An der Bombardierung der Zivilbevölkerung in der Provinz Schaba sollen nach Angaben von Beobachtern auch italienische Trainingsflugzeuge beteiligt sein („AP", 16.4.77).

Invasion in die VR Angola geplant?

Die Hetze Mobutus gegen die benachbarte Volksrepublik Angola, von seinen eigenen Truppen im vergangenen Jahr überfallen, zielt darauf ab, die VR Angola als „ständigen Unruheherd" zu diffamieren, der seine „Cubaner" in alle afrikanischen Himmelsrichtungen schickt. In Mobutus Stellungnahme an die OAU ist vom *„Sozialimperialismus"* und einer *„russisch-cubanischen Koalition"* die Rede, die ihre Söldner von Angola aus gegen Zaire geschickt habe (vgl. „NZZ" vom 14.4. und „MD" vom 23.3. – Radio Kinshasa).

Nicht ganz unzutreffend beklagte er sich in einem Interview mit der reaktionären „Welt" (5.4.): *„Um uns herum wird ja langsam alles rot. Nur wir stehen noch im Weg. Daher will man uns an den Kragen"*. Der Punkt ist nur der, daß das eigene Volk ihm an den Kragen will!...

Die Übernahme der zairischen Propaganda durch die beteiligten imperialistischen Staaten, daß es um die „territoriale Integrität" Zaires geht, ist ein nicht zu übersehender „Wink mit dem Zaunpfahl" in Richtung VR Angola, der damit Grenzverletzungen und aggressive Absichten unterstellt werden.

Entsprechend den dahinter stehenden Absichten hat der angolanische Präsident Neto scharf vor einer militärischen Invasion gegen die Volksrepublik gewarnt (vergleiche dazu Artikel in dieser Ausgabe).

Zum gleichen Thema erklärte das Mitglied des ZK der MPLA, Lucio Lara, *„indem sie dort (Zaire) starke Militäreinheiten konzentrieren, wollen die Kräfte des internationalen Imperialismus eine neue Aggression gegen Angola vorbereiten und den revolutionären Prozeß im Süden des afrikanischen Kontinents verhindern"* („Ass. Press", 13.3.).

Arm in Arm mit Mobutu – die afrikanische Reaktion...

Die imperialistischen Versuche, den Volksaufstand in Zaire blutig niederzuschlagen, werden durch „Solidaritätserklärungen" und „Hilfs-



Im Fernsehen markiert Giscard d'Éstaing die Interventionspunkte der französischen Imperialisten.

Im Fernsehen markiert Giscard d'Éstaing die Interventionspunkte der französischen Imperialisten.

angebote" der verschiedensten reaktionären Regimes in Nord- und Schwarzafrika flankiert. Ägypten hat eine hohe Militär-Delegation in die Provinz Shaba geschickt, um die Möglichkeit des Einsatzes von ägyptischen Soldaten zu prüfen. Nach Darstellung Mobutus hat Ägypten personelle Hilfe in Bataillonsstärke zugesagt („Newsweek", 18.4.). Sofort nach dem Bekanntwerden des Einsatzes der marokkanischen Truppen hatte ein Sprecher der ägyptischen Regierung erklärt, Afrika stehe vor einer drohenden *„ausländischen Invasion"* und die marokkanische Maßnahme stimme mit der OAU-Charta überein („NZZ", 12.4.).

Eine ähnlich lautende Erklärung („Aggression gegen Zaire") gab der Präsident von Liberia, Tolbert, ab, der Mobutu ebenfalls „Unterstützung" anbot. Das eisenerzreiche Liberia gilt als eines der „Investitionsparadiese" des Imperialismus in Afrika. „Solidaritätsbekundungen" erhielt Mobutu u.a. aus Ruanda, Gabun (wahrscheinlich Zwischenlandeplatz der französischen Luftbrücke), Mauritius, Kenia, Senegal, Ghana und Uganda. Aus dem letztgenannten Land wurde Militärverpflegung nach Zaire geschickt. „Hilfe" aus dem Sudan versprach der Vorsitzende der reaktionären sudanischen Staatspartei, der von einer *„Invasion"* gemäß *„den Interessen gewisser fremder Länder"* sprach („MD", 28.3.). Ebenfalls hinter Mobutu stellte sich der „kaiserliche" Diktator Bokassa aus der Zentralafrikanischen Republik. Nicht als Selbstkritik, sondern mit Blick auf den Volksaufstand in Zaire räsonnierte er: *„Wir haben es mit einem Phänomen von Neo-Nazitum zu tun, das sich hinter einer pseudorevolutionären Phraseologie versteckt"* („SZ", o.D.).

Eine recht traurige Rolle spielt Nigeria, das seinerzeit die MPLA noch solidarisch unterstützt hatte. Es macht in seinen „Vermittlungsbemühungen" aus der Rebellion gegen das neokoloniale zairische Regime eine Sache der außenpolitischen Beziehungen zwischen der VR Angola und Zaire. Beide werden auf eine Stufe gestellt und aufgefordert, *„in ihrem Streit* (!) *Zurückhaltung zu üben"* (Radio Lagos nach „MD" vom 24.3.77). Dieses indirekte Plädoyer für eine Aufrechterhaltung der Mobutu-Herrschaft hat promt dazu geführt, daß Zaire die *„Vermittlung Nigerias im Konflikt um die Schaba-Provinz akzeptiert"* (AFP nach „MD", 25.3.77).

Position für Mobutu haben sowohl der rechte OAU-Generalsekretär W. Eteki und der derzeitige OAU-Vorsitzende Ramgoolam bezogen. Eteki erklärte u.a., *„die gesamte Gemeinschaft der afrikanischen Einheit sollte sich über die Invasion der Söldner im Südosten vollständig bewußt sein"* und Ramgoolam ergänzte: *„Die Nachricht von der Verletzung der territorialen Integrität Zaires ... hat Empörung nicht nur unter den Mitgliedstaaten der OAU ausgelöst, sondern ebenfalls unter all den Völkern, die Frieden und Freiheit lieben"*.

In der Propagandaoffensive des Imperialismus und seiner afrikanischen Lakaien für das Mobutu-Regime hat sich auch die VR China eingereiht. Sie ist nicht bei der diplomatischen Unterstützung Mobutus stehengeblieben, sondern hat der zairischen Konterrevolution 30 Tonnen militärische Güter geliefert und leistet laut Mobutu weiterhin „große Hilfe" („SZ"). Die Pekinger Machtclique betreibt somit weiter massive „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" afrikanischer Staaten und

Fortsetzung auf Seite 6

Belgische Invasion in Zaire

Parallel zu amerikanischen Materiallieferungen begann Belgien – auf Mobutus Bitten um beschleunigte militärische Hilfe – mit der Lieferung von Kriegsmaterial. Am 15.3. verließen die ersten 40 t leichte Waffen und Munition den belgischen Militärflugplatz Melsbroek. 120 belgische Militärs sollen als „Berater" nach Kinshasa geflogen sein. Belgische Piloten haben mit Flugzeugen der Air-Zaire Truppen von Kinshasa nach Kamina in der Provinz Shaba geflogen. (Schon im angolanischen Krieg waren belgische Piloten eingesetzt, um von Zaire aus Waffen in das von Holden Roberto – Mobutus Schwager – kontrollierte Gebiet zu fliegen.) Hinzu kommt, wie die FLNC auf einer Pressekonferenz bekanntgab, daß belgische Söldner an der Seite Mobutus kämpfen.

Die belgische Wochenzeitung „La Gauche" berichtete, daß eine Woche nach Beginn der Aktionen der FLNC belgische Fallschirmspringereinheiten Invasionsübungen durchführten. Dabei bekamen sie neue Ausrüstungen, die aus für Kriegszeiten bestimmten Lagerbeständen stammten, z.B. Uniformen ohne jedes Abzeichen. Des weiteren wurden die Soldaten angewiesen, Personalausweise und jedes andere Dokument, das ihre Identifizierung ermöglichen könnte, in ihren Zimmern zurückzulassen. Auf dem Flug von Namur zum Meer und zurück wurde ihnen erklärt, daß man so vorgehen würde, falls man in Zaire intervenieren müßte.

In Schaffen und Lombardzije sind Fallschirmspringereinheiten in Alarmbereitschaft versetzt worden. Seit einigen Wochen werden verstärkt belgische Fallschirmspringer einberufen. Nach einem Plan des Außenministeriums sollen die etwa 21.000 Beschäftigten der Geco-Mine in Kolwezi „evakuiert" werden (nach „Agence Press Liberation" und „Vrij Nederland").

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Fortsetzung von Seite 5

wie gehabt auf der Seite der Faschisten und gegen Revolution und Befreiung.

Fortschreitende Zersetzung des Mobutu-Regimes

Die eilige und umfangreiche militärische Unterstützung Mobutus durch Imperialismus und afrikanische Reaktion signalisiert zugleich die innere Schwäche des Regimes, dessen eigene Kräfte nicht mehr ausreichen, die Diktatur in gewohnter Weise aufrecht zu erhalten. Das Fehlen einer sozialen Basis des Regimes wurde in diesen Wochen in der Hauptstadt Kinshasa überdeutlich. Für den 3. April hatten die Funktionäre von Mobutus „Revolutionspartei" eine Großkundgebung zugunsten des Regimes gegen die Rebellion in Südzaire angesetzt und dafür tagelang mobilisiert. Ergebnis: Aus der 1 1/2 Millionen-Stadt füllten weniger als 20.000 Menschen das Stadion, darunter viele Kinder, die mit Bussen von den Mobutu-Funktionären angekarrt worden waren. Während der Rede des Bürgermeisters verharrte die Menge in eisigem Schweigen und nach 40 Minuten begannen große Teile der Menge, das Stadion vorzeitig zu verlassen. Daraufhin schlossen Soldaten die Stadiontore und zwangen die Anwesenden, der Rede des Bürgermeisters bis zum Ende zuzuhören! Eine Stellungnahme der Staatspartei sprach später von der *„gewaltigsten Demonstration in der Geschichte Kinshasas"* und in der Tat ist es möglich, daß dies die maximale „Mobilisierungsfähigkeit" des Regimes darstellt... (nach „IHT", 4.4.77). In Kinshasa ist die Opposition gegen das Regime bereits so stark, daß sie *„offizielle Briefe mit dem Ausdruck des künftigen Wunschstaates, der Republique democratique du Congo mit dem offiziellen Postdienst verschicken"* („NZZ", 14.4.).

Innerhalb der Truppen ist nach dem Bericht eines inzwischen ausgewiesenen Korrespondenten Befehlsverweigerung und Desertation die Regel, *„von einer Truppenmoral ist nicht zu sprechen"*. Die einfachen Soldaten würden äußerst schlecht entlohnt, während die Offiziere ihre Stellung *„zur persönlichen Bereicherung ausnützen könnten. Für das Banditenunwesen in Kinshasa wie auf dem Lande, von dem kaum ein in Zaire lebender Europäer verschont geblieben ist, sind vorwiegend desertierte Soldaten verantwortlich, die sich auf diese Weise den Lebensunterhalt sichern"* („NZZ", s.o.).

Unter diesen Umständen kann sich das Regime in Zaire tatsächlich nur noch durch die Hilfe seiner Ver- sich das Regime in Zaire tatsächlich nur noch durch die Hilfe seiner Verbündeten künstlich am Leben erhalten! Die Tage des Mobutu-Regimes – eines der vom Volk meistgehaßten Terror-Regimes in Afrika überhaupt – scheinen gezählt zu sein, selbst dann, wenn es den Revolutionären und Nationalisten nicht sehr schnell gelingen sollte, es hinwegzuspülen.

Afrika-Kommission

Gemeinsame Erklärung von OCT (Frankreich), KB (BRD), Pour le Socialisme (Belgien), OEC (Spanien) und MES (Portugal), verabschiedet in Paris am 17.4.77

Intervention in Zaire

Giscard d'Estaing hat soeben unter Vermittlung von Hassan II. (Marokko) dem korrupten Mobutu-Regime seine Hilfe zur Verfügung gestellt. Durch das Eingreifen in Zaire will Giscard v.a. die französischen Interessen im Rahmen der wenigen Möglichkeiten verteidigen, die von den USA gelassen wurden. Er ist nur einer der Vertreter des europäischen Imperialismus, der insgesamt bis zum Hals in der Ausplünderung Afrikas steht. Die Länder Westeuropas, für die Afrika ein lohnendes Plünderungsobjekt ist, sind zahlreich:

Die BRD hat Interessen in Südafrika. Strauß ist ein guter Freund von Mobutu und nicht zufällig will Genscher diese Woche noch nach Zaire fahren. Belgien rivalisiert mit Frankreich: Söldnerrekrutierung, Waffenmaterial, drei Luftbrücken seit Anfang März, Anwesenheit in Zaire von Instrukteuren und Fallschirmjägerübungen in Zaire selbst zur Vorbereitung für die direkte Intervention in Zaire.

Die Widersprüche, die zwischen EG- und US-Imperialismus existieren, sind Ausdruck eines Wettrennens zwischen mehreren Mächten. Die europäischen Revolutionäre haben eine direkte Verantwortung in der politischen und materiellen Solidarität mit den Völkern Afrikas, im Kampf gegen den Imperialismus.

Diese Solidarität muß uneingeschränkt sein und sie kann auch nicht begrenzt werden auf Grund sowjetischer Expansionspolitik. In diesem Zusammenhang ist die Position der VR-China, die meint, ihre Pflicht sei es, den „gerechten Kampf Zaires" zu unterstützen und die somit den französischen Beschluß billigt, nur dazu angelegt, dem Kampf der Völker Zaires gegen Mobutu und gegen seine imperialistischen Befehlsgeber direkt entgegenzutreten.

Solidarität mit den Völkern Afrikas! Nieder mit dem europäischen Imperialismus!

Fortsetzung von Seite 1

1. Mai - Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Beteiligung an DGB-Veranstaltungen

Sollten vom DGB, seinen Einzelgewerkschaften oder Jugendabteilungen Demonstrationen, Kundgebungen oder Veranstaltungen durchgeführt werden, empfehlen wir daran die Beteiligung in oppositionellen Blöcken und unter fortschrittlichen Parolen. Mit unserer Beteiligung an den DGB-Veranstaltungen wollen wir zum einen unser Interesse an einer möglichst breiten Einheit (politisch unterschiedlichster Strömungen) der Arbeiter- und fortschrittlichen -Bewegung zum Ausdruck bringen und zum zweiten die Teilnehmer an den DGB-Veranstaltungen nicht allein dem prokapitalistischen Einfluß der DGB-Führer ausliefern.

Innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften werden wir in jedem Fall den Kampf darum führen, daß der DGB eigene öffentliche Mai-Aktivitäten entfaltet und dabei nach Möglichkeit auf Demonstrationen durch Arbeiterviertel drängen; wir werden uns für die Durchsetzung fortschrittlicher Parolen einsetzen und gegen das Auftreten bekannter Arbeiterfeinde (wie z.B. Regierungsmitglieder, örtlicher Bürgermeister etc.) als Starredner kämpfen.

Oppositionelle Veranstaltungen organisieren

Verzichten örtliche DGB-Gliederungen auf die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen zum 1. Mai, sollten wir versuchen, eigene Veranstaltungen (Demo, öffentliche Kundgebung, Saalveranstaltung, Mai-Fest) gemäß örtlicher Verhältnisse und auf Basis möglichst breiter AEs zu organisieren. In solchen Fällen muß vor dem 1. Mai eine breite, öffentliche Kritik-Kampagne am Verhalten der örtlichen DGB-Führungen geführt werden.

Prinzipiell richten wir unsere Anstrengungen auf die Durchführung oppositioneller und antikapitalistischer Mai-Veranstaltungen auch dann, wenn der DGB Demos und Kundgebungen durchführt. Allein auf solchen oppositionellen Demos, Kundgebungen und Veranstaltungen können die wirklichen gewerkschaftlichen und politischen Probleme der westdeutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck gebracht werden. Diese oppositionellen Aktivitäten sollen die antikapitalistische Linie innerhalb der Arbeiterbewegung stärken, so- antikapitalistische Linie innerhalb der Arbeiterbewegung stärken, so- wohl politisch, als auch moralisch. Gegenüber unserer Beteiligung an DGB-Mai-Aktivitäten, muß der Organisierung eigener, oppositioneller Veranstaltungen das Schwergewicht eingeräumt werden.

Gemäß dieser Richtlinien haben inzwischen die Ortsgruppen des KB Aktivitäten eingeleitet und erste Zwischenberichte liegen der Redaktion vor. Wir wollen hier den Stand der Mai-Vorbereitungen in einigen Städten kurz bekanntgeben:

Hamburg:

Die Hamburger Ortsgruppe des KB hat zwei Initiativen zum 1. Mai unternommen, nämlich einmal eine Einladung für ein Maifest (am 30. April) an alle uns bekannten fortschrittlichen Gruppen und Organisationen, mit der Aufforderung zu eigenen Aktivitäten (Darstellungen) auf dem Fest selber. Für das Fest sind drei große Messehallen angemietet worden, die etwa 10.000 Personen fassen. Die zweite Initiative der KB Ortsgruppe war die öffentliche Aufforderung für die Demos am 1. Mai und die Vereinheitlichung eines konkreten Projektes dafür: a) Teilnahme an beiden DGB-Demos in oppositionellen Blöcken, b) Teilnahme an der einheitlichen DGB-Kundgebung, c) Protest-Abzug während der Matthöfer-Rede (AKW-Oberpropagandist Matthöfer soll die Rolle des Starredners spielen) und Formierung zur oppositionellen Demo, d) Durchführung einer gemeinsamen Kundgebung, auf der ein Sprecher einer ausländischen Organisation (unser Vorschlag: Gladys Diaz von der MIR-Leitung), ein Betriebsrat in Vertretung beteiligter Gewerkschafts- und Betriebsgruppen, eine Sprecherin der Frauengruppen, ein Sprecher der Jugendgruppen, sowie ein Sprecher der Hamburger Anti-AKW-Bewegung auftreten soll.

Eine AE „offener Frauengruppen", im Zusammenhang mit unserer Mai-Initiative getagt hat, hat ihre Teilnahme am Projekt der Demo und dem Maifest beschlossen; 38 Frauengruppen haben bisher ihre Zusage gemacht.

Auch im Jugendbereich hat sich eine AE in diesem Zusammenhang gebildet und das erste Mal getagt. Die Vertreter der etwa 50 Jugendgruppen (aus Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren, kirchlichen Jugendgruppen etc.) haben bereits ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt – Sowohl im Jugendbereich, als auch in der Hamburger Frauenbewegung kann mit einer weiteren Verbreiterung der Mai-Initiative gerechnet werden.

Etwa ein Dutzend Gewerkschaftsgruppen und -gremien haben zugesagt, die oppositionellen Mai-Aktivitäten mitzutragen. Die Diskussion in den oppositionellen Betriebsgruppen läuft noch. – Zusagen zur Unterstützung dieser Mai-Aktivitäten liegen auch inzwischen von 8 Ausländer - Organisationen vor; auch hier kann noch mit einer weiteren Verbreiterung der Unterstützung gerechnet werden.

Zu sehr scharfen Auseinandersetzungen hat unser Mai-Vorschlag in der Hamburger Anti-AKW-Bewegung geführt und zwar sowohl in den einzelnen Bürgerinitiativen, als auch auf dem Delegierten-Plenum. Hier kam es schließlich zur Kampfabstimmung, wobei 36 Delegierte für eine Beteiligung an der DGB-Demo aber gegen eine anschließende oppositionelle Demo und Kundgebung stimmten. Eine Mehrheit von 52 Delegierten stimmte schließlich für unseren Vorschlag und 14 Delegierte enthielten sich der Stimme, hauptsächlich deswegen, weil das Problem bei ihnen noch nicht in der Bürgerinitiative abschließend diskutiert wurde (jede Bürgerinitiative ist mit ein oder zwei Delegierten im Plenum vertreten). – Unter Berücksichtigung aller Faktoren, kann bei einiger Antstrengung eine solide 2/3-Mehrheit der AKW-Gegner insgesamt für unseren Vorschlag gewonnen werden. Gegen unseren Vorschlag haben v.a. die von anderen politischen Organisationen (KBW,GIM, „KPD") beeinflußten Sektoren der BUU gestimmt, sowie dem Reformismus nahestehende Sektoren der sog. „Gewaltfreien" und eine einflußreiche Sponti-Linie, die mehrere BIs beherrscht und die sich v.a. einer wild-antikommunistischen Hetze innerhalb der BUU hingegeben hat („der KB will die BUU vor seinen Karren spannen"). Sehr stark wurde von dieser Seite auch das rechtsopportunistische „Argument" strapaziert, daß eine anschließende oppositionelle Demo „sektiererisch" sei, daß man lieber „bei den Kollegen bleiben" solle etc.

Westberlin

Westberlin

Nach Ankündigung der westberliner DGB-Führer, den 1. Mai dieses Jahr ins Wasser fallen zu lassen (wegen der zu starken gewerkschaftoppositionellen Linken) hat es v.a. drei große Initiativen für Mai-Demos und Kundgebungen gegeben: 1. traditionell hat die SEW „ihre" Demo angekündigt, 2. die GEW hat eine Demo angekündigt und Aufrufe f.a. an die anderen Gewerkschaften gerichtet, 3. eine Mai-Initiative, die von politischen Organisationen (KB, GIM, Spartacusbund) und vielen Basis-Initiativen getragen wird, hat sich gebildet. Zwischen der Mai-Initiative und der GEW gibt es Absprachen über eine gemeinsame Durchführung von Demo und Kundgebung. Verschiedene Organisationen (Jusos, Judos, DAG-Jugend etc.) haben angekündigt, die GEW-Demo zu unterstützen; ähnliches gilt für die vaterländische „KPD".

Die Mai-Initiative plant darüberhinaus ein Maifest für den 30.4., auf dem mit etwa 5 000 Teilnehmern gerechnet wird. Die Mai-Initiative entstand auf einen Aufruf des „Arbeitskreises gegen die innergewerkschaftliche Repression", einem Zusammenschluß mehrerer Betriebsgruppen, in denen auch KB-Genossen mitarbeiten. Etwa 20 westberliner Gruppierungen, Komitees, Aktionseinheiten und Organisationen tragen die Mai-Initiative inzwischen und etwa 10-15 weitere Gruppierungen sympathisieren mit ihr und nehmen als Beobachter an den Diskussionen an der Mai-Initiative teil. Mit einer erheblichen Verbreiterung dieser Aktionseinheit wird noch gerechnet. Die Mai-Initiative hat eine Mai-Zeitung herausgebracht (Auflage 40 000), die jetzt verkauft wird. Festgestellt werden kann, daß die Mai-Initiative (und ihr sympathisierendes Umfeld) praktisch alle politischen Strömungen der westberliner Linken – diger („KPD", KBW) und der Revisionisten (SEW) – repräsentiert. Dementsprechend kann ein Demonstrationserfolg in Westberlin erwartet werden, der den der Vorjahre noch übertrifft.

Osnabrück

In Osnabrück hat sich eine breite Aktionseinheit zusammengefunden, die ein gemeinsames Maifest am 30.4. veranstalten wird. Als Veranstalter wird der AstA der Fachhochschule auftreten, wo das Maifest und parallel dazu auch ein Kinderfest, stattfinden wird. Durch Aufrufe und durch Stände, Infotische, Wandzeitungen etc. unterstützen folgende Gruppen und Organisationen offiziell das Maifest:

Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, Sozialistisches Zentrum, KB, Frauenzentrum, ESG, Judos, Studenten Basisgruppen, Chile-Solidaritätsgruppe. Ebenfalls Stände haben die Gruppe „Sanierung und Stadtplanung", das UJZ (Jugendzentrum) u.a. angekündigt.

Reden sollen auf dem Maifest von Frauenzentrum, dem KB, der BI und dem UJZ gehalten werden. Zahlreiche Filme, Sketche, Theaterstücke, Lieder usw. wurden bereits von den Initiativen angekündigt. Die Rock-gruppe Oktober wird ihr neuestes Stück „Commune" aufführen und auch die Chile-Solidaritätagruppe will mit einem Stück von Oktober auftreten.

Diskutiert wurde in der Aktionseinheit auch die Frage der Beteiligung an einer 1.Mai-Demonstration, zu der von KBW und UJZ aufgerufen wird. Die Initiativen der AE lehnten es in den bisherigen Gesprächen ab, sich mit eigenem Block an dieser Demonstration zu beteiligen, da sie mit KBW-Demonstrationen und seiner Politik bislang die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht haben.

Flensburg

Zu einer kämpferischen 1.Mai-Demonstration der Aktionseinheit im Anschluß an die DGB-Kundgebung in Flensburg rufen auf:

Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Flensburg, BI Kappeln, BI Husum, BI Süderlügum, Frauengruppe Flensburg, Frauengruppe Schleswig, KB und Chile-Komitee Flensburg. Die Aktionseinheit versammelt sich um 10.30 Uhr am Südermarkt in Flensburg, um von dort geschlossen zur DGB-Kundgebung am Nordermarkt zu marschieren und an ihr unter kämpferischen Parolen teilzunehmen (dortiger Gewerkschaftssprecher ist der Leiter des Bezirks Nordmark der IG-Metall, Otto von Steeg). Im Anschluß daran führt die Aktionseinheit eine eigene Demonstration und Abschlußkundgebung durch.

Am Nachmittag findet am 16 Uhr in der PH ein Maifest mit reichhal- schlußkundgebung durch. Am Nachmittag findet am 16 Uhr in der PH ein Maifest mit reichhal- tigem Kulturprogramm, Tanz und Schwof statt.

Freiburg

In Freiburg hat sich eine 1.Mai-Aktionseinheit gebildet, in der bis jetzt MIR, KB, GIM, SB und Ost-Timor-Komitee vertreten sind. Beobachter haben außerdem die Anti-AKW-Initiative, die autonome Frauengruppe, FAUST (Spontis), die Schülerzeitung „Kollektiv", die SV Wenzinger Gymnasium, „Stadtzeitung" und die „Rote Note" geschickt. Man plant noch eine Verbreiterung der AE, um am 1.Mai eine Demonstration und Kundgebung sowie ein Mai-Fest zu organisieren. Gegen das Votum der Freiburger KB-Gruppe beharrten die Spontis und andere anfangs darauf, auch KBW und „KPD" einzuladen, was auch geschah. Erwartungsgemäß kam es jedoch an der Frage von Parolen gegen den „Sozialimperialismus" zum Konflikt. Da der KBW – wie auch die „KPD" – forderten, diese Parolen müßten in der „Minimalplattform" enthalten sein, mochte selbst die GIM nicht mehr für eine Zusammenarbeit mit diesen Leuten plädieren, und sie mußten den Saal verlassen.

Frankfurt

Der Vorstand des Stadtschülerrats und eine Gruppe von Betriebsräten und fortschrittlicher Kollegen aus Frankfurter Betrieben haben, unterstützt vom KB, zu einem AE-Treffen eingeladen, mit dem Vorschlag, sich mit fortschrittlichen Parolen an der DGB-Maidemonstration zu beteiligen und im Anschluß daran eine alternative Kundgebung durchzuführen, auf der Kollegensprecher, Frauengruppen und AKW-Gegner zu Wort kommen sollen. Für den Abend ist eine Musikveranstaltung im Rahmen der Tournee der Gruppen „Schmetterlinge" und „Oktober" geplant. Diese Vorschläge wurden auch in die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke eingebracht, und gegen den Willen der SB'ler, GIM'ler und „KPD"'ler auch diskutiert. Einigkeit bestand darin, einen Block von AKW-Gegnern auf der gewerkschaftlichen Demo zu bilden und ein Flugblatt mit einer Kritik an der Haltung des DGB-Vorstands zu verteilen. Der Vorschlag, sich an einer linken Kundgebung zu beteiligen, wurde zunächst ebenfalls angenommen, soll aber endgültig erst auf einer weiteren Plenumssitzung entschieden werden.

Die Schülervertreter planen außerdem für den 30.4. ein großes Schülertreffen. Das am Vorabend des 1. Mai traditionell stattfindende internationale Maifest – bisher sozusagen d i e gemeinsame linke internationale Maifest – bisher sozusagen d i e gemeinsame linke Maiveranstaltung in Frankfurt – wurde diesmal unter fadenscheinigen Begründungen von der Verwaltung nicht genehmigt. Stattdessen haben die Spontis vorgeschlagen, in der neu geschaffenen Fußgängerzone „Freßgasse" ein Straßenfest am 30.4. durchzuführen.

Da schmunzelt der Gewerkschaftsführer

Völlig durchgedreht greift der KBW derzeit in Westberlin die Initiative der GEW-Westberlin zu einer kämpferischen 1.Mai-Demonstration als *„ziemlich gefährlich"* an. Er bezeichnet gerade diejenigen, die sich nicht dem Diktat der DGB-Führer (Saalfeier mit Gesichtskontrolle) beugen als *„Feinde der Arbeiterbewegung"* und schlußfolgert, daß eine von der GEW organisierte Demo *„die Spaltung der Gewerkschaft vorantreiben und unter der Führung von gewerkschaftsoppositionellen und gewerkschaftsfeindlichen (!!) Kräften stehen"* werde (alle Zitate aus der „KVZ-Extra", 30.3.77).

Dies gegenüber einer Gewerkschaft anzuführen, die gerade auf Betreiben der DGB-Führung aus dem DGB ausgeschlossen wurde, dazu gehört schon die Unverfrorenheit von bezahlten oder völlig durchgedrehten Provokateuren!

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg

Atomprogramm in der Krise

Fortsetzung von Seite 1

bereitungsanlagen und „Schnellen Brütern", zu stoppen bzw. zu internationalisieren.

Aber gerade mit dieser „2.Generation" von Atomenergieanlagen wollten die BRD-Imperialisten auf längere Sicht Unabhängigkeit von Uranzulieferungen erringen. Hier steht für die BRD-Imperialisten die Frage, wie schnell die Konfrontation mit den USA vorangetrieben werden kann, bzw. wie weit die EG-Partner da mitziehen.

Auf all diese Fragen wollen wir hier genauer eingehen.

Die „Energielücke"

„Ohne Kernenergie geht das Licht aus", behaupten die Elektrizitätsfirmen. *„Ohne neue Kernkraftwerke wäre bereits Anfang der 80er Jahre ein Engpaß in der deutschen Stromwirtschaft"* vorhanden, heißt es in einer Stellungnahme der „Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke", VDEW („Handelsblatt", 25.11.76). *„Bundesforschungsminister Matthöfer (SPD) schließt nicht aus, daß es zu Stromsperren kommen könnte"*, schrieb die „Hannoversche Allgemeine" („HAZ", 29.11.76.)

Für den Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württembergs, Eppler, sind das allerdings *„immer wiederholte melodramatische Warnungen"* vor einer *„auf sehr fragwürdige Weise errechneten Energielücke"* („FR", 7.4.77).

„Energie-Spezialist" Prof. Helmuth Schäfer hatte die „Lücke" genau berechnet: *„An 36 Tagen im Jahr kein Strom – Stromsperre"*, verkündete er in „Bild am Sonntag" (20.3.77). Diese „Energie-Katastrophe" sähe danach folgendermaßen aus:

- *„Die Fernheizung liefert keine Wärme mehr!*
- *Öl- und Gasheizung fallen aus, weil die Brenner mit Elektrizität gesteuert werden!*
- *Elektroloks der Eisenbahn bleiben stehen!*
- *Radaranlagen der Flughäfen fallen aus!*
- *Die Wasserversorgung in Großstädten, die auf elektrische Druckpumpen an Stelle von Wassertürmen angewiesen sind, könnte zusammenbrechen!*
- *Hochhäuser und Büro-Großbauten müssen geräumt werden, weil die Klimaanlagen keine Frischluft mehr liefern ..."* usw., usw.

Vor diesem Hintergrund werden dann Umfragen gestartet nach dem Motto: „Öllampe oder Kernkraft?". Mit einer derart aufgebauten „Alternative" Atomenergie oder tendenzieller Rückfall in die Steinzeit soll ein Teil der AKW-Gagner, die die Gefahren der AKW's fürchten, dahin getrieben werden, sich selbst um Alternativen in der Energiefrage zu kümmern, d.h. gegebenenfalls den eigenen Windgenerator zu bauen etc.
genen Windgenerator zu bauen etc.

Gerade von bürgerlichen Pseudo-AKW-Gegnern wird die Sache ausgenutzt, um zum „Wohlstandsverzicht" zu blasen.

So machte der forschungspolitische Sprecher der FDP, Lärmann, den *„Bürger durch sein Komfortbedürfnis, sein Konsumverhalten und seinen verschwenderischen Umgang mit Energie mitverantwortlich"* („FR", 26.11.76). Auch Eppler will eine Aktion starten unter dem Motto: „Haushalten mit Energie", natürlich in erster Linie in den p r i v a t e n Haushalten. Der CDU-„Umweltschützer" Gruhl fordert gar zum „Konsumverzicht" auf. In einer Zeit, wo die Bevölkerung ohnehin Abstriche am Lebensstandard und sozialen Leistungen in Kauf nehmen muß, wirken solche Parolen eher abschreckend.

Tatsächlich gibt es aber gar keine „Energie-Lücke", sondern eine systematische Energieverschwendung, und nicht nur im Stromsektor.

Ende 1977 *„wird in der Bundesrepublik eine Kraftwerkskapazität von 86.000 bis 86.500 Megawatt zur Verfügung stehen... Selbst unter großzügiger Bedarfsschätzung benötigt die bundesdeutsche Volkswirtschaft diese Strommenge aber erst 1983, wahrscheinlich sogar noch einige Jahre später"* („FR", 18.12.76).

Was dabei „großzügige Bedarfsschätzung" heißt, mag man daran ermessen, daß von der Bundesregierung der Energieverbrauch für 1985 vor drei Jahren noch 20 % höher eingeschätzt wurde als derzeit. Wie große Überkapazitäten bei den Stromfirmen geschaffen werden, soll hier am Beispiel der HEW genauer dargelegt werden: 1974 verfügte die HEW über 2473 Megawatt (MW), *„jedoch schon im letzten Jahr über eine nicht benötigte Reservekapazität von rund 500 MW; nach der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Brunsbrüttel ... wird sich die Reservekapazität... in diesem Jahr sogar auf weit mehr als 1000 MW belaufen"*. Begründet wird es damit, daß die HEW für den *„Ausfall eines ihrer Kraftwerke gerüstet sein müßten"* (alle Angaben lt. „FR", 22.11.76).

Dabei muß weiterhin gesehen werden, daß der Großteil der „Primärenergie", d.h. der in der Regel durch Verbrennung erhaltenen Wärmeenergie, nutzlos durch den Schornstein gejagt wird oder in die Flüsse abgeleitet wird, um dort stinkende Kloaken zu verursachen (insgesamt zweidrittel). Am meisten Energie wird in AKW's verschleudert, nämlich 70 %. Auch hierbei möchten einige bürgerliche Politiker hauptsächlich den privaten Verbrauchern die Schuld geben.

Tatsächlich sind es gerade die Elektrofirmen, die an der nutzlosen Verschleuderung von Energie interessiert sind: „Allein aus dem Wasserdampf, der zu allerlei industrieellen Prozessen benutzt wird, ließen sich beiläufig, über elektrische Generatoren geleitet, zusätzlich 21.000 Megawatt gewinnen – etwa soviel, wie Bundeswirtschaftsminister Friderichs ...sich für 1985 aus den umstrittenen Kernkraftwerken erhofft". So lautet das Ergebnis einer geheimen BP-Studie („Spiegel", 28.3.77).

Systematisch wurde Industrie-Strom aus Prozeßwärme sogar zurückgedrängt!

„So rüde sind dabei die Sitten, daß Eigenstromversorger, die für ihren Spitzenbedarf auf EVU-Strom (EVU = öffentliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen – Anm. AK) *angewiesen sind, häufig mit ungewöhnlich hohen Rechnungen bestraft werden. Am liebsten sehen es die Strommacher, wenn die Industrie auf jegliche Eigenproduktion verzichtet und sich ihrem Monopol anvertraut"* („Spiegel", 28.3.77).

Noch unliebsamer ist den Elektrizitätsfirmen die Zulieferung von Industrie-Strom ins öffentliche Stromnetz; innerhalb von 5 Jahren fiel diese Zulieferleistung um die Hälfte. Die Elektrofirmen nutzen ihre Monopolstellung aus, wobei ihnen gegenüber der Industrie noch der Vorteil vom Staat gewährt wird, daß Firmenstrom nicht über eigene Leitungen weitertransportiert werden darf.

Jede zusätzliche Stromeinspeisung würde halt den Profit der Strommonopolisten senken. Hinzu kommt, daß der Stomverbrauch durch Werbung und Stromtarife gezielt angeheizt wird. So gibt es im Extremfall für Groß-Firmen Sondertarife bis zu 1,9 Pf., der Miniverbraucher hingegen muß bis zu 44 Pf. pro Kilowattstunde rechnen.

Sogar Eppler erhob daher jüngst den *„Verdacht, daß Bestrebungen der Energieversorgungsunternehmen nach Steigerung des Stromabsatzes zum Maßstab politischer Entscheidungen gemacht werden. Auf der einen Seite versuchten die Energieversorgungsunternehmen durch Werbung und entsprechende Tarife den Energieverbrauch ständig zu steigern, auf der anderen Seite drohten Politiker mit dem Ausgehen der Lichter"* („FR", 26.11.76). So kann man nur mit dem „Spiegel" schlußfolgern: „Der angedrohte Zusammenbruch der Elektrizitätsversorgung kann mühelos als psychologische Kriegsführung interpretiert werden, als Angstmacherei der Atomlobby. Durch politischen Kurzschluß soll Umweltschutz und Gerichten zum Trotz, das Milliarden-Geschäft mit der Kernkraft rasch unter Dach und Fach gebracht werden".

Kernenergie oder Arbeitslosigkeit?

Trotz dieser Fakten wird weiterhin eine zügellose Demagogie und Spekulation auf die Angst vorm „Nullwachstum" betrieben. Für die „Vereinigung Deutscher Elektrizitätsfirmen" gibt es *„nur zwei Alternativen: Entweder verzichte die deutsche Wirtschaft auf weiteres Wachstum mit allen Konsequenzen für ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und für den Lebensstandard jedes einzelnen oder der Ausbau von Kernkraftwerken müsse planmäßig fortgesetzt werden"* („Handelsblatt", 25.11.76).

Ihr eifrigster Befürworter, Wirtschaftsminister Friderichs, behauptet, Kernkraftwerke *„müssen auch bei uns sein"*, *„um auch das letzte Viertel dieses Jahrhunderts ohne schwerwiegende ökonomische und soziale Einbußen zu überstehen"* („Süddeutsche Zeitung", 2.12.76). Bis auf *„Chaoten und Terror-Trupps"* sowie *„jene Gruppen, die das Rad der kulturellen und sozialen Entwicklung zurückdrängen wollen"*, hofft Friderichs, alle für seine Stories zu gewinnen: *„wissend, daß die Mehrheit dieses Volkes für Kleider aus Bast und Schuhe aus Baumrinde noch nicht zu begeistern ist"* („SZ", ebenda). Die Bundesregierung behauptet in ihrer Strombedarfsprognose, daß für ein jährliches durchschnittliches Wachstum des Bruttosozialprodukts ein Stromzuwachs von 6,5% notwendig sei (nach „SZ", 1.12.76). *„Ein Einfrieren der Atomenergie auf den Stand der bisher in Bau und Betrieb befindlichen Kernkraftwerke würde nur noch ein Wirtschftswachstum von 1,5 statt 2,5% jährlich zulassen. Das aber würde zu weiteren 1,5 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik führen. Diese Alarmsignale setzten Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) und Forschungsminister Matthöfer (SPD) nach der Verabschiedung der Energiegrundlinien durch das Bundeskabinett"* („Hamburger Abendblatt", 24.3.77).

Ein *„Verzicht auf Kernenergie"*, so tönte Prof. Levi, Vorsitzender der Kerntechnischen Gesellschaft auf dem Treffen des deutschen Atomforums, würde angeblich sogar die *„soziale Ordnung gefährden"* („WELT", 30.3.77).

Das ganze Gerede vom Ende des Wirtschaftswachstums und der Arbeitslosigkeit ohne Kernkraftwerke beruht auf dem Märchen – wie wir gesehen haben – von der „Energielücke". Tatsächlich ist beispielsweise in den USA der Energie-Verbrauch pro Kopf doppelt so hoch wie in Schweden bei gleichem Bruttosozialprodukt pro Kopf. Würden beispielsweise in den USA statt der Straßenkreuzermotoren europäische Mittelklassemotoren benutzt, so wäre dort der Energieverbrauch schon 20% niedriger („Spiegel", 28.3.77). Tatsächlich würden ohne den Atomstrom lediglich das Wachstum der AKW-Bauer und Elektrizitätsfirmen und dort auch Arbeitsplätze bedroht. Auch würde der Stopp von Atomkraftwerken oder gar nur eine „Denkpause" tatsächlich – wie es Prof.Levi auf dem Atomforum erklärte – *„zwangsläufig eine Pause in der weiteren technischen Entwicklung"* (auf dem Sektor der Atomkraftwerke – Anm. AK) *„bedeuten, ohne die die Bundesrepublik ihren Platz in der internationalen Konkurrenz"* (bei Export von Nuklearanlagen! – Anm. AK) *„nicht mehr werde behaupten können"* („WELT", 30.3.77) und das wäre auch gut so! Doch niemand kann uns vorrechnen, daß mit den bisher aus dem Steuersäckel mit gigantischen 20 MRD. DM geförderten AKW's, für deren Ausbau jetzt 100 Mrd. DM ausgegeben werden sollen („die tat", 18.2.77), nicht enormes wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen denkbar wären. Allerdings geht es hier um das Wachstum des „vermutlich mächtigsten Monopols in der Bundesrepublik" („FR", 2.4.77). Daß dieses Monopol sich nicht das große Geschäft aus den Fingern gehen lassen will, dürfte klar sein, wenn man sich vor Augen hält, daß der Branchenführer, die RWE, bereits im Geschäftsjahr 75/76 einen Gewinn von 1,5 Mrd. DM auswies (nach „Deutsche Volkszeitung", 3.3.77).

Atomstrom billig?

Atomstrom billig?

Eine weitere phantastische Behauptung der AKW-Betreiber besagt, daß Atomstrom „billig" sei. So erklärte die Kernforschungsanlage Jülich, bzw. das Badenwerk, Atomstrom sei 3 bis 3,5 Pfennig pro Kilowattstunde billiger als Kohlestrom („SZ", 21.12.76 und „HB", 22.12.76). Die VEBA drohte sogar damit, daß bei einem weiteren Baustopp für AKW's der Strom 4 Pfennig pro Kilowattstunde teurer würde, weil Kohlekraftwerke teurer seien („BILD", 17.3.77).

Billig – das kann man sicher sagen – kam es den Elektrizitätsmonopolen, Kernkraftwerke zu entwickeln: Ein absolut einmaliger Fall ist es, wenn bislang 20 Mrd. DM aus dem Steuersäckel in die Entwicklung einer Technologie, der Entwicklung von AKW's, gesteckt wurde (in den kapitalistischen Ländern insgesamt 100 Mrd. Dollar („Spiegel", 3.1.77). Hoffnungslos teurer ist der Atomstrom als Strom aus Öl, Erdgas, etc. – also wird das vorsichtshalber erst gar nicht verglichen. Um Kohle überhaupt einigermaßen konkurrenzfähig gegenüber dem Mineralöl zu halten, wird das Öl durch Steuern enorm verteuert – beispielsweise beim Benzin um 54 Pfennig pro Liter. Der Bau von weiteren Kraftwerken auf Mineralölbasis wurde von der Bundesregierung verboten! Der Atomstrom soll ja *„als Retterin des Abendlandes"* („Spiegel", s.o.) vor möglicher „Erpressung der Ölscheichs" dienen.

Doch inzwischen kann der Atomstrom wohl kaum mit dem Kohlestrom mithalten. *„Allein zwischen 1971 und 1975 erhöhte sich der Investitionsaufwand für ein neues Atomkraftwerk um 60 Prozent. Zwischen 1965 und 1975 waren es gar 244 Prozent"* („Spiegel", 3.1.77).

Die Investitionskosten für ein 1.300-Megawatt-Kernkraftwerk be-

Fortsetzung auf Seite 8

Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland

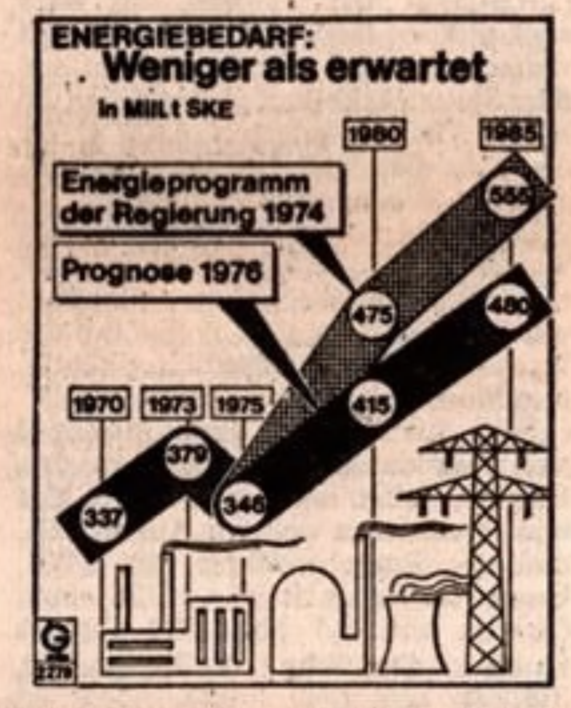
Zeichenerklärung
Kernkraftwerk
in Betrieb
im Bau
im Genehmigungsverfahren

Fortsetzung von Seite 7

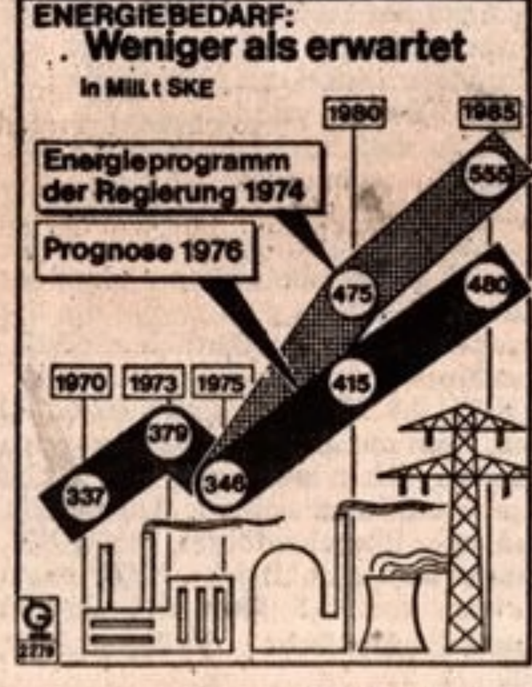
tragen heute bei 3 Mrd. DM, *„für ein 1.400-Megawatt-Steinkohlekraftwerk mit hundertprozentiger Rauchgasentschwefelung dagegen 1,9 Mrd. Mark"* (so in der „SZ", 21.12.76). Dafür sind die Laufkosten dort höher. Die Kapitalkosten beim AKW erreichen *„ – einmalig bei industrieller Produktion – 80 Prozent der Gesamtkosten"* („Spiegel", s.o.). Doch gleichzeitig stieg auch der Preis des Betriebsstoffes Uran von 30 auf 100 Dollar pro Pfund (ebenda) und wird noch drastischer weiter steigen.

So behauptete jüngst der Nordrhein-Westfälische Wirtschaftsminister Riemer (FDP), der „Preisvorteil" vom Atomstrom betrage 1,1 Pfennig pro Kilowattstunde, dabei seien *„in seiner Berechnung ... die zusätzlichen Probleme der Wiederaufbereitung und Endlagerung sowie die mit ‚größter Unsicherheit behaftete' Preisentwicklung auf dem Uranmarkt noch gar nicht berücksichtigt"* („SZ", 21.12.76). Die Kosten für die WAA sind schon jetzt von 4 auf über 10 Mrd. DM geklettert; was eine Endlagerung von radioaktiven Abfällen über zehntausende von Jahren kosten würde, kann man nur ahnen. Selbst Wirtschaftsminister Friderichs, der voll auf den Ausbau von AKW's setzt, verkündete, schon 1981 werde der Atomstrom zwei Pfennig teurer als der Strom aus Steinkohle sein.

Besorgt schrieb dazu wie „Welt": *„Der Bürger ist erstaunt und fragt, was denn überhaupt der pompöse Bundesenergieplan wert ist, wenn sich nicht einmal die FDP-Minister in Düsseldorf und Bonn über Energie-Kosten-Berechnungen einig sind! Allein der Bürger braucht sich nicht zu beunruhigen; es war wieder einmal nur eine Extratour eines der von Profilierungsneurosen geplagten NRW-Landesminister"* („Welt", 30.12.76). Nun, da es heraus ist, daß Atomstrom eben teurer ist, erklärt die „Welt" dem erstaunten Leser: *„Die Diskussion über Preisvorteile der einen oder anderen Energie ist unsinnig"*, da



beunruhigen; es war wieder einmal nur eine Extratour eines der von Profilierungsneurosen geplagten NRW-Landesminister" („Welt", 30.12.76). Nun, da es heraus ist, daß Atomstrom eben teurer ist, erklärt die „Welt" dem erstaunten Leser: „Die Diskussion über Preisvorteile der einen oder anderen Energie ist unsinnig", da



Quelle: Globus

Atomstrom eben gebraucht würde (ebenda) – in der Tat, die Festlegung auf den Atomstrom ist eine politische Entscheidung in den 50er Jahren gewesen, schon längst sind entsprechende Fakten geschaffen worden – mit billigem Strom hat das nichts zu tun. Unter dem Motto: *„Der Bürger muß alles bezahlen"*, warnte das Vorstandsmitglied Keltsch von der VEBA AG vor Verzögerungen und Stillegungen von AKW's, der *„Strompreis werde kräftig steigen"* („WELT", 17.3.77). Die Kosten für das Atomprogramm steigen in immer astronomischere Höhen – „der Bürger muß das alles bezahlen"!

Das BRD-Atomprogramm wackelt – ein heißer Anti-AKW-Herbst ?

Das gesamte Energieprogramm der Bundesregierung ist derzeit umstritten. Klar ist nur, daß das ursprüngliche ehrgeizige Ziel von 45.000 bis 50.000 Megawatt im Jahre 1985, wie es im Energieprogramm der Bundesregierung 1974 festgeschrieben wurde (was 15% des gesamten Energieverbrauchs bedeutet hätte), nicht mehr erreicht werden wird.

Im November '76 schraubte Friderichs die Atomstromleistung für 1985 auf 35.000 bis 38.000 MW herunter, inzwischen ist die Bundesregierung offiziell bei 30.000 MW angelangt („FAZ", 12.3.77). *„Neben den betriebenen 13 Kernkraftwerken* (5 AKW sind im Betrieb, 9 im „Probelauf" ohne entgültige Betriebsgenehmigung – Anm. AK nach „FAZ", 2.12.76) *mit 6.500 Megawatt sind Werke mit 11.600 Megawatt im Bau. Weitere 2.700 Megawatt sind genehmigt, aber im Bau behindert (Wyhl und Brokdorf)"* (s.o.).

Sowohl der Bau des Kernkraftwerkes Wyhl als auch der in Brokdorf ist nach massiven Protesten der Anti-AKW-Bewegung derzeit auch gerichtlich gestoppt. *„6.100 Megawatt schweben mit vielen Ungewißheiten im Genehmigungsverfahren"* (s.o.). Einhelligkeit besteht in der Bundesregierung darüber, daß die im Bau befindlichen AKW's durchgezogen werden sollen. Klar ist auch, daß nach der Genehmigung des Baus des AKW-Brokdorf durch die schleswigholsteinische Landesregierung derzeit keine weiteren Genehmigungen erteilt werden. Großspurig behauptete Matthöfer dazu, daß *„ein Baustopp für Kernkraftwerke ... in der Bundesrepublik bereits gegeben"* sei (nach „FR", 7.4.77). 3 AKW's hatten noch Brokdorf für Dezember '76 bzw. Januar '77 mit der ersten Teilgenehmigung gerechnet (nach „FR", 12.12.76). Es stehen die Genehmigungen der AKW's von Warnum, Philipsburg, Biblis C und Hamm an. Nach dem Brokdorf-Schock, der Einstellung von Uranlieferungen aus Kanada und der Verzögerung der Wiederaufbereitungsanlage von 1985 vermutlich auf 1993 („FR", 7.4.77), hatte sich die Regierungskoalition erst einmal eine Verschnaufpause zugebilligt und erklärt, *„ daß künftig die 'erste Teilerrichtungsgenehmigung' nicht erteilt wird, solange die Kraftwerksunternehmen keine 'realistische Planung für die Entsorgung' des giftigen Atommülls vorlegen können – bisher hatte es geheißen, die Bundesregierung werde keine weitere Betriebsgenehmigung erteilen, solange die endgültige Lagerung des Atommülls und die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Atomstäbe nicht sichergestellt sei"* („FR", 12.12.76). Zwischenzeitlich sprach sich Maihofers Innenministerium für eine Verzögerung bis 1978 aus; es war sogar in der Debatte, die „letztinstanzliche" Gerichtsentscheidung abzuwarten, was mindestens 5 Jahre gedauert hätte (Angaben nach „Welt" vom 19.2.77).

Die elektrotechnische Industrie ließ durch ihren Zentralverband bereits erklären: *„Die durch den faktischen Baustopp für Kernkraftwerke drohende Produktionsunterbrechung könnte die Auflösung der deutschen Reaktorindustrie bewirken"*; dabei wurde mit einem Verlust von 80.000 bis 200.000 Arbeitsplätzen gedroht („FAZ", 18.3.77).

Ende März, nachdem die Elektroindustrie ihren Sicherheitsbericht für die Wiederaufbereitungsanlage für die nächsten Tage angekündigt hatte und dann den Antrag auf die Genehmigung des Entsorgungszentrums stellte (nach „FR", 7.4.77), legte die Bundesregierung neue Richtlinien für ihr Atomprogramm fest. Danach wird es noch 1977 einen heißen AKW-Herbst geben!

Denn die Regierung erwartet, *„daß die Gutachter bis zum Spätherbst eine Stellungnahme zum sicherheitstechnischen Konzept der Entsorgung abgeben"* („FAZ", 25.3.77). Danach könnte mit Probebohrungen für die Atommülldeponie begonnen werden.

Nach Prüfung des Sicherheitsbe- ... dauert hätte (Angaben nach „Welt" vom 19.2.77).
Die elektrotechnische Industrie ließ durch ihren Zentralverband bereits erklären: „Die durch den faktischen Baustopp für Kernkraftwerke drohende Produktionsunterbrechung könnte die Auflösung der deutschen Reaktorindustrie bewirken"; dabei wurde mit einem Verlust von 80.000 bis 200.000 Arbeitsplätzen gedroht („FAZ", 18.3.77).
Ende März, nachdem die Elektroindustrie ihren Sicherheitsbericht für die Wiederaufbereitungsanlage für die nächsten Tage angekündigt hatte und dann den Antrag auf die Genehmigung des Entsorgungszentrums stellte (nach „FR", 7.4.77), legte die Bundesregierung neue Richtlinien für ihr Atomprogramm fest. Danach wird es noch 1977 einen heißen AKW-Herbst geben!
Denn die Regierung erwartet, „daß die Gutachter bis zum Spätherbst eine Stellungnahme zum sicherheitstechnischen Konzept der Entsorgung abgeben" („FAZ", 25.3.77). Danach könnte mit Probebohrungen für die Atommülldeponie begonnen werden.

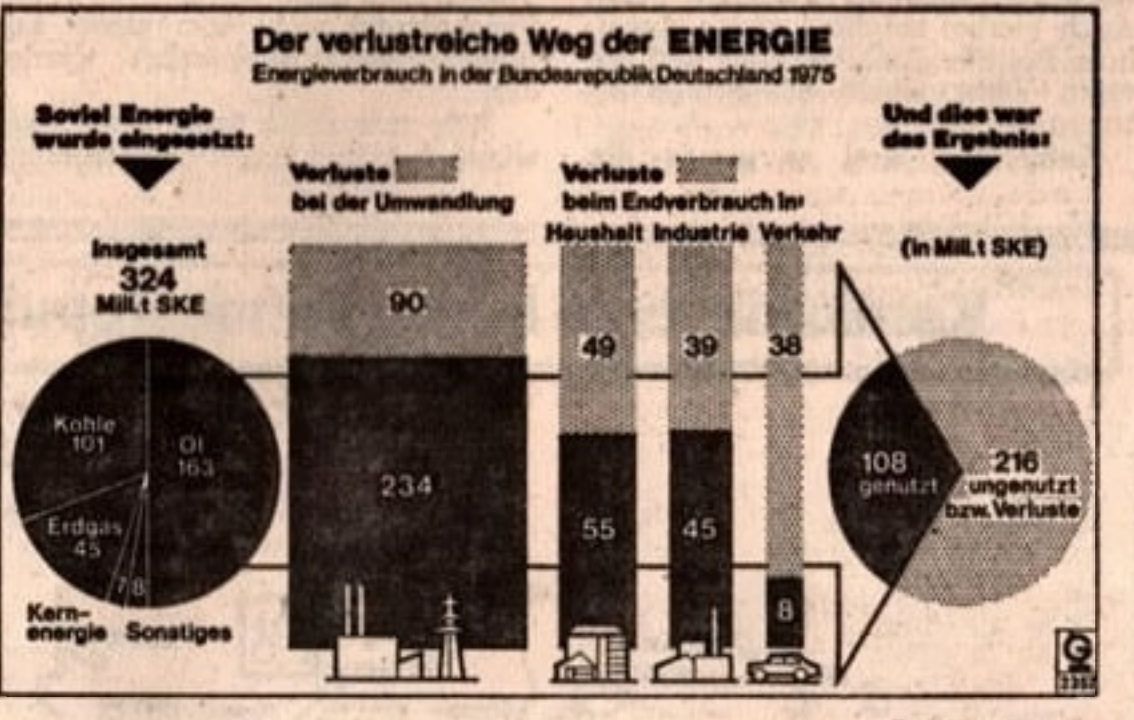
Nach Prüfung des Sicherheitsberichtes, der Vorauswahl eines oder mehrerer Standorte für die Wiederaufbereitung (die Bundesregierung wird neben Gorleben von den drei weiteren Standorten der engeren Wahl einen oder mehrere vorschlagen) und dem Antrag auf die erste Teilerrichtungs-Genehmigung für das Brennelement-Eingangsbecken der geplanten Entsorgungsanlagen will dann die Bundesregierung auch wieder neue Baugenehmigungen für die AKW's geben. Das heißt, im Herbst wird über einen oder mehrere Standorte der WAA entschieden und ggf. mit dem Bau von neuen AKW's begonnen!

Dabei haben sich Maihofer und sein Staatssekretär dafür ausgesprochen, ggf. die *„erste Gerichtsentscheidung vor Baubeginn abzuwarten"* („FAZ", 4.12.77), was noch einmal einen Bauaufschub von 8-10 Monaten bedeuten würde (ebenda). Vermutlich sollen die Parlamente in Landesentwicklungsplänen öffentlich die nächsten Standorte für AKW's diskutieren und damit ihre Unterstützung zum Atomprogramm der Bundesregierung deutlich machen! Doch bis dahin wird es noch heiße Debatten innerhalb des bürgerlichen Lagers geben, insbesondere aus den Reihen von SPD und FDP ist mit massivem Widerstand zu rechnen.

Die CDU/CSU steht relativ geschlossen hinter den Vorstellungen der Bundesregierung: Der forschungspolitische Sprecher Lenzer forderte namens seiner Partei die Bundesregierung auf, *„dafür zu sorgen, daß die notwendige Kraftwerkskapazität errichtet wird"* („Welt", 19.2.77). In der SPD und FDP fordern breitere Teile zu einer „Denkpause" auf, wo zumindest keine neuen AKW's in Bau gehen. So fordert die SPD Schleswig-Holsteins eine *„Denkpause, um das Problem der Entsorgung technisch lösen zu können"*, obwohl die SPD in Schleswig-Holstein *„die Kernenergie keinesfalls ablehne"* (so Jansen in den „Lübecker Nachrichten", 22.2.77). Ähnliche Beschlüsse faßten die SPD Bayerns und Hamburgs und überall zahlreiche Unterbezirke. Ähnlich forderte im November '76 die Mehrheit des FDP-Parteitages entgegen den Vorstellungen ihres Vorstands, daß *„Genehmigungen für den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken ... nur erteilt und aufrechterhalten werden, ‚wenn alle bisher ungelösten Probleme der Lagerung und Wiederaufbereitung von radioaktivem Abfall sowie des Katastrophenschutzes gelöst sind"* („FAZ", 23.11.76). Diese Position würde laut Friderichs und Matthöfer zum „black out" führen („Hamburger Abendblatt", 24.3.77). Das sind alles Positionen, die keinesfalls der Kernenergie grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Teilweise wird die „Denkpause" aus Anlaß des Uranlieferstopps gefordert (NRW-Innenminister Hirsch, „FR", 13.4.77), teilweise, um *„das Verhältnis zu den Bürgerinitiativen wohltuend (zu) entspannen"* („FR", 26.1.77). Nur *„wenn politisch verantwortliche Kräfte die Sorgen ernst nehmen, die eine wachsende Zahl von Bürgern umtreiben"*, könne *„der Gefahr einer neuen Opposition außerhalb der Parlamente"* entgegentreten werden, erklärte Eppler („FR", 26.11.76). *„Unter dem ... Eindruck von Brokdorf"* würden viele Bonner Politiker *„nicht mehr zu ihren Entscheidungen von gestern stehen"*, schrieb dazu die „Welt" (26.11.76). *„Offenbar ist die Versuchung für Politiker groß, den Forderungen von Bürgerinitiativen nachzugeben oder sich gar an die Spitze solcher Bewegungen zu setzen"* (ebenda). Nun, das ist sogar im Interesse der Atomlobby sehr wichtig, um den Widerstand zu zersetzen bzw. *„die größte Gefahr"* zu verhindern, daß *„das demokratische Gefüge bedroht"* wird, bzw. neben den bürgerlichen Parteien her und gegen sie *„neue Gruppierungen zu relevanten politischen Kräften werden"* – wie der SPD-„Vorwärts" schreibt (zit. nach „Welt", 19.2.77). Hinzu kommt, daß auch Teile der Jusos sogar *„einen sofortigen Bau und Betriebsstopp für Kernreaktoren und ein Verbot des Exports von Kerntechnologie "* („FR", 30.12.76) fordern – ähnlich sehen die Beschlüsse der Judos aus. Deshalb prophezeite Stoltenberg, es werde in drei bis sechs Monaten eine *„Zerreißprobe für die SPD ... dadurch eintreten, daß man sich für den Bau der Kernkraftwerke entscheiden müsse ... eine Frage von nationalem Rang"* (lt. „Welt", 9.3.77). Auf Grund der Tatsache, daß sowohl die SPD als auch die FDP als Regierungsparteien das Atomprogramm zu verteidigen haben, sind ihre Möglichkeiten zur reformistischen Zersetzung der Anti-AKW-Bewegung drastisch eingeschränkt – anders als es noch bei der Atombewaffnung für die Bundeswehr war, wo die SPD in der Opposition voll diese Pläne ablehnte und an der Spitze der Bewegung für das Totlaufen des Protestes sorgte.

Niemand im bürgerlichen Lager bestreitet heute, daß man sich etwas einfallen lassen muß, *„um die Umweltschützer zu beruhigen. Ihre Warnungen kommen bei einer unruhig gewordenen Bevölkerung in immer größerem Maße an – wie sich täglich feststellen läßt"*. – (wird fortgesetzt)

AKW-Nein–Kommission



Quelle: Globus

SPD verliert absolute Mehrheit im Stadtrat

München. Am 15. April haben die Münchner Stadträte Vevi Burkert, Annelise Kramer, Erna Mohsche und Egon Reichl ihren Austritt aus der SPD bekanntgegeben. Gleichzeitig teilten sie mit, daß sie zusammen mit den bereits Ende vergangenen Jahres aus der SPD ausgetretenen Bürgermeistern Gittel und Müller-Heydenreich eine neue Fraktion, den „Sozialen Rathausblock" („SRB") gegründet haben.

Mit diesen Austritten verliert die SPD im Münchner Stadtrat ihre absolute Mehrheit, bleibt aber die stärkste Fraktion.

Diese Entwicklung kam nicht überraschend. Bereits nach dem Austritt der beiden Bürgermeister war von der Bildung eines „Bürgerblocks" für die im nächsten Jahr anstehenden Stadtratswahlen die Rede und es wurde Kontakt zu der SDU (Soziale Demokratische Union, eine Rechtsabspaltung der SPD) des Braunschweiger Oberstadtdirektors Weber aufgenommen.

Die vier Rechten begründeten ihren Austritt so: *„Die radikalsozialistischen Kräfte in der Münchner SPD haben ständig versucht, unsere Entscheidungsfreiheit im Stadtrat zu beeinträchtigen". „Will man das Beste für diese Stadt, dann bleibt nur übrig, die nicht mehr regierungsfähige SPD-Stadtratsfraktion ihrer Linksabdrift zu überlassen."* Weiter erklärten sie, daß sie den (vom Münchner SPD-Unterbezirk für die kommenden Kommunalwahlen nicht mehr nominierten) Oberbürgermeister Kronawitter - ebenfalls ein strammer SPD-Rechter – weiter unterstützen wollen. Die von den Rechten demagogisch angeführte „Regierungsunfähigkeit" der SPD-Fraktion haben sie in den letzten Wochen selber provoziert: Sie blieben Fraktionssitzungen fern und stimmten bereits am 30. März bei drei Abstimmungen zum Teil demonstrativ gegen die SPD-Fraktion und mit der CSU!

Reaktion der SPD-Spitze auf diese Provokation: Erstmal ein Gespräch mit der Fraktionsspitze, dann sollten weitere Beschlüsse gefaßt werden. Absolut harmlos, wenn man dies der Erpressung der SPD-Führung gegen den Juso-Bundesvorstand und den Disziplinierungen von Linken gegenüberstellt.

Es wirft nur ein bezeichnendes Licht auf die SPD, die solche Vögel über Jahre in ihren Reihen duldet, die offen ihre Sympathie mit der CSU dokumentieren, aber die Linke gerade auch in München schon im ersten Ansatz kaltstellt.

SPD-Kommission

SPD-Rechte drängen auf noch härteren Kurs gegen Jusos
Die Fritz-Erler-Gesellschaft um die ... an den Universitäten vorlegen, als ... Partei" genannt) sorgen. Nach dem

SPD verliert absolute Mehrheit im Stadtrat
München. Am 15. April haben die Münchner Stadträte Vevi Burkert, Annelise Kramer, Erna Mohsche und Egon Reichl ihren Austritt aus der SPD bekanntgegeben. Gleichzeitig teilten sie mit, daß sie zusammen mit den bereits Ende vergangenen Jahres aus der SPD ausgetretenen Bürgermeistern Gittel und Müller-Heydenreich eine neue Fraktion, den „Sozialen Rathausblock" („SRB") gegründet haben.
Mit diesen Austritten verliert die SPD im Münchner Stadtrat ihre absolute Mehrheit, bleibt aber die stärkste Fraktion.
Diese Entwicklung kam nicht überraschend. Bereits nach dem Austritt der beiden Bürgermeister war von der Bildung eines „Bürgerblocks" für die im nächsten Jahr anstehenden Stadtratswahlen die Rede und es wurde Kontakt zu der SDU (Soziale Demokratische Union, eine Rechtsabspaltung der SPD) des Braunschweiger Oberstadtdirektors Weber aufgenommen.
Die vier Rechten begründeten ihren Austritt so: „Die radikalsozialistischen Kräfte in der Münchner SPD haben ständig versucht, unsere Entscheidungsfreiheit im Stadtrat zu beeinträchtigen". „Will man das Beste für diese Stadt, dann bleibt nur übrig, die nicht mehr regierungsfähige SPD-Stadtratsfraktion ihrer Linksabdrift zu überlassen." Weiter erklärten sie, daß sie den (vom Münchner SPD-Unterbezirk für die kommenden Kommunalwahlen nicht mehr nominierten) Oberbürgermeister Kronawitter - ebenfalls ein strammer SPD-Rechter – weiter unterstützen wollen. Die von den Rechten demagogisch angeführte „Regierungsunfähigkeit" der SPD-Fraktion haben sie in den letzten Wochen selber provoziert: Sie blieben Fraktionssitzungen fern und stimmten bereits am 30. März bei drei Abstimmungen zum Teil demonstrativ gegen die SPD-Fraktion und mit der CSU!
Reaktion der SPD-Spitze auf diese Provokation: Erstmal ein Gespräch mit der Fraktionsspitze, dann sollten weitere Beschlüsse gefaßt werden. Absolut harmlos, wenn man dies der Erpressung der SPD-Führung gegen den Juso-Bundesvorstand und den Disziplinierungen von Linken gegenüberstellt.
Es wirft nur ein bezeichnendes Licht auf die SPD, die solche Vögel über Jahre in ihren Reihen duldet, die offen ihre Sympathie mit der CSU dokumentieren, aber die Linke gerade auch in München schon im ersten Ansatz kaltstellt.
SPD-Kommission

SPD-Rechte drängen auf noch härteren Kurs gegen Jusos

Die Fritz-Erler-Gesellschaft, um die es in der letzten Zeit nach den freiwilligen Austritten einiger Erzreaktionäre (Weber etc.) etwas still geworden ist, sah den Zeitpunkt der Neuwahl des Juso-Bundesvorstandes als günstig, um ihre extrem reaktionären Thesen über den „Zustand der SPD" wieder in die Öffentlichkeit zu bringen. In einer großaufgemachten Story auf der Titelseite der „Welt" (wo sonst?) „warnt" die Erler-Gesellschaft: *„Viele SPD-Mitglieder auf Volksfrontkurs"* (5.4.77). Der dargelegte Unsinn ist nicht neu und wenig sensationell. Da werden die alten Geschichten von der Unterwanderung der SPD, der Hochschulen usw. ausgebreitet. Die Erler-Leute wollen jetzt eine Dokumentation über die Situation an den Universitäten vorlegen, *„als Beweis dafür, daß durch die Hochschulpolitik sozialdemokratisch (!!) regierter Länder ‚Feinde unserer politischen Ordnung' in die Lage versetzt worden seien, ganze Fachbereiche ... unter ihre Herrschaft zu bringen"* („Welt", 5.4.77)...

Interessant ist die Vorgeschichte dieses Vorstoßes: Bundesgeschäftsführer Bahr und der Vorstand der Erler-Gesellschaft hatten sich „über die innerparteiliche Situation" beraten! Da die rechten Erler-Leute auf noch härteren Kurs gegen die SPD-Linke drängten, werden wie gehabt die Taten nicht lang auf sich warten lassen.

Dafür will auch Bruno Friedrich (der Vater der „Einvernehmensrichtlinien", auch „Zuchtmeister der Partei" genannt) sorgen. Nach dem Willen des fränkischen SPD-Bezirksvorsitzenden sollen „die linken Jusos sämtlich rausgeschmissen und mit den ‚parteiloyalen' ein ‚Sozialdemokratischer Jugendverband' aufgezogen werden" („Extra-Dienst", 8.4.77). *„Das ‚Experiment'"* so Friedrich, *„sollte in Franken durchgeprobt werden, um seinen ‚Modellcharakter' für das übrige Bundesgebiet unter Beweis zu stellen"* (ebenda).

Das ist nicht nur als leere Drohung gemeint. Friedrich ist als Juso-Fresser bewährt. Bevor die „Einvernehmensrichtlinien" offiziell wurden, hatte er sie im Frankenland schon „ausprobiert".

SPD-Kommission

Abgrenzungsbeschluß gegen Juso-Gewerkschaftler?

Die Wahl des „knallroten" Benneters (*„Gegen ihn ist die ‚rote Heidi' ein rosafarbenes Moosröschen"* – „Bild", 24.3.77) zum neuen Juso-Vorsitzenden hat auch bei Gewerkschaftsführern heftige Reaktionen ausgelöst: In den Gewerkschaftszentralen wächst *„die Entschlossenheit ... offen (!) gegen die marxistischen Theoretiker der SPD-Jugendorganisation Front zu machen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 14.4.77)! Der SPD wird von Strauß bis zur Fritz-Erler-Gesellschaft der bekannte Vorwurf gemacht, *„in der Vergangenheit* (den „radikalen Jusos" – Anm. AK) *keinen Riegel vorgeschoben zu haben"* (ebenda). Und da wollen die Gewerkschaftsführer jetzt selbst Hand anlegen.

Die ganze Kampagne läuft nach bewährtem Muster. Da werden in der „Gewerkschaftspost" der IG Chemie die Jusos öffentlich als *„theoretisierende Besserwisser"* diffamiert, die *„mit elitärer Arroganz glauben, gestandene* (hoho) *Arbeitnehmervertreter bevormunden zu können"* (ebenda). Natürlich darf der Hinweis nicht fehlen, daß die Jusos *„unverhohlen ... die Zerschlagung der bisherigen Gewerkschaften"* propagieren (ebenda). In der Konsequenz dieser Hetze haben die Gewerkschaftsführer der Textilbekleidung gleich *„eine Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Vorstand der Jungsozialisten abgelehnt"*, für *„eine sachliche und politische Zusammenarbeit"* fehle derzeit *„jede Voraussetzung"* („Parlamentarisch-Politischer-Pressedienst", 30.3.77).

Den Vogel schossen die Gewerkschaftsführer der IG Bergbau und Energie ab. Wie schon die SPD-Spitze stellten sie den Jusos in ihrer Zeitung „einheit" ein Ultimatum: „Alle gewerkschaftsfeindlichen (?...) Beschlüsse vom Tisch oder totale Konfrontation auch mit den Arbeitnehmerorganisationen" („Welt", 12.4.77). Offen drohten die Bergbau-Gewerkschaftsführer mit Gewerkschaftsausschluß. „Die Jusos dürfen sich jedenfalls nicht wundern, wenn ihnen künftig die Gewerkschaftstüren vor der Nase zugeschlagen werden" („FAZ", 14.4.77).

Wir wollen bei dieser Gelegenheit viele ehrliche Jusos daran erinnern, daß eines ihrer wesentlichen Argumente für die Arbeit „in und mit der SPD" der Hinweis auf die Masse der „engen und natürlichen Verbindungen" zwischen SPD und Gewerkschaften ist. Wat nu?...

SPD-Kommission

Juso-Sprecher tritt ab

Nicht ganz ohne Folgen blieb der neue Anpassungskurs des neuen Juso-Bundesvorstandes: *„Aus Protest gegen den ‚ultimativen Druck' der SPD"* („Welt", 5.4.77) trat der badenwürttembergische Sprecher des Landesvorstandes der Jungsozialisten zurück. – Nur ein Aufrechter von geschätzten 70.000 aktiven Jusos?

SPD-Kommission

Russell-Tribunal: Rückzieher der Opportunisten

Während tatsächlich die Zustimmung für das geplante Russell-Tribunal über politische Unterdrückung in der BRD zwar langsam, aber immerhin stetig wächst, gehen Gruppen wie die GIM oder Teile des SB's mit ihrem unerträglichen Gejammer über die fehlende Unterstützung durch bürgerlich-liberale Kreise, die Gewerkschaften usw. inzwischen so weit, daß sie den vorbereitenden Aktivitäten massiv Knüppel zwischen die Beine werfen. Dieses Gezeter dient freilich allein dem Zweck, erpresserischen Druck auszuüben, um ihre opportunistischen Vorstellungen über ein Russell-Tribunal und die von der westdeutschen Linken zu leistende Arbeit durchzusetzen. Die gezielte Gerüchtemacherei im In- und Ausland (!), die von diesen Leuten ausgeht, zwingt uns dazu, unsere bisherige Geduld gegenüber den kleinkrämerischen Manövern a la GIM aufzugeben. Denn es ist offensichtlich, welcher Schaden gerade bei den Radikaldemokraten, die eben erst ihre Zustimmung zum Projekt des Tribunals erklärt haben (z.B. Judos und Falken oder die „Antirevisionisten" unter den Jusos – s.u. – angerichtet wird. Eine wesentliche Rolle bei der Taktiererei etwa der GIM spielt dabei die inzwischen vorliegende Reaktion der DKP auf das Russell-Projekt.

DKP versucht zu spalten

Der Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" (zentrale Koordinationsstelle der mit der DKP zusammenarbeitenden Berufsverbote-Komitees, Sitz in Hamburg) hat sich mit einem Brief an die Russell-Peace Foundation gewandt, in dem die Initiative um ein Gespräch mit der englischen Stiftung bittet. Darin heißt es: *„Wir begrüßen es, wenn eine so angesehene Institution wie die Russell Foundation sich mit dem Thema Berufsverbote in der Bundesrepublik befaßt".*

Der Brief fährt fort mit einem – von der DKP gewohnten – peinlich übertriebenem Selbstlob über die angebliche Bedeutung der Initiative mit ihren *„rund 350 örtlichen Komitees und Bürgerinitiativen"* (fehlt nur der Hinweis auf die „Millionen Anhänger", wie sich andere Hochstapler und selbsternannte Führer der BI-Bewegung auszudrücken pflegen).

Schlicht eine unverschämte Provokation ist es, wenn sich dieser Ausschuß *„ohne Anmaßung"* (wörtlich!) als *„kompetenter Sprecher der vom Berufsverbot Betroffenen"* bezeichnet. Tatsächlich ist diese Passage so zu verstehen, daß die DKP bekanntlich Berufsverbote-Opfer aus Gruppen links von ihr nicht kennt und zu diesen – je nach Opportunität – schweigt oder solche Berufsverbote gar rechtfertigt! Wobei wir jederzeit bereit sind, darüber eine Dokumentation authentischer (schriftlicher und mündlicher) Äußerungen von DKP/SEW/MSB usw. vorzulegen. Diese Berufsverbote-Opfer wissen den Vertretungsanspruch von DKP-Funktionären „dankbar" zu schätzen...

So wundert es auch nicht, daß es das Hauptanliegen des Briefes ist, sich schärfstens von den bisherigen Überlegungen zum Tribunal abzugrenzen und die beteiligten Gruppen nach Kräften zu diffamieren. Der Arbeitsausschuß verlangt – *„aus Sorge um die Belange der vom Berufsverbot Betroffenen"* –, das Tribunal auf die Frage der Berufsverbote zu beschränken (vielleicht auch auf Berufsverbote-Fälle der DKP??) und besonders die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sowie die Repression gegen politische Gefangene in der BRD keinesfalls zu behandeln. Würde auch nur „ein Bogen" von der Repression gegen politsche Gefangene (*„Gewalttäter"*) zu den Berufsverboten gespannt – so der Arbeitsausschuß – *„so wäre das ein Vorgang, der offen gegen die politischen und persönlichen Belange der Betroffenen gerichtet wäre."* (1)

Hätte der Arbeitsausschuß geschrieben „Wir sehen uns nur dazu in der Lage, das Tribunal in den Fragen der Berufsverbote zu unterstützen" – wäre das zweifellos zu respektieren gewesen. Die Methode allerdings, jede weitergehende Untersuchung der Repression in der BRD gegen angebliche Interessen der vom Berufsverbot Betroffenen auszuspielen, fällt nicht nur weit hinter die liberale Öffentlichkeit (vor allem im Ausland) zurück, sondern ist auch in der Sache lachhaft (was ist mit den Belangen derjenigen, die ihr Berufsverbot aufgrund vorherigen Gewerkschaftsausschlusses erhalten haben??) Diese Methode trägt deutlich erkennbar den demagogischen Schriftzug der DKP (die wieder mal keinen Aufwand gescheut hat – Herumreisen von DKP-Kadern, Gespräche, Gerüchte etc. –, diese Linie gegen diejenigen Komitee-Mitglieder durchzusetzen, die einer Zusammenarbeit mit dem bestehenden westdeutschen Russell-Initiativausschuß offen gegenüberstanden. Herzlichen Glückwunsch!).

GIM: Zu Diensten ...

Die Linie der GIM war von Anfang an (noch bevor die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" eine Stellungnahme abgegeben hatte) darauf angelegt, diese Bedingungen zu akzeptieren. In ihrer Zeitung „was tun" (Nr. 152) begrüßt die GIM den Brief der Initiative, ohne auch nur ein Fünkchen Kritik daran zu äußern, und versichert, *„alles (!) zu tun, um eine Zusammenarbeit in der Vorbereitung für ein Tribunal ... zu ermöglichen"*. Als Basis für eine solche Zusammenarbeit soll ausdrücklich „*nur*" der Aufruf der Russell-Foundation selbst (siehe AK 98) dienen, also keinerlei weitere politische Inhalte (in diesem Aufruf ist explizit nur von den Berufsverboten die Rede). Da die GIM die Zusammenarbeit mit der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" ausdrücklich als *„aktuell wichtigste"* Aufgabe bezeichnet, ist klar, daß dieser (erhofften) Zusammenarbeit die Konzeption eines reinen Berufsverbote-Tribunals zugrunde liegt. „Was tun"-Lesern allerdings dürfte das keineswegs klar sein, kann es gar nicht, da die GIM kein Sterbenswörtchen über den Inhalt des Briefs der Initiative „Weg mit ..." verliert! Das heißt, jemand, der seine „Informationen" ausschließlich aus der „was tun" bezieht (was wir keinem raten!), weiß gar nicht, auf was er sich da einläßt, wenn er den Vorschlägen der GIM folgt und in Diskussionen möglicherweise ahnungslos eine Stellungnahme „begrüßt", in der auf üble Weise gegen eine Solidarität mit politischen Gefangenen vom Leder gezogen wird usw. Hier handelt es sich offensichtlich nicht um eine Panne, sondern um einen klaren Betrug der „was tun" an ihren Lesern: Die heiß ersehnte „große Breite" wird angekündigt und der Schrott, den man sich einhandelt, verschwiegen.

Ja, Schrott! Wie kommt die GIM eigentlich auf die kühne Idee, anzunehmen, eine Verharmlosung der Repression in der BRD (ausschließliche Behandlung der Berufsverbote unter Ausklammerung aller anderen Fragen) wäre geeignet, eine Mobilisierung bürgerlich-demokratischer Kreise zu erleichtern? Gerade umgekehrt meinen wir, daß das Aufzeigen des ganzen schockierenden Ausmaßes politischer Unterdrückung der richtige – und übrigens einzig glaubwürdige – Weg ist, um die liberale Öffentlichkeit aufzurütteln.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel des DGB. Es ist doch ein Kindermärchen, uns weiszumachen zu wollen, mit einem Verzicht auf die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse sei eine breitere Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften für das Tribunal zu erreichen.

Tatsächlich ist es doch so, daß alle diejenigen, die ein Russell-Tribunal über die BRD unterstützen würden, zweifellos mit innergewerkschaftlicher Repression zu rechnen hätten. Hat die GIM schon „vergessen", daß es der DGB-Vorstand war, der der Regierung angesichts ausländischer Kritik an den Berufsverboten zur Seite sprang und eine Dokumentation zu diesem Thema ankündigte, um für „Verständnis" zu werben?!

Das eigentlich Ärgerliche und Unehrliche an der GIM ist, daß diese Linie mit Mannövern, Taktiererei, Tricks usw. durchgesetzt werden soll. Die GIM hat bekanntlich (wir haben im AK laufend darüber berichtet) schon in den allerersten Gesprächen zwischen SB, KB, GIM und „ID" die Konzeption eines reinen Berufsverbote-Tribunals vertreten. Die GIM hat scheinbar nachgegeben, um das Thema auf den Gesprächen mit der Russell-Foundation in Paris wieder aufzuwärmen. Die GIM hat sich angepaßt, als von der Russell-Foundation erklärt wurde, die Repression möglichst allseitig zu untersuchen und und es dem Tribunal selbst zu überlassen, welche Themenbereiche schließlich behandelt werden. Die GIM hat dann bei der Konstituierung des westdeutschen Initiativausschusses erneut versucht, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu „vergessen", um sich auch dort wieder der Mehrheit zu beugen.Die GIM hat in dieser Situation versucht, die zu untersuchende Thematik auf staatliche Repression im engeren Sinn (Repression auf der gesetzlichen Ebene) einzugrenzen und kehrt jetzt zur ausschließlichen Behandlung der Berufsverbote zurück.

Die GIM war immer bestrebt, in nicht allzu scharfen Widerspruch mit der Mehrheit der übrigen Unterstützer zu geraten (alle Abstimmungen über eine Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind bisher positiv gelaufen), um nichtsdestotrotz bei jeder sich anbietenden Gelegenheit die Probe erneut aufs Exempel zu stellen. Man kann also feststellen, daß es nichts wert ist, wenn sich die GIM Mehrheitsbeschlüssen unterordnet. Sie tut das generell nur scheinbar, um „am Ball zu bleiben".

Die GIM hält es offenbar für besonders klug, ihre eigenen politischen Überzeugungen damit durchsetzen zu wollen, daß man stets vor der Gefahr warnt, das „demokratische Lager" mit einem zu radikalen Vorgehen zu „verprellen". Wenn etwa die Jusos in „mäßigender Weise" auftreten würden, dann hätte dies immerhin noch den realen Hintergrund der innerparteilichen Repression innerhalb der SPD. Wenn jedoch eine winzige und in der Realität kaum auszumachende Gruppe stets mit dem großen Zeigefinger auf die „breiten Massen der Jusos, Gewerkschafter" usw. verweist, unter denen sie nicht den geringsten Einfluß hat, dann ist das nicht einmal mehr komisch, sondern haarsträubend – jedenfalls für eine Organisation mit revolutionärem Anspruch.

SB: Zerstritten

Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros brachte es fertig, kurz vor dem Stattfinden der „Arbeitskonferenz" von Komitees, Initiativen etc. die „*Antirepressionsgruppen im SB auf(zu)fordern, sich nicht an der Arbeitskonferenz zu beteiligen*".

Der Arbeitsausschuß war mit der Verabschiedung eines Aufruftextes durch die westdeutsche Russell-Initiative (dem die anwesenden SB-Genossen zugestimmt hatten) nicht einverstanden (Zu den Auseinandersetzungen darum: siehe AK98 und AK 100). Da dieser Aufruf als „zu linksradikal" empfunden wurde (er enthält tatsächlich im wesentlichen nur eine Aufzählung von Repressionsmaßnahmen), sollte er als Einladungstext für die Arbeitskonferenz heruntergespielt werden.Dies sei in den Publikationen jedoch nicht geschehen, was *„eine wirkliche Bündnisstrategie untergräbt"* usw. usf.

Nachdem aufgrund dieser „Ausladung" innerhalb des SB ein unüberhörbares Murren von Basisgenossen entstanden war, gab die Führung nach, und machte ihre Entscheidung wieder rückgängig. Wir haben damals im Interesse des Gelingens der Arbeitskonferenz und der weiteren Zusammenarbeit darauf verzichtet, diesen Vorgang öffentlich zu machen. Inzwischen müssen wir jedoch feststellen, daß als Auswirkung dieses Papiers die Zusammenarbeit in verschiedenen örtlichen Unterstützungskomitees sabotiert wird.

Alarmierend ist dabei besonders der folgende Vorgang, der uns aus Hannover berichtet wurde: In Hannover nimmt der Juso-Unterbezirk am örtlichen Anti-Repressions-Arbeitskreis teil. Als auf einer Sitzung des Unterbezirksausschusses am 4.4. von dem Juso-Vertreter im Arbeitskreis darüber Bericht erstattet wurde, schaltete sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Wolfgang Jüttner („Antirevisionisten") in die Diskussion ein und forderte dazu auf, von einer Teilnahme an Russell-Initiativen Abstand zu nehmen. Jüttner, der noch im Herbst letzten Jahres zur Unterstützung der Russell-Initiative aufgerufen hatte, verbreitete das Gerücht, der westdeutsche Initiativ-Ausschuß sei bereits in Auflösung begriffen!

Außerdem – so Jüttner – sei eine Mitarbeit in den Russell-Initiativgruppen „Spaltertätigkeit", da vorrangig die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer (!) Juristen (AsJ), andere sozialdemokratische Initiativen sowie die Initiative „Weg mit den Berufsverboten!" (s.o.) unterstützt werden müßten. Bezeichnend für den „Chef" (?) der „Antirevisionisten" ......!

Der eigentliche Skandal liegt jedoch darin, daß Jüttner bei diesem Vorgehen Unterstützung von einem anderen Juso-Mitglied erhielt, der gleichzeitig im SB Hannover ist („Doppelmitgliedschaft") und auch schon Funktionen für das SB im Antirepressionsarbeitskreis wahrgenommen hat. Ferner: Das SB hat auf interessierte Anfragen des Juso-Bezirks Hannover über die Russell-Initiative niemals geantwortet!

Da wird auf der einen Seite unaufhörlich über die ausbleibende Unterstützung von Jusos usw. gejammert und auf der anderen Seite direkt demobilisiert. Wir fragen uns, wie es um das wirkliche Interesse solcher Leute am Zustandekommen des Russell-Tribunals bestellt ist. Wir fragen uns ebenfalls, wie viele Aufforderungen des SB-Arbeitsausschusses, nicht an der Arbeitskonferenz teilzunehmen, herausgeschickt worden sind, und wie wenige Dementis hinterher? Schafft man so die Voraussetzungen dafür, um nach der Arbeitskonferenz feststellen zu können, die „linksradikalen Insider" seien wieder „unter sich" gewesen?! (Übrigens beschloß der Juso-Unterbezirk Hannover-Stadt trotzdem mehrheitlich die weitere Mitarbeit im Antirepressionsarbeitskreis. In dem Arbeitskreis sind darüber hinaus vertreten: AStA TU, Juso-Hochschulgruppe, LHV, Falken, SB – allerdings nur „nominell", Basisgruppe PH, Frauenbuchladen Annabee, Frauenhausinitiative, KB-Frauengruppe, KB, CISNU, die Alternativzeitung „Fragezeichen", Internationalismus-Buchladen, BI Raschplatz, Theaterwerkstatt, Anti-Atom-Infozentrum, Gruppe Geronimo, der Ermittlungsausschuß der BI Hannover und Einzelpersonen.)

Wie weiter?

Als beliebtes Argument gegen die Linken immer wieder vorgebracht, sie würden die Autonomie eines Russell-Tribunals nicht anerkennen und seien der irrigen Annahme, das Ergebnis, zu dem das Tribunal kommt, im voraus bestimmen zu können. So pöbelt die GIM die Teilnehmer der Arbeitskonferenz an, sie hätten die zentrale Problematik des ganzen Projekts *„nicht verstanden"* („Was tun?", Nr.152). Die GIM irrt. Es geht nicht darum, Illusionen über ein Russell-Tribunal zu verbreiten, die sich letztlich als unerfüllte Erwartungen nur gegen uns wenden könnten (eben weil die Russell-Foundation keine kommunistische Institution ist).

Es geht darum, wie sich die westdeutsche Linke auf ein solches Tribunal vorbereitet und wie sie überhaupt für das Zustandekommen desselben sorgen kann. Dies ist noch keineswegs gesichert. Es liegt keine endgültige Entscheidung, sondern nur ein Aufruf der Russell-Foundation zur Unterstützung eines solchen Projekts vor dessen Zustandekommen von dem internationalen Echo auf diesen Aufruf abhängig gemacht wird.

Wir halten an der ursprünglichen – und auch in den Pariser Gesprächen vereinbarten – Konzeption fest, daß es müßte das Ziel des Tribunals sein die besondere Gefährlichkeit der Repression in der BRD zu untersuchen. Eine solche Untersuchung kann nur glaubwürdig und überzeugend durchgeführt werden, wenn nicht von vornherein die Repression auf einige wenige Punkte eingeschränkt, andere dagegen (auf Wunsch der DKP oder anderer) willkürlich ausgeklammert werden. Das heißt, daß wir die autonome Entscheidung und „Urteilsfindung" durch ein solches Tribunal akzeptieren (wobei wir uns natürlich vorbehalten, ein solches „Urteil" gegebenenfalls auch als unzulänglich zu kritisieren), daß wir es aber als Aufgabe der Linken begreifen, das ganze Ausmaß der Repression ungeschminkt und uneingeschränkt anhand von Faktenmaterial vorzulegen.

(1) Anmerkung: Die hier zitierte Passage stammt, wie wir nach Fertigstellung dieses Artikels feststellten, richtigerweise aus einem Entwurf der Initiative „Weg mit ... " zu einem Brief an die Russell-Foundation. Sie wurde in dem schließlich abgesandten Schreiben etwas abgemildert, ohne allerdings inhaltlich Abstriche zu machen. Die Solidarität mit den politischen Gefangenen wird nach dieser neuen Formulierung als *„gefährlich und den Interessen der vom Berufsverbot Betroffenen zuwiderlaufend"* bezeichnet.

Großveranstaltung zur Unterstützung des RUSSELL-Tribunals

Am 7. Mai wird in Hamburg die erste Großveranstaltung zur Unterstützung des geplanten Tribunals stattfinden. Organisiert und getragen wird sie von der Hamburger Unterstützungsgruppe, in der KB, SB, GIM, ESG, Judos, ein Beobachter der Falken, mehrere Gruppen, die zu verschiedenen Themen der Repression arbeiten und Einzelpersonen zusammenarbeiten.

Aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus soll sich diese Veranstaltung mit dem „Modell Deutschland" und insbesondere mit dem Versuch des BRD-Imperialismus, dieses Modell in die anderen westeuropäischen Staaten zu „exportieren", beschäftigen. Eingeladen wurden deshalb Sprecher, die schon im Widerstand gegen den deutschen Faschismus gestanden haben und die sich heute wieder gegen die Gefahren, die vom westdeutschen Imperialismus ausgehen, engagieren. Zugesagt haben bisher ehemalige Teilnehmer des Partisanenkampfes gegen die Nazi-Aggression aus Frankreich und Italien. Weiterhin sind vorgesehen Sprecher des deutschen antifaschistischen Widerstandes und des aktuellen Kampfes gegen die zunehmende Repression in der BRD.

Mit dieser Veranstaltung soll der Auftakt für eine öffentliche Mobilisierung und breite Verankerung der Idee eines Tribunals über die Repression in der BRD getan werden.

Zugleich soll damit ein Zeichen gesetzt werden, daß ein solches Tribunal mit der Unterstützung durch die demokratische Bewegung rechnen kann.

Arbeitskonferenz vom 26./27.3. - Nachträge

Wie in AK 102 versprochen, drucken wir die noch fehlenden Berichte über die Arbeitsgruppen ab sowie eine Kritik bzw. Selbstkritik an der in der AG Frauen verabschiedeten Plattform (siehe AK 102). Die Arbeitskonferenz vom 26.27.3. war ein Treffen zahlreicher Komitees und Initiativen gewesen, die gegen die politische Unterdrückung in den verschiedensten Bereichen arbeiten. Das Treffen diente der Vorbereitung auf das geplante Russell-Tribunal ‚BRD'.

Bei der Aufzählung der teilnehmenden Gruppen in AK 102 scheint uns die eine oder andere durch die Lappen gegangen zu sein, so z.B. eine Russell-Initiative der niederländischen Parteien PPS (Pazifistisch-Sozialistische Partei) und PPR (Radikale Partei), die ebenfalls vertreten war.

AG Kinder- und Jugendinitiativen, fortschrittliche Sozialarbeit

Folgende Gruppen und Personen nahmen teil:
Verein für nicht-repressive Erziehung, Darmstadt;
Kinderhaus Heidelberg;
Kinderhaus Hamburg;
IZI Karlsruhe;
Vertreterinnen des Stadtschülerrats, Frankfurt;
eine Mutter aus dem Uni-Kindergarten, Frankfurt;
2 Sozialarbeiter.

Alle kamen darin überein, daß es notwendig ist, sich für die Einberufung eines Russel-Tribunals einzusetzen. Hierzu wollen die anwesenden Initiativen das ihnen zugängliche Material zur Verfügung stellen. Diskutiert wurde darüber, was man dem Tribunal vorlegen will. Hier wurden vor allem 2 Punkte benannt:
1. Die Formen staatlicher Repression durch Streichung, Kürzung, Nicht-Bewilligung von Mitteln, oder Einsatz des staatlichen Gewaltapparates gegen Kinder- und Jugendinitiativen.
2. Die zunehmende „alltägliche" Repression gegen Kinder und Jugendliche.

Außerdem kam man überein, daß der Kreis der Initiativen, die das Russel Tribunal unterstützen, größer werden muß und kann, gerade in diesem Bereich. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, in einigen Wochen ein weiteres Treffen zu organisieren, auf dem dann auch die Zusammenarbeit übers Russel-Tribunal hinaus diskutiert werden kann.

AG Betrieb und Gewerkschaft

Teilnehmer: Kolleg(inn)en von Texaco und Colgate, Hamburg; Arbeitskreis gegen innergewerkschaftliche Repression, Westberlin. Ge-
Texaco und Colgate, Hamburg; Arbeitskreis gegen innergewerkschaftliche Repression, Westberlin, Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe, Bochum und „Kollegen" der „KDP" bzw. genauer des KSV.

Im folgenden geben wir (gekürzt) einen Bericht aus der „Rotfrontstadt" (Westberliner Zeitung des KB, Nr. 22) wieder:

Um es gleich vorweg zu nehmen: Zu konkreten Arbeitsergebnissen kam diese Gruppe, bzw. ein Teil der Arbeitsgruppe, erst nach den beiden Treffen am 26. und 27.3.77.

Grund dafür war die Teilnahme von mindestens vier Mitgliedern bzw. Sympathisanten der „KPD".

Zunächst versuchten sie darauf zu orientieren, daß in der Arbeitsgruppe ihre Vorstellungen vom Russell-Tribunal besprochen würden, nämlich daß nur ein Russell-Tribunal stattfinden dürfte, was sich mit der Unterdrückung in beiden deutschen Staaten beschäftigt.

Auf den massiven Protest der anderen Teilnehmer hin ließen sie diese Forderung zunächst fallen, ließen allerdings keine Gelegenheit vorübergehen, sozusagen durch die Hintertür ihre These vom „Sozialimperialismus als Hauptfeind" wieder in die Diskussion zu bringen.

So behaupteten sie schlichtweg, die DKP spiele bei der Repression in den Gewerkschaften mehr und mehr eine aktive Rolle, ähnlich den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern. Nun ist es ja unbestritten, daß DKP-Anhänger - dort, wo sie gewerkschaftliche Positionen haben – der Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung nicht entgegentreten, sie sogar in mehreren Fällen aktiv mit vorangetrieben haben. Die DKP jedoch zum kommenden Hauptfeind gegen fortschrittliche Kollegen hochzustilisieren, hat nur die Funktion, von den Praktiken der Gewerkschaftsführung abzulenken.

Abgesehen davon, daß die DKP auch kräftemäßig in den Gewerkschaften diese Rolle gar nicht übernehmen kann und selbst mehr und mehr ins Schußfeld der Gewerkschaftsführung gerät (in Westberlin sind z.B. 7 GEW-ler, die SEW-Mitglied sind, nicht in die Spalter GEW von Frister aufgenommen worden).

Der Hauptfeind war zum dritten Mal auf der Tagesordnung, als Kollegen die Vorstellung entwickelten, innerhalb der französischen und italienischen – teilweise revisionistisch beherrschten – Gewerkschaften eine breite Solidaritätsbewegung gegen die Repression in den DGB-Gewerkschaften zu entfachen.

Was ein richtiger Vaterländer ist, für den sind Revisionisten eben Revisionisten, für den gibt es keinen Unterschied zwischen revisionistischen Gewerkschaftsführern und den Gewerkschaftsmitgliedern, für den existieren keine klassenkämpferischen CGT- oder CFDT-Kollegen.

Ansonsten setzten die „KPD"ler alles dran, zunächst einmal global und allgemein über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu diskutieren, die sie allein an der innergewerkschaftlichen Repression interessierten. Denn der Abbau der demokratischen Rechte innerhalb der Gewerkschaften, die in die hunderte gehenden Ausschlüsse wegen Kandidaturen auf zweiten Listen bei den letzten Betriebsratswahlen etc., die darauf folgenden oder auch vorausgehenden politischen Entlassungen, alle diese Dinge seien laut „KPD" „normal" im Kapitalismus und von daher angeblich für ein Russell-Tribunal nicht geeignet.

Mit der Rechtsentwicklung in der BRD mochten sie die zunehmende Unterdrückung in den Gewerkschaften nun schon gar nicht in Zusammenhang bringen. Diese Position teilten noch andere Kollegen des Arbeitskreises, die die innergewerkschaftliche Repression auf die sich immer mehr entwickelnde Arbeiterbewegung zurückführen...

Zuguterletzt weigerten sie (die „KPD"ler- Anm. AK) sich dann noch, überhaupt wenigstens die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu dokumentieren, da ihnen die ganze Richtung des Tribunals nicht passe und sowieso vom KB (den Wasserträgern des Sozialimperialismus ???) beherrscht sei.

Da es also keine gemeinsame Grundlage zum Arbeiten gab, spaltete sich der Arbeitskries und gab vor dem Plenum zwei getrennte Erklärungen ab...

AG Behinderung der politischen Verteidigung im Strafprozeß

Die Beteiligung war recht mager: RA-Büro Golzem/Plottnitz, Frankfurt;
Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg und zwei Kollegen aus Ravensburg und Kiel.

Das dem Russell-Tribunal vorzulegende Faktenmaterial liegt großenteils schon in Broschüren vor. So die von Groenewold herausgegebenen Juristischen Unterlagen zu seinem Prozeß (der „Fall Groenewold" soll vor das Tribunal gebracht werden), eine Hamburger Dokumentation „Die Verteidiger auf der Anklagebank" und eine Frankfurter Dokumentation zu Ehrengerichtsverfahren im Raum Frankfurt, Heidelberg, Darmstadt.

Als zweiter exemplarischer „Fall" wurde das Berufsverbot für RA Gildemeyer vorgeschlagen (wegen „KPD"-Mitgliedschaft – das erste Berufsverbot für einen Rechtsanwalt wegen Parteizugehörigkeit).

Auch die neuen Strafrechtsänderungsgesetze sollen in das Tribunal walt wegen Parteizugehörigkeit).

Auch die neuen Strafrechtsänderungsgesetze sollen in das Tribunal eingebracht werden, eventuell so, daß man einen angesehenen fortschrittlichen Juristen bittet, ein Gutachten darüber anzufertigen.

Anläßlich der Aktualität des Groenewoldprozesses wurde eine Solidaritätsadresse mit ihm erarbeitet, die vom Plenum einstimmit verabschiedet wurde.

Selbstkritik

Auf der Arbeitskonferenz zum Russell-Tribunal am 26./27. März gab es in der Frauen-Arbeitsgruppe Auseinandersetzungen, weil einige Frauen auch die „Unterdrückung in linken Organisationen" zum Thema machen wollten. Obwohl um diesen Punkt heftig diskutiert wurde, haben wir es schließlich teils aus Schlafmützigkeit und teils aus Opportunismus zugelassen, daß eine gemeinsame Plattform verabschiedet wurde, in der u.a. auch folgende Sätze stehen:

„Zu unserer Arbeit im Rahmen des Russell-Tribunals erklären wir: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß frauenfeindliches Verhalten in unterschiedlichem Ausmaß auch vor linken Organisationen nicht halt macht.

Wir beginnen diese Zusammenarbeit mit einer gewissen Skepsis, die das Produkt unserer Erfahrungen ist".

Wir können nachträglich diesen Teil der Plattform nicht mittragen, da er sich direkt gegen das Projekt des Russell-Tribunals selbst richtet. Soweit wir an dieser Sache überhaupt mit einer gewissen Skepsis herangehen, so geschieht das nicht wegen der Mitarbeit von „Männern" als solche, sondern allein bezüglich der Ernsthaftigkeit mancher Gruppierungen, diese Sache wirklich gemeinsam zu tragen und durchzuführen. Diese Skepsis macht sich nicht an Geschlechtszugehörigkeit fest.

Die Erfahrung, „daß frauenfeindliches Verhalten in unterschiedlichem Ausmaß auch vor linken Organisationen nicht halt macht" (einschließlich unserer eigenen Organisation, dem KB), bestätigen wir. Jedoch ziehen wir darauf zweifellos ganz andere Konsequenzen, als z.B. sogenannte „autonome" Frauen, die den KB als „Macker-Organisation" ablehnen und diese Ablehnung sogar ausdrücklich auf uns als KB-Frauen ausdehnen. Wir können jedenfalls gerade aufgrund unserer Erfahrungen im KB die g e n e r e l l e Skepsis gegenüber Genossen nicht teilen und distanzieren uns deshalb nachträglich von diesem Passus. Skepsis wäre viel angebrachter, auch innerhalb unserer Arbeitsgruppe, was die konkrete Unterstützungsarbeit , die Öffentlichkeitsarbeit zum Russell-Tribunal in den einzelnen Orten angeht. D a r a n sollten wir uns messen.
fentlichkeitsarbeit zum Russell-Tribunal in den einzelnen Orten angeht. D a r a n sollten wir uns messen.

Eine Teilnehmerin der Frauen-AG auf der Arbeitskonferenz

Rundfunksendung über Russell-Tribunal soll Konsequenzen haben

Am 7. März hat der Bundestagsabgeordnete der CDU, Hans Hugo Klein, eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der er diese aufforderte, Maßnahmen gegen „Extremisten" in den Rundfunkanstalten zu unternehmen. Konkreter Anlaß hierfür ist die freie Mitarbeit des ehemaligen Studentenführers, Hannes Heer, beim Westdeutschen Rundfunk. Den besonderen Zorn der CDU hatte er sich mit zwei Sendungen im „Kritischen Tagebuch" über den amerikanischen Nobelpreisträger Milton Friedman und über das geplante Russell-Tribunal zugezogen. Milton Friedmans Wirtschaftstheorien haben insbesondere bei den chilenischen Faschisten Anerkennung gefunden, was H. Heer in der Sendung auf den äußerst reaktionären Charakter dieser Theorien zurückführte. Kein Wunder, daß dies den westdeutschen Freunden des Pinochetregimes nicht paßte. Noch weniger dürfte ihnen dann die Sendung über das Russell-Tribunal gefallen haben.

Publizistische Unterstützung dieser CDU-Kampagne kam natürlich von der Springerpresse. Die „Welt" bezeichnet Heer als *„profilierten Linksextremisten und Ex-Schläger"*, den der WDR unerhörterweise *„allein 1976 an die zehnmal als Autor im ‚Kritischen Tagebuch' auftreten"* ließ.

Hier geht es um die Durchsetzung eines Radikalenerlasses in den Rundfunkanstalten. Denn als besonders empörend empfinden es Springer und Co., daß Berufsverbote-Opfer im Rundfunk Beschäftigung finden könnten.

Nach der fast vollständigen Gleichschaltung der bürgerliche Presse würde damit der letzte Bereich der Medien von kritischen Stimmen „befreit" werden.

Diese Vorfälle sollten Anlaß genug sein, sich auf dem Russell-Tribunal mit der Repression in den öffentlichen Medien zu beschäftigen.

Breite/Unterstützung/Publicity

Hier wieder unsere Spalte über den neuesten Stand der erreichten Unterstützung für das Projekt eines Russell-Tribunals über die politische Unterdrückung in der BRD – für die einen Grund zur Befriedigung, für die anderen Grund zum unausbleiblichen Jammern darüber, daß Willy Brandt und Oskar Vetter i m m e r n o c h n i c h t ihre Unterstüzung gegeben haben ...

Falken

Der Bundesausschuß der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken – gab am 26./27.2. die folgende Erklärung ab: *„Der Bundesausschuß begrüßt die Entscheidung der Russell-Foundation, zur Frage der politischen Unterdrückung in der BRD ein Tribunal zu veranstalten.*

Der Bundesausschuß fordert den Bundesvorstand auf, den Beobachter im bestehenden zentralen Komitee zu belassen und in naher Zukunft zu entscheiden, wie das Russell-Tribunal unterstützt werden kann. Der Bundesausschuß fordert die Gliederungen des Verbandes auf, bis zu dieser Entscheidung keine Zusagen zur Mitgliedschaft in bestehenden nationalen Komitees zur Unterstützung des Russell-Tribunals zu machen. Der Bundesvorstand wird verpflichtet, regelmäßig und umfassend die Untergliederungen über die Entwicklung des Russell-Tribunals zu informieren."

Kiel

Am 14.4.77 fand in Kiel auf Einladung der ki-bu-pu (Kieler Initiative gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung) ein erstes Vorbereitungstreffen zur Unterstützung des Russell-Tribunals statt. Außer den in der ki-bu-pu mitarbeitenden Gruppen SB, KB und GIM und der ki-bu-pu selbst fand sich nur noch die Dienstags-Frauengruppe ein. Der AStA-Uni, die Judos und die Falken erschienen trotz Zusage nicht. Von der DKP-nahen „Bürgerinitiative gegen Berufsverbote", die auch eingeladen, aber nicht erschienen war, soll eine Stellungnahme zum Russell-Tribunal verlangt werden.

Nach dem zu erwartenden Bericht der Russell Peace Foundation über die Reaktion auf ihren Aufruf soll eine Veranstaltung zwecks Propagierung des Russell-Tribunals stattfinden. Außerdem soll hierzu eine Pressererklärung erstellt werden.

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Kiel

Nürnberg

Nürnberg

Auf einer Berufsverboteveranstaltung in Nürnberg am 25. März hatten Vertreter(innen) von KB und SB den Vorschlag gemacht, zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, in Nürnberg ein Komitee zu gründen. Dieser Vorschlag traf bis in die Reihen des „Bürgerkomitees gegen die Berufsverbote" hinein auf Zustimmung.

Am 6. April kam es zu einem ersten Gespräch, erschienen waren Vertreter von SB, KB und GIM sowie – anfänglich – zwei unorganisierte Genossinnen. Der GIM-Genosse gab zunächst einmal die Einschätzung seiner Organisation zur 1. Arbeitskonferenz in Frankfurt zum besten: Für ihn war sie ein „Mißerfolg" (nur linke „Insider" anwesend etc.). Zum Vorgehen in Bayern hatte er dann später nicht mehr viel zu sagen.

Wir schlugen vor, mit einem Aufruf an die demokratische Öffentlichkeit zu gehen, der den Aufruf der Russell-Stiftung propagiert und die Untersuchungsaufgaben für Nürnberg/Bayern anreißt. Wir gingen dabei davon aus, daß Bayern bei der Verstärkung der politischen Unterdrückung in der BRD vielfach „ eine Nasenlänge voraus" ist (Ausschaltung auch nur liberaler Berichterstattung in den Massenmedien; Berufsverbote gegen SPD-Mitglieder und Pazifisten; Terrorisierung der asylsuchenden Ausländer in den bayrischen Lagern). Die Vertreter des SB stimmten im großen und ganzen diesen Untersuchungsvorschlägen zu, meinten aber, die politische „Bandbreite" für einen öffentlichen Aufruf sei noch nicht gegeben. Man müsse zunächst Unterschriften bei den „unabhängigen Persönlichkeiten" in unserem Raum sammeln. An eine Veranstaltung könne vielleicht einmal im Herbst gedacht werden. Sie zeigten sich überrascht, daß am 7. Mai in Hamburg schon eine Veranstaltung stattfindet.

Auf diese Weise werden Aktivitäten am Ort bis auf den Tag verschleppt, wo das Tribunal vielleicht schon stattgefunden hat. Notwendig ist, unmittelbar mit Enthüllungen über die Repression in Nürnberg/Bayern zu beginnen, um 1. der Russell-Foundation Material an die Hand zu geben und 2. die Enthüllungsarbeit als Hebel für die Gewinnung neuer Mitarbeiter (u.a. auch der „unabhängigen Persönlichkeiten) zu benutzen.

KB / Gruppe Nürnberg

Baden - Baden / Bühl

In Baden-Baden und Bühl hat sich ein Komitee zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD gebildet. Seine Aufgäbe sieht es darin, Repressionsfälle in der näheren Umgebung aufzugreifen und das geplante Tribunal davon in Kenntnis zu setzen sowie die Öffentlichkeit zu informieren. Das Komitee gibt in einer Pressemitteilung vom 2.4. eine Resolution der Bürgerinitiative Rheinau/Rheinmünster, die gegen das bei Greffern/Freistett geplante AKW kämpft, bekannt, wo die BI ebenfalls ihre Unterstützung für ein Russell-Tribunal ‚BRD' erklärt.

Gerade die Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung von Atomgegnern sei mit ein Grund, sich für so ein Tribunal einzusetzen. Die BI nennt dabei: Demonstrationsverbote (wie am 19.2. in Brokdorf), Einsatz des Bundesgrenzschutzes als paramilitärische Bürgerkriegsarmee, Aufrüstung und Brutalisierung der Polizei, Bespitzelung und sogar Entramilitärische Bürgerkriegsarmee, Aufrüstung und Brutalisierung der Polizei, Bespitzelung und sogar Entlassungen von AKW-Gegnern, Verhängung eines faktischen Ausnahmezustandes in Regionen um die AKW-Standorte, Behinderung der Öffentlichkeitsarbeit von AKW-Gegnern usw.

Hannover

Das Plenum der Hannoverschen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen beschloß am 14.4. bei wenigen Gegenstimmen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die der Russell-Initiative Material über die Kriminalisierung der Anti-Atom-Bewegung vorlegen soll.

Polizeiterror gegen Berufsverbote-Gegner

Leverkusen. Anfang Februar wurde der nebenamtliche Mitarbeiter im Haus der Jugend von dem Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt gekündigt. In einem Kündigungsschreiben, das er übrigens erst einen Monat später auf Drängen des Gerichtes erhielt, heißt es, daß Günther Glocksinn von der Veröffentlichung eines Artikels, der unsaubere Personalpolitik beschreibt, gewußt habe und dies nicht sofort dem Geschäftsführer Kubitzki mitgeteilt hat („Verletzung der Loyalitätspflicht").

Eine Protestdemo von ca. 250 Leuten führte zu der AWO-Geschäftsstelle, wo schon die Bullen auf die Demonstranten warteten. Die ganze Sache wurde offen von zwei Zivilen vom Balkon des AWO-Gebäudes gefilmt. Wen wundert es, daß dies die Wut der Demonstranten steigerte und diese Bullen mit (rohen) Eiern bombardiert wurden. Hier griffen die Bullen ein. Resultat: Viele Verletzte, ein Mädchen wurde krankenhausreif geschlagen und fünf Verhaftungen. Gegen die Verhafteten wurde Anzeige erstattet („Landfriedensbruch" etc.).

Antwort der AWO: Am 11.3.77 wurde das Haus der Jugend bis auf weiteres geschlossen. Zwei weitere freie Mitarbeiter wurden entlassen und erhielten Hausverbot für alle Einrichtungen der AWO. Zwei Ersatzdienstleistende sollen versetzt werden.

Ein Beispiel sozialdemokratischer Sozialpolitik!

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Vorstand unterstützt reaktionäre Rechtssprechung

In einem Berufsverboteverfahren begründete das Gericht das Berufsverbot für die Betroffene wie folgt:

„Die dargestellten Zweifel an ihrer Verfassungstreue hat die Klägerin im Verlauf ihrer Vernehmung als Partei nicht auszuräumen vermocht. Zu einer für sie günstigen Würdigung ihrer Aussage sah sich die Kammer insbesondere deswegen außerstande, weil sich die Klägerin zu der Frage nach ihrer Mitgliedschaft in der KHG und vor allem im KBW nicht geäußert hat. Mag daraus zwar einerseits – wie bereits dargelegt – nicht ohne weiteres positiv auf eine Mitgliedschaft geschlossen werden können, so ist doch andererseits dieses Verhalten jedenfalls nicht geeignet, die begründeten Zweifel zu zerstreuen, ob die Klägerin jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten bereit ist" (Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover – III. Kammer Osnabrück – 194/76 – vom 12. November 1976, zitiert nach „Erziehung und Wissenschaft", 2/77, Zeitschrift der GEW-Bund).

Die Schlußfolgerung, die die GEW-Rechtsstelle hieraus zieht, ist bezeichnend. Sie werde ein solches Verhalten vor Gericht demnächst nicht billigen, *„weil das Rechtsverfahren durch das aus eigenem Entschluß bestimmte Verhalten des Bewerbers an Erfolgsaussichten verliert"* („E+W", 2/77). Rechtsschutz wird demnächst bei einem solchen Verhalten des Bewerbers nicht mehr gewährt. Dies entspricht ganz der reaktionären Frister-Linie in der GEW, die durch die verstärkte Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse die Berufsverbotepraxis des Staates massiv unterstützt.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Meldungen

Kriegsdienstgegner: Der Beauftragte der pfälzischen evangelischen Landeskirche für Kriegsdienstverweigerer, Pfarrer Karl Börner, protestierte gegen die immer häufiger vorkommende „Ausspionierung" von Kriegsdienstgegnern durch den Verfassungsschutz, vor allem bei den Mitgliedern der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK). Er wandte sich gegen die immer öfter zu beobachtende Tendenz staatlicher Stellen, die in der DFG/VK organisierten Kriegsdienstgegner nicht in den öffentlichen Dienst einzustellen. („die tat", 8.4.77).

***

Hamburg. Babera Danek, Sozialpädagogin, wird nach einer Anhörung durch die Hamburger Schulbehörde die Einstellung in den Öffentlichen Dienst verweigert. „Zweifel" an ihrer Verfassungstreue bestünden, weil sie Mitglied der DKP und des MSB sei, und an Ortsdelegiertenkonferenzen dieser Organisationen teilgenommen habe.

***

Oslo. Rund tausend Teilnehmer versammelten sich am 5. März auf einer Veranstaltung des Initiativkomitees „Weg mit den Berufsverboten in der BRD" (Träger ist die Norwegische Studentenunion) in Oslo. Als Sprecher der BRD waren Professor Elmar Altvater, Prof. Urs Jaeggi und Rudi Dutschke anwesend, hinzu kam der Norwegische Friedensforscher Johan Galtung. Der Schriftsteller Heinrich Böll übermittelte der Veranstaltung eine Solidaritätsadresse.

Die Ankündigung dieser Veranstaltung löste bei der westdeutschen Botschaft einige Hektik aus. In einer öffentlichen Erklärung verbreitete sie, *„jeder könne sich politisch exponieren, selbstverständlich auch in einer kommunistischen Studentenorganisation. Er riskiere lediglich, als Bewerber um eine öffentliche Stelle abgewiesen zu werden. Aber dieses Risiko habe er ja freiwillig gewählt"* (nach „Deutsche Volkszeitung", 24.3.).

Die Norwegischen Sprecher auf der Veranstaltung versicherten, die Anstrengungen zum Aufbau von Solidaritätskomitees gegen die Berufsverbote noch zu verstärken.



Auf einer Veranstaltung mit 1.000 Teilnehmern in Oslo trat das Brecht-Ensemble mit einem Stück auf.

Alle Jahre wieder

DKP demonstriert für Abrüstung und „Entspannung"

Am 21./22.Mai sollen auf Initiative eines sogenannten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" Demonstrationen in Bremen, Essen, Frankfurt und München stattstattfinden. Im vorigen Jahr hatte es nur eine zentrale Demonstration in Bonn am 22. Mai gegeben, an der nach den Angaben des Komitees 40.000 Menschen teilnahmen.

Führend im Komitee ist die DKP mitsamt ihren Untervereinen, Rentnerbünden etc. Zwar arbeiten auch demokratisch-antifaschistische Persönlichkeiten wie Pastor Niemöller mit. Bestimmend für die Arbeit des Komitees ist jedoch der Entspannungsschwindel der DKP. Die „Entspannung", so wird verkündet, sei die *„Haupttendenz unserer Zeit"*, die *„Hauptrichtung der internationalen Entwicklung"* usw. Gunnar Mathiessen (DKP), Sprecher des Komitees, hebt hervor, *„daß kein Staat heute umhin kann, der Einstellung des Wettrüstens und der Reduzierung von Truppen und Rüstungen prinzipiell zuzustimmen"* („die tat", 7.1.77). Das ist zweifellos richtig und nicht einmal eine besonders aktuelle Erscheinung, denn seit es Klassen gibt und Waffen produziert werden, sprechen die Herrschenden „prinzipiell" fast ständig von Frieden und Abrüstung. Im Imperialismus, der die Kriegsrüstung und den militärischen Massenmord auf eine ganz neue Stufe gebracht hat, haben natürlich „Frieden und Abrüstung" noch erheblich an Bedeutung gewonnen: **Beide imperialistischen Weltkriege wurden durch Serien von Abrüstungskonferenzen und Nicht-Angriffspakten vorbereitet.**

Die der DKP nahestehende „Deutsche Volkszeitung" (24.3.77) weiß von s i e b e n *„weltweiten Vereinbarungen zur Einschränkung des Wettrüstens"* zu berichten, die seit Anfang der 60er Jahre zustande gekommen sind. Immer mehr spricht es sich allerdings herum, daß sich seither das Wettrüsten nicht etwa verlangsamt, sondern enorm verstärkt hat, daß sich insbesondere das Potential an Atomwaffen der USA und der Sowjetunion zu unvorstellbaren „Vernichtungskapazitäten" vervielfacht hat, die zur weitgehenden Vernichtung der Menschheit mehrfach ausreichen.

Nur noch besonders törichte oder zynische Menschen werden heute behaupten, durch die „Entspannung" sei es tatsächlich zu einer *„Zügelung des Wettrüstens"* („DVZ", 24.3.77) gekommen. So heben heute selbst sowjetische Militärs hervor: *„Das Wettrüsten wird n i c h t eingestellt, mehr noch, die USA und die anderen NATO-Staaten haben es sogar noch i n t e n s i v i e r t und legen vor allem Gewicht auf eine bessere Qualität der Waffen"* (Armeegeneral Schawrow, lt. „UZ" vom 1.3.77).

Angesichts des anhaltenden und gesteigerten Wettrüstens haben die Revisionisten zusätzlich neue Schnacks auf den Markt gebracht, die etwa lauten, *„daß der politischen Entspannung die militärische f o l g e n muß"* (Gautier auf der 5. Tagung des DKP-Parteivorstands), daß es jetzt darum gehe, *„der Entspannung einen konkreten materiellen Inhalt zu verleihen"* („UZ", 26.2.77). Die letztere Formulierung enthält immerhin den durchaus richtigen Hinweis, daß es sich bei der sogenannten „Entspannung" um eine Sache o h n e konkreten materiellen Inhalt handelt.

Es versteht sich von selbst, daß die DKP diese Linie auch für das Komitee als verbindlich festgelegt hat. So heißt es im Aufruf des Komitees: *„Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde erfolgreich eingeleitet. Jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen"* (zit. nach „UZ" vom 28.12.76).

Der Begriff der „militärischen Entspannung" ist klar zu definieren: Er bedeutet **Stopp des Wettrüstens und Übergang zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen**. Was aber bedeutet jenes inhalts- und materienlose Gebilde namens „politische Entspannung"? Ist es überhaupt denkbar, daß sich jemand „entspannt", während er seine „Vernichtungskapazitäten" vervielfacht? Tatsächlich läßt sich „politische Entspannung" im Sinne der DKP definieren als **ein Zustand, der das Wettrüsten offensichtlich nicht etwa hemmt, sondern in beispielloser Weise begünstigt**. Dieser Zusammenhang ist offenbar kein zufälliger, sondern ein ursächlicher. Das heißt, daß z.B. die sieben *„weltweiten Vereinbarungen zur Einschränkung des Wettrüstens"*, die diversen Abrüstungskonferenzen usw. genau d i e Funktion hatten, die sie i m m e r in der Geschichte gehabt haben – nämlich von der real vor sich gehenden Aufrüstung abzulenken.

Kriege und Aufrüstungen entstehen nicht wegen „Spannungen", können folglich auch nicht durch „politische Entspannung" verhindert oder abgemildert werden. „Politische Entspannung" bedeutet nichts anderes als eine zeitweise H ü l l e, eine F o r m, in der die zwischenstaatlichen Widersprüche ausgetragen werden. **Das einzige, was für uns zählt, ist die Tatsache, daß von der BRD und anderen Staaten in beispielloser Weise aufgerüstet wird, daß zunehmend Kriegshetze betrieben wird, daß die „politische Entspannung" auch als äußere F o r m abgelöst wird, und daß die Faktoren für einen neuen imperialistischen Weltkrieg, mit unabsehbaren Konsequenzen für das Überleben der Menschheit, anwachsen.**



Fotomontage des kommunistischen Künstlers John Heartfield von 1934. Schon damals war der enge Zusammenhang zwischen „Friedens"konferenzen und Wettrüsten bekannt. Genf, damaliger bevorzugter Konferenzort, heißt heute Helsinki. Der Inhalt ist sich gleich geblieben.

Der vor allem von den revisionistischen Parteien in den vergangenen etwa 15 Jahren intensiv betriebene „Entspannungs"-Schwindel, die diversen Pseudo-„Abrüstungs"-Verträge zwischen USA und Sowjetunion (die man richtigerweise eher als A u f r ü s t u n g s verträge bezeichnen sollte!) etc. haben das Entstehen einer wirklich auf Frieden und Abrüstung gerichteten Massenbewegung in den imperialistischen Ländern blockiert. Nach dem Willen der DKP soll die Friedensbewegung auch weiterhin in der Illusion der „fortschreitenden (!) Entspannung" gefesselt bleiben, die es nur noch durch militärische Abrüstungsschritte zu „ergänzen" gelte, wofür anscheinend der „gute Wille" allseits vorhanden ist: *„Auch den Diplomaten der NATO-Länder bei den Verhandlungen muß guter Wille bescheinigt werden"* („UZ", 8.3.77). Freilich: „ ... *Vielerorts fällt der Umdenkungsprozeß* (!) *noch schwer, vielerorts korrespondiert mit dem Willen zur politischen Entspannung noch nicht der Wille zur militärischen Entspannung; hier bedarf es der Ermutigung* (!!!) *durch demokratische Bewegungen, erstmals in der Geschichte mit realem Ausblick auf Erfolg"* (Komitee-Sprecher Gunnar Mathiessen in der „tat" vom 7.1.77).

Um die Mitarbeit in dem Komitee und Beteiligung an geplanten Demonstrationen hat es Auseinandersetzungen bei Jusos und Jungdemokraten gegeben. Die SPD und FDP verbieten ihren Jugendorganisationen eine Beteiligung, unter Hinweis auf entsprechende Abgrenzungsbeschlüsse („Keine Zusammenarbeit mit Kommunisten"). Dieses Verbot richtet sich selbstverständlich nicht gegen den politisch schädlichen Inhalt der Initiative, sondern steht zum einen klar im Zeichen des Antikommunismus und richtet sich zum anderen auch dagegen, daß in dem Aufruf des Komitees immerhin Abrüstungsschritte des BRD-Imperialismus gefordert werden.

Es gibt aus der Sicht einer wirklichen und wohlverstandenen Friedenspolitik viele Argumente gegen eine Beteiligung an dieser Initiative, aber das Verbot der Regierungsparteien gehört gewiß nicht dazu. Dem entspricht unsere Haltung zu der Initiative und zu den geplanten Aktionen:

– Zum einen erkennen wir, daß sich daran auch Menschen beteiligen werden, für die diese Beteiligung einen F o r t s c h r i t t (gemessen an ihren bisherigen Aktivitäten) bedeutet, die dadurch möglicherweise in fruchtbare Widersprüche zu SPD und FDP geraten usw. Wir werden daher nicht pauschal zu einer Nichtbeteiligung an dieser Initiative und den Aktionen aufrufen.

– Zum anderen sehen wir, daß diese Initiative eine insgesamt falsche Orientierung hat, die in erster Linie von der DKP hineingetragen worden ist, und die unter vielen Aspekten eine Beteiligung unserer Organisation a u s s c h l i e ß t.

Zu diesen Aspekten gehört auch die Tatsache, daß die DKP, unabhängig vom Wollen einzelner, demokratisch-antifaschistischer Komitee-Mitglieder und Unterstützer der Initiative, der ganzen Sache von vornherein ihre eigenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufgezwungen hat (These 41: „Keine Zusammenarbeit mit Maoisten"), daß eine offene Diskussion über die I n h a l t e der Initiative praktisch nicht möglich ist. Unabhängig vom Wollen einzelner Komitee-Mitglieder wurde die Initiative im letzten Jahr zusätzlich dadurch diskreditiert, daß es der DKP erlaubt wurde, ihre hauseigenen Schlägertrupps als „Ordnerdienst" einzusetzen und am Rande der Demonstration auf Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer einzuprügeln.

Wir bedauern es, daß die meisten Gruppen, Organisationen und Persönlichkeiten, die traditionell als „Bündnispartner" der DKP in Frage kommen, sich entweder der Politik der DKP nach außen hin weitgehend unterwerfen oder aber sich in einer Weise zurückziehen, die nur als Zurückweichen vor dem antikommunistischen Druck der Herrschenden zu verstehen ist. **Was stattdessen nötig wäre, ist die offensive und öffentliche Auseinandersetzung mit der DKP um Formen und Inhalte solcher und anderer Initiativen, um die DKP überhaupt wieder für demokratische und kommunistische Kräfte bündnisfähig zu machen.**



Frankfurter Staatsanwalt unterstützt Nazi–Schönborn: Ermittlungsverfahren gegen „Tat"–Chefredakteur!

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat Mitte Februar gegen den Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung „die tat", Emil Carlebach, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet: Er soll während der NS-Zeit *„die Tötung eines jüdischen Arztes befohlen (haben) und einen türkischen Juden selbst so sehr geschlagen haben, daß dieser wenige Tage später starb"*. Diese Aktion der Justiz ist nur als provoaktorisch zu bezeichnen: Erstens saß Carlebach zur „Tatzeit" s e l b s t im KZ-Buchenwald (er ist heute Vizepräsident des Internationalen Lagerkomitees Buchenwald-Dora)! Zweitens wird die Staatsanwalt-schaft aufgrund einer Anzeige des in Frankfurt (wie auch sonst in der BRD) seit langem bekannten Neo-

schaft aufgrund einer Anzeige des in Frankfurt (wie auch sonst in der BRD) seit langem bekannten Neo-

Nazis Erwin Schönborn aktiv! Schönborn, der mit seinem „Kampfbund Deutscher Soldaten" zahlreiche Kontakte zu Faschisten wie Roeder, Christophersen u.ä. hat, erklärt offen seine Verehrung für Hitler, für das „Dritte Reich" usw.

Die Unsinnigkeit der Anschuldigung ist außerdem bereits öffentlich dargelegt worden (was die Staatsanwaltschaft, sollte sie es tatsächlich nicht gewußt haben, hätte leicht in Erfahrung bringen können).

– 1948 war in der US-amerikanischen Zeitschrift „Harper's Magazine" der Vorwurf zum erstenmal gedruckt worden (wobei schon damals weder der angebliche Zeitpunkt noch die Opfer hatten genannt werden können). Carlebach hatte das in der folgenden Nummer der gleichen Zeitschrift widerlegt.

– Später tauchte die Verleumdung wieder im „Stern" auf (Chefredakteur: Altnazi Nannen). Nannen wurde von Carlebach verklagt, entging durch eine Amnestie aber einer Verurteilung.

– Schönborn grub diesen „Fall" wieder aus und ließ ihn durch einen Komplizen, einen gewissen Huscher (Nürnberg, Elsa-Brandström-Straße 1), verbreiten. In einer öffentlichen Pressekonferenz stellte Carlebach Schönborn deshalb im Februar 1975 in Frankfurt zur Rede. Schönborn behauptete daraufhin, er habe nicht gewußt, daß der Mord-Vorwurf längst widerlegt sei, jetzt aber werde er **„die Sache nicht nur nicht weiterbehaupten, sondern vielmehr richtigstellen"** („tat", 1.4.77).

All das war v o r der Anzeige Schönborns ö f f e n t l i c h bekannt; nichtsdestoweniger ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Antifaschisten.

Carlebach hat inzwischen Schönborn wegen wissentlich falscher Anschuldigung angezeigt. Das Ermittlungsverfahren, das die gleiche Staatsanwältin Homann, die gegen Carle-

schuldigung angezeigt. Das Ermittlungsverfahren, das die gleiche Staatsanwältin Homann, die gegen Carle-

bach ermittelt, schließlich (nach dreimaliger Mahnung!) gegen den Faschisten einleitete, wurde sofort wieder eingestellt („vorläufig") – bis zum Abschluß des Verfahrens gegen Calrebach!

Dieses Tollstück bundesrepublikanischer Justizhilfe für Faschisten richtet sich nicht nur gegen ein einzelnes Nazi-Opfer, sondern in der Person Carlebachs als Vertreter verschiedener Organisationen (VVN, Buchenwlad-Komitee) gegen antifaschistische Aktivitäten überhaupt. Insbesondere werden Enthüllungen über faschistische Umtriebe und den Spielraum, den sie in der BRD haben, wie sie die „tat" ständig bringt, angegriffen. Ähnliche Angriffe gibt es auch gegen andere Antifaschisten die Hülle und Fülle. Der „Unterstützungsausschuß Rosenbaum gegen ARBEITERKAMPF" ist deshalb an Carlebach mit einem Solidaritätsschreiben herangetreten, um gleichzeitig eine gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit vorzuschlagen.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

NPD–Parteitag:

Terrorkurs setzt sich durch

Begleitet durch terroristische Ausschreitungen von NPD-Anhängern fand Ende März in Hannover der Bundesparteitag der NPD statt.

Die Bilanz der letzten Zeit sah kümmerlich genug aus: Schwindende Wähler- und Mitgliederzahlen seit Ende der 60er Jahre, Finanzschwierigkeiten, ein dahinvegetierender Parteiapparat usw. Schon seit längerem hatte diese Situation zu einer innerparteilichen „Opposition" geführt. Auf dem Parteitag 1975 in Ketsch/ Mannheim hatten (damals unterstützt vom Ex-Parteichef v. Thadden) die stellvertretenden Parteivorsitzenden Buck und Anrich gegen die Aufnahme des Chefs der „National-Zeitung" und der „Deutschen Volksunion", Dr. Frey, protestiert: Frey sei *„unter dem Niveau der NPD"* („NZ", 31.10.75). Der Vorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten", Deckert, erklärte dazu, die NPD würde *„ihre eigenen Prozesse im Zusammenhang mit dem Radikalenerlaß verlieren müsse(n), wenn Dr. Frey eine Funktion in der Partei erlange"* („NZ", s.o.). Frey fand allerdings in NPD-Boß Mußgnug seinen Mann und wurde, wenn auch knapp, in den Parteivorstand gewählt.

Hochgezogen an der Person Freys ging es schon damals um die Ausrichtung der NPD – mehr als „seriöse", „demokratische" Partei oder mehr als offen nazistische Terror-Bande.

Hannover sollte den „neuen Kurs" (Mußgnug, nach „Vorwärts", 7.4.77) endgültig festlegen.

Deckert trat, wieder mit Schützenhilfe der Alt-NPD-Aktivisten Buck und Anrich, bei der Wahl des Parteivorsitzenden gegen Mußgnug an und warf ihm und der derzeitigen NPD-Spitze Korruption, Schlamperei, mangelnde „geistige Kapazität" u.ä. vor („Vorwärts", 7.4.77). Der Familienstreit endete mit 84 Stimmen für Deckert und 201 für Mußgnug. Deckert reagierte darauf mit Unlust (für „diesen Verein" werde er *„keine müde Mark und keine müde Minute"* mehr verwenden – „NZ", 8.4.77); ausgetreten ist er jedoch nicht.


NPD-Führer Mußgnug (l.) konspiriert mit seinen spanischen Freunden von der „Fuerza Nueva".

Eine organisatorische Arbeitsteilung in „Demokraten" hie und „Nazis" da, wie sie die Freunde der NPD in England (National Front/ National Party) und Italien (MSI/ Demokratische Rechte) bereits vor einiger Zeit vorexerzierten, blieb demnach (vorerst?) aus. Gestärkt wurde der ultrarechte Frey-Flügel. So befaßte sich der Parteitag u. a. ausführlich mit den derzeitigen Hauptthemen der Frey'schen Propaganda – Rehabilitierung der „Waffen-SS" und Wiedereinführung der Todesstrafe – und Grußadressen an die Ministerpräsidenten von Südafrika und Rhodesien paßten wie die Faust aufs Auge.

In der „National-Zeitung" vom 8.4.77 konnte Mußgnug erklären, *„durch die Zusammensetzung des neugewählten Vorstandes"* (d.h. ohne Deckert usw.) sei jetzt eine *„gute Führungsarbeit möglich"*. Das heißt u. a., die NPD *„befürwortet eine Zusammenarbeit der gesamten verfassungstreuen Rechten"* – und dazu gehört, wie Frey seit eh und je verkündet, vor allem erst mal die „Deutsche Volksunion" (samt den Terrorgruppen „Stahlhelm" und „Wiking-Jugend"). In Zukunft, erklärte Mußgnug in Hannover, werde die NPD eine „Kampfpartei" sein („die tat", 8.4.77).

Auch international bestätigt sich diese durch den Parteitag abgesegnete Entwicklung der NPD zu einer Terroristen-Gruppe: Vor kurzem erst beschloß Mußgnug mit dem Führer der spanischen erzfaschistischen Bande „Fuerza Nueva", Blas Pinar, eine engere Zusammenarbeit.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Christophersen darf weiterhetzen

Christophersen darf weiterhetzen

Der sattsam bekannte Faschist Thies Christophersen, Verfasser der antisemitischen Hetzschrift „Die Auschwitz-Lüge", läßt das Hetzen nicht. Durch Freisprüche oder äußerst milde Urteile der Gerichte (bisher eine „Strafe" von 1.500 Mark) ermutigt, veröffentlichte er in seinem „Kritik-Verlag" Ende März zwei neue Broschüren: „Rassenethik" von einem gewissen René Binet und „Das Institut für Zeitgeschichte – eine Schwindelfirma?" von Dr. Wilhelm Stäglich. Finanzrichter a. D. Stäglich ist einer der wenigen Faschisten, die wegen antisemitischer Hetze und Verhöhnung der NS-Opfer „bestraft" wurden (vorzeitige Pensionierung, Kürzung der Bezüge um 10 %). Stäglich hetzt in seiner neuen Schrift gegen Veröffentlichungen des „Instituts für Zeitgeschichte", das sich insbesondere mit den Verbrechen des Nazi-Regimes befaßt. Es würde *„zur Ehrenrettung jüdisch-bolschewistischer Greuelpropaganda"* versuchen, *„gewissen KZ-Legenden den Rang geschichtlicher Tatsachen zu verleihen"* (S. 4). Denn: *„Einwandfreie Beweise für diese ungeheuerliche Behauptung, die schon während des Krieges einen festen Bestandteil der alliierten Greuelpropaganda bildete, liegen allerdings – wie jedem Kenner der Materie bekannt ist – bis heute nicht vor."* (S. 4).

Stäglich erklärt in typisch faschistischer Unverfrorenheit, daß die *„Behauptung von der planmäßigen Vernichtung von 6 Millionen Juden während des 2. Weltkrieges ins Reich der Fabel"* gehöre (S. 4/5).

Auf den Verfasser der anderen Broschüre, René Binet, berufen sich die Faschisten wie Christophersen besonders gern, weil er angeblich bis zu seinem Ausschluß 1934 Mitglied der KPF gewesen sein will.

Schon ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis seiner „Rassenethik" sagt, um was es geht: Da ist von *„Die Schaffung des neuen Menschen"*, *„Die Idee des neuen Menschen"*, *„Sozialismus und Rassismus"*, *„Der Rassist und sein Volk"*, *„Der Rassist und seine Partei"*, *„Der Rassist und die Freiheit"*, *„Der Rassist und die Moral"* usw. die Rede! Im (Klar)text wird jener Nazi noch deutlicher: *„Der Rassismus bringt den Europäern unbestreitbar eine wichtige Botschaft ..."* (S. 16). Man müsse *„den Weg wiederfinden zu jenem alten Rassenadel, der Kultur und Zivilisation des Europäers geprägt hat. Es dreht sich darum, die Geburt und Herrschaft eines stärkeren, vollkommeneren und gesünderen Menschentyps herbeizuführen ..."* (S. 16).

„Jenseits aller anderen Rassen muß die weiße Rasse die Flamme einer Kultur und einer Wertskala am Leben erhalten, die ihr Wesen bilden, und die das einzige Mittel sind, alle anderen Rassen aus ihrem kulturlosen Zustand herauszuführen" (S.21).

Was Hitler mit seinem Programm der „Europäischen Neuordnung" begonnen hat, will dieser Nazi unter dem Slogan „Weiße Neuordnung" fortführen! ...

Christophersen darf also weiterhin ungestört von der Justiz eindeutig faschistisches Propagandamaterial verbreiten – noch nicht einmal die Beschlagnahme der Broschüren ist angeordnet worden!

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Flensburg

Werkschutz in der BRD

Werkschutz – so alt wie der Kapitalismus

1901 wurde, mit dem Anwachsen der deutschen Industrie, das erste private Bewachungsunternehmen gegründet.

1902 gab es bereits sieben derartige Unternehmen. 1904 schon 20 und heute sind es gar 350 Firmen mit weit über 50.000 Wachmännern (Zahlen aus „Die Polizei", 1/77). Bereits im Jahre 1925 war die Aufgabe des WS offensichtlich. Die Polizei erklärte damals, *„daß die ... umfangreichen Sicherungsaufgaben der Wach- und Sicherheitsunternehmen in das staatliche bzw. polizeiliche Sicherheitskonzept sinnvoll, weil erfolgversprechend einbezogen werden sollten und müßten"* (aus: „Die Polizei", 1/77).

Während des ersten Weltkrieges und in der Zeit des Hitlerfaschismus wurde der Werkschutz staatlichen Stellen zugeordnet. In der Zeit des Hitlerfaschismus gab es in einzelnen wichtigen Betrieben (z.B. Rüstung) „staatliche Sicherheitsbeauftragte". Sie hatten einen wesentlichen Anteil an der Zerschlagung des antifaschistischen Widerstandes (aus: „Der bürgerliche Friede ist bewaffneter Friede" – Komitee gegen Repression, Münster).

Systematischer Aufbau des Werkschutz nach 1945

Im Zuge der „Entnazifizierung" und „Entpolizeilichung", nach der Niederlage des Faschismus, wurde die faschistische „Werkspolizei" aufgelöst. Das hieß in der Konsequenz aber nichts anderes, als daß die Kapitalisten sich ihre eigenen „privaten", d.h. staatlich nicht legitimierten, persönlich verfügbaren Werkstruppen, zulegten.

So wurde bereits 1951 auf Betreiben der Unternehmerspitzenverbände die „Gesellschaft zum Schutze der deutschen Wirtschaft" (GSW) gegründet. Diese Organisation übernahm die betriebliche Reorganisierung des Werkschutzes.

In diesen Jahren eskalierte von neuem die Spitzel- und Terrortätigkeit des WS. Er war erheblich an der Zerschlagung der Arbeiteropposition gegen die kapitalistische Restauration beteiligt. Er erfüllte die Aufgaben des Zuträgers für den staatlichen Verfassungsschutz (VS). Grundlage für diese erste Welle des WS nach 1945 bildete die Ideologie des „Kalten Krieges" und die aus der Nazi-Zeit übernommene anti-bolschewistische Hetze. Die Kapitalistenverbände formulierten als Aufgabe des SW den „Schutz der deutschen Wirtschaft vor Sabotage" und machten ungehemmt Jagd auf „Agenten aus der SBZ". Diese Hetze wurde bezeichnenderweise – zumindest teilweise – auch personell von ehemaligen Nazi-Kadern getragen.

Das „Kampfkomitee gegen Repression" in Münster schreibt in seiner Broschüre „Der bürgerliche Friede ist bewaffneter Friede", daß bei Krupp in Essen der WS direkt aus Bewachern der alten werkseigenen Konzentrationslager aufgebaut wurde.

1956, im Jahr des KPD-Verbots, wurde ein Sonderreferat im Bundeswirtschaftsministerium als zentrale Kontaktstelle zur GSW eingerichtet. Aufgabe: *„Mitgliedsfirmen der GSW können bei geheimen Aufträgen ihre Mitarbeiter mit Hilfe des VS überprüfen"*.

Beschleunigter Ausbau des WS seit 1968

Aufgrund der öffentlichen Kritik an ihrer geheimbündlerischen Tätigkeit, die 1967 stark entbrannte, zog es die Bourgeoisie vor, 1968 die GSW für aufgelöst zu erklären. Kurz zuvor trat die GSW aber noch einmal in Erscheinung. In einem Brief an den DGB gab sie eine aufschlußreiche Selbstdarstellung: *„Die GSW streitet keineswegs ab, daß sie sich ebenfalls für den Schutz der deutschen Wirtschaft gegen kommunistische, das heißt eben ungesetzliche Aktionen, wie für den Versuch der Ausspähung, Unterwanderung und Sabotage in den Betrieben verantwortlich fühlt. Solange nicht eine völlig anders geartete Einstellung der kommunistischen Regime, insbesondere in der SBZ, zu unserem Wirtschaftssystem erkennbar ist, ist diese Aufgabe sogar dringlich"*.

Die Auflösung der GSW bedeutete keineswegs die Auflösung des Werkschutzes und seiner Dachorganisation, sondern eher eine Straffung.

Im gleichen Jahr (1968) wurde ein Gesetz erlassen, wonach dem WS im Rahmen der „zivilen Verteidigung" entscheidende Aufgaben zum „Schutz des Wirtschaftsfriedens" zugesprochen werden.

Bereits zehn Monate nach der Auflösung des GSW wird ein neuer Verband gegründet, der „Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V.", der die alten Funktionen der GSW wahrnimmt.

1969 stocken die drei Spitzenverbände der westdeutschen Industrie, BDI, BDA und DIHT, diesen Verband zur „Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen der gewerblichen

Fortsetzung auf Seite 13



Fortsetzung von Seite 12

Wirtschaft e.V." auf. Die „Verbände für Sicherheit in der Wirtschaft e.V." bilden regionale Gliederungen dieses Vereins, die z.T. auch aus öffentlichen Geldern finanziert werden (siehe hierzu auch den Beitrag zum Werkschutz aus „Informations-Dienst" Nr. 165, S. 6). Kurz ein paar wesentliche Daten zur Koordinierungsstelle: Sie hat ca. 2.000 Beschäftigte, ist Kontaktstelle zwischen Industrieverbänden und Staatsschutzbehörden, unterhält u.a. einen „Informationsdienst", die sogenannten „KS-Mitteilungen", eine Art VS-Bericht über die Linken in den Betrieben. Dieser „private" Geheimdienst zu u n m i t t e l b a r e r Verfügung der Kapitalisten (ohne auch nur einen Schatten parlamentarischer Kontrolle) ist heutzutage engstens mit dem Datenverbundsystem NADIS (des VS und der Bullen) gekoppelt (ebenfalls laut „ID").

Heutzutage sind ca. 120.000 Mann Werkschutz aufgestellt unter dem Kommando der „Koordinierungsstelle". Dabei weisen die neuesten Erlebnisse mit „Werkschutz" darauf hin, daß auch ausbildungsmäßig und altersmäßig die Zügel gestrafft worden sind, d.h. insgesamt die Mannschaft verjüngt wurde und z.T. aus der Combat-Ausbildung der Polizei u.a. hervorgeht.

Außerdem wird der heutige „Werkschutz" mit einer Ideologie gedrillt, die bereits wieder faschistische Züge trägt:

In einem Entwurf für eine Betriebsvereinbarung heißt es: „Die

In einem Entwurf für eine Betriebsvereinbarung heißt es: *„Die dem Betriebsschutz im Interesse des Werkes und aller Betriebsangehörigen übertragenen Aufgaben kann er nur dann erfüllen, wenn jeder Betriebsschutzangehörige aus freiem Entschluß bereit ist, seinen Pflichten auch unter erschwerten Bedingungen, z.B. in Zeiten erhöhter Bedrohung der betrieblichen Ordnung und Sicherheit, treu und gewissenhaft nachzukommen und auf seinem Posten bleibt. Diese Treuepflicht geht über die im Arbeitsrecht verankerte Treuepflicht hinaus. Infolge ihres verantwortungsvollen Dienstes wird eine besondere Hingabe des Mitarbeiters im Ordnungsdienst erwartet"* (nach ARBEITERKAMPF Nr. 53, „Zügiger Ausbau...").

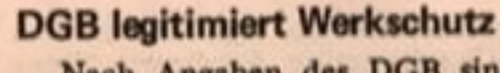
In dem Handbuch „Wie schütze ich meinen Betrieb?" wird sich besonders auf die ausländischen Kollegen eingeschossen, denen angeblich *„Ordnung ... als überflüssig oder gar schikanös erscheint"*.

In drei Schulungszentren der BRD wurden in den Jahren 1969 bis 1973 ca. 6.000 Leute in Grund-, Aufbau-, Ermittlungs-, Spurensicherungs-, Fernmelde-, Foto- und Werkschutzleiterlehrgängen unterrichtet. Die Werkschutzleiter erhalten noch Ausbildung in Themen wie: Spionage, Sabotage, Infiltration, Verhalten bei Ausschreitungen, Störaktionen sowie illegalen Streiks und „Probleme mit Ausländern". Themen vertiefende Arbeitskreise sind u.a.: Gefahren für die Industrie durch radikale Ausländergruppen, Infiltration und Gegenmaßnahmen, Vernehmungstechnik und -taktik, Agitation als Kampfmittel gegen unsere Wirtschaftsstruktur, Möglichkeiten des Betriebsschutzes aus polizeilicher Sicht, Überprüfungsmöglichkeiten bei Einstellungen; Empfehlungen für das Verhalten des WS zur Gewinnung und Erhaltung des Vertrauens der Be-

Verhalten des WS zur Gewinnung und Erhaltung des Vertrauens der Be-

legschaft, u.a.m. (aus AK Nr. 53, „Zügiger Ausbau...").

Der Ablauf dieser Schulungen wird selbstverständlich geheimgehalten.



DGB legitimiert Werkschutz

Nach Angaben des DGB sind in seinen Reihen ca. 80% der WS-Leute organisiert. Nicht selten sitzen die „Werkschützer" auch in den entscheidenden Gewerkschaftsgremien der Betriebe. Dies geschieht durch Aufstellung zu Vertrauensleute- und Betriebsratswahlen, so geschehen z.B. bei Blohm + Voss, Lufthansa und MBB in Hamburg. Bei B + V ist der WS seit zwei Jahren im Betriebsrat und Vertrauensleutekörper vertreten. Bei Lufthansa war ein Betriebsrat im Ausschuß „Arbeitsrecht" in entscheidender Funktion des WS. Seit einiger Zeit ist der Beruf des WS sogar als Lernberuf anerkannt. Dies wurde auf Betreiben des DGB und der Kapitalistenverbände eingeführt.

Es gibt natürlich auch Tarifverträge, denn eine wesentliche Grundlage für einen funktionierenden WS ist eine gute Bezahlung. Dies hat der DGB sichergestellt. Hier hat er für die „Kollegen des WS" einen erheblichen Anreiz geschaffen. So nimmt denn der DGB auch in dem Buch: „Wie schütze ich meinen Betrieb?" entschieden für den WS Stellung: *„Der DGB geht davon aus, daß in Industrie und Verwaltung von einer bestimmten Größenordnung an, und bei bestimmten Voraussetzungen Werkschutzeinrichtungen bestehen, wobei der WS zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung innerhalb der Unternehmen dienen soll". „Der DGB ist gemeinsam mit seinen Gewerkschaften bemüht, im Interesse der organisierten WS-Angehörigen und aller Betriebsangehörigen die Basis für eine verständnis- und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen. Es geht ihm vor allem auch darum, die WS-Angehörigen aus dem falschen Eindruck in der Öffentlichkeit, als seien sie eine ‚private Polizei der Unternehmer', herauszuführen".* Zu diesem Zweck müßte (laut „Arbeitskreis-Werkschutz" im DGB) die Ausbildung des WS in *„eine geordnete, möglichst bundeseinheitliche Form gebracht und durch eine anerkannte Prüfung rechtlich abgesichert werden".*

Auch die Schlagkraft des WS macht dem DGB Sorgen: Man müßte aufhören, *„den WS als Auffangbecken für nicht mehr ganz einsatzfähige Arbeitnehmer zu betrachten".* Noch deutlicher wird der Verfasser der obigen Zeilen, K. Gümther vom DGB Düsseldorf, in „Capital" Nr. 7/72: „Der Invalide mit Glasauge und Holzbein genügt nicht mehr!". Gebraucht werden stattdessen Leute, die „uniformiert und zivil" den Schutz von *„Objekten und Personen ..., bewaffneten Kurierdienst, bewaffnete Transportbegleitungen..., Leibwächterdienste"* bei *„Fabriken, ... Geschäften, Banken, Tankstellen, Baustellen, Kirchen, Depos und militärischen Anlagen, sicherstellen können"* (aus dem Dienstleistungsprogramm der Objekt- und Werkschutzfirma E.H. Gaul, siehe auch weiter unten).

Werkschützer bei Bayer und auf dem AKW-Baugelände in Brokdorf

Einige Beispiele

Bei den Streiks um Teuerungszulagen im Laufe des Jahres 1973 gab es mehrere Zusammenstöße mit dem WS. Bei Ford Köln zettelten als Arbeiter getarnte WS-ler in aktiver Zusammenarbeit mit Abteilungsleitern und rechten Betriebsräten, Schlägereien an. Dies diente einerseits dazu, die Kluft zwischen westdeutschen und ausländischen Arbeitern zu vertiefen, andererseits gab es den Bullen den Vorwand, einzugreifen.

Im Mai 1973 kam es bei Streiks in der Firma „John Deere" ebenfalls zu Auseinandersetzungen mit dem WS. Dieser versuchte immer wieder, einzelne Arbeiter, sogenannte „Aufwiegler", zu schnappen.

Eine weitere Aufgabe des WS bestand darin, massiv die Bewegungen des Streiks und die Versammlungen der Arbeiter zu beobachten, um die entsprechenden Meldungen an VS und Kapitalisten zu geben. Diese Praktiken führten, während und nach den Streiks, zu einer Entlassungswelle gegen fortschrittliche Arbeiter und Gewerkschafter in mehreren Betrieben.

Bei Lufthansa sind weitere Arbeitsgebiete des WS z.B. folgende: Taschenkontrollen, Parkplatzkontrollen, Wagenkontrollen, Streifendienst mit Hunden, Spindkontrollen – eben alles, was an sich Privatsache der Arbeiter ist. In der Praxis werden Kontrollen z.B. von Taschen mit einer Elektronik durchgeführt. Diese wählt den Kollegen aus, der WS nimmt dann die Untersuchung vor. Dies geht so weit, daß bei Lufthansa Wagen von Kollegen, die das Betriebsgelände befahren dürfen, bis unter die Radkappe gefilzt werden. Und wehe, da findet sich ein Stück Schlauch oder eine Schraube, die Kündigung ist so gut wie sicher!

Extremster Fall in der Geschichte des WS-Terrors in der BRD war wohl ohne Zweifel die Erschießung eines türkischen Kollegen bei Bayer-Leverkusen 1970.

Bei Opel Rüsselsheim (so berichtete der „Spiegel" am 16.12.76) werden Mitarbeiter mit „psychologischen Daumenschrauben" und „bis zur Erschöpfung bearbeitet". Für den Betriebsratsvorsitzenden sind das Verhältnisse „wie beim Geheimdienst". Gemeint sind hier Methoden eines „innerbetrieblichen Ermittlungsdienstes". Diese Gruppe des WS besteht aus sechs Mann. Sie wurde offiziell gebildet zur Aufklärung „von Material- und Werkzeugdiebstählen". Diese Truppe gebärdet sich nach Meinung der Opel-Kollegen „wie die Polizei": sie *„verhört Verdächtige ..., nimmt Fingerabdrücke und macht sogar Hausdurchsuchungen".* (Dies ist allerdings nichts Neues: Bei Lufthansa ist dies mindestens schon seit 1972 Praxis der Kollegenüberwachung.)

Diese Beispiele von Übergriffen des WS wurden in den letzten Monaten ergänzt durch die brutalen Einsätze der „Wako-Nord"-Truppen in

ten ergänzt durch die brutalen Einsätze der „Wako-Nord"-Truppen in

Brokdorf und die Erkenntnis, daß offenbar gerade die Atomindustrie sich einen besonders starken und scharfen Stamm eigener WS-Truppen zulegt. Die USA-Industrie ging mit ihrer „Plutonium-Polizei" so weit, den Werkschutzbullen neben schwerer Bewaffnung durch MP usw. eine offizielle Todesschuß-Erlaubnis zuzubilligen (ähnlich, wie sie bei den westdeutschen Bullen gerade im Gespräch ist).

Die genannten Beispiele sind in keiner Weise vollständig, sondern relativ zufällig. In der Berichterstattung der linken und demokratischen Presse muß darauf hingearbeitet werden, weitere Einzelheiten von Werkschutzpraktiken zu enthüllen.

Das Personal des WS heute

„Interessante Chance für Z-12-Jäger" lautete jüngst eine Anzeige der „Werkschutz GmbH" aus Frankfurt. Gesucht werden von der WAKO-Nord: „Führungspersonal der Bundeswehr" (Offizier- und Feldwebeldienstgrade).

WS-Leute werden sogar in der faschistischen „National-Zeitung" angeboten: („National-Zeitung", 27.8.76: Anzeige der Objekt- und Werkschutzfirma Engelbert G. Gaul, 6403 Flieden, Ellerstr. 15: „Objekt- und Werkschutz – Tag und Nacht dienstbereit. Abt. 1 und 2 übernehmen Überwachung und Kontrolle von Werksgelände, bewaffneten Kurierdienst, Geldtransporte sowie Objekt- und Personenschutz, mit eigens dafür abgerichteten Wachhunden. Einsatzort: In- und Ausland").

Heute wird in der allgemeinen Praxis kein WS-Mann mehr ohne VS-Prüfung und über 40 Jahren eingestellt. Seine Arbeitsplatzbeschreibung sieht in der Regel wie folgt aus: *„Schwerpunkte Ihrer Tätigkeit*

Fortsetzung auf Seite 14

Treffen der Alternativpresse in Frankfurt

Am kommenden Wochenende findet in Frankfurt das dritte Treffen der Alternativzeitungen der BRD statt, vorbereitet von den regionalen Zeitungen „AZ", „Hauptwache", „ID", „Pflasterstrand" und „Provinz". Auf dem letzten Treffen wurde Einigkeit erzielt, daß für die Zukunft Schwerpunktthemen von einzelnen Redaktionen vorbereitet werden, die allen interessierten Zeitungen möglichst gleichzeitig zum Abdruck bzw. Verarbeitung zur Verfügung stehen. In diesem Sinne übernahm der ARBEITERKAMPF die Vorlage eines Artikels über den Werkschutz (siehe nebenstehenden Artikel).

Darüber hinaus einigte man sich darauf, daß für das kommende Treffen auch ein Schwerpunktthema zur Diskussion vorbereitet wird. Konkret wurde für das April-Treffen als Diskussionsthema das Treiben neonazistischer Gruppen in der BRD vereinbart. Die ARBEITERKAMPF-Redaktion übernahm es, dazu einen Vorschlag vorzulegen. Ein entsprechendes Papier ist von uns verschickt worden. Wir machen darin den Vorschlag, das Neo-Nazi-Unwesen vor allen an zwei aktuellen Punkten anzupacken:

1. Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung wird immer deutlicher ein ganzes Spektrum rechter bis hin zu faschistischen Aktivitäten sichtbar. Diese f a l s c h e n „F r e u n d e" in der Bewegung gilt es aufzudecken und zu bekämpfen: Das reicht von solchen scheinbar umweltbewußten CDU-Führern wie Albrecht und Co., über Lokalpolitiker, die die „guten" AKW-Gegner von den „bösen" (d.h. militanten) spalten wollen (dafür gibts verschiedene Beispiele – siehe AK 102) und über diverse Umweltschutzgrößen und -organisationen (z.B. Gruhl, Haverbeck, Wüstenhagen), die sich auf seltsame Kontakte zu Behörden und Regierungen einlassen. Das geht bis hin zu offenen Faschisten wie Roeder und Christophersen, die als „Bürgerinitiativler" ihren nazistischen und rassistischen Dreck unterbringen wollen.

2. Das seit Jahren mehr oder weniger offen geduldete Treiben solcher Gestalten wie Roeder, Schönborn, Hoffmann, Frey usw. nimmt in letzter Zeit zunehmend aggressive Züge an. Verschiedene paramilitärische Banden („Wehrsportgruppen", Jugend-Bünde, Kampfgruppen usw.). operieren in der BRD und Westberlin. Die von ihnen verbreitete Propaganda ist unverhüllt nazistisch und antidemokratisch. Hier, meinen wir, ist eine gründliche Untersuchung der konkreten Fakten und ihre breite Enthüllung dringend notwendig (gerade angesichts der offiziellen Duldung) – mit dem Ziel, diesen Vögeln das Handwerk zu legen.

Wie bereits im AK gemeldet, gibt es z.B. in Hamburg einen „Antifaschistischen Arbeitskreis" (siehe auch Artikel in diesem AK), der speziell zu dem Kreis um Roeder usw. eine Broschüre vorbereitet und Aktivitäten gegen diese Faschisten entwickelt. In Tübingen hat ein „Tübinger Antifaschismuskomitee" eine umfangreiche Dokumentation gegen die Hoffmann-Truppe herausgebracht. Diese und ähnliche Ansätze sollten auch von der Alternativpresse unterstützt werden.

Insgesamt ist das Treffen der Alternativpresse eine gute Gelegenheit, gemeinsame Interessen abzuklären und Kooperationen und gegenseitige Unterstützung zu verbessern. Auch über den Kreis der bisherigen Teilnehmer hinaus sollten Zeitungen und Zeitungsprojekte (z.B. Frauenzeitungen) an diesem Treffen zahlreich teilnehmen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 13

werden unter anderem Personen- und Warenkontrollen sowie die Überwachung sämtlicher Sicherheitseinrichtungen sein. Eine verantwortungsvolle und interessante Aufgabe ... Wenn Sie zwischen 25 und 40 Jahre alt sind, über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen ... bieten wir Ihnen einen krisensicheren Arbeitsplatz (und) ein interessantes Gehalt". (Aus einer Anzeige des „Otto"-Versands, Hamburg, 21.2. „Bild"). Bei „Otto" werden die WS-Leute innerhalb des Betriebes übrigens nicht mehr als Werkschützer, sondern als „Kollegen von der Sicherheit" bezeichnet.

Rechtliche Grundlagen der WS-Aktivitäten

Abgesehen von den allgemeinen Bestimmungen des „Gesetzes über den Katastrophenschutz" u.a.m., die dem WS im „Notstandsfall" bestimmte Sonder-Aufgaben übertragen, hat der WS heute keine staatliche Legitimation im Sinne eines staatlichen Machtorgans wie Bullen, Bundeswehr etc. D.h. anders als die Bullen darf der WS legal keinen „präventiven" Gebrauch von der Waffe machen, darf er keine „präventiven" Festnahmen vornehmen, sondern „nur" in der persönlichen „Notwehrsituation" oder einer „überpersönlichen" (betrieblichen!) „Notstandssituation" unmittelbare „Angriffe abwehren". In der Praxis bedeutet das letztlich keine wirkliche Einschränkung der WS-Willkür, solange es den Kapitalisten unwidersprochen gelingen kann, jeden Übergriff als „Notwehrsituation" zu legitimieren! Um eine Legitimation in diesem Sinne müssen sich die Betriebs-„Sicherheitsorgane" heutzutage immerhin noch bemühen. Die WS-Organisationen, vor allem ihre besonders scharfen Vertreter, wie die Privat-Truppe der „Schwarzen Sheriffs" in München, verlangen inzwischen bereits offen den gleichen rechtlichen Status wie die Polizei.

Neuste Ausrichtung: Werkspolizei wie unter den Nazis?

Zusammenarbeit von Polizei und WS ist seit Bestehen des Kapitalismus ein normaler Bestandteil des bürgerlichen Machtapparates. Die Brokdorfer Ereignisse haben deutlich gemacht, daß besonders seit Anwachsen der Anti-AKW-Bewegung akut eine Förderung der Kooperation zwischen Polizei, Werkschutz und Verfassungsschutz u.a.m. betrieben wird. So veröffentlicht die Kaderzeitschrift der Bullen, „Die Polizei" (1/77), einen Artikel zum WS-Einsatz in Brokdorf. Unter anderem heißt es da: Zusammenarbeit WS-Polizei *„wird heute erfreulicherweise und notwendigerweise vielerorts und selbstverständlich praktiziert. Nach Feststellungen des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. bestehen regelmäßige, gute Kontakte zwischen den Wach- und Sicherheitsunternehmen einerseits und den kriminalpolizeilichen Ermittlungsstellen sowie den Landeskriminalämtern andererseits. Der Bundesverband selbst steht mit den genannten polizeilichen Institutionen ebenso im Meinungsaustausch wie mit dem Bundeskriminalamt und der Polizeiführungsakademie. Dieser Meinungsaustausch fördert das Verständnis für die unterschiedlichen, jedoch einem gemeinsamen politischen Ziel dienenden Sicherheitsprobleme. Ihn ... zu intensivieren, ist angesichts der wachsenden Kriminalität unabdingbar, wenn alle, die sich für die Sicherheit des Bürgers verantwortlich fühlen, ihrem Auftrag gerecht werden wollen, kriminelles Handeln einzuschränken und ... zu unterbinden, bevor es Schaden für einzelne oder die Allgemeinheit geben kann. Diese Zusammenarbeit funktioniert, sie kann und muß noch verbessert werden."*

Die folgende Ausgabe der gleichen Zeitung widmete sich zentral dem Thema „Streikvorbereitungen" der Polizei, wobei insbesondere die Zusammenarbeit mit dem „Werkschutz", „Objektschutz", das „Sichern" des Betriebes etc. in den Mittelpunkt gerückt wurde und die notwendige Kooperation mit dem „Werkschutz" propagiert wurde.

Eine solche – auffällige – Einschwörung der Bullen seitens ihres zentralen Kaderorgans auf die Einbeziehung des „Werkschutz" in polizeiliche Aufgaben wird desweiteren ergänzt duch eine Blüte diverser Detekteien und privater Detektivunternehmen im Firmenauftrag. Es ist mit Sicherheit kein Einzelfall, daß das Außenministerium in Bonn 8.000 DM für Bespitzelungsaufträge von 100 Personen an die Aachener Detektei „Intertect" gezahlt hat („Westf. Rundschau", 15.12.76).

Auch dieses „Gewerbe" ist selbstverständlich nicht neu, wird aber gegenwärtig von den „Sicherheitskräften" der BRD besonders umworben und gefördert. So äußerte sich Münchens Polizeipräsident Schreiber zum Problem der „privaten" Polizeien kürzlich, der Markt sei noch lange nicht gesättigt. Seit langem berüchtigt sind die „Detekteien" wie die mit einem geschult antikommunistischen Kaderstamm arbeitende MIHM-OHG, Kassel, die sich u.a. auch als Saalschützer für die NPD bereits einen Namen machte.

Ansonsten bezeichnet sie sich als die „größte private Abwehrorganisation Europas". Und ihren Agenten wird „Tag für Tag" der Satz eingehämmert: „Der erste Schuß muß tödlich sein."

Nicht zu vergessen auch die „Schwarzen Sheriffs" in München, vor denen die Anwohner des Olympiaviertels zittern, und die z.B. auch als „Ordnungstruppe" in der U-Bahn eingesetzt werden.

Letztlich bieten sich den Kapitalisten auch noch erklärte Faschisten wie der Chef der Nürnberger „Wehrsportgruppe Hoffmann" – Hoffmann zum Dienst an.

Hoffmann erklärt, daß er sich vorstellen könne, daß es: *„Unternehmen gibt, die sagen, wir haben zwar einen Werkschutz, der seinen momentanen Aufgaben durchaus gerecht wird. Aber im Falle einer echten Krisensituation, die im Moment nicht da ist, die aber in 4-5-Jahren da sein kann, bleibt der WS zu Hause, er wird dann sinnlos sein. Und dann könnte es sein, daß man sagt, ‚Ich laß mir doch nicht meine Halle zertrümmern.'"* Und eben genau hier rechnet sich Hoffmann dann sein „Eingreifen" aus. Weiter erklärt Hoffmann (sicherlich durchaus berechtigt), daß *„zum Beispiel ein Herr Schickedanz* (Versandhaus „Quelle", Anm. d. Verf.) *innerlich Sympathien haben könnte, noch dazu, wenn er mehr über uns wüßte."* Ansonsten erklärt Hoffmann seine Truppen als „Werkschützer" sofort einsatzbereit.

Die Hoffmann-Truppe verfügt heute bereits, unbehindert von Staatsseite, über Jeeps, Mannschaftswagen, Kettenfahrzeuge, Militärschlauchboote u.a.

Hier verhalten sich die Kapitalisten aber entsprechend der „Seriösität" des Hoffmann und seiner Bande zurückhaltend. Ihre Richtung ist die der technisch gut ausgebildeten und politisch verläßlichen Berufs-Privatbullen. In diesem Sinne ist Hoffmann eher ein „Sicherheitsrisiko" und würde heute sicher eine erhebliche Empörung hervorrufen.

Der zunehmende Aufbau und Einsatz des WS darf nicht als „Selbstverständlichkeit" des Alltags im Betrieb und im Allgemeinen hingenommen werden. Er muß, vor allem in den Betrieben, umfassend enthüllt werden.

Es gilt, jeden einzelnen Übergriff entschieden mit politischen und juristischen Mitteln zu bekämpfen. Insbesondere muß diese Entwicklung auch kontinuierlicher Bestandteil des gewerkschaftlichen Kampfes werden!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

FBI – kein Modell für Westdeutschland

„Wir brauchen ein FBI!" – Diese Forderung tauchte Anfang Februar in der Presse auf. Das wurde mit den Entführungen der letzten Zeit (Oetker, Snoek, Egolf) begründet, denen die Polizei angeblich machtlos gegenüberstand. Der „Bund Deutscher Kriminalbeamter" (BDK) trat deswegen für die Schaffung einer Bundeskripo ein.

Rolf Grunert (Vorsitzender des BDK): *„Wir bekommen die Kriminalität nur in den Griff, wenn die Kripo einheitlich organisiert ist . . . Eine Bundeskripo würde nicht nur bestimmte Delikte bearbeiten, sie wäre schlechthin für die Kriminalitätsbekämpfung zuständig. Der Vorteil: schnelle Entscheidungen, klare Kompetenzen, überregionale Arbeiten bei bester technischer Ausstattzung, zufriedene gutbezahlte Beamte . . ."* („BamS", 30.1.77).

Beispiel: FBI

Als Vorbild einer solchen Bundeskripo dient das amerikanische FBI (Federal Bureau of Investigation – Bundeskriminalamt der US): Die Kriminalpolizei der gesamten USA ist dieser einen zentralen Bundesbehörde unterstellt. Diese Behörde ist für die Aufklärung der „Schwerkriminalität" zuständig. Die Polizei kann sich dabei der in einer Computerzentrale gespeicherten Informationen bedienen und auf hochqualifizierte Spezialisten (Labors, Fototechnik, Psychologen . . .) zurückgreifen.

Jeder einzelne Beamte ist in einer straffen Hierarchie eingegliedert, was schnelle, selbständige Entscheidungen der unteren Beamten lähmt und zentrale Anweisungen einen langen Dienstweg gehen läßt. Der bürokratische Apparat des FBI ist damit sehr schwerfällig, zumal FBI-Beamte mit den örtlichen Umständen ihres Einsatzortes nicht vertraut sind. Außerdem kommt es oft vor, daß FBI einerseits und örtliche Schutzpolizei andererseits beide gleichzeitig getrennt von einander in ein und demselben Fall ermitteln, was natürlich uneffektiv und zu aufwendig ist.

In der BRD wird genau diese Trennung mit der Verwirklichung der Polizei„reform" aufgehoben: Alle Polizeisparten (Schutzpolizei, Wasserschutzpolizei, Kripo, Sitte, Politische Polizei . . .) arbeiten in örtlichen Polizeidirektionen unter e i n e m Dach und unter e i n e r Führung zusammen. Diese Polizisten kennen ihren Bezirk natürlich genau und sind meist durch jahrelange Zusammenarbeit aufeinander eingespielt.

Alle für diese Bezirke (in der Größenordnung etwa eines Regierungsbezirkes bzw. eines Stadtteils einer Großstadt) notwendigen Entscheidungen sollen selbständig an Ort und Stelle gefällt werden. Die Spezialdienste und Datenbänke sind auf Landesebene in Landeskriminalämtern, auf Bundesebene im Bundeskriminalamt zentralisiert. Sie stehen den örtlichen Direktionen bei Bedarf jederzeit zur Verfügung. Ein solcher Apparat ist schnell und beweglich und ermöglicht die Konzentration starker Kräfte.

Die Forderung nach einem westdeutschen FBI wird allerdings von allen anderem Polizeistrategen abgelehnt:

Dregger (CDU): *„Der Bundesminister könnte die großen Fälle nach dem Gesetz über das Bundeskriminalamt schon heute an sich ziehen. Er tut es nicht, . . . weil seinen (BKA) zentralen Stellen notwendigerweise die Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse fehlen müßte. . . . Im übrigen hat die Polizei der Länder in den schweren Fällen der Gewaltkriminalität ihre Aufgabe hervorragend erfüllt"* („Welt", 23.2.77).

Bundesminister **Maihofer** (FDP) lehnt eine Behörde nach dem Muster des amerikanischen FBI ab, da es zu starke „Reibungsverluste" zwischen Bundespolizei und Schutzpolizei der Länder gäbe („Frankfurter Rundschau" – „FR", 4.2.77).

Redding (Polizeipräsident Hamburg): *„95% aller Straftaten ereignen sich im lokalen Umfeld. Nur eine lokal gelenkte Polizei hat deshalb die besten Erfolgschancen"*.. Allerdings: *„In manchen Fällen brauchen wir tatsächlich eine zentrale Kommandostelle . . . Es hat Erfolge gebracht, daß alle Fahndungseinrichtungen in der Hansestadt vereinheitlicht worden sind. Auf Knopfdruck können wir den ganzen Apparat in Gang setzen"* („Hamburger Abendblatt", 1.2.77).

Adalbert **Halt** (Pressesprecher der Gewerkschaft der Polizei (GDP)): *„Eine . . . Bundeskripo löst die Probleme der Verbrechensbekämpfung nicht, sie verlagert sie nur. Je höher Kompetenzen angesiedelt werden, desto länger ist der Dienstweg, desto größer der Reibungsverlust, desto geringer die Effizienz . . . Es ist schon jetzt möglich, das gesamte technische und personelle Know-how der Polizeien der Länder wie des BKA gemeinsam zu nützen"*. („Hamburger Morgenpost", 8.2.77).

Und noch ein Lob vom stellvertretenden Vorsitzenden der GDP, G. Schröder: Die praktische Kooperation z.B. in der elektronischen Fahndung und in der Kriminaltechnik zwischen Bundeskriminalamt (BKA) und Länderpolizeien habe sich im Bereich der „Schwerkriminalität" im internationalen Vergleich zu hervorragenden Aufklärungsquoten von bis zu 95% geführt („FR", 10.2.77).

Prinzipiell wird das derzeitige westdeutsche Organisationsmodell also von fast allen als beste Lösung angesehen. Der Apparat soll allerdings „geölt" werden. Hier einige der Forderungen:

- *„technische und finanzielle Mittel der Länderpolizeien verbessern"* und *„kleinliche bürokratische Behinderungen bekämpfen"* (G. Schröder, GDP, – „FR",10.2.77);
- *„engere und raschere Zusammenarbeit der Polizei über Ländergrenzen hinweg"* und *„Abbau uneinheitlicher Dienstvorschriften und einen schnelleren Informationsfluß"* Innensenator Staak (FDP), Hamburg „Hamburger Abendblatt", 1.2.77).
- einheitliche Erfassung der gesamten „Schwerkriminalität" beim BKA und Vereinheitlichung der Kriminaltechnik (Maihofer, „FR", 4.2.77).
- *„Die Zusammenarbeit der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt . . . müßte verbessert werden"* (G. Reddemann, CDU – „WamS", 30.1.77).
- *„. . . gezielte technische Verbesserung für die Fahnder . . ."*

„. . . dafür eintreten, daß die Polizei Spezialisten für das Delikt Geiselnahme ausbildet" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 3.2.77 über Hessens Innenminister Gries).

„. . . mehr . . . gegenseitige Hilfe . . . zwischen den Kriminalpolizeien der Länder untereinander und dem Bundeskriminalamt. An den technischen Voraussetzungen dafür läßt sich ständig etwas verbessern, gerade beim Datenaustausch" (Dregger, CDU, „Welt", 23.2.77).

Auf den Ausbau eines ganz speziellen Teils dieses Apparates legen die Polizeistrategen besonderen Wert: Die Sonderkommandos.

Diese Kommandos schossen Anfang der siebziger Jahre wie Pilze aus dem Boden und wurden damals mit der Jagd nach „Baader-Meinhof" und „Terroristen" gerechtfertigt. Sie hießen dementsprechend „Sonderkommission zur Bekämpfung anarchistischer Gewalttäter" oder „Spezialeinheit zur Bekämpfung von Terroristen". Diese Einheiten sind bewaffnete Zivilbullen, die mit allem technischen Gerät für „Spezialeinsätze" ausgebildet werden.

Die Erschießung des Bankräubers Gonzales auf offener Straße in Hamburg wurde z.B. vom „Mobilen-Einsatz-Kommando" vollzogen. Der Einsatz dieser Kommandos gegen die Anti-AKW-Demonstrationen am 19.2. und 19.3. ist das jüngste und zugleich treffendste Beispiel für ihre Aufgaben.

Da sie in Zivil auftreten und ihre Namen nie preisgegeben werden, sind sie unkontrollierbar und ähneln daher der bewaffneten G e heimen- S t a ats- P o lizei des deutschen Faschismus. Sie arbeiten praktisch ohne rechtliche Grundlage und entsprechend „unbekümmert".

Bei der Diskussion um ein westdeutsches FBI stand weder die Übernahme des amerikanischen Modells im Mittelpunkt, noch die Ablehnung einer zentralen Bundespolizei. Im Mittelpunkt stand vielmehr der Aufbau eines Polizeiapparates, der die Vorteile beider Organisationsformen vereinigen soll:

- Die Zentralisierung des Informationssystems und der Spezialdienste bei
- gleichzeitiger Dezentralisierung der Entscheidungen verbunden mit engster Zusammenarbeit aller Polizeisparten auf örtlicher Ebene.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bullen polieren ihr Image auf



In Nordrhein-Westfalen läuft zur Zeit eine Ausstellungsreihe der Polizei. Vom 11. bis 19. März waren die Bullen in M ü n s t e r. Da offenbar „Tage der offenen Tür" bisher nicht so den rechten Anklang fanden, haben sich die Polizeipsychologen etwas Neues ausgedacht: Die Bullen rücken dem Bürger auf die Pelle! Das sieht so aus, daß die Polizei in einem großen Kaufhaus der Innenstadt mehrere Informationsstände aufbaut:

Da informiert im 1. Stock die Verkehrspolizei, der Stand bezieht seine „Attraktivität" aus riesigen *„dramatischen Unfallfotos"*. Daneben berät der *„Einstellungsberater der Polizei"*, während ein freundlicher junger Bulle ausführlich die Funkgeräte der Polizei demonstriert. Im 2. Stock gibt es zwei Schwerpunkte: einmal wird das gesamte Waffenarsenal zur Schau gestellt, einschließlich leichter Maschinengewehre und aller Arten von Gasmunition, zum anderen markieren Farbfotos von Bullen auf einem mannsgroßen Stadtplan von Münster das neue System der „Kontaktpolizisten" für jeden Stadtbezirk.

Der Polizeidirektor dazu in einem Flugblatt an die „lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen": *„Ich grüße Sie mit der Versicherung, daß für Sie künftig in Ihrem Lebensbereich jederzeit eine bewegliche, unserer modernen technischen Zeit angepaßte und bürgernahe Polizei zur Verfügung stehen wird. Die Sicherheit, die Sie mit Recht von ihr erwarten, ist aber nur in einer von Vertrauen getragenen Zusammenarbeit mit Ihnen zu erreichen. Um dieses Vertrauen bitte ich Sie".*

Im 3. Stock „rät" dann die Kriminalpolizei. Insbesondere zu besserem Schutz gegen Einbrecher und Diebe. Nicht zufällig liegen daneben stapelweise Prospekte von Alarmanlagefirmen. Hier darf sich jeder mal wie ein „Verbrecher" fühlen: kostenlos werden Fingerabdrücke genommen und dem geschicktesten Panzerschrankknacker winken 1.000 DM Belohnung! Riesige Stellwände zeigen Fotos von Verbrechen an Kindern und suggestiv behauptet eine großformatige Schrift: *„Auch Sie können morgen erpresst werden"* (in Münster gab es vor kurzem den Erpressungsfall des Millionärs und Reiters Snoek). Natürlich gibt es auch ein Schießkino (im 4. Stock) und für die ganz Kleinen spielt der Verkehrskasper.

Aber nicht genug mit dieser widerlichen und verlogenen Schau im Kaufhaus selbst: Ein täglich wechselndes Straßenprogramm sorgte für Zulauf. Da fehlten weder Platzkonzerte, noch Turnübungen, noch die befreundete Bundeswehr! Bei der „großen Fahrzeugschau" am 18.3. fehlten auch nicht der Gefangenentransportwagen sowie der Entseuchungswagen.

Wir hatten allerdings den Eindruck, daß diese Polizeischau durchaus nicht auf große Begeisterung der Bevölkerung stieß. Darüber täuscht unserer Ansicht nach auch nicht das relativ große Interesse besonders Jugendlicher an den technischen Ausrüstungsgegenständen hinweg.

Zwei AK-Verkäufer aus Münster

Antifa-Kurzmeldungen

Nazi-Richter unbehelligt

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen Günther Schultz, Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht, eingestellt: Schultz war an der NS-Rassengesetzgebung beteiligt gewesen und damit mitverantwortlich für die faschistischen Morde an Juden und anderen. Der ehemalige Hamburger Justizsenator Klug hatte deshalb Schultz' Beförderung zum Vorsitzenden Richter im Herbst 76 abgelehnt; jetzt, so die Staatsanwaltschaft, stehe fest, daß „tatsächliche Anhaltspunkte" für Schultz Nazi-Taten nicht vorlägen. („FR", 15.4.77). Senator Klug mußte inzwischen zurücktreten!...

• • •

Schlägerbullen freigesprochen

Ein übles Urteil fällten die Richter der 14. Großen Strafkammer beim Landgericht Düsseldorf: Zwei zivile Polizisten waren angeklagt wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung im Amt sowie wegen Verfolgung Unschuldiger.

Der Tatbestand war folgender: Die beiden Angehörigen eines „zivilen Fahndungskommandos" waren angeblich auf der Jagd nach zwei Personen, weil in einem Taxis geschossen worden sein sollte. Zwei Männer, die über die Straße gingen, wurden prompt für die „Verbrecher" gehalten. Die beiden Männer kamen von einer Weihnachtsfeier und wollten in der Wohnung eines Teilnehmers weiter zusammensitzen. Vor den Augen ihrer in der Haustür wartenden Freunde wurde sie von den Zivilbullen brutal zusammengeschlagen und in den Streifenwagen „verstaut".

Hatte sich jeder Demokrat schon darüber gefreut, daß die beiden Bullen in der ersten Instanz zu je 17 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden waren, so wurde er jetzt doch wieder von den „unabhängigen Gerichten" eines Besseren belehrt. Der Vorsitzende Richter Huber sah eine Verurteilung wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung als nicht gegeben an, weil die Beamten autorisiert waren, Leute festzunehmen und bei Widerstand mit Gewalt zum Tatort zu bringen, um sie dort den möglichen Tatzeugen gegenüberzustellen, „obgleich solche Einzelgegenüberstellungen problematisch und nach den Strafverfolgungsrichtlinien nicht erlaubt sind" (das verstehe, wer will!)

Das Gericht vertrat schließlich die Auffassung, die Polizei habe es in den Großstädten sehr schwer, Fehleinschätzungen und Fehlgriffe seien dabei „durchaus normal" und müßten hingenommen werden, wenn man die Polizei wirkungsvoll arbeiten lassen wolle. Und weiter – es kommen einem die Tränen – „argumentierte" das Gericht: Eine Verurteilung zu mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe hätte das berufsliche „Aus" für die beiden Beamten bedeutet... Mit diesem Urteil kann man jegliche Bullenwillkür rechtfertigen!

• • •

Gegen die Überlastung unserer Staatsanwälte!

Noch nicht lange ist es her, daß Neonazi Frey von der „National-Zeitung" den KB als besonders gefährliche Bande von Terroristen und Gewalttätern erkannte und Anzeige erstattete. Während die Staatsanwaltschaft ermittelt, schlägt die neueste „NZ" (vom 14.4.77) schon wieder KB-Taten vor, die eigentlich angezeigt gehörten ...

Da heißt es auch bei der CDU/CSU-Rechten nicht faul sein! Die jüngste Nummer des „Deutschland-Magazin" (April/Mai 77) rückt neben die Faksimile-Abbildung des ARBEITERKAMPF einen Artikel gegen die AKW-Bewegung („Der Unterschied zwischen legalem Protest und Aufruhr"), in dem gleich eine ganze Handvoll Paragraphen aufgelistet sind, gegen die, wie sollte es anders sein, der KB wohl auch verstoßen haben muß!? (Der Frey'sche § 140 StGB ist auch wieder dabei).

Dem KB als Betroffenem sei eine Bemerkung gestattet: Erbarmen! Ist das vielleicht gerecht, den armen, bekanntlich ohnehin überlasteten Staatsanwälten derart viele windige Prozesse aufzuhalsen. Wo bleibt da die Solidarität mit der Justiz?

• • •

Schon wieder „Kinderkriminalität"

In der Nacht zum 13. April wurden etwa zur gleichen Zeit zwei jüdische Friedhöfe in Hamburg (Fuhlsbüttel und Stellingen) verwüstet; insgesamt wurden 65 Gräber zerstört oder beschädigt. Die Polizei behaupttet, es habe sich wahrscheinlich um Kinder gehandelt. Der Einsatz der „KiPo" (Kinderpolizei) scheint wirklich immer dringlicher zu werden!...

„Hitler Helau!" – Seltsame Späßchen der CDU

Wie in „Extradienst", AK u.a. gemeldet, beteiligte sich eine sehr „humorige" Gruppe an den diesjährigen Faschingsumzügen auf der Münster Alb. Im Hitler-Kostüm, „Sieg-Heil" in die Menge brüllend, zwei Soldaten mit Hakenkreuzbinden am Arm im Jeep, so verkleidet leisteten sich ein paar Leute eine massive Provokation. Da um die Akteure eine massive Schweigemauer aufgebaut wurde, recherchierten die Genossen von KAB„D" selbst – und wurden fündig! Nach Meldung ihrer „Roten Fahne" Nr. 6 handelt es sich bei diesen Provokateuren um „aktive Sympathisanten der CDU"! „Der Hitler Verehrer ist ein 48-jähriger Großbauer aus Oberstetten namens Raach.

Sein Anwalt ist Dr. Heinrich Schwörer, Bruder des CDU-MdB Hermann Schwörer und des Chefs des Schwörer-Konzerns" („RF" 6/77). Vom benutzten Jeep ist immerhin – obwohl die Kfz-Zulassungsstelle sich ebenfalls in Schweigen hüllte – zumindest der Besitzer ermittelt worden: Er gehört dem CDU-MdB Hermann Schwörer, obwohl Schwörer schwört, daß der Jeep dem Bauern Raach gehört ....

• • •

CDU/CSU zu Gast bei NPD-Verband

Für den 1. Mai hat der „Deutsche Arbeitnehmer-Verband" (DAV) mehrere Veranstaltungen angekündigt: Der DAV ist eine NPD-Tarnorganisation, die zum Kampf gegen den DGB aufruft. Als Redner sind mehrere CDU/CSU-Prominente angekündigt: In Wolfsburg soll die Bundestagsabgeordnete Dr. Hanna Neumeister aus Kreiensen (Mitglied des CDU-Landesvorstands Braunschweig) sprechen; in Gelsenkirchen-Buer der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Hamburger CDU-Fraktionsgeschäftsführer Horst Schröder aus Lüchow-Dannenberg; in Frankfurt der stellvertretende Pressesprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hans Richarts („die tat", 15.4.77).

Ganz heißer Buchtip!

In der Zeitschrift „Die Republik", herausgegeben von Uwe Nettelbeck, sind in der Sammelnr. 10 bis 15 vom 23.3.77 auf über 200 Seiten interne Diskussions-Dokumente der Polizei-Akademie Hiltrup aus den Jahren 1970 bis 75 zugänglich gemacht. .

Aus den Dokumenten wird beweisbar, was analytische Kleinarbeit der Linken und was die tägliche Bullen- und Staatsschutz-Praxis nur Stück für Stück hergeben wollte: Daß die westdeutschen „Sicherheitspolitiker" – allen voran die Hauptstrategen vom BKA – auf dem besten Wege sind, sich eine neue GeStaPo nach dem Vorbild der Nazis zu schaffen – mit einem Unterschied: Die neue GeStaPo soll über die Computerisierung des Denunziantentums auch den letzten privaten Winkel, ganz zu schweigen von demokratischen Rechten, aufheben.

Wir sparen uns jede weitere Beschreibung: Diese Dokumente m u ß jede Anti-Repressions- oder Anti-Bullen-Initiative als Quelle benutzen. Darüber hinaus scheinen uns diese Dokumente auch für Kenntnisse jedes(r) aktiven Demokraten(in) zur eigenen Aufrüstung unverzichtbar.

Die Zeitschrift ist zu erhalten (solange der Vorrat reicht und solange die Zensur nicht zugeschlagen hat) in allen guten linken Buchläden. Außerdem über die Bezugsadresse: „Die Republik", hrsg. von Uwe Nettelbeck, Nr. 10 bis 15 bei Zweitausendeins, Postfach 710249, 6000 Frankfurt/Main.

Kontaktbeamte auch in München

Ab 1. April gibt es nun auch in München vorerst 46 Kontaktbeamte der Polizei. Diese neue Art der Bürger„nähe" und Bespitzelung soll zunächst in einem Bereich von München geprobt werden. Diese Beamten werden *„täglich durch die Straßen streifen"* („Nürnberger Nachrichten" vom 31.3.76), und Bürger, die ein *„persönliches Sicherheitsproblem haben, werden bei den Kontaktbeamten immer ein offenes Ohr finden"* („NN" vom 31.3.). Auch die offizielle Definition der KOBs (Kontaktbeamte) sagt deutlich, um was es geht: Die Aufgabe der KOBs wird sein, *„die Sympathie und das Vertrauen der Bevölkerung systematisch zu gewinnen und ihre Nöte anzuhören"* („SZ", 31.3.).

Richtigstellung

Die Freunde von der Schwulen Aktion Bremen („ganz ohne Gänsefüßchen") legen Wert auf die Feststellung, daß sie in die Aktion in Bremen gegen die AAO (siehe AK 102, S.19) nicht „einbezogen" wurden (wie es in dem Artikel hieß), sondern: *„Bei dieser Aktion haben wir uns ganz gleichberechtigt selbst einbezogen und sind nicht ‚einbezogen worden'"*. Okay, ist hiermit klargestellt! Die Freunde haben recht, auf diesem kleinen Unterschied zu bestehen.

AK-Redaktion

Der „Antifaschistische Arbeitskreis" informiert

Der „Antifaschistische Arbeitskreis Hamburg", der sich das Ziel gesetzt hat, die Umtriebe der faschistischen Terrorbanden um Roeder, Christophersen, Schönborn und Hoffmann in einer Broschüre zu dokumentieren und Aktivitäten gegen diese Nazis einzuleiten, hat Anfang April dem ARBEITERKAMPF und anderen antifaschistischen Organisationen und Personen einen zweiten Rundbrief (der erste wurde im AK 97 abgedruckt) und Informationsmaterial zugeschickt. U.a. heißt es dort: „Wir wollen zukünftig einen regelmäßigen Informationsdienst über die Banden um Roeder und Kumpane Euch zuschicken (monatlich?). Ihr könntet uns dabei unterstützen, indem Ihr Euch vorliegendes Material unserem Arbeitskreis schicken würdet" (Infoschreiben, 2.4.77).

Desweiteren plant der Arbeitskreis, im Mai ein Treffen mit interessierten Antifaschisten durchzuführen, um dort die Broschüre und die einzuleitenden Aktivitäten gegen Roeder und Co. zu diskutieren.

Wir begrüßen dieses Vorhaben und unterstützen die Arbeit des „Antifaschistischen Arbeitskreises".

Adresse:

Antifaschistischer Arbeitskreis Hamburg
Postlagerkarte 087869 A
Postamt 36
2000 Hamburg 36

Antifa-Kommission
KB/ Gruppen Hamburg und Flensburg

Der „Datenschutz" schützt die Daten vor dem Bürger

Am 27. Jan. 77 ist das Bundesdatenschutzgesetz vorgelegt worden. Es soll am 1.1.1978 in Kraft treten. Dieses Gesetz wird von bürgerlichen Politikern als ein „wirksamer Schutz vor Mißbrauch" gespeicherter Daten gefeiert, wobei besonders die starke Stellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz hervorgehoben wird.

„Aufgabe des Datenschutzes ist es, durch den Schutz vor Mißbrauch bei ihrer Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung (Datenverarbeitung) der Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange der Betroffenen entgegenzuwirken." (§ 1, Abs. 1).

Der „Schutz" des Betroffenen besteht nun aus dessen Recht auf:

- Auskunft über „seine" Daten;
- Berichtigung dieser Daten, wenn sie falsch sind;
- Sperrung bzw. Löschung dieser Daten, wenn die Speicherung überholt, unzulässig oder deren Richtigkeit nicht nachprüfbar ist.

Außerdem sollen alle erstmalig vorgenommenen Speicherungen sowie deren Sinn und Zweck durch die Behörde in einem Veröffentlichungsblatt bekanntgegeben werden. Dieses Blatt ist dem Betroffenen auf Antrag zugänglich.

Diese Rechte gelten nicht gegenüber „Behörden für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, den militärischen Abschirmdienst sowie anderen Behörden des Bundesministers der Verteidigung, soweit die Sicherheit des Bundes berührt wird, das Bundeskriminalamt, die Behörden der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie für Bundes- und Landesfinanzbehörden, soweit sie personenbezogene Daten in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben im Anwendungsbereich der Abgabenordnung zur Überwachung und Prüfung in Dateien speichern, ..." (§ 12, Abs 2 Nr. 1 und § 13 Abs. 2 und 3).

Diese Rechte gelten ebenfalls nicht gegenüber Privatfirmen, wenn *„das Bekanntwerden personenbezogener Daten die Geschäftszwecke oder Ziele der speichernden Stelle erheblich gefährden würde ..."* oder das Bekanntwerden *„die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde"* (§26, Abs.4, Nr.1 und 2).

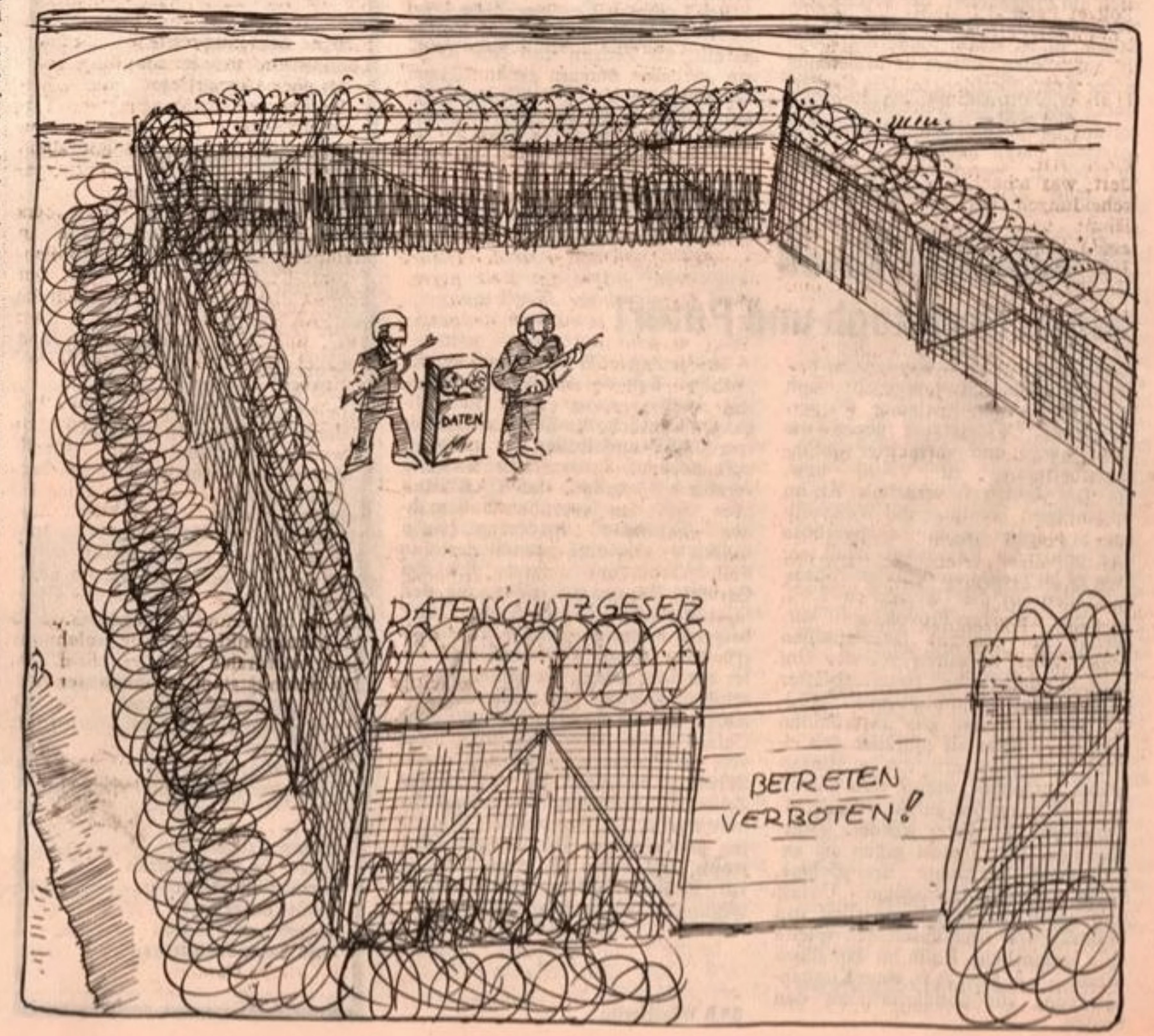
Nun gibt es noch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz, bei dem sich jeder Bürger ausweinen kann. Seine Aufgabe ist es, *„die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes"* bei Behörden und öffentlichen Stellen zu kontrollieren (§19, Abs.1). Ihm ist von diesen Stellen Auskunft über Daten, sowie Zutritt zu den Diensträumen zu gewähren. Dies gilt aber nur, wenn die jeweils oberste Bundesbehörde *„die Sicherheit des Bundes oder eines Landes"* durch diese Kontrolle nicht gefährdet sieht. Sieht sie die Gefahr, bleiben dem Bundesbeauftragten die Türen verschlossen.

Man und frau sieht: **Die Daten sind gut geschützt:**

Die „Welt" vom 15.3.77 berichtet von einem regelrechten Handel mit Daten, also genau das, was trotz der vielen „Wenns" und „Abers" im Datenschutzgesetz letztendlich doch nicht möglich sein soll. 50.000 Jungwähleradressen aus Süddeutschland werden für insgesamt 50.000 DM per Zeitungsanzeige auf dem offenen Markt angeboten.. Versandhändler, Chefs von Vertreterkolonnen, Möbelhändler und Bettwäschevertreter hatten sich offenbar – so „Welt" – bei dem Datenhändler gemeldet.

Die Adressen sollen aus einem amtlichen Datenspeicher stammen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Hungerstreiks in den Knästen der BRD

Wie bereits in AK 102 berichtet, haben die Stammheimer Gefangenen aus der RAF am 29.3. einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Mit dem Hungerstreik sollen folgende Forderungen durchgesetzt werden:

- Anerkennung und Behandlung der Gefangenen aus der RAF als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention,
- Aufhebung der Isolationshaft, auch der Gruppenisolation, und Zusammenschluß in Gruppen von mindestens 15 Gefangenen,
- Untersuchung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof durch eine internationale Untersuchungskommission (Wir haben den Wortlaut der Erklärung der Stammheimer Gefangenen aus der RAF in AK 102 abgedruckt).

Dem Hungerstreik haben sich inzwischen mindestens 50 weitere Gefangene aus verschiedenen Knästen der BRD angeschlossen. Am 9. und 10. April sind 36 der im Hungerstreik befindlichen Gefangenen zusätzlich in einen Durststreik getreten. Anlaß dafür war die Totalisolation der in Stammheim einsitzenden Gefangenen Baader, Ensslin, Raspe, Möller und Schubert, die nach der Ermordung Bubacks über die Gefangenen verhängt worden war. Nachdem diese Maßnahme rückgängig gemacht wurde, wurde auch der Durststreik beendet.

Nach Informationen des Internationalen Verteidigerkomitees IVK) vom 10.4.77 befinden sich derzeit folgende Gefangene im Hungerstreik: **In Stammheim**: Baader, Ensslin, Raspe, Möller und Schubert; in **Zweibrücken**: Haag, Grashof und Jünschke; in **Hamburg**: Asdonk, Eckes, Hochstein, Reiche, Schiller, Stachowiak, Becker, Beer, Geburtig, Hoppe, Lülf und Pohl; in **Westberlin**: Berberich, Jandt, Siepert, Wesslauf, Teufel, Vogel, Reinders, Meyer, Klöpper, Fritsch und Dreher; in **Hannover**: Augustin; in **Werl**: Jansen; in **Bochum**: Dellwo und Taufer; **in Köln**: Krabbe, Mayer und Rössner; in **Frankfurt**: Dorff, Tauras, Keblys, Shaker, Ortmann, Milberg; in **Aichach**: Sabine Schmitz; in **Colmar** (Frankreich): Detlev Schulz, der inzwischen in die BRD abgeschoben wurde und in **Wien** Waltraud Boock. Außerdem sollen sich in Westberlin/Tegel noch mindestens zehn Gefangene (ihre Namen waren bei Radaktionsschluß noch nicht bekannt) dem Hungerstreik angeschlossen haben.

Am 3. April beschlossen die Angehörigen der im Hungerstreik befindlichen Gefangenen die Herausgabe eines Offenen Briefes an die Justiz- und Innenminister. Sie weisen in dem Brief darauf hin, daß für die Gefangenen nach Auskunft des Anstaltsarztes Henck (Stammheim) akute Lebensgefahr besteht. Die Angehörigen rufen *„ausländische Organisationen auf, gegen die Vernichtungshaft in der BRD einzuschreiten. Da nicht zu erwarten ist, daß die Forderungen aus der Hungerstreikerklärung erfüllt werden, sondern eher der Tod von politischen Gefangenen in Kauf genommen wird, fordern wir Sie auf, alle Gefangenen, die im Hungerstreik sind, freizulassen. Anders kann ihr Leben nicht gerettet werden."*

Weitere Hungerstreiks

Außer diesem Hungerstreik, der in Zusammenhang mit den Forderungen der Gefangenen aus der RAF steht, sind uns noch zwei weitere Hungerstreiks von Gefangenengruppen bzw. eines einzelnen Gefangenen bekannt geworden.

Vom 23. bis 27. März standen 15 Gefangene der Justizvollzugsanstalt (JVA) Werl in Hungerstreik (siehe auch AK 101). Sie wollten damit die Abschaffung der psychiatrischen Sonderstation B I erreichen. Diese Station ist besonders verhaßt, weil dort die „aufmüpfigen" Gefangenen der schlimmsten Schikane und Isolation unterworfen werden, um ihren Willen zu brechen und sie zu gefügigen Werkzeugen der Anstaltsleitung zu machen. Ein Gefangener der JVA Werl hatte Informationen über diesen menschenvernichtenden Trakt weitergegeben und zusammen mit anderen Gefangenen eine Petition gegen die Zustände in der B I verfaßt. Von der Anstaltsleitung wurde dieser Gefangene daraufhin intensiv bearbeitet – ihm wurde sogar die Verkürzung seiner Haftstrafe um die Hälfte angeboten! Als er seine Aussagen nicht zurücknahm, wurde er auf die gefürchtete B I verlegt, woraufhin 15 Gefangene in einen befristeten Hungerstreik traten (Informationen aus einem Flugblatt der Knastgruppe Ossendorf).

Um gegen die Zensurmaßnahmen im Knast zu protestieren, ist der Gefangene Werner Schlegel in der JVA Rheinbach am 21.3. in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. In einem Brief an Justizminister Vogel stellte Werner Schlegel die Forderung, daß, entsprechend § 68 der Strafvollzugsordnung, den Gefangenen linke Alternativzeitungen ausgehändigt werden, daß sie alle Bücher beziehen können, die man „draußen" in jeder Buchhandlung erhalten kann und daß die Gefangenen sofort informiert werden, wenn die Annahme von Sendungen verweigert wird, damit sie von ihrem Beschwerderecht Gebrauch machen können. Vogel soll außerdem in einer Zeitung öffentlich erklären, warum in Rheinbach und vielen anderen Gefängnissen der Bezug von linken Alternativzeitungen generell verweigert wird. Darüberhinaus forderte Werner disziplinarische Maßnahmen gegen die Beamten der JVA Rheinbach, die sich der fortgesetzten Rechtsbeugung strafbar gemacht haben. Außerdem soll allen Gefangenen, die kein Osterpaket erhalten haben, ein einmaliger Sondereinkauf gestattet werden.

Anfang April wog Werner Schlegel noch 53 kg (bei einer Größe von 1,78 m). Er solidarisierte sich inzwischen auch mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen und hat sich ihm angeschlossen.

IKAH Hamburg

und Rössner; in Frankfurt: Dorff, Anstaltsleitung zu machen. Ein Ge- IKAH Hamburg

Klassenjustiz-Nachrichten

Freiburg. Erfolglos blieb bisher der Versuch der Albert-Ludwig-Universität, gegen die „Stadtzeitung" Freiburg eine Einstweilige Verfügung durchzusetzen. Die „Stadtzeitung" hatte in ihrer Nr. 9 unter dem Titel „90 Jahre Psychiatrie in Freiburg" eine historische Krankenakte aus dem Jahre 1919 abgedruckt und berichtet, daß seit ca. zwei Jahren systematisch Archivmaterial (Bibliotheksbestände, Bildmaterial, Krankengeschichten, psychiatrische Gutachten) vernichtet werden. Von der Vernichtung sind auch Akten aus der Zeit des Hitlerschen Geheimerlasses

geschichten, psychiatrische Gutachten) vernichtet werden. Von der Vernichtung sind auch Akten aus der Zeit des Hitlerschen Geheimerlasses

nach 1939 (Euthanasieprogramm) betroffen, als allein im südbadischen Raum 4.000 Insassen von psychiatrischen Anstalten in der Heil- und Pflegeanstalt Grafeneck (Württemberg) vergast wurden.

Die Veröffentlichung dieses Materials wollte die Uni der „Stadtzeitung" unter Androhung von DM 50.000 bzw. sechs Monaten Zwangshaft verbieten lassen. Der Klinikleiter Prof. Degkwitz sah die Ehre der Anstalt und seine eigene verletzt und forderte die Herausgabe des gesamten Materials. Er hält es für unwichtig, ob die Vorwürfe zutreffen, denn wichtig sei nur das Vertrauensverhältnis zur Psychiatrischen Klinik, das allerdings durch solche Berichte beeinträchtigt wird. Angezeigt wurde auch ein Pflegehelfer, der beschuldigt wird, das Material sichergestellt zu haben. Er ist schon wiederholt positiv aufgefallen, indem er Mißstände in der Anstalt aufdeckte! Das Gericht stellte sich auf die Seite der „Stadtzeitung", weil die Öffentlichkeit ein Interesse daran habe, etwas darüber zu erfahren, *„warum man Unterlagen aus jener Zeit der Weltkriege und des nationalsozialistischen Regimes systematisch zu vernichten"* beginnt. Im übrigen – so das Gericht – schützt das Arztgeheimnis *„nicht den Arzt, sondern den Patienten"*! Immerhin! (Weitere Informationen und eine Dokumentation – „Der Fall Rieger", 88 Seiten, DM 2,- – sind über die Psychiatrische Gesellschaft e.V., Burgunderstr. 21, 78 Freiburg zu beziehen und in der Freiburger „Stadtzeitung" Nr. 11 nachzulesen.)

Auch im Prozeß gegen Reimers gelauscht

Auch im Prozeß gegen Reimers gelauscht

Wie von RA Jacobi in der vergangenen Woche in der Öffentlichkeit berichtet wurde, gibt es starke Anhaltspunkte dafür, daß die Verteidigergespräche mit W. Reimers abgehört wurden.

Rechtsanwalt Jacobi hatte 1 1/2 Jahre in ein und derselben Zelle – von insgesamt zwölf zur Verfügung stehenden – die Gespräche mit seinem Mandanten geführt, als es plötzlich hieß, RA Jacobi könne nun nicht mehr in diese Zelle, denn dies sei gar kein Raum für Verteidigergespräche. Verdächtiges konnte schon vorher beobachtet werden. So stand z.B. ein Beamter mit einem walky-talky direkt vor dem Raum. Auf sein Instrument angesprochen und den Zweck seines Postenstehens fiel ihm nichts Rechtes ein.

RA Jacobi hat nun zu diesem erneuten Lauschangriff einen Antrag gestellt: als Zeugen sind eine Reihe von ehrbaren Bürgern genannt, vom Innenminister bis zu Polizeibeamten. Man darf auf die Reaktion gespannt sein.

IKAH Hamburg

Skandalöses Urteil gegen Christoph und Peter!

Westberlin. Am 7.4. wurden die beiden Westberliner Studenten Christoph und Peter wegen Nötigung, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchter Gefangenenbefreiung zu 1.400 bzw. 800 DM Geldstrafe verurteilt. Als im vergangenen Semester die Westberliner Studenten gegen Berufsverbote und politische Repression streikten, kam es zu mehreren brutalen Polizeiüberfällen auf die Uni und am 2.12. zu einer schweren Provokation: Mitglieder der militant faschistischen CARP-Sekte verteilten vor der Uni antikommunistische Hetzflugblätter („Tod dem Kommunismus" etc.). Als Kommilitonen das unterbinden wollten, wurden sie plötzlich von zivilen Staatsschützern, die im Hintergrund aufgebaut waren, sich jedoch nicht zu erkennen gaben, verprügelt; Christoph und Peter wurden festgenommen. Der Protest gegen die anschließend verhängte dreiwöchige, völlig unverhältnismäßige U-Haft und gegen die Zusammenarbeit von Staatsapparat und Faschisten spielte eine wesentliche Rolle im damaligen Streik – u.a. kam es zu einer Kirchenbesetzung aus Solidarität mit den beiden.

Im jetzigen Prozeß, der in die „ruhige" Zeit der Semesterferien gelegt wurde, gelang es der Verteidigung wesentlich, die Zusammenarbeit von CARP und Bullen bis in Detail aufzudecken. So war beispielsweise verabredet worden, daß CARPisten „vor Ort" den lauernden Bullen ihnen „bekannte" Studenten zeigen sollten – also eine bewußt gestellte Falle! Trotzdem weigerte sich das Gericht, Zeugen zu hören, die den faschistischen Charakter der CARP belegen konnten. In der Urteilsbegründung wurde Christoph und Peter zur Last gelegt, sie hätten die Faschisten gewürgt etc. Außerdem belehrte sie der Richter, die wirkliche Gefahr drohe heute von links, nicht von rechts. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Es wird zu den Zentralen Aufgaben des neuen Semesters für die Westberliner Studenten gehören, das Urteil gegen Christoph und Peter als einen Versuch zur Kriminalisierung der Streikbewegung zurückzukämpfen!

SSB Westberlin

Peter-Paul Zahl: An die Freunde

was erwartet ihr
eigentlich
wenn ihr eure zierlich
formulierten petitionen
an die henker richtet
sehr geehrte herren
bezugnehmend auf
unsere verfassung
aus dem jahre achtundvierzig
(achtzehn oder
neunzehnhundert?)
ersuchen wir sie höflich
das foltern zu unterlassen ...

heute sieht der größte
schreibtischmörder aus
wie der nette vertreter
der lebensversicherung
um die ecke
und erhielt für seine bemühungen
um den tod
von hunderttausenden
den nobelpreis

was erwartet ihr
eigentlich
und an wen wendet ihr euch
wer finanziert
die menschenrechtskommission
in europa
und wer zahlt seinen größten
beitrag zu erhaltung
dieser europäischen behörde
warum glaubt ihr
den beteuerungen noch
und zeigt uns
auch nur e i n
land auch nur e i n e n
staat der kein rechtsstaat
ist verfielen juden damals
reiner willkür
oder gab es für oder gegen sie
nicht wenigstens e i n gesetz
weshalb werft ihr
nur den altmodischen henkern
ihre umgangsformen vor
wissen die neuen nicht
umzugehen
mit messer gabel
champagnerkelch und verfassung

fragen stellen
heißt: sie beantworten
formen einhalten
heißt: unterliegen
fragen nach formen
sind keine formfragen

Nachrichten aus dem Knast

Westberlin. Am 26.3. haben Gefangene der JVA Tegel eine gemeinsame Petition an den Petitionsausschuß im Schöneberger Rathaus geschickt:

„1. Wir verlangen, daß umgehend diejenigen namhaft gemacht werden und aus der Anstalt verschwinden, die dafür verantwortlich sind, daß unser am 22.3.77 verstorbener Kollege Gustav Ehmke, 76 Jahre alt, Haus II, Zelle 197, nicht ins Krankenhaus kam.

2. Wir verlangen das Verschwinden des Zentralbeamten (Haus II) George aus dem Verwahrbereich, bis der Vorwurf, daß George Gefangene als Ratten und ähnliches bezeichnet, geklärt ist.

3. Wir verlangen das Verschwinden der Beamten Grünke und Konitzka aus der Anstalt, die auch nach den Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft dringend verdächtigt und deshalb jetzt angeklagt sind, am 19.8.76 unseren Mitgefangenen Faramarz Shamahmartz (1,70 m groß, nur 42 kg) mißhandelt, die Treppe hintergestoßen und danach nochmal mit Gummiknüppeln auf ihn eingeschlagen zu haben, bis er bewußtlos und lebensgefährlich verletzt in seinem Blut liegenblieb, so daß er auf ärztliche Anordnung hin auf die Intensivstation des Westend-Krankenhauses verlegt werden mußte". (Vergleiche Meldung des „Tagesspiegel" vom 25.3.77).

* * *

Werl. Lothar Gend (vergl. AK 99) wird immer noch die gebotene ärztliche Versorgung versagt. Anfang April wandten sich seine Verteidiger erneut mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Sie weisen darauf hin, daß die fachärztliche Untersuchung in der Dortmunder Klinik ergeben hat, daß Lothar Gend neben Gelenkrheuma auch eine geschwürige Dickdarmentzündung hat und der starke Verdacht auf ein Zwölffingerdarmgeschwür besteht.

„Der wirkliche gesundheitliche Zustand des Gefangenen Gend läßt sich nur feststellen, wenn eine Darmspiegelung und ein EKG vorgenommen wird. Dies ist dringend erforderlich, denn nach diesem Befund ist eine Gefahr für das Leben des Gefangenen Gend nicht auszuschließen. Dies insbesondere deshalb, da sich im Stuhl des Gefangenen Blut befand. Alle Untersuchungsergebnisse widersprechen der bisherigen Auffassung der Anstalt Werl. Die dortigen Anstaltsärzte haben den Gefangenen als Simulanten bezeichnet und dementsprechend nicht behandelt. Die Feststellung des Arztes Michaelis, es bestehe kein Blutungsübel im Darm des Gefangenen Gend, ist widerlegt. Trotzdem weigert sich die Anstalt bis heute, den Gefangenen zu behandeln. Wir fordern: Haftverschonung für den Gefangenen Lothar Gend!". (Aus der Presseerklärung der Anwälte von Lothar Gend)

IKAH Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 27.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Das Wintersemester war nur der Anfang

Auch wenn die Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS-MV) keine konkreten Ergebnisse für die kommenden Auseinandersetzungen an den Hochschulen gebracht hat, so ist doch jetzt schon abzusehen, daß es auch in diesem Semester zu weiteren Massenaktionen kommen wird. Bundesweit werden dabei aller Voraussicht nach die Aktivitäten gegen die Verabschiedung der Landeshochschulgesetze im Vordergrund stehen. Schon jetzt sind folgende Beschlüsse bekannt.

Hamburg: In einer Urabstimmung an der Uni zum Ende des letzten Semesters wurde ein 14-tägiger Streik gegen das LHG beschlossen. Die anderen Hochschulen werden sich mit eigenen Aktionen anschließen.

Niedersachsen: Die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS) ruft zu einem landesweiten Streik vom 9. bis 13.5. auf. Am 13.5. wird eine Demo in Hannover stattfinden.

Nordrhein-Westfalen: Mehrheitlich hat die Landesastenkonferenz (LAK) die ASten aufgerufen, vom 9. bis 13.5. eine Urabstimmung über einen Streik, der mindestens vom 16. bis 20.5. laufen soll, durchzuführen. Am 12.5. wird eine landesweite Demo in Düsseldorf stattfinden.

Baden-Württemberg: Am 12.5. wird eine zentrale Demonstration, mit anschließendem Unifest, gegen die 22 Relegationen an der Heidelberger Uni stattfinden. Gleichzeitig soll dies auch Auftakt für weitere Aktionen gegen das Landeshochschulgesetz sein. Für die Fachhochschulen und die Mediziner werden bundesweite Aktionen angestrebt.

In der bürgerlichen Presse werden jetzt schon Stimmen laut, die einen „heißen Sommer" erwarten. Auch wenn die bisher gefaßten Beschlüsse sicherlich keine Garantie für wirkliche Kampfaktionen sind, so be-
einen „heißen Sommer" erwarten. Auch wenn die bisher gefaßten Beschlüsse sicherlich keine Garantie für wirkliche Kampfaktionen sind, so be-
stehen doch gute Möglichkeiten, zu einer Ausweitung und politischen Verschärfung der Auseinandersetzung zu kommen. Denn alle Konflikte, die im letzten Semester zu den radikalen Massenaktionen geführt haben, sind nach wie vor vorhanden und verschärfen sich in diesem Semester noch. Als gute Voraussetzung gilt weiterhin, daß keine dieser Aktionen zu einer Niederlage geführt hat, sondern im Gegenteil am Ende des Semesters die Bereitschaft zu weiteren Aktionen durchgehend vorhanden war.

Kampfaktionen oder „kritisches Studium"?

Ein hocherfreuliches Ergebnis der letztsemestrigen Streikaktionen ist, daß erstmals seit langem der Einfluß der Reformisten und Revisionisten in breiterem Maße zurückgekämpft werden konnte. Mit ihrem Konzept der „Aktions"tage und „Sternmärsche" konnten sie gerade an den Hochschulen, an denen die Auseinandersetzungen am weitesten fortgeschritten waren, keinen Blumentopf mehr gewinnen. Insbesondere dann, wenn es über die semesterlang geprobten „Aktions" = Diskussionstage hinausging, wurden sie von der Studentenbewegung überrollt.

In diesem Semester nun kommen sie mit einem „neuen" Konzept aus den Ferien. Vielerorts treten sie besonders „radikal" auf, indem sie 14-tägige Streikvorschläge aus der Tasche ziehen. Nun zeugt aber die Länge eines Streiks keineswegs von dessen Radikalität, wenn sich diese 14 Tage wiederum allein darauf beschränken sollten, schon x-mal geführte Diskussionen noch um einiges zu verlängern. Radikalität drückt sich vor allem in den politischen Inhalten und in den Formen, mit denen die herrschenden Zustände an den Hochschulen angegriffen werden, aus. Auch wenn Steffen Lehndorff, Vorsitzender des MSB, in einem Referat für den Bundesvorstand schreibt („Rote Blätter" 4/77), daß sich *„die gewachsene Kampfbereitschaft in schärferen Formen ausdrückt"*, so sucht man vergebens nach positiven Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis. Stattdessen wird den Studenten in diesem Semester vom MSB das Konzept der „Demokratischen
Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis. Stattdessen wird den Studenten in diesem Semester vom MSB das Konzept der „Demokratischen
Gegenuni" vorgesetzt. Dazu heißt es: *„Eine besonders gute Möglichkeit, die Bewegung gegen das HRG politischer zu machen, bietet der Aufbau von demokratischen Gegenuniversitäten während der Streiks"* (ebenda). Ziel dieser „dGU" soll sein: *„1. die Verbreiterung und Festigung der Kampffront gegen das HRG und 2. die Unterstützung anderer außerparlamentarischer Bewegungen"*.

Wie soll das durch eine „Gegenuni" gefestigt werden? Nun, einmal dadurch, *„daß sie mehr Studenten als bisher die Möglichkeit gibt, selbst aktiv und schöpferisch an den Streiks ... mitzuwirken"*, und zum anderen soll die „dGU" dazu dienen, *„genau das (zu) erarbeiten, was durch das HRG ja gerade unterbunden werden soll"*: eine Ausbildung im Arbeiterinteresse.

Hier tritt mal wieder der große historische Moment ein, wo eine Sache sich zum zweitenmal wiederholt (als Farce).

Die „dGU" knüpft an den gescheiterten Versuch der Studentenrevolte an, eine „Kritische Universität" aufzubauen, in dem irrigen Glauben, die Hauptwaffe der Studentenbewegung im politischen Kampf sei die Wissenschaft. Schon damals scheiterte dieser Versuch an zwei wesentlichen Dingen. Zum einen daran, daß sehr schnell erkannt wurde, daß durch die Einführung von Alternativstudien mit fortschrittlichen Inhalten die politischen Verhältnisse, die von der Studentenbewegung angegriffen wurden, überhaupt nicht berührt wurden. Im Gegenteil, die größte Wirksamkeit hatte die Studentenbewegung, als sie mit direkten Aktionen gegen den Vietnamkrieg und die Springerpresse protestierte, und dies war nach dem Niedergang der „KU". Zum anderen hat diese „KU" nie die Massenbasis gewonnen, die ihr heute wieder der MSB zuschreibt. In der Hoch-Zeit nahmen in Westberlin daran ca. 600 und in Hamburg ca. 300 Studenten teil und schon 1968 war wieder alles vorbei. Aufgegriffen wurde der Gedanke dann erst wieder am Ende der Studentenrevolte von den Teilen des SDS, die heute wesentlich im MSB oder im SHB organisiert sind. In schon abgeschwächter Form wurde das damals „demokratische Studienreform" genannt.
oder im SHB organisiert sind. In schon abgeschwächter Form wurde das damals „demokratische Studienreform" genannt.

Ziel und Zweck dieser „Strategie" ist es, die Studenten auf die Uni, auf die Seminare und auf die Wissenschaften zu konzentrieren, anstatt sie herauszuholen aus diesem Sumpf.

Im „linken" oder gar super„linken" Gewand traten solche Konzepte als „sozialistisches bzw. antikapitalistisches Studium" auf – ebenfalls zur Zeit des Niedergangs der Studentenrevolte Anfang der 70-er Jahre. Tatsächlich ist es bisher j e d e s m a l so gewesen, daß nach Phasen heftiger Auseinandersetzungen und militanter Aktionen die Opportunisten aller Schattierungen mit Vorschlägen dieser Art, von denen sie das Blaue vom Himmel versprachen, aufgewartet sind. Diese Leute, denen es entweder bewußt um ein Abwiegeln der Kämpfe ging, oder die zu einer Weiterführung total unfähig waren, warfen sich damals noch mit Sprüchen an die Brust wie etwa: „Wer die demokratische Studienreform nicht unterstützt, arbeitet der Reaktion in die Hände" (MSB-Vorläufer) oder „Wer nicht für das sozialistische Studium ist, ist an einer sozialistischen Hochschulpolitik gar nicht interessiert" (KBW-Vorläufer in der Polemik gegen den KB, der diese Sackgasse schon damals scharf angegriffen hatte).

Alle diese Projekte sind nie mehr als ein bis zwei Semester alt geworden und von ihren Erfindern jeweils sang- und klanglos (und natürlich ohne jede selbstkritische Bilanz) begraben worden.

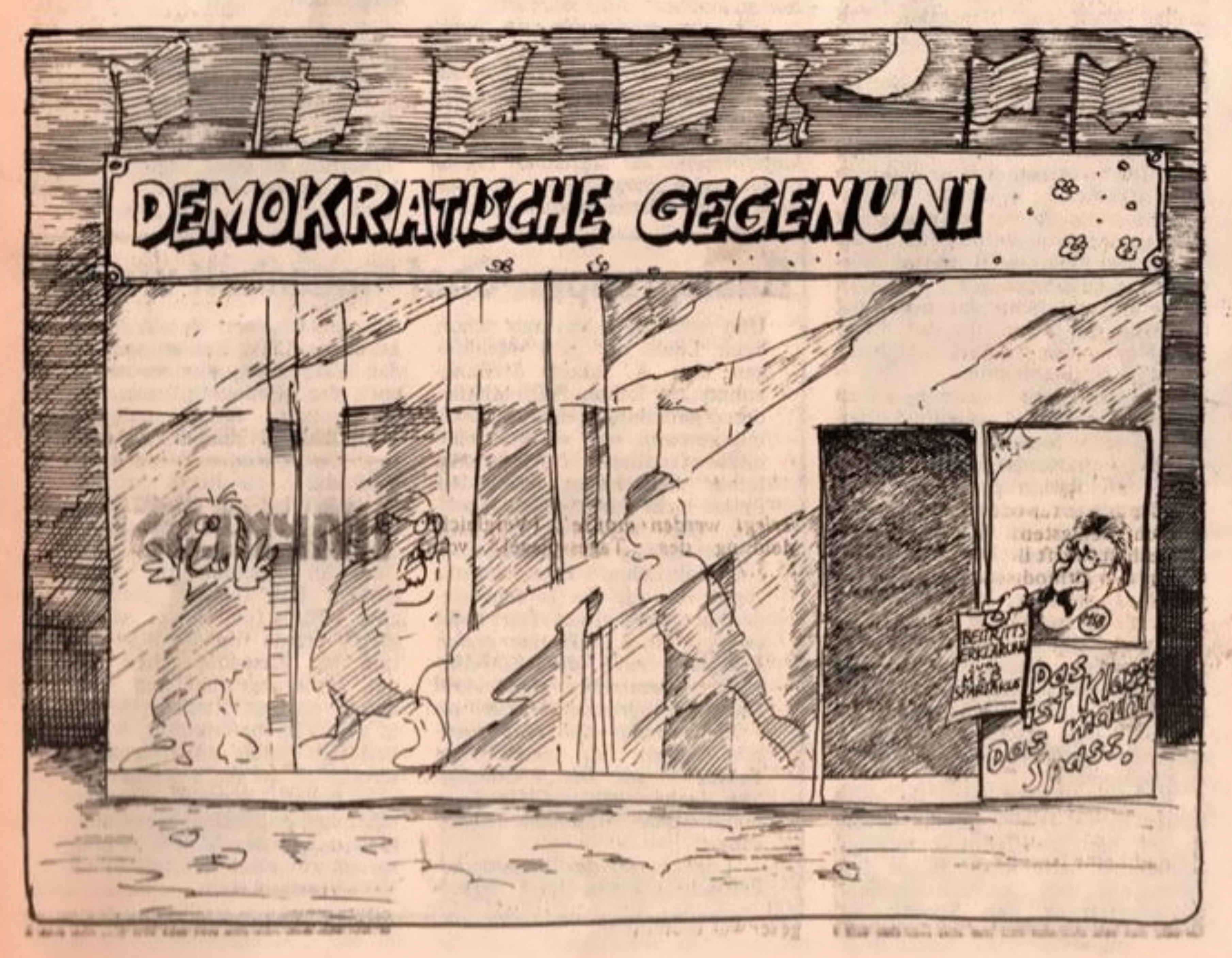
Als besonders verlogen ist dabei der MSB zu kennzeichnen, dem es noch nie an klangvollen Namen und anspruchsvollen „strategischen" Begründungen für solche Projekte gefehlt hat, um – unter Ausnutzung resignativer Tendenzen unter den Studenten – in Wirklichkeit nichts anders als Mitgliederwerbung zu betreiben. Tatsächlich sind solche Projekte sogar das hauptsächliche Rekrutierungsfeld des MSB – um so besser für ihn, wenn sie mit offiziellem VDS-Segen ausgestattet sind. Denn in den wirklich stattfindenden Kämpfen ist für diese Leute logischerweise nicht viel zu holen.

Wenn diese bankrotte Politik als „demokratische Gegenuniversität" jetzt wieder neu aufgewärmt werden soll, kann man getrost davon ausgehen, daß ihr ein ebenso unrühmliches Ende wie ihren Vorläufern beschert sein wird. Aber das stört den MSB wenig, wenn nur genügend „Nachwuchs" für ihn dabei rausspringt.

Für die Linke steht dagegen jetzt die Aufgabe, die nächsten Streiks zu nutzen, zu solchen Kampfaktionen zu kommen, die tatsächlich in der Lage sind, das politische Klima an der Uni zu ändern. Hier finden wir z.B. einen Vorschlag, der in Westberlin diskutiert wird, vorbildlich, wonach beabsichtigt wird, den Boykott von Lehrveranstaltungen bei solchen Profs durchzusetzen, die sich bei der Verfolgung einzelner Studenten durch Ordnungsrechtsverfahren besonders hervorgetan haben. Ebenso kann die Heidelberger Demo ein Auftakt für weitere militante Auseinandersetzungen sein, in deren Rahmen ebenfalls zu direkten Aktionen gegen die reaktionäre Professorenclique geschritten werden soll.

An anderen Hochschulen wird es darauf ankommen, zum ersten Mal wirkliche Streiks durchzusetzen, d.h. gerade denjenigen Profs, die sich nicht an den Streikbeschluß halten, die Uni heiß zu machen.

Bündniskommission KB/ Gruppe Hamburg



Vier Hundertschaften schützen Rektoratsübergabe

Aus der „feierlichen Rektoratsübergabe" an der Uni Göttingen am 15.4. wurde nichts. Geladen waren: der neue niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel, Landesbischof Lohse, Exministerpräsident Kubel, die Herren Professoren und, in Vertretung der Studenten, der AStA, um dem Rechenschaftsbericht des alten Rektors und einem Referat seines Nachfolgers über den „Hohen Waldbestand in Europa während der Eiszeit" zu lauschen. Der AStA nahm diesen Festakt zum Anlaß, die Studenten aufzurufen, dem alten Rektor, der u.a. für fünf Bulleneinsätze im letzten Semester verantwortlich ist, den gebührenden Abschied zu geben. Da nicht zu erwarten war, daß die Öffentlichkeit im Festsaal der Uni hergestellt werden könnte, schlug der AStA vor, *„in einer Straßenveranstaltung ein eigenes Fest durchzuführen"* (die BUF-Spontis lehnten anfangs diese Aktion ab, da die Probleme „personalisiert" würden, machten dann aber brav mit). Auf diese Ankündigung hin verwandelten am Samstag vormittag vier Hundertschaften das Rektorat in ein Polizeilager. Mit Gittern und zehn mittelschweren Lastwagen wurde der Platz vor dem Rektorat hermetisch abgeriegelt, und die Bullen kontrollierten die Einlaßkarten der hohen Gäste. Während im Festsaal die AStA-Vertreter dem alten Rektor das „Siegel der Polizeiuniversität Göttingen" und ein paar Handschellen überreichten und dem neuen Rektor einen Bullenknüppel in die Hand drückten, lief vor den Bullenketten eine parodistische Festveranstaltung von 3 bis 400 Studenten ab. Standesgemäß kostümiert übernahmen drei Studenten die Rollen der Festredner und lieferten eine Parodie der feierlichen Amtsübergabe. Anschließend zogen die Studenten auf den nahegelegenen Marktplatz und drückten in einer weiteren Kundgebung ihren Protest gegen die laufenden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch und Nötigung aus.

Nebenbei wurde dort ein Infostand von Faschisten, die sich zu einer überregionalen Göttinger Runde zusammengefunden hatten, von entschlossenen Studenten abgeräumt, die Flugblätter wurden ihnen abgenommen. Diese Aktion sollte Schule machen: Auf die bloße Ankündigung einer alternativen „Festveranstaltung" lassen Kumi und Rektor ihre Bullen auffahren, um ein ebenso langweiliges wie banales Schauspiel vor protestierenden Studenten zu schützen. Kein Festakt sollte in Zukunft vergehen, der nicht in Bullenketten und Wasserwerfern seinen würdigen Rahmen findet. Die Studenten hatten ihren Spaß und die eingesetzten Bullen keinen freien Samstag.

KB/Gruppe Göttingen

Strafverfahren und Relegationen Der Staat schlägt zurück

In Reaktion auf die massiven Streikaktionen der vergangenen Semester schlagen jetzt die Reaktionäre an den Hochschulen und der Staatsapparat schärfer zurück.

Westberlin: Am 7.4. wurden die beiden Studenten Christoph und Peter, die bei einer Provokation der faschistischen CARP-Sekte verhaftet worden waren, wegen Nötigung, Körperverletzungen, Widerstands gegen die Staatsgewalt und versuchter Gefangenenbefreiung zu 1.400 bzw. 800 DM Geldstrafe verurteilt. Darüber hinaus sind an der FU 27 Ordnungsrechtsverfahren eingeleitet worden, 9 sind schon abgeschlossen. Die Urteile: 6 Relegationen für 4 Semester, 2 für 2 Semester und eine Verwarnung. Allen Betroffenen wurde die Störung von Lehrveranstaltungen während des Streiks vorgeworfen.

Göttingen: Auf Grund der Sprengung einer Fachbereichsratssitzung wurden bisher 11 Personen wegen Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung usw. angezeigt. Gegen 4 Studenten wird wegen Sachbeschädigung ermittelt, weil sie das Auto eines RCDSlers, der sich der Staatsanwaltschaft als Zeuge zur Verfügung gestellt hatte, mit dem Schriftzug *„Spitzel, Denunziant"* verschönert haben sollen.

Heidelberg: Allein im Wintersemester wurden hier 22 Relegationen ausgesprochen, davon mehrere bis zu 4 Semestern. Der Grund hierfür liegt im Klausurenboykott der Germanisten, in dessen Verlauf mehrmals Studenten aus dem Seminar heraus verhaftet wurden. Beim Verteilen eines Erstsemesterinfos wurden vier Personen verhaftet – weil das Impressum fehlte!

Tübingen: Nach einem der brutalsten Bulleneinsätze der letzten Semester wurde im Zusammenhang mit dem Überfall der Hoffmann-Faschisten der FSR-Referent des AStA relegiert, weil er *„grob gegen die Ordnung der Universität"* verstoßen habe, als er die Faschistenprovokation zu verhindern versuchte.

Bochum: Nach einem Go-In bei einem ausgemachten Frauenfeind und reaktionären Professor drohte dieser den beteiligten Frauen mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Gegen die „Bochumer-Studentenzeitung", die in einem Artikel über diesen Vorfall berichtete, erstattete er Anzeige wegen Verleumdung.

Lüneburg: 9 Kommilitonen wurden im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Prüfungsverschärfungen angezeigt (Hausfriedensbruch).

Hamburg: Zwei Studenten wurden für schuldig befunden *„vorsätzlich und gemeinschaftlich"* (Bandenbildung?) zwei berüchtigte Provokateure beleidigt zu haben, indem sie Plakate mit ihren Konterfeis geklebt hatten. Die Beleidigung besteht nicht etwa darin, daß diese Leute als „Spitzel" und „Denunzianten" bezeichnet wurden, sondern in der *„reißerischen Aufmachung"* der Plakate und der *„einem Plakat zur Fahndung nach einem schwerer kriminerller Handlungen Verdächtigten"* ähnelnden Aufmachung.

Marburg: 2 Studenten wurden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt, eine Kommilitonin wegen Nötigung eines Reporters der „FAZ", dem die Aufzeichnung einer studentischen Versammlung abgenommen wurden (nachweislich nicht von der Studentin; ihr wird nur vorgeworfen, andere dazu angestiftet zu haben). Noch laufen über 20 Ordnungs- und Strafrechtsverfahren wegen der Aktionen gegen die Amtsenthebung des AStA.

Bremen: Wegen Sprühens einer Parole an die Wand der Uni wurde ein Student vom Rektor wegen Sachbeschädigung angezeigt.

Frankfurt: Hier laufen mehrere Anzeigen wegen Parolenmalens, Plakateklebens usw.

Und auch für das nächste Semester sind die Scharfmacher schon jetzt am Werk. Zunehmend unken sie, daß im bevorstehenden Semester *„mit der größten Terrorwelle* (!) *seit den studentischen Unruhen Ende der 60er Jahre"* gerechnet werden muß („Welt", 22,2,77) und plädieren gleichzeitig für mehr Härte gegenüber der Studentenbewegung: *„Es geht hier nicht um das selbstverständliche Recht von Bürgern – also auch von Studenten* (!) *– auf friedlichem Wege gegen bestimmte Entwicklungen zu demonstrieren oder zu protestieren. Es geht vielmehr um die Frage, ob man es hinnehmen will, daß Verhaltensnormen* (?!) *und Gesetze... im Bereich der Universität ihre Verbindlichkeit verlieren"* (Prof. Jarchow, Göttingen, „Welt", 22.2.77).

Auch wenn andere Stimmen wie der Hamburger Kultusminister Biallas vor allzu scharfen Maßnahmen warnen, weil sie eine Solidarisierungswelle befürchten, ist in diesem Semester noch mit einer Verstärkung der politischen Repression an den Hochschulen zu rechnen.

Nicht auf halbem Wege stecken bleiben

Angesichts dieser Strategie der universitären Reaktionäre und des Staatsapparats, durch das Herausgreifen und die Kriminalisierung Einzelner die aufkeimende Bewegung zu zerschlagen, steht die Studentenbewegung vor der Entscheidung, diese Einschüchterungsversuche mehr oder minder kampflos hinzunehmen oder der Herausforderung mit größerer Entschlossenheit und Militanz zu begegnen.

Auf der Hand liegt, daß von dieser Entscheidung ebenso der weitere Verlauf der studentischen Aktionen abhängt. Bisher hat sich die „neue" Studentenbewegung in dieser Frage schwer getan. So gelang es in Marburg trotz der großartigen Mobilisierung im Wintersemester gegen die AStA-Amtsenthebung nicht, auch nur ähnlich massive Aktionen zur Verteidigung ihrer Kommilitonen auf die Beine zu stellen. Ähnlich in Heidelberg, wo zwar in einer Urabstimmung 5.000 Studenten für Streik gegen die Relegationen stimmten, der Streik aber schon in den Anfängen steckenblieb. Hierfür macht ein Teil der Linken die Studenten verantwortlich. Auf dem Vorbereitungstreff für die von den Basisgruppen geplante Heidelberger Demonstration (12. Mai) gegen die Relegationen verstiegen sich einige Anwesende sogar zu der Behauptung, die Mehrheit der Studenten (wohlgemerkt die, die vorher gestreikt haben usw.) würde dies nicht interessieren, viele würden die Relegationen sogar für rechtens befinden, da die Betroffenen ja selbst schuld seien. Mobilisieren könne man die Studenten nur dann, wenn sie selbst betroffen seien.

Hierin sehen wir in erster Linie die Schlappheit dieser Leute selbst. Oder wie erklären sie sich denn das Urabstimmungsergebnis in Heidelberg (ein Drittel aller Studenten stimmte für Streik gegen die Relegationen), wenn die Studenten das nicht interessieren würde? Vielmehr hat sich hier doch gezeigt, daß die Linken nicht in der Lage waren, aus dieser Bereitschaft der Studentenschaft Taten zu machen – wahrscheinlich, weil sie den Studenten die Betroffenheit nicht abnahmen. Eindeutig läßt sich auch feststellen, daß in Marburg nach einem Jahr die erste größere Aktion die Mobilisierung zu den Prozessen gewesen ist (siehe AK 102). In Göttingen hat es sogar Anfang der Semesterferien noch eine Demonstration mit 2.000 Teilnehmern gegeben, die damit endete, daß die Bullen mit einem Steinhagel eingedeckt wurden und zum ersten Mal seit Jahren wieder einige Scheiben zu Bruch gingen. Und nicht zuletzt hat in Westberlin die Studentenbewegung gerade an der Mobilisierung gegen die Verhaftungen von Christoph und Peter einen neuen Aufschwung genommen.

Bisher war es den Reformisten und Revisionisten vorbehalten, uns weismachen zu wollen, die Studenten seien nur zu mobilisieren, wenn sie „direkt" betroffen seien (Geld, Regelstudienzeit, Prüfungen usw.). Mit dieser Argumentation wird ebenso versucht, innerhalb der Gewerkschaften den demokratischen Kampf zu unterbinden. Immer ist es die „Rückständigkeit der Massen", mit der das eigene Zurückweichen kaschiert werden soll. Gerade die Massenaktionen des letzten Semesters, die sich oftmals gegen politische Repression richteten, sollten hier Gegenbeweis genug sein.

Bündniskommission, KB/Gruppe Hamburg

Unruhe in den Basisgruppen

Auf einem Vorbereitungstreffen für die bundesweite Aktion gegen die Relegationen (Universitätsverweise)

Befragen ausdrücklich erklärt, er würde ohne Anerkennung der „Essentials" nicht in den Vorstand ge-

ment werden, kollektiv auszuloten und daraus eine kollektive Linie für Strategie und Taktik zu entwickeln.

mals Studenten aus dem Seminar heraus verhaftet wurden. Beim Verteilen eines Erstsemesterinfos wurden vier Personen verhaftet – weil das Impressum fehlte!
Tübingen: Nach einem der brutalsten Bulleneinsätze der letzten Semester wurde im Zusammenhang mit dem Überfall der Hoffmann-Faschi-

vorgeworfen, andere dazu angestiftet zu haben). Noch laufen über 20 Ordnungs- und Strafrechtsverfahren wegen der Aktionen gegen die Amtsenthebung des AStA.
Bremen: Wegen Sprühens einer Parole an die Wand der Uni wurde ein Student vom Rektor wegen Sachbeschädigung angezeigt.

Stimmen zur VDS–MV

MSB: *„Die 2. Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften ist den Erwartungen hunderttausender Studenten, die in den zurückliegenden Monaten demonstriert und gestreikt haben, gerecht geworden"* (Pressemitteilung des MSB, 29.3.77). Das erscheint einleuchtend, wenn man realistischerweise voraussetzt, daß die Studenten von so einer VDS-MV eh nichts erwarten, wenn sie überhaupt von ihr erfahren. Der MSB meint's jedoch nicht so, denn *„hervorstechendes Merkmal der mit den Stimmen des SHB, des MSB Spartakus, der Juso-Hochschulgruppen und des SHV verabschiedeten Hauptresolution ist ein kämpferisches Aktionsprogramm für das Jahr 1977: Es schlägt für das Sommersemester Massenaktionen gegen die Landseshochsulgesetze sowie einen bundesweiten Streik der Fachhochschüler vor und für den Herbst dieses Jahres einen nationalen Streik an allen Hoch- und Fachhochschulen... Dieses Aktionsprogramm deckt sich weitgehend mit den Vorschlägen des MSB Spartakus"* (ebenda).

Dieser Teil der Pressemitteilung ist wahrscheinlich schon vor der MV verfaßt worden, da der wirkliche Verlauf der MV sich in diesen Aussagen kaum widerspiegelt. Denn um Aktionen ist es – außer den Basisgruppen (BG) – nun wirklich niemandem gegangen auf der MV, am allerwenigsten dem MSB (es sei denn man betrachtet die Postenverteilung als „Aktion").

Besonders verlogen auch die Passage zu den BG's: *„Leider konnten die Basisgruppen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen eigenen Beitrag zur Gestaltung der vds-Politik leisten"*. Wenn nicht die BG's, wer dann?

Zum Abschluß stellt der MSB fest: *„Die vds haben mit ihrer 2. MV den Weg fortgesetzt, auf dem sie sich innerhalb und außerhalb der Hochschulen als kämpferische Interessenvertretung profilierten"*. „Profiliert" haben sich vor allem einige selbsternannte Studentenführer – aber „kämpferisch" ?? Die „Pressemitteilung" des MSB zur MV ist derart dick aufgetragen, daß die Absicht nur zu klar erkennbar wird. Im Namen eines Dachverbandes die MSB-Politik an den Hochschulen mit mehr Autorität auszustatten.

Jusos: Ehrlicher gehen die Juso-Hochschulgruppen in ihrer Pressemitteilung mit den Tatsachen um. Die MV sei zu Ende gegangen, *„ohne daß eine Einigung zwischen den fünf bisher im Vorstand der VDS vertretenen Gruppen hinsichtlich eines gemeinsamen Abschlußdokuments erreicht werden konnte"*. Wahrheitsgetreuer auch die Vollzugsmeldung an den SPD-Parteivorstand, daß die Hauptresolution *„mit einigen unwesentlichen Änderungen auf einen Entwurf der Jugsozialisten-Hochschulgruppen zurückgeht"*.

Sehr deutlich werden die Absichten der Jusos für die Zeit bis zur außerordentlichen MV, wenn sie schreiben, daß sie *„mit dieser Entscheidung* („kommissarische" Aufnahme Ickerts für die BG-Fraktion in den Vorstand/Anm. AK) *deutlich gemacht haben, daß sie kein Interesse haben, undogmatische linke Kräfte, die rund 25% der Stimmen auf der Mitgliederversammlung darstellten, aus dem Verband herauszudrängen"*. Darin kommt die Taktik der Jusos, mit Hilfe von Teilen der BG's den MSB aus der politischen Führung der VDS zu verdrängen, recht deutlich zum Ausdruck.

Abschließend heißt es: *„Für die außerordentliche Mitgliederversammlung rechnen die Jungsozialisten für sich mit einer Vergrößerung der Stimmenzahl"* – wir nicht!

Die **GIM** gibt in ihrer Zeitung „was tun" (Nr. 153) im Wesentlichen nur einen historischen Überblick über die Entstehung der VDS und die gegenwärtige Kräftekonstellation. Zu ihrer eigenen Politik heißt es dann, *„das generelle Vorgehen der BG-Fraktion wurde von uns auf der MV unterstützt"*. Ist uns leider gar nicht aufgefallen. Allerdings: *„Die Schwerpunktsetzung der BG-Fraktion auf die politische Repression wird von uns jedoch kritisiert"*. Im Mittelpunkt müssen nach Ansicht der GIM vielmehr *„Rationalisierung und Effektivierung des Hochschulstudiums"* und die *„Neuorganisierung des Studiums mittels Regelstudienzeit und neuen Studiengängen"* stehen. Klar, man sollte den Studenten bloß nicht mit zu viel Politik kommen!

Der **KSV** *„auf der MV mit einer Fraktion vertreten"* („Rote Fahne" 14/77 – „vergessen" wurde die Stimmenzahl dieser „Fraktion": Null) berichtet (ebenda) stolz, daß *„die Zentrale Leitung des KSV"* ebenfalls eine „Hauptresolution" vorgelegt hatte und nicht nur das; nach unseren Feststellungen hatte der KSV überhaupt die meisten Anträge eingereicht, vorzugsweise zum „Sozialimperialismus". *„In zahlreichen Gesprächen mit Mitgliedern der Basisgruppen, aufgeschlossenen Mitgliedern der Jusos, des LHV, aber auch einzelner ‚gewerkschaftlich orientierter' Asten* (?!) *haben die Genossen des KSV diese Linie* (z.B. *„Verbreiterung der Front gegen die politische Repression in Ost und West"*/Anm. AK) *erläutern und auf großes Interesse sowie teilweise und weitergehende Zustimmung stoßen können"*. (Zitate nach „RF", 14/77) Logisch, wenn die „Zentrale Leitung" das Auslachen als freundliche Zustimmung interpretiert, dann war die Zustimmung riesengroß. Diese Art Zustimmung hatte ja auch die „KVZ" des KBW für sich verbuchen können (siehe AK 102). Leider hat der bayerische KHB bisher noch keine Stellungnahme abgegeben. Schade, schade! In diesem Zusammenhang noch eine ...

Richtigstellung

Im letzten AK ist uns ein bedauerlicher, sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Zum KHB hieß es in einer Anmerkung, dies sei die Studentenorganisation des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP"! Richtig lautet der Name dieser Organisation selbstverständlich „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der AKW's".

Bündniskommission des KB
Gruppe Hamburg

Unruhe in den Basisgruppen

Auf einem Vorbereitungstreffen für die bundesweite Aktion gegen die Relegationen (Universitätsverweise) in Heidelberg am 12.5. wurde auch über den Verlauf der Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) (vgl. AK 102) diskutiert. Vor allem das Verhalten des letztjährigen und auf dieser MV „kommissarisch" bestätigten VDS-Vorstandsmitglieds der Basisgruppenfraktion, Axel Ickert, erregte einige Spontigemüter derart, daß der Stuhl von Ickert arg ins Wackeln gekommen ist.

Zu dem Trick der Jusos, Axel Ickert kommissarisch in den Vorstand aufzunehmen, obwohl sie vorher zusammen mit dem MSB die „Essentials" (unverzichtbare Forderungen) der Basisgruppen abgelehnt hatten, schreibt Ali Schmeißner (Tübingen, jetzt kommissarischer Referent der Basisgruppen) in einem Entwurf für eine Basisgruppenstellungnahme: *„Diese Entwicklung vollzog sich hinter dem Rücken der meisten Genossen der BGs und ist durchaus auf mögliche Absprachen verschiedener BG-Genossen mit den Juso-Hochschulgruppenführern möglicherweise zurückzuführen"*.

Auch die Begründung Ickerts für die Annahme dieses „kommissarischen" Vorstandsposten von Jusognaden stieß auf berechtigte Kritik (im Gegensatz zu den „großen" Unis bräuchten die „kleinen" Fachhochschulen diese Vorstandsvertretung, da sie alleine nicht zurecht kämen).

Hinter diesem Scheinwiderspruch FHS/Uni verbergen sich in Wirklichkeit handfeste politische Widersprüche zwischen der Strömung der „undogmatischen Reformisten", die (zumindest punktuell) immer wieder ein Zusammengehen mit den Jusos anstrebt, und der Strömung innerhalb der BGen, die auf dieser VDS-MV eine „Aktionseinheit" mit MSB/Jusos ablehnte.

Die Übergänge zwischen diesen beiden Lagern sind allerdings fliessend. Gerade weil bisher eine politische Auseinandersetzung innerhalb der Basisgruppen mehrheitlich vermieden wurde (die KB-Studenten waren z. B. wegen des Austragens politischer Differenzen angemacht worden), kann es Leuten wie A. I. gelingen, mit herbeigezogenen Widersprüchen (zwischen Unis und FHS) die eigenen Geschäfte abzusichern. Dabei wird systematisch die Angst der FHS-Vertreter vor dem „Unterbuttern" durch die „großen" Unis geschürt, um die tatsächlichen politischen Widersprüche zu kaschieren.

Wenn sich die Spontis im nachhinein durch Ickert gelinkt fühlen, so ist dies zweifellos berechtigt. Schließlich hatte er noch vor dem Trick mit der „kommissarischen" Postenbesetzung den Spontis auf Befragen ausdrücklich erklärt, er würde ohne Anerkennung der „Essentials" nicht in den Vorstand gehen.

Doch müssen sich die Spontis selbstkritisch fragen, ob sie nicht durch ihre Unterstützung des Pokers mit den „Essentials" dieser Politik Vorschub geleistet haben – zumindest haben sie alle diesbezüglichen Warnungen der KB-Studenten in den Wind geschrieben. Liegt das vielleicht daran, daß sie dem Reformisten Ickert prinzipiell mehr Glauben schenken, als den schrecklichen „K-Studenten"?

Die Widersprüche als politische begreifen

Es ist u.E. höchste Zeit, diese Widersprüche als politische Differenzen zu begreifen und zu behandeln. Wir lehnen es ab, wenn – wie häufig auf BG-Sitzungen während der MV – in Wirklichkeit politische Differenzen als „bürgerliche Verkehrsformen" dieser oder jener Person behandelt werden. Erfahrungsgemäß werden dadurch die realen Gegensätze nur vertuscht und mit dem Mantel der „Einheit der undogmatischen Linken" gedeckt. Genau ein solches Vorgehen deutet sich aber an, wenn Ali Schmeißner in seinem Entwurf (s.o.) schreibt:

„Es wird notwendig sein, innerhalb der nächsten BG-Seminare diesen Vorgang eingehend zu analysieren, um das Spannungsfeld zwischen den Prinzipien sozialistischer Politik einerseits und den bürgerlichen Handlungsformen, die offenbar (?) in einem solch bürgerlichen Dachverband zum bestimmenden (!) Moment werden, kollektiv auszuloten und daraus eine kollektive Linie für Strategie und Taktik zu entwickeln, die es der BG-Fraktion ermöglicht, in ihrer Eigenständigkeit Einfluß auf die weiteren Entscheidungen zu nehmen".

Ebensogut könnte man die Politik beispielsweise Helmut Schmidts damit entschuldigen, daß er nun mal in einem bürgerlichen Staat zu bürgerlichen Unterdrückungsmethoden „gezwungen" sei, wie das manche Jusos tun. Nein, Genossen der Basisgruppen, laßt uns die unterschiedlichen politischen Positionen diskutieren, den gemeinsamen Nenner für eine linke Politik in den VDS in Opposition zu den vorherrschenden bürgerlichen Strömungen finden, und auf d e r Grundlage unseren Vertreter in den Vorstand schicken. W i r halten A. I. dafür nicht für geeignet, nicht zuletzt aufgrund der Vorfälle auf der letzten MV. Dabei ist es uns scheißegal, ob er diese bürgerlichen Praktiken möglicherweise im bürgerlichen Dachverband VDS gelernt hat.

Was würden die Spontis wohl sagen, wenn sich ein Vertreter des KB so wie Ickert verhalten hätte Und nachher als Entschuldigung angefügt hätte der VDS sei halt so ein bürgerlicher Verein?!

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF haben wir den Spontis in ihrem Verhalten gegenüber A. Ickert Inkonsequenz vorgeworfen. Wir sind gespannt, ob es angesichts der bösen Angriffe des KB auf A.I. wiederum zu einer Verbrüderung aller „Undogmatischen" kommen wird.

Basisgruppen-Chef mauschelt weiter

Und wie! Nachdem uns schon beim Lesen der „FR"-Meldungen über A. Ickerts Stellungnahme zur letzten VDS-Mitgliederversammlung reichlich mulmig gewesen war, wir aber eine mißverständliche Wiedergabe seiner Äußerungen durch die Presse nicht ausschließen mochten, liegt uns nunmehr eine Pressemeldung des Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes (ppp) vor, die ihn in sehr eindeutiger Weise zitiert. Dort heißt es (ppp, 30. 3.): *„In einer ersten Erklärung nach der VDS-Mitgliederversammlung stellt Axel Ickert, Basisgruppen-Mitglied im VDS-Vorstand, die Juso-Hochschulgruppen als* ‚verläßlichen Faktor' *heraus. Die* ‚hemmungslose Machtpolitik' *des MSB Spartakus werde* ‚drastische Folgen' *haben"*.

Logisch, daß der (sozialdemokratische!) Pressedienst daraufhin gute Chancen für ein Bündnis Jusos, LHV, Basisgruppen in den VDS sieht, was sozusagen auch der „Geheimtip" von A.I. ist. Trotzdem täuscht sich die SPD, die mit diesem „Schachzug" die politische Führung der VDS durch die Jusos anstrebt. A. Ickert hat mit diesen Äußerungen klar gegen die Beschlüsse der BG-Fraktion verstoßen. Ganz im Gegensatz zu Ickerts großem Lob für die „verläßlichen" Jusos (ein totaler Alleingang!) wurde von der BG-Fraktion ein Zusammengehen mit den Jusos abgelehnt und stattdessen eine selbständige Politik in den VDS befürwortet. Ickert bestätigt durch sein Verhalten selbst, daß der Aufbau einer solchen linken Alternative zur herrschenden politischen Geschäftemacherei in den VDS im Widerspruch zu seiner „Tätigkeit" im VDS-Vorstand steht.



Automobilindustrie:
Preiserhöhungen und Riesenprofite

Am 28.3. erhöhte der VW-Konzern die Preise für seine Produkte um durchschnittlich 3,9%. Nur wenige Tage später zogen Ford und Opel mit einer Preiserhöhung von ebenfalls 3,9% nach.

Diese Preiserhöhungen müssen vor dem Hintergrund eines sagenhaften Automobilbooms gesehen werden, der ständig neue Höchstmarken in Produktion und Absatz erreicht. Allein der VW-Konzern kann sich vor Aufträgen kaum retten. Der VW-Chefverkäufer in Hannover staunte: *„Solange ich Autos verkaufe, hat es so etwas noch nie gegeben. Wir haben allein im Januar den Bestand von drei Monaten verkauft"* („Spiegel", 16/77). VW-Chef Schmücker bezeichnet die westdeutschen Autokäufer als „VW-wild". Der Konzern liegt mit 125.000 in der BRD verkauften Autos um 35,5% über den ersten beiden Monaten 1976. Die Lieferzeit für Golf und Audi erhöhte sich auf vier bis fünf Monate.

Mit ähnlichen Superlativen kann auch Ford aufwarten: Mit rund 44.000 im März verkauften Autos
bis fünf Monate.

Mit ähnlichen Superlativen kann auch Ford aufwarten: Mit rund 44.000 im März verkauften Autos stellten die Ford-Verkäufer den absoluten Monatsrekord des Hauses ein. Ebenso wie bei Ford wird auch bei Opel seit Monaten mit Sonderschichten an der Grenze der Kapazitäten gearbeitet.

Als völlig lächerlich hat sich bei der Preiserhöhung von Ford, Opel und VW einmal mehr das Bundeskartellamt erwiesen. Noch Anfang März drohte das Amt mit dem Erlaß einer „Einstweiligen Anordnung" für den Fall von Preiserhöhungen. Die drei Konzerne, die allein 65% des Mittelklasse-Marktes kontrollieren, wurden der mißbräuchlichen Ausnutzung marktbeherrschender Stellungen verdächtigt! Die tatsächlich vorgenommenen Erhöhungen wurden vom Kartellamt jedoch als „nicht offensichtlich mißbräuchlich" bezeichnet und von „Einstweiliger Anordnung" war nicht mehr die Rede.

Natürlich hat auch die Bundesregierung keine Einwände gegen die Preiserhöhung. Sie hält diese für *„gesamtwirtschaftlich noch vertretbar und der Marktlage angemessen"* („Frankfurter Rundschau", 29.3.).

Für 1977 erwarten die westdeutschen Automobilkonzerne erstmals die Überschreitung der Vier-Millionen-Marke bei der Jahresproduktion von Kraftfahrzeugen. Die Konzerne gehen davon aus, daß sie ihre Produktion gegenüber 1976 noch steigern können. Dabei konnten die Automobilkapitalisten bereits 1976 Rekordgewinne und -umsätze verzeichnen. Noch im alten Jahr versprach Schmücker den VW-Aktionären: Er werde 1976 die aufgelaufene Verlustmilliarde aus der Bilanz wischen.

Ford und Opel überwiesen Rekordüberschüsse an die US-Konzerne. Der US-Multi General Motors (Opel) berichtete den Supertransfer: 291 Mio. Dollar – fünfmal mehr als 1975!

Die Bayrischen Motorenwerke AG (BMW) schwimmen ganz oben auf der Woge des weltweiten Autobooms („Handelsblatt", 21.2.). Der Konzern konnte seinen Umsatz 1976 um 29% auf 3,9 Mrd. Mark ausdehnen. BMW wird dadurch zwei Jahre hintereinander seinen Umsatz um 30% ausweiten!

Die Bilanz des Daimler-Benz-Konzerns ist „goldgerändert", wie die bürgerliche Presse zutreffend schreibt. Vorstandsvorsitzender Zahn erwartet für das abgelaufene Geschäftsjahr *„ein gutes Ergebnis, das voraussichtlich über jenem des Vorjahres liegen wird"* („SZ", 20.1.). Schon im Jahr 1975 war der offiziell in der Bilanz ausgewiesene Jahresüberschuß um 15% auf 310 Mio. Mark gestiegen.

Selbst die kleinste westdeutsche Automobilfirma, die Porsche AG, kann in Rekorden schwelgen. Im Geschäftsjahr 1975/76 hat das Unternehmen seine Verkaufszahlen um 135% auf 20.367 hochgetrieben, wodurch sich der Umsatz mehr als verdoppelte (519 Mio. Mark). In diesem Tempo soll es weitergehen. Für das laufende Geschäftsjahr zeichnet sich ein Absatz von 35.000 Stück und ein Umsatz von etwa 900 Mio. Mark ab. Für die beiden Eigentümerfamilien Porsche und Piech fielen dabei fünf Millionen Mark als Dividende ab.

Durch „Schrumpfen" zum Rekordprofit

Durch „Schrumpfen" zum Rekordprofit

Welches Ausmaß der Aufschwung in der Automobilbranche inzwischen erreicht hat, wird an einem Zweijahresvergleich deutlich. *„Von Februar 1975 bis Februar 1977 kletterte die deutsche Automobilproduktion um mehr als 63%. Auf ebenfalls über 60% beläuft sich die Zuwachsrate im Export"* („FR", 19.3.). Darüberhinaus ist ein Rückblick auf die frühen 70-er Jahre notwendig, weil in dieser Zeit die Voraussetzungen für den gigantischen Boom geschaffen wurden.

Anfang der 70-er Jahre standen die westdeutschen Autokapitalisten unter starkem ausländischen Druck. Vor allem die US-Kapitalisten führten eine rigorose Produktionsschlacht und vergrößerten ihre Marktanteile. So gelang es Opel (erstmals Anfang 1972 mit Neuzulassungen), VW auf dem westdeutschen Markt zu überholen. In dieser Situation setzten die westdeutschen Autokapitalisten die Ausschaltung der inländischen Konkurrenz durch. BMW und Daimler-Benz arbeiteten in der Forschung und der Produktionsabsprache zusammen. Nach der Pleite von Borgward, dem Aufkauf von Glas durch BMW und NSU durch Auto-Union, gibt es neben Daimler nur noch den VW-Konzern, dem Audi-NSU gehören und der mit Porsche eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft unterhält.

Besonders der VW-Konzern verfolgt extrem expansive Ziele. Ein VW-Werk in Brasilien wurde errichtet, was hierzulande 10.000 Arbeitsplätze kostete, weil die Produktion ausgelagert wurde. Dazu wurde ein etwas kleineres Werk in Nigeria gebaut, das nur zur Montage der Autos dient. Zur Zeit wird das wohl größte Auslandswerk in den USA gebaut. „Emden geht nach USA", das trifft für die Maschinen zu, die Arbeiter aber bleiben hier und werden arbeitslos. Im VW-Werk Kassel wurde die Belegschaft seit Januar 1975 um 2.500 auf 13.800 Arbeiter reduziert. „Schrumpftoni" Schmücker will offensichtlich in Kassel die Schallmauer von 10.000 Beschäftigten nach unten durchstoßen. 20.000 waren es einmal!

Insgesamt wurden in den letzten Jahren allein bei VW etwa 30.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die spektakulären Maßnahmen sind zwar zur Zeit vorbei, es werden keine Aufhebungsverträge mehr gemacht, aber die Entlassungen gehen weiter und werden auch in Zukunft das Bild der westdeutschen Automobilindustrie beherrschen. Verstärkter Ausbau der ausländischen Töchter des VW-Konzerns und Kapitalexport, darauf setzen die Konzernherren.

Im Augenblick verhandeln die VW-Bosse mit dem Irak. Hier soll ein Montagewerk schlüsselfertig geliefert werden, das in der Endstufe 50.000 Wagen monatlich produziert. Auch mit dem faschistischen Schah-Regime wird über den Bau eines Werkes verhandelt.

Äußerst attraktiv scheint für den VW-Konzern auch der mittlere Osten zu sein. Der ägyptische Minister für Industrie Issa Abdelhamid Schahin teilte mit, daß die VW-Bosse ihm ein neues Angebot über die Produktion „eines volkstümlichen Wagens" gemacht haben, das in Kairo gegenwärtig genauer durchgeplant wird.

In Kooperation mit der MAN soll in Algerien 1979 mit der Produktion von Nutzfahrzeugen begonnen werden. Innerhalb von 10 bis 12 Jahren sollen hier drei große Fabriken entstehen, die neben dem Kfz-Bau auch Ersatzteile liefern. Der Auftrag soll MAN und VW etwa 8 Milliarden Mark einbringen.





Schmücker hat gut lachen. Rationalisierung im Inland und verstärkter Kapitalexport, dazu überall Verschärfung der Arbeitshetze. Der Profit ist für die nächsten Jahre gesichert.

Eugen Loderer: „Jetzt kommt es auf die Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen an"

Dafür hat sich der IG Metall-Vorsitzende auf einer Arbeitstagung von Betriebsrats- und Vertrauenskörpervorsitzenden der Automobilindustrie ausgesprochen. Nach seiner Meinung ist dies Ziel erreicht, *„wenn die Belegschaftsstärke in der Automobilindustrie nicht wesentlich über den Stand hinauswächst, der bei mittlerer Absatzlage benötigt werde. Unter dieser Voraussetzung sei mit Recht zu fordern, daß sie dann bei einer verschlechterten Konjunkturlage auch nicht wesentlich verringert werde"* („Metall", 2/77).

Einfach gesprochen heißt dies: Wenn wenige eingestellt werden, dann können später auch nur wenige rausfliegen! Logisch, nur mit sicheren Arbeitsplätzen hat dies nichts zu tun. Tatsächlich hat sich Loderer damit für Sonderschichten und gegen Neueinstellungen ausgesprochen. Deutlich wird dies an der Politik des VW-Betriebsrats. *„Die Frage, ob man Sonderschichten nicht zustimmen und dafür Einstellungen verlangen solle, hänge von verschiedenen Faktoren ab. Bei VW sei der Gesamtbetriebsrat nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß es vertretbar sei, in Zeiten der Hochkonjunktur an dem einen oder anderen Sonnabend zu arbeiten"* („Metall", 2/77).

Loderer hat sich damit auch gegen den einzig nennenswerten Widerstand, der dem Automobilboom bisher von gewerkschaftlicher Seite entgegengebracht wurde, ausgesprochen. Aufgrund von Protesten durch die Belegschaft lehnten die Betriebsräte von Opel Bochum und Opel Rüsselsheim vier für September und Oktober 76 geplante Sonderschichten ab. Verbunden wurde die Ablehnung mit der Forderung nach Einrichtung eines Kurzarbeiterfonds. Die Betriebsräte scheiterten jedoch in der Einigungsstelle. Erreicht wurde lediglich eine begrenzte Arbeitsplatzgarantie. Danach wurde auch dieser Widerstand aufgegeben zugunsten Loderers Personalpolitik der „mittleren Linie".

Mit seiner Zustimmung zu den Sonderschichten setzt der IG Metall-Chef seine in der Krise betriebene Politik konsequent fort. Im VW-Aufsichtsrat hatte Loderer 25.000 Ent-
Sonderschichten setzt der IG Metall-Chef seine in der Krise betriebene Politik konsequent fort. Im VW-Aufsichtsrat hatte Loderer 25.000 Ent-
lassungen ebenso zugestimmt wie dem Bau eines Montagewerkes in den USA, was er als Beweis kennzeichnete, daß die *„Arbeitnehmervertreter bereit sind, auch unternehmerische Verantwortung in der Mitbestimmung zu übernehmen"* („Bremer Nachrichten", 26.4.76).

Mit seiner Zustimmung hat Loderer entscheidend dazu beigetragen, daß es den VW-Konzernherren ohne größere Schwierigkeiten gelang, ihre Entlassungs- und Expansionspläne durchzusetzen, die die Voraussetzung für den jetzigen „Aufschwung" waren.

Fest steht auch, daß an dieser Politik in der nächsten Automobilkrise festgehalten wird. Widerspruchslos propagiert der „Gewerkschafter" die für diesen Fall von der EG-Kommission vorgesehenen Ratschläge: *„Weitere Konzentration der europäischen Automobilindustrie, Erhöhung der Produktivität verbunden mit der Vernichtung von mehreren 100.000 Arbeitsplätzen"* („Gewerkschafter", 3/77).

Ob Loderer dann immer noch die Frechheit besitzt zu behaupten, daß *„Arbeitslosigkeit und Ungewißheit keine Naturereignisse der Marktwirtschaft sind, sondern Zeugnis mangelnden Gestaltungswillens"* (Gewerkschafter", 2/77)?

Großes Aufsehen hat der Antrag nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden der Kollegen von Opel Rüsselsheim an den IG Metall-Gewerkschaftstag erregt. Ein entsprechender Beschluß wurde auf der letzten Betriebsversammlung einstimmig gefaßt.

Trotz dieser Einstimmigkeit ist aber Vorsicht geboten, denn von den Gewerkschaftsführern werden Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung benutzt, um vom Kampf gegen Sonderschichten und Entlassungen abzulenken.

Für die Automobilarbeiter gilt deshalb, sowohl gegen Rationalisierung, Entlassungen und Sonderschichten den Kampf aufzunehmen, als auch mittels Arbeitszeitverkürzung gegen die ständig steigende Arbeitshetze sich zur Wehr zu setzen. Dabei müssen sich die Kollegen von „Arbeitervertretern" trennen, die sie in der Vergangenheit echt verraten und die dies auch für die Zukunft vorhaben.

Metall-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

METALL

100 Jahre Blohm & Voss – kein Grund zum Feiern!

Hamburg. Am 5. April luden die B & V-Kapitalisten zur 100-Jahr-Feier ihrer Werft ein. Gefeiert werden sollte eine Firmengeschichte, die wahrlich nicht jeder Kapitalist vorweisen kann ...

– Da ist erst einmal der Chef – der ‚alte' Blohm – selber. 1931 beteiligte er sich an der „Harzburger Front", die wesentlich die NSDAP mitfinanziert hat. Über diesen sauberen Herrn schrieb die „Hamburger Volkszeitung" 1955: *„Der Krupp von Hamburg kam 1933 in den preußischen Staatsrat und wurde ein Jahr später Abteilungsleiter der ‚Reichsgruppe Industrie'. 1937 belohnte Hitler ihn für seine Verdienste um die Kriegsvorbereitungen mit der Ernennung zum ‚Wehrwirtschaftsführer' ".*

– Daß Blohm & Voss Jahrzehnte die größte Werft Europas war, verdankt sie fast ausschließlich der Kriegsproduktion. B & V war hauptsächlicher Produktionsbetrieb der deutschen Flotte. Allein im I. Weltkrieg wurden 98 U-Boote (im II. Weltkrieg 238) gebaut.

An dieser alten Tradition wurde bis heute festgehalten. Mit der Aufhebung des Produktionsverbots nach dem II. Weltkrieg 1954 wurde auch planmäßig die Rüstungsproduktion wieder aufgenommen und intensiviert. Heute ist sie bereits wieder ein eigener großer Produktionszweig, der sich von Fertigteilen für verschiedene Panzertypen bis zum vollständigen Bau von Kriegsschiffen erstreckt.

– Mit welcher Rücksichtslosigkeit und Brutalität die Ertragslage der Werft hochgehalten wurde, zeigt wohl am anschaulichsten die Einrichtung einer Nebenstelle des KZ Neuengamme auf dem Werksgelände im Jahr 1943, wo in dieser Zeit 419 Häftlinge unter grausamsten Bedingungen arbeiten mußten. Viele der Häftlinge und Zwangsarbeiter starben an Mißhandlungen, Unterernährung und Unfällen. Das SS-Wirtschaftsverwaltungsamt berechnete die Lebensdauer dieser Zwangsarbeiter mit neun Monaten. Jeder, der sich gegen die Kriegsproduktion stellte, wurde an die Nazis ausgeliefert. So bezahlten noch 1945 elf Arbeiter für ihre aktive antifaschistische Haltung mit ihrem Leben. Dies wirft gleichzeitig ein Schlaglicht auf die enge Verfilzung zwischen Geschäftsleitung und Nationalsozialismus!

– In Punkto Arbeitssicherheit kann B & V ebenfalls ein – allerdings trauriges Jubiläum feiern. Es sei hier nur an die Kesselexplosion im Januar 1976 erinnert, bei der 27 Arbeiter getötet wurden. Auch hier wird an alter Tradition angeknüpft: So verunglückten allein im Zeitraum 1914 bis 1918 durch die mit der Rüstung einhergehende Arbeitshetze 250 Arbeiter tödlich!

Von alledem war bei der großen Feier natürlich nichts zu hören. Kanzler Schmidt jubilierte stattdessen, daß *„Wertarbeit, Präzision, Gediegenheit* (!), *Erfindungsgabe* (!!) *und Zuverlässigkeit Blohm & Voss in den letzten 100 Jahren ausgezeichnet hat ...* "

Anschließend sprach er noch vom bekannten 2,4 Milliarden-DM-Fregattenauftrag und stellte den B & V-Kapitalisten einen großen Happen davon in Aussicht. Man wird also weiter im (Rüstungs-) Geschäft bleiben.

Das bei dem als ‚Volksfest' offerierten Jubiläum die wenigsten der Anwesenden B & V-Kollegen waren, lag bestimmt nicht am schlechten Wetter. Zu offensichtlich war hier: Diese Feier ist nur für Profitgeier!

Blohm & Voss-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

»Sozialplan« bei Felten & Guilleaume

Köln: Nur wenige Wochen nach der Ankündigung der Entlassung (siehe AK 101) von 976 Kolleginnen und Kollegen des Kölner Kabelwerks Felten & Guilleaume (F&G) sind diese jetzt beschlossene Sache: Der „neutrale" Vorsitzende der Einigungsstelle, der Bonner Arbeitsgerichtsdirektor Dr. von Altrock, stimmte in fast allen Punkten dem von den F&G Kapitalisten vorgelegten Entlassungspaket zu. Für die Kollegen bedeutet das Rausschmiß, Arbeitslosigkeit und ein „Sozialplan", der je nach Alter und Betriebszugehörigkeit höchstens 14,7 Monatsgehälter einbringt. Dem „Sozialplan" stimmten auch die beiden Betriebsräte und der 2. Bevollmächtigte der IG Metall zu.

Hieß es vom 2.Bevollmächtigten der IGM Theo Röhrig vorher noch: *„Wir leisten Widerstand und werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen"* („Metall", 6/77), sagte dieser gleiche Röhrig nach Abschluß vor der Einigungsstelle: *„Hier müssen die Arbeitnehmer 1977 das ausbaden, was einige Jahre zuvor das Mißmanagement verursacht hat. Da kann auch die Einigungsstelle nicht mehr viel retten"* („Welt der Arbeit", 8.4.77).

Die übliche Politik der IGM-Führung: Erst wird den Kollegen mit großen Sprüchen und kleinen Protestaktionen vorgegaukelt, man könne noch etwas verhindern, wobei die IGM-Führung sich selbst gern an die Spitze von Aktionen stellt. Ist das Kind dann in den Brunnen gefallen, haben IGM-Führer und Betriebsräte noch das „Beste" herausgeholt: *„Sicherlich gibt es in anderen Fällen Sozialpläne mit mehr Substanz. Doch für Betriebsratschef, Benno Feckler, 'war dies das Optimum, was bei der gegenwärtigen Situation zu erreichen war'"* („WdA",8.4.77).

Für die Kollegen bedeutet ihr Rausschmiß, jetzt zu den 22.000 Arbeitslosen in Köln zu gehören, wo die Arbeitslosenquote eh schon 6,3% beträgt.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

die Arbeitslosenquote eh schon 6,3% beträgt.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Ich warne Sie vor dieser Frau, sie ist eine

„Ich warne Sie vor dieser Frau, sie ist eine linksradikale Kreatur und außerdem lesbisch!"

Monika Herzig, Vertrauensfrau und Fließbandarbeiterin bei Pierburg in Neuss, wurde vor ca. vier Monaten unter Hausverbot fristlos gekündigt, weil sie auf einer Betriebsversammlung ein 13. Monatsgehalt und Verbesserungen am Arbeitsplatz gefordert hatte. Ein Prozeß gegen die Pierburg-Kapitalisten wurde von ihr im Dezember vor dem Landesarbeitsgericht in 2. Instanz gewonnen. Eingestellt wird sie trotzdem nicht, denn sie wurde nachträglich fristgerecht zum Urteil gekündigt, wegen „permanenter Arbeitsverweigerung". Diese Kündigung hat sie nicht zuletzt dem Arbeitsrichter Dr. Beseler zu verdanken. der in seinem Urteil aus der 1. Instanz schrieb: *„Die Kammer brauchte nicht zu prüfen, ob die Klägerin Herzig seit der Betriebsversammlung von 30.9.76 bewußt ihre Arbeitsleistung zurückgehalten hat, indem sie vorzeitig Pausen begonnen hat oder nach der Pause verspätet ihre Arbeit wieder aufgenommen hat. Dieses Verhalten der Klägerin hätte möglicherweise eine ordentliche Kündigung rechtfertigen können, nicht eine fristlose!"*

Die Kollegin ist bei der Einstellung in einem anderen Betrieb abgelehnt worden, da man Informationen der Pierburg-Personalabteilung (siehe Überschrift !) eingeholt hatte.
(nach „ID", 5.2.77)

Frauen kämpfen erfolgreich gegen Leichtlohngruppen

Vierzehn Frauen aus dem Elektrofeinmotorenwerk Groschopp, Mönchengladbach, haben erfolgreich gegen die Einstufung in die Leichtlohngruppe II = 82 % vom Facharbeiterlohn geklagt.

Sie erreichten die Einstufung in die Leichtlohngruppe 4 mit immerhin 65 Pfennig/Stunde mehr und außerdem 3000 DM Nachzahlung.

Die Frauen müssen wesentlich Drähte löten und zumindet diese Arbeiten sind lt. Gericht *„ mit mehr als nur geringen körperlichen Belastungen verbunden"*. Weiter heißt es im Urteil: *„Die Lohngruppen 1 und 2, in denen nur Arbeiten mit geringen körperlichen Belastungen verrichtet werden, sind ausschließlich für Arbeitnehmer geschaffen, die nur geringen körperlichen Belastungen gewachsen sind oder die nur solche geringen Belastungen in Kauf nehmen wollen"* („Metall", Nr. 7/77).

Wenn sich auch dieses Urteil nicht generell gegen die diskriminierenden Frauenlohngruppen ausspricht, bietet es doch eine gute Möglichkeit für die Frauen gegen die miserable Einstufung vorzugehen und auch die IG Metall-Führung beim Wort zu nehmen.

Konkrete Auswirkungen wird das Urteil für weitere 100 Kolleginnen von Groschopp haben, die notfalls auch vor Gericht ziehen wollen.

Eine Metallgenossin

Verfassungsschutz schnüffelt überall!

Hamburg. Die Bürogehilfin F. wurde trotz bester Zeugnisse duch Vorgesetzte von der Fa. Anton Kaeser plötzlich gekündigt und sofort beurlaubt. Grund: Der Mann der Bürogehilfin sei Mitglied der DKP!

Aufgedeckt werden konnte in diesem Zusammenhang, wie reibungslos inzwischen die Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (wohl nicht nur in Hamburg) läuft. Die Kapitalisten brauchen lediglich auf vorgedruckten Formularen die Personalangaben eintragen, um aus der Computer-Kartei des Landesamtes die gewünschte Auskunft zu erhalten.

Daß es – wie im obengenannten Fall – bereits ausreicht, daß der M a n n Mitglied in einer dem Kapitalisten nicht genehmen Partei ist, zeigt, daß die Berufsverbotepraxis heute schon Sippenstrafe ist.

„Die Hamburger Innenbehörde erklärt, die auch in anderen Firmen praktizierte Überwachung aller Neueinstellungen dann für Rechtens und notwendig, wenn der Betrieb, wie angeblich auch die Firma Kaeser, ‚verteidigungswichtige Anlagen' herstelle" („Metall", 7/77).

Schlimm genug, daß die Überwachung in Rüstungsbetrieben erfolgt; aber dies ist der Klimatechnikbetrieb Kaeser ja nicht einmal. Die Firma hat darüber hinaus weder Pförtner noch Werkschutz, so daß jeder unbehelligt ein- und ausgehen kann.

Bleibt noch zu erwähnen, daß die Bürogehilfin den ersten Kündigungsschutzprozeß gegen die Entlassung gewonnen hat, worauf Kaeser sofort eine zweite Kündigung nachschob. Diese wird gegenwärtig noch vor dem Arbeitsgericht verhandelt.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Kaufhalle forstet wieder durch

Hamburg. Zwei Fälle der sogenannten „unternehmerischen Freiheit" gegenüber Kolleginnen sind derzeit in der Kaufhalle-Hamburg bekannt geworden.

In dem ersten Fall warf man von seiten der Geschäftsleitung einer Kollegin „verbotene parteipolitische Betätigung" vor und erteilte ihr einen Verweis (mit der Androhung einer fristlosen Kündigung). „Vorgefallen" war konkret, daß man sich im Kollegenkreis über die miesen Arbeitsbedingungen als Verkäuferin unterhalten hatte und zu dem Schluß kam, bei einer Bezahlung von 600 bis 900 DM im Monat sich nicht kaputt zu machen. Solche Diskussionen sollen nunmehr verboten sein. Von der Geschäftsleitung wurde auch noch behauptet, daß diese Gespräche dazu geführt hätten, daß eine Kollegin gekündigt habe.

Der tollste Vorwurf ist aber, daß einige Kolleginnen einen Artikel über verbotene Krankenbesuche durch die Geschäftsleitung ans schwarze Brett heften wollten. Der Artikel stammte aus der Gewerkschaftszeitung PRO und berichtet von einem gewonnenen Prozeß einer Frau, die von ihrer Geschäftsleitung während ihrer Krankheit aufgesucht worden war (ähnliches geschah in der Kaufhalle). Selbstverständlich wurde vorher der Betriebsrat eingeschaltet. Dieser lehnte den Aushang ab (der Betriebsratsvorsitzende ist nebenbei bemerkt im Fachgruppenvorstand der Gewerkschaft HBV).

Nichtsdestotrotz ist der alleinige Wille, so etwas aushängen zu wollen, verbotene „ parteipolitische Betätigung"!

In einem zweiten Fall beschwerte sich eine Kollegin über zu geringe Bezahlung. Ihr wurden zwei Vorschläge unterbreitet: Sie kann eine Ausbildung als „Vorgesetzte" mitmachen, bekommt allerdings dann einen Zeitvertrag von 10 Monaten (!). Oder aber sie soll kündigen.

Es ist ziemlich klar, was in beiden Fällen Erreicht werden soll: Einschüchterung und Unterdrückung jeglichen Protestes.

Handels-Zelle
KB / Gruppe Hamburg



Betriebsrat Iduna Leben:
Die Geschäftsleitung hat immer recht

Betriebsrat Iduna Leben: Die Geschäftsleitung hat immer recht

Hamburg. Die rechte Mehrheitsfraktion des Betriebsrates (BR) der Iduna Lebensversicherung war sich wieder einmal einig. Die Geschäftsleitung beantragte für eine Abteilung Überstunden, man genehmigte sie mehrheitlich (wie man es schon immer tat).

Die Abteilung muß Überstunden schieben, weil sie einen großen Teil der Arbeiten einer Geschäftsstelle übernehmen muß; zwar laufen seit Januar 1977 sog. Personalanforderungen, diese wurden jedoch bis heute verschleppt.

Der Gesamtbetriebsrat der Iduna und der Betriebsrat der Iduna Allgemeine legten dem BR der Lebensversicherungsgesellschaft dar, daß die Geschäftsleitung dabei ist, die Geschäftsstelle auszutrocknen. Und daß aus diesem Grund einer Überstundenanordnung nicht zugestimmt werden darf, sonst werde die Kündigung mehrerer Kollegen einer Filiale mit vorangetrieben.

Der Leben-BR holte sich daraufhin einen kompetenten Mann, den Abteilungsleiter der Arbeitsgruppe. Dieser sagte, daß alles erlogen wäre, in der Geschäftsstelle sei man glücklich, wenn hier die Arbeit übernommen werde etc. pp. Daraufhin wurden die Überstunden mit den Stimmen von zwei Betriebsräten der HBV-Betriebsgruppe (u.a. Müller-Weymann) genehmigt.

Zwei besondere Bonbons sind dabei zu beachten:

a) Der „Deutsche Handlungsgehilfen-Verband" (DHV – eine recht schwärzliche „Gewerkschaft") hat gegen den Vorsitzenden des Betriebsrates der Leben ein Amtsenthebungsverfahren wegen mehrerer Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz eingeleitet. Der DHV ist mit einem Mitglied im BR vertreten.

Nun ist der BR-Boß Fechner wahrlich einer der größten Gauner im BR, doch es wäre weit gefehlt, zu glauben, die DHV wäre besser. Der o.g. Überstundenregelung stimmte der DHV-BR natürlich zu, ebenso einer generellen „Lösung" des leidigen Problems: Erklärtermaßen weigert sich die Geschäftsleitung, genehmigungspflichtige Überstunden vom Amt für Arbeitsschutz genehmigen zu lassen. Anstatt nun von seiten des BR Überstunden abzulehnen, soll die Geschäftsleitung nur aufgefordert werden, die Genehmigung einzuholen, ansonsten will man sich nicht weiter darum kümmern (nach dem Motto: Ich muß die Schinderei ja nicht machen!).

Auch hier ist der DHV in einer Reihe mit DAG'lern wie Fechner.

b) Die Rechtsaußen der HBV-Betriebsgruppe Iduna (Müller-Weymann u.a.) können es aber genauso gut. Nach außen hin wurde in Flugblättern der Betriebsgruppe im Februar z. B. schärfstens gegen die Überstunden-Praktiken protestiert, im Flugblatt vom März wurde die Amtsenthebung mit vorbereitet („Fechner soll zurücktreten"). Verschiedene Schweinereien des BR-Boß wurden dargestellt, doch in den Sitzungen bestand dann wieder die große Einheit: Der Antrag fortschrittlicher Betriebsräte, die Überstunden zu verweigern, wurde abgelehnt.

Besonders das Verhalten dieser rechten HBV'ler hat inzwischen einiges an Staub aufgewirbelt. Spontan wollten mehrere bisher in der DAG organisierte Kolleginnen und Kollegen zur HBV-BG kommen. Es liegt im Interesse der aktiven Kollegen, daß die Tage der HBV-Rechten im Betriebsrat langsam zu Ende gehen.

Iduna-Zelle
KB/ Gruppe Hamburg

ÖTV

Maulkorberlaß für Fluglotsen

Der Präsident der Bundesanstalt für Flugsicherung (BfS), Heinz Voss, hat den westdeutschen Fluglotsen einen Maulkorberlaß auferlegt. Er wirft dem Flugsicherungspersonal vor, sie hätten Piloten dazu gedrängt, Meldungen über Beinahe-Zusammenstösse zu erstatten, obwohl dies *„von den Piloten wohl weitaus weniger kritisch beurteilt worden wäre"* („Frankfurter Rundschau", 6.4.77).

Mit dem Hinweis auf die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit untersagt er, solche Vorfälle wie Beinahe-Zusammenstöße öffentlich bekannt zu machen. Wörtlich schrieb der BfS-Präsident:

„Ich habe in letzter Zeit wiederholt feststellen müssen, daß Informationen über dienstliche Belange, ja sogar Unterlagen über betriebliche Vorkommnisse an die Presse gelangten, ohne daß hierfür eine Genehmigung eingeholt worden wäre. Diese Verhaltensweise eines bestimmten Personenkreises steht im krassen Widerspruch zu § 61 des Bundesbeamtengesetzes, wonach Beamte auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses über die ihm bei seiner amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren hat" („FR", 6.4.).

Zu dieser Interpretation des Beamtengesetzes sagte der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Flugleiter, Wolfgang Kassebohm, daß *„nur ein Teil des Paragraphen wiedergegeben wurde. Es heißt darin nämlich weiter, dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen"* („Hamburger Morgenpost", 5.4.).

Der Grund für diesen Maulkorberlaß liegt darin, daß Piloten und Fluglotsen schon seit Jahren die Verbesserung der Flugsicherung fordern, ohne daß staatliche Stellen bisher dazu etwas gemacht haben.

In der BRD gab es im vorigen Jahr 221 (!) bekanntgewordene Beinahe-Zusammenstöße. Bei zwei Zusammenstößen mit Militärmaschinen kamen sieben Menschen in Privatflugzeugen ums Leben. Über diese Vorfälle gab die BfS keine Detail-Information an die Öffentlichkeit. *„Nicht einmal über die beiden Zusammenstöße des vorigen Jahres gibt es bisher einen Untersuchungsbericht"* (Fluglotse Hans Stang, laut „Hamburger Abendblatt", 6.4.).



Fluglotsen — sie haben den Überblick und sollen dennoch nichts sagen dürfen

Da sich in absehbarer Zeit an diesen Zuständen nichts ändern wird, soll mit diesem Maulkorberlaß die öffentliche Diskussion unterdrückt werden. Daß es zu einem Zusammenstoß vollbesetzter Passagiermaschinen über der BRD kommen kann, scheint die staatlichen Stellen nicht zu interessieren. Wahrscheinlich schieben sie dann noch die Schuld auf die Lotsen wegen „menschlichen Versagens".

Mit dieser Politik der BfS werden Tote durch Flugzeugunfälle zumindest in Kauf genommen und objektiv geradezu vorausprogrammiert. Den Lotsen droht die Entlassung, praktisch ein Berufsverbot, wenn sie diese Methoden nicht mitmachen werden und weiterhin Informationen über die katastrophale Situation der Flugsicherung geben: *„Wenn ich jemanden erwische, der Dinge weitergibt, dann wird er entlassen"* (W. Philipp, Vizepräsident der BfS, „Hamburger Abendblatt", 5.4.).

Im Kampf gegen diesen neuen Maulkorberlaß haben sich sofort die Piloten von der „Vereinigung Cockpit" solidarisiert. Sie werden weiterhin die Informationen und ihre Kritik öffentlich bekanntgeben.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV-Führer und Senat mit Polizeigewalt gegen Demonstranten

Hamburg. Wie die Führung der Gewerkschaft ÖTV mit Mitgliedern, die Protest an den skandalösen Tarifabschlüssen, speziell der darin enthaltenen Kürzung der Praktikanten-Gehälter um 10% (siehe AK Nr. 101), umspringt, mußten am 6.4. ca. 60 Berufspraktikanten und Studenten des Fachbereiches Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg erfahren.

Als sie nämlich mit Transparent, Sandwiches und Flugblättern „bewaffnet" beim Bezirksvorstand Schnelle im DGB-Haus erschienen, hatte dieser nichts eiligeres zu tun, als sie zum sofortigen Verlassen des Raumes aufzufordern, ansonsten riefe er die Polizei, woraufhin die Gewerkschafter das Telefon blockierten. Schnelle verließ fluchtartig den Raum. Als die Kollegen dann durch das Haus zogen, um mit den dort arbeitenden Kollegen über diesen Vorfall zu diskutieren (die übrigens meistens volles Verständnis für unsere Empörung hatten), standen ihnen dann im 3. Stock tatsächlich die Bullen gegenüber. Unter Polizeischutz faßte Schnelle den Mut, die drastische Kürzung der Praktikanten-Gehälter auch noch zu rechtfertigen! Es sei eben nicht mehr drin gewesen.. Dann forderten die ÖTV-Fürsten durch die Polizei erneut, das Haus sofort zu räumen.

Unter Parolenrufen „Weg mit den Lohnkürzungen der Praktikanten" zogen die Kollegen dann ab und weiter durch die Innenstadt zur Hamburger Bürgerschaft, um auch dort mal „anzuklopfen" und den Herrn Senatoren die Meinung zu geigen. An der Bannmeile wartete die nächste Überraschung: ca. 8 Peterwagen, mit 25 Bullen versperrten den Weg. Eine Delegation von 4 Kommilitonen mit 3 Mann Bullengeleit durfte nach einigen Verhandlungen ins Rathaus ziehen, wo es „gestattet" wurde, den einzelnen Fraktionen eine Protesterklärung zu übergeben. In die öffentliche Bürgerschaftssitzung zu gehen, war auch schon wieder verboten. Demokratische Meinungsäußerung ist nicht gefragt! Der Hammer des Ganzen folgte dann. Plötzlich waren die 4 Kommilitonen von mehreren Bullen umringt und man verlangte die Personalien. Alles Reden, daß sie mit Genehmigung hier seien und ihre Ausweise vorn an der Sperre hätten abgeben müssen nützte nichts und wurde mit den Worten „völlig uninteressant" abgelehnt. Stattdessen brachte man sie zur Wache. Obwohl jeder weiß, wie schnell eine Personalienfeststellung geht, hielten sie die Kommilitonen eine Stunde fest. Begründung: **Verstoß gegen das Versammlungsrecht, nicht genehmigte Demonstration!**

Reichlich übel war auch die Anmache der Bullen auf die Anti-AKW-Plaketten, die die Kommilitonen trugen. „Auch in Grohnde gewesen?" „... auch über die vielen Pferde bei der Polizei geärgert?" usw.

Währenddessen leisteten sich die Bullen an der Sperre noch einige andere Mätzchen. Als ein Fotograf zu Recht seinen Film nicht rausrücken wollte, wurde er samt Kamera in einen Wagen gezerrt, ein Passant, der dies fotografierte gleich mit. Die drumrumstehenden Passanten waren ziemlich empört und eine Frau schrie die Bullen an, dies alles erinnere sie an die Zeit nach '33. Worauf die Bullen noch aggressiver wurden.

Besonders erschreckend bei diesen Vorfällen erschien uns das fast gleichgeschaltete Verhalten von ÖTV-Führung und Arbeitgebern (Senat).

Wie der Staat auf Proteste reagiert ist spätestens seit Brokdorf und Grohnde deutlich geworden, daß allerdings die ÖTV-Führung zu den gleichen Mitteln greift, macht einmal mehr die Stellung dieser Leute deutlich.

Daß es allerdings möglich ist, Erfolge zu erzielen, zeigt das Beispiel Westberlin, wo es den Praktikanten durch gemeinsames Auftreten gelungen ist, die Lohnkürzung für dieses Jahr zurückzukämpfen!

Und da schwätzt die ÖTV-Führung davon, es sei nicht mehr drin gewesen... Gemeinsam werden wir beweisen, daß durch den Druck der Mitglieder noch mehr drin ist.

Genossin der FHS Sozialpädagogik
KB/Gruppe Hamburg



Die Geschichte von zähen Verhandlungen und hartem Widerstand

„Wir haben uns in den entscheidenden Punkten durchgesetzt, und darauf kam es an." „Nach rund zehnstündigen zähen Verhandlungen war der Durchbruch geschafft." „Die wichtigste Forderung . . .ist gegen den härtesten Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt worden." - Wer es noch nicht erraten hat, diese Zitate stammen aus dem Leitartikel über die Tarifrunde '77 im neuesten „ötv-magazin" (Nr.4).

Die Gewerkschaftsführer feiern „den Einstieg ins Urlaubsgeld" (lächerliche 150 DM). So soll den Kolleginnen und Kollegen der in Wahrheit mieseste Abschluß der diesjährigen Tarifrunde auch noch als „Erfolg" verkauft werden: 5,3 Prozent, 150 DM Urlaubsgeld und einmal 100 DM. Die ÖTV-Führer bauen offensichtlich auf die Vergeßlichkeit der Kollegen. Hatten sie doch selbst 8 Prozent, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind gefordert (die Forderungen der Kollegen lagen noch höher). Weshalb sie deutlich darunter abgeschlossen haben, obwohl wie das „ötv-magazin" selbst schreibt, Protestaktionen organisiert wurden, um der „Verhandlungskommission den Rücken zu stärken", wird in dem Artikel nicht verraten. Das ist nur dadurch zu erklären, daß die Gewerkschaftsführer mal wieder das richtige Augenmaß für die Interessen der „Öffentlichen Arbeitgeber" hatten.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ergebnisse

Auch die Lohntarife der Seeschiffahrt sind in das Fahrwasser der staatlichen Lohnleitlinien gelenkt worden. Für die Besatzungsmitglieder gibt es die berühmte „Erhöhung" von 6,9 Prozent. Matrosen mit Brief bis hin zu den Kochsmaaten bekommen 6,9 Prozent, mindestens aber 92 DM und die Ärmsten der Armen, die Kapitäne, Schiffsoffiziere bis hin zu den 1. Köchen erhalten 6,9 Prozent, mindestens aber 100 DM mehr! Die ÖTV-Führer haben *„trotz erheblicher Bedenken"* angenommen, weil *„der Kompromißvorschlag ... im Hinblick auf die Einkommenssituation der Beschäftigten in der Seeschiffahrt gerade noch zu vertreten sei* (?), *wenn ein Arbeitskampf vermieden werde"* („ÖTV-Magazin", April '77).

Um von diesem mageren Ergebnis abzulenken, versuchen die ÖTV-Führer auf die Manteltarifrunde zu vertrösten: *„Die 40-Stunden-Woche auf See und längerer Urlaub werden seit langem gefordert"* (ebenda) gefordert, gefordert ...

***

Luftfahrt: Mit den ausländischen Luftverkehrsgesellschaften wurden Rekord-Lohnraubabschlüsse vereinbart. Die Alitalia „erhöht" die Löhne und Gehälter um ganze 4 (!) Prozent und 50 DM, dazu die einmalige Zahlung von 200 DM Urlaubsgeld. Bei der KLM sind es 4,3 Prozent und 50 DM, sowie ebenfalls 200 DM Urlaubsgeld. Und die PamAm zahlt nur 3,5 Prozent und 70 DM, zuzüglich 225 DM Urlaubsgeld. Dafür rechneten die ÖTV-Führer einen Durchschnitt von 6,55 Prozent aus! Wahrhaft ein Rekordergebnis! Und das obwohl sich die Kolleginnen und Kollegen aktiv für mehr Lohn eingesetzt haben. An ihnen kann es nicht gelegen haben. Mehr als dreiviertel der PanAm-Kollegen in Westberlin/Tegel haben durch ihre Protestaktionen die Direktoren buchstäblich ins Schwitzen gebracht. Der Westberliner Direktor George Gallagher und seine Abteilungsleiter luden eigenhändig Koffer und Taschen in eine wartende Maschine ... Ähnliche Aktionen hatte es zuvor bei der SAS gegeben.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schlichtungsspruch angenommen

Mit einem Lohnraubabschluß endete die diesjährige Tarifrunde bei der Lufthansa. Am 5.4. stimmten 22 Bundestarifkommissionsmitglieder der ÖTV (gegen 18) für die Annahme des Schlichtungsspruches. 6,9% sowie 200 DM Urlaubsgeld bei 12-monatiger Laufzeit! Damit blieb das Ergebnis weit entfernt von der ursprünglichen ÖTV-Forderung für den Lufthansa-Bereich: 10% und 300 DM Urlaubsgeld (Vergleiche dazu AK 101 und 102).

Die Annahme des Schlichtungsspruches stieß auf große Empörung bei den Kollegen. Denn zwischen dem letzten Angebot der Lufthansa und dem Schlichtungsspruch liegen nur 0,1% (!). Einige Tage vor der entscheidenden Sitzung der Bundestarifkommission sprachen sich die ÖTV-Vertrauensleute in Hamburg entschlossen für Vollstreik aus! Doch anstatt zur Urabstimmung aufzurufen, akzeptierten die ÖTV-Führer den Schlichtungsspruch. Die Schuld am Ergebnis wird jetzt den Kollegen auf den anderen LH-Stationen im Bundesgebiet in die Schuhe geschoben, da sie angeblich kein Interesse am Streik hatten.

Wahr ist aber, daß die ohnehin schlappe „Mobilisierung" der ÖTV-Führer sich im wesentlichen auf den Hamburger Bereich konzentrierte. Wahr ist, daß die ÖTV-Führern von vornherein gegensteuerten, als die Forderung nach der Urabstimmung unter der Kollegenschaft lauter wurde. Das liegt grundsätzlich auf der Linie der Orientierung auf einen „friedlichen Tarifkonflikt".

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

4.000 demonstrierten gegen die ‚Spar'politik im Gesundheitswesen

Westberlin. Unter den Parolen *„Pätzold tut die Betten mindern, statt die Krankheit zu verhindern"* oder *„Kommt alle mit zu Pätzold, wenn ihr noch ein Bett wollt!"* demonstrierten am 4.4. ca 4000 Kollegen aus dem Gesundheitsbereich – Schwestern, Pfleger, Ärzte, Handwerker, Reinigungskräfte – bei strömenden Regen gegen den Plan des Gesundheitssenators Pätzold zur Rationalisierung im Öffentlichen Dienst, Westberlin. ÖTV-Kollegen aus anderen Bereichen unterstützten die Demo. Etliche Kollegen erschienen in „Berufskleidung". Andere ließen sich die Fröhlichkeit Angesichts der traurigen Zustände nicht nehmen und demonstrierten als Patienten verkleidet mit einfallsreichen Umhängeschildern und lustigen Parolen (A - B - C, Petzold in die Spree !).

Dem Aufruf der ÖTV hatte sich der Marburger Bund angeschlossen; mehrere Personalräte, wie aus Moabit, Spandau, Neukölln unterstützten die Teilnahme an der Demo.

Die ÖTV-Führung hatte sich die Demonstration offensichtlich anders vorgestellt.

Punkt 16.30 Uhr (offizieller Beginn) marschierte sie mit einem Teil der Kollegen unter schwarz-rot-goldener Fahne und ÖTV-Zeichen los; der Rest der Kollegen mußte nachlaufen! Natürlich gab es keinen Lautsprecherwagen. Selbst bei der Abschlußkundgebung war keine vernünftige Anlage da. Von der Rede des Gewerkschaftsführers Steputtis war jedenfalls nichts zu verstehen. Vielleicht auch besser so?...
Die Gewerkschaftsführer im DGB-Haus hatten sich sicherheitshalber hinter einer Hundertschaft Bullen verschanzt.



Senator Pätzolds Reaktion auf die Demonstration: Die Kritik an der Reduzierung der Krankenhausbetten ist „. . . *mindestens leichtfertig, vielleicht sogar bewußte Irreführung*". Pätzold will „Überkapazitäten" abbauen, damit der Senat angeblich „*Mittel zur weiteren Verbesserung des Gesundheitswesens*" bekommt. Der Senator meint gar, es könne „*nicht ein unnötiger Bettenberg bestehen bleiben, nur um die Arbeitsplätze des Krankenhauspersonals zu erhalten*" (Zitate aus „Wahrheit", 6.4.). Dieser Zynismus läßt sich kaum überbieten. Hier zeigt sich, was diesen Herren tatsächlich an der vielbeschworenen „Sicherheit der Arbeitsplätze" und an der Existenz der Kollegen gelegen ist – nichts!

Und eine Kritik an diesen untragbaren Zuständen soll „mindestens leichtfertig", „vielleicht sogar bewußte Irreführung sein"?! Das hätten die „Sparschweine" in Senat und Behörden wohl gern.

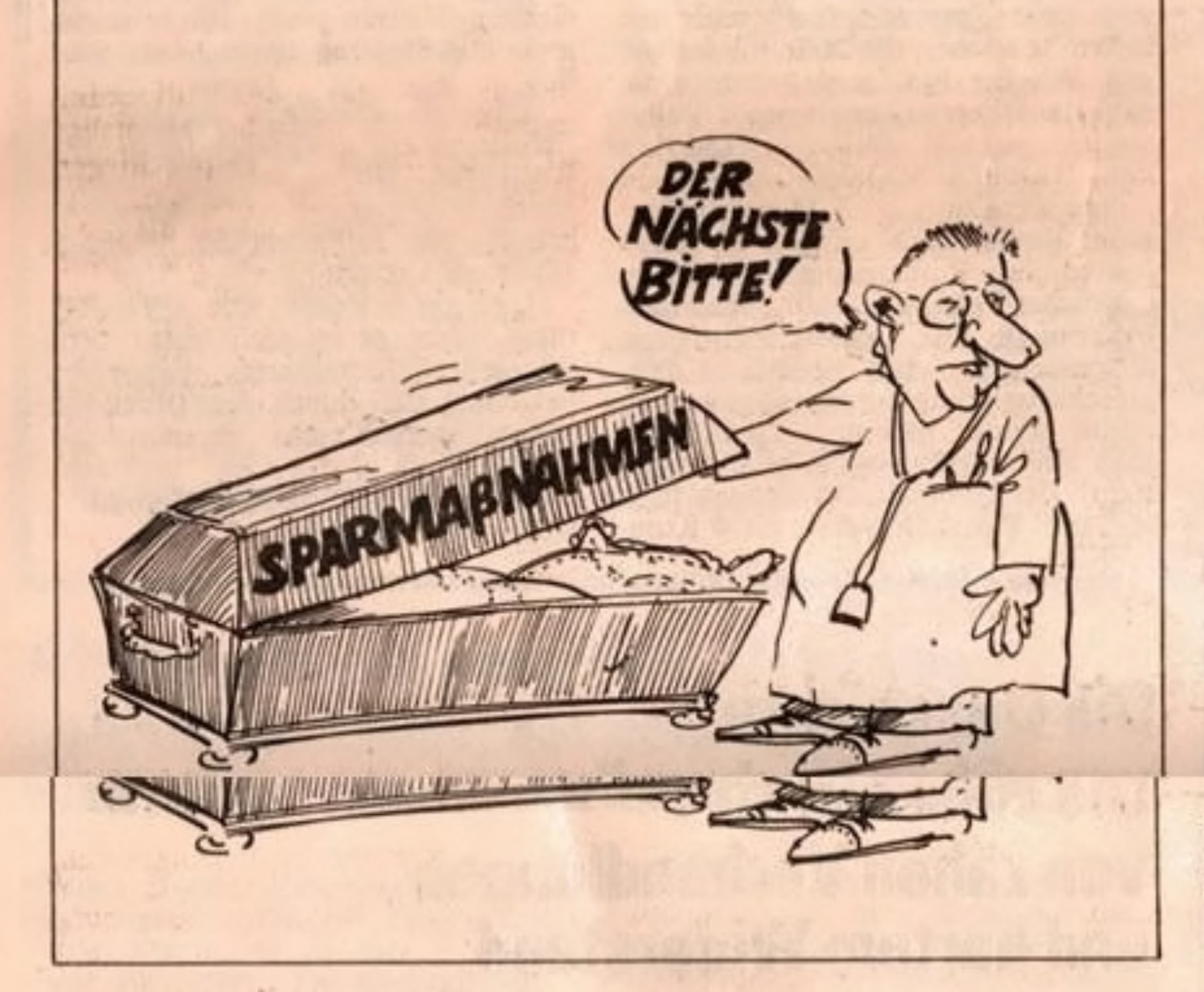
Und was tut die ÖTV–Führung ?

Als im Oktober 76 die „Giftliste" – ein Sparkatalog von 54 Punkten, der alle Bereiche des öffentlichen Dienstes trifft – bekannt wurde, forderten die Kollegen konkrete Kampfmaßnahmen. Doch Herr Hackbarth (ÖTV-Sekretär) verbot die Teilnahme an der GEW-Demonstration mit 6000 Menschen gegen die Sparmaßnahmen im Erziehungsbereich, mit der Begründung, daß die ÖTV-Kollegen noch „abwarten" sollten. Die Mobilisierung zur jetzigen Demo betrieb die ÖTV-Führung auch nur halbherzig. Bis Anfang März weigerte sie sich, überhaupt eine Demonstration durchzuführen!

Kein Wunder. Lehnt sie ja auch die unsozialen „Spar"maßnahmen nicht prinzipiell ab, nach dem Motto: Sparen ja, aber nicht auf unsere Kosten.

Die Demonstration am 4.April zeigte jedoch, daß es den Gewerkschaftführern nicht gelungen ist, den Widerstand der Kollegen gegen das SPD-Sparprogramm zu ersticken. Es gilt, den Widerstand gegen die menschenfeindlichen pläne des Senats weiter zu verbreitern. Der nächste Anlaß dazu ist der 1.Mai. ÖTV-Kollegen hatten – auch ohne den Segen der ÖTV-Führung – eine 1.Mai-Initiative gegründet und wollen am 1.Mai mit einem ÖTV-Block an der Demonstration der GEW-Berlin teilnehmen.

Gruppe Gesundheitswesen
KB/Gruppe Westberlin



Nazi-Verbrechen sollen verdeckt werden!

Freiburg. Am 10.3. beantragte die Universität Freiburg eine „einstweilige Verfügung" gegen die Freiburger „Stadtzeitung", die (in Nr. 9 und 10) enthüllt hatte, daß an der „Psychiatrischen und Nervenklinik Freiburg" (Leitung Prof. Degkwitz) systematisch Archivmaterial vernichtet wird. Darunter natürlich auch (oder vor allem) Akten aus den Jahren 1914 - 18 und aus dem „3. Reich", aus denen ersichtlich wird, wie „Fahnenflüchtige" „therapiert" wurden, wie das faschistische Euthanasie-Programm durchgeführt wurde (allein im Raum Südbaden wurden 4000 Anstaltsinsassen vergast!), was eine zwangsweise Arbeitstherapie bedeutet und wie man Kommunisten „behandelt"!

Dazu Klinikdirektor Hoche, der die Klinik von 1902 bis 1933 leitete: „*In der großen Revolution wie in unserer deutschen, namentlich der spartakistischen Szene haben sicherlich nicht wenige Persönlichkeiten eine Rolle gespielt, die sich bei näherer ärztlicher Untersuchung als geisteskrank erweisen würden und zum Teil auch erwiesen haben.* (Diese faschistische Propagandalüge ist u.a. unmittelbar nach Lenins Tod – im Zusammenhang mit der Untersuchung seines Gehirns – von einigen „Wissenschaftlern" aufgewärmt worden ! – Anm. AK) . . . *Schon äußerlich fällt dieser Menschenschlag dem sachverständigen Blicke häufig durch seine körperlichen Eigentümlichkeiten auf, und bei dem Vergleich einzelner Bilder aus der Französischen Revolution etwa mit denen der Münchener Geiselmörder ist man überrascht über die Ähnlichkeiten des Typus in der Schädelbildung und im Gesichtsausdruck.*

Ein guter Teil des sozialistischen Programmes, das den Gläubigen als ein neues Evangelium gepriesen wird, entspricht uralten, unausrottbaren Denkfehlern von der Möglichkeit des Besitzes von Rechten ohne Pflichten, von einer Hebung des allgemeinen Glückbesitzes durch Beseitigung von Zucht, Ordnung, Recht und Sitte" (aus Hoche, „Die deutsche und französische Revolution", 1919 nach „Stadtzeitung" Nr. 10).

Bei diesen Psychiatern haben wir es nicht mit irgendwelchen Medizinern zu tun, sondern mit direkten Handlangern des Kapitals, sei es durch die Unterstützung imperialistischer Kriege (Behandlung von „Wehrunwilligen"), sei es die Unterstützung des Faschismus (Vernichtung von „unwertem Leben" Rassentheorie) oder die „Untersuchung" und Beurteilung von Kommunisten.

Der Versuch der Uniklinik, diese Enthüllungen sofort zu unterbinden, bzw. die Unterlagen zu vernichten, macht deutlich, daß sich in den psychiatrischen Anstalten nichts wesentlich geändert haben kann. Die Universität ist mit der „einstweiligen Verfügung" nicht durchgekommen. Ein Ansporn, neues Material zu veröffentlichen.
(nach „Stadtzeitung", Nr. 9,10,11).

Bartsch-Operateur unter Anklage

Die Staatsanwaltschaft Paderborn hat den Chirurgen Josef Hollenbeck wegen „fahrlässiger Tötung" angeklagt. Auf Hollenbecks Operationstisch im Landeskrankenhaus Eikelborn starb der mehrfache Kindesmörder Jürgen Bartsch bei einer Kastrationsoperation.

Hollenbeck hatte, so die Anklage, einen falschen Verdampfer im Narkosegerät verwendet. Dadurch wurde bei dem Patienten eine tödliche Konzentration des Narkosemittels zugeführt (alles nach „Tagesspiegel", 17.3.77). Schon die wenigen bekannten Ausführungen der Anklage zeigen, daß Hollenbeck, inzwischen mit einer Abfindung von 24000 DM aus dem Dienst ausgeschieden („FAZ", 2.10.76), nicht der einzige Schuldige im Fall Bartsch ist; auch die Justizbehörden haben Dreck am Stecken:

Jürgen Bartsch, durch langjährige Haft und das Hin und Her um seine „freiwillige" Kastration schwersten psychischen Belastungen ausgesetzt, wurde für den Eingriff in ein Krankenhaus verlegt, in dem offenbar mit vorsintflutlichen Methoden gearbeitet wird (Operation ohne Narkosearzt)! Er wurde dem Operateur ausgeliefert, obwohl der zuständigen Justizbehörde bekannt gewesen sein muß, daß im gleichen Krankenhaus, 6 Tage vorher, eine Patientin bei einer harmlosen Sterilisationsoperation unter ungeklärten (!) Umständen starb . . .

Jürgen Bartsch ist offenbar zum Verhängnis geworden, daß er von den Justizbehörden einem sorglos in die Gegend hineinoperierenden Chirurgen auf den Operationstisch geschoben worden ist. Er und die vor ihm zu Tode operierte Patientin stehen damit auf einer langen Liste. . .

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Friseurlehrlinge wehren sich!

Hamburg. Gar Schreckliches wußte die „Bild" vom 7.4.77 zu berichten: *„Mit Strubbelhaaren müssen viele Hamburgerinnen das Osterfest feiern. 450 Friseur-Lehrlinge wollen heute weder Kamm noch Schere in die Hand nehmen, weil sie lieber in die Berufsschule gehen."*

Worum ging es! Wie jedesmal in den letzten Jahren vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten sollten auch diesen Gründonnerstag die Friseurlehrlinge, die zur Zeit im Berufsschulblock sind, für einen Tag aus der Schule rausgerissen werden, um den Osteransturm in den Betrieben mit zu bewältigen. Ohne zusätzliches Entgelt versteht sich, bei 175,–DM im ersten Lehrjahr. Offiziell heißt dieser faule Kompromiß zwischen Schulbehörde und Innung: Die Lehrlinge werden an diesem Tag von der Ausbildung in der Berufsschule für die Ausbildung im Betrieb freigestellt.

Der verlorengegangene Berufsschultag sollte in den folgenden Wochen zusätzlich (!) zum normalen Unterricht nachgeholt werden. Doch diesmal ging dieses Vorhaben nicht so reibungslos über die Bühne. Auf einer Friseurlehrlingsvollversammlung beschlossen die 400 anwesenden Lehrlinge, am Gründonnerstag nicht in den Betrieb, sondern in die Berufsschule zu gehen. Dieser Beschluß kam gegen massive Drohungen der anwesenden Innungsvertreter zustande. Dabei gingen die Kapitalistenvertreter allerdings auch überaus dümmlich vor, zumal sie offenbar das erste Mal vor einer derartigen Situation standen. So pöbelte Innungsvertreter Blank die Lehrlinge an: *„Ihr glaubt doch nicht im Ernst, daß die Unternehmer die Lehrlinge aus reiner Menschenfreundlichkeit ausbilden".*

In den darauffongenden Tagen versuchten die Friseurladeninhaber in trauter Eintracht mit einem Teil der Berufsschullehrer, die Lehrlinge durch Angstmache wie „wenn du nicht in den Betrieb kommst, dann ist das Arbeitsverweigerung und ein Grund zur fristlosen Entlassung" einzuschüchtern. Die Schulbehörde selbst verfaßte ein Programm mit mehreren Punkten, in dem sie einerseits an der Abmachung mit der Innung festhielt, andererseits die Lehrer aber anwies, am Donnerstag zur Schule zu kommen, um Unterricht anzubieten. Das Nachholen des ausgefallenen Unterrichts wurde gänzlich gestrichen. Viele Lehrer erklärten den Lehrlingen, sie müßten daraufhin im Betrieb anrufen und dort die Erlaubnis für den Schulbesuch einholen. Wo dies befolgt wurde, wurde der Anruf von den Friseurladenbesitzern nochmal benutzt, um zu drohen und einzuschüchtern. Ein Extrablatt des „Aufmuckers", einer fortschrittlichen Lehrlingszeitung, versuchte dem entgegenzuwirken. Am Gründonnerstag selbst kamen 81 Kolleg(inn)en (=20% der Lehrlinge) zur Berufsschule. Das war zwar zahlenmäßig nicht sehr viel, wenn man aber die Einschüchterung berücksichtigt sowie die Erstmaligkeit der Aktion, so war es doch ein guter Erfolg. Eine Kollegin wurde nach den ersten zwei Stunden von „ihrem Arbeitgeber" aus der Schule rausgeholt, was leider erst später bekannt wurde. Einer weiteren Kollegin, einer türkischen Klassensprecherin wurde aufgrund ihres Schulbesuchs fristlos gekündigt, wobei zusätzlich allerlei andere Vorwände angeführt werden. Rechtlich ist diese Maßnahme zumindest mit der Gründonnerstagbegründung absolut nicht haltbar und es ist geplant, entsprechende Schritte dagegen einzuleiten. Dies ist doppelt wichtig, weil schon jetzt einige reaktionäre Lehrer den Umstand der Kündigung nutzen, um allen Lehrlingen die angebliche Sinnlosigkeit ihres Kampfes vor Augen zu führen, um eine ähnliche Situation z.B. vor Pfingsten von vornherein im Griff zu haben. Dies soll ihnen nicht gelingen!

Genossen der G 5
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

DruPa bankrott ???

„Ich glaube nicht an Gott, ich glaube nicht an Marx, ich glaube an die Bank für Gemeinwirtschaft"
(Zitat eines namhaften Führers der IG Druck und Papier)

Günter Metzinger, 2. Vorsitzender des Ortsvereins Hamburg und des Landesbezirks Nordmark, verkündete den Ausverkauf der IG Druck und Papier an die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG). Nach seinen Worten auf der letzten Vertrauenskörpersitzung im Heinrich Bauer-Verlag habe der Druckerstreik 1976 die Aufnahme eines 30 Millionen DM (!!)-Kredits bei der gewerkschaftseigenen Bank erforderlich gemacht. Allein die Zinsen für diesen Kredit verschlingen jährlich einige Millionen DM an Mitgliederbeiträgen.

Die Konsequenz: verstärkte Erschließung der Mitgliederportemonnaies und ein umfassendes „Spar"-programm nach sozialdemokratischer Art des Hauses. Die in Vorbereitung des diesjährigen Gewerkschaftstages arbeitende ‚Kommission zur Überprüfung der Satzung', der Metzinger ebenfalls angehört, „überprüft" so vor allem auch die Beitrags- und Leistungstabellen. Nach den Vorschlägen der Kommission soll vor allem gespart werden an:

- Streikunterstützung; vorgesehen ist eine Senkung bis zu 25% der bisherigen Leistung;
- Arbeitslosenunterstützung, die nur noch gewährt werden soll, wenn kein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht und kein Ausgleich durch den Arbeitgeber erfolgt, und
- Treuegeld, das ersatzlos gestrichen werden soll.

Die bisherige Beitragshöchstgrenze von 32,– DM soll auf 40,– DM raufgesetzt werden.

Ein weitergehender Vorschlag, für den sich auch Metzinger stark machte, nämlich von den Kollegen, die ein(en) 13. Monatslohn/-gehalt bekommen, regelmäßig einen 13. Monatsbeitrag einzukassieren, konnte sich bisher in der Kommission nicht durchsetzen.

Das Schärfste ist allerdings das von Metzinger vorgetragene Ansinnen, künftig restlos alle Einnahmen der DruPa zur Tilgung der Schuld bei der BfG abzuliefern. Hat die Gewerkschaftsführung allein schon mit den Einschränkungen der Leistungen eine Anzahl von Austritten aus der Gewerkschaft anscheinend bewußt in Kauf genommen, fragt man sich hier doch, warum die Satzungänderungskommission den Absatz „Streikunterstützungen" nicht ehrlicherweise ganz gestrichen hat. Wenn, wie Metzinger ausführte, auf Jahre (!) jeder Pfennig Einnahmen der DruPa bei der BfG landen soll, braucht sich wohl niemand mehr allzu große Illusionen über die zukünftige Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsführung zu machen.

Am Rande bemerkt: Bei ein paar Mill. DM Zinsen jährlich, dürfte der Zinssatz der BfG für den Kredit der DruPa so um die 10% betragen – ein „Freundschaftspreis" unter Brüdern. Hier schieben sich die Gewerkschaftsbosse etliche Millionen Mitgliedergelder direkt aus der Schröpfung der Kollegen in die eigene Tasche.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Lehrerstreik in Hamburg? Vorstand erwägt Urabstimmung

Am 19.4. wird die SPD Bundestagsfraktion über eine Gesetzesvorlage zur Besoldungsrückstufung im Lehrerbereich entscheiden. In Hamburg wären davon vor allem die Volks- und Realschullehrer betroffen. Der Hamburger GEW-Vorsitzende Lembke, hat in einem Schreiben an alle Mitglieder auf diese drohenden Besoldungsverschlechterungen hingewiesen, wobei er betont, daß *„die GEW in zahlreichen Gesprächen, Resolutionen und Briefen versucht (hat), die politisch Verantwortlichen im Sinne der Kollegen zu beeinflussen"*. Sie werde dies auch weiterhin tun, aber *„sollte dennoch am 19.4.77 eine negative Entscheidung gefällt werden, kann es nicht mehr bei den bisherigen Aktionen bleiben. Dann werden wir die Frage einer Urabstimmung und eines Streiks erneut auf die Tagesordnung setzen müssen"*. Inzwischen hat auch der Landesvorstand beschlossen, sich auf einer Vertrauensleuteversammlung Anfang Mai für die Einleitung einer Urabstimmung einzusetzen.

Die Diskussion um einen Warnstreik hat in der GEW schon einige Tradition, durchgeführt wurde er noch nie: So gab es 1974 eine erfolgreiche Urabstimmung über einen Warnstreik gegen Besoldungsverschlechterungen, der dann von der vom Hauptvorstand eingesetzten „Arbeitskampfleitung" eigenmächtig abgesetzt wurde, da die Bundesregierung scheinbar nachgab.

Anfang 1976 wurden dann von den Referendaren angesichts der massenhaften Nichteinstellung von Junglehrern die Frage eines Warnstreiks auf die Tagesordnung gesetzt und per Unterschriftensammlung eine außerordentliche Vertrauensleuteversammlung durchgesetzt (vgl. AK 74).

Der Vorstand und der Vorsitzende mobilisierten jedoch aktiv gegen die Einleitung einer Urabstimmung, da die Kollegen an den Schulen über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nicht genügend informiert seien (obwohl dies lange Zeit das heiße Thema der Bildungspolitik war) und „die Öffentlichkeit" kein Verständnis für einen Lehrerstreik aufbringen würde. Dadurch gelang es ihnen, einen Streikbeschluß zu verhindern. Stattdessen wurde eine „Aktionswoche" beschlossen, die Diskussion über Streikmaßnahmen wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, dann aber nicht wieder aufgenommen.

Ganz und gar nicht einleuchtend erscheint uns, wenn der GEW-Vorstand meint, ausgerechnet bei der Frage der Besoldungsverschlechterungen auf größeres Verständnis der „Öffentlichkeit" zu treffen, als bei der Frage der Kampfmaßnahmen gegen Lehrearbeitslosigkeit, trotzdem ist der Entschluß des GEW-Vorstandes zu begrüßen und sollte von allen aktiven GEW-Kollegen tatkräftig verwirklicht werden.

Bis es jedoch zu einer konkreten Entscheidung kommen wird, müssen noch einige Hürden genommen werden: die GEW wird einer massiven Hetze der bürgerlichen Parteien ausgesetzt sein, die versu-hen werden, jede Kampfmaßnahme von Lehrern zu illegalisieren; die Presse wird den Unterrichtsausfall für die Schüler „beklagen". Und nicht zuletzt sind massive Interventionen des GEW-Bundesvorstandes zu erwarten, der schon im letzten Herbst eine Urabstimmung über einen Streik gegen Lehrerarbeitslosigkeit in Hessen zu Fall brachte. In diesen Auseinandersetzungen wird sich zeigen, ob der GEW-Vorstand zu seinem Wort steht, sich allein auf den Willen und die Mobilisierung der Mitglieder zu stützen oder ob er der Konfrontation wieder ausweichen wird. Die aktiven Gewerkschaftler sollten ihm ein Zurückweichen von der jetzt erreichten Position durch die sofortige Aufnahme der Diskussion und durch eindeutige Beschlüsse erschweren.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Schweinekopf verliehen

Hamburg. Bei dem letzten Durchgang der Prüfungen zum Zweiten Staatsexamen waren im Hauptseminar Hoff von 49 Teilnehmern elf durchgefallen, womit er die höchste Durchfallquote erreichte.

Besonders schweinisch hatte sich Hoff gegenüber den Müttern mit Kindern in seinem Seminar verhalten. Von vornherein ließ er durchblicken, daß Frauen mit Kindern bei ihm keine Chance hätten. Er legte ihnen nahe, die doppelte Strapaze von Familie und Referendariat nicht auf sich zu nehmen, wo doch schon der Mann verdienen würde. Eine Referendarin, die während des Vorbereitungsdienstes schwanger wurde und wegen Komplikationen bei der Geburt ein halbes Jahr aussetzen mußte, trotzdem aber das Referendariat durchziehen wollte, erhielt von ihm für eine gut gelaufene Lehrprobe eine „fünf". Im Vorbereitungsdienst war sie bisher mit „gut" beurteilt worden. Nachdem sie auch noch in den folgenden Hospitationen fertiggemacht worden war, trat die Kollegin von der Prüfung zurück.

Eine zweite Mutter erhielt von Hoff im Vorbereitungsdienst eine „fünf", die er später mit einer einzigen schlechten Hospitation im zweiten Semester begründete: Einen Hinweis auf die „fünf" hielt Hoff vor Antritt der Prüfung nicht für nötig.

Solche Schweinereien nahmen Kollegen zum Anlaß, um Hoff in seinem neuen Seminar einen Besuch abzustatten.

„Mit einer recht makabren Protestaktion störten" – wie die „Welt" am 7.4.77 zu berichten wußte – *„am Dienstag acht bislang unbekannte junge Männer eine Vorlesung für Germanistik am Studienseminar Hohe Weide: Während einer Lehrveranstaltung der Arbeitsgruppe „Gymnasiallehrer" unter Leitung von Hauptseminarleiter Peter Hoff drangen acht maskierte Männer in den Vorlesungsraum im ersten Stock ein, plazierten einen halben blutenden Schweinskopf auf Hoffs Schreibtisch und überreichten ihm eine „Urkunde" als „Anerkennung für elf Treffer"."*



Hoff zeigte sich von der Verleihung des Wanderpokals wenig erfreut. Mehrere Male mußte er von den Kollegen zur gebotenen Würde und Diziplin ermahnt werden. Sofort nach der Verleihung stürzte er hektisch zum Leiter des Studienseminars OSR Ohst, um mit ihm gemeinsam die Verfolgung der Preisverleiher aufzunehmen, die jedoch vor dem Studienseminar erfolglos endete.

Als Hoff ins Seminar zurückkehrte, war er mittlerweile auf achtzig angekommen. Wutentbrannt kündigte er an, daß er „diese Leute anzeigen" würde – was er laut „Welt" vom 7.4.77 in der Zwischenzeit gemacht hat – und nahm den Schweinekopf und warf ihn kurzerhand vor die Tür. Wenige Minuten später erschien OSR Ohst im Seminar, um sich bei Hoff zu erkundigen, ob er die Schweinerei vor seiner Tür schon gesehen habe. Die Antwort soll Hoff nicht leicht gefallen sein.

Komitee zur Verfolgung von Tyrannen

Hessen: Linker Vorsitzender gewählt

Die Landesvertreterversammlung der Hessischen GEW endete mit einem hocherfreulichen Ergebnis: In einer Kampfabstimmung siegte der Kandidat der Linken gegen den der rechten Sozialdemokraten und wurde damit Vorsitzender.

Schon zum Auftakt der Versammlung wurde der hessische Kultusminister Krollmann mit Zischen und Buhen „begrüßt" und am Reden gehindert. *„Was hat ein Arbeitgeber auf einem Gewerkschaftstag zu suchen"*, fragten die Kollegen berechtigterweise. Erst nach einigen Turbulenzen konnte der Vorsitzende Ludwig das Rederecht für Krollmann durchsetzen, der dann die Disziplinarverfahren gegen Kollegen, die sich an den Protestaktionen im Februar beteiligt hatten, verteidigte. In der anschließenden „Aussprache" wurden diese „Unterdrückungs- und Knebelungsmaßnahmen" kritisiert und Krollmann bescheinigt: *„Der Traum von der Partnerschaft ist ausgeträumt"*.

Die gewachsene Kampfbereitschaft der hessischen Lehrer zeigte sich auch bei der Wahl des neuen Vorsitzenden: Zur Wahl standen der bisherige Geschäftsführer Schwarz, ein würdiger Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Ludwig (der übrigens in die Dienste des Kultusministeriums tritt) und der ehemalige AjLE-Vorsitzende Harnischfeger. Harnischfeger sprach sich ausdrücklich für einen Streik gegen die *„Anschläge des Staates auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen"* in der Schule sowie gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus. Mit 144 gegen 137 Stimmen wurde Harnischfeger zum neuen Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen gewählt. Ob das Frister in Harnisch gebracht hat? (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 4.4. und 7.4.77).

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

nister Krollmann mit Zischen und Buhen „begrüßt" und am Reden gehindert. *„Was hat ein Arbeitgeber auf einem Gewerkschaftstag zu suchen"*, fragten die Kollegen berechtigterweise. Erst nach einigen Turbulenzen konnte der Vorsitzende Ludwig das Rederecht für Kroll-
ist ausgeträumt".
Die gewachsene Kampfbereitschaft der hessischen Lehrer zeigte sich auch bei der Wahl des neuen Vorsitzenden: Zur Wahl standen der bisherige Geschäftsführer Schwarz, ein würdiger Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Ludwig (der übri-
137 Stimmen wurde Harnischfeger zum neuen Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen gewählt. Ob das Frister in Harnisch gebracht hat? (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 4.4. und 7.4.77).
Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

»SPIEGEL« hetzt gegen GEW-Linke

»SPIEGEL« hetzt gegen GEW-Linke

Der Ausschluß des Westberliner Landesverbandes der GEW aus der GEW-Bund und dem DGB sowie die Tatsache, daß die GEW in Sachen Gewerkschaftsausschlüsse eine Spitzenreiterrolle einnimmt, hat nun auch den „Spiegel" bewogen, zu den Vorgängen in der GEW Stellung zu nehmen.

Allerdings werden die Verhältnisse total auf den Kopf gestellt. Nicht die massiven Angriffe des Bundesvorstandes auf die Mitgliederrechte, der Ausschluß eines ganzen Landesverbandes usw. werden dargestellt, sondern es wird das Bild einer völlig „kommunistisch unterwanderten" GEW gezeichnet, in der alle Nichtkommunisten einen verzweifelten Kampf ums Überleben führen. Da ist vom *„bislang größten Infiltrations-Erfolg kommunistischer Gruppen"* die Rede und davon, daß mit der Wahl linker Sozialdemokraten zu Vorsitzenden von Landesverbänden der GEW diese *„in den Sog der Volksfrontpolitik"* geraten seien: *„Noch verzichten sie (die Kommunisten, AK) darauf, auch gewerkschaftliche Spitzenpositionen zu besetzen; noch bevorzugen sie ... SPD-Mitglieder oder Parteilose als Bezirksvorsitzende und als Vorsitzende des Landesverbandes. Aber: Daß sich diese Vorsitzenden als Vertreter meistens unrealistischer Forderungen und als Instrument kommunistischer Propaganda nur verschleißen können und in wenigen Jahren den Weg frei machen müssen für die Funktionäre der K-Gruppen, ist den Betreffenden nur schwer zu vermitteln."*

Die Tatsache, daß in der GEW der Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse weiter als in anderen Gewerkschaften entwickelt ist und die Reaktionäre unter stärkerem Druck stehen, wird demagogisch dahingehend verdreht, daß alle Nichtkommunisten unter dem „Terror" der Linken stehen würden.

„Wer in der hansestädtischen Lehrergewerkschaft gegen die Linken aufmuckt, wird mit Ausschlußverfahren überzogen" heißt es in Anspielung auf die Ausschlußverfahren gegen Mitglieder der „Alternative", die unter eindeutigem Bruch von Mitgliederbeschlüssen Spalterlisten für die Personalratswahlen aufgestellt hatten.

Dieses vierseitige „Spiegel"-pamphlet ist Ausdruck der wachsenden Schwierigkeiten, mit denen die GEW-Führung bei der Durchsetzung ihrer undemokratischen Satzungsbestimmungen zu kämpfen hat: Die mißglückte Auflösung der GEW-Westberlin, der überraschend hohe Anteil der Nein-Stimmen bei der Übernahme der Bundessatzung in Schlewig-Holstein (AK 94), das Rechtsgutachten gegen die Satzungsübernahme in Schleswig-Holstein (AK 100), die starke Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf der Vertreterversammlung in Niedersachsen (AK 101) sowie die Wahl eines fortschrittlichen Landesvorsitzenden in Hessen zeigen, daß die Linken gute Chancen haben, Frister und Konsorten die Suppe zu versalzen und die undemokratischen Satzungsbestimmungen zurückzukämpfen.

Autor des „Spiegel"-Machwerkes ist übrigens Karlheinz Lutzmann, der trotz massiver Schützenhilfe durch die Springer-Presse bei den Wahlen zum Schriftleiter der Hamburger Lehrer-Zeitung (HLZ) gegen den fortschrittlicheren Udo Hergenröder unterlegen war. Lutzmann hatte damals geschrieben, er wolle *„über Vorgänge in der GEW sachgerecht und umfassend informieren"* und nicht *„Unausgegorenes als basisnahe Diskussionsbeiträge"* ausgeben (HLZ 3/77). Die GEW-Delegierten wußten schon, was davon zu halten war, als sie Lutzmann nicht wählten. Wie recht sie hatten, beweist der „Spiegel"-Artikel.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Hamburg: Protest gegen Matthöfer-Rede am 1. Mai

Bekanntlich hat die Hamburger DGB-Führung sich für den 1. Mai dieses Jahres eine besondere Provokation ausgedacht: Hauptredner der Mai-Kundgebung soll der Wissenschaftsminister Matthöfer sein, einer der Hauptverantwortlichen für das Atomprogramm der Bundesregierung. Damit bezweckt der DGB offenbar nichts anderes, als seine massive Unterstützung dieses Atomprogramms kundzutun.

Unter den Gewerkschaftsmitgliedern wird diese Provokation jedoch nicht widerstandslos hingenommen. So beschloß die Betriebsgruppe „Arbeitslose Lehrer in der GEW" eine Resolution, in der der DGB aufgefordert wird, Matthöfer wieder auszuladen. Insbesondere wendet sich diese Resolution gegen die demagogische Behauptung, durch den Bau von Atomkraftwerken würden Arbeitsplätze gesichert, eine Behauptung, mit der auch Matthöfer am 1. Mai hausieren gehen wird. Eine ähnliche Resolution wurde auch von der Fachgruppe Gymnasien mehrheitlich verabschiedet. Die Betriebsgruppe „Arbeitslose Lehrer" hatte darüber hinaus einen Aufruf für die „Hamburger Lehrerzeitung" (Organ der Hamburger GEW) verfaßt, in dem zur Bildung eines Blocks arbeitsloser Lehrer auf der Mai-Demo gegen Arbeitslosigkeit **und** Atomkraftwerke aufgerufen wird. Dieser Aufruf wurde in der „HLZ" nicht abgedruckt. Begründung: Der Aufruf der BG, auch gegen Atomkraftwerke zu demonstrieren, verstoße gegen das Außenvertretungsrecht. Die Parolen zum 1. Mai seien bereits im Dezember festgelegt worden (fragt sich nur, wo). Parolen gegen die AKWs seien nicht darunter und könnten jetzt auch nicht mehr eingebracht werden. Im übrigen müßten alle mitgebrachten Transparente vom DGB genehmigt werden.

Da haben wir es also: Protest **gegen** den Bau von AKWs soll auf der Mai-Demo und der Kundgebung unterbunden werden. Matthöfer darf dagegen voll seine Propaganda **für** AKWs betreiben.

Es steht jedoch nicht zu erwarten, daß die Rechnung der DGB-Führer aufgehen wird. Die BG „Arbeitslose Lehrer" hat zumindest erstmal in einem Brief die Schulkreiskonferenzen der Hamburger GEW über diese Vorfälle informiert und sie zur Diskussion darüber aufgefordert.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Euro-Revisionismus im Dienst der Reaktion







Als angeblich „undogmatische" und „antistalinistische" Alternative erfreut sich der vor allem von der italienischen „KP" (PCI) repräsentierte „Euro-Kommunismus" bei manchen oberflächlichen Betrachtern oder bei bewußten Propagandisten der Bourgeoisie einiger Beliebtheit.

Was es damit auf sich hat, zeigt die Praxis der italienischen Klassenkämpfe: Nicht nur ist die PCI die Partei des „historischen Kompromisses" (d.h. derzeit vor allem Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse), sondern sie ist auch eine Vorkämpferin bei der polizeistaatlichen Unterdrückung der revolutionären Linken und bei der Rechtfertigung der Faschisierung von Staat und Gesellschaft in Italien.

Die besondere Rolle der PCI liegt darin, daß sie diese Politik in die Arbeiterklasse h i n e i n durchsetzt, daß sie die Spaltung zwischen der Arbeiterklasse einerseits und den Kämpfen der revoltierenden Jugendlichen (Studenten, Arbeitslose, Jungarbeiter) andererseits betreibt. Die PCI, gemeinsam mit der Gewerkschaftführung, kann sich dabei auf ihre immer noch weitgehend unangefochtene Vorherrrschaft in der Arbeiterbewegung stützen, und dabei sogar mit gewissem Erfolg wesentliche Kampftraditionen der italienischen Arbeiterklasse (nämlich den Antifaschismus) in ihr genaues Gegenteil verkehren.

Ähnlich wie hierzulande die DKP, nur in noch grösserem Ausmaß, geht die PCI dabei so vor, daß sie die revolutionäre Linke und andere kämpfende Teile des Volkes, speziell der Jugendlichen, zu Konterrevolutionären, Reaktionären, Faschisten, zumindest aber Provokateuren erklärt. Zugute kommen den Revisionisten dabei mitunter sektiererische und teilweise auch arbeiterfeindliche Handlungen und Vorstellungen unter Teilen der revoltierenden Jugendlichen, die wiederum von der PCI ganz systematisch genährt und provoziert werden. Betrachtet man die wahnwitzige Hetze der PCI- und Gewerkschaftsführer z. B. gegen die Kämpfe der Studenten, so ist es kein Wunder, daß es bei einzelnen Teilen der Bewegung auch zu Stimmungen kommt, die z.T. die Form des Antikommunismus annehmen, daß es gelegentlich auch Angriffe einzelner für die Gesamtheit durchaus nicht repräsentativer Studentengruppen gegen PCI-Leute gibt usw. – was dann von den Revisionisten sofort benutzt wird. um Ar-
dentengruppen gegen PCI-Leute gibt usw. – was dann von den Revisionisten sofort benutzt wird, um Ar-
beiter von der Partei- und Gewerkschaftsbasis „zum Schutz der Partei" an die Unis zu kommandieren und Schlägereien zu provozieren, die die vorhandenen Spaltungen vertiefen und zementieren sollen.

Der Schürung der Spaltung dient es z.B., wenn der PCI-Senator Pecchioli nach der kaltblütigen Ermordung des Genossen Lorusso (Lotta Continua) durch einen Bullen dem Ermordeten selbst die Schuld gab, da er sich *„bei einer zerstörerischen Bande befand"*.

„Wenn bewaffnete Banden, die nichts mit der Studentenbewegung zu tun haben, darangehen zu verwüsten, zu plündern und zu töten (!), *ist es die Pflicht der für die Verteidigung der demokratischen Ordnung zuständigen Kräfte, einzugreifen, um vorzubeugen und das zu unterdrükken"* (nach „Lotta Continua", 15.3.).

Als bei einem anderen Vorfall ein Polizist von „Stadtguerillas" erschossen wurde, verbreitete die PCI-Zeitung „l' Unita" die ungeheuerliche Lüge, eine dabeigewesene Frau habe einen „Ausweis von Lotta Continua" in der Tasche gehabt.



In ähnlich zusammengebrauter Weise hetzten PCI und FGCI (Jugendorganisation der PCI) z.B. in einem in Padua verteilten Flugblatt gegen *„die Autonomisten, Lotta Continua und die anderen Gruppen der Stadtguerilla ..., die die P 38* (eine Pistole –Anm.AK), *Brandflaschen und Schleudern als politischen Kampf benutzen"* (nach LC, 22.3.).

Es ist nur konsequent, wenn namhafte PCI-Führer sich auch zu Propagandisten der staatlichen Repression machen – ja, teilweise sogar zu „Kritikern" der Andreotti-Regierung von r e c h t s . PCI-Senator Pecchioli, der eine spezielle Vorliebe für die Aufgabenbereiche eines heimlichen Innenministers hat, ist der Urheber der Ordnungsparole von der **„Schließung der Höhlen"** (gemeint sind die linken Organisationen und ihre Einrichtungen), die sehr schnell bei der gesamten Reaktion Anklang fand.

Ein „Kollege" von Pecchioli, ZK-Mitglied Paolo Bufalini, ereiferte sich nach den Demonstrationen von Bo-
Ein „Kollege" von Pecchioli, ZK-Mitglied Paolo Bufalini, ereiferte sich nach den Demonstrationen von Bo-
logna und Rom sogar: *„Es ist sonderbar und beunruhigend, daß die für die öffentliche Ordnung zuständigen Kräfte und Autoritäten des Staates und die diversen Sicherheitsdienste kein Licht in diese trübe, zerstörerische Spur bringen, nicht die Zentralen davon identifizieren, nicht wenigstens schon die Hand auf einen Teil der Organisatoren und Ausführenden gelegt haben"* (nach „La Republica", 15.3.).

In dieser Richtung versucht die PCI auch direkt Teile der Arbeiterklasse gegen die revolutionäre Linke mobilzumachen – offenbar nach dem Vorbild de Gaulles, der dies nach dem französischen Mai '68 mit dem Kleinbürgertum (!) vorexerziert hat: Für den 16.3. riefen die Gewerkschaftsführungen und alle Parteien des „Verfassungslagers" (von PCI bis DC!) zu einer gemeinsamen Großkundgebung „zur Verteidigung der Institutionen gegen die Gewalt" in Bologna auf. Hatte die Gewerkschaftsführung wochen- und monatelang sich jeder Forderung nach einem Generalstreik gegen die Regierung entgegengestemmt, so war sie jetzt umso eifriger bemüht, in der gesamten Emilia-Romagna (Region um Bologna) einen „ansehnlichen" Generalstreik f ü r die Regierung zustandebringen. Nach Angaben von „l'Unita" nahmen dabei an der Großkundgebung über 200000 Menschen teil; nach den etwas „bescheideneren" Angaben des „Corriere della Sera" waren es immerhin 150000 (LC machte keine Zahlenangaben darüber ..).

Es ist nicht zu verleugnen, daß die Teilnehmer dieser Kundgebung in ihrer überwiegenden Masse Arbeiter waren (obwohl DC usw. offiziell „Mitveranstalter" waren und auch ein DC-Vertreter auf der Kundgebung sprach, hatten tatsächlich „nur" die PCI und Gewerkschaftsführungen dazu mobilisiert, Busse organisiert usw.). PCI-Bügermeister Zangheri widmete seine ganze Rede ausschließlich der Heiligsprechung der bestehenden bürgerlichen „Ordnung" und der Zurückweisung jeder Opposition ihr gegenüber.Kostproben:

„Wir sind integrierter Teil des demokratischen Staates, der im Wider-
tion ihr gegenüber.Kostproben: „Wir sind integrierter Teil des demokratischen Staates, der im Wider-
stand geboren wurde, und in dem in diesen 30 Jahren die Kraft der Arbeiter gewachsen ist; und dieser Staat hat die Pflicht, sich zu verteidigen, wenn er auf gewaltsame und verbrecherische Weise angegriffen wird."

„Skrupellose Individuen haben sich in Bewegung gesetzt; sie rühren sich schon seit einiger Zeit, um im Trüben zu fischen. Das begann mit isolierten, verbrecherischen Unternehmungen, deren Charakter wir nicht rechtzeitg verstanden hatten, und die wir zu Unrecht nicht gleich zerschlagen haben; das fing an mit Fälschungen und Beschimpfungen, mit Akten offener Intoleranz, denen gegenüber wir den Irrtum begangen haben, uns nicht gleich drastisch dagegen gewandt zu haben. Zentralen wurden aufgebaut, Kommunikationsmittel wurden hergerichtet, Pläne wurden ausgearbeitet. Wir verlangen, daß in all diese Sachen Licht reingetragen wird, über die wirkliche Identität dieser geschworenen Feinde der demokratischen Bewegung, über ihre Verbindungen nach außen; wir verlangen von der Polizei und Justiz eine schnelle, klare und vollständige Gerechtigkeit" (nach „l'Unita", 17.3.).

Allein die Tatsache, daß die PCI Zehntausenden von Arbeitern der „roten Emilia" ein derart pfaffenhaft-reaktionäres Zeug als „Antifaschismus" vorsetzen kann, und dafür keinen massiven Protest, sondern sogar noch ziemlichen Applaus erntet, ist ein ernstes Warnsignal (LC notierte sogar einen „Applausdonner").

Die Opposition gegen das „Verfassungslager" hatte die PCI mit einem Ordnerdienst aus „mindestens 80 Reihen" („Corriere della Sera") ausserhalb des Platzes verbannt: rund 10000 Studenten und Schüler, die der Gegenmobilisierung der revolutionären Linken gefolgt waren und gegen die Verweigerung des Rederechts für den Bruder des erschossenen Genossen Lorusso protestierten. Lotta Continua schreibt allerdings, daß die am Ende der Kundgebung von der revolutionären Linken durchgeführte (illegale) Demonstration durch die weiterhin unter Polizeibe-



Das ist nicht Chile, sondern Italien: Polizei-Terror gegen die Studenten-Demonstration am 12. März in Rom.

lagerung stehende Stadt auf 30000 anwuchs. Zweifellos würde sich damit ein „kleiner Erfolg" der von der revolutionären Linken vor und in zahlreichen Betrieben durchgeführten Gegeninformation und -Agitation anzeigen (an der Demonstration unmittelbar nach der Erschießung des Genossen beteiligten sich lt. LC 15000, an dem Schweigemarsch bei seiner Beerdigung 10000); die ideologische Mauer, die die PCI in der Arbeiterklasse gegen die Jugendrevolte aufbauen konnte, läßt sich nach dem Ablauf dieser Großkundgebung dennoch nicht unterschätzen.

Die PCI hat mit ihrer demagogischen Formel, daß „die Studenten gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse revoltieren" (dieses Grundmuster geht auch aus der zitierten Rede des PCI-Bürgermeisters von Bologna hervor), eine Spaltung provoziert, die tatsächlich vorhandene Krisenängste in der Arbeiterschaft in die Befürchtung umlenkt, daß durch politische „Unordnung" eine noch größere wirtschaftliche Misere im Land hervorgerufen würde und dies (was eben unter kapitalistischen Bedingungen auch „logisch" ist) zu Lasten der Arbeiterfamilien geht.

Das Verbrecherische dieser PCI-Politik liegt darin, daß sie diese „Logik" der kapitlistischen Krisenentwicklung nicht anzutasten bereit ist, daß sie die Arbeiterbewegung sogar in dieser „„Logik" bestärkt, ihr letzlich Enthaltsamkeit im Klassenkampf predigt und keinerlei politische Mobilisierung gegen das DC-Regime und den von ihm repräsentierten bürgerlichen Staat mehr unternimmt, sondern im Gegenteil den verstärkten Ausbau und Einsatz des Polizeistaates gegen die nicht angepaßten Teile des Volkes fordert.

Im ZK der PCI hat sich über diese Punkte auf einer Tagung Mitte März allerdings eine kleine Kontroverse entsponnen. Während die rechtesten PCI-Fürsten wie Amendola, Bufalini und Pecchioli nicht genug an Haß gegen die revolutionäre Linke und Lob auf die bestehene Ordnung ausspuken können, die Regierung zu „Antifaschisten" und die Revolutionäre zu „Faschisten" umzuwerten versuchen, „warnte" z.B. Lombardo Radice davor, daß man „nicht alle" Linksradikalen als „Faschisten" abstempeln dürfe (nach LC, 17.3.). Und Luporini wagte sogar, eine geradezu sensationelle „differenzierte" Haltung zum Staatsapparat vorzutragen: *„Wir dürfen unsere Verteidigung der demokratischen Institutionen nicht mit einer Verteidigung der traditionellen repressiven Formen der herrschenden Klassen verwechseln"* (LC, 18.3.). Hintergrund dieser Kontroverse (immerhin...!) ist vor allem, daß die PCI und ihre Jugendorganisation FGCI unter den Jugendlichen tatsächlich einiges Terrain verloren haben. FGCI-Sekretär Massimo D'Alema hat darüber auch ausführlich auf der ZK-Tagung referieren dürfen und gewisse „Einsichten" bei einigen ZK-Herren erweckt, die natürlich auch Sorgen haben, daß ihr Nachwuchs-Garten durch zu ungeschicktes Herumgeholze ernsthaft Schaden nehmen könnte. Wenn da gegebenenfalls in der Jugendbewegung jetzt die Tonleiter der PCI-Politik neu gestimmt wird (in dem Sinne etwa, daß nicht nur gegen die „Provokateure" gehetzt wird, sondern auch mal die eine oder andere gesellschaftliche Ursache des miserablen Lebens der Jugendlichen attackiert wird), dann wird man das allerdings nicht mit einem Kurswechsel der PCI identifizieren dürfen. Im Gegenteil:

Der bleibt volle Fahrt voraus in Richtung Regierungshafen, festgetakelt am Heck des christdemokratischen Kriegsschiffes.

Die PCI, die sich gern die offenbar als besonders schöpferisch empfundene Bezeichnung „gleichzeitig Regierungs- und Kampfpartei" umhängt, hat in der Praxis ihren seit 1973 angepeilten „Historischen Kompromist" mit dem DC-Regime schon längst geschlossen, ohne dafür bislang auch nur eine einzige „Entlohnung" in Form von Regierungsposten (auf nationaler Ebene) erhalten zu haben, ohne auch nur einen einzigen bedeutenden Teil ihres reformistischen Projekts dem Regime zur Verpflichtung zu machen.

Die Arbeiterklasse wird die Erpressungspolitik nicht hinnehmen

Die für die Revisionisten heute weitgehend noch positive Situation, einerseits zwar einen gewissen Einflußverlust unter den Jugendlichen (und auch unter den Frauen und Arbeitslosen) hinzunehmen, andererseits aber ihre politische Kontrolle der Arbeiterbewegung noch ziemlich unbeschädigt aufrechterhalten zu können, ist aber kein Faustpfand auf die Zukunft des Reformismus. Die PCI stellt sich mit ihrer Unterwerfung unter die repressive Krisenpolitik der Bourgeoisie selbst in ein auf die Dauer nicht haltbares Dilemma: Die Andreotti-Regierung will die „öffentliche Ordnung" (die Verhinderung politischer „Unordnung"), um umso besser und widerstandsloser das wirtschaftliche Elend der Arbeiterklasse und damit die Profite der Bourgeoisie und des internationalen Imperialismus vergrößern zu können. Die PCI aber ist auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse angewiesen, weil das auf längere Sicht die einzige Existenzsicherung des Reformismus wäre. Ein langfristig auswegsloses Dilemma ist das gerade deswegen, weil die politische Seilbruderschaft, die die PCI so mit der DC eingeht, ihr zwangsläufig selbst die Mittel aus der Hand schägt, etwas an den wirtschaftlichen Erpressungen der Bourgeoisie und ihres Regimes gegenüber der Arbeiterklasse zu ändern. Mehr noch: die PCI muß in dieser „Logik" notgedrungen auch die wirtschaftlichen Erpressungen mehr und mehr akzeptieren und verteidigen, weil sie den politischen Rahmen dieser Erpressungen akzeptiert und verteidigt. Sie wird einerseits weiterhin mit gewissen „Abänderungsvorschlägen" und Reformen der Erpressung auftreten müssen, wenn sie ihre eigene Basis in der Arbeiterklasse nicht selbst unterminieren will; und sie wird andererseits nur halbherzig die Mobilisierung der Arbeiter betreiben können, wenn sie nicht ihren „Historischen Kompromiß" mit der DC gefährden will – aber beides zusammen geht nur bis zu einem gewissen Punkt.

Die Radikalisierung der Jugendlichen in den letzten Wochen und Monaten ist aus der Erfahrung und der Einsicht heraus gewachsen, daß die herrschenden Verhältnisse einer immer größeren Zahl von Jugendlichen keine andere Perspektive mehr lassen, als die des „Lebens", ohne wirklich leben zu können, oder die der Revolte. Allein die Tatsache, daß in Italien die Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen heute bei 20 % liegt, beleuchtet deren elendes Dasein bereits genug. Und es ist kein Zufall, daß namentlich diejenigen Teile der italienischen Arbeiterklasse, deren skrupellose Ausplünderung und Diskriminierung der der Jugendlichen am ähnlichsten ist, (Frauen, Arbeitslose), auch am ehesten bereit sind, sich dieser Revolte anzuschließen oder ihr zumindest mit starker Sympathie gegenüberzustehen.

Die wirtschaftliche Misere wird sich in naher Zeit für immer größere Teile der italienischen Arbeiterklasse verschärfen; etliche neue Belastungen der Arbeiterfamilien waren bereits lange von der Regierung angekündigt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat einen Kredit über 530 Mio. DM an die italienische Regierung gerade in diesen Tagen mit im wesentlichen genau dem Bündel von Erpressungsmaßnahmen verbunden, die die Andreotti-Regierung selbst bereits ausgearbeitet hatte. Neben einer Reduzierung der öffentlichen Ausgaben (die öffentlichen Haushalte in Italien haben mittlerweile ein Defizit von insgesamt 15.000 Milliarden Lire „angesammelt", nach heutigem Kurs sind das etwa 40 Milliarden DM), fordert der IWF vor allem, daß die „Arbeitskosten" (d.h. die Löhne) drastisch kurzgehalten werden (maximal 16 % „Steigerung" – bei 28 % Inflation!). Erreicht werden soll das durch eine weitgehende Aufhebung der automatischen Lohnausgleichungsklauseln an die Inflation (scala mobile) und durch eine Blockierung der betrieblichen Verträge („reguläre" Tarifrunden sind in Italien nur alle drei Jahre). In der Mailänder Region wurden in diesem Sinne bereits (wo diese Pläne noch gar nicht „offiziell" waren) in 400 Betrieben die Betriebsvereinbarungen ausgesetzt. Die Großbetriebe Fiat, Alfa und Olivetti weigern sich zu verhandeln („LC", 20./21.3.). Angesichts stärker werdender Kampfforderungen in den Betrieben hatte die Gewerkschaftsführung schließlich am 18.3. zu einem Generalstreik in ganz Italien aufgerufen, mit Ausnahme der Region um Rom (Lazio), wo dieser erst am 23.3. stattfand.

An diesem Generalstreik (wobei die Gewerkschaftsführung diesen Begriff „General..." meist noch vermied) am 18.3. beteiligten sich rund 10 Millionen; in Lazio fünf Tage später noch mal 1,5 Millionen.

Die größten Kundgebungen während des Streiks fanden in Rom und Mailand statt (je etwa 100.000), außerdem 40.000 in Neapel, 20 bis 30.000 in Turin und Florenz, 20.000 in Mestre/Venedig, sowie eine Reihe weiterer Kundgebungen in anderen Städten.

Als besondere positive Aspekte zählt LC auf, daß in

- Florenz, Perugia und Varese eine Schweigeminute für den Genossen Lorusso abgehalten werden konnte;
- In Florenz, Neapel, Catania, Pisa, Pavia, Varese, Siracusa, Perugia, Venedig, Lucca u.a. trotz Zensurversuchen Studentenvertreter hätten sprechen können;
- in Genua, Bari, Neapel und Mailand Arbeiter zu autonomen Kundgebungen mitgezogen seien, wobei in Mailand die abziehende Demonstration im wesentlichen ein Arbeiterzug gewesen sei.

Daß in den Betrieben jetzt weitere Kampfaktionen vorbereitet werden, ist wahrscheinlich: Am 30.3. stimmten die Gewerkschaftsführungen in Verhandlungen mit der Regierung und Telefonabsprachen mit dem IWF in den USA der Durchlöcherung der scala mobile (rückwirkend ab Februar!) zu und verbürgten sich dafür, die Löhne bis Ende 1977 zu stoppen. Bei der Abstimmung über die Liquidierung der scala mobile im Parlament machte die PCI, was sie meistens als verdeckte Form der Regierungsunterstützung macht: Sie enthielt sich der Stimme. Am darauffolgenden Tag druckte Lotta Continua eine Resolution ab, die bereits von 94 Fabrikräten in Mailand, zahlreichen Delegierten aus insgesamt 140 Betrieben und den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen von 50 Betrieben unterzeichnet war. Aus anderen Regionen wurden bereits in ähnlicher Weise Resolutionen bekannt. In der Mailänder Resolution heißt es u.a., daß die Zustimmung der Gewerkschaftsführungen zum Angriff auf die scala mobile gegen den ausdrücklichen Willen der nationalen Versammlungen vom Januar in Rom verstößt, daß dies eine weitere Preisgabe der gewerkschaftlichen Autonomie und Demokratie ist. Es wird die schnellstmögliche Einberufung einer neuen nationalen Delegiertenversammlung und die sofortige Einstellung der Treffen zwischen Gewerkschaft und Regierung gefordert.

KB/Gruppe Frankfurt

Die DKP hetzt mit

Über **„die Ausschreitungen rechter Stoßtrupps in Italien"** berichtete am 17.3. die „UZ" der DKP. Liest man den Artikel, so erfährt man freilich, daß mitnichten die in Italien in der Tat sehr aktiven Faschisten gemeint sind, sondern **die Kampfaktionen der linken Studentenbewegung!** Dies seien nämlich, so meint die „UZ", ***„antikommunistische und arbeiterfeindliche Banden"***, hinter denen ***„bekannte umstürzlerische Zentralen"*** stünden. Das hat die „UZ", wie nicht verschwiegen wird, wörtlich aus der italienischen PCI-Zeitung „l'unita" abgeschrieben. Und auch dies: *„...daß die schießend und plündernd durch die Straßen Roms und anderer Städte tobenden Terrorbanden seit einem Jahr über eine Rundfunkstation verfügen, die die jüngsten Ausschreitungen exakt lenkte"*. Ja ja, kein Zweifel möglich, gemeint sind immer noch die kämpfenden Studenten und ihre fortschrittlichen „autonomen" Sender, die derzeit der Reihe nach von der Regierung stillgelegt werden. An der Behauptung der im „hysterischen Kompromiß" vereinigten italienischen Reaktion, diese Sender würden die Kämpfe der Studenten „exakt lenken" ist ebensoviel Wahres wie an den entsprechenden Märchen „unserer" Bourgeoisie über Brokdorf, Grohnde und den KBW. Es fehlt in der „UZ" im übrigen auch nicht der Hinweis, daß es den revoltierenden Jugendlichen in Italien um die *„Verschärfung innenpolitischer Spannungen"* und die *„Liquidierung der demokratischen Errungenschaften der Volksmassen"* gehe.

Kein Wort liest man in dem Artikel über den in Italien herrschenden Polizei-Terror, über die Morde von Polizisten und Faschisten an Linken etc. Das nebenstehende mit Originaltext aus der „UZ" abgedruckte Foto ist der einzige „Hinweis" der „UZ" auf die machtvolle Demonstration von 50 bis 100.000 Studenten am 12. März in Rom – die Demonstration war verboten worden, obwohl sie erklärtermaßen „friedlich" verlaufen sollte, und mußte gegen ein Terror-Aufgebot Tausender Polizisten und Carabinieri durchgesetzt werden. Das verschweigt die „UZ" – bei ihr bleiben nur „randalierende" Studenten übrig, die „systematisch" Autos demolieren.

Daß das keine kommunistische Zeitung ist, ist eh klar. Aber sie informiert noch nicht einmal „sachlich" im schlichtesten bürgerlich-liberalen Sinn, sondern betreibt verdummende Stimmungsmache und Hetze auf dem Niveau der „Bild"-Zeitung, sobald es um die „Chaoten" geht.



Ausgebrannte und systematisch demolierte Fahrzeuge säumten den Straßenrand, wie hier in der Nähe des Vatikan, nachdem die „Autonomisten" am Wochenende in Rom randaliert hatten

Faul und Jude noch dazu!...
Die DKP im Umgang mit „Dissidenten"



Die DKP sieht sich gelegentlich veranlaßt, zu dem aktuellen Thema „Dissidenten" in der Sowjetunion Stellung zu nehmen. Meist besorgt sie das durch den Abdruck von Artikeln aus der sowjetischen Presse in ihrer „UZ". **Da diese Artikel niemals kommentiert werden, geben sie offenbar die Vorstellungen der DKP zum Umgang mit „Dissidenten" wieder.** Und da wird's für uns interessant!

So konnte man z.B. in der „UZ" vom 3.März die Ausführungen eines Herrn Boris Antonow über **„die kriminelle Laufbahn des Alexander Ginsburg"** lesen. Ginsburg sitzt im Knast. Er ist natürlich kein politischer Gefangener (die gibt's nämlich laut DKP in der Sowjetunion gar nicht!), sondern er *„mißachtete die Einhaltung der sowjetischen Gesetze. Einzig aus diesem Grund wurde er kürzlich in Kaluga festgenommen"*. In seiner Wohnung wurden dabei *„antisowjetische und zionistische Schriften"* gefunden. **Worin sein Verstoß gegen die sowjetischen Gesetze konkret bestanden haben soll geht aus dem Artikel indessen leider nicht hervor.**

Aber dafür erfährt man, daß dieser Ginsburg schon immer ein ganz übles Subjekt war. Als Kind fing das schon an: *„ In der Schule zeichnete sich Ginsburg nicht gerade durch Fleiß aus. In der zehnten Klasse wurde er wegen systematischen Schulschwänzens von der Schule verwiesen"*. Trotzdem schaffte es dieser kriminelle Faulpelz später irgendwie, sein Abitur nachzumachen. *„Seine Freizeit widmete er dem Ankauf von gestohlenen Ikonen, die er an Ausländer verschob"*. Seltsamerweise ist in dem Artikel nicht zu lesen, daß er deswegen irgendwann vor Gericht verurteilt wurde, obwohl die entsprechenden Gesetze normalerweise sehr streng sind... Dafür erwischt es den Schulschwänzer und Ikonen-Hehler dann etwas später aber doch: Um studieren zu können, *„fälschte Ginsburg eine Reihe von Dokumenten"* und wurde ertappt: Zwei Jahre Knast. Besser wurde es danach leider auch nicht mit ihm: Er trieb sich bei westlichen Diplomaten und Journalisten herum und *„für Whisky und Zigaretten (!) verkaufte er sensationelle Geschischten über 'sowjetische Folterkammern'"*. So billig sind **„Verräter am eigenen Volk"** (KPdSU-Originalton) offenbar im „realen Sozialismus" zu kaufen. Weil sich Ginsburg außerdem noch der *„Verbreitung von Hetzschriften in der UdSSR"* widmete, gab es wieder einen *„Konflikt mit dem Strafgesetz"* und 1968 eine fünfjährige Haftstrafe.

Ein besserer Mensch scheint aus dem kriminellen Faulpelz immer noch nicht geworden zu sein. Ganz im Gegenteil: Er wurde auch noch Zionist!! *„Die Ansichten Ginsburgs tragen einen ausgeprägten prozionistischen Charakter. Er verkündete zum Beispiel, für die 'jüdische Weltherrschaft' kämpfen zu wollen"*. Das liest man einmal, zweimal, und glaubt es immer noch nicht: **„Jüdische Weltherrschaft"** ! Was selbst die „Nationalzeitung" des faschistischen Progrom-Hetzers Frey nur anzudeuten wagt, kann man jetzt schwarz auf weiß in der „UZ" nachlesen: **Die Zionisten streben die „jüdische Weltherrschaft" an!** Die stinkend gewordenen antisemitischen Lügen von der „jüdischen Weltverschwörung" feiern Auferstehung. Und die Verschworenen tragen wieder ihre alte Physiognomie: schon auf der Schule provozierend faul, schachern sie später mit Diebesgut, verkaufen das Vaterland für Whisky und Zigaretten und - der Hinweis fehlt noch in dem Artikel des Herrn Antonow - schlachten zu Ostern kleine Christenkinder.

Es ist gut, daß die "UZ" solche Texte regelmäßig dokumentiert, damit man sich ein Bild von dieser Art von „realem Sozialismus" machen kann. Schade nur, daß die „UZ" so wenig gelesen wird, speziell auch unter DKP-Mitgliedern!



ausländische Arbeiter in der BRD

Antifaschismus in der Arbeiterwohlfahrt?

In AK 102, S.15, berichteten wir über die Entschließung des Bundesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) gegen die Umtriebe der MHP (Nationale Bewegung der Türkei), ihrer militärischen Unterorganisation „Graue Wölfe" und anderer faschistischer Organisationen in der BRD.

Diese Entschließung war auf einer Sitzung des Bundesvorstandes der AWO, anläßlich eines Überfalls auf einen AWO-Mitarbeiter, der von einem MHP-Mitglied am Auge verletzt wurde, gefaßt worden. Im letzten Absatz dieser Entschließung heißt es: *„Die Arbeiterwohlfahrt fordert alle verantwortlichen Stellen auf, die Bildung rechtsradikaler Gruppierungen mit terroristischen Zielen zu überwachen, jede Aktivität unverzüglich aufzuklären und der Justiz zu übergeben".*

Wir schrieben dazu: *„Wir halten es durchaus für keine ‚selbstverständliche' Haltung einer Institution wie der Arbeiterwohlfahrt, in einer so demokratisch und bewußt antifaschistischen Weise auf ein scheinbar relativ geringfügiges Ereignis (‚nur ein blaues Auge') zu reagieren. Offensichtlich besteht in dieser Institution ein ausgeprägtes Bewußtsein über die Gefährlichkeit der alle fortschrittlichen Türken bedrohenden islanisch-faschistischen Bewegung der ‚Grauen Wölfe'. Dies ist zu begrüßen."*

Wir haben aufgrund dieses Artikels eine Stellungnahme der „ÖTV-Kommission" des KB / Hamburg erhalten, die diese Einschätzung für voreilig hält und sagt *„die antifaschistische Propaganda der AWO war nur Schall und Rauch".* Als Beleg bringen die Genossen folgende Tatsachen, aus denen sie den Schluß ziehen, daß es der AWO *„nicht um die Bekämpfung der Faschisten gehe, sondern in erster Linie um die Verhinderung eines Zusammenschlusses von westdeutschen und ausländischen Kollegen gegen die Faschisten":*

„Mit Rundschreiben vom 7.2.77 hat der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt die Sozialbetreuer für türkische Arbeitsemigranten in der BRD darauf hingewiesen, daß ein Beschäftigungsverhältnis bei der Arbeiterwohlfahrt mit einer Mitgliedschaft oder Mitarbeit in der MHP, der Islamischen Union und der TEBÖK (!) bzw. Organisationen, die von diesen Gruppen mitgetragen werden, unvereinbar ist und arbeitsrechtliche Konsequenzen für den Fall der Nichtbeachtung nach sich ziehen wird" („Päd.-Extra-Sozialarbeit", 4, S.14).

Die ÖTV-Kommission führt weiter aus:

„Hier wird im selben Atemzug mit den faschistischen Organisationen MHP und Islamische Union, nach dem altbewährtem Strickmuster rechts = links, die fortschrittliche, antifaschistische TEBÖK („Friedens- und Freiheitskomitee der Türkei") genannt!

Der erste Schritt zu diesem Extremistenerlaß der AWO war bereits im Februar 77 getan worden: Der Bundesvorstand der AWO hatte den Sozialbetreuern eine Teilnahme am Türkischen Arbeiterkongreß, der u.a. von der TEBÖK und anderen fortschrittlichen Organisationen (wie z.B. der TDF („Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa") und der ATTE („Föderation Türkischer Sozialisten in Europa") veranstaltet worden war (s. AK 102, S. 15), verboten."

Wir halten es für richtig und notwendig, diese Zusammenhänge aufzudecken. Diese rechten Tendenzen innerhalb der AWO wurden bereits in AK 98 und AK 100 dargestellt (von der „ÖTV-Kommission" und einem Frankfurter Genossen).

Wir halten jedoch die Kennzeichnung des Nebeneinanderstehens von antikommunistischen Tendenzen einerseits und antifaschistischen Stellungnahmen andererseits als „altbewährtes Strickmuster rechts = links" für in diesem FAll nicht ganz zutreffend. Das „Strickmuster rechts = links" ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß die Abgrenzung nach rechts nur dazu dient, nach links zu schlagen, also im Grunde nur die Funktion einer Ausrede, eines Alibis hat. Die Dokumentation, die die AWO im Falle ihres angegriffenen Mitarbeiters herausgegeben hat ist für sich genommen auf jeden Fall eindeutig antifaschistisch und gegen den MHP-Terror gerichtet. Insofern ist sie objektiv einfach fortschrittlich. Ähnlich wie die Untersuchungen und Enthüllungen der IG-Metall zum faschistischen Terror unter Türken durchaus brauchbar sind, ohne daß deshalb die gesamte Ausländerpolitik des DGB dadurch einen fortschrittlichen Charakter bekommt. Wir sollten kritisieren, was zu kritisieren ist und richtige und wichtige Enthüllungen dabei nicht so schnell auf denselben Kehrichthaufen werfen.

Emigrantenzelle

Neue »Widersprüche« im Fall I. Batos

Die Todesursache des griechischen Arbeiters I. Batos, der in einer Ausnüchterungszelle des Dortmunder Polizeigefängnisses starb (siehe AK 102), ist weiter ungeklärt. Vielmehr kamen neue Widersprüche zutage:

Mit der dreisten Lüge, man habe Batos wegen der griechischen Buchstaben im Paß erst am nächsten Tag identifizieren können, wurde begründet,

- daß er nicht schon nach 6 Stunden entlassen worden ist,
- daß er nicht in ein Krankenhaus kam und
- daß die Eltern erst 9 Stunden nach seinem Tod benachrichtigt wurden.

Tatsache ist aber, daß in jedem griechischen Paß die Namen auch in lateinischen Buchstaben stehen!

Nach mehreren Zeugenberichten wurde I. Batos bei der Festnahme geschlagen. *„Einfache, körperliche Gewalt"* heißt das im Polizeijargon.

Das Verhalten der Staatsanwaltschaft und Polizei erhärten diese Annahme: Der Pullover des Toten weist Blutspuren auf, das restliche Zeug wurde der Mutter nicht ausgehändigt, sondern verbrannt.

Einem griechischen Arzt, der auf Wunsch der Mutter eine weitere Obduktion vornahm, wurden innere Organe nicht zur Verfügung gestellt. Überhaupt ist die Frage ungeklärt, warum die inneren Organe entfernt wurden. Der amtliche Obduktionsbericht wurde bislang nicht vollständig veröffentlicht, ebensowenig werden die Namen der Polizisten, die „Dienst" hatten, bekanntgegeben. Die bisher von fortschrittlichen Griechen und Deutschen aufgedeckten Fakten beweisen, daß Staatsanwaltschaft und Polizei einiges zu verbergen haben.

Eine Metallgenossin

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2 000 Hamburg 13
Tel. 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Welpert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/St[illegible]burg
Postlagerkarte [illegible] 2 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonna[illegible] von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum [illegible]bek/West

Bremen

Bremerhaven
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag 16.30 - 19.00 Uhr

Bremen
A. Neugeborn
Postfach 102902
28 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr. 11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 066 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag Kortumstr./Innenstadt 10 – 13.oo Uhr, jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa 12.oo – 14.oo Uhr

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Do. 11.oo Uhr – 14.oo Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006746
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt/M. 90
öffentl. Bürostunde Mi. 16.30 – 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Verkauf jeden Mittw. – alte Mensa/Marstallhof und 19 Uhr im CA

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum, Sellerstr. 59
Freitag 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Samstag 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr, Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis Mittwoch 19 Uhr im Komm.
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Manuel B.: Teufelskreis der Ausländergesetze

Aufgrund eines Warnstreiks bei der Ingrid-Hütte (Euskirchen) wurde der Kollege Manuel B. mit 17 weiteren Kollegen, darunter noch 14 Ausländer – rausgeschmissen und ist seither arbeitslos. Obwohl der Kündigungsschutzprozeß noch läuft, „interessiert" sich die Ausländerbehörde des Kreises Euskirchen zunehmend für Manuel B. Grund ? Wegen längerer Arbeitslosigkeit zog M. B. mit seiner Familie in eine kleinere Wohnung mit immerhin noch 400 DM Miete. Das älteste Kind muß jetzt im Wohnzimmer schlafen, die zwei Kleinen im Kinderzimmer, das 12 qm groß ist.

Da nur ein Kinderzimmer vorhanden ist, verlangt die Behörde, daß M. B. auszieht !!! Um weiteren Druck auszuüben wurde die Aufenthaltsgenehmigung von Ende 1980 (vorerst) verkürzt auf den 16.10.1977!

Die „Richtlinien" für Unterkünfte von Ausländern sind – wie dies Beispiel wieder deutlich zeigt – nur dazu da, die ausländischen Kollegen aus diesen Wohnungen und aus dem Land zu jagen. Doch die Schweinerei geht noch weiter.

Wokan, der Inhaber der Ingrid-Hütte, entließ weitere Kollegen, gründete aber gleichzeitig juristisch eine neue Firma.

Den entlassenen Kollegen wurde die Wiedereinstellung „angeboten", wenn sie auf 40 % des bisherigen Akkordlohnes verzichten. Unzumutbar, oder ? Das Arbeitsamt legte den Begriff der „Zumutbarkeit" für den Kapitalisten aus und machte die weitere Erteilung der Arbeitserlaubnis von der Annahme der schlechteren Bedingungen abhängig!

Die Ausländerbehörde wiederum macht die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung abhängig von der Arbeitserlaubnis und diese gilt nur für den Raum Euskirchen bei einer Arbeitslosenquote von derzeit 7,1 % (Angaben aus „UZ" vom 29.3.77).

An diesem Beispiel und der Handhabung ausländerfeindlicher Gesetze wird die rechtlose und zunehmend ausweglose Situation der ausländischen Kollegen deutlich.

Metallgenossin

Die Ausländer in der BRD genießen alle Grundrechte mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der freien Wahl der Berufs- und Ausbildungsstelle sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland.



MHP-Terror in Dortmund

Am 2.4. fand ein vom Türkischen Arbeiterverein Dortmund veranstaltetes Solidaritätsfest statt unter den Forderungen *„Schluß mit faschistischen Morden und Folterungen in der Türkei. Freie Wahlen ohne die Terrorherrschaft der Nationalistischen Front."*

5 Faschisten wurden zu Beginn der Veranstaltung von Ordnern daran gehindert, ihren Dreck zu verteilen. Daraufhin stürmten 15 weitere türkische Faschisten mit Pistolen und umwickelten Kabel-Knüppeln auf die vor dem Lokal wartenden Menschen zu, schlugen auf sie ein und schossen drauflos. Mehrere Menschen wurden verletzt, vier mußten mit Kopfverletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Die Schüsse gingen glücklicherweise nur in eine Fensterscheibe.

Von festgenommenen Faschisten ist nichts bekannt.

KB / Gruppe Bochum

Altes Gefängnis für Asylsuchende?

Hof/Bayern. *„Der Kelch ging noch einmal an Hof vorbei"*, schrieb ein Mitglied der SPD-Fraktion im Hofer Stadtrat in der SPD-eigenen Zeitung „Frankenpost". *„Heimlich, still und leise wollte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung unter Minister Dr. Fritz Pirkl allen Ernstes aus Hof ein zweites Zirndorf machen"* („Frankenpost", 23.3.77).

In Zirndorf gibt es bekanntlich das zentrale „Auffanglager" für asylsuchende Ausländer (es wurde vor kurzem wegen Überbelegung geschlossen).

Der SPD-Stadtrat regt sich nicht etwa darüber auf, daß als Unterkunft für „300 Pakistani und Araber" ein seit vier Jahren verrottendes altes Gefängnis in Hof auf seine Eignung überprüft wurde. Er muß zwar immerhin zugeben, daß um aus dem Bau eine *„halbwegs menschenwürdige Unterkunft"* zu machen, über eine Million Mark investiert werden müßten, ist aber vor allem erleichtert, daß dies den Herren vom Ministerium zu teuer war. Vor allem: *„Die Herren mußten notgedrungen einsehen, daß man ein derartiges Lager nicht mitten in eine Stadt legen kann, wo ringsum noch Schulen stehen"* („Frankenpost", 23.3.77). Zwischen den Zeilen prangt der Rassismus (man kann doch deutschen Schulkindern diese kriminellen Ausländer nicht zumuten ...).

An solchen Äußerungen wird die Selbstverständlichkeit rassistischer Vorurteile erschreckend deutlich. Nicht daß politisch Verfolgten aus dem Ausland ein altes Gefängnis, das offenbar selbst schon den einsitzenden Gefangenen nicht mehr zuzumuten war, als „Asyl" für monatelanges oder jahrelanges Dahinvegetieren angeboten wird, bringt den durchschnittlichen SPD-Politiker auf die Barrikaden, sondern die Tatsache, daß solche „Untermenschen" möglicherweise mit „deutschen" Schulkindern in Berührung kommen könnten. Wo doch die 56.000 deutschen Bewohner der Stadt Hof schon 4.000 Ausländer, vorwiegend Türken, verkraften müssen, mokiert sich dieser Herr, da ist so ein Lager einfach unzumutbar – für den deutschen „Rassebürger", möchte man hinzufügen.

Ein AK-Leser aus Hof/ Emigrantenzelle



Frauen



Die Feminismus-Kritik von „konkret": sehr schwach auf der Brust!

Eine behaarte Männerhand drückt auf einen appetitlich aussehenden Busen. Solchermaßen provozierend aufgemacht hat sich die letzte Ausgabe der Zeitschrift „Konkret" den Feminismus in der BRD zum Thema genommen.
Gewiß nicht uninteressant, besteht doch selbst in der bundesrepublikanischen Frauenbewegung kaum ein Überblick über alle Aktivitäten, Gruppen, Zeitungen, Pläne und Meinungen. Wer allerdings eine halbwegs fundierte und sachliche Auseinandersetzung erwartet, wird schon von der Überschrift eines „Besseren" belehrt: „Feminismus 77 — schwach auf der Brust" — das ist das Vorurteil, das Leitmotiv und das Endergebnis der „konkret"-Redakteure gewesen. Und dazu das saudumme Foto, das offenbar handfest demonstrieren soll, w i e „schwach auf der Brust" die Frauen sind.



Es gibt keine spezielle Frauenfrage?

Drei Männer und eine Frau schreiben in „konkret" zum Thema Feminismus. Dieses Verhältnis ist laut eigenem stolzen Bekenntnis nicht zufällig, sondern gewollt: Demonstriert werden soll, daß Männer mindestens ebensogut über Frauenpolitik schreiben können wie Frauen selbst — womöglich noch besser! ....„**Über Arbeitslose können nicht nur Arbeitslose schreiben, über Krankenhäuser nicht nur Ärzte und Patienten. Der Betroffene bleibt oft in subjektiven Wahrheiten stecken, die häufig objektive Lügen sind. Deshalb wurde auch die weibliche Betroffenheit, die so wichtige Grundlage der Selbstorganisation unter Männern leidender Frauen, nicht zum Maßstab der Autorenschaft gemacht"** („konkret"). Frauenpolitik, so wird arrogant verkündet, gebe es sowieso überhaupt nicht, sondern „nur richtige oder falsche Politik". In diesem Sinne kann der „konkret"-Redakteur Hartmut Schulze in seinem Artikel noch so viele gute Sprüche über Klassenkampf und die Befreiung der Arbeiter bringen. Daß es ihm damit ernst ist, muß man anzweifeln.

Gute Sprüche hat er sich allerdings viele angelesen. Und mit Zitaten von hoher und höchster marxistischer Ebene weiß er geschickt umzugehen. Und alle diese Zitate sind so ausgewählt, daß nur eine Schlußfolgerung möglich ist: Es mag zwar eine Unterdrückung der Frau im Kapitalismus durch den Mann geben, aber erstens ist die erst im Sozialismus abzuschaffen, zweitens soll die Frau ihren Kampf gefälligst an der wichtigsten Frage (Ausbeutung durch den Kapitalisten) beginnen, und drittens arbeitet sie, wenn sie gegen die
ihren Kampf gefälligst an der wichtigsten Frage (Ausbeutung durch den Kapitalisten) beginnen, und drittens arbeitet sie, wenn sie gegen die
Unterdrückung durch die Männer kämpft, g e g e n eine Befreiung vom Kapitalismus.

So zitiert Harmut Schulze immer wieder: *„Nicht gegen die Männer, sondern gemeinsam mit ihnen, mit der gesamten demokratischen Bewegung ...".* Und: *„Es ist ungemein töricht und naiv, ... wenn gewisse Frauenrechtlerinnen für die soziale Emanzipation des weiblichen Geschlechts eintreten, indem sie voll moralischer Entrüstung gegen den männlichen Egoismus poltern und in ihm den Urheber allen Übels erblicken."*

Das ist ja alles richtig, nur ist es falsch d e r Frauenbewegung zu unterstellen, sie führe ihren Kampf statt für den Sozialismus gegen den Mann, und deshalb „d i e" Frauenbewegung zum objektiv reaktionären Lager zu rechnen.

Ein falsches Bild der Frauenbewegung

So kommt aus oben genannten Gründen niemand aus der Frauenbewegung selbst zu Wort, geschweige denn wird versucht, die Vielfalt der Widersprüchlichkeit in der Frauenbewegung selbst aufzuzeigen. Und wie es nur einen Weg für die Frau gibt, sich zu emanzipieren, so gibt es bei Hartmut Schulze auch nur e i n e Linie innerhalb der Frauenbewegung: männerfeindlich, linkenfeindlich. Zitiert werden von ihm Alice Schwarzer, Frauenjahrbuch '76, Frauenkalender '77, die „Schwarze Botin" und Shulamit Firestone.

Natürlich sind die Zitate und Theorien z.T. männerfeindlich, z.T. reaktionär. Aber die Frauenbewegung in der BRD besteht aus mehr als aus diesen Vertreterinnen, und wenn man das unterschlägt, dann ist die Darstellung **„objektiv eine Lüge"**.

Zum Beispiel sagt er, daß das Thema „Lohn für Hausarbeit" ein Kernproblem der Frauenbewegung ist. Und dann stellt er Alice Schwarzers Standpunkt als den der gesamten Frauenbewegung hin. Das ganze Spektrum der Diskussion, die vielen unterschiedlichen Standpunkte unterschlägt er.

„Emma", „Courage", Alice Schwarzer, Frauenkalender, Frauenjahrbuch, das soll die Frauenbewegung in der BRD sein, und „Männerhaß" und „Lohn für Hausarbeit" ihre einzigen Inhalte. Dieses plumpe Schema könnte vom KBW ebenso gut stammen wie von der DKP ...

So wird mit keinem Wort gesagt, welchen Anteil die Frauenbewegung am Kampf gegen § 218 hat, was es für Frauengruppen gibt, Frauenzentren, Frauenhäuser. Es taucht auch kein Bericht auf über die Frauengruppen in der AKW-Bewegung und schon gar nichts über linke Frauengruppen, über betriebliche und gewerkschaftliche Frauengruppen, die sich eigenständig gebildet haben.

Die Frauenbewegung von links kritisieren?

Die Frauenbewegung von links kritisieren?

„Konkret" bietet viel auf, um zu belegen, daß die Unterdrückung der Frau nur mit dem Sturz des Kapitalismus zu Fall zu bringen ist. Sie haben sich sogar die Mühe gemacht, mit Bebel-Zitaten ein fingiertes Interview zu basteln.

Selbstverständlich ist die Befreiung der Frau untrennbar mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden. Nur ist es so platt, wie „konkret" sich das vorstellt, läuft die Beteiligung der Frauen am Kampf doch nicht ab. So gut und richtig es ist, auf die Ausbeutung und Unterdrückung der Frau am Arbeitsplatz, durch Unterbezahlung und Arbeitslosigkeit hinzuweisen, so kann man daraus nicht automatisch schließen, daß sich n u r da die Frauen gewinnen und organisieren lassen. Es ist nun mal eine Tatsache, daß man uns Frauen nicht vorschreiben kann, wo wir als erstes die Unterdrückung begreifen — ob als Hausfrau, Mutter, Arbeiterin ... Und es ist keineswegs unmarxistisch oder feministisch, wenn wir Frauen auch an einem sog. „Nebenwiderspruch" mobilisieren, agitieren und für den Kampf gewinnen. Und um den vielen Zitaten, die „konkret" herangezogen hat, eins hinzuzufügen:

„Die unpolitische, unsoziale, rückständige Psyche dieser Frauenmassen, ihr isolierender Betätigungskreis, der gesamte Zuschnitt ihres Lebens sind Tatsachen. Es wäre töricht, sie nicht zu beachten, absolut töricht. Wir brauchen eigene Organe zur Arbeit unter ihnen, besondere Agitationsmethoden und Organisationsformen. Das ist nicht Feminismus, das ist praktische, revolutionäre Zweckmäßigkeit" (Zetkin, Erinnerungen an Lenin.).

Und um deutlich zu machen, daß der Kampf der Frauen gegen die frauenfeindliche bürgerliche Ideologie und gegen die täglich präsente Unterdrückung durch den Mann nicht erst am St. Nimmerleinstag aufgenommen werden darf, zitieren wir nochmals Clara Zetkin:

„Unsere kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen, unsere politische Arbeit unter ihnen, schließt ein großes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern in sich ein. Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten feinsten Wurzel ausrotten — in der Partei und in den Massen" (ebenda).

Lenin hätte mitgemauert!

Der Protest gegen den üblen „konkret"-Artikel, in dem propagiert wird, **„die Emmas doch mal richtig anzunehmen"**, fand zu recht seinen Höhepunkt in einer Aktion der „Panther-Tanten" in Hamburg:

Statt wehleidig zu beklagen, daß so ein Blatt mit linkem Anspruch derart abgewichste frauenfeindliche Sachen schreiben kann, mauerten sie kurzentschlossen der „konkret"-Redaktion die Tür zu. Präservative zum Schmuck der Angelegenheit machten
Sachen schreiben kann, mauerten sie kurzentschlossen der „konkret"-Redaktion die Tür zu. Präservative zum Schmuck der Angelegenheit machten
sich prächtig, und die Parole im Treppenhaus: **„Konkret 77 — schlapp auf dem Schwanz"** ließ keinen Zweifel daran, daß Frauen einfühlsam verstehen, den richtigen Ton zu treffen. Herr Gremliza sollte es sich deshalb überlegen, ob er die Frauen nochmal als **„meschuggene Chaotinnen"** („Frankfurter Rundschau", 6.4.77) beschimpft.

Sein Strafantrag wegen dieser Aktion läßt allerdings den Schluß zu, daß es ihm schwerfällt, dazuzulernen.

In einem Flugblatt bezeichnen die Frauen ihre Aktion als *„die einzig angemessene Antwort auf die sexistischen, frauenfeindlichen und dummen Artikel".* Recht haben sie!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Sozialamt schön dankbar sein!

Sozialhilfeempfänger werden bei den Behörden wie der letzte Dreck behandelt und haben nach Auffassung einiger Leute dort auch noch dankbar dafür zu sein. Besonders werden Frauen diskreminiert, vor allem unverheiratete. Kürzlich erzählte uns eine Frau, wie es ihr beim Sozialamt in Flensburg ergangen ist:

A. ist geschieden und hat vier Kinder. Für das jüngste Kind hat sie von dem Vater noch nie einen Pfennig gesehen, obwohl sie jetzt schon monatelang prozessiert. Nun läuft sie schon wieder seit dem 7. März hinter dem ausstehenden Geld vom Jugendamt her. Jedesmal wird sie damit vertröstet, das würde sich alles „ein bißchen" verzögern, weil die Abrechnung über eine EDV-Anlage läuft. Wenn sie „Glück" hat, dann ist das Geld vom Jugendamt immer am Ende des Monats auf dem Konto, also jeweils einen Monat zu spät. Vom Sozialamt wiederum wird das Geld, das sie vom Jugendamt erhalten müßte, am Anfang des Monats abgezogen. Es gilt als Einkommen, obwohl gar nicht vorhanden!

A. ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern ging immer wieder zum Sozialamt, um ihre Forderungen anzumelden.

Demnächst muß sie ins Krankenhaus und wollte sich deswegen noch einmal erkundigen, wie es in diesem Falle mit den „Sozialleistungen" für sie und die Kinder aussieht. Man verkündete ihr, daß für sie nach 14 Tagen Krankenhausaufenthalt nicht mehr gezahlt wird, weil sie ja im Krankenhaus beköstigt wird!

A. wandte ein, daß sie dann ja noch schlechter dastehen würde als ein Arbeiter, der im Krankheitsfall immerhin noch Lohnfortzahlung oder Krankengeld bekommt. Daraufhin erwiderte man ihr wörtlich: „Natürlich, denn Sie sind noch weniger wert als ein Arbeiter. Außerdem sollten Sie dem Arbeiter danken, weil sie Sozialhilfe nur duch seine Arbeit bekommen. Man muß den Hut vor dem Arbeiter ziehen, daß er dann noch Lust hat, zu arbeiten". Also: Wer Sozialhilfe bekommt, ist arbeitsscheu und lebt auf Kosten der „Gesellschaft" — eine faschistoide Auffassung!

A. sagte dann zu dem Sozialarbeiter, sie wolle mit ihm einmal über die Diskreminierung der Frauen beim Sozialamt sprechen. Das lehnte dieser Typ natürlich ab mit dem Hinweis, er wüßte sowieso, daß sie Mitglied einer „emanzipierten Frauengruppe" sei.

Offenbar ist man heute schon als Mitglied in einer Frauengruppe beim Sozialamt aktenkundig.

Wir werden aus diesem Vorfall den Schluß ziehen, gemeinsam zu solchen Ämtern zu gehen, damit sie mit uns nicht machen, was sie wollen.

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

„Friedensfrauen" jetzt auch in Libanon?

Das Vorbild der nordirischen „Friedensfrauen", die gegen die Befreiungsbewegung hetzen und dafür von der Bourgeoisie finanziert und in ganz Westeuropa herumgereicht werden, soll jetzt Schule machen: 30 Frauen aus der libanesischen Stadt Marg-Ajun — bisher Hochburg der „christlichen" Faschisten, aber derzeit von Palästinensern und fortschrittlichen libanesischen Kräften angegriffen — haben sich mit Briefen, Telegrammen etc. an die Regierungen von Großbritannien, der BRD, der USA und des Libanon gewandt und sie aufgefordert, die faschistischen Kräfte stärker zu unterstützen. In dem von Verlogenheit triefenden Text, der derzeit durch die bürgerliche Presse geht, heißt es u.a.: „ ... *Diejenigen, die sonst so hoch von Menschenrechten und Moral reden — wo sind sie jetzt? Warum hört man kein Wort zugunsten der Machtlosen von Marg-Ajun und anderer Maroniten-Dörfer* (christliche Sekte — Anm. AK) *? Wir werden skrupellos angegriffen. Man setzt gegen uns Brand- und Phosphorbomben ein. Unsere Kinder, Frauen und Alten werden von gottlosen (!) Mördern geschlachtet. S i e müssen etwas tun, damit man uns nicht total vernichtet"* („Welt", 13.4.).

Vielleicht soll man jetzt noch öfter von dieser Art „Friedensfrauen" hören. Jedenfalls schwiegen diese Stimmen zu den Massakern der Faschisten vor einigen Monaten in palästinensischen Lagern und Stadtteilen und unter der mohamedanischen (= „gottlosen" ?!) Bevölkerung des Libanon. Diese Stimmen rufen nicht zum Frieden, sondern sie rufen nach neuen Waffen- und Geldlieferungen der Imperialisten für weitere Massaker.

„Walpurgisnacht"?

Am Vorabend des 1. Mai, am 30.4., soll unter der Bezeichnung „Walpurgisnacht" und dem zentralen Motto „Holen wir uns die Nacht zurück" von Frauengruppen in zahlreichen Städten gegen Vergewaltigungen demonstriert werden. Die ganze Aktion, einschließlich ihres zentralen Mottos und ihrer detailierten Stoßrichtung, ist einer früheren Aktion italienischer Feministinnen abgeguckt.

Der KB wird sich an diesem Unternehmen nicht beteiligen. Zugleich gehen wir davon aus, daß das Anliegen (gegen Vergewaltigungen) grundsätzlich ein gerechtes ist und daß sich an den Aktionen auch Frauengruppen beteiligen wollen, die mit uns zusammenarbeiten und die mit den Absichten der Initiatorinnen dieser Aktion nicht übereinstimmen. Daher haben wir beschlossen, keine aktive öffentliche Gegenpropaganda gegen die Aktion zu machen, sondern erst nach dem 30.4. anhand der bisherigen Abläufe Bilanz zu machen.

Trotzdem halten wir es für zweckmäßig, im AK kurz die wesentlichen Argumente für unsere Nichtbeteiligung darzustellen: Wir gehen davon aus, daß das Unternehmen „Walpurgisnacht" nicht bloß zeitgleich, sondern auch politisch und gewollt in Konkurrenz zum 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse steht. Den Initiatorinnen geht es keineswegs darum, Nebenwidersprüche im Volk wie Vergewaltigungen und allgemeine Gewalt von Männern an Frauen als zusätzliche Dimension in unseren Kampf einzubringen, sondern diese Nebenwidersprüche zur Hauptsache zu machen und von den Tageskämpfen der Frauen (Leichtlohngruppen, Arbeitslosigkeit, § 218 usw. usf.) ebenso abzulenken wie vom Kampf gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt. Daß sich auf dem Münchener Kongreß, wo die „Walpurgisnacht" beschlossen wurde, eine Frau arrogant vorstellte: „Ich bin Kapitalistin", zeigt die gewollte Stoßrichtung an.

Es ist ein trauriges Zeichen, wenn selbst die „Courage", die immer noch als eine der politischsten unter den Frauen-Zeitungen gelten kann, in der letzten Ausgabe seitenweise über Vergewaltigungen und „Walpurgisnacht" zu berichten wußte, aber kein Wort zum 1. Mai verlor.

Wir erleben derzeit einen massiven Versuch, der in erster Linie von kleinbürgerlichen bzw. teilweise direkt bürgerlichen Gruppen lesbischer Frauen ausgeht, die gesamte Frauenbewegung zu entpolitisieren und sie auf ihre speziellen Bedürfnisse zurechtzustutzen. Für das, was sich diese Frauen vorstellen, wäre Politik, im Sinn einer Vertretung von Fraueninteressen, nur störend. Abtreibung und Kampf für bessere Verhütungsmittel z.B. stellt für diese Frauen natürlich kein Problem dar. Und die Probleme von Arbeiterinnen waren für sie sowieso noch nie ein Problem. So ist zum Kampf gegen den § 218 in vielen Frauen-Zeitungen kaum noch etwas zu finden, vom Kampf gegen Leichtlohngruppen, Frauenarbeitslosigkeit usw. gar nicht zu reden.

In dieser zunehmend entpolisierten und antikommunistisch hysterisierten Szene bewegen sich zum einen opportunistische Gruppen wie die „Courage"-Frauen (was soll eigentlich noch der Name?!) und zum anderen aktive ‚Kader' wie die „Schwarze Botin", die in der schützenden Geborgenheit der – von ihnen im Grunde total verachteten –„Solidarität unter Frauen" – nichts Geringeres im Schilde führen als die vollständige Ausrottung der Männer und die Fortpflanzung einer aufs Weibliche reduzierten ‚Menschheit' durch Samen-Bänke.

Da wir der Meinung sind, daß das Unternehmen „Walpurgisnacht" insgesamt diesen zutiefst reaktionären und mit den Interessen der Masse der Frauen unvereinbaren Zielen dienen soll – unabhängig von den Absichten und Plänen einzelner örtlicher Frauengruppen – kommt eine Beteiligung für uns nicht in Frage.

Erfahrungen mit dem Frankfurter Frauenbuchladen

Für einige Frauen der Frauenbewegung genügt es offenbar, unter den Unterzeichnern eine „K-Gruppe" zu finden, und sie legen die betreffende Publikation ungelesen zur Seite.
Daß dann für sie auch so brennende Fragen wie z.B. AKW unter den Tisch fallen, macht diesen Frauen offensichtlich nicht viel.
Eine Frankfurter Genossin mußte sehr lange reden, um einige Flugblätter im Frauenbuchladen auslegen zu können:

„Am Mittwoch ging ich in den Frauenbuchladen, um dort Flugblätter für die Veranstaltung „Frauen gegen Atomkraftwerke" auszulegen. Diese Veranstaltung wird von verschiedenen Frankfurter Frauengruppen gemacht und unterstützt, so von der Hanauer Frauengruppe, der Frauengruppe der Bettina-Schule, der Frauengruppe am Fachbereich 3 und von uns, der KB-Frauengruppe. Als ich die Frauen im Buchladen fragte, ob ich die Flugblätter auslegen könnte, antworteten sie, das müßten sie erstmal lesen. Sie machten jedoch ein recht mürrisches und widerwilliges Gesicht, als sie die KB-Frauengruppe zwischen den unterzeichnenden Frauengruppen fanden. Und sie fingen denn auch gleich an: Sie hätten was gegen „K-Gruppen", wir seien halt keine „autonome" Frauengruppe und außerdem würden wir, wenn wir „an die Macht" kämen, sie wahrscheinlich „an die Wand stellen", wie wir es mit der „Schwarzen Botin" vorhätten, da sie nämlich die „Schwarze Botin" unterstützen und sie auch verkaufen würden.

Auf meine Frage, ob sie denn am Inhalt des Flugblattes was auszusetzen hätten, antworteten sie, den Inhalt fänden sie schon richtig. Eine Frau von ihnen meinte dazu, da stände ja nicht viel drin und wir würden die Frauen unterschätzen, denn schließlich könnten sie das alles auch im „Spiegel" lesen. Außerdem könnte man Frauen, die bisher noch nicht aktiv was gegen die AKW's machen, auch nicht durch Flugblattverteilen mobilisieren. Und auf den Inhalt käme es gar nicht an, sondern halt darauf, daß da eine „K-Gruppe" drunterstände.

Für meinen Einwand, daß in Frankfurt von der sog. „autonomen Frauenbewegung" bisher noch nichts zu Frauen und AKW öffentlich gemacht worden sei, ebenso wie wir die einzigen waren, die zusammen mit anderen Frauengruppen was gemacht haben zum § 218 am 25.2. und zum 8. März, hatten sie nur ein müdes Lächeln. Schließlich entschlossen sie sich, ich könne ja mal fünf Flugblätter dalassen! ...

Das ist übrigens das erste Mal gewesen, daß wir so eine traurige Erfahrung mit dem Frauenbuchladen gemacht haben. Bisher konnten wir dort ohne weiteres unsere Flugblätter auslegen und z.T. sogar unsere Broschüren zur Frauenpolitik.

Berücksichtigen muß man dabei, daß es in dieser Frage wohl auch unter den Frauen des Buchladens unterschiedliche Standpunkte gibt und daß nicht alle Frauen derart unsolidarisch an eine Auseinandersetzung mit uns rangehen.

Eine Genossin der Frankfurter KB-Frauengruppe

Kinder





Wie Kinder „kriminell" gemacht werden

9. Februar 1977: Eine Polizeistreife stürmt einen unbewohnten Neubau, aus dem abends Lärm zu hören ist. Im Neubau feiern fünf Schüler bei etwas Wein und Sekt. Die Bullen gehen mit entsicherter Waffe in den dritten Stock, der Polizist Jürgen Lörcher wird „nervös" und erschießt den 14jährigen Peter Lichtenberg.

Der Bullenterror in der BRD macht auch vor Kindern nicht halt.

Im Gegenteil: Immer mehr Kinder geraten in die Fänge des Polizeistaates.

Münchens Bullen haben jetzt die ersten Jugendpolizisten auf „kriminelle Jugendliche" angesetzt, in Frankfurt ist so ein Bullentyp seit langem geplant.

Begründet wird der zunehmende Griff des Polizeistaates nach Kindern und Jugendlichen mit der angeblich ansteigenden Kriminalität in diesen Altersgruppen.



Polizisten führen zwei Heimzöglinge ab. Sie haben aus Protest gegen zu harte Behandlung ihr Zimmer in Brand gesteckt.

Kinderkriminalität – ein neuer Trend?

Die bürgerliche Presse veröffentlicht in letzter Zeit zunehmend Meldungen über „Kinderkriminalität" in der BRD. So spricht der „Spiegel" von *„einem Trend zu schweren Delikten in der Kinderkriminalität"*.

Die als „Beweis" aufgetischten Storys muten abenteuerlich an:

- Da wird *„bei den neun bis vierzehnjährigen eine ‚Wanderung zu erhöhter krimineller Energie' beobachtet"*. Die Kleinen belassen es nicht beim einfachen Klauen, sondern gehen *„über den schweren Diebstahl bis ... zur ‚offenen Wegnahme', also zum Raub"*.
- Da sollen „Kinderbanden" sich inzwischen den Bestand eines mittleren Supermarktes zusammengeklaut haben.
- Zugenommen haben sollen auch Delikte, *„die bislang erwachsenen Schlägern vorbehalten waren: schwere und gefährliche Körperverletzung"*.

(Alle Zitate n. „Spiegel", 51/76)

Und wo gerade keine „kriminelle Kinderbande" zur Hand ist, um Storys über „Kinderkriminalität" zusammenzuschreiben, finden sich dann die blödsinnigsten Übertreibungen. Ein Beispiel aus der „Bild"-Serie „Blutiger Schulhof": Aufreißer des Artikels ist die Ankündigung eines Berichtes aus einer bayerischen Schule: *„Drei 15 Jahre alte Mädchen haben eine 14jährige gequält – wie man es nicht mal in sadistischen Filmen sieht"* („Bild", 7.4.77). Man erwartet jetzt ja zumindest einen mittleren Ritualmord, die ganze Story besteht allerdings daraus, daß drei Mädchen ein viertes festgehalten und gedroht haben, es auszuziehen, wenn es nicht sagt: „Ich bin lesbisch". Ein Vorfall, der weniger auf „kriminelle Energie" als auf katastrophale Sexualerziehung schließen läßt (Die drei Mädchen wurden zu je einer Woche Gefängnis verurteilt!).

„Untermauert" werden solche Abenteuererzählungen mit viel „Statistik". So sollen in Hamburg 1976 16.866 Kinder und Jugendliche „straftatverdächtig" geworden sein gegenüber 16.225 im Jahre 1975. Der Anstieg ist schwindelerregend: knapp vier Prozent!...

Das Netz ist enger geworden!

An den Meldungen der bürgerlichen Presse ist sicherlich ein ganz kleiner wahrer Kern. Die Lebensumstände der Kinder haben sich in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert.

Daß Kinder, ohnehin ständiger Propagierung von Gewalt in den Medien ausgesetzt, sich von Schulstress, Langeweile, miserabler Versorgung mit Freizeitangeboten und beengten Wohnverhältnissen durch das „Abenteuer Kriminalität" erholen, öfter mal härter zuschlagen als früher, mag durchaus sein.

Das Wesentliche beim „Anstieg der Kinderkriminalität" ist allerdings, daß das Netz des Polizeistaates enger geworden ist. Mehr und besser ausgebildete Bullen, teilweise speziell auf Kinder und Jugendliche angesetzt, fangen natürlich auch mehr Kinder, die sich nicht ans Strafgesetzbuch halten. Was früher als Schulhofrauferei mit dem Eingriff eines Lehrers endete, wird heute als „Körperverletzung" aktenkundig; mehr Kontrolleure in den öffentlichen Verkehrsmitteln erwischen natürlich mehr jugendliche Schwarzfahrer usw.

Typisch kapitalistische Demagogie: Man überwacht die Bevölkerung immer perfekter, faßt dabei eben auch Kinder in zunehmendem Maße und stimmt dann das große Geschrei an: „Kinderkriminalität steigt"! Der nächste Schritt ist die Forderung nach noch mehr Bullen für die Kinder - und nach härteren Strafen für kleine „Kriminelle".

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Behinderte Kinder in der BRD – „unwertes Leben"?

Über 7.000 autistische Kinder gibt es in der BRD – ebensoviele wie taube oder blinde Kinder, so der Verband „Hilfe für das autistische Kind", der 1971 von betroffenen Eltern gegründet wurde.

Autistische Kinder sehen, hören, tasten und schmecken wie andere Kinder, können es aber nicht verarbeiten und artikulieren.

Eine Mutter berichtet:

„Sie sind wie Kinder von einem fremden Stern, wo es keine Verständigungsmöglichkeiten gibt. Stundenlang, tagelang beschäftigen sie sich stereotyp immer mit denselben Gegenständen: Sie drehen Knöpfe, wedeln mit Bindfäden, beklopfen Heizungen und Tische, schaukeln hin und her" („Tagesspiegel", 8.4.77).

Die Ursachen dieser Krankheit sind angeblich noch nicht geklärt. Offensichtlich hat die Bundesregierung auch wenig Interesse, diesen Kindern zu helfen:

– Im Gegensatz zu England, wo es zahlreiche Spezialschulen für Autisten gibt, stehen den Kindern in der BRD g a n z e s e c h s therapeutische Einrichtungen zur Verfügung.
– Autismus ist vielen Kinderärzten, Psychologen und Pädagogen unbekannt, so daß die Diagnosen oftmals falsch sind; so mußte sich ein Kind in Bremen zwei Jahre lang gleich mit zwei Hörgeräten herumquälen, weil ihn das Gesundheitsamt für taub erklärt hatte.
– Die Weiterführung des in Bremen auf Drängen der Eltern eingerichteten ersten wissenschaftlich kontrollierten (und erfolgreichen) Modellversuchs zur schulischen Förderung autistischer Kinder durch Psychologen und Pädagogen ist „durch die Finanzsituation der Bundesrepublik und des Landes Bremen", die den Versuch bisher unterstützen, gefährdet.

„Wenn die Mittel gestoppt werden, dann wissen wir einfach nicht mehr weiter", so ein Sprecher des Vereins, da die Eltern, die die Modelleinrichtung bereits selbst m i t f i n a n z i e r e n, sie aus eigenen Mitteln nicht tragen können.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kindersterben in der „Dritten Welt"

Wie die Weltgesundheitsorganisation WHO bekanntgab, sterben in den Ländern der „Dritten Welt" jährlich fünf Millionen Kinder, weil sie nicht geimpft sind; eine nicht näher bezifferte Zahl trägt noch Krankheiten, die durch rechtzeitige Impfung verhütet werden könnten, bleibende Schäden wie Blindheit, Taubheit oder Lähmungen davon.

Zu den Krankheiten, die nach dem heutigen medizinischen Stand durch Impfung verhütet werden könnten, gehören u.a.: Diphterie, Wundstarrkrampf, Kinderlähmung. 1974 hat die WHO ein weltweites Impfprogramm gestartet, um gerade diese Krankheiten auszurotten. Das Programm scheiterte bislang nach Aussagen der WHO an fehlenden finanziellen Mitteln („FR", 4.4.77).

Was die WHO nicht sagt: Betroffen sind von dieser mangelnden Fürsorge ausschließlich Länder, die der Ausbeutung des Imperialismus unterliegen, während alle antiimperialistischen Staaten gerade dem Aufbau eines demokratischen Gesundheitswesens große Aufmerksamkeit zumessen. Genannt sei nur das Beispiel Cubas, das seit 1964 ein umfangreiches Massenimpfungsprogramm durchsetzte. Eines der Resultate: Vor der Revolution erkrankten jährlich 7.000 bis 10.000 Kinder an Kinderlähmung, 1967 waren es nur noch zehn! (Hubermann, Swezy, Sozialismus in Cuba, S. 53).

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Da fehlen die Worte

Da fehlen die Worte

Wie die „Deutsche Volkszeitung" berichtet, sind in der letzten Zeit „echte" Kinderskelette bei BRD-Kapitalisten als letzter Schrei in ihren Partykellern sehr begehrt.

„Die bundesdeutschen Lieferfirmen klagen bereits darüber, daß sie der großen Nachfrage kaum nachkommen können, denn in nahezu allen Staaten der Welt besteht Beerdigungszwang – ausgenommen Indien. Deshalb kaufen die Händler armen Familien in Indien die verstorbenen bzw. verhungerten Kinder zum Preise von 45 Rupien (ca. 15,– DM) ab. ‚In großen Kesseln ... werden die Körper einige Stunden gekocht, damit sich Fleisch und Sehnen mühelos entfernen lassen' ". Dann startet ein mit Skeletten beladenes Flugzeug von Bombay nach Frankfurt („DVZ", 24.3.77).

Die Lieferanten und ihre kapitalistischen Abnehmer haben genauso wenig menschliche Regungen im Leib wie die SS-Schergen der KZ's. Soll man es pervers nennen, dreckig, faschistisch? Höchstwahrscheinlich alles zusammen – da fehlen eben die Worte.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Darmstadt:
Kinderbauhof soll abgerissen werden

In Darmstadt gibt es seit einiger Zeit eine Initiative, genannt Kinderbauhof, in der 30 Kinder, darunter ein Drittel Ausländerkinder, betreut werden. Diese Initiative will den Kindern, die sich alle in der Grundschule befinden, den Übergang zur Haupt- oder Realschule erleichtern. Für die Eltern, zumeist sozial schwache bzw. ein größerer Teil alleinstehende Mütter, ist der Kinderbauhof eine Entlastung. Viele alleinstehende Mütter konnten so einen Beruf ausüben.

Diesem Projekt soll es nun an den Kragen gehen. Der Darmstädter Magistrat will die Stadt als Kongreß- und Tagungsort ausbauen. Im Zuge dieser Bestrebungen hat der Kinderbauhof das Pech, erstens baufällig auszusehen und zweitens an dem Platz zu stehen, wo der Parkplatz für die Schloßbesucher hin soll. Schon im letzten Jahr hatte der Kinderbauhof erhebliche Schwierigkeiten, die notwendige finanzielle Unterstützung zu bekommen. In einer Situation, wo satzungsgemäß (Betreuung nur während des Grundschulalters) 20 Kinder ausgeschieden waren, wollte der Magistrat den Geldhahn zudrehen.

Die betroffenen Eltern und Kinder wehren sich gegen den geplanten Abriß. Einen ersten Schritt haben sie gemacht, indem sie am 13.3. einen Frühschoppen organisierten. Hier informierten sie über ihre Arbeit und den drohenden Abriß. Das Interesse an der Veranstaltung war sehr groß: Es kamen über 200 Menschen! Für die Unterhaltung sorgte eine Jazz-Kapelle und ein Frankfurter Straßentheater, die unentgeltlich spielten.

Kein Abriß des Kinderbauhofes!

KB/Gruppe Darmstadt

Skandinavien

Spaltet sich die SKP?

Nach der Spaltung der revisionistischen VPK steht jetzt scheinbar eine Spaltung der vaterländischen Schwedischen Kommunistischen Partei (SKP) bevor. Mitte März trat eine Gruppe von 28 Genossen aus der Schwedischen Kommunistischen Partei aus.

Ein wesentlicher Grund für den Austritt sind die Meinungsverschiedenheiten bei der Reichstagswahl 1973 gewesen. Damals machte die SKP der VPK das Angebot einer gemeinsamen Kandidatur, um die „Arbeiterregierung" – sprich sozialdemokratische Regierung – zu retten. Das Resultat war ein totales Fiasko für die SKP. Das Buhlen um eine Einheitsliste wurde von der VPK abgelehnt, und die Stimmen für die SKP gingen gegenüber den Wahlen von 1970 zurück.

Das für die SKP niederschmetternde Wahlresultat setzte eine langwierige Diskussion darüber ingang, ob die Einheitstaktik gegenüber der VPK (und der Sozialdemokratie) richtig gewesen sei oder ob es nicht vielmehr notwendig gewesen wäre, die VPK als bürgerliche Partei zu entlarven. Die sich mehr und mehr in der SKP verändernde Theorie von den Supermächten ging in die gleiche Richtung, allerdings mit der Forderung, die VPK als „sozialimperialistische Agentur" zu entlarven.

Die unter den verschiedenen Fraktionen innerhalb der SKP entbrannte Diskussion wurde auf dem Kongreß der SKP im Frühjahr 1976 durch die Einsetzung einer neuen Leitung je abgebrochen.

Die politischen Probleme wurden durch diesen administrativen Akt natürlich nicht gelöst. Im Gegenteil, die neue Leitung zog aus dem langsamen Niedergang der SKP zur Sekte den Schluß, daß die Partei „nicht genügend nahe" der chinesischen Politik gefolgt sei und nicht genügend hart die „Sozialimperialisten" und deren „Agenten" angegriffen habe.

Die Wahl 1976 – „VPK raus aus dem Reichstag"

In der Reichstagswahl 1976 sollte nun dieser Fehler korrigiert werden. Die Hauptattacke wurde während des Wahlkampfes gegen die „sozialimperialistischen Agenten" in Gestalt der VPK geritten. *„Den größten praktischen Einsatz, den die SKP im Kampf gegen die bürgerlichen Arbeiterparteien, die Sozialdemokraten und VPK während des Wahlkampfes leisten kann, ist der Versuch, VPK aus dem Reichstag zu werfen"* („internationalen", Nr. 12/77).

Ein Sektierertum, das den Vaterländern in der BRD um nichts nachsteht. Gegenüber der Wahltaktik von 1973 bedeutet das eine Kehrtwendung um 180 Grad, aber eine „harte Politik" gegenüber den „Agenten des Sozialimperialismus". Dieser „harte" Kurs gegenüber der VPK sollte, nach Ansicht der neuen Leitung, die SKP gesunden lassen. Das Gegenteil war der Fall: die SKP isolierte sich, je mehr sie der chinesischen Politik folgte.

Nicht nur die Wahlagitation während der Reichstagswahl traf auf Unverständnis bei den Sympathisanten der Partei, auch das sklavische Nachbeten der chinesischen Außenpolitik führte in der internationalen Solidaritätsbewegung zur totalen Isolation. So war dann auch der weitere Stimmenverlust bei den letzten Reichstagswahlen nicht mehr verwunderlich.

Der Austritt war erst der Anfang

Die Ausgetretenen mit Sture Ring an der Spitze – Sture Ring war Leitungsmitglied in der SKP – erklärten, daß das Sektierertum der Stefan Lindgren-Fraktion gegenüber anderen Arbeiterparteien, sie zum Austritt bewog. Sture Ring ist der Meinung, daß aufgrund der jetzigen Sektiererpolitik noch mehr Genossen die SKP verlassen werden. Durch die neuen Aufgaben, die sich für die Arbeiterbewegung aus der bürgerlichen Regierungsbildung ergeben haben, wird sich die SKP weiter isolieren, falls sie die jetzige politische Linie fortsetzen wird.

Es ist schwer zu sagen, wann die nächsten Genossen austreten werden. Die Opposition innerhalb der SKP kann grob in zwei unterschiedliche Strömungen geteilt werden. Erstens in die, die von Sture Ring selbst geführt wird, die ausgehend von gewerkschaftlichen Erfahrungen und Aufgaben sich für eine Einheitstaktik gegenüber den anderen Arbeiterparteien einsetzt. Die zweite Strömung wird verkörpert von der alten Parteiführung mit Bosse Gustafsson an der Spitze. Diese Strömung sieht auch eine Perspektive in der Einheitstaktik, besonders gegenüber der VPK. Es ist möglich, daß diese Genossen später der VPK beitreten werden. Es ist unwahrscheinlich, daß die letzt genannte Fraktion in der allernächsten Zeit dem Beispiel der 28 Ausgetretenen folgen wird. Die Fraktion um Bosse Gustafsson wird wahrscheinlich solange wie möglich in der SKP bleiben und sich auch dafür hergeben, die Gruppe der 28 öffentlich anzugreifen. Ihr Austritt aus der SKP und der Wechsel zur VPK wird im wesentlichen davon abhängen, wie sich die VPK nach ihrer Spaltung entwickelt. Eins steht jedoch fest, daß die Fraktion um Bosse Gustafsson auf längere Sicht die SKP verlassen muß, entweder wird die Fraktion ausgeschlossen oder sie tritt selber aus.

Die Perspektive der 28 Genossen

Die Gruppe der 28 sieht, ausgehend von der bürgerlichen Offensive in Schweden, die wichtigste Aufgabe für die Linke darin, sich als Einheit zusammenzuschließen. Eine erste Aufgabe ist nach Meinung der Ausgetretenen die Bildung einer Wahlalliance für die Reichstagswahlen 1979. Das Ziel dieser Alliance sollte ein Stimmenanteil von 10 % bei der Reichstagswahl sein, um durch diese Stärke einen Einfluß auf die Reichstagspolitik ausüben zu können und um zusammen mit der Linken in der sozialdemokratischen Partei (SAP) eine Koalition zwischen der SAP und der Volkspartei verhindern zu können.

Es mag sein, daß durch die lange Mitarbeit in der Sektenpartei SKP der Blick für die schwedische Wirklichkeit bei den ausgetretenen Genossen noch getrübt ist. Denn das angegebene Ziel von 10 % bei der Reichstagswahl ist unrealistisch und wird nicht erreicht werden können aufgrund des Mangels einer Massenarbeit der schwedischen Linken und der fehlenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung, die erst die Grundlage einer Einheit bilden kann. Erst dann wird es für die Linke möglich sein, eine Alternative für die schwedische Arbeiterklasse zu werden.

Skandinavienkommission

Die Hauptattacke wurde während des Wahlkampfes gegen die „sozialimperialistischen Agenten" in Gestalt der VPK geritten. „Den größten praktischen Einsatz, den die SKP im tik gegenüber den anderen Arbeiterparteien einsetzt. Die zweite Strömung wird verkörpert von der alten Parteiführung mit Bosse Gustafsson an der Spitze. Diese schwedische Arbeiterklasse zu werden.

Skandinavienkommission

Jetzt 1.200 BT – Arbeiter auf der Straße!



Spendenaufruf: BT-Klubben, die Belegschaft, unterstützt Geldsammlungen (die Geier sind das Arbeitsgericht)

Dänemark. Die Berlingske-Kapitalisten haben in Kopenhagen weitere 200 Drucker fristlos entlassen. Das sind die Arbeiter des Kopenhagener Betriebs „Husum Tryk", eines Zweigwerks des Berlingske-Verlags, in dem die Wochenzeitung „Billebladet" hergestellt wird. Diese Kollegen waren dem Streik der Berlingske Tidende (BT)-Arbeiter nicht angeschlossen gewesen. „Normalerweise" wird die Druckvorlage für „Billibladet" bei „Husum Tryk" hergestellt. Für die letzte Woche aber hatten die Kapitalisten auch in diesem Betrieb mit Solidaritätsstreiks gerechnet und deshalb die 32-seitige Druckform in der BRD herstellen lassen: bei UTESCH in Hamburg! Als die Kollegen von „Husum Tryk" sich am Sonntag, dem 27.3., weigerten, mit dem Druck zu beginnen, wurden sie noch am selben Tag ausgesperrt und am nächsten Tag wie die anderen BT-Kollegen fristlos entlassen.

Um die BT-Arbeiter in die Knie zu zwingen, planen die BT-Kapitalisten, Streikbrecherarbeit im Ausland durchführen zu lassen. Nach Angaben von BT-Klubben (betriebliche Gewerkschaftsorganisation der BT-Arbeiter) ist dabei Springer im Gespräch!

Außerdem ist den Berlingske-Kapitalisten vom dänischen Kapitalistenverband ein Fonds in der einmaligen Höhe von 600 Mio. Kronen (!) zur Verfügung gestellt worden.

Und noch vor der Massenentlassung beim Berlingske-Verlag am 26.3. wurden die Druckergewerkschaften am 24.3. in einem neuen Arbeitsgerichtsprozeß wieder zu einer Geldstrafe verknackt. Damit belaufen sich jetzt die Strafen gegen

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

die Gewerkschaft und die BT-Arbeiter auf 1,4 Mio. Kronen!

Zur finanziellen Unterstützung der Drucker haben die Arbeiterinnen der Königlichen Porzellanfabrik dazu aufgerufen, daß alle Arbeiter eine wöchentliche Solidaritätsabgabe zahlen sollen. Sie selbst, die im Sommer letzten Jahres auch 13 Wochen im Streik waren und mehrmals verknackt wurden, haben damit schon angefangen.

Inzwischen gibt es in Dänemark 50 Solidaritätskomitees für die BT-Arbeiter, die Geldsammlungen durchführen und über die Entlassungen informieren.

Ansonsten ist aber die Solidaritätsbewegung in anderen Branchen bisher ziemlich schwach entwickelt, weil der Dachverband der dänischen Gewerkschaften LO bislang keine Unterstützung zugesagt hat.

Drucker im Vollstreik !

Ab Freitag, dem 1.4.77 wurden in Dänemark 35 Tageszeitungen bestreikt. Der Streik richtete sich gegen die Massenentlassungen beim Berlingske-Verlag und gegen den Zusammenbruch der Tarifverhandlungen in der dänischen Druckindustrie, in denen die Kapitalisten Ende März eine ungeheuerliche Provokation gestartet haben: Sie haben für die Drucker einen Mindestlohn angeboten, der längst bei weitem überschritten ist, also als „Verhandlungsgrundlage" eine Lohnsenkung eingebracht. Noch nach dem Scheitern der Verhandlungen hatte die Führung von Grafisk Kartel auf neue Verhandlungen orientiert, für den 1.4. dann unter dem Druck der Basis den landesweiten Zeitungsstreik ausgerufen. Das kam für den Verband der dänischen Druckkapitalisten relativ überraschend, weil noch einen Tag vor Beginn des Vollstreiks über einen neuen Verhandlungstermin im „Berlingske-Konflikt" gesprochen worden war. 800 Kioske in der Provinz wurden von ihrer Gewerkschaft aufgefordert, zur Unterstützung der Drucker den Verkauf der Zeitungen einzustellen.

Dänemark-Kommission
KB/ Gruppe Flensburg

Gewerkschaftsführer verweigern Solidarität mit dänischen Druckern

Schweden. Obwohl die dänischen Druckkapitalisten der „Berlinske Tidende" versuchen, Steikbrecherarbeiten auch in Schweden durchführen zu lassen, ist der Vorsitzende der Grafiker-Gewerkschaft, Stig Nilsson , nicht bereit, den Streik der dänischen Arbeiter durch einen Boykott dieser Aufträge zu unterstützen. Solidaritätsaktionen für „wilde" Streiks sind in Schweden durch das neue Mitbestimmungsgesetz verboten.

Stig Nilsson verteidigte dieses Gesetz: Der Staat müsse durch Gesetze regeln, was gemacht werden kann und was nicht, alles andere führe ins Chaos. Andererseits kritisierte er das Verhalten der dänischen Kapitalisten und auch, daß der Streik vom Arbeitsgericht zum „wilden Streik" erklärt wurde. Aber dies seien eben Tatsachen und „wilde" Streiks dürfen nicht unterstützt werden.

(nach „internationalen", 18.3.77)

Skandinavienkommission

Til alle danske arbejdere

ADVARSEL



Direktør Oluf Poulsen, Berlingske Tidende.

Denne mand er farlig

Ser I denne mand på jeres arbejdsplads skal I straks henvende jer til jeres tillidsmand. – Inden længe vil I være ude i en arbejdskamp.

Denne mand bruges af storkapitalen til at knægte danske arbejdere.

Denne mand bruges af storkapitalen til at knægte danske arbejdere.

Denne mand skyr ingen midler. Nu vil HAN – stik mod BT-medarbejderen fhv. finansminister, MF, Poul Møllers utallige opfordringer om at købe dansk – have dansk arbejde udført i udlandet.

Da han var færdig med at lave ballade og fyre folk på Politiken, blev han straks overført til Berlingske Tidende for at udføre det samme stykke arbejde.

Det er et nummer, han rejser med.

Hvor slår han ned næste gang?

BT-klubben – Det grafiske personale – Eget tryk

Warnung

An alle dänischen Arbeiter
Direktor Oluf Poulsen,
Berlingske Tidende
DIESER MANN IST GEFÄHRLICH

Wenn Ihr diesen Mann an Eurem Arbeitsplatz seht, dann müßt Ihr Euch sofort an Euren Vertrauensmann wenden. Schon bald werdet Ihr mitten im Arbeitskampf drinstecken. Dieser Mann wird vom dänischen Großkapital dazu benutzt, Arbeiter zu knechten. Dieser Mann scheut keine Mittel. Nun will er, daß dänische Arbeit im Ausland gemacht wird. Nachdem er es geschafft hatte, Radau bei „Politiken" (Anm., eine große dänische Tageszeitung) zu machen und Leute rauszuschmeißen, wurde er stracks nach „Berlingske Tidende" weitergereicht, um dort die gleiche Arbeit zu erledigen. Das ist die Nummer, mit der er herumreist. Wo schlägt er das nächste Mal zu?

Nummer, mit der er herumreist. Wo schlägt er das nächste Mal zu?

Leserbrief eines dänischen Genossen

Zu unserem Artikel über die Aussperrung der Techniker der dänischen Zeitung „Berlingske Tidende" im AK 98 erhielten wir folgende Anmerkungen und Ergänzungen:

„...., da stand schon das Wesentliche drin, obwohl einige Sachverhalte verkehrt dargestellt sind. So ging z.B. das technische Personal am 30.1. demonstrativ daran, den Arbeitsgang nach eigenen Listen zu verteilen, gerade um das Recht auf Arbeit gegen die provokatorischen Rationalisierungspläne der Direktion zu unterstreichen. Die Arbeiter legten die Arbeit nicht nieder, sondern die Kapitalisten. Laß mich kurz einen Typografen von B.T. zitieren: „Es ist wichtig festzustellen, daß dies kein Kampf gegen die neue Technik ist ... Dies ist ein Kampf gegen Rationalisierungen, die den Weg für neue Techniken bahnen sollen. Auf längere Sicht ist dies auch ein Kampf um die personalmäßige Besetzung der neuen Technik. Der Kampf geht also in erster Linie um die bestehenden Verträge und Rechte". – „Das Endziel für die (Kapitalisten) ist ja, einen Laserstrahl zu bekommen, der den ganzen Scheiß direkt auf den Druckzylinder überführen kann. Das zeigt, wie wichtig es ist, so viele der neuen Arbeitsprozesse wie möglich unter unser Arbeitsgebiet zu kriegen. Ich glaube, es besteht kein Zweifel daran, daß die Entwicklung, die heute anzufangen beginnt, eine genauso entscheidende Veränderung ist, wie die Erfindung der losen Typen durch Gutenberg. Und zweifellos will man überall versuchen, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerschlagen... Das ist die Perspektive in der Sache. Die machen einen Versuch mit uns, um zu sehen, wie weit es ihnen gelingen kann, die Facharbeit zu zerstören." Ich habe gerade diese Aussage zitiert, weil ich meine, daß es typisch ist für das starke gewerkschaftliche Bewußtsein, welches im Kampf der B.T.-Arbeiter ganz entscheidend ist. Gewerkschaftlich, hier in dem Sinne, daß es den Technikern um den Erhalt fachlicher, qualifizierter Arbeit geht, die ausschließlich den organisierten Facharbeitern der Branche zusteht. Daß es dabei um die Verteidigung des Lohnniveaus geht, ist selbstverständlich, aber die B.T.-Arbeiter betonen immer wieder ausdrücklich (in ihrer eigenen Zeitung, auf Stützungsveranstaltungen, in den öffentlichen Medien soweit möglich), daß sie einen gewissen Lohnrückgang „verkraften" (???) würden, wäre nur die Sicherung der Arbeitsplätze garantiert.

Daher auch „das Arbeiten nach eigener Regie" am 30.1. (verstanden als Demonstration) und die „weißen Flecken" seit Jahren und zur Zeit weiter bei zahllosen anderen Zeitungen im Lande. Beachtlich der Organisationsgrad in der grafischen Branche: 98 % gewerkschaftlich organisiert."

Neunter Kongreß der dänischen Linkssozialisten

Die Linkssozialisten (Venstresocialisterne, VS) Dänemarks hielten zwischen dem 25. und 27. Februar ihren 9. Kongreß ab. Als ausländische Gäste nahmen am Kongreß teil: MIR, Mapu und PS-coordinadora aus Chile und Förbundet Kommunist aus Schweden.

Als VS 1967 entstand, war sie eher eine breite Wahlpartei für die neue Linke als eine einheitliche revolutionäre kommunistische Organisation. In der Partei hat sich im Laufe ihres Bestehens eine kommunistische Linie entwickelt, die danach strebt, die VS in eine kommunistische Kaderorganisation umzuwandeln. Diese Fraktion innerhalb der Partei hat sich mit dem 9. Kongreß gefestigt.

Vor dem Kongreß gab es im wesentlichen drei Fraktionen innerhalb der Partei. Zwei Fraktionen, die 3/4 der Delegierten auf dem Kongreß stellten, setzten sich für eine organisatorische Umwandlung der Partei nach leninistischen Gesichtspunkten ein.

Zur Stärke der VS gehört, daß die Organisation als revolutionärer Sprecher im Folketing auftreten kann, sowie als Sprecher für die Arbeitergruppen und verschiedenen progressiven Bewegungen im außerparlamentarischen Kampf.

VS versucht die Kräfte, die links von der Sozialdemokratie stehen, zu einen, um den außerparlamentarischen – und hier insbesondere den gewerkschaftlichen – Kampf zu stärken und zu entwickeln. Innerhalb dieses Linksflügels befinden sich heute als führende Kräfte die Socialistiskt Folkeparti (SF) und die Danska Kommunistpartiet (DKP).

Die große Schwäche der SF und DKP liegt darin, daß sie ihre gesamte strategische Perspektive darauf reduzieren, die sozialdemokratische Partei so zu bearbeiten, daß sie weiter nach links geht.

VS' Politik für eine Einheit der Linken muß darum mit einem harten Kampf gegen opportunistische Strömungen verbunden sein, um sich in diesen Aktionseinheitsbestrebungen als führende Kraft durchsetzen zu können.

Die positive Entwicklung innerhalb VS läßt uns hoffen, daß aus diesen Reihen in den nächsten Jahren in Dänemark eine revolutionäre Partei hervorgehen wird.

(nach „Arbetarkamp", Nr. 6/77)

Skandinavienkommission

Kolding – Drucker boykottieren Streikbrecherausgabe!

Dänemark. Am 2.4. legten die Kollegen von „KFs" („Kolding Folkeblad") und „jt" („Jydske Tidende") im Zuge des landesweiten Streiks die Arbeit nieder. Schon vorher zeichnete sich die Kampfbereitschaft dieser Kollegen durch Solidaritätsstreiks für die ausgesperrten „Berlingske Tidende" („BT")-Kollegen aus.

Am Sonntag, den 3.4. konnte jedoch eine Streikberecherausgabe ihrer Zeitung erscheinen. Mit Streikbrecherarbeit bzw. ihrer konkreten Verhinderung haben die dänischen Kollegen bisher sehr wenig Erfahrung, da die Gewerkschaft bisher die Arbeitsplätze kontrolliert. Für einen unorganisierten Kollegen ist es noch unmöglich, Arbeit zu finden. Nur wenige Betriebe kommen für Streikbrecherarbeit in Frage. Dieses sind besondere Aktiengesellschaften, die den Arbeitern „selbst" gehören, d.h. die Arbeiter sind nicht mehr in der Gewerkschaft, sondern im Arbeitgeberverband organisiert, wie z.B. die Centaldruckerei in der Nähe von Kolding. Hier arbeiten zehn Drucker rund um die Uhr (Schlafplätze neben den Maschinen!) und geben regulär (!) 26 Wochenzeitungen heraus.

Nach dem Erscheinen der Streikbrecherausgabe am 3.4. erschienen am 4.4. 80 streikende Drucker und Hochschüler, um „klar Schiff" zu machen. Die Zeitung erschien seitdem nicht mehr. Zwei Gewerkschafter kontrollieren jetzt im Betrieb, daß keine Streikbrecherarbeit mehr gemacht wird. Die Polizei hielt sich während der Aktion zurück. Es wird aber damit gerechnet, daß bei wiederholter Streikbrecherarbeit in diesem Betrieb etwa 200 „BT"-Kollegen aus Kopenhagen den Streibrechern einen Besuch abstatten und daß gewaltsame Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen sind.

Skandinavienkommission

Belgien

Für freie und kostenlose Abtreibung

Der Kampf der belgischen Frauen gegen das bestehende Abtreibungsverbot hat wieder einen Erfolg aufzuweisen: Anne Leger, angeklagt des „Transports von Propagandamaterial für Abtreibung", wurde jetzt am 28.3.77 in Kortrijk freigesprochen. Polizisten hatten ihren falsch geparkten Wagen gewaltsam aufgebrochen und darin Broschüren „entdeckt" mit dem Titel „Lieben ist ein Vergnügen", die auch holländische Abtreibungsadressen enthielten. Nach einer Hausdurchsuchung (ohne Vollmacht) war aufgrund der vorgefundenen Literatur im Protokoll festgehalten worden, daß sie „äußerst links" sei!

Dieser Prozeß hat vor allem deshalb politische Bedeutung, weil er sich in die Bewegung für die Legalisierung der Abtreibung einreiht, die sich zur Zeit gegen das gesetzliche Abtreibungsverbot, gegen bürgerliche Reformversuche und gegen die Kriminalisierung der konsequenten Kämpferinnen und Kämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Frau entwickelt. Bisheriger Höhepunkt des Kampfes war die Beteiligung von etwa 7.000 Menschen am internationalen Frauentag an einer nationalen Demonstration in Brüssel „Für freie und kostenlose Abtreibung" gewesen, die verschiedene Organisationen und Komitees organisiert hatten. An dieser Demo hatten sich auch zahlreiche Frauen und Männer aus Holland beteiligt, auch eine Gruppe „Christlicher Arbeiter" aus Lüttich war anwesend.

Die Tatsache, daß sowohl der internationale Frauentag, wie auch der belgische „Nationale Frauentag" am 11. November ganz dem Kampf für die Legalisierung der Abtreibung gewidmet waren, veranlassen uns, die verschiedenen Aspekte der Situation und des Kampfes dagegen genauer darzustellen.

Die Bewegung gegen das Abtreibungsverbot

Die belgischen Frauen sind noch immer dem reaktionären Gesetz von 1920 ausgeliefert, das die abtreibende Frau und ihre Helfer mit Strafverfolgung bedroht. Ausgenommen ist eine Art medizinischer Indikation. Infolge dieses Verbots – und unter dem starken Einfluß der katholischen Kirche – findet eine Frau, die abtreiben möchte, in Belgien kaum ein Krankenhaus, das den Eingriff durchführt. Wird sie nicht gleich abgewiesen, so wird über ihren „Fall" genauestens von einer Kommission eine umfassende Akte angelegt. Sie muß ihren Antrag „rechtfertigen", ehe die endgültige Entscheidung getroffen wird. In einer Broschüre des Frauenhauses Brüssel wird als besondere Gemeinheit gekennzeichnet, daß die Frau eine Genehmigung des Vaters, des Bruders oder des Freundes mitbringen muß! Aus diesem Grunde fahren jährlich 10.000 Belgierinnen nach Holland. In Belgien selbst lassen ca. 40.000 Frauen jährlich unter unmöglichen hygienischen Bedingungen einen illegalen Eingriff vornehmen. Allerdings geht der Widerstand dagegen auch in Teilen der Ärzteschaft inzwischen soweit, daß in 15 Krankenhäusern und zwei Spezialkliniken (lt. „Raadikal" 5/77) auch abgetrieben werden kann. Angesichts dieser Situation haben sich seit einiger Zeit auch im bürgerlichen Lager Liberalisierungsbestrebungen gezeigt, und über das „Wie" finden zur Zeit häufiger öffentliche Diskussionen statt.

Die Regierung Tindemans hat im November 1974 die sogenannte „Ethische Kommission", bestehend aus 25 Leuten, gebildet, die im wesentlichen den Rechtsparteien angehören. Die PCB (Revisionisten) und die FDF (französischsprachige Partei der Brüsseler Region, die auch die Demo am 5.3. unterstützte) waren erst gar nicht um Benennung von Vorschlägen gebeten worden. Die Mitglieder der „Ethischen Kommission" gehören größtenteils außerdem rechtsgerichteten Verbänden wie

Fortsetzung auf Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

dem nationalen Kinderwerk, der „Pro Vita" und Ärzteverbänden an, nur ein einziges Kommissionsmitglied hat durch Mitarbeit in einem Familienplanungszentrum etwas praktische Erfahrung. Als Ergebnis der nicht öffentlich geführten Diskussionen sind im Juni 1976 zwei Berichte vorgelegt worden. Die Diskussion darüber im Parlament ist jedoch bis heute nicht einmal vorgesehen!

Der erste Vorschlag, der der sogenannten „12", empfiehlt unverändert weiterhin die Strafe bei Abtreibung, eine Art medizinischer Indikation ausgenommen, die von einer Kommission bestätigt werden muß. Der zweite Bericht, der der „13", unterscheidet sich davon durch die stärkere Betonung des Einzelfalls und schlägt statt einer Kommission das Erscheinen der Frau vor einem „Empfangsgremium" vor, dem eine Sozialarbeiterin, eine Krankenschwester, ein Arzt, ein Psychologe oder ein Psychiater angehören sollen. Beide, Arzt und Frau, sollen dann ihre Entscheidung äußern, nachdem alle Kommissionsmitglieder ihre Stellungnahme abgegeben haben, also eine Art Zwangsberatung. Beide Vorschläge, der der „12" und der der „13", sehen außerdem vor, daß eine verheiratete Frau nicht mehr die Zustimmung ihres Mannes und eine Sechzehnjährige nicht mehr die ihrer Eltern braucht. Die Abtreibung muß im Krankenhaus erfolgen und soll von der Sozialversicherung bezahlt werden. Davon unabhängig haben die PL, die PSD (Sozialisten) und die Revisionisten jeweils Entwürfe vorgelegt, die sich im wesentlichen durch die Ablehnung der Zwangsberatung und durch weitergehende Forderungen im Gesundheitswesen auszeichnen.

Die Rechten mobilisieren

Alle Reformdiskussionen sind letzten Endes Ausdruck der Tatsache, daß sich der Widerstand der belgischen Frauen gegen Bevormundung und Bestrafung in letzter Zeit verbreitert hat. In zahlreichen Städten und Stadtteilen sind in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Frauenzentren 26 Komitees für die Legalisierung der Abtreibung entstanden, die durch Öffentlichkeitsarbeit und Demonstrationen wie der am 5. März den Widerstand vorantreiben. Darin arbeiten Frauengruppen wie Dolle Minna, Gruppe Roter Frauen, Rebellenfrauen Brüssel, linke Frauen Oostende (LOV), Vereinigte feministische Partei, mit den Jungsozialisten, der nationalen Front für Volksheilkunde, Gewerkschaftsgruppen, der RAL (Trotzkisten) und der AMADA („ML") zusammen.

Dem Kampf für eine vollständige Legalisierung begegnet der Staatsapparat mit vielfältigen juristischen und politischen Angriffen:

– Gegen drei Ärzte eines Brüsseler Krankenhauses läuft zur Zeit eine Anklage wegen der Durchführung von Abtreibungen; im Oktober 1976 führte die Staatsanwaltschaft im Frauenkrankenhaus von Namur einen Lokaltermin durch, um den Leiter Dr. Peers zu kriminalisieren, der bereits seit Jahren Abtreibungen nach sozialer Indikation auf Kosten der Krankenkasse durchführt (s. auch AK 95: Repression gegen abtreibende Ärzte). Dieser Arzt mußte bereits 1973 auf Grund einer Massenbewegung nach 33 Tagen wieder aus dem Gefängnis freigelassen werden (Vrouw en socialisme, Nr.1).

– Die Presse spielte den Fall hoch, wonach sich einige Schwesternschülerinnen aus „moralischen Gründen" gegen ihre Mithilfe bei Abtreibungen im Brüsseler Krankenhaus St. Pieter im Zuge ihrer Ausbildung ausgesprochen hätten (es handelte sich um eine normale Ausschabung).

– Eine Informationsveranstaltung eines Komitees in Brüssel-Forest wurde am 16.2.77 von der Polizei überfallen, um die Vorführung des bekannten Films „Geschichten der A." zu verhindern.

– Organisationen wie „Pro Vita" treiben verstärkt ihr Unwesen. Kürzlich organisierte sie eine Veranstaltung in Heverlee, wo die ganze widerliche Skala der „Schützer des Lebens" durchgespielt wurde: Greueldias vom zerstückelten Embryo wurden gezeigt, die Frauen als leichtsinnig dargestellt, sie würden ihr persönliches Vergnügen dem „Hindernis Kind" vorziehen, durch die Freigabe der Abtreibung würde die „Ordnung zersetzt, die Jugend kaputtgemacht" und Frauen wären nun mal durch bestimmte Hormone in den ersten Monaten so depressiv! Zur Verhütung hatte der Frauenfeind Ben Zujl noch folgendes zu sagen: „Ich habe ein glänzendes Verhütungsmittel, das 100%ig sicher ist: Selbstbeherrschung, NEIN zu sagen!"

– Der Bischof von Gent, van Peteghem, gab vor kurzem eine Broschüre heraus, in der die Abtreibung auf einer Stufe mit der Euthanasie und den Mord in den Gaskammern gestellt wird.

Gegen alle Widerstände gegen die Liberalisierung wird das bestehende Abtreibungsgesetz sicher in den nächsten Monaten „reformiert" werden. Wieviel dabei reformiert wird, wird entscheidend von der Stärke der Frauenbewegung abhängen. Aber selbst wenn die Abtreibung nicht mehr bestraft werden sollte, gibt es noch sehr viel zu tun: Die Durchsetzung dieses Rechtes gegenüber Ärzten und Krankenhäusern, wirksame Aufklärungsarbeit, fortschrittliche Sexualerziehung und vieles mehr.

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Österreich

FPÖ — schwarzbraune Reaktion

In dem AK-Artikel „Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich wächst" (AK 101) stand fälschlicherweise geschrieben, daß die eine der drei grossen bürgerlichen Parteien Österreichs, die FPÖ, der hiesigen FDP vergleichbar sei. Diese Angabe stimmt nicht, die FPÖ selber glänzt durch ihre traditionellen Verbindungen zu Faschisten und hat auch heute noch ein extrem nationalistisches und chauvinistisches Selbstverständnis. Die Verbindung der Partei zu neuen Faschisten wie der ANR („Aktion Neue Rechte") wurde erst jetzt wieder an den Vorfällen an der Wiener Universität deutlich. Im folgenden Artikel beziehen wir uns auf die Korrespondenz des österreichischen Genossen F., dem wir hierfür danken.

Vorsitzender der FPÖ ist der Bundesparteiobmann Friedrich Peter . Peter war SS-Obersturmbannführer und nachweislich an der Ermordung hunderter Juden unmittelbar beteiligt. Diese Enthüllungen haben vor einigen Jahren zwar einiges Aufsehen in Österreich erregt, aber nicht so viel, daß dieser Mann heute auch noch als „demokratischer" Politiker einer „demokratischen" Partei ungestört fungieren kann.

Sein Vorgänger, **Anton Rheintaler**, wechselte 1930 vom „Landbund" zur NSDAP, deren „Landesbauernschaftsführer" er 1932 wurde. 1934 wurde er der Führer der NSDAP in Österreich, 1938 Minister für Land- und Forstwirtschaft im Kabinett Seyss-Inquarts, den er wenige Jahre zuvor in die Partei aufgenommen hat-
und Forstwirtschaft im Kabinett Seyss-Inquarts, den er wenige Jahre zuvor in die Partei aufgenommen hat-
te.

1955 wurde Rheintaler erster Bundesparteiobmann der FPÖ und gilt noch heute als Vorbild und Namensgeber für die politische Ausbildungsstätte der FPÖ.

Daß die Vergangenheit dieser beiden Männer auch Ausdruck der Linie der heutigen FPÖ ist, zeigt deren wesentliche Mitgestaltung an der FPÖ-Programmatik von 1968, die heute noch gilt.

– Da soll die „*Außenpolitik im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit für die Weltgeltung der abendländischen Völker*" eintreten.

– Da wendet sich die FPÖ mit einem „*individuellen Anti-Egalitarismus*" gegen eine Politik der „*Gleichmacherei*".

– Die Freiheit des Starken müsse gegen die egalitären Parolen der Schwachen gestützt werden (Zitate aus „profil", 15/1973).

Die FPÖ, die sich zum Fürsprecher der Wiedereinführung der Todesstrafe macht, („*Bis zum Jahr 2000 wird wohl kein westlicher Staat mehr ohne die Todesstrafe auskommen*", FPÖ Broesigke in „Neue Zeit", 3.4.77) hat über ihre Studentenorganisation „rfs" enge Verbindungen zur Studentenorganisation der faschistischen NPD, zur „Aktion Neue Rechte" (ANR). 1976 schützten beispielsweise Ordnertrupps der ANR und „rfs" mit Stahlhelmen, Ketten, Prügeln und Gaspistolen bewaffnet eine Veranstaltung des Nationalratsabgeordneten Scrinzi zum Minderheitenproblem. „Erbgesundheitsforscher" Scrinzi bekannte seinen ungebrochenen Rassismus 1970: „*Politisch gibt es für mich schon Aspekte, wo ich einfach sagen muß, daß ein gewisser unheilvoller und negativer Einfluß dieser Gruppe* (Anm.: gemeint sind die Juden) *durch die Geschichte hindurch verfolgt werden kann. Auch nach dem zweiten Weltkrieg gibt es Fakten, ob wir uns dem Thema Atomspione zuwenden, ob ich als Rechtsstehender sehe, welche extreme Rolle viele Juden in der extremen Linken spielen*" („profil", 15/1973).

1973 wurde der stellvertretende Vorsitzende der FPÖ Wien, Klement, „seines Postens enthoben". Er hatte in der Zeitschrift „profil" ein Interview gegeben, das die rechte braune Gesinnung der FPÖ-Führer allzu deutlich nach außen trug. Klement mußte mit seinem Rücktritt nicht etwa für seine reaktionären Ansichten büßen, sondern dafür, daß er FP-Internes und seine Ansichten öffentlich verkündet hatte. Er wurde Opfer seiner eigenen taktischen Ungeschicktheit. Hier ein paar Standpunkte Klements, die durchaus FP-typisch ind:

– „ ... *und das national-freiheitliche Gedankengut beinhaltet schon die Anlehnung an althergebrachte Werte, das, was das Image einer nationalen Partei ausmacht. Das Image einer nationalen Partei ... sind schon die Begriffe deutsche Nation usw. ... also nicht nur Heimat, Volk, Vaterland und diese abgedroschenen Begriffe... Einer österreichischen Nation könnte ich auf keinen Fall meine Zustimmung geben, weil das absurd ist. Weil es das gar nicht gibt – praktisch nicht*".

– Auf die Frage, ob SS-Obersturmbannführer und FPÖ-Chef Peter einen Gesinnungswandel durchgemacht hat: „*Ich glaube schon, daß Opportunitätsgründe sehr, sehr viel mitspielen. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß ein Mann, der einmal*
Opportunitätsgründe sehr, sehr viel mitspielen. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß ein Mann, der einmal
also ... bei der SS Obersturmbannführer gewesen ist, daß der eine derartige politische Wandlung durchgemacht hätte. Das wäre auch gar nicht begründet ... Außerdem wird von Bundesparteiobmann immer wieder auf das national-freiheitliche Gedankengut hingewiesen, was sich mit meiner Anschauung deckt".

– Zur Behandlung der „Fremdarbeiter" in Österreich: „*Wenn wir heute diese Frage gemeinsam mit der Pille und der Lockerung des Paragraphen 144* (Abtreibungsverbot, Anm. der Red.) *nehmen. Wenn sie allein denken, was da an völkischer Substanz verlorengeht. Unsere Vorstellung ist: sie sollen hier arbeiten. Sie müßten hier nach einer gewissen Zeit sagen: ‚Bitte schön, ich gehe wieder zurück'. Aber diese Menschen hier zu integrieren ist natürlich für uns eine unmögliche Sache. Haben wir eigene Schulen für Fremdarbeiterkinder – abgesehen von den steuerlichen Belastungen usw. – so würden wir damit automatisch den Fremdarbeitern die Möglichkeit geben, ihr Volkstum innerhalb unseres Volkes weiterzuführen. Das würde ein neues Minderheitenproblem schaffen*" (alle Zitate: „profil",15/1973).

Es dürfte deutlich geworden sein, daß der Vergleich FPÖ-FDP nicht zutrifft. Die FPÖ, die sich gern als „freiheitliche", „dritte Kraft" empfiehlt, ist heute ein nicht zu unterschätzender Träger nationalsozialistischer Ideologie, auch wenn die Partei nicht offen faschistisch auftritt.

Nachzutragen bleibt noch, daß die Verbindungen FPÖ zur bayrischen CSU gut sind und die FPÖ CSU-Wahlveranstaltungen unter westdeutschen Touristen in Österreich unterstützte.

Österreich-Kommission
KB / Gruppe Bremen

England

Neue Wahlniederlage für Labour

England. In einer Nachwahl für das Unterhaus Anfang April verlor Labour sein Mandat an die Konservativen. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil Roy Jenkins, führender Labour-Politiker, der diesen Wahlkreis seit 26 Jahren (!) innehatte, als Präsident der EG-Kommission nach Brüssel gegangen ist.

Die Tatsache selbst ist nicht so bemerkenswert, insofern sie sich in den bekannten Trend „weg von Labour" einreiht. Drei Umstände allerdings heben diese Nachwahl hervor:

1. Ist der Wahlerfolg der Tories ganz enorm: Sie erhielten 17,4 % mehr Stimmen als das letzte Mal, die größte Steigerung in den letzten zwei Jahren!
2. War diese Nachwahl sozusagen eine „Testwahl" für die Liberalen, die Anfang März die Labour-Regierung bei der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum der Tories „gerettet" und mit Labour einen Pakt auf weitere Unterstützung geschlossen hatten. Alternativ für die Liberalen standen drohende Neuwahlen, wenn die Tories mit ihrem Mißtrauensantrag durchgekommen wären. Neuwahlen aber hätten auch für die Liberalen Stimmenverluste gebracht. Andererseits mußten die Liberalen einkalkulieren, daß der Stimmungsumschwung gegen Labour auch auf 'die Liberalen abfärben würde nach dem Rettungsmanöver für die ungeliebte Labour-Regierung. Die Bedeutung, die die Liberalen dieser Nachwahl aus diesem Grund zumaßen, wird daran deutlich, daß Parteiführer David Steel allein in den letzten paar Tagen vor der Wahl dreimal den Wahlkreis besuchte und die Wähler aufforderte, ein „Urteil über die Allianz mit der Regierungspartei" abzugeben: Der Stimmenanteil der Liberalen fiel von 14,6 auf 8 %.
   Wir hatten im letzten AK darauf hingewiesen, daß in dieser Gefahr für die Liberalen, bei der Quasi-Koalition baden zu gehen, die Ursachen für das Auseinanderbrechen der Koalition Labour-Liberale liegen können und damit für das Ende der Labour-Regierung.
3. Hat die faschistische „Nationale Front" mit 8,2 % beängstigend gut abgeschnitten. Das ist mehr, als die „National Front" jemals bei einer Unterhaus-Wahl bekommen hat. Und das in einem ausgeprägt industriellen Wahlkreis der Automobilstadt Birmingham!

Mit zu diesem Ergebnis beigetragen haben sicher Faktoren wie die durch die Rationalisierung in der Automobilindustrie bedingte hohe Arbeitslosigkeit in Birmingham und die an dieser Tatsache demagogisch anknüpfende rassistische Hetze der „National Front" gegen die ausländischen Arbeiter (vorwiegend aus Indien).

Von den Linken kandidierten die Organisationen „Socialist Worker Party" (vormals „International Socialists") und die Schwesterorganisation der westdeutschen GIM, die „International Marxist Group". Zusammen kamen sie mit fast 900 Stimmen auf 2,4 %, wobei die SWP 377 Stimmen bekam, die IMG 494 Stimmen.

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Streik britischer Docker gegen Hafenschließung

England. Am 21.3.77 kam es in etwa 40 Häfen der Nord-West-Region zu einem von der Gewerkschaftsführung weder ausgerufenen noch gebilligten Streik. Neben vielen kleineren Häfen wurden auch Glasgow, Manchester, Hull, Grimsby, Immingham, Bristol und Southampton bestreikt. Etwa 400 Schiffe lagen fest.

Ursache für den Solidaritätsstreik war die geplante Schließung des Hafens von Preston (40 km nördlich von Liverpool) wegen zu hoher Unterhaltungskosten. Die städtischen Behörden, denen der Hafen gehört, gaben an, daß die jährliche Beseitigung der Sandbänke jährlich eine bis andertalb Mio. Pfund kosten und nicht im Vergleich zu den Erträgen stehen würde. Deshalb sollten 200 Docker ihren Arbeitsplatz verlieren.

Als eine Delegation von 130 Dockern aus Preston am 21.3. nach London fuhr, um Jack Jones vom TUC (Trade Union Council) zu sprechen, ließ der sich nicht sehen, da er zu beschäftigt sei. Nach vier Stunden platzte den Kollegen der Kragen und sie drangen in den Konferenzsaal ein, besetzten ihn und forderten Jack Jones auf, über die Gewerkschaftsführung einen nationalen Dockerstreik für die bedrohten Arbeitsplätze in Preston auszurufen. Würde das nicht geschehen, kämen sie mit noch mehr Dockern und nicht so friedlich wieder.

Ein seefahrender KB-Genosse



Jack Jones (TUC)

Augenzeugenbericht zum Vorgehen der Bullen

Wien. Wie das Zusammenspiel von Polizei und Nazis funktionierte, wirft ein sehr bezeichnendes Licht auf die „Staatsschützer". Gemeinsam mit den ANRlern marschierten die Polypen durch unsere Reihen und fingen sich auf den Hinweis der Nazis zwei Genossen, von denen die Faschos behaupteten, verprügelt worden zu sein. Der eine von den beiden war lediglich „Zaungast" und zudem Mitglied des KSV (Revis). Allein deshalb war es unmöglich, daß er dabei gewesen sein konnte (durfte). Dieser Genosse wurde am gleichen Tag noch freigelassen. Der andere, ein Genosse der trotzkistischen GRM (Wolfgang Pühringer), wurde erst am 6.4. nach acht Tagen Haft freigelassen, weil er bereits eine Vorstrafe wegen des ihm jetzt angelasteten Delikts hatte. Und wie vollzog(en) sich die Verhaftungen der Nazis? – Georg Gasser, der mit der Gaspistole gefeuert hatte, ging seelenruhig auf einen Polizisten zu, übergab ihm die Waffe und wurde dann von einem Bullen (bei Pühringer waren es drei) zum Polizeiauto begleitet; so wie man eben einen Freund begleitet; leicht auf die Schulter tippend, plaudernd.

Korrespondenz F., Wien

Kampf dem Faschismus an der Wiener Uni



Barrikaden der ANR-Faschisten gegen die Studenten am Freitag. Die Polizei sah eine Stunde zu, ehe sie sich bequemte einzuschreiten !

Wien. Seit einigen Monaten schon bevölkern braune Gestalten, Mitglieder der ANR („Aktion Neue Rechte"), der Studentenorganisation der NPD, die Wiener Universität. Sie sind ein nicht zu übersehendes Zeichen eines Rechtsrucks an den Hochschulen und verstärken ihre Aktivitäten angesichts der bevorstehenden Studentenwahlen. Im Windschatten der JES („Junge Europäische Studenteninitiative" – Parolen: „christlich, sozial, konservativ") und gemeinsam mit dem RFS („Ring Freiheitlicher Studenten" – Studentenorganisation der FPÖ) versuchen sie, ihre faschistische Propaganda unter den Studenten zu verbreiten. Antisemitismus, Slowenenhetze („*Kärnten – deutsch, frei und ungeteilt*"), Antikommunismus (die ANR fordert das Verbot aller kommunistischen Organisationen) und ständige Denunziation der Linken gehören zum Geschäft dieses Nazi-Nachwuchses. Besonders hervor tun sie sich bei dem Versuch, die Verbreitung der Propaganda der Linken zu verhindern:

- Fast täglich ziehen ANR-Banden mit Stahlhelmen, Pistolen, Messern und anderen Schlagwerkzeugen bewaffnet über das Uni-Gelände,
- fortschrittlichen Studenten werden die Flugblätter entrissen, sie werden am Plakatieren gehindert und regelmäßig von den Faschisten bedroht,
- ausländische Studenten werden tätlich angegriffen,
- immer häufiger tauchen Schlägertrupps auf Veranstaltungen der Linken auf – so auch am 28.3. auf einem Teach-in des revisionistischen KSV. Angesichts der 500 Anwesenden suchten sie allerdings das Weite.

Diese Situation hat die gesamte Linke genötigt, die Aktionseinheit gegen die Faschisten zu verstärken.

Am 30.3. versammelten sich ca. 200 Studenten an der Uni, um den Faschisten zumindest für diesen Tag das Handwerk zu legen. Es wurde ein antifaschistisches Flugblatt verteilt. Dabei kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. In einer gemeinsamen Erklärung, die linke Studentengruppen in Salzburg am nächsten Tag verteilten, heißt es dazu: „*Während der Auseinandersetzung mit den ANR-Schlägertrupps zog ein ANR-Mitglied eine Tränengaspistole und schoß auf die antifaschistischen Demonstranten. Trotzdem erlitten die Faschisten bei*

gaspistole und schoß auf die antifaschistischen Demonstranten. Trotzdem erlitten die Faschisten bei

dieser Auseinandersetzung eine Niederlage und wurden von der Uni vertrieben. Doch von der ANR alarmiert, trafen etwa 70 Polizisten an der Uni ein und gingen gegen die Kundgebungsteilnehmer vor, wobei sie sich in erster Linie auf Hinweise der ANR stützten.

Der fortschrittliche, antifaschistische Student W. Püringer wurde von der Polizei bei den Haaren ergriffen, abgeführt und verhaftet. Die Staatsanwaltschaft erhob direkte Anklage wegen Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Widerstandes nach der Verhaftung. Die Anklage wegen Körperverletzung kam durch eine Identifizierung durch den Neonazi Guido Wohlleben zustande, der erklärte: ‚Der könnte es gewesen sein', was offenbar genügte. Bei und nach der Festnahme hat Püringer keinen Widerstand geleistet – obwohl er von den Polizisten übel traktiert wurde. Es wurde kein Untersuchungsverfahren eingeleitet, sondern direkte Anklage erhoben. Ein Enthaftungsantrag wurde abgelehnt.

Der Faschist aber (Georg Gasser), der mit der Tränengaspistole geschossen hatte, wurde schon wenige Stunden nach seiner Inhaftierung auf freien Fuß gesetzt. Es ist seit langer Zeit das erste Mal, daß ein Antifaschist so lange festgehalten wird. Wir dürfen das unter keinen Umständen dulden und müssen für die sofortige Freilassung von Wolfgang Püringer und die Niederschlagung des Verfahrens kämpfen."

(Unterzeichnet von: Arbeitsgemeinschaft Christen für den Sozialismus, Gruppe Revolutionärer Marxisten (GRM); Kommunistischer Studentenverband (KSV); Salzburger Solidaritätskomiteee für die Rechte Kärntner Slowenen; Verband Sozialistischer Studenten (VSSTÖ); Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM).)

Am Donnerstag, 31.3., war W. Püringer immer noch in Haft. Er wurde ins Landgericht gebracht und sollte bis zu Prozeßbeginn in Haft bleiben. Unter den Forderungen „Sofortige Freilassung für W.P." und „Gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten" demonstrierten daraufhin am Freitag, dem 1.4., über 300 Menschen vor dem Landgericht. Erst am 6.4. wurde er aus der Haft entlassen. Dabei kam es an der Uni zu einer neuerlichen Provokation der Nazis. Sie hatten den Haupteingang durch Barrikaden verrammelt und bedrohten mit Stahlhelmen und Knüppeln ausgerüstet die Studenten, die das Gebäude betreten wollten. Eine ganze Stunde lang sah die Polizei dem Treiben offenbar wohlwollend zu. Erst dann bequemte sie sich, den Eingang freizuräumen.

Von den antifaschistischen Studenten wurde beschlossen, nach Ostern zu einer großen Protestdemonstration gegen das ungehinderte Auftreten der Faschisten aufzurufen.

Was ist die ANR ?

Zur Aufklärung über Ziele und Aktivitäten der ANR wurde eine Dokumentation mit Originaldokumenten zusammengestellt.

Laut Dokumentation nahm die ANR – die auch Mitglieder in der BRD hat – ihre Aktivitäten 1976 an der Wiener Uni auf. Ihre Zeitung heißt „Richtung" und wird herausgegeben von Dr. Bruno Haas, Lenaugas-

BRD hat – ihre Aktivitäten 1976 an der Wiener Uni auf. Ihre Zeitung heißt „Richtung" und wird herausgegeben von Dr. Bruno Haas, Lenaugas-

se 5, 1080 Wien. Für die ANR wird u.a. in dem Faschistenmagazin „Mut" des B. Wintzeck geworben und im „Eckartboten deutscher Kultur- und Schutzarbeit", der von einem Schutzverein „Österreichischer Landsmannschaft" vertrieben wird.

In ihrem Grundsatzprogramm vom 26.6.76 heißt es u.a.: „*Wir bekennen uns zur biologischen Substanz und ererbten Veranlagung des Menschen ... Wir bekennen uns zur biologischen Verschiedenheit von Menschen, Völkern und Rassen, zum elitären Prinzip der Natur, zum Wert der Persönlichkeit und zur politischen Vertretung dieses Bekenntnisses.*" Etwas später: „*Wir bekennen uns zur deutschen Nation als politisch bindender Einheit ... Wir lehnen den Begriff einer österreichischen Nation entschieden ab und bekennen uns zum deutschen Charakter dieses Gebietes. Wir bekämpfen alle Versuche zur Überfremdung und Entdeutschung unserer Heimat*" („Richtung", 29/30).

Aus einem „Strategiepapier" der ANR an den Hochschulen geht deutlich hervor, daß sie sich als „Elitäre Kaderorganisation" versteht, deren vorläufiges Ziel es ist, durch Aktionen und faschistische Propaganda die breite österreicherische Rechte auf einen noch übleren antikommunistischen Kurs zu zwingen („Richtung", 36/37). Erfolge hat sie dabei offensichtlich vor allem bei den Studentenorganisationen JES (die von F.J. StrauSS und Otto v. Habsburg unterstützt wird), RFS (Ring freiheitlicher Studenten) und den Burschenschaften. Zu allen drei besitzt die ANR gute persönliche Kontakte. Die JES bemüht sich übrigens um finanzielle Unterstützung durch die ÖVP (laut „Presse", 9.4.77).

Die ANR-Faschisten sind schon häufiger in der letzten Zeit aufge-

„Presse", 9.4.77).
Die ANR-Faschisten sind schon häufiger in der letzten Zeit aufge-

treten. Dabei konnten sie sich der Unterstützung durch die Univerwaltung und die Polizei stets sicher sein. So z.B. vor ca. einem Jahr, als sie in den Räumen der Universität eine Hetzveranstaltung gegen die Kärntner Slowenen durchführen konnten. Einer ihrer Hauptredner war damals der Abgeordnete Scrinzi von der FPÖ. Die Verhinderung der Veranstaltung durch Antifaschisten wurde durch massiven Polizeieinsatz vereitelt.

Wehret den Anfängen!
Kampf dem Faschismus!

(Die Dokumentation über die ANR kann über K.Schmid, Schmerlingsplatz 2, 1010 Wien bezogen werden. Sie kostet 5 Schilling.)
–Wir danken dem Wiener Genossen F. für seine Korrespondenz und Materialien –.

KB / Gruppe Bremen
Österreich-Kommission



Einige der faschistischen Schläger.

Gefährliche Kinder

„Kindisch, aber gefährlich", nannte die Staatspolizei jene jungen Herrschaften, die einander schon zum zweitenmal vor der Wiener Universität die Schädel einschlagen wollen.

Die einen nennen sich schlicht und knapp „Aktion Neue Rechte"; die anderen kommen, wie es sich für richtige Linke gehört, aus Splittergruppen: VSSO, KSV, VSStO, GMR, MLS und was es sonst an Abkürzungen gibt.

Beide zusammen sind selbst nur eine Splittergruppe – sie können höchstens ein paar hundert Mann auf die Straße bringen.

Aber der Rektor der Wiener Universität macht sich trotzdem zu Recht Sorgen um das Image seiner Hochschule: Man könnte von den wenigen auf die vielen braven Studenten schließen.

Das wäre wirklich ungerecht. Aber die Gefahr besteht. Und deshalb sollte ihr die Universität am besten begegnen, indem sie die Schlagstockstudenten, linke wie rechte, vom Studium ausschließt.

Rau

Die bürgerliche Presse hetzt gegen die beherzten Antifaschisten und fordert, daß sie vom Studium ausgeschlossen werden !! („Kurier", 2.4.77)

Die bürgerliche Presse hetzt gegen die beherzten Antifaschisten und fordert, daß sie vom Studium ausgeschlossen werden !! („Kurier", 2.4.77)



Der Faschist Georg Gasser (Hintergrund) lädt seine Gaspistole.

Revisionisten auf Seiten der bürgerlichen Hetzer

Wien. Auf einem teach-in der Revisionisten am 28.3. (Thema: „Helsinki und der ideologische Klassenkampf heute") glänzten Mitglieder der MLS (Studentenorganisation des KBÖ) mit „Sozialfaschismussprechchören. Für die Revis war dies wiederum Anlaß, am nächsten Tag ein Flugblatt zu verteilen. Überschrift: „*Die stille Aktionseinheit von Maoisten und Neofaschisten*". In typisch bürgerlicher Hetzmanier („rechts = links") wird dort behauptet: „..., *daß das Auftreten der ‚M'LS-Provokateure nach den selben strategischen und taktischen Gesichtspunkten ausgelegt ist, war wie das der Neonazis*".

Zu den Provokationen der Faschisten weiß die „Voksstimme" der Revis zu berichten, daß „*40 mit Helmen und Schlagstöcken ausgerüstte Trotzkisten ... die Neonazis von der Uni-Rampe wegprügeln*" wollten (31.3.). Das wußte allerdings kein anderes Blatt der bürgerlichen Presse zu berichten. Die Revis wußten auch, wer die Bullen gerufen hatte: „*Der Kommunistische Studentenverband, der wiederholt spontane antifaschistische Kundgebungen unterstützt hatte, distanzierte sich von der ‚Kommandoaktion' der Ultralinken, die durch die Maoisten noch dazu der Polizei bekanntgemacht und so zum Vorwand für einen gezielten Polizeieinsatz wurde*" („Volksstimme", 31.3.). Mit diesen Hetzlügen haben die Revisionisten damit noch einmal deutlich gemacht, daß sie den antifaschistischen Kampf, den sie vorgeben, gepachtet zu haben, nicht ernsthaft und schon gar nicht aktiv führen.

Österreich-Kommission

Italien

Rom:

Frauen im Kampf gegen Vergewaltigung und Bullenterror

Mit Demonstrationen protestierten innerhalb weniger Tage mehr als 15.000 Frauen in Rom und in über 20 Städten gegen die Vergewaltigung von Claudia Caputi. Claudia wurde im letzten Herbst von 18 bourgeoisen Jugendlichen überfallen und vergewaltigt. Sie ließ sich von der Scham ihrer Eltern und der öffentlichen „Schande" jedoch nicht beirren und führt gerade in diesen Tagen, unterstützt von mehren hundert Frauen, einen offenen Prozeß gegen die Vergewaltiger, von denen zehn zwar eindeutig identifiziert werden konnten, jedoch nur vier auf der Anklagebank sitzen. Zwei Tage nach Prozeßbeginn wurde Claudia vor dem Haus ihres Rechtsanwaltes erneut abgefangen und verschleppt. Der Bruder eines der Angeklagten sowie dessen Freunde schlugen Claudia blutig, vergewaltigten sie wieder und zerschnitten ihr mit Rasierklingen den ganzen Körper und das Gesicht. Mit der Drohung, dies sei nur der Anfang, wenn sie weiter auf ihrer Anklage und dem Prozeß bestünde, wurde sie schwerverletzt liegen gelassen.

Mehr als 15.000 Frauen demonstrierten am nächsten Tag gegen diese erneute Vergewaltigung und zogen durch das Wohnviertel von Claudia. Vor dem Sitz der faschistischen Partei MSI veranstalteten sie eine Kundgebung und riefen: „Kommt raus, Faschisten, wir haben keine Angst mehr, wir machen euch den Prozeß!" Mit Parolen wie „Frauen, vergeßt nicht zu kämpfen, wir müssen die Welt verändern!" und „Schluß mit den Vergewaltigungen" marschierten sie zum Krankenhaus, um Claudia beizustehen. Von den Ärzten wurde ihnen der Eintritt verweigert und nicht einmal eine Delegation durfte Claudia besuchen. Die Ärzte beschimpften die Frauen als „Huren" und „Perverse", worauf hin sich eine Gruppe militant den Zugang ins Krankenhaus verschaffte.

Über den linken Radiosender „Freies Radio" wurde die erneute Vergewaltigung und die Provokationen der Ärzte verbreitet und zwei Tage später versammelten sich über 10.000 Frauen vor dem Gerichtsgebäude, um an dem 2. Gerichtstermin teilzunehmen und sich mit Claudia zu solidarisieren.

Der Vorsitzende des Gerichtes ließ daraufhin mehrere hundert Bullen auffahren. Er selbst schloß sich den „Zeugenaussagen" der Freunde der angeklagten Vergewaltiger an, daß Claudia die Vergewaltigung erfunden habe!

Die Anwälte von Claudia stellten sofort einen Befangenheitsantrag gegen den Richter. Der Antrag wurde abgelehnt:

„Der Vorsitzende des Gerichts ist ein ehrenwerter Mann, dem die Wahrheitsfindung über alles geht! Wir weigern uns zuzugestehen, daß dieser Saal als Resonanzboden der Feministischen Bewegung mißbraucht wird."

Nach dieser ungeheuerlichen Erklärung und dem Verhalten der Richter und Beisitzer, zogen die Anwälte unter Protest aus dem Gericht und verlasen eine Erklärung, daß die Interessen von Claudia von diesem Gericht nicht mehr vertreten werden können und man es ablehnt, diese Farce weiter mitzumachen.

Trotz des riesigen Bullenaufgebots formierten sich die Frauen zu einem Demonstrationszug und marschierten zum Fernsehsender RAI, um dort eine öffentliche Erklärung zu dem Prozeß abzugeben.

Alle Frauen aus den Büros und aus der Technik der RAI solidarisierten sich mit den Demonstrantinnen und riefen gemeinsam Parolen gegen die Frauenfeinde beim Gericht, gegen den Staatsapparat und die Faschisten. Plötzlich rückten jedoch Bullen an und schlugen wild auf die Frauen ein. Mehrere Frauen wurden verletzt und verhaftet. Die anderen traten zum geschlossenen Rückzug an, um weitere Aktionen und Proteste vorzubereiten.

Kriminalisierung der Frauenbewegung

Die neue Qualität des brutalen Vorgehens der Bullen und der offenen frauenfeindlichen Richtersprüche besteht vor allem darin, daß nicht mehr verheimlicht wird, daß man die Frauenbewegung auch mit militanten Mitteln bekämpfen will. Bisher hatte es noch keine Bulleneinsätze gegen Frauendemonstrationen gegeben. Auch die vorangegangenen Prozesse gegen Adele Faccio und Emma Bonino – bekannte Mitglieder der Radikalen Partei, die wegen des Aufbaus und der Unterstützung von Abtreibungskliniken vor Gericht standen – haben nicht diese offene Kriegserklärung gegen die Frauenbewegung von seiten der Richter zum Inhalt gehabt. Es ist das erste Mal, daß ein Prozeß, in dem eine Frau ihre Vergewaltiger anprangert, derart offen zum Prozeß gegen die Frauenbewegung umfunktioniert wird.

Claudia Caputi selbst, völlig entstellt und schwerverletzt im Krankenhaus, soll sich dies alles selber zugefügt haben, um „Theater" zu machen und dadurch „unschuldige und unbescholtene Bürger" in das Zwielicht der Anklage gebracht haben.

Frauen werden militanter

Der Prozeß um Claudia hat innerhalb der Frauenbewegung ein ungeheuer starkes Echo bewirkt. Frauen der UDI (PCI-Frauenorganisation!) und der MLD („movimento per la liberazione delle donne"), der Radikalen und der Liberalen Partei sowie Tausende von Studentinnen und Schülerinnen haben sich an Demonstrationen und Diskussionsveranstaltungen beteiligt, um die Frage der Gewalt gegen Frauen zu diskutieren und sich stärker dagegen zu organisieren. Dabei ist es zu einer Polarisierung der verschiedenen Strömungen innerhalb der feministischen Bewegung gekommen.

Zum einen haben sich die abstrakt „feministischen" Positionen noch verstärkt, was sich überwiegend auch in den Parolen der Demonstrationen ausdrückt: „Das nächste Mal mähen wir euch Männerpack mit Maschinenpistolen nieder!" oder auch: „Wir werden uns von euch militant befreien!". Zum anderen aber ist durch die brutale Konfrontation mit den Bullen, dem Staat und den Gerichten verstärkt die Frage nach der Bekämpfung des Staatsapparates und der Faschisten aufgekommen. Zum ersten Mal hat es auch in Mailand eine Spaltung der Aktion gegeben, da sich einige der feministischen Studentinnen weigerten, eine Demonstration zusammen mit Frauen der UDI zu machen, wofür sich jedoch die Mehrheit der Frauen und Organisationen ausgesprochen hatten. Auch innerhalb der Frauen der PCI–UDI ist es verstärkt zu Auseinandersetzungen um die Frage gekommen, daß die Unterstützung oder auch nur Duldung der Regierungspolitik und der Gerichte sowie die Verharmlosung der Gewalt gegen Frauen durch die PCI nicht mehr akzeptiert werden kann. Ein weiterer Schritt der Polarisierung ist auch die verschärfte Diskussion um die Frage der Militanz der Frauen gegen Bullen und den Staatsapparat, uns von der Mehrheit der PCI-Frauen innerhalb der Bewegung weitgehend abgelehnt wird. Die Frauenkollektive in Rom, die die Demonstrationen für Claudia inszeniert haben, haben sich jedoch für den Ausbau eines militanten Vorgehens gegen Bullenüberfälle und Faschistenprovokationen ausgesprochen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nachtrag: Am 15. April wurden die Urteile gesprochen. Vier Jahre für den Hauptangeklagten, zweimal drei Jahre, viermal zweieinhalb Jahre. An der Tat sollen noch mindestens zehn weitere Männer beteiligt gewesen sein, die nicht vor Gericht standen.



Frauen demonstrieren gegen Vergewaltigung – Bullen knüppeln auf sie ein. Auch das ist Klassenkampf!

Eine neue Provokation gegen die Linke

In der Nacht vom 5. zum 6. April wurde in Neapel zum ersten Mal in der italienischen Nachkriegsgeschichte ein führender Politiker entführt. Guido de Martino ist Vorsitzender der PSI in Neapel und Mitgleid des nationalen Sekretariats. Sein Vater ist der langjährige ehemalige Vorsitzende der PSI, Francesco de Martino. Die Entführung rief sofort sämtliche Spitzenpolitiker der bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaften auf den Plan. Die Fahndung übernahm de Santillo persönlich, Chef der „Antiterrorismus"-Abteilung. Sofort wurde eine wilde Hetzkampagne gegen den „Terrorismus, die Extremisten und subversiven Kräfte – seien sie nun von links oder rechts" entfacht. Die Gewerkschaftszentralen übernahmen die Initiative, um einen Protestmarsch zu organisieren, den sie in erster Linie für die Kriminalisierung der revolutionären Linken nutzen wollten. Am Nachmittag tagten Vertreter der Gewerkschaften, der Sicherheitsorgane und Politiker aller Parteien, die plötzlich durch die Nachricht unterbrochen wurden, in der Redaktion des „Paese Sera" sei eine Nachricht hinterlassen worden, derzufolge die Verantwortung für die Entführung bei der NAP (Nuclei Armati Proletari – Kerne des bewaffneten Proletariats) läge. Gegen die NAP und ebenso die Brigate Rosse (Rote Brigaden), läuft seit Jahren eine Hetz- und Verfolgungskampagne wegen ihrer politischen Entführungen und Bombenlegungen, die sie in der Art der „RAF" praktizieren. Fast alle Führer dieser beiden Organisationen sind inzwischen verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Diese „Nachricht" war Wasser auf die Mühlen der Rechten, unterstützt von den Gewerkschaftsführern und der PCI, die sofort einstimmig den schrei nach härtester Bestrafung und Verurteilung der „extremistischen Gewalttaten" ausstießen.

Unter diesem Motto versuchten sie auch die Protestkundgebung der Arbeiter und Studenten in Neapel am 7.4., dem nächsten Tag, auf ihre Mühlen zu lenken. Mehr als 80.000 Menschen hatten sich versammelt, um gegen die Entführung zu protestieren und sie als einen Angriff auf die Sozialisten und Demokraten zu verurteilen, während PCI- und Gewerkschaftsführer alles taten, um die Empörung gegen die revolutionäre Linke zu lenken.

Die Angriffe auf die „Extreme Linke" wurde von allen Rednern der bürgerlichen Parteien unterstützt, was jedoch von der protestierenden Menge keineswegs so positiv aufgenommen wurde. Die Arbeiter von Alfasud und Italsider stimmten Sprechchöre an wie „Diese Entführung trägt eindeutig den Stempel der DC! Die Entführung hat der CIA gewollt" oder „Der historische Kompromiß führt zur Reaktion, die Entführung ist ein Beweis dafür". Zahllose Resolutionen und Protesttelegramme verschiedener Organisationen und Belegschaften von Fabriken gingen bei den Eltern und der Frau von Guido de Martino ein, die die Entführung als eine Provokation gegen die Linke und die Sozialisten, eine Provokation der Rechten anklagten. Am selben Tag noch wurden mehrere Genossen der organisierten Arbeitslosen aus Neapel festgenommen und mehrere linke Veranstaltungen provozierend von den Bullen gestört. Mehr als 5.000 Bullen und Spezialeinheiten wurden nach Neapel abkommandiert. Eine bisher unbekannte Welle von Hausdurchsuchungen und Festnahmen wurde gegen Genossen der revolutionären Linken und der organisierten Arbeitslosen entfacht, die Faschisten wurden wie üblich verschont.

Strage di Stato

Auch am 8.4. wurde die „Fahndung" gegen die Linke weiter intensiviert, obwohl am Morgen ein Anruf von der faschistischen Terror-Bande „Ordine Nero" (Schwarze Ordnung) eingegangen war.

Sie erklärte sich verantwortlich für die Entführung und verlangte die Freilassung von vier inhaftierten Faschisten. Sie verlangten außerdem das Verbot der linken Organisationen und ein Demonstrationsverbot für die „elenden Roten".

Am Nachmittag, also mehrere Stunden nach diesem Anruf, verkündete Santillo, man sei noch nicht zu „weiteren Erkenntnissen" gekommen. Auf Nachfrage über den Anruf der „Ordine Nero" dementierte er dessen Kenntnis.

Die Herangehensweise zeigt fast eindeutige Parallelen zu der Fahndung im Falle der „Piazza Fontana", dem Terroranschlag der Faschisten auf eine Mailänder Bank (16 Tote) am 12.12.1969. Auch damals wurde nach den ersten Tagen offiziell Stellung genommen: „Wir können in diesem Moment noch keine genauen Anhaltspunkte für die Attentäter aufweisen, unsere ersten Vermutungen und berechtigten Verdachtsmomente richten sich jedoch gegen die anarchistischen Zirkel!"

Dieses Zitat ist über sieben Jahre alt, aber die Herangehensweise ist dieselbe.

Kurz darauf explodierte dann in Rom im Büro des Innenministers Cossiga eine Bombe, wobei jedoch niemand verletzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte „Ordine Nero" bereits in mehreren Telefonaten die Verantwortung für die Entführung bestätigt und untermauert.

In Neapel selbst waren über Nacht zahlreiche Mauern mit faschistischen Parolen beschmiert worden wie: „Blockiert die Straßen vor dem Abenteuer ohne Wiederkehr. Zerschlagt die Kommunisten wo immer es noch geht!" oder „Die Köpfe der Roten beginnen zu fallen, die Schwarzhemden kommen wieder!"

Dann tauchte plötzlich eine neue Erklärung der NAP auf, die von der Polizei als „identifizierbar" und „nachgewiesen" bezeichnet wurde.

Diese Erklärung besagte, daß allein die NAP für die Entführung verantwortlich sei und dies auch mit einem Dokument belegen könne. Die Bedingungen für die Freilassung de Martinos seien: Freilassung von mehreren politischen Gefangenen und die Verteilung von Lebensmitteln im Wert von ca. 2 Millionen DM in den Vierteln von sieben verschiedenen Städten Italiens. Unter diesen Bedingungen solle de Marzino am 22. April freigelassen werden.

Die Bullenüberwachung wurde daraufhin noch weiter verstärkt.

Nach dieser angeblichen Erklärung der NAP gab es dennoch weitere von „Ordine Nero", und am 9.4. schließlich wurden zwei weitere der NAP bekannt: Auf einem Flugblatt mit dem 5eckigen Stern der „Brigate Rosse", das in einer Telefonzelle hinterlegt worden war, grenzten sich die NAP und die „Brigate Rosse" scharf gegen die Entführung ab: „Dies ist ein dreckiges und verlogenes Manöver, das das schwankende christdemokratische Regime in Gang gebracht hat!"

„Es scheint uns weiterhin einfach völlig überflüssig, noch klarer zu stellen, daß die NAP und die Brigate Rosse absolut nichts mit dieser dreckigen Geschichte zu tun haben". Dies wurde noch einmal in einer zweiten Erklärung bekräftigt.

Bis jetzt ist nach offizieller Meldung immer noch kein Resultat der Untersuchungen heraus. Eines aber ist klar: Die Rechten der DC und die Faschisten fahren verschärft einen brutalen Kurs und schrecken dabei auch vor Provokationen ungeheuerlichen Ausmaßes nicht zurück. Nicht umsonst haben sie sich diesmal offensichtlich Neapel ausgesucht, das bisher von der Szene der offenen politischen Attentate entfernt war. In Neapel gibt es die größte organisierte Front der militanten linken Arbeitslosen. Die revolutionäre Linke ist in den letzten zwei Jahren stärker geworden und nach den Wahlen des 20. Juni haben die Faschisten schwer Stimmen einbüßen müssen. Auf der anderen Seite gibt es in keiner anderen Stadt so viele Arbeitslose, Obdachlose und Menschen, die in absoluter Armut leben.

In dieser Situation steht die Entführung des PSI-Politikers de Martino, die der „extremen Linken" angelastet werden soll.

Daß sich die Gewerkschaften und die PCI zum Handlanger dieser Provokation hergeben und sie aktiv gegen die revolutionären Linken mit vorantreiben, wird die Arbeiter und die Linken und Demokraten jedoch nicht daran hindern, diese erneute Provokation voll aufzudecken und die Faschisten zu entlarven:

ITALIA DICE NO AL FASCISMO!

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spanien

Zauberkünstler Suarez: „Movimiento" aufgelöst

„Francos Movimiento offiziell aufgelöst" („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 9.4.77). *„Des Premiers Blitz trifft Spaniens Rechtsextreme"* („Frankfurter Rundschau", „FR", 5.4.77) – so und ähnlich lauteten in der hiesigen Presse die Artikel-Überschriften für die angebliche *„Anpassung Spaniens an moderne Staatswesen"* („FR", 5.4.77) durch die von der Suarez-Regierung formal erlassene „Auflösung" der faschistischen Einheitspartei.

Das „Movimiento", aus der faschistischen Falange hervorgegangen, war fast 40 Jahre lang die politische Hauptstütze des Franco-Regimes und einzig zugelassene politische „Partei".

Sehen wir uns genauer an, was der ehemalige „Movimiento"-Minister Suarez mit seiner „Bewegung" gemacht hat:

– Die politischen Organe des „Movimiento" wurden aufgelöst (denn das „Movimiento" *„müsse an die neuen politischen Verhältnisse angepaßt werden"* – Suarez in einer Presseerklärung, „FR", 4.4.77). Die Abteilungen Jugend, Sport und Familie hingegen wurden vollständig an die Regierungskanzlei angeschlossen.

– Die Posten des Generalsekretärs sowie der Provinz- und Lokalchefs des „Movimiento" wurden „abgeschafft". Federn mußte keiner lassen – Generalsekretär Garcia Lopez wurde Chef des Sekretariats des Ministerrats und leitet künftig die Kabinettssitzungen! Die Lokalchefs, da sie in aller Regel gleichzeitig Bürgermeister, Gemeinderäte usw. sind, bleiben, wo und was sie sind. *„Ihnen bleibt noch immer genügend Macht, den Wahlkampf mit Verboten und Bevorzugungen zu beeinflussen"*, gibt selbst die liberale „Frankfurter Rundschau" (5.4.77) zu.

– Die über 10.000 Funktionäre des gewaltigen „Movimiento"-Apparates werden geschlossen, samt aller Pensions- und Gratifikationsansprü-

– Die über 10.000 Funktionäre des gewaltigen „Movimiento"-Apparates werden geschlossen, samt aller Pensions- und Gratifikationsansprü-che, in die staatliche Verwaltung „übernommen".

– Der „Informations"apparat der „Bewegung" mit 35 Zeitungen (insgesamt 500.000 tägliche Auflage), einem Rundfunknetz mit 45 Lokalsendern und einer Nachrichtenagentur werden in Zukunft vom Informationsministerium „kontrolliert".

– Das gesamte Vermögen des „Movimiento" verwaltet jetzt das Finanzministerium. Der 300 Mio. Mark-Haushaltssatz für's „Movimiento" bleibt weiter bestehen, denn schließlich hat sich ja nichts weiter geändert, als daß es den Namen der „Bewegung" nicht mehr gibt.

Die Suarez-Regierung hat zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Einerseits kann sie sich im In- und Ausland brüsten, den letzten Stein im Weg der „Demokratisierung" beiseitegeräumt zu haben, andererseits kann sie für den bereits angelaufenen Wahlkampf über die zahlreichen regionalen Rundfunksender des „Movimiento", die formal vom alten Franco-Geruch befreit sind, voll die Werbetrommel für die Rechtskoalition im Parteienspektrum rühren. Daß über diese Sender keine Parteien der bürgerlichen Opposition zu Wort kommen werden, dafür sorgt mit Sicherheit der alte Journalistenstamm – im Einvernehmen mit der Suarez-Regierung.

Presse und Rundfunk des „Movimiento" bleiben in der Hand des Staates

„In ihrem Ursprung geht die Presse des Movimiento aus einer historischen Situation des Bürgerkriegs hervor, einer Ausnahmesituation, aus der sich eine einheitliche Macht bildete, in der politische, ökonomische und informative Gewalt zusammengefaßt wurden" („El Pais", 1.4.77). Fast das gesamte Vermögen der Faschistenpresse stammt aus Beschlagnahmeaktionen der Franco-Truppen gegen „feindliche" Presseorgane, -druckereien usw., ist also zum größten Teil historisches Eigentum verschiedener Parteien, die für die Republik kämpften. Einige dieser Parteien (wie die PSOE, der baskische PNV u.a.) haben bereits die Rückgabe von Druckmaschinen und Zeitungen gefordert, werden jedoch mit Sicherheit auf taube Ohren stoßen.

Die 500.000 Zeitungen, die das „Movimiento" täglich ausspuckt, sind ein Paradebeispiel für eine staatlich subventionierte und durch und durch bürokratisierte Propagandamaschinerie. Der Apparat wird seit Jahren mit einer Milliarde Peseten im Jahr subventioniert, weil er sich finanziell nicht rentiert. In den 60-er Jahren wurde von Emilio Romero eine „Reform" der allzu auswuchernden „Überkapazitäten" eingeleitet. Es soll eine Zeitung gegeben haben, die nur 30 Exemplare täglich druckte („El Pais", 1.4.77)! Deren Erscheinen wurde eingestellt. Trotz der reichlichen staatlichen Unterstützung wird das Defizit der „Movimiento"-Presse derzeit auf zwei Milliarden Peseten geschätzt.

Die „Movimiento"-Presse brauchte sich nie von ökonomischen Ge-

Peseten geschätzt.

Die „Movimiento"-Presse brauchte sich nie von ökonomischen Ge-sichtspunkten ankränkeln zu lassen. Das hohe Defizit liegt aber nicht nur in einer bedenkenlosen Verlagspolitik, sondern auch in den überaus reichlichen „Entschädigungen", die alle ihre Mitarbeiter, insbesondere höhere Funktionäre aus dieser staatlichen Pfründe ziehen konnten.

Insofern hat die faschistische Presse in Spanien nach wie vor eine klar bevorzugte Stellung vor anderen privaten Presseorganen, die natürlich keine staatlichen Subventionen erhalten, sondern in der Vergangenheit immer wieder durch hohe Geldstrafen für unerlaubte Informationspolitik versucht wurden, finanziell zu ruinieren.

Der spanische Staat verfügt damit weiterhin über 37% aller politischen Tageszeitungen, die in Spanien erscheinen.

„Prensa y Radio del Estado (Presse und Rundfunk des Staates – AK), *offenbar die geplante Bezeichnung für die alte Kette, die jetzt von der Regierungskanzlei abhängt, wird weiterhin ihre eigenen Ausdrucksmittel in praktisch allen spanischen Provinzen haben und zugleich eine der quantitativ bedeutendsten Informationsketten in Europa bleiben"* („El Pais", 1.4.77).

Spanien-Kommission

Spanische Revisionisten wie erwartet legalisiert

Am 9. April legalisierte die Suarez-Regierung die spanische revisionistische KP (PCE), nachdem der Oberste Gerichtshof sich als „nicht zuständig" für die Legalisierung erklärt hatte, da es um eine politische und keine juristische Entscheidung gehe.

Die Generalstaatsanwaltschaft kam in einem Gutachten zu dem Schluß, daß die PCE nicht gegen geltende Gesetze verstoße, da sie weder *„totalitäre Ziele"* verfolge noch einer *„internationalen Disziplin"* unterworfen sei. Somit konnte sich die PCE an 125. Stelle der bisher legalisierten Gruppen, Organisationen und Parteien eintragen lassen.

Santiago Carrillo, Generalsekretär der PCE, erklärte gegenüber „Europpress" zur Legalisierung seiner Partei: *„Es handelt sich um einen Akt der Glaubwürdigkeit und der Stärkung auf dem Weg zur Demokratie und jetzt ist es unerläßlich, daß auch die anderen Parteien legalisiert werden und wir zu einer wirklichen gewerkschaftlichen Freiheit kommen"* („El pais", 10.4.77). Zu Suarez äußerte sich Carrillo sehr anerkennend: *„Ich glaube nicht, daß der Präsident Suarez ein Freund der Kommunisten ist. Ich betrachte ihn als einen intelligenten Antikommunisten, der verstanden hat, daß man Ideen nicht mit der Repression der Illegalität unterdrücken kann. Er ist bereit, seine Ideen mit den unseren zu messen"* („El pais", 10.4.77).

In den Kommentaren der westdeutschen bürgerlichen Presse wird die Legalisierung der spanischen Revisionisten durchweg als taktisch klug dargestellt. So meint die „Süddeutsche Zeitung", daß die Legalisierung *„einige Risiken vermindern"* hilft. *„Die Oppositionsparteien auf der Linken (?) werden nun keinen Grund mehr finden, aus Solidarität mit dem PCE sich nicht an den Wahlen zu beteiligen und dieser wird gezwungen sein, seine wahre Stärke zu zeigen, statt vom Nimbus der größten, doch leider unterdrückten politischen Kraft in Spanien zu zehren"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 12.4.77). Daß der PCE natürlich in gar keiner Weise vergleichbare Bedingungen für ihren Wahlkampf eingeräumt werden (Zugang zu Presse und Fernsehen), wird in solchen Kommentaren nicht erwähnt. So beschwerte sich die sozialdemokratische (legale) PSOE über sieben (!) Verbote von Veranstaltungen in Leon durch den Zivilgouverneur und das Eingreifen von Polizei auf einer zugelassenen Versammlung, um „Kritik an der Regierung" zu unterbinden („SZ", 16.4.77).

Springers „Welt" beruft sich auf das Falange-Organ „Arriba" (!), das die PCE-Legalisierung als „realistisch" bezeichnet hat und kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß *„die Legalisierung der KP das geringere Übel"* sei, nachdem die „Coordinacion Democratica" als *„Volksfrontbündnis"* der bürgerlichen Parteien mit den Revisionisten praktisch aufgelöst hat. *„Die KP verlor an Magie. Der Wahlkampf kann beginnen"* („Welt", 12.4.77). Das ist deutlich.

Natürlich mußte es auch einige Proteste aus den Reihen der spanischen Ultras und rechten Militärs geben. So trat der spanische Marineminister Pita da Veiga zurück. Einige behaupten, er habe schon länger auf eine günstige Gelegenheit, sich zur Ruhe zu setzen, gewartet („SZ", 14.4.77). Die von einigen Ultras inszenierte Kampagne für weitere Protest-Rücktritte trifft offenbar auf kein besonderes Echo. Der rechtsradikale Fraga Iribarne (Chef der „Volksallianz") tat sich wieder'mal mit besonders markigen Sprüchen hervor: *„Das einzige Land, das den Kommunismus besiegt hat, ist Spanien, und jetzt geben wir auf"* („Welt", 13.4.77). Er bezeichnete die PCE-Zulassung als einen *„wirklichen Staatsstreich"* („SZ", 13.4.77).

Doch es ist offensichtlich, daß dies Säbelrasseln ultrarechter Kreise mehr Propagandaschau ist als ernst gemeint. Es steht außer Zweifel, daß das faschistische Militär, daß die große Mehrheit der Bürgerkriegsgeneräle (die jeder sicher Hunderte von toten Kommunisten auf dem Gewissen haben), heute gegen den Verwaltungsakt der Legalisierung der PCE nichts einzuwenden haben. Wissen sie doch zu genau, daß die Frage der Macht im Staat, nämlich ihrer Macht, damit überhaupt nicht in Frage gestellt wird. Sie wissen, daß sie jederzeit, wenn sie und die Regierung (mit der ja vollkommene Übereinstimmung besteht) es wollen, man es den Kommunisten schon zeigen wird.

Auch die PCE weiß, daß ihre Legalisierung letzten Endes von den faschistischen Generälen gegeben wurde – und auch wieder genommen werden kann. Sie bemüht sich daher um immer weitergehendes Wohlverhalten. So sagte sie nach dem Rücktritt des Marineministers vorsorglich (um die Situation zu „entschärfen") ein für den 17.4. geplantes Massentreffen ab, auf dem offenbar die aus dem Moskauer Exil zurückerwartete legendäre Dolores Ibarruri („La Pasionaria") gefeiert werden sollte.

Übrigens ist die BRD jetzt das einzige Land des „freien Westens" Europas, in dem es ein staatliches Verbot der Kommunisten gibt...

Spanienkommission

PCE-Rechtsanwälte kritisieren Carrillo

Aus einer Notiz in der linken italienischen Zeitung „Lotta Continua" geht hervor, daß die Madrider Rechtsanwälte, die Mitglieder oder Sympathisanten der revisionistischen PCE sind, eine Erklärung veröffentlicht haben *(„Beziehung des Anwältekomitees mit dem Sekretariat der Partei")*, in dem der *„Verlust des revolutionären Geistes"* in der PCE kritisiert wird und die Nutzlosigkeit der Verhandlungen der Opposition mit der Suarez-Regierung herausgestellt wird. Außerdem wird in dem Dokument die mangelnde parteiinterne Demokratie angegriffen und die direkte Wahl aller leitenden Organe gefordert. Die Anwälte fordern außerdem mehr Informationen über die Entwicklungen an der Basis, also wohl mehr parteiinterne Berichterstattung („Lotta Continua", 7.4.77).

Spanienkommission

Baskischer Nationalfeiertag verboten

Der spanische Innenminister hatte wie in früheren Jahren den traditionellen baskischen Nationalfeiertag, „Aberri Eguna" verboten, weil linke Gruppen *„zur Offensive und zum Kampf gegen die grundlegenden Institutionen des Staates, das nationale Unterrichtswesen, die Streitkräfte und die öffentliche Ordnung"* aufgerufen hätten („El pais", 7.4.77). Vitoria, das in diesem Jahr von allen Gruppen und Organisationen des Baskenlandes zum „Aberri Eguna" ausersehen worden war, glich am Ostersonntag einer belagerten Stadt. Den 100.000 Basken, die zum Nationalfeiertag erwartet wurden, wurde durch massive Straßenkontrollen und Straßensperren der Polizei der Zugang zur Stadt weitgehend unmöglich gemacht. Mit Gummigeschossen und Rauchbomben versuchte die Guardia Civil in Vitoria selbst dann jeden Demonstrationsversuch zu verhindern. Es kam zu stundenlangen Straßenschlachten zwischen Bullen und Demonstranten. Ein belgischer Kameramann wurde von einem Hartgummigeschoß schwer verletzt. Es gab zahlreiche Verhaftungen.

In diesem Jahr hatten wie in keinem vorhergehenden Jahr die bürgerlich-reformistischen Gruppen der baskischen Opposition der Regierung Garantien für einen friedlichen Demonstrationsverlauf gegeben. So hatten die bereits legalisierten Parteien PNV (Baskische Nationalistische Partei), PSOE, PSV (Baskische sozialistische Partei) und die (zu dem Zeitpunkt noch nicht legalisierte) PCE in den Verhandlungen mit der Regierung 4.000 (!) Ordner zugesichert („El pais", 8.4.77).

Der rechte PNV hatte anfangs versucht, im Alleingang zum „Aberri Eguna" aufzurufen, um sich als die einzige bedeutende Kraft im Baskenland auszugeben. Bis zum Schluß weigerte sich der PNV, einen gemeinsamen Aufruf mit irgendeiner anderen Organisation zu unterzeichnen. Die drei anderen genannten Parteien unterstützten den PNV bei seiner erpresserischen Forderung, auf der Demonstration nur Spruchbänder mit den drei Forderungen nach totaler Amnestie, dem Autonomiestatut und der Freiheit für alle Ideologien zuzulassen. Alle anderen Forderungen sollten wohl von den Ordnern einkassiert werden.

In einer gemeinsamen Erklärung hatten die elf Organisationen, die das „Baskische Volksorgan" bilden (darunter ETA V., MC, ORT, usw.) sowie sechs weitere Organisationen (darunter „Liga Comunista", „Organización Comunista", Karlistische Partei des Baskenlandes, PSP von Euskadi..) das Verbot des „Aberri Eguna" durch die Regierung gemeinsam verurteilt. Diese Kräfte haben auch das Vorgehen der vier anderen Parteien, keine gemeinsame Erklärung mit ihnen zu unterzeichnen, kritisiert und dies als einen Versuch interpretiert, die nicht legalisierten Organisationen in die Ecke der Isolierung zu drängen („El pais", 8.4.77).

Spanienkommission

Maulkorb für die liberale Presse

Rechtzeitig zum Wahlkampf hat die Suarez-Regierung ein „neues" Pressegesetz verabschiedet, das vom Informatiosminister Reguera als *„Norm für die Freiheit"* bezeichnet wurde („El Pais", 5.4.77). Dieses Gesetz soll nach seinen Aussagen drei wichtige Prinzipien vereinen: *„die Anerkennung der vollen Meinungsfreiheit (?!), den Schutz jener Prinzipien und Institutionen, die als Fundamente des Staates jenseits aller politischen Zufälligkeiten liegen, und den Schutz des persönlichen Rufes und der Würde des Einzelnen..."* („El Pais", 5.4.77). Die *„Fundamente des Staates"*, die nicht angegriffen werden dürfen, sind die *„Einheit Spaniens"* (also Verbot von Propaganda für die Autonomie der spanischen Völker!), die *„Monarchie"* (Verbot von Propaganda für eine republikanische Staatsform!). Untersagt sind auch Angriffe auf die Streitkräfte, immer noch das Rückgrat des demokratisch bemäntelten Faschismus in Spanien.

Die Strafen für diese „Delikte" wurden sogar noch verschärft! Für „Verleumdungen" von bestimmten Personen können Gerichte während der Wahlkampagne in Schnellverfahren bis zu 6 Jahren Gefängnis (!) verhängen („Frankfurter Rundschau", 4.4. 77). Damit soll u.a. die Aufdeckung der Korruptionspraktiken der alten Franco-Treuen, die heute unter demokratischen Parolen fürs „neue Spanien" kandidieren wollen, verhindert werden.

Als Verleumdung kann praktisch jede kritische Abrechnung mit der Vergangenheit der Alt-Faschisten gewertet werden.

Die „Demokratisierung" in Spanien ist ein einziger Skandal!

Spanien-Kommission

14. April: Wieder ein Tag der Bullen

Der „Gewerkschaftsverband Arbeiterkommissionen" und die kleine „Arbeitergewerkschaftsunion" (USO) hatten für den 14.4. zu einem nationalen Protest gegen das nach wie vor bestehende Zwangssyndikat und für die Zulassung freier Gewerkschaften aufgerufen. Der Protest richtete sich gleichfalls gegen das freie Entlassungsrecht der spanischen Kapitalisten, das ihnen durch die neuen Arbeitsgesetze nun offiziell zugestanden wurde.

Nach Angaben des Hessischen Rundfunks 3 (HR 3) vom 16.4.77 sollen sich an Streiks und Demonstrationen im Industriegürtel von Madrid und vielen anderen spanischen Städten 200 000 Arbeiter beteiligt haben. Die spanische Polizei nahm viele linke Arbeiter fest.

Der 14. April ist ein historisches Datum in Spanien: der Tag, an dem vor 46 Jahren die II. Republik ausgerufen wurde. Um die Monarchie nicht zu „provozieren", die alle Demonstrationen verboten hatte, haben die reformistischen Parteien offenbar auf jede öffentliche Form der Erinnerung an diesen Tag verzichtet. Trotzdem kam es z.B. in Madrid zu verschiedenen Demonstrationsversuchen, die von hunderten schwerbewaffneter Bullen sofort zerschlagen wurden. Allein von der ORT wurden 150 Mitglieder dabei verhaftet (nach HR 3 vom 16. 4. 77).

Spanienkommission

Linke Frauenorganisationen bleiben verboten

Die „Demokratische Frauenassoziation" aus Madrid und die „Katalanische Frauenassoziation" aus Barcelona, beide bekannt für ihre erfolgreiche Massenarbeit (vgl. AK 101), hatten kürzlich den Antrag gestellt, als politische Organisation anerkannt und zugelassen zu werden. Anfang März wurde der Antrag aus Madrid abschlägig beschieden, *„da es zu den Zielen der Assoziation gehöre, sich für eine Beendigung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung einzusetzen"* („El Pais", 9.3.77). Kommentar überflüssig!

Ende März kam der gleiche Bescheid für die Katalaninnen, allerdings mit einer anderen, nicht weniger aufschlußreichen Begründung: *„Die Assoziation trete für eine Doppelmitgliedschaft in einer anderen politischen Organisation ein"* („El Pais", 9.3.77), was konkret bedeute, daß viele der führenden Mitglieder ebenfalls Extremlinken angehören oder eng mit ihnen zusammenarbeiten. Klare Worte, die den ganzen Demokratisierungszauber einmal wieder ins rechte Licht setzen.

Nichtsdestotrotz halten beide Organisationen an ihrer konsequenten Politik fest. Gegenwärtig werden in beiden Städten Großkampagnen zugunsten des Scheidungsrechtes durchgeführt.

Anläßlich einer Massenveranstaltung im Barceloner Sportpalast „Palau Blau grana" am vergangenen Samstag (16.4.77) haben wir den Genossinnen von der „Katalanischen Assoziation" unsere solidarischen Grüße übermittelt.

Spanien-Kommission

Atomkraftwerke in Spanien

In Spanien sind zur Zeit drei Atomkraftwerke in Betrieb, fünf weitere sind im Bau, von sieben wurde der Bau schon genehmigt und zwölf sind bis 1985 außerdem geplant. Das spanische Atomprogramm, das einen Planungszeitraum von 1974 bis 1985 umfaßt, soll sechs Milliarden Peseten kosten. Die Atomkraftwerke sollen eine Gesamtleistung von 35.000 Megawatt erbringen und bis 1985 36,7% der gesamten elektrischen Energieversorgung decken („Cambio 16", 3.4.77).

Spanien hat seine gesamte Nukleartechnik fast ausschließlich im Rahmen der traditionellen „Freundschaftsverträge" aus den USA importiert. So sind z.B. 450 Mio. Dollar aus der US-amerikanischen Militärhilfe für Spanien ausschließlich für den Bau von Atomkraftwerken (AKWs) vorbestimmt. Sämtliche vorhandenen und geplanten AKWs – mit zwei Ausnahmen – wurden von US-Konzernen geliefert (General Electric und Westinghouse). Die zwei Ausnahmen sind ein aus Frankreich geliefertes AKW (Vandellos bei Tarragona) und eins aus der BRD (in Trillo/Guadalajara), dessen Bau demnächst begonnen werden soll.

Die AKWs werden vorzugsweise in ländlichen Gegenden gebaut, in denen der Analphabetismus hoch ist und die Industrialisierung niedrig, um so den Widerstand der Bevölkerung durch Versprechungen auf neue Arbeitsplätze leichter brechen zu können.

Tatsächlich scheint der Protest gegen die AKWs in Spanien bisher nur auf die betroffenen Gemeinden beschränkt zu sein und von der übrigen politischen Bewegung relativ isoliert stattzufinden.

Tod eines Arbeiters im AKW Zorita

Im März wurde von der spanischen Presse der Tod eines Arbeiters in dem ältesten Atomkraftwerk Spaniens (Zorita in der Provinz Guadalajara) aufgegriffen. Dieses Werk besteht seit 1968 und hatte seitdem, wie die Werksleitung nicht müde wurde zu betonen, noch keinerlei „Unregelmäßigkeiten" zu vermerken. Am 13. August 1976 starb dort der Arbeiter Antonio Prados Camacho. Sein Tod wurde offiziell als Folge einer Gelbsucht ausgegeben, während sämtliche Symptome auf eine radioaktive Verseuchung schließen ließen.

Gegen diese Verschleierung der wahren Todesursache klagte u.a. der Generalsekretär der „Spanischen Gesellschaft zur Regelung des Umweltschutzes" (Aeorma), also ein Höchstoffizieller. Die Kläger gaben außer über den durch radioaktive Verseuchung verursachten Tod des Arbeiters weitere Untersuchungen über die Verseuchung des angrenzenden Dorfes Driebes bekannt. Demnach mußten mindestens 30 Menschen mit Magenkrankheiten in der Klinik behandelt werden, es wurden zunehmende Mißbildungen bei Kindern des Dorfes festgestellt sowie 15 Fehlgeburten in kürzester Zeit, was bei der geringen Einwohnerzahl des Dorfes abnorm ist. Die Fische in den radioaktiv verseuchten Gewässern des Taja wiesen ein überdimensionales Wachstum auf (vier-Kilogramm-Fische wogen jetzt 25 kg!) („El Pais", 2.3.77).

Weitere Proteste, zum Teil von Bürgerinitiativen, zum Teil von Bürgermeistern und Gemeinderäten richten sich gegen illegalen, d.h. vorzeitigen Baubeginn von AKWs (z.B. bei Valldecaballeros/Badajoz). Es wird in diesem Zusammenhang von einer Demonstration von 300 Menschen in Badajoz gegen den Bau dieses AKWs berichtet („El Pais", 24.3.77).

In San Vicente de la Barquera, wo ein AKW gebaut werden soll, mußten allerdings Bürgermeister und Gemeinderäte angesichts der Proteste aus der Bevölkerung ihren Hut nehmen! („Cambio 16", 3.4.77).

Die unseres Wissens größte Demonstration gegen Atomkraftwerke fand im letzten Jahr (16.2.76) in Salamanca statt, wo in unmittelbarer Nähe der Stadt eine Wiederaufbereitungsanlage geplant ist (siehe Foto).

Spanien-Kommission



Salamanca, Februar 1976:
Protest der Bevölkerung gegen eine geplante Wiederaufbereitungsanlage in unmittelbarer Nähe der Stadt

Neue Arbeitsgesetze: Ein Schlag ins Gesicht der spanischen Arbeiterbewegung

Anfang März verabschiedete die Suarez-Regierung eine neue Arbeitsgesetzgebung, die inzwischen sogar auf den Protest des sozialdemokratischen „Bundes Freier Gewerkschaften" gestoßen ist. Der Generalsekräter des BFG (Otto Kersten) hat sich in einem Schreiben an die „Internationale Arbeitsorganisation" gewandt, um die *„Verletzung der gewerkschaftlichen Freiheit in Spanien"* anzuklagen („El Pais", 10.4.77). Das „Gesetz über Arbeitsbeziehungen" hat folgende Regulierung des Streikrechts beschlossen:
Ein Streik kann von den *‚Vetretern der Arbeiter"* (von Gewerkschaften ist im ganzen Text nicht die Rede!) durch Mehrheitsbeschluß ausgerufen werden, bzw. auch, wenn 25% der Belegschaft eine Streik-Urabstimmung fordern und diese eine Mehrheit findet. Der Streikbeginn muß dem Kapitalisten 5 Tage vorher mitgeteilt werden, bei öffentlichen Betrieben sogar 10 Tage vorher (die bekannte „Abkühlungspause"...). Ein Streik-Komitee, das höchstens aus 12 Personen bestehen soll, wird an der Lösung des Konflikts beteiligt (?). Es gibt keinen Lohnanspruch während des Streiks, Spendensammlungen sind erlaubt.

Verboten sind alle politischen und Solidaritätsstreiks (das ist die große Mehrheit aller Streiks der letzten Jahre in Spanien), sowie rotierende Streiks (also wo abteilungsweise nach einem Plan gestreikt wird) und alle Streiks, die einen Tarifvertrag in Frage stellen, außerdem weitere „besondere Fälle", die zu verbieten man sich vorbehält...

Sogar der „Bund Freier Gewerkschaften" betrachtet diese Regelung als unakzeptabel:*„Das Verfahren, um einen Streik auszurufen, ist so kompliziert, daß in der Praxis ein Streik fast unmöglich ist"* („El Pais", 10.4.77).

In dem neuen Arbeitsgesetz wird ein Unterschied zwischen „Streik" und „kollektivem Konflikt" gemacht. Der eine soll den anderen ausschließen. Die Arbeiter, die einen Konflikt wollen (?), müssen beim Arbeitsamt ein Schreiben mit ihren Namen, ihrer Adresse (!!), den Gründen des Konflikts und ihren Forderungen abgeben. Innerhalb von vier Tagen wird ein Einigungsversuch gemacht; wenn der nicht gelingt, diktiert die „Arbeitsautorität"(?) Zwangsverträge (!!). Wenn die Arbeiter den Weg des „kollektiven Konflikts" gehen, dürfen sie anschließend nicht streiken! Dies soll offenbar ein Mittel sein, den Arbeitern, die es erstmal „auf friedlichem Weg" versuchen wollen, das Mittel des Streiks bei Scheitern der Verhandlungen aus der Hand zu schlagen.

Als weiterer wesentlicher Bestandteil des Gesetzes gilt die offizielle Einführung des Entlassungsrechts der Kapitalisten, das bisher nach offizieller spanischer Gesetzgebung und der Ideologie, daß der Faschismus die Klassen abgeschafft hat, nicht zulässig war. Natürlich ist es in der Vergangenheit trotzdem zu, vor allem politisch motivierten, Entlassungen in Spanien gekommen. Das neue Gesetz erleichtert es dem Kapitalisten jedoch erheblich, ohne daß ein rechtlicher Einspruch seitens des Arbeiters möglich wäre, jeden, der ihm nicht paßt, zu entlassen. Entlassung ist zulässig, *„wenn ein Grund besteht, der im Zusammenhang mit dem Verhalten des Arbeiters oder mit objektiven Umständen steht, die sich aus der beruflichen Fähigkeit desselben ergeben oder aus der Notwendigkeit des Funktionieren des Betriebes"* (zitiert nach „Cambio 16", 27.3.77). Damit ist wohl jede Entlassung abgedeckt, ohne daß irgendein Recht des Arbeiters, dagegen vorzugehen, zugelassen wäre!

Am 15.3. demonstrierten und streikten zehntausende von Arbeitern in Spanien gegen die repressive Arbeitsgesetzgebung und für die Zulassung freier Gewerkschaften. Die Tatsache, daß im neuen spanischen Arbeitsrecht nicht von Gewerkschaften die Rede ist, hat natürlich System. So erklärte der Generalsekretär des faschistischen Zwangssyndikats „Organisacion Sindical" (OS):„ *Der ungenügende Entwicklungsgrad der neuen freiwilligen Organisationen (er meint die hunderttausende Mitglieder zählenden illegalen Gewerkschaftsorganisationen, insbesondere die „Gewerkschaftsorganisation Comissiones Obreras"), lassen eine kurze Etappe des Nebeneinanderbestehens mit den institutionellen Organisationen geraten erscheinen, eine Koexistenz, die klar gestellt werden muß, obgleich es sie in Wirklichkeit schon gibt"* („El Pais", 10.4.77).

Was die zukünftigen Absichten der Regierung im Blick auf die Legalisierung freier Klassengewerkschaften betrifft, so ließ er auch keinen Zweifel aufkommen:
„Im Augenblick kann man keine Etappen oder Termine für die vorgesehene graduelle (!) ausschließliche Anerkennung der freien Gewerkschaftsorganisation angeben. Um nur eine Hypothese aufzustellen, könnten ab kommenden Oktober und vor dem Frühjahr (1978 – AK) die objektiven Bedingungen bestehen, eine Erneuerung der Repräsentations-Strukturen auf der Ebene von Betrieben durchzuführen sowie die Einberufung von allgemeinen Wahlen an der Basis, um die entsprechenden (?) Ämter zu besetzen. An diesen Wahlen könnten chancengleich die verschiedenen organisierten gewerkschaftlichen Strömungen teilnehmen." („El Pais", 10.4.77)

Damit wäre eine weitere – ehemalige – Bedingung für den „paktierten Bruch" mit dem Franco-Faschismus, den die spanische Opposition („Demokratisch Koordination") aufgestellt hatte, nämlich die Anerkennung freier Gewerkschaften auf einen Zeitpunkt vertagt, der für die Suarez-Regierung günstiger ist, und den sie allein festlegt.

Trotz aller Proteste der (illegalen) Gewerkschaftsorganisationen gegen die Arbeitsgesetzgebung und die Verzögerung ihrer Legalisierung ist die Beteiligung der sozialdemokratischen PSOE und der revisionistischen PCE (die eng mit den Gewerkschaften verbunden sind) außer Frage. „Freie Wahlen", die unter den Bedingungen sämtlicher Unfreiheiten stattfinden, die aus Francos Zeiten überliefert sind, – viele hätten das im letzten Jahr nicht für möglich gehalten!!

Spanien-Komission



Etwa 25.000 Menschen besuchten am 27.3. die erste Großveranstaltung der anarchistischen Gewerkschaft CNT in der Nähe von Madrid. Neben Parolen gegen Pinochet und Videla gab es auch Srechchöre wie „Ein vereinigtes Volk funktioniert ohne Partei" („El pueblo unido, funciona sin partido").

CIA, Exilkubaner und andere...

Exilkubaner in den USA sind in der letzten Zeit durch terroristische Aktionen in den Blickpunkt gerückt. Seit der Niederlage der vom CIA aufgebauten Invasionstruppen von Exilkubanern in der Schweinebucht, hat sich in Miami eine Terroristenzentrale zusammengefunden. Hier leben allein 450.000 Exilkubaner (sie stellen 52 % der Bevölkerung). Das ist über die Hälfte aller in den USA lebenden Exilkubaner.

In Miami laufen viele Fäden und der Terroristenscene zusammen. Es ist auch eines der Zentren der Mafia. So sollen nach Angaben des „Polizeibüros gegen organisierte Verbrechen" in Miami allein 15 der 27 größten Mafia-„Familien" leben, insgesamt 2.000 Gangster.

Den Kern der Terrorzentrale bildet die CORU („Koordination revolutionärer Organisationen"). Die stärkste Gruppe in der CORU ist die „Brigade 2506", mit ca. 800 bis 900 Mitgliedern („International Herald Tribune", 1.2.77). Der Führer der CORU ist Orlando Bosch, der derzeit in einem venezolanischen Gefängnis sitzt. Bosch war seit Anfang an dabei, konterrevolutionäre Aktivitäten gegen Kuba zu schüren und durchzuführen. Kurz nach der Revolution flog seine Gruppe, die MIRR (Bewegung zur Wiederherstellung der Revolution) von Flugplatz der United Fruit Company in Guatemala Bombenflüge gegen Kuba.

Mitte der sechziger Jahre gründete dieser Faschist die „Cuban Power", von der dann Bombenanschläge auf ausländische Schiffe in kubanischen Häfen organisiert wurden.

1968 wurde er deswegen für acht Jahre eingebuchtet, verließ jedoch schon nach vier Jahren den Knast und die USA in Richtung Lateinamerika, wo er sich vorwiegend in Chile aufhielt.



Ein Bosch-Kumpane Rolando sie erklärten: „Wir sind für diese

Ein Bosch-Kumpane, Rolando Otero (er steht derzeit wegen mehrerer Bombenattentate in Florida vor Gericht), berichtete kürzlich, daß Bosch und er vom chilenischen Geheimdienst DINA zur Organisierung eines Attentats auf Pascal Allende (dem heute im Exil lebenden Führungsgenossen des chilenischen MIR) angeheuert wurden.

Auf das Konto der Terroristenzentrale gehen diverse Attentate auf linke Politiker, zuletzt auf den Chilenen Orlando Letelier, ehemaliger Außen- und Verteidigungsminister Allendes, der in den USA im Exil lebte.

Das Hauptziel ihrer Aktivitäten ist das revolutionäre Kuba, aber auch andere fortschrittliche Regierungen und Kräfte. In der letzten Zeit hat der Terror auch innerhalb der USA zugenommen. Obwohl die US-Regierung zugibt, daß *„die kubanischen Terroristen die best trainierten Attentäter der heutigen Welt"* sind, hat sie wenig dagegen unternommen.

Fakt ist im Gegenteil, daß seit der kubanischen Revolution 1959 es die erklärte Politik der US-Regierung ist, rechtsradikale Flüchtlinge aus Kuba anzuziehen. Dieser Abschaum der Menschheit kommt in den Genuß des *„größten und teuersten Flüchtlingsunterstützungsprogramms der US-Regierung. Über 1.1 Mrd. Dollar ..."*! Auch der CIA gibt mittlerweile offen zu, die Terroristen trainiert, organisiert und ausgebildet zu haben.

Schweinepest, Exilkubaner und CIA

1971 brach in Kuba – zum ersten und einzigen Mal auf dem westlichen Teil der Erde – die Schweinepest aus. Sie brachte die Vernichtung von 500.000 Schweinen, eine Stillegung der Fleischproduktion für Monate und eine ernsthafte Versorgungskrise. Nach Einschätzung der UN-Welternährungsorganisation FAO „das schlimmste Ereignis jenes Jahres." Die FAO und die Behörden in Kuba selbst standen vor einem Rätsel.

Vor wenigen Wochen veröffentlichte nun die New Yorker Zeitung „Newsday" einige Hinweise auf die Ursachen. „Newsday" zufolge sei der Virus *„zumindest mit der Unterstützung von CIA-Beamten"* durch Exilkubaner auf die Insel gebracht worden. In dem Artikel wird aus mehreren voneinander unabhängigen Aussagen von offensichtlich direkt beteiligten Agenten der Transportweg eines versiegelten Behälters von der CIA-Trainigs-Basis Fort Gulick in der Panamazone über fünf Transportstationen nach Kuba rekonstruiert. Die ganze Aktion geschah im März 1971, im Mai desselben Jahres wurden die ersten infizierten Schweine festgestellt. Die beteiligten Verbrecher – dem CIA hörige Gestalten – gaben die Drahtzieherrolle des CIA zu, als sie erklärten: *„Wir sind für diese Sache sehr gut bezahlt worden und die Exilkubaner-Gruppen haben soviel Geld nicht."*

Dem Journalisten von „Newsday" wollte der CIA-Pressesprecher keinen Kommentar dazu geben.
(Nach „extradienst", 21.1.77) ...

und weitere Attentate

Im letzten Jahr organisierten die Exilkubaner eine Reihe von Bombenattentaten auf kubanische Einrichtungen, nachdem sie 1975 eine „Kriegserklärung" herausgegeben hatten, in der sie diese Mordanschläge androhten:

- Im April '76 wurden kubanische Fischerboote von den Faschisten in internationalen Gewässern beschossen.
- In Portugal wurde die kubanische Botschaft in die Luft gesprengt.
- Im Juni wurde die UN-Mission Kubas bombardiert.
- Im Juli wurde das Büro der kubanischen Fluggesellschaft in Barbados in die Luft gesprengt. Ebenfalls im Juli wurde ein Kidnappingversuch am kubanischen Botschafter in Mexiko organisiert.
- Im August wurden zwei Angestellte der kubanischen Botschaft in Argentinien entführt. Im gleichen Monat wurden Büros der kubanischen Fluggesellschaft in Panama gesprengt.
- Am 6. Oktober 1976 wurde ein kubanisches Flugzeug in der Luft von einer Bombe zerrissen – 73 Menschen kamen ums Leben. Für den Mordanschlag auf das Flugzeug ist ein „Venezuelaner" namens Herman Losano verantwortlich. Er brüstet sich damit, *„vom CIA in den 60er Jahren im Bomben-Herstellen geschult"* worden zu sein!

Faschistischer Terror in den USA

Auch in den USA hat der Terror der Exilkubaner zugenommen:

- Angriffe auf Solidaritätsveranstaltungen mit Kuba;
- Bombenanschläge auf ausländische Botschaften und Organisationen, die nicht ihren politischen Ansichten entsprechen;
- Angriffe auf die UNO;
- Herumschnüffelei und Demonstrationen im Interesse von CIA und FBI;
- Infiltration fortschrittlicher Gruppen;
- Angriffe auf verschiedene Schiffe und
- Bombenattentate gegeneinander.

Einer der größten Anschläge war der Versuch eines Sprengstoffattentats auf ein Solidaritätskonzert mit Kuba am 24.7.76 in New York! Drei Exilkubaner wurden verhaftet und stehen gegenwärtig vor Gericht. Zwei davon tauchen auch in anderen Zusammenhängen auf: Jorge Gomez und Guilermo Novo.

Jorge Gomez wurde auf einer Faschistenveranstaltung in New Jersey als Leibwache eines Repräsentanten der chilenischen Junta gesehen! Guilermo Novo soll nach Aussagen von Bosch zusammen mit seinem Bruder beim Attentat auf Orlando Letelier (s.o.) mitgemischt haben. Schon vor dem Putsch in Chile pflegten die Exilkubaner ausgeprägte Kontakte mit den Faschisten in Lateinamerika. Sie liefen über Manuel Sepulveda, einen engen Freund Pinochets, und Ramiro de le Fe, Führer der Terroristengruppe „Junges Kuba".

Im August 76 – zwei Monate vor dem Leteliermord – tauchte Sepulveda wieder in den USA auf. Leiter seiner unangekündigten „Delegation" war der CIA-Agent Vernon Walters. Dieser hatte schon 1964 bei dem Putsch in Brasilien seine Finger drin.

seiner unangekündigten „Delegation" war der CIA-Agent Vernon Walters. Dieser hatte schon 1964 bei dem Putsch in Brasilien seine Finger drin.

Durch Walters wurden mehrere Treffen mit einflußreichen Gestalten der US-Regierung vermittelt. Später – als Letelier in den USA ermordet worden war – versuchte die US-Regierung dieses zu leugnen und verweigerte dem Kongreß eine Untersuchung darüber.

Am 5.9.76 nahm Sepulveda dann an einem Treffen der „Brigade 2506" teil. Ebenfalls anwesend waren etliche illustre Gestalten der interamerikanischen Faschistenscene, so auch Nikaraguas Diktator Anastasio Somasa. ...

Daß auf diesem und anderen Treffen nicht über den blauen Himmel Floridas geredet wurde, liegt wohl auf der Hand. Es muß auch aktuell und in der Zukunft mit weiteren Verbrechen dieser „Internationale des Terrors" gerechnet werden.
(Wo nicht anders angegeben, alle Zitate nach „Guardian", 5.1.77).

USA-Kommission



CIA-Hauptquartier



Kurzmeldungen

Watergate-„Klempner" begnadigt

Auch für die „Klempner" – die Handwerker des Watergate-Einbruchs in das Hauptquartier der Demokratischen Partei 1971 – war es schon eine lohnende Sache. Nach der Verurteilung im Januar 1973 waren schon drei vorzeitig aus der Haft entlassen. Nun hat Carter auch dem letzten, Gordon Liddy, durch eine Reduzierung der Strafe von 20 auf acht Jahre die Freiheit ermöglicht; denn durch eine Aussetzung zur Bewährung kann Liddy schon am 9.7.77 mit seiner Entlassung rechnen. Ausschlaggebend für die Begnadigung war nach Carter „das Interesse der Gleichbehandlung und der Fairneß" im Vergleich zu anderen Watergate-Verurteilten („Frankfurter Rundschau", 14.4.77).

Zusätzlich werden die vier „Klempner" aus einem noch existierenden Wahlfonds von Richard Nixon zusammen 200.000 Dollar erhalten („Harburger Anzeigen und Nachrichten", 24.2.77). Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft...

Und während die geistigen Väter der Watergate-Affäre auf Vorlesungs-Rundreisen ansehnliche Nebeneinnahmen erzielen, kämpft Richard Nixon verzweifelt gegen eine Gerichtsentscheidung, nach der die Tonbänder aus dem Weißen Haus, die die Vertuschung des Falles dokumentieren, in Funk und Fernsehen und als Casetten und Schallplatten öffentlich verbreitet werden dürfen („International Herald Tribune", 29.3.77). Also auf zum nächsten Watergate – Oder?

USA-Kommission

• • •

„Rudolf Hess Buchladen" aufgeräumt

„Rudolf Hess Buchladen" aufgeräumt

Eine ungeheure Provokation hat sich die „Nationalsozialistische Weiße Arbeiterpartei" in San Franzisko erlaubt. Mitten im jüdischen Viertel gründete sie einen „Rudolf Hess Buchladen", wo sie ihre faschistische Literatur und Hemden mit der Aufschrift „Gott sei Dank, ich bin ein Weißer" anboten. Endgültig zuviel wurde es den Anwohnern, als die Faschisten in vollem SA-Wichs auftauchten. Knapp eine Woche nach der Eröffnung demonstrierten ca. 150 Anwohner gegen den Laden. In der darauffolgenden Nacht räumten einige Antifaschisten dann den Laden auf. Der Vermieter, ein ehemaliger Auschwitz-Häftling, der von der Ladengründung anfänglich nichts wußte, beantragte die sofortige Zwangsräumung (nach „FR", 4.4.77).

• • •

„Vietnam-Deserteure, werdet vernünftig!"

Mit einer neuen Amnestie-Welle will Jimmy Carter die gescheiterten Wiedereingliederungsversuche seines Vorgängers übertreffen. Unter bestimmten Voraussetzungen will er die „unehrenhafte Entlassung" von 69.170 Deserteuren aus der Vietnam-Ära sowie 92.000 aus anderen Gründen rausgeschmissenen Soldaten und die „einfache Entlassung" von über 26.000 aus allen möglichen Gründen während des Vietnamkrieges „gekündigten" US-Soldaten aufheben lassen. Für die Betroffenen würde dies das Ende eines im Berufs- und Privatleben bedeutsamen Makels bedeuten. Nicht enthalten sind in Carters Plan allerdings 10.000 Leute, die sich der Wehrpflicht entzogen hatten und in einer Generalamnestie am 21. Jan. 77 bei Carters Amtsantritt „begnadigt" wurden. Insbesondere gilt der neue Vorschlag nicht für die „Kriegsdienstverweigerer", die aus Gewissensgründen den Vietnam-Einsatz ablehnten, oder die sich weigerten, überhaupt dorthin zu gehen. Von den – offiziellen Angaben zufolge nur 1.200 – im Exil lebenden Kriegsgegnern sind bis jetzt erst 38 zurückgekehrt („International Herald Tribune", 5.4.77).

• • •

Gleichberechtigung – nicht mal auf dem Papier

Seit Jahren kämpft die US-Frauenbewegung u.a. für die Druchsetzung eines Zusatzes zur US-Verfassung, in dem die Gleichberechtigung von Mann und Frau grundsätzlich garantiert werden soll.

In diesen Tagen lehnte der Bundesstaat Florida zum fünften (!) Mal den Verfassungszusatz ab. Obwohl sich die „First Ladies", Betty Ford und Rosalynn Carter, in Appellen dafür einsetzten, hat Florida als achter (!!!) Bundesstaat in diesem Jahr seine Zustimmung verweigert („ARD", 14.4.77).

• • •

Ein Schwein im Arztgewand

Melvin Armstrong, ein dreizehnjähriger schwarzer Junge aus Uniontown (Alabama) hatte 1973 beim Schlachten einer Ziege geholfen, als er eine Schnittwunde am Handgelenk erlitt. Er rannte zum einzigen Arzt des Ortes, Dr. Bobby Merkle, der die Wunde vernähte.

Als sich jedoch herausstellte, daß der Junge nicht die vom Arzt in Rechnung gestellten 25 Dollar bezahlen konnte, riß das Schwein im Arztgewand die frische Wundnaht wieder auf. „Man geht nicht zum Lebensmittelhändler ohne Geld, und zum Arzt sollte man auch nicht ohne Geld gehen", so der Kommentar des Arztes damals. Der Junge wurde zu einem

telhändler ohne Geld, und zum Arzt sollte man auch nicht ohne Geld gehen", so der Kommentar des Arztes damals. Der Junge wurde zu einem

anderen Arzt gebracht, der die Wunde erneut zunähte.

In einem ersten Schadenersatzprozeß, der daraufhin gegen das Schwein im Arztgewand lief, wurden ganze 20 Dollar als Schmerzensgeld zugesprochen. In einem neuen Verfahren setzte das Gericht in Marion (Alabama) jetzt 5.000 Dollar fest. Der Anwalt des Jungen, der 50.000 Schadenersatz gefordert hatte, meinte ganz richtig, 5.000 Dollar seien für einen amerikanischen Arzt keine Strafe („Harburger Anzeigen und Nachrichten", 14.4.77).

• • •

Berufsverbot in den USA

Berkeley: Die „University of California" in Berkeley verweigert dem Soziologieprofessor Harry Edwards eine Verlängerung des Arbeitsvertrags mit der Begründung, er sei „nicht qualifiziert" genug. Das Gegenteil ist der Fall. Edwards, der sechs Jahre unterrichtete, ist bei seinen Studenten sehr beliebt. Der wahre Grund für den Rausschmiß ist, daß Edwards seit langem als aktiver Antirassist bekannt ist. Sein Unterrichtsfach ist die Soziologie des Sportes und auf diesem Gebiet hat er bereits mehrere Artikel über die Unterdrückung schwarzer Athleten im Sport geschrieben. Die bisher spektakulärste Aktion, die er organisierte, war die „Black Power"-Demonstration bei den Olympischen Spielen 1968. Damals hatten schwarze amerikanische Athleten, die Medaillen gewonnen hatten, mit geballter Faust gegen die Unterdrückung der Farbigen in den USA demonstriert. Heute ist er aktiv an der Organisierung eines Boykotts gegen Südafrika bei internationalen Sportveranstaltungen beteiligt (nach „Workers World", 25.3.77).

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



naher osten

Palästinensischer Nationalkongreß — Bündnis mit dem Feind

Vom 12. bis 21. März fand in Kairo die 13. Tagung des Palästinensischen Nationalrats statt. Die Beschlüsse der Tagung sind gekennzeichnet durch Wortradikalität und opportunistische Unbestimmtheit. Die Vorschläge der Organisationen der Ablehnungsfront fanden keine Berücksichtigung in den Beschlüssen. Es ist zu erwarten, daß die Ablehnungsfront ein eigenes Programm zur Befreiung Palästinas vorlegen und sich zur Befreiungsfront konstituieren wird. Damit geht eine Epoche der Einheit des palästinensischen Widerstands zuende, einer Einheit, die von Seiten der rechten Elemente immer nur Mittel zum Zweck ihrer reaktionären Hegemonie war. Wenn alles gut geht, wird dies der Beginn einer politisch klareren Periode der palästinensischen Revolution werden und ein Schritt vorwärts zur Überwindung der imperialistischen Nahoststrategie.

Schon mit der Wiederwahl des Vorsitzenden des Nationalrats, Khaled Fahum, einem berüchtigten Rechten und Anhänger der syrischen Linie, war der Kurs der Tagung klar. Seine Wiederwahl war nicht verwunderlich, war doch der Nationalrat von ca. 180 auf ca. 290 Delegierte erweitert worden, wobei die neuen Delegierten vom Exekutivkomitee unter massivem syrischen Druck ausgewählt worden waren.

Weiter ging es mit dem sogenannten politischen Bericht des Exekutivkomitees, der von Faruk Kad-

gewählt worden waren.
Weiter ging es mit dem sogenannten politischen Bericht des Exekutivkomitees, der von Faruk Kad-

dumi erstattet wurde, Chefverräter der PLO-Führung, bekannt von seinen Verhandlungen mit Faschisten und anderen Palästinensermördern. Zentrale Aussage des Berichts ist das „Recht", d.h. die Bereitschaft der PLO, an Nahostkonferenzen teilzunehmen, d.h. an einer „friedlichen Lösung" mitzuarbeiten. Besonders bezeichnend sind die Passagen des Berichts, die im Zusammenhang mit dem libanesischen Bürgerkrieg gesehen werden müssen. Der libanesische Bürgerkrieg ist das zentrale Ereignis der Berichtsperiode gewesen und man hätte erwarten müssen, daß die blutige Rolle Syriens und Jordaniens verurteilt werden würde. Stattdessen heißt es, *„die Krise in Libanon sei ein Beispiel für die Auflösung der Solidarität zwischen den arabischen Staaten gewesen. Die PLO habe jedoch die bestehenden Differenzen überbrückt und die arabische Solidarität, besonders unter den Frontstaaten, wiederhergestellt"* (nicht wörtlich, nach „Monitordienst", 21.3.77, Sendung der „Stimme Palästinas" vom 15.3.77, ebenso die folgenden Zitate). So beschreibt also die PLO-Führung ihre verräterische Rolle bei der Beendigung des Bürgerkrieges, als sie die libanesischen fortschrittlichen Kräfte und die palästinensische Linke im Stich ließ und stattdessen ein Bündnis mit Syrien und den anderen reaktionären arabischen Kräften einging (Konferenzen von Riad und Kairo). Es fällt dann natürlich auch das Wort von der Linie der PLO, sich nicht in die *„inneren Angelegenheiten"* des Libanon *„einzumischen"*. Die Tatsache, daß die syrische Intervention den libanesischen Faschisten zu Hilfe kam und daß dann Syrer und Faschisten mit der Belagerung von Tall as Saatar gemeinsam gegen die fortschrittlichen Kräfte vorgingen und Tausende von Palästinensern abschlachteten, wird in dem Bericht völlig umgefälscht. Die Rolle Syriens wird reingewaschen: *„Der Bericht nimmt Stellung zu der politischen Initiative Syriens* (!) *als einem Beitrag zur Lösung der Krise* (!) *im Libanon. In dem Bericht werden auch die Versuche der Isolationisten erwähnt, durch die Belagerung des Lagers Tall as Saatar und anderer Palästinenserlager im Libanon die syrische Initiative zu vereiteln* (!)". Für die Verteidigung der Palästinenser gegen den syrischen Angriff entschuldigt sich die PLO-Führung: *„Dies habe zu Vergeltungsmaßnahmen der vereinigten libanesisch-palästinensischen Kräfte bei der Verteidigung von libanesischen Städten, Dörfern und Palästinenserlagern geführt. Bezugnehmend auf die militärische Intervention Syriens im Libanon führt der politische Bericht der PLO aus, daß die Revolution entschlossen gewesen sei, jede Konfrontation mit der syrischen Armee zu vermeiden, deren Eindringen in den Libanon die Situation dort komplizierter gemacht und die Spannungen vergrößert habe"*. Es ist offensichtlich, daß dieser Berichterstatter mit den zehntausenden palästinensischen Opfern nichts gemein hat und sie nur als eine Komplizierung der Situation sieht. Als politischer Bericht einer angeblichen Befreiungsorganisation über den Verlauf eines revolutionären Krieges ist dies ein Skandal.

Dem politischen Bericht des Exekutivkomitees folgten mehrere Tage mit Arbeitssitzungen, in denen um die künftige Linie der PLO gekämpft wurde. Schließlich wurde als wesentlichstes Ergebnis der Tagung ein politisches Kommunique vorgelegt und von den 262 anwesenden Delegierten (die Delegierten der besetzten Gebiete erhielten keine Ausreiseerlaubnis von den Zionisten) mit 194 gegen 13 Stimmen angenommen. Die 13 Gegenstimmen setzen sich wie folgt zusammen: alle 8 Delegierten der PFLP, der Delegierte der PFLP-AF (Massenlinie), die beiden Delegierten der Volkskampffront, 2 Unabhängige oder Delegierte von Massenorganisationen. Neben diesen versteht sich noch die Arabische Befreiungsfront (ALF) als Teil der Ablehnungsfront, sie scheint sich im wesentlichen der Stimme enthalten zu haben. Für das Kommunique stimmten Fatah, Demokratische Front (DFLP), As Saiqa (trotz ihrer Verräterrolle wieder drin in der PLO), PFLP-AF (Führungslinie, Achmad Dschibril und seine Figuren) und die Vertreter der

(trotz ihrer Verräterrolle wieder drin in der PLO), PFLP-AF (Führungslinie, Achmad Dschibril und seine Figuren) und die Vertreter der

reaktionären arabischen Regimes (d.h. der größte Teil der Delegierten aus diesen Ländern). Insgesamt 55 Delegierte (wohl zum größten Teil Vertreter der Massenorganisationen, die nicht voll auf der Linie der PLO-Führung sind, d.h. der Frauen, Studenten, Gewerkschaften usw.) zogen es vor, sich der Stimme zu enthalten, indem sie sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal aufhielten.

Für die Befreiungsorganisation , die ihren Namen verdient, ist eine einstimmige Verabschiedung eines solchen Kommuniques selbstverständlich. Insofern zeigt schon das Abstimmungsergebnis den wahren Zustand der PLO und widerlegt die einträchtige Faselei von Revis, Vaterlandsverteidigern und KBW von der gefestigten Einheit der PLO. Entscheidend ist aber vor allem, daß mit diesem Kommunique einer der Hauptfeinde der palästinensischen Revolution plötzlich verschwunden ist: Von den reaktionären arabischen Regimes ist mit keinem Wort mehr die Rede. Damit fällt auch der Klassenkampf in den arabischen Ländern und die Solidarität zwischen der palästinensichen Revolution und den arabischen V ö l k e r n unter den Tisch.

Die PLO wurde einstmals von den arabischen Regimes zur politischen Ausbeutung der palästinensischen Sache gegründet. Berüchtigt ist die Figur des damaligen PLO-Führers Schukeiri. Nach dem Krieg von 1967, der deutlich zeigte, daß diese Regimes in Wirklichkeit mit der Befreiung Palästinas nichts im Sinn hatten, entwickelte sich eine unabhängige palästinensische Befreiungsbewegung und setzte sich in der PLO durch. Schukeiri wurde entmachtet und auf der 4. Tagung des Nationalrats im Juli 1968 in Kairo wurde die Palästinensische Nationale Charta verabschiedet. Sie lehnt die friedliche Lösung und die UN-Resolution 242 ab, erklärt den bewaffneten Kampf zum einzigen Mittel der Befreiung und erklärt die Unabhängigkeit der palästinensischen Revolution gegen jede Einmischung. In den folgenden Jahren wurde die PLO zur umfassenden Organisation der palästinensischen Revolution und gab sich schließlich auf der 11. Tagung des Nationalrats im Januar 1973 ein revolutionäres politisches Programm. In ihm wurden die Schlüsse aus dem Versuch des jordanischen Regimes gezogen, im September 1970 die palästinensische Revolution zu liquidieren. Es wurde zur Bildung einer arabischen Einheitsfront aufgerufen, um den *„arabischen Befreiungskampf"* zu organisieren. Zu deren Aufgaben heißt es: *„Kampf gegen sogenannte friedliche Lösungen und Teillösungen, die durch arabische oder ausländische Initiatoren befürwortet werden ... Kampf zur Beseitigung des Imperialismus in allen seinen Formen ... Besonders muß der Kampf gegen Versuche geführt werden, die arabische Wirtschaft mit der imperialistischen zu verknüpfen. Alle arabischen Kräfte. die für diese Interessen plädieren oder dafür arbeiten, müssen bekämpft werden."* Kurz danach wurde mit dem Oktoberkrieg 1973 die Grundlage für die imperialistische Offensive im Nahen Osten und für die Verwirklichung einer „friedlichen Lösung" gelegt. Schon auf der 12. Tagung des Nationalrats im Juni 1974 wurde ein „Vorläufiges Politisches Programm" (10 Punkte-Programm) verabschiedet, das sich angeblich auf das Politische Programm von 1973 stützte, aber in Wirklichkeit dieses Programm aufhob und einschränkte und die Türen für die nachfolgende Kapitulationspolitik öffnete. Aus diesem Grund tun heute alle angeblichen Anhänger der PLO so, als habe es das Programm von 1973 nie gegeben. Es folgte der Austritt der PFLP aus dem Exekutivkomitee und die Bildung der „Front zur Ablehnung aller kapitulationistischen Lösungen", als die Kumpanei zwischen PLO-Führung, Imperialisten und Reaktionären offenkundig wurde. Der Schlußpunkt dieser Entwicklung ist das nun verabschiedete Politische Kommunique, das sich angeblich auf die Nationalcharta und die Beschlüsse von 1973 und 1974 stützt, aber in Wirklichkeit, weil die arabische Reaktion nicht mehr als Feind angesehen wird, die PLO zu ihren Anfängen zurückführt. Aus

stützt, aber in Wirklichkeit, weil die arabische Reaktion nicht mehr als Feind angesehen wird, die PLO zu ihren Anfängen zurückführt. Aus

dem Instrument der arabischen Reaktion ist nun ein Instrument der palästinensischen Reaktion im Bunde mit der arabischen Reaktion geworden. Die nächsten Schritte werden voraussichtlich darin bestehen, daß sich die palästinensischen Revolutionäre von dieser Führung trennen werden, ein neues revolutionäres Programm verabschieden werden, das das Programm der PLO von 1973 fortschreibt und eine tatsächliche Befreiungsfront bilden werden. Sie erfüllen damit die politische Forderung der heutigen Situation, die darin besteht, daß die Führung der palästinensischen Revolution und der Kampf gegen die imperialistische Offensive in ihre Hände gelegt ist.

Zum Schluß der Tagung des Nationalrats wurde das Exekutivkomitee der PLO gewählt. Ihm gehören keine Vertreter der Ablehnungsfront mehr an. Als Vertreter der syrischen Interessen gehören ihm an der Chef der Verräterorganisation As Saiqa, Zuhair Muhsen, der Vertreter der reaktionären Führung der PFLP-AF, Talat Nadschi, und der „Unabhängige" Habib Kahwadschi. Weiter zwei Vertreter der ägyptischen Interessen. Die irakischen Interessen sind vertreten durch Abdel Rahim Achmed, Mitglied der ALF, ein „Gemäßigter" und Busenfreund von Arafat, von dem sich die Masse der ALF allerdings distanziert. Arafat wurde als Chef des Exekutivkomitees und damit der PLO wiedergewählt.

Zum Schluß der Konferenz wurden gezielt Gerüchte über die Haltung der PFLP ausgestreut. Ein Sprecher der PFLP, Genosse Taisir Kubah, hatte erklärt, die PFLP sei grundsätzlich bereit, auf jedem Quadratmeter befreiten palästinensischen Bodens die palästinensische Fahne zu hissen, sofern dies ein Schritt auf dem Weg zur Befreiung ganz Palästinas sei. Dies wurde von Arafat zu einer *„Änderung in der Haltung der Ablehnungsfront"* umgefälscht. Die PFLP sei nun auch für die Errichtung eines palästinensischen Ministaats (Radio Beirut am 15.3. nach „Monitor-Dienst"). Daraufhin erklärte der offizielle Sprecher der PFLP, Genosse Bassam Abu Scharif, nochmals die grundsätzliche Linie der PFLP und der Ablehnungsfront. Prompt war jetzt von angeblichen Differenzen in der PFLP zwischen den Anhängern Kubahs und Scharifs die Rede („Le Monde", 24.3.). Das ist selbstverständlich nichts weiter als ein Teil der Verunsicherungstaktik und typisch dafür, wie die Rechten die Auseinandersetzung mit der Politik der Ablehnungsfront führen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß auch dem KB aus durchsichtigen Gründen von Vertretern der PLO-Linie in der BRD vorgeworfen wird, er würde nur die Linie einer Fraktion der PFLP vertreten. Wir haben in AK 101 aus der Erklärung von Genosse Taisi r Kubah zitiert und wollen hier einige Sätze aus der Erklärung von Genosse Bassam Abu Scharif wiedergeben, um nochmals die revolutionäre Linie der PFLP gegenüber der kapitulationistischen bürgerlichen Linie der PLO-führung zu verdeutlichen. Genosse Scharif sagte, *„die PFLP sei nicht bereit, die Genfer Konferenz zu akzeptieren. ... Die PFLP und die anderen Kräfte der Ablehnungsfront werden die Koordination und die Vereinheitlichung ihrer Einrichtungen vorantreiben, um der kapitulationistischen Lösung entgegenzutreten und diese zu vereiteln. ... Die Ablehnungsfront werde alle kapitulationistischen Positionen entlarven und weiterhin den bewaffneten Kampf im besetzten Gebiet forcieren."* (Nach Radio Bagdad am 22.3., nach „Monitor-Dienst").

Wir wollen im folgenden nur auf einige Punkte des Politischen Kommuniques eingehen, die ein besonders helles Licht auf seinen Inhalt werfen:

o Die verbrecherische Rolle des jordanischen Regimes wird nicht verurteilt, ja nicht einmal erwähnt.

o Der sogenannte „europäisch-arabische Dialog", d.h. die europäische imperialistische Offensive im Nahen Osten wird als *„wichtig"* bezeichnet, die PLO müsse dabei eine *„aktive Rolle"* spielen und der Nationalrat sei mit einer Fortsetzung ausdrücklich *„zufrieden"*.

o Vor allem aber zeichnet sich im Kommunique eine Umdeutung der Ziele der palästinensischen Revolution ab, aus dem *„langandauernden Volkskrieg zur vollständigen Befreiung des palästinensischen Volkes und zur Errichtung der Volksherrschaft in einem demokratischen säkularen Staat in ganz Palästina"* (1973) wurde das *„Recht auf die Errichtung eines unabhängigen nationalen Staates auf nationalem Boden."*

o Obwohl die Ablehnungfront hart darum gekämpft hat, wurde ins Kommunique keine Ablehnung von Verhandlungen mit den Zionisten aufgenommen, wie sie ja auch, im Widerspruch zum Politischen Programm,bereits stattgefunden haben.

Schließlich muß betont werden, daß bei der bürgerlichen Führung auch einzelne wortradikale Abschnitte des Kommuniques keine Abhilfe gegen die Politik der PLO-Führung bedeuten, denn die PLO-Führung hat sich schon in der Vergangenheit in der Praxis über alle wesentlichen Punkte der beschlossenen Programme hinweggesetzt.

Nahostkommission

Unverfroren wie immer

Unverfroren wie immer

Neues vom zionistischen Kidnapper-Staat

Vor einigen Tagen wurde in der westdeutschen Presse bekannt, daß zwei Westdeutsche, Brigitta Schultz und Thomas Reuter, seit über einem Jahr in einem zionistischen Knast sitzen. Die israelische Regierung hatte dies bisher verschwiegen und erst „vor einiger Zeit" die westdeutschen Behörden verständigt.

Nach den bisher bekannten Fakten kann man durchaus davon ausgehen, daß die bundesdeutschen Behörden mit den Zionisten auch in diesem Fall gemeinsame Sache gemacht haben.

Brigitta Schultz und Thomas Reuter waren am 18.1.76 in Nairobi (Kenia) verhaftet worden. In Berichten der israelischen Presse, die mit ihrer Veröffentlichung der Aufdeckung des Falles „von feindlicher Seite" in der Bundesrepublik zuvorkommen wollte, wird angegeben, daß die beiden verhaftet worden seien, als sie sich bei den kenianischen Behörden nach drei, tags zuvor verhafteten Palästinensern erkundigten. Die drei Palästinenser, die zur PFLP gehören sollen, hätten bei ihrer Verhaftung tragbare Luftabwehrraketen (?) bei sich gehabt, mit denen sie einen Angriff auf ein gerade landendes El-Al Passagierflugzeug geplant hätten. Das scheint nun eine reichlich unglaubliche Geschichte zu sein, für die es zunächst außer den „Berichten" in der israelischen Presse keinerlei „Beweise" gibt. Tatsache aber ist, daß die beiden Westdeutschen in Kenia verhaftet worden waren, nur weil sie sich nach drei Palästinensern erkundigt hatten, und höchstens einen Monat später klammheimlich nach Israel ausgeliefert wurden. Auch dieser Vorwurf ist reichlich konstruiert. Welcher „Terrorist" erkundigt sich schon nach einer „mißglückten" Aktion nach den dabei verhafteten „Mitterroristen"?

Die Zionisten beziehen sich dabei auf die noch aus der britischen Mandatszeit geltenden Notstandsgesetze, die die Inhaftierung V e r d ä c h t i g e r ohne Verfahren für sechs Monate ermöglichen, wobei die Frist beliebig verlängerbar ist. Außerdem nehmen die Zionisten schon seit eh und je für sich in Anspruch, jeden in Israel abzuurteilen, der in einem beliebigen Land „Anschläge auf Juden" ausübt.

Daß sich die Zionisten bei diesem selbstangemaßten „Recht" über jedes Völkerrecht kaltblütig hinwegsetzen, hat u.a. der terroristische Gangstercoup in Entebbe gezeigt. Menschenleben zählen da selbstverständlich nicht!

Während sich die Zionisten vor der Weltöffentlichkeit als d i e Terrorismusbekämpfer aufspielen, wobei sie unter Terroristen in erster Linie die um ihr Recht auf Selbstbestimmung und um ihr Land kämpfenden Palästinenser verstehen, rechtfertigen sie den Terror und die Aggressivität, mit denen sie die Palästinenser unterdrückt haben und noch immer unterdrücken, mit „Selbstverteidigung".

Deutlich gemacht hat dies zuletzt einer der Mörder Bernadottes (als UN-Vermittler 1948 in Israel ermordet), der sich und seine Kumpanen von der „Stern-Bande" in einer israelischen Zeitung vor ein paar Wochen dieser Tat rühmen konnte und heute in einem israelischen Kibbuz seinen Lebensabend genießt.

Bezeichnend für die Anmaßung der Zionisten ist weiterhin, daß im Februar in der Knesset eine Änderung des israelischen Auslieferungsgesetzes beantragt und diskutiert würde. Danach soll es überhaupt nicht mehr möglich sein, einen israelischen Staatsbürger für im Ausland begangene Verbrechen auszuliefern. Und wenn tatsächlich etwas gegen einen israelischen Staatsbürger vorliegen würde, dann sollte die Verhandlung in Israel nach israelischen Gesetzen stattfinden, Zeugen und Beweismaterial müßten dann eben nach Israel gebracht werden („Monitor-Dienst", 11.2.77).

Solch ein Gesetz würde total der Logik des zionistischen „Rechts"bewußtseins entsprechen: „Verdächtige", die in irgendeiner Form gegen das zionistische Terror-Regime aktiv sind, können beliebig lange ohne Verfahren inhaftiert, bzw. weltweit gekidnappt werden, Zionisten hingegen, die mit Vorliebe ihre terroristischen „Vergeltungsmaßnahmen" im Ausland vornehmen – man denke nur an den Überfall palästinensischer Flüchtlingslager im Südlibanon und den Coup von Entebbe – sind selbstverständlich vor Auslieferung geschützt.

Wie steht die bundesdeutsche Regierung zu der Verhaftung der beiden Westdeutschen, die ganz offensichtlich jede „Rechtsstaatlichkeit" entbehrt, auf die sie sich noch immer so gern beruft? Die westdeutschen Behörden sind schon seit „einiger Zeit" unterrichtet. Sicher habe auch Genscher bei seinem Besuch in Israel „die Angelegenheit zur Sprache gebracht", heißt es, und „vermutlich" werde Bonn auch gegen die „Art und Weise der Verhaftung der beiden Deutschen protestieren". Und nachdem die Verhaftung der beiden nun in Presse und Fernsehen einigen Wirbel ausgelöst hat, „prüft gegenwärtig das Justizministerium", ob ein Auslieferungsantrag gestellt werden kann (Informationen nach „Frankfurter Rundschau", 31.3.77, „Süddeutsche Zeitung", 31.3. und 1.4.77).

Spätestens seit Fürstenfeldbruck ist bekannt, daß die Bundesregierung mit den Zionisten in Sachen „Terrorismus" bestens zusammenarbeitet.

Nahost-Kommission

naher osten

Berufsverbot für fortschrittliche israelische Rechtsanwältin

Der fortschrittlichen israelischen Rechtsanwältin Felicia Langer ist ab sofort von einer Kommission, der auch der Rechtsberater der israelischen Regierung, Ahoron Barak, angehörte, verboten worden, Angeklagte vor den zionistischen Militärgerichten zu verteidigen.

Begründet wurde die Entscheidung mit den Sympathien und den Kontakten von Felicia Langer zur PLO. In den Verhandlungen würde F. Langer Kenntnis von militärischen Geheimnissen bekommen (!), um dies zu verhindern, dürfe sie politische Häftlinge nicht mehr vor Militärgerichten verteidigen(„Le Monde", 3.4./4.77).

In Wirklichkeit geht es hier keineswegs um irgendwelche militärischen Geheimnisse. Die Zionisten wollen vielmehr verhindern, daß F. Langer, wie bisher, in der Ö f f e n t l i c h k e i t die Verbrechen der Zionisten gegen die arabische Bevölkerung in Israel und in den besetzten Gebieten anprangert. Insbesondere hat F. Langer in der Vergangenheit Berichte über die unmenschliche Situation der politischen Häftlinge in den zionistischen Gefängnissen und über die dort herrschenden Folterpraktiken gegeben.

Nahost-Kommission

Rabins „Rücktritt" – ein abgekartetes Spiel

Knapp sechs Wochen vor den israelischen Wahlen am 17. Mai 1977 bot der derzeitige israelische Ministerpräsident Rabin unter viel Getöse Anfang April seinen Rücktritt an. Gleichzeitig verzichtete er auf seine Spitzenkandidatur auf der Liste der Arbeiterpartei und auf seine Bewerbung als neuer Ministerpräsident.

Anlaß für seinen Rücktritt war die rund drei (!) Wochen zuvor erfolgte Aufdeckung eines Devisenvergehens. Rabin und seine Frau hatten – entgegen den in Israel geltenden Devisengesetzen – zwei Konten an einer New Yorker Bank unterhalten, die noch aus seiner Zeit als US-Botschafter stammten. Die Konten hätten spätestens ein halbes Jahr nach der Rückkehr Rabins aus den USA aufgelöst werden müssen. Auf den Konten befinden sich rund 20.000 Dollar. Devisenvergehen in dieser Höhe können mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 10./11.4.77).

Dieses – verglichen mit den riesigen Korruptionsskandalen führender Mitglieder der Arbeiterpartei – relativ kleine „Vergehen" war von einem Journalisten der israelischen Zeitung Haaretz aufgedeckt worden, der als Rabin-Gegner und Peres-Freund gilt. Ganz augenscheinlich sollte damit Politik gemacht werden. Peres, der in der Arbeiterpartei erhebliche Anhängerschaft besitzt und ein größeres „Ansehen" in der israelischen Bevölkerung genießen soll, war nämlich mit 1.404 zu 1.445 Stimmen auf dem Parteitag der Arbeiterpartei im Februar ganz knapp von Rabin geschlagen worden.

Die Konsequenzen aus diesem „Skandal" – mit Sicherheit ein häufiges Vergehen in Israel – liessen zunächst auf sich warten.

Zunächst wurde versucht, den von Rabin-Gegner gezielt an die Öffentlichkeit gebrachten Skandal zu vertuschen. Lea Rabin erklärte, sie habe in Unkenntnis der Gesetze die Konten nicht aufgelöst und auf den Konten würden sich nur noch 2.000 Dollar befinden („Monitor-Dienst" – „MD", 18.3.77 und „Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 9.4.77). Ein solch niedriger Kontostand hätte bedeutet, daß das „Vergehen" nach Bezahlen einer Geldbuße zu den Akten gelegt worden wäre.

Etwa zehn Tage nach Aufdeckung des Skandals scherte Moshe Dayan relativ plötzlich aus der auch nach der Nominierung Rabins nur mühsam aufrechterhaltenen Einheit der Arbeiterparteiliste aus. Er verkündete, daß er wegen der zu gemäßigten Haltung der Arbeiterpartei in der territorialen Frage nicht mehr auf der Liste der Arbeiterpartei kandidieren könne („Frankfurter Rundschau" – „FR", 29.3.77). Offen liebäugelte er mit einer Kandidatur auf der Liste des rechtsradikalen Likud-Blocks und nahm mit dem Führer der Cherutpartei (im Likud-Block), Begin, Kontakt auf.

Eine Likud-Kandidatur Dayans, der immer noch viele Anhänger besitzt und der im übrigen ein enger Freund Peres ist, hätte der Arbeiterpartei erhebliche weitere Stimmenverluste eingebracht. Die Chancen des Likud-Blocks, an die Regierung zu kommen, wären noch grösser geworden. Schon jetzt gelten hohe Stimmengewinne der Rechtsradikalen als wahrscheinlich. Die schlechte wirtschaftliche Lage und die ständigen Korruptionsfälle in der Arbeiterpartei haben zu einer Stärkung der rechten Parteien geführt. In Wirklichkeit waren die Drohungen Dayans jedoch nichts weiter, als die Fortführung des Machtkampfes innerhalb der Arbeiterpartei auch nach der „demokratischen" Nominierung Rabins durch den Parteitag, mit dem Ziel, Peres in den Sattel zu heben.

Dayan entschloß sich nach einem Gespräch mit Rabin am 3. April, nun doch auf der Liste der Arbeiterpartei zu kandidieren, Rabin hätte ihm nämlich "zufriedenstellend" versichert, daß die Arbeiterpartei vor einem Friedensvertrag mit Jordanien und vor möglichen territorialen Zugeständnissen Wahlen abhalten würde („SZ", 5.4.77). Diese Begründung ist ein Witz, denn diese „Versicherung" führender Mitglieder der Arbeiterpartei spielte schon eine Rolle in den letzten Parlamentswahlen. Vielmehr wird Dayan Rabin in diesem Gespräch zum Verzicht auf die Spitzenkandidatur gebracht haben. Denn nur wenige Tage später bot Rabin seinen Rücktritt an, der sowieso gegenstandslos ist. Rabin steht einem geschäftsführenden Kabinett seit Dezember vor. Bis zur Bildung eines neuen Kabinetts nach den Wahlen kann er – nach israelischen Gesetzen – gar nicht zurücktreten. Auch die übrigen „Veränderungen" scheinen in gutem Einverständnis stattgefunden haben. Peres wurde Spitzenkandidat, womit die Arbeiterpartei größere Wahlchancen hat. Rabin rutscht in der Kandidatenliste auf den noch immer sicheren Platz 20, und die MAPAM, die im Falle einer Nomination Peres mit der Aufkündigung der Koalition gedroht hatte, bleibt nun, so kurz vor der Wahl, zunächst für ein halbes Jahr bei der Stange.

Rabin, der sich bei der ganzen Kontengeschichte so publikumswirksam hinter seine Frau gestellt hat, mußte als „Mitschuldiger" an den Devisenvergehen seiner Frau rund 4.000,– DM (=15.000 israelische Pfund) zahlen, und ist damit aus dem Verfahren raus. Auf Lea Rabin wartet noch ein „gerichtliches Nachspiel" („NZZ", 13.4.77), sicher ohne große Folgen.

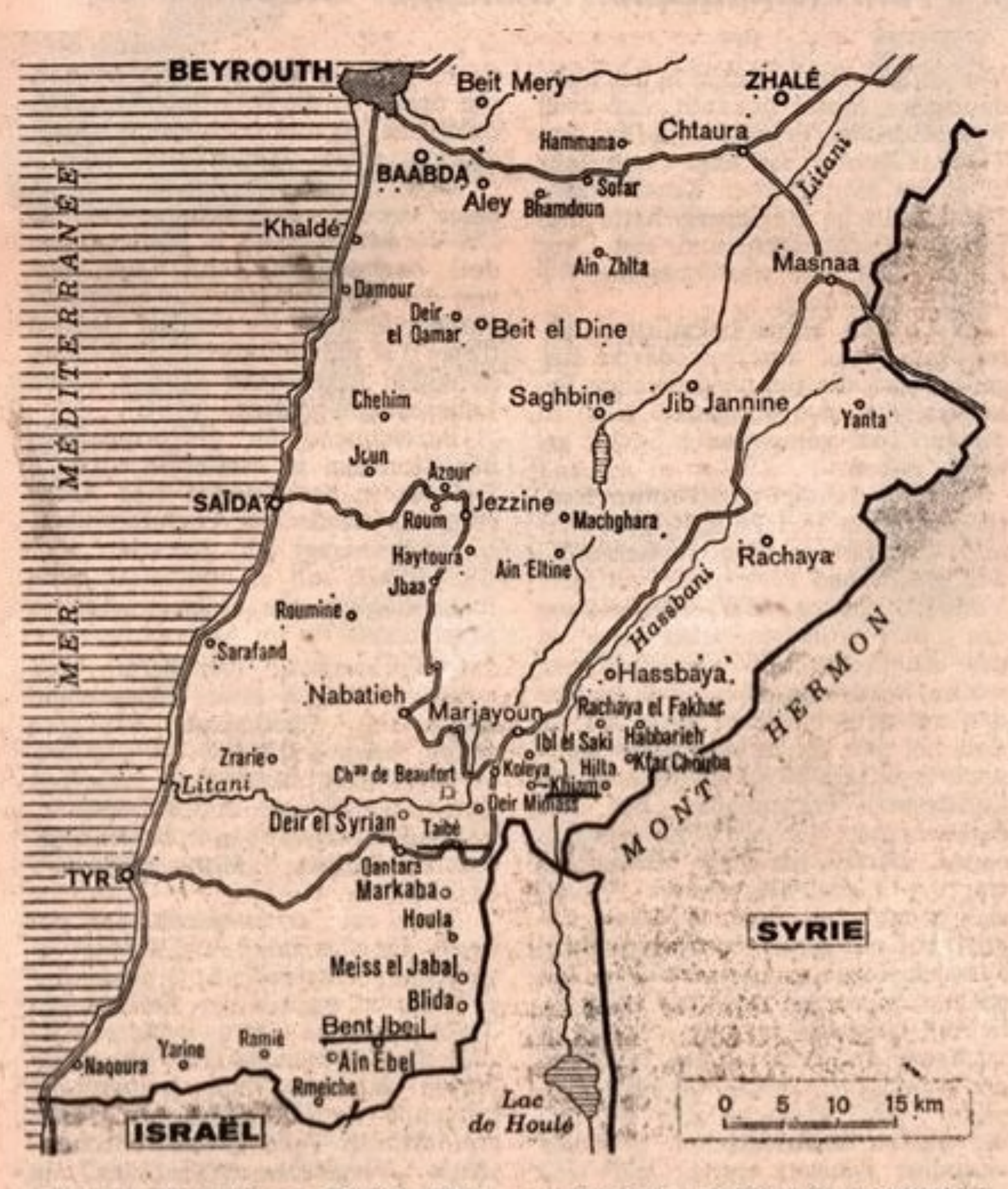
Nahost-Kommission

Erneute Kämpfe im Libanon

Im Südlibanon versuchen faschistische Einheiten, die Basen der Palästinenser und der libanesischen Linken mit zionistischer Unterstützung zu vernichten:

Angriffe der Faschisten auf die an einer strategisch wichtigen Straßenkreuzung gelegenen Ortschaft Taybe, auf die Dörfer Hula und Bint Jbeil, das eine wichtige Nachschubverbindung zur Hafenstadt Tyrus darstellt, wurden von den Zionisten unterstützt. Sie belegten während der faschistischen Angriffe die Ortschaften von der Grenze aus mit Artilleriefeuer („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 5.4.77).

Anfang März stellte der libenesische Präsident Sarkis eine 2000 Mann starke Einheit von regulären Soldaten auf, die, als „Friedenstruppe" getarnt, im Südlibanon die faschistischen Banden unterstützen soll, denen es bisher nicht gelungen ist, die linken Kräfte im Südlibanon vernichtend zu schlagen. Die Truppen der syrischen Interventionsarmee (in den bürgerlichen Zeitungen ebenfalls als „Friedenstruppe" bezeichnet) werden von den Zionisten dagegen nicht an der israelischen Grenze „geduldet". Darum sollen jetzt reorganisierte Teile der libanesischen Armee die Faschisten unterstützen, die letzten Stützpunkte der Linken zu zerschlagen. Von Syrien sind zumindest Teile dieser Armee mit Maschinenpistolen, Schützenpanzerwagen und Jeeps ausgerüstet worden (Nach „Monitor Dienst", 14.3.77; „NZZ" 16.3.77).



In der Nacht vom 30./31. März wurden bei einem faschistischem Überfall auf das Dorf Taybe 22 Menschen getötet. („International Herald Tribune", 1.4.77)

Nach Meldungen der „IHT" vom 5.4.77 und der „Frankfurter Rundschau" („FR") vom 7.4.77 ist es den palästinensischen und linken libanesischen Einheiten gelungen, erneute Angriffe abzuwehren und Gebiete um Taybe zu erobern. Ebenso gelang die Wiedereroberung der Ortschaft Khiam („Süddeutsche Zeitung", 12.4.77).

Die bürgerlichen Zeitungen behaupten, daß dies nur mit der Unterstützung der As-Saika habe geschehen können. Diese Meldung ist offensichtlich falsch; die As-Saika hat in den Flüchtlingslagern längst abgewirtschaftet.

Nicht zuletzt wegen ihrer Abhängigkeit vom syrischen Regime, ist sie dort als verräterisch entlarvt.

Diese Gerüchte dienen dazu, den Zionisten weitere massive Drohungen gegen das syrische Regime zu ermöglichen und die As-Saika wieder aufzuwerten. Die Kämpfe im Südlibanon werden hauptsächlich von den fortschrittlichen libanesischen Kräften und den palästinensischen Kämpfern der Ablehnungsfront, insbesondere der PFLP, getragen!

Die libanesische Armee hatte sich während des Bürgerkrieges nahezu aufgelöst.

Im Zuge des Neuaufbaus der Armee wurde der als pro-syrisch geltende Victor Khoury zum neuen Befehlshaber ernannt. Das stieß auf heftigen Widerstand der faschistischen Führer, die einen ihrer engsten Kumpanen auf diesem Posten sehen wollten. In ihrem Interesse liegt es, den Libanon als einen faschistischen Staat wieder aufzubauen, der nach Gebieten aufgeteit von den einzelnen faschistischen Privat-Armeen beherrscht wird. Von einer pro-syrischen, als „neutral" geltenden gesamtlibanesischen Armee sehen sie ihren Einfluß nicht genügend gesichert.

So kam es zu Demonstrationen der Faschisten gegen die Ernennung Victor Khourys. Mitglieder der verschiedenen reaktionären Jugendorganisationen kämpften mit Knüppeln gegeneinander. (Nach „International Herald Tribune" 29.3.77.;„NZZ" 30.3.; „IHT" 31.3.77).

Nahost-Kommission

Israelische Parteien vor der Wahl

Insgesamt hat der israelische Wahlausschuß 23 Parteien zur Wahl am 17. Mai zugelassen. In letzter Zeit hat es in Israel eine Reihe neuer Parteigründungen gegeben, die sich bei dem rasanten Abwirtschaften der regierenden Arbeiterpartei gute Wahlchancen ausrechnen. Dabei handelt es sich durchweg um zionistische Parteien.

Zu den beiden rechtsradikalen Blöcken (Likud-Block und Nationalreligiöse – bis Dezember mit zwei Ministern im Kabinett vertreten) ist die neugegründete Schlomzion-Partei General Sharons gekommen, die zunächst eine gemeinsame Liste mit dem Likud-Block bilden wollte. All diese Gruppierungen sprechen sich gegen territoriale Zugeständnisse aus.

Außer dem Arbeiterblock (Arbeiterpartei und MAPAM) kandidiert die als „gemäßigt" geltende „Demokratische Bewegung für den Wandel" Professors Yadins, zu der allerdings auch ehemalige Likud-Abgeordnete gehören.

Neu gebildet hat sich die „Bereinigte Araberliste", auf der sich durchweg arabische Abgeordnete befinden, die bei der letzten Wahl auf der Liste der Arbeiterpartei kandidiert haben. Die neue Liste wurde in Absprache mit Rabin und Allon gebildet („Monitor-Dienst" – „MD", 3.3.77) und soll so ein besseres Gegengewicht zur Rakach (revisionistische KP) bilden, die bei den letzten Stadt- und Gemeinderatswahlen hohe Stimmengewinne erzielt hat.

Als „linke" zionistische Parteiengruppierung gilt die Liste „Mahane Sheli", in der die unabhängigen Sozialisten, Moked (zionistische Abspaltung von der revisionistischen KP, fast völlig einflußlos), Haolam Haze (Uri Avneri) und eine Gruppierung der „Black Panthers" (orientalische Juden, die gegen ihre Diskriminierung und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpfen) zusammengeschlossen sind („MD", 23.3.77). „Mahane Sheli" setzt sich für die Gründung eines Palästinenserstaates ein.

Die einzig nicht zionistische Gruppierung ist die Chadash-Liste, auf der die besonders unter den Araber und orientalischen Juden einflußreichen Rakach-Kommunisten und ein Teil der „Black Panthers", die sich nach der Spaltung Ende Februar enger an die Rakach angeschlossen haben („MD", 3.3.77), kandidieren. Auf dieser Liste kandideren Juden und Araber gemeinsam. Aufgrund ihres Eintretens für die Rechte der Araber kann diese Liste mit hohen arabischen Stimmengewinnen rechnen. Die Forderung der Rakach lautet allerdings nicht Zerstörung des zionistischen Staates und Errichtung eines demokratischen weltlichen Staates in ganz Palästina, in dem Juden und Araber friedlich zusammenleben können, sondern Anerkennung des Staates Israel und Rückzug aus den seit dem Juni-Krieg 1967 besetzten arabischen Gebieten.

Nahost-Kommission

Erneute Proteste gegen die zionistische Siedlungspolitik

Am 6. April kam es in Nablus (Westjordanland) zu Protestdemonstrationen mehrere hundert palästinensischer Jugendlicher gegen die zionistische Siedlungspolitik. Viele Geschäfte arabischer Händler blieben geschlossen. Die zionistischen Besatzertruppen gingen mit Tränengas gegen die Demonstranten vor, konnten die Demonstration aber trotzdem nicht auflösen. Die Jugendlichen wehrten sich mit Steinen gegen die Besatzertruppen und steckten in der Innenstadt alte Autoreifen in Brand. Dreizehn Jugendliche wurden vorübergehend festgenommen.

Anlaß für die neuerlichen Proteste war eine Demonstration mehrerer tausender Zionisten (Gush Emunim) tags zuvor durch das Gebiet von West-Samaria. Damit wollten die Zionisten ihren „Anspruch" auf die besetzten Gebiete deutlich machen. Gefordert wurde außerdem eine weitere Wehrsiedlung der Gush Emunim in der Nähe von Nablus. („Frankfurter Rundschau", „FR", 7.4.77, „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 12.4.77).

Die rechtsradikalen Zionisten versuchen mit ihrem provokativen Vorgehen die israelische Regierung in Fragen der Siedlungspolitik unter Druck zu setzen. Prinzipiell gibt es zwischen den Siedlungsplänen der israelischen Regierung und der Gush Emunim keinerlei Unterschiede; die israelische Regierung will nur vorsichtiger vorgehen, um die Proteste der arabischen Bevölkerung möglichst gering zu halten.

So hat z.B. der ministerielle Ausschuß für Siedlungsfragen Ende Januar mit dem Beschluß, eine Siedlung im Mashah-Gebiet, südlich von Kafr Kasim, zu errichten, prinzipiell die Errichtung von Siedlungen im gesamten Westjordanland gebilligt. Außer dieser geplanten Siedlung gibt es schon zwei weitere Wehrdörfer mitten im Westjordanland, das offiziell noch nicht gebilligte, jedoch von der israelischen Regierung tatkräftig unterstützte Kaddum (bei Nablus) und das Wehrdorf Ofra (bei Ramallah) („Monitor-Dienst", „MD", 20.1.77).

Nahost-Kommission



Zionistische Siedlungen im Westjordanland



asien

„Pferdewechsel"

Auf dem indischen Subkontinent bietet sich nach den Parlamentswahlen in den beiden größten Ländern, Indien und Pakistan, ein recht widersprüchliches Bild.

Während in Pakistan die Klassenkämpfe und die Auseinandersetzungen um die Regierungsgewalt zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien bereits die Grenze bewaffneter Konfrontationen überschritten und mehrere hundert Todesopfer sowie tausende von Verletzten gefordert haben, scheint in Indien nach der vernichtenden Wahlniederlage der bisher regierenden Kongreßpartei Indira Gandhis nunmehr „Ruhe" einzukehren.

Nach der Ablösung der Gandhi-Diktatur durch das Regime Desai beginnen sich bereits jetzt deutlich die neuen Konturen der indischen Politik abzuzeichnen.

Schon kurz nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten hat Desai erklärt, daß seine Regierung *„namentlich an besseren Beziehungen zum Westen interessiert ist"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.4.77). Und in einer an den Imperialistenhäuptling Carter gerichteten Botschaft äußerte Desai *„den Wunsch nach einer engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern"* (ebenda).

Das westdeutsche, großbürgerliche „Handelsblatt" rieb sich schon die Hände, denn *„in Zukunft werden ausländische Investoren in Neu-Delhi ... vermutlich weniger ideologische Mauern einzurennen haben"* („HB", 31.3.77). – Sprich: dem Kapitalexport nach Indien werden Tür und Tor geöffnet!

Speziell der westdeutsche Imperialismus sieht seine Chance gekommen, in Indien noch weiter an Einfluß zu gewinnen.

Um privilegierte Beziehungen anzuknüpfen wird am 20.4. Außenminister Genscher (noch vor dem sowjetischen Außenminister Gromyko!) als erster „westlicher" Besucher seit der Wahl nach Indien geschickt.

Indien bekommt runde 400 Millionen Mark bundesdeutsche Kapital„hilfe" im Jahr, *„wovon 220 Millionen als Kapitalhilfe und 140 Millionen Mark zur Umschuldung bereits früher erhaltener und zur Zurückzahlung anstehender Kredite gewährt werden"* (FAZ, 15.4.77).

zahlung anstehender Kredite gewährt werden" (FAZ, 15.4.77).

Indien muß in diesem Jahr 900 Millionen Mark an die Imperialisten zurückzahlen, davon allein 300 Millionen an die BRD-Imperialisten! Auf indischen Wunsch, den Netto-Kapital-Transfer aufrechtzuerhalten, wird die BRD auch in diesem Jahr *„mehr Kapitalkredit gewähren, als Indien an Tilgung und Zinsen an Bonn zahlen muß"* (ebenda). So halten sich die Imperialisten auch entwickelte Länder der „dritten Welt" in Abhängigkeit!

Was weiter – nicht nur – *„in Bonn auf günstige Resonanz gestoßen"* ist, ist Desais Versprechen, *„eine Politik ‚echter' Blockfreiheit zu betreiben"* (FAZ, 15.4.77).

Die bisher von der Gandhi-Regierung betriebene „Blockfreiheitspolitik" wird von Desai *„als zu eng erachtete Anlehnung an die Sowjetunion"* abgelehnt und soll *„in Richtung auf eine gleichgewichtigere (!) Haltung gegenüber den beiden Großmächten und Chinas"* korrigiert werden (zitiert aus „Handelsblatt", 31.3.77).

Mehr oder minder offen hat die neue Regierung schon angekündigt, daß sie „die besonderen Beziehungen zur Sowjetunion nicht fortsetzen wolle" (FAZ, 13.4.77).

Die sowjetischen Revisionisten, die die indische Bourgeoisie bisher stets unterstützt und mit den perversesten Schmeicheleien hofiert haben (selbst bzw. gerade dann, als indische Truppen die Nachbarländer China, Pakistan u.a. überfielen und die Herrschenden Indiens im Innern eine Diktatur mit Ausnahmegesetzen errichteten), werden sich nun wohl oder übel nach einem anderen Verbündeten in dieser Region umsehen müssen. Denn der von den Revisionisten so viel gepriesene „nichtkapitalistische Entwicklungsweg" Indiens war – wir haben das stets behauptet und belegt – natürlich der k a p i t a l i s t i s c h e und führte, wie wir heute sehen, direkt in eine noch stärkere Abhängigkeit vom Imperialismus!

Es kann eigentlich niemanden überraschen, daß der neue „Freund" der sowjetischen Führer auf dem indischen Subkontinent ausgerechnet der mit Kriegsrecht und brutalster Gewalt regierende Staatschef von Pakistan, Bhutto, ist.

So werden in der revisionistischen Presse seit kurzem verstärkt die tollsten Lügengeschichten über die Situation in Pakistan ausgebreitet. Die mit Militär und Ausnahmegesetzen regierende „Pakistanische Volkspartei" (PPP) könne bei den jüngst abgehaltenen Parlamentswahlen *„beachtliche Erfolge"* vorweisen, meinen die Revis. So kann man den Wahlschwindel, der zu den jetzigen Massendemonstrationen, Streiks etc. geführt hat, natürlich auch interpretieren.

Weiter: Die Regierung Bhutto habe *„Pakistan aus seiner schwersten nationalen Krise h e r a u s g e f ü h r t und als Staat neu k o n s o l i d i e r t"*, habe – man höre und staune – *„zur Modernisierung der sozialökonomischen Struktur bürgerlich-demokratische Reformen verkündet"* etc. (Zitate aus „Unsere Zeit", Zeitung der DKP, vom 10.3.77).

Die Ausdrucksweise ist mit den Umschreibungen der Diktatur in Indien weitgehen identisch. Die Unterdrückung von Massenkämpfen mit blutiger Gewalt nennen die Revisionisten *„komplizierte Bedingungen"*, die Diktatur bezeichnen sie als *„administrative Sicherungsmaßnahmen"*. Das Verbot der Awami-Liga (vor einigen Jahren noch d a s Paradepferd der Revisionisten!) wird heute in der Revi-Presse beiläufig als Beitrag zur *„Effektivität (!) der Zentralregierung"* erwähnt (UZ, ebenda).

Daß eine derartige Politik (Diplomatie) zur Unterstützung diktatorischer Regimes und der jetzige „Pferdewechsel" von Indien auf Pakistan nicht in irgendwelchen „Illusionen", sondern in dem Machtstreben der sowjetischen Revisionisten begründet ist, liegt auf der Hand. Diese Politik trägt eindeutig imperialistische Züge, ist jedoch weniger „erfolgreich" (siehe Ägypten, Indien und bald auch Pakistan ...)

Asien-Kommission

Biologische Kriegsführung der US-Imperialisten in Korea?

In letzter Zeit berichteten koreanische Zeitungen in Japan über einen lebhaften Handel mit menschlichen Organen (Lebern und Nieren) zwischen Südkorea und den USA.

Adressat dieser Lieferungen waren verschiedene Institute in den USA, die sich mit biologischer Kriegsführung (!) befassen, wie etwa die *„Forschungsbasis der Armee für bakteriologische Waffen"* in Fort Detrick in Maryland („AEN", 9.3.77). Insgesamt *„435 Pakete mit einem Gesamtgewicht von 10.739 kg wurden in 130 Flügen zwischen November 1975 und Juli 1976 transportiert. Das Gesamtvolumen entspricht den inneren Organen von 1.000 Menschen"* („New Asia News", „NAN", 18.2.77).

Wie „Choson Jibo", Publikation einer koreanischen Organisation in Japan, meldet, stammen *„diese Organe von Leuten, die am mysteriösen Blutsturzfieber starben, das sich seit Herbst 1975 über Südkorea ausbreitete"* („NAN", 18.2.77).

Die Symptome dieser Krankheit bestehen in einer Lähmung der Hände und Beine, Bewußtlosigkeit und Nasenbluten.

Das „Institut für mikrobiologische Seuchen" in der koreanischen Volksdemokratischen Republik („Nordkorea") hat eine Untersuchung dieser „mysteriösen Seuchen" angestellt. Darin wird festgestellt, daß es sich bei dieser Krankheit um Blutsturzfieber (Haemorrhagic Fever) handelt, das nach der Reisernte im Herbst 1975 in einem großen Teil Südkoreas gleichzeitig ausbrach.

„Das epidemische Blutsturzfieber, eine der Seuchen, die von nicht-biogenetischen Erregern hervorgerufen werden, ist in unserem Lande sehr selten." Das Fieber *„bricht in der überwältigenden Mehrzahl der Fälle sporadisch aus. Das ist ein wichtiges seuchenkundliches Merkmal.*

Aber in Südkorea brach das epidemische Blutsturzfieber im letzten Jahr fast gleichzeitig in fast allen Provinzen aus und verbreitete sich in kurzer Zeit von einem Ort zum anderen.

Nach den bisher bekannten Zahlen wurden mehr als 9.000 Menschen Opfer dieser Seuche. Das ist eine alarmierende Zahl, die um 18 – 30mal so hoch liegt wie üblicherweise." („Pyongyang Times", 17.7.76).

Geht man der Entstehung dieser „Seuche" nach, ergeben sich einige interessante Fakten: Sie wird von dem gleichen Erreger hervorgerufen, der zuerst von der sogenannten „Ishii-Einheit" der früheren japanischen Armee entwickelt wurde, *„einer Einheit, die Untersuchungen für biologische Kriegsführung in der Mandschurei durchführte"* („New Asia News" – „NAN", Tokio, 22.10.76).

Jedoch war die Seuche nie auf der koreanischen Halbinsel registriert worden.

Dann brach 1951 das „Mandschurische Fieber", wie diese Seuche genannt wurde, *„plötzlich im zentralen Südkorea, in der Provinz Gyeong Go Do aus. Dreitausend US-Soldaten, die in Südkorea stationiert waren, infizierten sich ebenfalls.* **Im selben Jahr, so wird berichtet, setzte die USA biologische Waffen gegen Nordkorea ein"** („NAN", Tokio, 22.10.76).

Allerdings gibt es einige wesentliche Unterschiede zu der damaligen Seuche, und dem, was vom Ausbruch der Krankheit im letzten Jahr berichtet wird:

- die Inkubationszeit (Zeit zwischen Infektion und Krankheitsausbruch), gewöhnlich zwischen 15 und 23 Tagen, beträgt nur ein bis zwei Tage;
- die Sterblichkeit liegt zwischen 20 und 40 Prozent, gewöhnlich sind es 5 bis 15 Prozent;
- während gewöhnlich Nierenbeschwerden mit den Seuchensymptomen auftreten, wird diesmal akute Lungenentzündung mit Blutspucken und Atembeschwerden beobachtet, was auch zu der hohen Sterblichkeit führt.

In den letzten Jahren hat die Genveränderung (genic engeneering) besonders in den USA große Fortschritte gemacht. In diesem Gebiet der Mikrobiologie werden aus zwei verschiedenen Viren Teile der Kernsubstanz isoliert und miteinander kombiniert. Der durch diese Multiplikation entstehende Virus weist von den beiden ursprünglichen völlig verschiedene Eigenschaften auf.

Die Wissenschaftler aus der KVDR nehmen an, daß der „Korea-Virus" eine Kombination aus den Erregern des Blutsturzfiebers und Erregern, die Lungenentzündung hervorrufen, ist.

Eine Gruppe der medizinischen Fakultät der „Koryo-Universität" in Söul (Südkorea) hat mit Hilfe und finanzieller Unterstützung der US–Imperialisten den Erreger der Seuche (den sie „Korea-Virus" nannten) in der Lunge und Niere einer Feldmaus isoliert.

Feldmäuse, bzw. die Läuse, die auf ihnen leben, sind die virenübertragenden Wirte des Blutsturzfiebers. Im Falle des „Korea-Virus" findet die Übertragung aber hauptsächlich über die Atemwege statt.

„Es wurd nicht angenommen, daß die Opfer, von denen die meisten während oder unmittelbar nach der Herbsternte angesteckt wurden, durch Feldmäuse infiziert wurden, sondern durch direkte Infektion." („NAN", 22.10.76)

„Heute haben die US-Imperialisten die Methode der Verbreitung durch die Luft gewählt, was den Gebrauch der biologischen Waffen schwerer verfolgbar macht, anstatt virusübertragende Insekten zu benutzen, wie im Korea-Krieg." („Pyongyang Times", 17.7.76).

Japanischer und US-Imperialismus Hand in Hand

Im zweiten Weltkrieg arbeiteten zwei Einheiten der japanischen Armee an der Entwicklung des „Mandschurischen Fiebers": die 731. Einheit, die in Harbin (Mandschurei) stationiert war und die schon erwähnte „Ishii-Einheit" in Sinkiang (China).

1931 wurde in der Mandschurei ein Institut für biologische Kriegsführung eingerichtet, das Chinesen als „Versuchskaninchen" benutzte. Bei Kriegsende gab es an dem Institut etwa 3.000 Ärzte, die bakteriologische Waffen wie Pestbazillen, Milzbrandbakterien und Choleraerreger entwickelten. Mehr als 4.000 Chinesen und Koreaner wurden bei den „Experimenten" dieser Einheit getötet.

Nach der japanischen Niederlage flohen die meisten dieser Mörder im weißen Kittel nach Japan. Nur zwölf wurden als Kriegsverbrecher eingesperrt – alle von der sowjetischen Armee.

Die US-Besatzungstruppen schützten die führenden Leute wie Ishii vor der Verfolgung und erhielten dafür von diesen ihre Forschungsergebnisse. Darunter auch von der „Ishii-Einheit" die Arbeiten über das „Mandschurische Fieber".

Die japanischen „Experten" sollen auch im Korea-Krieg mit den „UN-Truppen" zusammengearbeitet haben. *„Es gibt heute immmer noch früheres Personal der ‚Ishii-Einheit', das für die US-Armee unter dem Deckmantel von Angestellten kommerzieller Arzneimittelfirmen oder Medizinprofessoren arbeitet. Und kürzlich sind japanische medizinische Forschungsgrupppen nach Südkorea und in andere asiatische Länder gereist, angeblich um Parasiten im Zusammenhang mit medizinischer Zusammenarbeit zu studieren. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß das Ziel dieser ‚Zusammenarbeit' ein militärisches ist"* („NAN", 22.10.76).

Asien-Kommission

VORANKÜNDIGUNG **Zugreifen, bevor vergriffen!**

MAO TSE TUNG

BAND V

Diese Zusammenstellung bildet eine Ergänzung zu den im Pekinger Verlag erschienenen „Ausgewählten Werken Mao Tse-tungs". Diese enthalten in den bisher erschienenen vier Bänden Reden und Schriften Mao's bis zur Gründung der Volksrepublik 1949. Ein daran anschließender fünfter Band ist inzwischen in der VR China in chinesischer Fassung in Druck, der aber wahrscheinlich erst den Zeitraum der 50er Jahre umfassen wird.

Für unsere Zusammenstellung haben wir die uns zugänglichen Einzeltexte, die seit 1949 im Pekinger Fremdsprachen-Verlag erschienen sind, zusammengezogen, außerdem zahlreiche Auszüge und Zitate, anhand der „Peking Rundschau", Broschüren etc., jedoch a u s s c h l i e ß l i c h aus chinesischen Original-Quellen. Insofern unterscheidet sich diese Zusammenstellung grundsätzlich von sensationell aufgemachten Veröffentlichungen sogenannter „unbekannter Mao-Texte".

Diese Zusammenstellung füllt unserer Meinung nach eine wesentliche Lücke, zumal es noch eine Weile dauern wird, bis sämtliche Texte Mao's aus der VR China in deutscher Übersetzung vorliegen werden – wobei noch zweifelhaft ist, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober letzten Jahres insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen.

Verlag Arbeiterkampf

Sklavenhändler

Südkorea. Das faschistische Park Jung Hi Regime begnügt sich nicht damit, im eigenen Land die Arbeiter für die in- und ausländischen Kapitalisten schuften zu lassen, sondern hat den „Export von Arbeitskraft" als wichtige Devisenquelle für sein bankrottes Regime erkannt.

„Zwischen 1965 und 1971 dienten etwa 13.000 Südkoreaner als Söldner im Vietnamkrieg, wobei sie ca. eine Milliarde US-Dollar in ausländischer Währung verdienten."

Bekannt ist, daß Tausende südkoreanischer Krankenschwestern in der BRD arbeiten, obwohl die medizinische Versorgung in Südkorea miserabel ist.

Besondere Nutznießer dieser Politik der südkoreanischen Faschisten sind japanische Kapitalisten.

Beim Bau von Fabriken im Nahen Osten und in Lateinamerika bedienen sie sich südkoreanischer Arbeiter. *„Diese neue Dreiecksallianz arbeitet zum Nutzen eines jeden, ausgenommen der Arbeiter: Die japanischen Gesellschaften können sich erfolgreich um Verträge bewerben, weil sie niedrige Lohnkosten haben, die südkoreanische Regierung verdient ausländische Währung und die Nahostländer erhalten neue Fabriken."*

Die südkoreanischen Arbeiter, die mit zahlreichen Anreizen ins Ausland gelockt werden (*„Freistellung vom Militärdienst, Vorteile bei der Wohnungssuche und Auszeichnungen"*), wissen oft nicht, daß die südkoreanische Firma, bei der sie arbeiten, bei einem japanischen Kapitalisten unter Vertrag steht. Sie werden sogar unter dem Motto *„laßt uns die Japaner ein- und überholen"* zur Arbeit angetrieben.

Die Löhne südkoreanischer Arbeiter sind sehr niedrig. *„Während die japanischen Arbeiter 6,– bis 8,– US-Dollar täglich als besonderen Übersee-Zuschlag erhalten, bekamen Koreaner nur 1,20 bis 2,– US-Dollar. In der Regel erhalten die koreanischen Arbeiter ihren regulären Lohn nicht im Ausland; ihre gesamten Löhne werden in Korea deponiert."*

Das dicke Geschäft machen die japanischen Imperialisten, denn *„die Facharbeitskraft Südkoreas hat auf einigen Gebieten fast die zweifache Produktivität Japans und das Lohnniveau liegt bei etwa einem Drittel des japanischen."*

Mit den südkoreanischen Arbeitern gibt es in der Regel auch keine größeren Probleme hinsichtlich der „Arbeitsdisziplin". Bekanntlich werden die Arbeiter ständig von Geheimdienstspitzeln beobachtet.

Doch sind die Kollegen nicht bereit, alles widerspruchslos hinzunehmen: *„Am 13. März gab es am Bauplatz des 940-Millionen-Dollar-Hafens in Al Jubail, Saudi-Arabien, einen Aufruhr, an dem 2.000 südkoreanische Arbeiter beteiligt waren. Der Aufruhr begann, als ein südkoreanischer Lastwagenfahrer von einem Aufseher geschlagen wurde. Enttäuscht und wütend über die schlechten Arbeitsbedingungen griff etwa die Hälfte der 4.000 von der Hyundai Baugesellschaft, einer südkoreanischen Firma, angestellten Arbeiter Verwalter an und steckte 5 Schlafbaracken und 30 Fahrzeuge in Brand. Der Aufruhr dauerte volle zwei Tage und 15 Leute wurden verletzt."*

Dieser Aufstand habe *„einen Schatten über die Zukunft der südkoreanischen Politik des Exports ihrer Arbeiter für Übersee"* geworfen (alle Zitate aus „New Asia News", 1.4.77).

Weiter so!

Asien-Kommission



lateinamerika aktuell

"Normalisierung" zwischen Cuba und USA

Seit Anfang des Jahres bekunden die Regierungen Kubas und der USA immer deutlicher ihr Interesse an der Wiederaufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

Die US-Regierung hat bereits das Reiseverbot für US-Bürger nach Kuba aufgehoben („Monitor-Dienst", 28.3.), eine Basketballmannschaft aus den USA ist als erste nordamerikanische Sportmannschaft seit über 16 Jahren in Kuba zu mehreren Spielen angetreten. Zur Zeit laufen bereits Verhandlungen über Fischerei- und Grenzfragen, die sich aus der 200-Meilen-Schutzzone ergeben, die beide Seiten eingeführt haben („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 26./27. 3.77). Außerdem soll das Abkommen gegen „Luftpiraterie" erneuert werden, das bisher eine gegenseitige Auslieferung der „Luftpiraten" und der entführten Flugzeuge vorsah.

Kurzer Rückblick

Die US-Imperialisten hatten 1961 – nachdem die kubanische Revolution immer konsequenter antiimperialistische Maßnahmen durchführte und den Aufbau des Sozialismus einleitete – die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen, um dann 1962 die totale Handelsblockade ganz Amerikas gegen Kuba durchzusetzen. Damit noch nicht genug, war den US-Imperialisten und dem CIA seit 1961 kein Manöver zu schmutzig, um die kubanische Revolution zu zerschlagen oder wenigstens zu behindern: Militärische Invasionen, Mordanschläge gegen Fidel Castro, gezielte Angriffe gegen die kubanische Wirtschaft waren auf der Tagesordnung. Nur ein Beispiel: Erst kürzlich wurde bekannt, daß der CIA 1971 einen Seuchenvirus (Schweinefiebervirus) nach Kuba einführte. Die Folge war, daß eine halbe Million Schweine in Kuba notgeschlachtet werden mußten, in einer Situation, in der in Kuba besonderer Fleischmangel herrschte („Blätter des iz3w" Nr. 60)!

Andererseits war der Kampf gegen den Yankee-Imperialismus und die Wachsamkeit gegen seine Aggressionen immer ein wesentlicher Bestandteil der politischen Mobilisierung des kubanischen Volkes.

Erste „Normalisierungsversuche" im Verhältnis Kuba – USA hat es bereits 1974 in geheimen Verhandlungen gegeben, die aber von der Ford/Kissinger-Administration mit schweren Angriffen und Drohungen abgebrochen wurden, als Kubas internationalistische Hilfe für die MPLA in Angola bekannt wurde.

Warum jetzt wieder „Normalisierung"?

Das „moralische" Image des neuen US-Präsidenten und sein angebliches Eintreten für die Menschenrechte in Lateinamerika erfordern auch ein offeneres Verhältnis zu Kuba. Dahinter steckt allerdings, daß die Handelsblockade gegen Kuba von den meisten lateinamerikanischen Ländern längst nicht mehr eingehalten wird, und die USA mit ihrer harten Kuba-Position weitgehend isoliert sind. *„Die USA wurden dadurch (Normalisierung) ihre Position bei den Lateinamerikanern und Kanada, die zum Großteil diplomatische Beziehungen zu Kuba aufgenommen haben, verbessern. Auch die Länder der Dritten Welt, in denen die kubanische Revolution seit langer Zeit anerkannt wird, würden eine entsprechende Änderung der US-Außenpolitik würdigen"* („SZ", 15.3.77). Darüber hinaus hat die amerikanische Wirtschaft großes Interesse, auf den kubanischen Markt, den sie vor der Revolution total beherrscht hat, zurückzukehren. Vertreter verschiedener Lebensmittel-, Chemie- und Pharmakonzerne sowie nordamerikanische Reisebüros *„erkundeten bereits das Terrain"* und zeigten sich höchst interessiert („Spiegel", März 1977). Unter diesen Umständen werden auch keine konkreten Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen gestellt. Verhandlungsgegenstand soll von US-Seite aus sein: *„Aufhören der Einmischung in der westlichen Hemisphäre, Abbau der militärischen Präsenz in Afrika, Freilassung von politischen Gefangenen"*, Verzicht auf *„cubanische Subversion in Puerto Rico"* („SZ", 8.3.77).

Fidel Castro seinerseits deutete seit der Wahl Carters zum Präsidenten die kubanische Gesprächsbereitschaft immer wieder an. Während seiner kürzlich beendeten Afrikareise brachte er zum Ausdruck, mit welchen Zielvorstellungen Kuba die Verhandlungen mit den USA wünscht: Erste Voraussetzung für die Annäherung beider Staaten sei die Beendigung der *„von den USA erzeugten Feindseligkeiten. Die USA führen eine Blockade gegen Kuba durch ... Die USA unterhalten mit Gewalt einen Marinestützpunkt auf unserem Territorium ... Die USA haben Wühlarbeit gegen unser Land, Söldnerinvasionen unterstützt"* („SZ", 23.3.77). Es ist sicher ein berechtigtes und notwendiges Interesse Kubas, sich – auch auf diplomatischem Weg – gegen die Aggressionen und die Wühlarbeit der USA zu schützen und außerdem den sehr günstig gelegenen nordamerikanischen Markt für ihre immer noch bedrängte wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Die Frage ist, inwieweit durch die „Normalisierung" der politische Kampf gegen den US-Imperialismus vernachlässigt wird. Zwar griff Castro während seiner Afrikareise und beim darauffolgenden Besuch in der Sowjetunion die Aggressivität des US-Imperialismus an. Ebenso betonte er das unerschütterliche *„Engagement Kubas im Befreiungskampf des südlichen Afrika"* (nachdem er eine Einmischung in die *„gegenwärtige Rebellion in Zaire"* dementiert hatte) („SZ", 31.3. und 22.3.). Andererseits war aber schon das Abkommen über die „Luftpiraterie" vor zwei Jahren ein recht massives Zugeständnis an die USA und einige Äußerungen Castros über Carter als einen Mann *„mit Gefühl für Moral"* oder daß *„ein Mann wie Carter sich an internationale Prinzipien halten"* werde, fordern einige Skepsis heraus („Spiegel", März 1977). Der weitere Verlauf der Verhandlungen wird in diesem Sinne interessant werden.

Lateinamerika-Kommission



Castro und der US-Unterhändler Bingham bei Vorgesprächen für die Normalisierungsverhandlungen.



Kubanische Soldaten kämpfen 1961 gegen die US-Invasion in der Schweinebucht.

Solidarität mit Rudolfo Walsh!

Der in Argentinien sehr bekannte Journalist und Schriftsteller Rudolfo Walsh wurde am 25.3.77 von bewaffneten Männern aus seiner Wohnung in San Vicente verschleppt. Die Entführung geschah nur 24 Stunden, nachdem Walsh in einem Schreiben an den Oberbefehlshaber der Streitkräfte auf die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien aufmerksam gemacht hatte.

Die Entführer trugen keine Uniform und benutzten, wie in solchen Fällen üblich, PKWs ohne Nummernschilder. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es keine offiziellen Angaben über das Schicksal von Walsh. Die Umstände dieser Entführung sprechen dafür – wie bei ähnlichen Fällen zuvor – daß der Journalist von zivilen Polizei/Armeekommandos verhaftet wurde. Erst im September vergangenen Jahres war die Tochter des Entführten, Maria Victoria Walsh (auch Journalistin) während einer Hausdurchsuchung durch Maschinengewehrschüsse ermordet worden.

Walsh arbeitete in mehreren Publikationsorganen („Primera Plana", „Usted" u.a.), gehörte zu den Gründern der Nachrichtenagentur Prensa Latina, war Herausgeber der gewerkschaftlichen Wochenzeitung „CGT de los Argentinos" und Schriftleiter der Tageszeitung „Noticias", die bereits durch die gestürzte peronistische Regierung verboten wurde. Walsh ist Mitglied des Journalistenverbandes von Buenos Aires.

Solidarität mit Rudolfo Walsh und allen politischen Verfolgten in Argentinien!

(Nach einem Aufruf der ila-Bonn. – Zu Informationen über die Unzahl von politisch Verfolgten und Ermordeten in Argentinien – siehe „Chile-Nachrichten" Sondernummer Argentinien, 24.3.77).

Lateinamerika-Kommission

IG-Metall-Funktionäre lobhudeln bei Faschisten

Argentinien: Nach dem 19-Mio.-Kredit an die argentinische Militärjunta, der unter anderem von der DGB-eigenen Bank für Gemeinwirtschaft mitfinanziert wurde (vergl. AK 99), hat sich jetzt ein Vertreter der IG-Metall besonders lobend über die argentinischen Faschisten geäußert. Im Rahmen eines Argentinienbesuches von einer Delegation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), die vom Arbeitsminister und General Videla persönlich empfangen wurde, äußerte IBFG-Generalsekretär und IG-Metall-Mitglied Otto Kersten: *„Man merkt es nicht, daß es sich bei der argentinischen Regierung um Militärs handelt"*. Argentinien sei auch nicht so wie Brasilien oder Paraguay. *„Von 92 Ländern der Welt wären mir in 40 sicher nicht die Freiheiten offengestanden wie in Argentinien"* („Chile-Nachrichten" Nr. 47, 24.3. 1977).

Diese Bestätigung des Märchens von der „unblutigen" Militärdiktatur in Argentinien, noch dazu von einem internationalen Gewerkschaftsverband, war der Junta natürlich hochwillkommen, und die Presse schlachtete das Ereignis gebührend aus. Vier Tage lang war der Besuch der IBFG-Delegation Thema auf den Titelseiten der Zeitungen, und man dankte dem IBFG dafür, daß er *„überhand nehmende Kritik an Argentinien"* verhinderte.

Für etwaige kritische Stimmen in der BRD zeigte dann das zweite DGB-Mitglied in der Delegation in einem Rundfunkinterview einige Erschütterung über die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien. Er „drohte" sogar, daß man den Kredit der Bank für Gemeinwirtschaft *„überdenken"* (nicht etwa zurücknehmen) müsse, falls von Videla in bezug auf die Menschenrechte gemachte Zusagen (?) nicht eingehalten würden („Chile-Nachrichten" Nr. 47).

Die ungeheuerlichen Sprüche von dem sogenannten DGB-Gewerkschafter Kersten sollten ebenso wie der Kredit der BfG zum Thema von Vertrauensleutesitzungen und Gewerkschaftsversammlungen gemacht werden. Es geht nicht darum, den Kredit zu „überdenken", sondern ihn zurückzunehmen, und nicht darauf, auf angebliche „Zusagen" Videlas zu warten, sondern eine breite Öffentlichkeit gegen die Unterdrückung in Argentinien zu schaffen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, daß IG-Metall-Chef Loderer als stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat des VW-Konzerns sitzt und in dieser Eigenschaft der beispiellose Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter mitträgt (siehe AK 94).

Lateinamerika-Kommission

Deutsches KZ in Chile

Chile: Die Colonia Dignidad („Kolonie Würde"!) ist ein landwirtschaftliches Gut ca. 400 km südlich von Santiago, das von mindestens 250 westdeutschen Einwanderern betrieben wird und – inzwischen erwiesenermaßen – eines der geheimen Folterlager der Dina (faschistischer chilenischer Geheimdienst) darstellt.

Amensty international dokumentierte in einem ausführlichen Bericht drei Aussagen über bestialische, mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführte Folterungen in dieser Kolonie. In einem UNO-Bericht vom Februar 1976 wurde die Colonia Dignidad in einer Liste von Verhörzentren mit aufgeführt, mit der Vermutung, daß dort zumindest ein Teil der damals spurlos verschwundenen 119 Gefangenen festgehalten wurde. Im zweiten UNO-Bericht wurden bereits konkrete Aussagen über die Foltermethoden in der Colonia gemacht. Der Vertreter der BRD enthielt sich bei der Abstimmung über diesen Bericht der Stimme, weil darin „falsche Informationen" enthalten seien. Und auch der Botschafter der BRD in Chile, der Ende 1976 die Colonia Dignidad besuchte, kam – wen überrascht es – zu der Erkenntnis, daß die Vorwürfe unberechtigt seien.

Tatsächlich aber bewies amnesty anhand eines Protokolls einer Sitzung des chilenischen Sicherheitsdienstes die Zusammenarbeit der Colonia Dignidad mit der Junta und ihren Folterknechten: In dem Protokoll wird eine „Bestandsaufnahme" der durchgeführten Verhaftungen, Hinrichtungen usw. gemacht. Bei der Aufzählung der technischen Hilfsmittel heißt es: *„Wir können mit der Hilfe der Radiostation unserer Freunde in der Colonia Dignidad rechnen"*.

Darüber hinaus liegt die Vermutung nahe, daß über das Gebiet der Colonia, das bis an Argentinien heran – wenn nicht darüber hinaus – reicht, Gefangene von Chile nach Argentinien und umgekehrt transportiert werden.

Die Gründer dieses KZ's haben eine perverse Geschichte. Ausgangspunkt war eine von einem Paul Schäfer gegründete religiös-faschistoide Sekte im Raum Siegburg, die 1960 ein Kinderheim für „gestrauchelte" Jugendliche eröffnete. Das Heim, in dem auch Mitglieder der Gruppe wohnten, war hermetisch abgeriegelt. Körperliche Züchtigung, schriftliche Beichten und Rapports gehörten ebenso zum Leben der Sekte wie ein perfekter technischer Überwachungs-

Jugendliche eröffnete. Das Heim, in dem auch Mitglieder der Gruppe wohnten, war hermetisch abgeriegelt. Körperliche Züchtigung, schriftliche Beichten und Rapports gehörten ebenso zum Leben der Sekte wie ein perfekter technischer Überwachungs-apparat, Lautsprecher- und Tonbandanlagen in allen Zimmern usw.

Eine polizeiliche Untersuchung gegen die Sekte und ihren Leiter Schäfer kam ins Rollen, als 1961 Kinder des Heims berichteten, daß Schäfer seine „Zöglinge" sexuell mißbraucht und perverse Züchtigungsmethoden angewandt hatte. Ehe noch ein Gerichtsverfahren in Gang gesetzt wurde, verschwand Schäfer nach Chile. Der Großteil der Sekte folgte ihm, gut ausgerüstet mit Empfehlungsschreiben des damaligen chilenischen Botschafters und des Bundesministeriums für Familie! Die Colonia Dignidad wurde gegründet, auch hier von Anfang an mit zwei Zäunen, Wachmannschaften und Schäferhunden zur Bewachung – ideale Bedingungen, die sich die Dina zunutze machen konnte.

Völlig unglaubhaft ist, daß den westdeutschen Behörden die abartige Vergangenheit der Sekte, die KZ-



Colonia Dignidad – Deutsches KZ in Chile

Zustände in der Kolonie (Überwachungsapparat, Strafbataillone, körperliche Strafen) und schließlich die Zusammenarbeit mit den chilenischen Faschisten verborgen geblieben sein soll.

Näher liegt es, hier eine bewußte Duldung, wenn nicht Unterstützung von BRD-Seite zu vermuten. Warum auch nicht, wo doch Ministerin Schlei gern Gespräche mit *„Chiles charmanter Botschafterin"* führt, wo diese „charmante Botschafterin" Vorträge vor dem Diplomatenclub in Bonn halten darf und wo der erwiesene Folterknecht Ackermann, der bezeichnenderweise von 1970 bis 1971 an der Bundeswehrakademie in Hamburg ausgebildet wurde, als neuer Militärattache Chiles in Bonn akzeptiert wird („Spiegel" Nr. 16/77, „Stern" Nr. 7/77).

Immerhin hat inzwischen der Landesbezirk Hessen des DGB eine Untersuchung darüber gefordert, *„ob sich deutsche Staatsangehörige im Ausland an Handlungen beteiligen, die in der BRD als Verbrechen gelten"* („ila-Info" Nr. 4/77). Da würde es tatsächlich eine Menge zu untersuchen geben.

(Ausführliche Informationen zum Fall Colonia Dignidad in: amnesty international März 77, „Colonia Dignidad, Deutsches Mustergut in Chile – Folterzentrum der Dina")



Chilenischer Folterer Ackerknecht, nach der Ausbildung in der Bundeswehr-Akademie Hamburg heute Militärattache in Bonn.

Lateinamerika-Kommission

Orden für Pinochet – „Weiße Lepra" für die Arbeiter

Peru: Der immer schärferen Repression der peruanischen Generäle nach innen und ihrer wachsenden Zusammenarbeit mit den faschistischen Nachbarländern wurde jetzt die Krone aufgesetzt:

Auf einer Reise durch Chile verlieh der peruanische Ministerpräsident, Kriegsminister und gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armee, General Arbulu Galliani seinem „Waffenbruder" Pinochet den „Großen Stern" für militärische Verdienste, den höchsten Orden der peruanischen Streitkräfte. In der dazugehörigen Festansprache zeigte er, wo es längsgehen soll: *„Diese Auszeichnung, Herr Präsident, wurde geschaffen, um ruhmreiche* (!) *Soldaten ... zu ehren"*. Außerdem wolle er, als peruanischer Soldat, *„den Glauben in das gemeinsame Schicksal unserer Völker ... erneuern"* („Monitor-Dienst", 15.3.77).

Zynischer kann man kaum ausdrücken, was – nach dem Willen der Generäle – auf das peruanische Volk noch zukommen soll!

Was aber schon seit Jahren – auch bereits zur Zeit der sogenannten links-nationalistischen Junta – in Pe-

Dienst", 15.3.77).

Zynischer kann man kaum ausdrücken, was – nach dem Willen der Generäle – auf das peruanische Volk noch zukommen soll!

Was aber schon seit Jahren – auch bereits zur Zeit der sogenannten links-nationalistischen Junta – in Pe-ru möglich ist, ist nicht weniger menschenverachtend.

Schon 1975 berichtete die linke Zeitung „Marka", die inzwischen längst verboten ist, von der Erkrankung von 3.000 Arbeitern von Erdölsuchtrupps (Petroleros) an der „Espundia". Diese Krankheit, die von einer Stechmücke vorwiegend im tropischen Urwald übertragen wird, zerstört die Haut und die Schleimhäute einschließlich Nase, Augen und Rachen. Sie ist bisher unheilbar.

Angeworben wurden die Petroleros (rund 9.000) seit 1973 von der GSI, einer Tocher der nordamerikanischen Texas Oil. In groß angelegten Werbekampagnen wurden hohe Löhne und Sozialleistungen versprochen. In den Arbeitsverträgen, die die meist analphabetischen Arbeiter mit dem Daumen unterzeichneten, stand aber von alledem nichts. Die Verpflegung der Petroleros war dann äußerst schlecht, sie mußten in primitiven Zelten schlafen, ohne Moskitonetze, ohne Insektenschutzmittel und ohne ein Minimum an Hygiene. Folge war, daß bereits in den ersten sechs Monaten in jeder Arbeitsgruppe zwei bis drei Petroleros starben. 1975 veranstalteten die Arbeiter deswegen einen Hungerstreik und einen Marsch nach Lima. Trotz brutaler Polizeiübergriffe gelang es einigen Petroleros, das peruanisch-nordamerikanische Kulturinstitut zu besetzen. Die Regierung erließ ein Dekret, das eine Entschädigung für die erkrankten Arbeiter vorsah. Daraufhin zog sich die US-Firma GSI aus Peru zurück, eine neue Firma übernahm die Arbeit und stellte neue Arbeiter ein. Die ganze Sauerei begann von vorne. Ende 1975 führten die erkrankten Petroleros wieder einen Protestmarsch nach Lima durch. Unterwegs wurden sie von der Polizei aufgehalten, ihr gesamtes Hab und Gut, Papiere und Geld aus der

übernahm die Arbeit und stellte neue Arbeiter ein. Die ganze Sauerei begann von vorne. Ende 1975 führten die erkrankten Petroleros wieder einen Protestmarsch nach Lima durch. Unterwegs wurden sie von der Polizei aufgehalten, ihr gesamtes Hab und Gut, Papiere und Geld aus derGemeinschaftskasse wurden vor ihren Augen verbrannt. Der Generalsekretär der Bewegung befindet sich noch immer im Gefängnis.

Was für eine perfekte Zusammenarbeit zwischen peruanischer Regierung und Imperialisten! Unterstützt die Forderungen der Petroleros nach medizinischer Versorgung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Urwald.

(Informationen nach „Blätter des iz3w", Nr. 60 März 1977; siehe auch den sehr ausführlichen Bericht in: „Chile-Nachrichten" Nr. 47).

Lateinamerika-Kommission





So sehen die an der „weißen Lepra" erkrankten Arbeiter aus.

Widerstand ist möglich

Widerstand ist möglich

Erfolgreiche Widerstandsaktionen in Chile

Trotz des unvorstellbaren Terrors in Chile werden nach wie vor auch militante Widerstandsaktionen gegen die Diktatur unternommen. Folgende Meldungen entnehmen wir den „Nachrichten vom Widerstand", dem Auslandsorgan des MIR:

– Die Ölfirma AGA in Santiago wurde durch eine Explosion völlig zerstört, nachdem sich die Arbeiter schon länger gegen die ungerechten Löhne gewehrt hatten. Auch ein Gerichtsurteil zugunsten der Kapitalisten konnte den Kampfeswillen der Arbeiter nicht brechen. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen.

– Am 19.11.76 konnte der Betrieb der Verwaltung der faschistischen Nachrichtenagentur UPI in Pudahvel für acht Stunden unterbrochen werden. Dies war bereits das vierte Mal im letzten Jahr, daß die Versorgungsleitung gestohlen wurde.

– 28 Beschäftigte eines Supermarktes (Filiale der AGAS, Exalmac) wurden am 20. Dezember beschuldigt, drei bewaffnete Überfälle begangen zu haben, bei denen sie 180.000 Pesos aus den Firmenräumen entwendet haben sollen. Der gleiche Supermarkt in Santiago, Bilbao wurde im November 1973 schon einmal überfallen. Bereits damals schloß die Polizei auf ein „marxistisches Kommando". Bei jenem Angriff kamen ein Carabinieri und zwei Revolutionäre ums Leben.

Ein Genosse des KB/Gruppe Frankfurt

Brasilien

Geisel schickt Parlament in die Ferien

Am 1. April hat die brasilianische Militärjunta das Parlament geschlossen. Offizieller Anlaß war, daß die Oppositionspartei MDB mit ihrer Sperrminorität eine verfassungsändernde Justizreform verhindert hatte. Tatsächlich ging es darum, das Wahlrecht zu verändern, um auch bei den kommenden „freien" Wahlen einen Sieg der Regierungspartei garantieren zu können. Dies war nach den allzu deutlichen Stimmengewinnen des MDB in den letzten Gemeindewahlen besonders dringend geworden, damit – nach den Worten Geisels – *„nicht alle zwei Jahre* (nämlich immer bei den Wahlen, Anm. AK) *eine Krise stattfindet."*

Folgende Dekrete sind jetzt während der „Parlamentsferien" erlassen worden:

– Die für 1978 vorgesehene Wahl der Provinzgoverneure wird nicht mehr direkt, sondern über das Gremium der Wahlmänner, das außerdem durch Stadtverordnete erweitert wird, durchgeführt.

– Eine Mögliche Mehrheit des MDB im Senat wird künftig dadurch verhindert, daß ein Drittel aller Sitze durch indirekte Wahl besetzt und der Rest nicht mehr individuell, sondern über Listen gewählt wird.

– Parlaments- und Stadtratswahlen werden ab 1982 zusammengelegt und finden nur noch alle 4 Jahre statt (bisher alle 2 Jahre).

– Verfassungsänderungen sind in Zukunft mit der einfachen Mehrheit der Regierungspartei möglich.

– Das Pressegesetz wurde neu gefaßt und sieht hohe Geld- bzw. Gefängnisstrafen vor für die Verbreitung *„unwahrer oder tendenziöser Nachrichten"*.

Nachdem Geisel diese Dekrete erlassen hat, wird mit einer baldigen Wiedereinsetzung des Parlaments gerechnet („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 5.4. und 14.4.77). Die Junta hofft offenbar, daß durch das zügige Durchsetzen der diktatorischen Dekrete und ein schnelles Wiedereinsetzen des Parlaments die mühsam aufgebaute demokratische Fassade vor der Weltöffentlichkeit nicht all zu sehr bröckelt. Der Freundschaft zwischen Geisel und dem Menschenrechtskämpfer Carter wird durch solche Handstreichmaßnahmen sowieso kein Abbruch getan. Beide stehen – wie aus Washington berichtet wurde – in *„regem und herzlichem Briefwechsel"* („SZ", 5.4.).

Lateinamerikakommission

BRD will Umsiedlung weißer Südafrikaner nach Bolivien finanzieren

Mit 150 Mio. US-Dollar will die Bundesregierung die Einwanderung von 150.000 ehemaligen weißen Siedlern deutscher und holländischer Abstammung aus Südafrika, Namibia und Zimbabwe in das bolivianische Tiefland unterstützen.

Schon Mitte 1975 verhandelte die bolivianische Regierung in Genf mit portugiesischen Siedlern aus Angola über deren Umsiedlung nach Bolivien. Wegen finanzieller Schwierigkeiten kam es jedoch zu keinem Ergebnis.

Ende 1976 rief die BRD die Regierungen von Argentinien, Bolivien, Brasilien, Uruguay und Venezuela zu einer geheimen Konferenz nach Costa Rico auf, um über die Zukunft weißer Siedler aus dem südlichen Afrika zu beraten. Während Brasilien und Venezuela nur hochqualifizierte Techniker aufnehmen wollten, Argentinien und Uruguay wegen innenpolitischer Probleme die Umsiedlung zurückwiesen, bot sich die bolivianische Militärclique des General Banzer füs dieses Projekt an.

Den erfolgreichen, sich immer mehr ausweitenden Befreiungskampf der Völker im Rücken, wird den rassistischen Siedlern im südlichen Afrika der Boden dort zu heiß; sie suchen nach „Neuland". Für die Tieflandindianer im bolivianischen Urwald bedeutet das eine große Gefahr. Ihnen droht das gleiche Schicksal wie Millionen von Schwarzen in Afrika – nämlich Opfer der rassistischen Apartheidspolitik zu werden. Durch die Finanzierung des gigantischen Projekts zeigt die Bundesregierung sehr deutlich ihre Unterstützung für die Apartheid.

Lateinamerika-Komitee Heidelberg

Inzwischen haben die „Blätter des iz3w" („Informationszentrum 3. Welt", Nr. 60, März 1977) eine Stellungnahme der bolivianischen Linken gegen dieses Umsiedlungsprojekt veröffentlicht. Dort wird enthüllt, daß die BRD die Aktion nicht öffentlich unter ihrer Federführung, sondern unter dem Decknamen der CIME (Europäisches Einwanderungskomitee) durchziehen will. Weiter heißt es in dem Dokument treffend: *„Um die peinliche Situation zu vermeiden, diese Bevölkerung aufnehmen zu müssen, richtet die Bundesregierung ihr Augenmerk auf's ‚gastfreundliche' und faschistoide Lateinamerika"*. Kommentar des „iz3w": Es könne der Eindruck entstehen, *„daß Südamerika wieder einmal, wie schon bei den Nazis nach 1945, der Zufluchtsort deutscher Rassisten ist"*.

Lateinamerika-Kommission

afrika

Rückblick

Kongo-Krise 1960-1965

Im folgenden geben wir einen Einblick in eine entscheidende Phase der Geschichte Zaires (Kongo-Kinshasa), die Zeit von der Unabhängigkeit (1960) bis zur vorläufigen „Lösung" der „Kongo-Krise" (1965). In dieser Periode setzte sich die neokoloniale Konterrevolution gegen die Nationalisten durch und etablierte das Terror-Regime des US-Statthalters Mobutu.

In unserer kurzen Analyse haben wir den Schwerpunkt auf die Beschreibung der patriotischen Kräfte gelegt. Wir wollen zeigen, wie ihre politische Unreife schwerwiegende Fehler erzeugte und teilweise verräterische Elemente die Führung der Nationalisten übernehmen konnten. Wir haben diesen Schwerpunkt in der Darstellung der „Kongo-Krise" gewählt, weil die aktuellen Kämpfe in Zaire in der Tradition dieser ersten Phase der Revolution stehen. Verschiedene Kreise des jetzigen Widerstands berufen sich auf Führer und Organisationen von damals und viele ihrer bereits vorliegenden Äußerungen lassen dieselben Fehler und dasselbe Kompromißlertum mit Imperialismus und nationaler Reaktion wieder erkennen.

Gleichzeitig ist die Schilderung der Niederlage des Kampfes von 1960 - 65 bester Beweis für die These, daß letztlich nur eine vom wissenschaftlichen Sozialismus und von der Arbeiterklasse geführte Bewegung endgültig alle Formen der imperialistischen Herrschaft beseitigen kann.

30. Juni 1960: Kongo wird unabhängig

Der Kongo, seit 1908 belgische Kolonie, war für das Mutterland von großer wirtschaftlicher Bedeutung. 1959 produzierte er 75% aller Industriediamanten der Welt, 69% des Kobalts, 9% des Zinns, 8% des Kupfers (H. Holzer, 26 mal Afrika, S. 427). Mitte der fünfziger Jahre bildeten sich „gemäßigte" nationalistische Parteien (z.B. ABAKO unter J. Kasavubu), die die Unabhängigkeit forderten. Als Patrice Lumumba 1958 den radikaleren MNC (Nationale Kongolesische Bewegung) gründete und im Januar 1959 blutige Unruhen in Leopoldville ausbrachen,
dete und im Januar 1959 blutige Unruhen in Leopoldville ausbrachen,
entschied sich Belgien für eine schnelle Dekolonisierung. Es sah darin die geringste Gefahr für die fortgesetzte Ausbeutung des Kongo, da nach wie vor alle Kader in Verwaltung, Industrie und Armee Belgier waren. Die für den 30. Juni 1960 festgelegte Unabhängigkeit sollte die Kreise um Kasavubu und Tschombe (Aktionär der Katanga- heute Shaba-ausbeutenden belgischen Minengesellschaft „Union Minière" und Vorsitzender der sezessionistischen Bewegung CONNAKAT) an die Macht bringen. Allerdings war dies eine Rechnung ohne die kongolesischen Volksmassen. Die Partei Lumumbas ging aus den Wahlen im Mai 1960 als eindeutig stärkste Partei hervor und Lumumba wurde erster Premierminister. Der Vorsitzende, der mit ihm verbündeten PSA (Parti Solidaire Africain), A. Gizenga, wurde Vizepremier und Kasavubu Staatspräsident.

Die Sezession Katangas

Diese Regierungszusammensetzung bot Belgien keine ausreichende Gewähr für eine neokolonialistische Entwicklung des Kongo. Zwar konnte mit Kasavubu ein Reaktionär in der entscheidenden Position des Staatspräsidenten untergebracht werden, aber die belgische Hoffnung, Ministerpräsident Lumumba – wie in dieser Frage – auch in Zukunft zum Zurückweichen und Einlenken zwingen und weitgehend kontrollieren zu können, schwand sehr schnell.

Patrice Lumumba hatte im Kontakt mit den Massen und den imperialistischen Manövern einen allmählichen Radikalisierungsprozeß durchgemacht. Noch 1954 war er für eine enge neokoloniale Zusammenarbeit mit Belgien eingetreten. In seinem Buch „Kongo, mein Land" schrieb er damals: *„Es ist wichtig, daß die kongolesische Elite, die sich des Vertrauens ihrer Landsleute erfreut und ohne jegliche geistige Beschränkung frei mit ihnen kommunizieren kann, eng mit den Belgiern zusammenarbeitet, um sie über die Handhabung von Eingeborenen-Angelegenheiten aufzuklären ... Die Eingeborenen-Elite ... sollte als wirklicher Verbündeter der Belgier betrachtet werden, sie sollte mit ihnen zusammen ein einiges und dynamisches Team bilden, um die Aufgabe der Zivilisierung der Kongolesen fortzuführen"* (zitiert nach Willame Patrimonialism and Political Change in the Congo, S. 25).

Bereits die Gründung des MNC durch Lumumba, in dessen Programm Punkte enthalten waren wie *„Ausnutzung der Reichtümer des Landes für die Kongolesen, Überprüfung und Revidierung der Rechte der Monopole, Rückgabe des Bodens"* (AK 73), und seine politische Agitationsarbeit in der Ostprovinz 1958 - 1960 zeigten die Weiterentwicklung seines Denkens deutlich auf. Anti-imperialistische Positionen
wicklung seines Denkens deutlich auf. Anti-imperialistische Positionen
enthielt auch seine Rede zur Unabhängigkeit, die eines der wichtigsten Dokumente des afrikanischen Befreiungskampfes darstellt. (Wesentliche Auszüge des Textes haben wir in AK 73 veröffentlicht.)

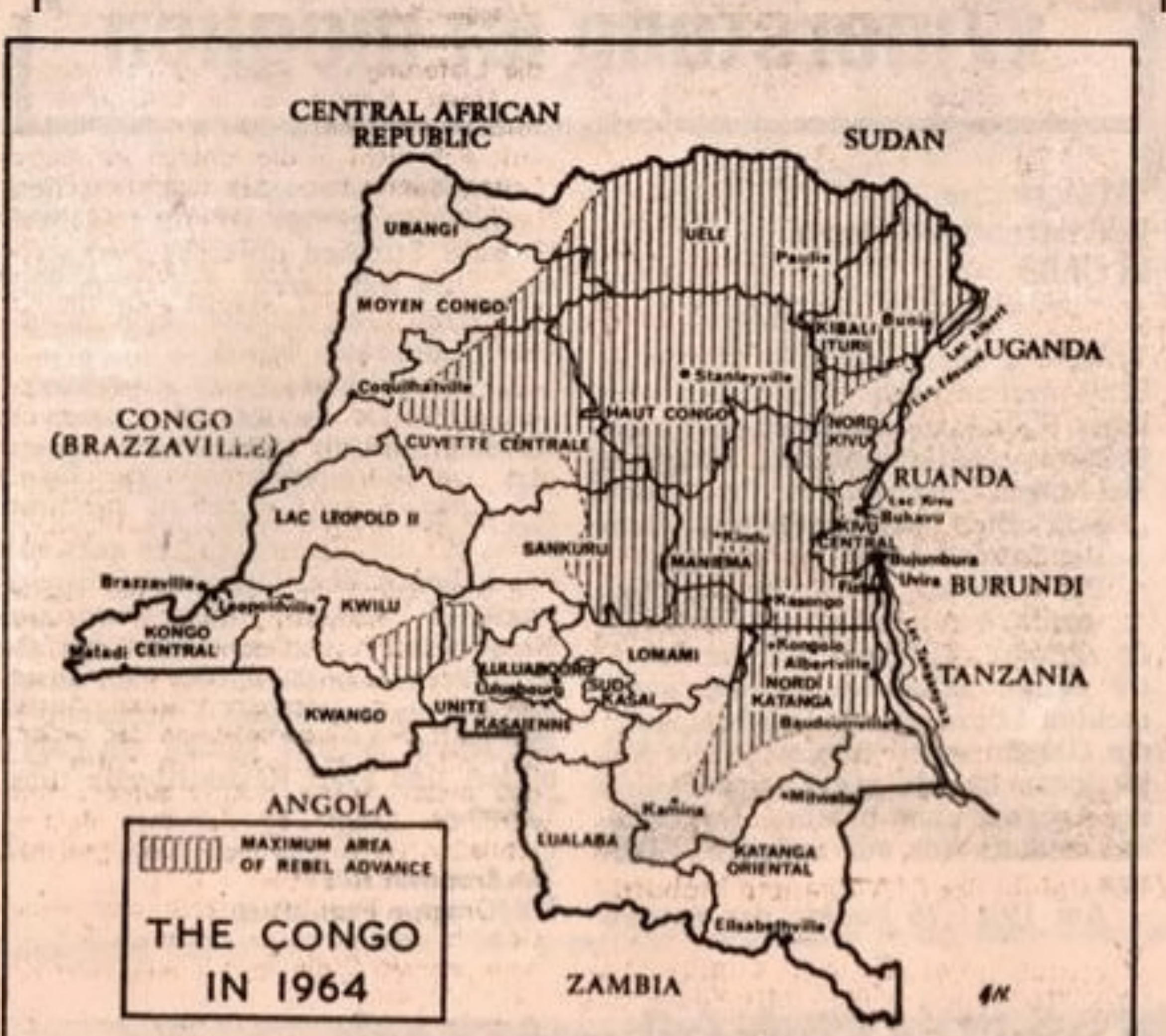
Obwohl das Programm des Ministerpräsidenten Lumumba noch immer keine konsequent sozialistischen Züge aufwies – Lumumba schloß Verstaatlichungen belgischen Besitzes vorläufig aus und versicherte Belgien eine gemäßigte Zusammenarbeit – stand der Beschluß der internationalen Reaktion fest: Lumumba mußte beseitigt werden, so schnell wie irgend möglich. Auf eine Kurzformel brachte dies der damalige Bundestagspräsident Gerstenmaier: *„Was die Bolschewisierung Chinas für Asien gewesen ist, droht Afrika jetzt im Kongo. Es ist deshalb höchste Zeit, die Verhältnisse im Kongo zu bereinigen"* (Loth, „Kongo", zitiert nach AK 73).

Am 4. Juni '60 rebellierten die kongolesischen Soldaten der Armee gegen ihre belgischen Offiziere. Dies war, nur fünf Tage nach der Unabhängigkeit, eine weitere schwere Bewährungsprobe für Lumumba, der bereits durch seine Kooperationsbereitschaft mit Kasavubu einen denkbar schlechten Grundstein für eine wirklich unabhängige Entwicklung des Kongo gelegt hatte. Auch bei der Meuterei der Soldaten kamen die politischen Mängel Lumumbas und seine Illusionen zum Tragen. Er ersetzte das belgische Oberkommando durch kongolesische Offiziere und ernannte seinen späteren Mörder Mobutu zum Chef des Generalstabs!

Die Ablösung des belgischen Oberkommandos war der Vorwand für Belgien loszuschlagen. Nur neun Tage nach der „Unabhängigkeit" besetzten belgische Truppen die wichtigsten Städte des Landes, zuerst des wirtschaftlichen Zentrums Katanga. Nach der Entwaffnung des kongolesischen Heeres in Katanga riefen sie durch Tschombe am 11. Juli 1960 die Sezession, d.h. die Abspaltung dieser Provinz vom Kongo aus. Dies war eine offene Kriegserklärung an den jungen Staat, denn 60% seiner Einnahmen kamen aus Katanga. Die Sezession, die bis zu ihrer Beendigung im Jan. 63 im Mittelpunkt der „Kongo-Krise" stand, diente nicht nur als Instrument gegen die Nationalisten. Sie war gleichzeitig Ausdruck von Interessensgegensätzen im imperialistischen Lager. Die USA hatten ein Interesse daran, die Zeitdauer dieser primär gegen die Nationalisten gerichteten Maßnahme so kurz als möglich zu halten, da sie wirtschaftlich nicht unmittelbar von der Sezession profitierten. Die US-Monopole waren in Katanga noch nicht vorgedrungen. Das belgische und englische Anliegen war zwar auch in erster Linie die lumumbistischen Kräfte in der Zentralregierung zu schwächen und zu eliminieren, gleichzeitig erzielten sie jedoch während der Sezession hohe Profite für ihre Monopole: „Union Minière" (belgisch) und „Tanganyika Concessions Company" (Inhaber der Benguela-Bahn, englisch). Vorläufig allerdings wurde die Lösung dieses Widerspruchs zurückgestellt. Die Imperialisten kooperierten bis 1963, dem Zeitpunkt, an dem die USA über die UNO die Sezession gewaltsam beendeten.

Die Rolle der UN

Als Reaktion auf die belgische Aggression forderte Lumumba Hilfe von den Vereinten Nationen an. Dies sollte sich als der schwerwiegendste Fehler seiner politischen Laufbahn erweisen, denn die sofort ins Land gekommenen über 10.000 „Blauhelme" wurden nicht gegen Tschombe eingesetzt, sondern sehr zielstrebig gegen Lumumba selbst. Daß ein Anti-Imperialist – auch wenn er schwerwiegenden Illusionen unterliegt – den US-Imperialismus (der damals die UNO beherrschte) gegen



Kongo (Zaire) 1964 – die gestrichelten Flächen werden von den Nationalisten kontrolliert

eine ausländische Aggression zur Hilfe ruft, muß heute als völlig unverständlich erscheinen. Damals allerdings genossen die USA, auch bei tendenziell fortschrittlichen Kreisen Afrikas, noch ein relativ hohes Ansehen. Die US-Aggression gegen Vietnam z.B. hatte noch nicht stattgefunden, und im kolonialen Afrika waren die europäischen Mächte als Unterdrücker aufgetreten. Durch die Erklärung des UN-Sicherheitsrats vom 8. August 1960, es handele sich bei der Sezession Katangas um eine „interne Angelegenheit" des Kongo, wurde auch die Diamanten-Gesellschaft „Forminière" zur Sezession der Provinz Süd-Kasai ermuntert.

Lumumba entschied sich daraufhin, die kongolesischen Streitkräfte zur Beendigung der Sezessionen einzusetzen. In wenigen Tagen konnten sie große Erfolge erzielen. Damit hörte für die UN die Betrachtungsweise der „internen Angelegenheit" auf. Sie forderte einen Waffenstillstand und „Blauhelme" stellten sich der kongolesischen Armee entgegen.

Der Chef des Generalstabs Mobutu, ehemaliger Agent der belgischen Geheimpolizei und nunmehr in Diensten des CIA, ordnete eigenmächtig den Rückzug der kongolesischen Verbände an. Staatspräsident Kasavubu erklärte Lumumba illegalerweise für abgesetzt. UN-Truppen hinderten Lumumba am Zutritt zur Radiostation Leopoldvilles. Sie ermöglichten Mobutu den Staatsstreich vom 14. September 1960 und damit die Erfüllung seines ersten größeren CIA-Auftrages: die Ermordung Lumumbas. Der von Mobutu eingesetzte „Rat der Kommissare" stellte Lumumba unter Hausarrest. Auf seiner Flucht nach Stanleyville wurde er verhaftet und nach Katanga ausgeliefert, wo er im Beisein Tschombes am 17. Januar 1961 ermordet wurde.

Das Schicksal Lumumbas stand stellvertretend für die Politik vieler kongolesischer Nationalisten in diesen Jahren. Ohne Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und mit vielen Illusionen über die Machenschaften des Imperialismus und der internen Reaktion kam Lumumba zu tragischen Fehlentscheidungen (Kasavubu, Mobutu, UN) und traf keine ernsthaften Vorbereitungen für eine eigene militärische Auseinandersetzung mit den imperialistischen Kräften.

Mit der Ermordung Lumumbas war die Gefahr für ein neokoloniales Kongo noch nicht völlig beseitigt. Ein Teil seiner Anhänger und Verbündeten hatte in Stanleyville (heute Kisangani) unter A. Gizenga eine Gegenregierung errichtet, die von der VR China sofort anerkannt wurde und zeitweise ein Drittel des Landes kontrollierte.

Daraufhin schlossen Kasavubu/Mobutu und der Katanga-Sezessionist Tschombe am 28.2.61 ein Militärabkommen gegen Stanleyville mit dem Ziel, die *„Machtergreifung der Kommunisten im Kongo als Ganzes"* zu verhindern.

Doch diese Gefahr der „Machtergreifung" bestand niemals ernsthaft. Bereits unter dem bloßen Eindruck des gegen ihn gerichteten Bündnisses ging Gizenga den Weg der „Versöhnung" mit Mobutu/Kasavubu unter Ausschluß von Tschombe und verriet so objektiv die Kampferfolge der Massen, die ihm die „Gegenregierung" in Stanleyville überhaupt erst ermöglicht hatten. Trotz der bitteren Erfahrungen der Nationalisten mit der eigenen Reaktion bildete sich wieder eine Regierung zwischen den Nationalisten und CIA-Faschisten a la Mobutu (auch Lumumbas ehemaliger Innenminister Gbenye war im Kabinett vertreten). Die VR China stellte ihre Unterstützung für Gizenga sofort nach Bekanntwerden seines Verrats ein.

Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die Nationalisten von Mobuto & Co. ausgeschaltet, nachdem sie sich selbst ihrer Machtposition der Unterstützung durch die Bevölkerung beraubt hatten.

Das Spiel wiederholte sich: Christophe Gbenye mußte im Dezember 1961 zurücktreten, Gizenga wurde im Januar 1962 verhaftet und mehr als 2.000 Patrioten wurden festgenommen und verfolgt. Jetzt war der Weg frei für die – recht problemlose – Wiedereingliederung Katangas in den Kongo – die Sezession hatte ihren Hauptsinn erfüllt. Im Januar 1963 kapitulierte Tschombe vor den erstmals kämpfenden UN-Truppen und konnte sogar seine Vertreter in die Regierung der „Nationalen Versöhnung" vom April '63 schicken. In dieser Regierung waren keine nationalistischen Kräfte mehr vertreten. MNC und PSA wurden verboten, das Parlament am 29. September aufgelöst und die Hetzjagd auf die Patrioten ging weiter.

Umorientierung der Nationalisten

Erstmals zogen die nationalistischen Kräfte nun zumindest verbal die Konsequenz aus der Tatsache, daß der parlamentarische Weg eine Sackgasse darstellt. Kurz nach der Auflösung des Parlaments gründeten Teile des ehemaligen Lumumba-Blocks am 3. Oktober 1963 in Brazzaville den CNL (Nationaler Befreiungsrat). Seine Führer waren Gbenye und David-Bocheley.

Im „Aktionsprogramm" des CNL vom 15. April '64 (abgedruckt in Hoskyns, OAU and the Congo-Crisis, S. 4-6) wurden als die wichtigsten Ziele die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie sowie die Errichtung einer revolutionären nationalen Regierung genannt. Hierfür sollte der bewaffnete Kampf geführt werden. Nirgends allerdings wurde deutlich, welche grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen der CNL für die kongolesische Gesellschaft anstrebte.

Wie sehr die CNL-Führer noch immer in der Gedankenwelt des Paktierens, Bündnisse-Schließens und der Mauschelpolitik verhaftet waren, zeigte die Tatsache, daß sie nur fünf Monate nach Gründung des CNL in Madrid (!) mit Tschombe (!) über ein Bündnis zur Ersetzung der Regierung verhandelten (Willame, S. 114).

Der Beginn des bewaffneten Kampfes

Der bewaffnete Kampf gegen die reaktionäre Clique in Leopoldville wurde daher auch unabhängig vom CNL unter Führung von Pierre Mulele am 1. Januar 1964 in der Provinz Kwilu aufgenommen. Die Rebellion in Kwilu wurde von der ländlichen Bevölkerung vorbehaltlos und begeistert unterstützt und breitete sich rasch aus. Sie sahen, daß die von den geflohenen Belgiern hinterlassenen Posten von einer neuen Ausbeuterklasse übernommen wurden. Da sich ihr Kampf primär gegen diese Klasse richtete und zum ersten Mal ein Guerillakampf geführt wurde, stellte der Aufstand in Kwilu einen eindeutigen Bruch mit der bisher von den Nationalisten praktizierten Politik dar.

Wer war Pierre Mulele?

Mulele gehörte zusammen mit Gizenga zu den Gründern der PSA 1958. Im Kabinett Lumumbas war er Erziehungsminister. Er wurde 1960 als Botschafter der Gizenga-
1958. Im Kabinett Lumumbas war er Erziehungsminister. Er wurde 1960 als Botschafter der Gizenga-
Regierung nach Kairo geschickt, wo er frühzeitig die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes erkannte. Er hielt dort engen Kontakt zur chinesischen Botschaft und reiste 1962 nach Zwischenaufenthalten in Prag und Moskau nach Peking, wo er eine Guerilla-Ausbildung absolvierte (Young, Rebellion and the Congo; in: Rotberg, Rebellion in Black Africa, S. 228).

Im Juli 1963 kehrte er nach Kwilu zurück und begann mit der Organisierung des Kampfes. Er installierte nicht eine sogenannte „Gegenregierung", die auf der Macht einer traditionellen Armee beruht und auch größere Städte beherrscht. Stattdessen propagierte er den Guerilla-Kampf nach chinesischem Vorbild. Seine schriftlich vorliegenden „Verhaltensregeln für Guerilla-Kämpfer" sind ein Beispiel hierfür (Chome, Mobutu-Chefe Supremo, S. 88).

Peking begrüßte den Beginn des Mulele-Aufstandes.

Zu den Maßnahmen der Guerillas gehörten die Beseitigung der Kopfsteuer, drastische Reduzierung der Preise und Abschaffung des Zwangsanbaus für Exportprodukte. Allerdings hatte auch der Kampf Muleles mit marxistischen Prinzipien nicht allzuviell zu tun. Mulele griff bei seiner Mobilisierung der Bevölkerung in hohem Maße auf reaktionäre traditionelle Ideologien wie Aberglauben und Hexenkunst zurück. Er behauptete, er sei durch Kugeln nicht zu verwunden, er könne sich in einen Vogel verwandeln etc. (vgl. u.a. Young, S. 226; Willame, S. 123/124).

Anderseits hatte sich Mulele von allen traditionellen Führern am längsten geweigert, den Befreiungskampf aufzugeben. Erst 1968 kehrte er nach Kinshasa zurück (s.u.)

Die Simba-Rebellen

Der CNL zerfiel kurz nach seiner Gründung in zwei Fraktionen, den CNL-Ost unter Gbenye und Soumialot und den CNL-West unter Bocheley-Davidson, der die Bewegung Muleles unterstützte (Willame, S.

Fortsetzung auf Seite 43

Fortsetzung von Seite 42

115). Der CNL-West führte Anfang 1964 eine Reihe von Bombenanschlägen in Leopoldville durch und kämpfte von Basen in Brazzaville im Nordosten der Hauptstadt. Im Februar 1964 festigte Soumialot das Hauptquartier des CNL-Ost in Bujumbura, Burundi. Im Mai '64 eröffnete er mit einem Angriff auf Uvira den bewaffneten Kampf im Osten des Kongo.

Nach der Einnahme von Uvira wurde von Soumialot als Ziel des Aufstandes lediglich der Rücktritt von Kasavubu und Ministerpräsident Adoula angegeben: *„Das Ziel des CNL ist, den Frieden innerhalb des Landes wiederherzustellen, die Wirtschaft neu zu beleben und den Respekt für Demokratie und Freiheit der kongolesischen Bürger und der Ausländer wieder zu schaffen ... Wenn Herr Adoula und Herr Kasavubu bereit sind zurückzutreten, ist der Konflikt beseitigt und das Parlament hat wieder freie Hand, neue Entscheidungen zu treffen."* (Willame, S. 122).

In wenigen Monaten hatten die „Simba"-Rebellen („Simba" = Swahili für „Löwe") über die Hälfte bis 2/3 des Landes unter ihre Kontrolle gebracht (s. Karte). Der Höhepunkt ihrer Macht war die Bildung der „Revolutionären Regierung" von Stanleyville am 5. September 1964 unter Führung von Christophe Gbenye mit Soumialot als Verteidigungsminister.

Die genaueren Ziele und politische Orientierung der zweiten Stanleyville-Regierung sind unklar. Immerhin sind von Verteidigungsminister Soumialot einige Äußerungen aus der damaligen Zeit bekannt, die ihn als einen Vertreter des „Afrikanischen Sozialismus" ausweisen: *„Wie wissen nicht, was der Kommunismus ist. Wir sind afrikanische Sozialisten und möchten in Gemeinschaft leben. Wenn das Kommunismus ist, na gut, dann sind wir eben Kommunisten, aber eigentlich sind wir Katholiken, Protestanten, Moslems"* (La Libre Belgique, 18. Juni 1964, zitiert nach Chome, S. 93). In einem Schulungsheft der CNL stand auch: *„Sowohl der Kapitalismus als auch der Kommunismus sind Theorien und Methoden, die uns fremd und die nicht afrikanisch sind"* (zitiert nach W. Berner, Peking und der kongolesische Partisanenkrieg, in: Ost-Probleme 7.10.66).



Am 17. Januar 1961 wurde Lumumba auf Befehl des CIA-Agenten Mobutu ermordet

Um mit dem Volkswiderstand fertig zu werden, hatten die Imperialisten Moise Tschombe im Juli '64 zum Premier der „Regierung der öffentlichen Sicherheit" gemacht. Er rief seine Katanga-Gendarmen aus dem Exil zurück, das Heer von Mobutu wurde mit Hunderten in Südafrika, Rhodesien und den westlichen Ländern angeworbenen Söldnern verstärkt. Unter ihnen waren übrigens der 1975/76 auf Seiten der FNLA/UNITA zu neuem „Ruhm" gekommene Mike Hoare, sowie der berüchtigte westdeutsche „Kongo-Müller". Hoare sagte damals über seine Tätigkeit: *„Kommunisten töten, das ist wie Ungeziefer töten. Afrikanische Nationalisten zu töten, das ist wie Tiere töten. Ich liebe keine der beiden. Meine Männer und ich haben zwischen 5.000 und 10.000 kongolesische Rebellen getötet in den 20 Monaten, in denen wir im Kongo waren... Aber das reicht noch nicht. Es gibt 14 Millionen Kongolesen und ich nehme an, daß ungefähr die Hälfte von ihnen zu meiner Zeit zum einen oder anderen Zeitpunkt Rebell gewesen ist"* (Le Soir, 15.9.64, zitiert nach: KRITAK-Dossier, Von Gongo-Vrijstaat tot Zaire, S. 18).

Auch die Unterstützung von Mobutu/Tschombe durch belgische Militärberater und US-Waffenlieferungen reichte nicht aus, um die Revolution endgültig zu zerschlagen. Zwar war sie gegen Ende 1964 zum Stillstand gekommen, doch die Imperialisten wollten kein Risiko eingehen: Am 24. November 1964 landeten belgische Fallschirmkommandos und Söldner, von US-Transportern unter OAU-Hoheitszeichen eingeflogen, in Stanleyville und richteten ein grausames Massaker an der Zivilbevölkerung und den Verteidigern an. Der Fall der Hauptstadt der Nationalisten-Regierung führte zum Zusammenbruch des Befreiungskampfes. Die wichtigsten Führer der Regierung flüchteten ins Ausland, wie Gbenye, Soumialot u.a. Seiner zentralen Führung beraubt, ohne ausreichende ausländische Unterstützung, flackerten die Kämpfe noch bis Ende 1965 weiter. In dieser Endphase ab Februar 1965 soll sich auch Che Guevara für sechs Monate mit 100 kubanischen Revolutionären an der Ostfront befunden haben (nach Marks und Marchetti, CIA, S. 170, sowie Young, S. 229).

Am 25. November '65 sicherte sich Mobutu durch seinen zweiten Staatsstreich endgültig die Macht. Er errichtete eine in Afrika fast beispiellose faschistische Herrschaft. Allerdings gelang es ihm niemals ganz, den Befreiungskampf einzudämmen (vgl. AK 102).

Was ist aus den damaligen Führern geworden?

Pierre Mulele führte den Kampf in Kwilu bis 1968 weiter und ging dann nach Brazzaville, um Kontakt zu Exilrevolutionären aufzunehmen. Mehrmalige Angebote Mobutus zur Rückkehr griff er schließlich auf, als Mobutu außerordentliche Garantien für seine Sicherheit an die Regierung Kongo-Brazzavilles gegeben hatte. Wenige Tage nach seiner Rückkehr wurde er am 9. Oktober 1968 ermordet.

Gbenye kehrte 1971 nach Zaire zurück. Gbenye erklärte bei seiner Ankunft: *„Mein politisches Programm ist das der MPR* (Einheitspartei Mobutus, Anm. AK)" („Le Monde", 28.2.71)! Später soll er wegen „kommunistischer Subversion" verhaftet worden sein („ID" Nr. 93, S. 12).

Soumialot gründete im April '65 in Kairo einen „Obersten Revolutionsrat", der Gabriel Yumbo (vgl. AK 102) und einige Mitglieder des CNL-West unter Bocheley einschloß, Gbenye jedoch ausschloß (Young S. 241/42). Später nahm er den bewaffneten Kampf wieder auf und gehört heute zu den Führern der PRP (vgl. AK 102 und „ID" 93, S. 12).

Gizenga wurde 1964 von Tschombe aus der Haft entlassen und ging ins Ausland, schloß sich jedoch keiner der bestehenden Organisationen an. 1966 gründete er in Kairo die „Kongolesische Revolutionsfront" (Young, S. 242). Er vertritt heute imperialistische Positionen (vergl. AK 102).

Eine interessante aktuelle Meldung über Gizenga brachte das belgische „Info-Zaire" in seiner April-Ausgabe: *„31. März – Gerüchte machen die Runde über Verhandlungen zwischen dem zairischen Regime ... und der Opposition. Nach Libre Belgique haben in Brüssel und Paris ‚zahlreiche Verhandlungen stattgefunden... Die Namen von Antoine Gizenga, Cleophas Kamitatu, Jean Tschombe* (der Sohn der Katanga-Sezessionisten, Anm. AK) *und Thomas Kanza werden häufig genannt'..."* („Zaire-Info", 4/77)

Afrika-Kommission

Zwei Dokumente des zairischen Widerstandes

Die zwei folgenden Stellungnahmen von Vertretern der zairischen Opposition – FLNC und PRP – dokumentieren wir im Bemühen, den Einblick in die verschiedenen Kräfte des Widerstandes zu erweitern. Beide Stellungnahmen beinhalten Passagen, die die Vertreter als Kräfte ausweisen, die durchaus zur Zusammenarbeit mit dem imperialistischen Kapital bereit sind.

Der PRP-Vertreter spielt sich sogar recht penetrant als besserer Sachwalter der Konzern-Interessen auf, und widerspricht so allem uns bisher über die PRP zugänglichen Material (siehe AK 102). Die heterogene Zusammensetzung der Oppositionskräfte wird sicher über einen gewissen Zeitraum Stellungnahmen verschiedener Couleur nach Europa gelangen lassen. Dazu kommt, daß die rasche Eskalation der Kämpfe auch manchen abgehalfterten Exil-Politiker zu „Stellungnahmen" reizen wird, die kaum Bezug zu den Kämpfen haben.

Das groß angelegte Engagement des Imperialismus angesichts der jüngsten Kämpfe dokumentiert heute noch am eindeutigsten, daß auch entschiedene Anti-Imperialisten eine gewichtige Rolle in den Auseinandersetzungen spielen (siehe Kommentar der mozambikanischen „Tempo"). Selbst eine Regierung in Zaire, die sich weigerte, die Aggressionspläne des Imperialismus gegen Angola auszuführen, wäre ein nicht zu unterschätzender Verlust der Reaktion in ihrem Kalkül gegen die MPLA-Regierung.

Eindeutig kennzeichnen beide Texte die Behauptung der „angolanisch-kubanischen Aggression" als imperialistische Zwecklüge.

Afrika-Kommission

Kommunique der FNLC vom 27.3.1977

Botschaft des Genossen Präsidenten der FNLC speziell für die ausländischen Staatsbürger, Gesellschaften und Missionen im Kongo:

In meiner Eigenschaft als Präsident der FLNC und als Chefkommandant der Nationalen Befreiungstruppen, möchte ich darauf hinweisen, daß der bewaffnete Kampf im Lande nur die kongolesischen Staatsbürger betrifft.

Unsere Kämpfer haben wiederholte Male bei Befreiungsaktionen ihre Integrität bewiesen. Mehrere Gebiete, in denen sich ausländische Institutionen und Bürger befanden, sind befreit worden, ohne daß irgendjemand Mißhandlungen erdulden mußte. Wir möchten Ihnen sagen, daß wir fundamentale Menschenrechtsprinzipien strenstens beachten.

Das kongolesische Volk hat die Auflösung des neokolonialistischen und faschistischen Moburegimes beschlossen. Die internationale Öffentlichkeit muß wissen, daß die FLNC keine Söldner, woher auch immer, nötig hat; das können auch die Kongolesen und Ausländer in den befreiten Gebieten bezeugen. Ich möchte jedoch den Ländern – ob groß oder klein – sagen, die hartnäckig darauf bestehen, ein zusammenbrechendes Regime durch die Lieferung von Flugzeugen zu stützen:

Unser Kampf ist legitim, und wir fordern alle jene Länder ein für alle Male auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einzumischen.

Mobutos Soldaten wollen nicht mehr kämpfen. Drei Kompanien haben sich schon ergeben. Andere schließen sich uns jeden Tag an. Als Beispiel seien die fünf Mannschaften genannt, die während des Befreiungskampfes um Mutshasha in ihren gepanzerten Fahrzeugen eingeschlossen worden sind. Diese Gefangenen haben uns bestätigt, daß die zairischen Truppen sich fast einheitlich weigern, in den Kampf zu gehen. Aus Angst, daß sie überlaufen, sind sie deshalb eingesperrt worden. Das ist ein erneuter Beweis dafür, daß Mobuto selbst das Leben seiner eigenen Soldaten mißachtet, indem er ihnen jede Chance zum Überleben nimmt. Die FNLC hat schon ihren Willen zur Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Ausländern bei der Wiederbelebung der nationalen Industrie bekundet. Ich hoffe sehr, daß dieser Aufruf positiv aufgenommen wird. Die Länder, die sich dem nicht anschließen wollen, zwingen uns, geeignete Maßnahmen zu treffen.

Unser Kampf ist gerecht und bewegt sich im revolutionären Rahmen für eine neue soziale Ordnung, die auf Gerechtigkeit, sozialem Fortschritt und einer wahren Demokratie beruht.

Der Sieg der kongolesischen Revolution ist sicher. Unser nationaler Kampf geht weiter. Siegen oder sterben.

Mutshasha, d. 25.3.77
der Präsident des FNLC
Nathanael Mbumba
Kommandant der Volksbefreiungstruppen

Interview mit der PRP

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Interview mit der zairischen PRP (Partei der Volksrevolution), das in der bürgerlichen spanischen Zeitung „El Pais" („EP") vom 1.4. 77 abgedruckt war. Das Interview wurde von Joseph Matabel gegeben, der gegenüber „El Pais" als Sprecher der PRP aufgetreten ist.

E.P.: *„Invasion", „Aggression" sind häufig gebrauchte Worte, um die Vorgänge in Zaire zu kennzeichnen.*

J.M.: *Für uns ist die Kampagne, die unseren Kampf als eine Invasion, eine Aggression mit Unterstützung von Söldnern (kubanischen, sowjetischen ...) darstellen will, ein Bluff. Es handelt sich in Wirklichkeit um einen inneren Konflikt in Zaire. Es ist eine neue Etappe eines Konfliktes, der eine lange Geschichte hat, eines Kampfes, der nie ganz aufgehört hat, seit den tragischen Ereignissen bei der Unabhängigkeit des Kongo.*

E.P.: *Aber man sagt, Sie haben kubanische Instrukteure, die von Angola gesteuert werden ...*

J.M.: *Auf militärischer Ebene, fragen Sie doch die portugiesischen Militärs, ob unsere Soldaten die Kubaner brauchen, um kämpfen zu lernen. Sie sind sehr gut trainiert, sie haben Kampferfahrung unter sehr schwierigen Bedingungen, sogar gegen südafrikanische Truppen, die gut ausgerüstet und ausgebildet sind. Auf politischer Ebene brauchen wir auch keine Anweisungen, um das Mobutu-Regime zu hassen. Für uns ist Mobutu der „Pinochet von Afrika". Es ist eines der Regimes, die am systematischsten die Menschenrechte verletzt haben. Wir meinen nicht nur die politischen Rechte, sondern die grundlegenden individuellen Freiheiten. Die ökonomische Situation ist katastrophal. Außenpolitisch ist Zaire heute das verschuldetste Land Afrikas und sogar der Dritten Welt. Ein Land, das nicht einmal die Zinsen seiner Schulden bezahlen kann. Die Ursache dieses Bankrotts ist leicht zu erraten, wenn man weiß, daß Mobutu als einer der reichsten Männer der Welt gilt.*

E.P.: *Es handelt sich also ihrer Meinung nach um eine Erhebung des Volkes ?*

J.M.: *Heute erkennen die Presseagenturen an, daß unsere Streitkräfte von der Bevölkerung als Befreier aufgenommen werden. Die eigenen Truppen von Mobutu erleichtern unseren Vormarsch, indem sie sich ergeben oder sich unseren Leuten anschließen. So ist es zu erklären, daß Truppen, die nur über leichte Waffen verfügen, Panzer in ihre Gewalt bringen konnten.*

E.P.: *Aber es könnte verschiedene Interessen geben, die mit den Absichten Ihrer Bewegung in Widerspruch treten.*

J.M.: *Die Mächte, die im Kongo Interessen haben, müssen erkennen, wo ihre wahren Interessen liegen. Der Kongo ist ein reiches Land, aber unterentwickelt, das die ausländischen Investitionen braucht, um seine Reichtümer ausbeuten zu können, was unabdingbar zur Hebung des Lebensstandards unseres Volkes ist. Also, diese ausländischen Gesellschaften brauchen Frieden und Sicherheit, um zu arbeiten, und Mobutu kann das nicht garantieren. Wir haben nichts gegen die Ausländer, und die betreffenden Länder wissen das. Die Angehörigen der verschiedenen Länder, die sich im Kriegsgebiet befinden, sind nicht belästigt worden, im Gegenteil. Sie haben es öffentlich zugegeben.*

E.P.: *Warum wurde dieser Krieg in Katanga entfesselt, angesichts der Situation in Südafrika?*

J.M.: *Die FLNC ist nicht die einzige Kampfbewegung im Kongo. Die Operationen, die vor 22 Tagen im Süden begonnen haben, sind die Eröffnung einer zweiten Front. Die Guerilla der PRP (Partei der Volksrevolution) kämpft seit zehn Jahren in den Provinzen Kivu und Shaba (Katanga) und kontrolliert gegenwärtig die Grenze zu Tansania. In der Region des Tanganjika-Sees unterstützt die PRP die Aktion der FLNC, wir haben ständige Kontakte, die uns die Fortführung der Operationen in diesem Gebiet ermöglichen. Die PRP selbst vereint die Flüchtlinge aus verschiedenen Organisationen, wie die Bewegungen, die von Patricio Lumumba und Antoine Gizenga gegründet worden sind. Wir wollen zur Vereinigung aller Kräfte kommen, die in Opposition zu Mobutu stehen, um zu dem vorrangigen Ziel zu kommen: Das totalitäre Regime von Mobutu zu stürzen und die Bedingungen einer authentischen Demokratie zu schaffen.*

E.P.: *Gibt es bereits eine Verständigungsbasis zwischen den Oppositionsgruppen?*

J.M.: *Wir meinen, daß wir alles beiseite lassen müssen, was uns trennt, das sind methodische Fragen. Unsere Spaltungen haben das Land in die Lage geführt, in der es heute ist. Wir glauben, daß diese Einigung von den Bewegungen gemacht werden muß, die im Landesinneren kämpfen und nicht aus dem Exil.*

E.P.: *Einige westliche Länder haben Präsident Mobutu Hilfe geschickt. Was denken Sie darüber?*

J.M.: *Wir fordern von allen internationalen Mächten, besonders den Vereinigten Staaten, Frankreich und Belgien, daß sie sich nicht in die Sache einmischen, da es sich um eine innere Angelegenheit unseres Landes handelt. Wir verlangen, daß es dem kongolesischen Volk gestattet wird, sich von diesem Regime zu befreien. Wir weigern uns zu glauben, daß die Vereinigten Staaten, daß die Carter-Administration, die das Mobutu-Regime eingereiht hat unter denen, die nicht die Menschenrechte respektieren, jetzt eine Intervention startet, um es zu verteidigen. Es wäre ein schwerer Schlag für die amerikanische Glaubwürdigkeit.*

E.P.: *Zählen Sie auf die Unterstützung irgendeiner Regierung?*

J.M.: *Wir danken und sind vollkommen einverstanden mit der Intervention von Nigeria im Sicherheitsrat der UNO, wo eine Nichteinmischung von ausländischen Mächten in Zaire gefordert wurde.*

E.P.: *Besteht die Gefahr einer Internationalisierung des Konflikts auf afrikanischer Ebene?*

J.M.: *Wir bestehen darauf, daß der Konflikt von den Kongolesen selbst gelöst werden muß.*

Agostinho Neto: Militärische Invasion Angolas geplant!

Einer der wichtigsten Aspekte der Kämpfe in Zaire ist die massiv und weltweit erhobene Anschuldigung, die VR Angola würde eine militärische Aggression durchführen und die Invasoren seien „sowjetische und kubanische Söldner".
Das propagandistische Trommelfeuer ist in einer Weise vereinheitlicht, daß ein zairischer „Gegenschlag" gegen die „Aggressoren" als natürlich und mehr als berechtigt erscheinen müßte. Vor diesem Hintergrund erhält ein Artikel des Präsidenten der VR Angola, Agosthinho Neto, für die französische Zeitschrift „Afrique-Asie", den er kurz *vor* den aktuellen Kämpfen in Zaire verfaßte, erhöhte Brisanz.
Genosse Neto belegt mit detaillierten Fakten die Planung einer erneuten imperialistischen Aggression gegen Angola. Das Hauptzentrum der Aggression soll in Zaire liegen! Die Invasion Angolas im September/Oktober 1977 über Cabinda wird unter dem Decknamen „Operation Cobra" vorbereitet.
Im ersten Teil seines Artikels schildert A. Neto die Gefahr, die nach wie vor vom Rassisten-Regime Südafrikas ausgeht. Den Hauptteil jedoch widmet er den Beziehungen der VR Angola zu Zaire. Mobutu hat die von Angola angestrebte Normalisierung des Verhältnisses systematisch boykottiert und zairische Truppen führten in der jüngsten Zeit fast tägliche Angriffe auf angolanisches Territorium aus. Neto fährt fort:

Unsererseits möchten wir hier die militärische Aufstellung angeben, über die Zaire verfügt, um gegen Angola vorzugehen:

- Basis von MATADI
- Basis von KAMUNA, zehn Kilometer von der angolanischen Grenze nördlich von Banza Lombo entfernt,
- Basis de LUANDO, im Süden von Matadi, wo die Flüsse Meposo und Cumbi zusammenfließen, zehn Kilometer von der Grenze,
- Basis von SONGOLOLO, 45 Kilometer von der Grenze nördlich von Luvo entfernt,
- Basis von KUIZI, zehn Kilometer von der Grenze nord-östlich von Buela,
- Basis von TOMBO YANGA, 30 Kilometer östlich von Necuto (Provinz Cabinda),
- Basis von LUALI, 30 Kilometer östlich von Lago N'lele (Cabinda),
- Basis KAIKU DINGE, 70 Kilometer nord-östlich von Kay Kazabe (Cabinda) entfernt,
- Basis von VATA UKIDI, 30 Kilometer östlich von Necuto,
- Basis von TSHELA, 35 Kilometer von der Grenze östlich von Necuto entfernt,
- Basis von KIKULA, 45 Kilometer nordöstlich von Satali (Provinz Uige),
- Basis von KASANGO LUNDA am Ufer rechts des Flusses Cuango (Uige),
- Basis von TEMBO ALUNA, nord-nordöstlich von den Fällen Guilherme (Malanje),
- Basis von KUZAMBA, östlich der Fälle von Guilherme,
- Basis von TCHICAPA, ungefähr 20 Kilometer vom Fluß Cuango (Uige) entfernt,
- Das Hauptzentrum der Aktivitäten der Operationen ist die Basis von KINKUZU,
- In KAIREMBA ist auch noch eine andere Einheit der FNLA.

Bestimmte Basen sind nicht nur Basen der Marionetten (gemeint ist FNLA), sondern gemischte Basen, in denen sich auch zairische Soldaten befinden, wie z. B. bei der Basis von Tshela östlich von der Provinz Cabinda; bei Matadi, weitere Übergangsbasen auf der Strecke zwischen Kinshasa und der angolanischen Grenze. Es gibt ebenfalls Basen in dem Teil, der sich im Osten der Provinz de Lunda befindet. Aber der größte Teil der Basen ist im Norden konzentriert. Wenn wir die verschiedenen Kasernen lokalisieren, in denen zairische Streitkräfte konzentriert sind, ist es einfach zu sehen, daß sie an der angolanischen Grenze aufgestellt sind. Der größte Teil der zairischen Streitkräfte sind heute nahe der angolanischen Grenze und nicht woanders, obwohl einige Streitkräfte im Gebiet des Sees Tanganyika und sogar nördlicher verstreut sein mögen.

Im Hintergrund dieser Tatsachen wurden uns Informationen geliefert, nach denen man eine militärische Operation mit dem Codewort „Cobra 1977" vorbereite. Sie soll von den Elementen durchgeführt werden, die wir gut kennen: alle Marionetten der FNLA, der FLEC, der ELP sowie Söldner. Diese Operation, die natürlich gegen Angola geführt wird, soll für September/Oktober dieses Jahres vorgesehen sein. Der Plan sieht eine Operation großen Ausmaßes vor mit Beteiligung von Flugzeugen, Panzerwagen und der Seestreitkräfte. Hauptziel: zunächst die Provinz Cabinda, dann soll die Operation nach dem südlichen Teil unseres Territoriums vorrücken. Wir kennen die Verantwortlichen der „Cobra 77". Ich will nicht alle Namen nennen. Ich begnüge mich mit denen, die mit den militärischen Operationen in Cabinda beauftragt sind, mit denen, was sie „Generalstabschef 3" nennen:

- Oberst PIERRE MUTOMO, Generalstabstechniker, in Saint-Cyr, Frankreich, und in Fort Bragg, USA, ausgebildet.
- Oberst MIKE BROWN, ein Amerikaner, der sich in Afrika mit einer Truppe von dreißig Männern befindet,
- Oberst JOHNSON, ebenfalls Amerikaner, der 1966–1967 Major und Kommandant der amerikanischen Green-barrets gegen die bolivianische Guerilla war,
- Oberst WILLIAM THOMPSON, Verantwortlicher der Elemente der 82. amerikanischen Luftlande-Division, die 1.200 Männer umfaßt.

Andere Verantwortliche sind ebenso am Werk für die Erkundungen, die militärische Verwaltung, den Nachschub, die Küstendeckung, die Benutzung der Flugzeuge, etc. Diese Operation, die dafür gedacht ist, die Volksrepublik Angola zu liquidieren, hat andere Bezeichnungen. In Europa z. B. ist es nicht „Cobra 77", sondern „Weihnachten in Angola". ...

Diese Information teilen wir das erste Mal mit. Wir könnten weiter gehen und um die Einschreitung der internationalen Organisationen, wie die OAU oder den Sicherheitsrat der UNO bitten. Und das um so eher, was Südafrika betrifft, als daß die Vollversammlung der Vereinigten Staaten beschlossen hat, daß eine Entschädigung seitens dieses Landes an Angola fällig war, wegen der Schäden, die von den Südafrikanern in unserem Land verursacht wurden ...

Wir wiederholen die Versicherung unseres Wunsches nach Frieden und guter Nachbarschaft mit allen angrenzenden Ländern, sowie mit allen Ländern der Welt, unabhängig vom System, das von jedem einzelnen angenommen wurde, und unseren Wunsch, mit allen zusammenzuarbeiten.

DER SIEG IST GEWISS.
DER KAMPF GEHT WEITER.

Agosthinho Neto

„Gefahr eines neuen Vietnams im Herzen Afrikas"

Stellungnahme des angolanischen Verteidigungsministeriums vom 16. März:

„ ... Einige ausländische Nachrichtenagenturen berichteten, daß in der Nacht vom 16. März zwei riesige Transportmaschinen des Typs C-130 mit Waffen beladen aus Belgien abgeflogen sind, und daß die französische Regierung die Entsendung von Kriegsmaterial – Flugzeuge, Ersatzteile für Flugzeuge und Panzerfahrzeuge – vorbereite. Die Bestätigung dieser Meldungen führt uns zu der Annahme, daß diese Länder die Schaffung von Bedingungen vorbereiten, die auf die Ausweitung zu einem neuen Vietnam in der Republik Zaire, mitten im Herzen Afrikas, hinauslaufen.

Niemand ignoriert die verhängnisvolle wirtschaftliche Lage, mit der Zaire kämpft. Das aus uneingeschränkter kapitalistischer Ausbeutung durch große ausländische Monopolgesellschaften resultierende wirtschaftliche Chaos wird durch die politische Instabilität verschlimmert, die sich in der ständigen Neubesetzung der Ministerien und der daraus resultierenden Armut der Bevölkeuung äußert. In einem sehr reichen Land wie Zaire gehört das jährliche pro-Kopf Einkommen zu den niedrigsten in der Welt. Daher ist der von der Armee Zaires vorgezeigte Mangel an Kampfqualität, wenn sie den Rebellen gegenübersteht, nicht überraschend. Informationen aus der Hauptstadt Zaires sprechen von schweren Verlusten bei den Elite-Bataillonen, die aus Kinshasa entsandt wurden. Dies ist die natürliche Konsequenz eines Mangels an Moral und einer schlecht ernährten und schlecht bezahlten Armee.

Die Volksrepublik Angola versichert erneut feierlich, daß sie mit der Situation in der Provinz Shaba, an der Grenze zu unserem Land, und in anderen Provinzen Zaires, wo ebenfalls Widerstand gegen das Regime des Präsidenten Mobutu Sese Seko besteht, nichts zu tun hat. Die von den Führern Zaires verbreitete Information, in der behauptet wird, daß kubanische Soldaten die zairischen Rebellenkräfte anführen, ist weiter nichts als reine Spekulation, die darauf abzielt, eine Eskalation des Krieges zu provozieren und die USA und andere westliche Mächte dazu zu bringen, direkter bei der Unterdrückung des Volkes von Zaire, das gegen die diktatorische Macht Kinshasas opponiert, zu intervenieren.

Aus der Volksrepublik Angola sind weder Waffen noch Truppen dorthin gesandt worden. Was in der Provinz Shaba und in anderen Provinzen passiert, ist die Frucht der allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung der Republik Zaire. Die Volksrepublik Angola bekräftigt erneut ihre Opposition gegen die Einmischung der ausländischen Mächte, von denen die zairische Regierung Hilfe in einer Angelegenheit erbeten hat, die nur das Volk von Zaire betrifft. Die Volksrepublik Angola hofft, daß sie genügend Vernunft zeigen werden, um sicherzustellen, daß die Situation in diesem Teil Afrikas nicht aufgrund der inneren Probleme eines afrikanischen Landes verändert werden wird."
(nach „Monitor-Dienst" vom 21.3., Luanda).

Malawi – „trojanisches Pferd"?

Einer der schwarzafrikanischen Freunde Südafrikas ist der malawische Präsident Dr. Kamuzu Banda. Seine Politik der Zusammenarbeit mit den Rassisten bezeichnete er letztens unverfroren als *„die einzige und vernünftige christliche Politik, weil sie Früchte trägt"* (für ihn!).

Das neueste Ding, das Banda und seine Hintermänner sich ausgedacht haben, ist, daß sich Malawi in die Reihen der Frontstaaten eingliedern soll. So berichtete Radio Maputo, *„daß US- und britische Diplomaten bei ihren Reisen durch das südliche Afrika Banda mit Unterstützung des südafrikanischen Regimes empfohlen haben, eine neue Haltung gegenüber dem Rassistenregime von Ian Smith einzunehmen. Sie rieten Banda, die Scheinrolle einer Unterstützung für die zimbabwischen Nationalisten zu übernehmen, eine Rolle, die als Zugang zum Lager der Frontstaaten diene"*.

Ziel der imperialistischen Diplomatie ist es, das Lager der Frontstaaten aufzuweichen, um *„das Spiel der Spaltung zu betreiben"* (Informationen nach „Monitor-Dienst", 30.3.77).

Afrika-Kommission

Stellungnahme der mosambikanischen Zeitschrift „Tempo"

Der folgende Artikel der „Tempo" vom 10. April '77 zeigt deutlich die Sympathie der mosambikanischen Revolutionäre für den Kampf gegen das Mobutu-Regime. Daß die imperialistische Version des „Überfalls von Angola aus" nicht übernommen wird, ist selbstverständlich.
Die Ereignisse selbst haben zwischenzeitlich die hoffnungsfrohe Einschätzung der Genossen widerlegt, daß der Imperialismus und die afrikanische Reaktion keine massive Intervention wagen würden. Für ausgesprochen falsch halten wir die Meinung der „Tempo", die Imperialisten würden vor einem Engagement wegen der Existenz marxistischer Kräfte innerhalb der FLNC zurückschrecken. Richtig ist doch im Gegenteil, daß gerade dieses Vorhandensein marxistischer Kräfte die Bereitschaft der Imperialisten erhöht, sich für den korrupten – in gewissem Sinne vielleicht sogar untauglichen Mobutu – einzusetzen.

Afrika-Kommission

Zaire: Die FLNC besetzt eine weitere Stadt

Es wird immer schwieriger, den weiteren Vormarsch der anti-mobutistischen Nationalen Befreiungsfront für den Kongo in der Provinz Shaba (Ex-Katanga) zu verfolgen. Als sich die Truppen der FLNC bereits ca. 100 Kilometer von der Stadt Kolwezi befanden, Bergbauzentrum der Provinz und für das Regime von großer strategischer Bedeutung, erlaubte Mobutu noch verschiedenen westlichen Journalisten, die Provinz zu besuchen. Diese berichteten übereinstimmend, daß die Aufständischen in Richtung auf den Norden des Landes vorrückten, ohne daß sie auf größeren Widerstand von Seiten der Regierungstruppen träfen. Ebenfalls nach der Aussage dieser Journalisten sind die Soldaten des Mobutu-Regimes reichlich demoralisiert und hätten sich schon gezwungen gesehen, Akte der Plünderung in den Ortschaften des Südens zu begehen, weil sie seit mehr als zwei Monaten keinen Sold erhalten haben und weil sie nicht regelmäßig mit Nahrungsmitteln versorgt wurden. Bis zum Beginn der vergangenen Woche, als die Stadt Mutshasha von der FLNC besetzt wurde, waren Zusammenstöße zwischen ihnen und den Soldaten des Regimes selten. Man weiß auch, daß die Befreiungsbewegung schon eine zivile Verwaltung in jeder besetzten Ortschaft oder Stadt hat einrichten können.

Diese und andere Einzelheiten über den Vormarsch der FLNC sind von europäischen Missionaren, die in der Provinz Shaba leben, in Telefongesprächen nach Brüssel, der belgischen Hauptstadt, angegeben worden. Den Missionaren zufolge sind die Aufständischen von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen worden und sie verteilen gegenwärtig Lebensmittel, sowohl an das Volk als auch an die Missionare selbst. Die letzte wichtige Neuigkeit, die verbreitet wurde, war die Besetzung von Mutshasha. Von da an verbot Mobutu der zairischen Presse jedwede Erwähnung (es sei denn offizielle) dieser Ereignisse ...

Inzwischen hat Mobutu Sese Seko in Kinshasa den Generalsekretär der OAU, William Eteki, empfangen, den er über die Entwicklung der Ereignisse unterrichtete. Nach dem Treffen sagte Eteki auf einer Pressekonferenz, daß er es begrüßen würde, wenn die Klausel der Charta der OAU, die es untersagt, daß ein der OAU angehörender Staat sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischt, aufgehoben wird. Beobachter vermuteten sogleich, daß Eteki Mobutu durch die Intervention eines afrikanischen Heeres helfen wolle – eine Intervention, die durch die OAU sanktioniert werden müßte. Und niemanden beeindruckt diese (noch) Zweideutigkeit, da Eteki der persönliche Freund von Mobutu und Holden Roberto ist, mit letzterem unterhielt er engen Kontakt während des Zweiten Befreiungskrieges in Angola. Jedoch, ob nun William Eteki eine Intervention zugunsten Mobutus befürwortet oder nicht – die Möglichkeit, daß die Mehrheit der afrikanischen Staaten einer solchen Intervention zustimmt, ist praktisch ausgeschlossen.

Mobutu Sese Seko scheint heute stärker isoliert zu sein, als vor vier Wochen. Sofort einige Tage nach den Vorstößen der FLNC bat der zairische Staatschef die Vereinigten Staaten, Belgien und Frankreich um Militärhilfe. Und das Material wurde auch geschickt, plötzlich jedoch kamen keine amerikanischen und französischen Militärmaschinen mehr nach Kinshasa. Warum? Eine Erklärung dafür scheint zuzutreffen: Mobutu ist intern derart isoliert, daß sein Ende so gut wie unausweichlich ist. Verschiedenen Informationsquellen zufolge (darunter die amerikanischen Geheimdienste) gibt es andererseits in der FLNC eine marxistische Strömung, die sich im Laufe der letzten 16 Jahre im Exil entwickelt hat. Es wäre also ein Selbstmordunternehmen, wenn die imperialistischen Länder Waffen nach Zaire schickten, wo sie gleichzeitig wissen, daß diese früher oder später in die Hände einer revolutionären Bewegung fallen können. Außerdem hat das Mobutu-Regime schon genügend Auslandsschulden, die wohl nicht innerhalb der bei der Vertragsunterzeichnung festgesetzten Fristen zurückgezahlt werden können.

Ein korruptes, ernsthaft verschuldetes Regime, das eine neokolonialistische Politik vertritt, wird von innen her angegriffen in einer Phase, die die revolutionärste ist, die Afrika durchlebt, seit dem „Fall" der ersten Kolonialreiche. Die Frage, die sich stellt, lautet schon nicht mehr, ob Mobutu gestürzt wird, sondern wann dies der Fall sein wird.

»Es lebe die militante Solidarität zwischen FRELIMO und F. Polisario«

In einer der letzten uns zugegangenen Ausgaben des politischen Organs der F. Polisario, „Sahara libre" (19.2.77), wurden über vier Seiten der insgesamt zwölfseitigen Zeitung dem 3. Kongreß der Frelimo (Mosambik) gewidmet. Die F. Polisario war mit einer Delegation zu diesem Kongreß eingeladen worden, der vom 3. – 7.2. in der Hauptstadt Maputo stattfand. Die Bedeutung des Kongresses lag in der Einleitung einer Massenmobilisierung des mosambikanischen Volkes durch Frelimo zur Verhinderung der Restauration kapitalistischer Verhältnisse in Mosambik (s. AK 98 + 99).

Die ausführliche Darstellung des Frelimo-Kongresses und der politischen Positionen der Frelimo in „Sahara libre" halten wir deshalb für erwähnenswert, weil die F. Polisario damit indirekt eine politische Eigen-Definition vorgenommen hat. Wie wir bereits in AK 101 („Ein Jahr Demokratische Arabische Republik Sahara") darstellten, beschränken sich die politischen Aussagen führender Polisario-Vertreter in der Öffentlichkeit häufig auf den Aspekt des nationalen, antiimperialistischen Befreiungskampfes. Dies ist normal für eine Befreiungsbewegung, deren Charakter als Front, also als ein Bündnis unterschiedlicher Klassen, in der nationalen Befreiung vom Kolonialismus den kleinsten gemeinsamen Nenner findet. Wie verschiedene erfolgreiche Befreiungskämpfe gezeigt haben, entscheidet jedoch im wesentlichen die politisch dominierende Strömung innerhalb der jeweiligen Befreiungsbewegung, welchen politischen Kurs der junge nationale Staat nach der Befreiung einschlägt. Insofern ist die ausführliche Würdigung des Frelimo-Kongresses ein Hinweis auf eine starke linke Strömung innerhalb der F. Polisario.

Die Parole, unter der der Frelimo-Kongreß abgehalten wurde *„Bauen wir die Avantgarde-Partei zur Errichtung des Sozialismus auf"*, wird in „Sahara Libre" stark hervorgehoben. Die Zeitung zitierte Auszüge aus der Rede von Samora Machel, eine Zusammenfassung des Rechenschaftsberichtes des Zentralkomitees der Frelimo, sowie das außenpolitische Programm der Frelimo, in dem der Ausbau *„der Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung und mit den marxistisch-leninistischen Parteien, unseren natürlichen Verbündeten"*, gefordert wird, sowie u. a. die Erziehung besonders der mosambikanischen Jugend zum proletarischen Internationalismus.

Der Vertreter der F. Polisario äußerte in seiner Ansprache auf dem Kongreß, daß der Kolonialismus keine Farbe hat, insofern die spanischen Kolonialisten sich in nichts von den jetzigen marokkanischen und mauretanischen unterscheiden:

„Aber unser tapferes Volk, das sich seiner Entscheidung und der militanten Solidarität seiner natürlichen und objektiven Verbündeten sicher ist, zu denen auch eure Partei, die FRELIMO, zählt, hat es verstanden, diesem Versuch der Rekolonialisierung unseres Landes mutig die Stirn zu bieten; ein Versuch, der demjenigen gleicht, dessen Opfer das heldenhafte Volk von Ost-Timor ist, das unter seiner Avantgarde, der FRETILIN, einen schweren Kampf gegen die dem Imperialismus verbündeten expansionistischen Kräfte führt (...)
– Es lebe die militante Solidarität zwischen der FRELIMO und der F. POLISARIO!"

Afrika-Kommission

Militärische Zusammenarbeit BRD — Südafrika

Die Lügner sind entlarvt

Nachdem die BRD international und trotz aller Dementis immer mehr ins Gerede kam, verteilte das Auswärtige Amt im Januar ein „Memorandum" an neun „ausgewählte" Journalisten. Inhalt:

– In großen Worten wurde die militärische Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika (RSA) dementiert. Das Ziel dieser Erklärung: Die BRD-Imperialisten von der *„empfundenen Belastung zu befreien und die Zusammenarbeit zwischen der BRD und Afrika* (den OAU-Staaten; d.Red.) *... zu erleichtern."*

Die „Begründung" der Bundesregierung: *„Sie verfolgt seit jeher die weitaus restriktivste Rüstungsexportpolitik aller Staaten, die Rüstungsmaterial herstellen."*

Daher stammen – so die Regierung – auch alle Behauptungen über eine Zusammenarbeit BRD/RSA nur *„von interessierter Seite ... um die Bundesrepublik zu diffamieren"*.

Die „interessierte Seite" war und ist in diesem Fall die südafrikanische Widerstandsorganisation ANC und die westdeutsche Anti Apartheid Bewegung (AAB).

Wie die AAB jetzt nachgewiesen hat, besteht das Memorandum – das u.a. an die OAU und an alle schwarzafrikanischen Staaten gerichtet ist – ausschließlich aus Lügen und Fälschungen!

Kooperation kaum besser denkbar

Das Dementi der Bundesregierung bezieht sich auf eine Enthüllung der AAB aus dem November 1976. Wir wollen hier nur einige der spannendsten „Geschichten" darstellen:

1. So hat die RSA für eine Urananreicherungsanlage das deutsche Trenndüsenverfahren übernommen (aus der bundeseigenen Firma STEAG). Die BRD-Regierung streitet ab, daß man damit Atomwaffen herstellen könnte. Das Gegenteil ist richtig: Die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) sagt gerade zu diesem Verfahren, *„daß durch Wiederholung der Anreicherung"* Atomwaffenmaterial hergestellt werden kann ! Das führt dazu, *„daß Südafrika bald mehr Uran-Brennstoff erzeugen werde als es ... benötige und daß es genug angereichertes Uran übrig behalte, um mehrere dutzend Atombomben pro Jahr herzustellen"* („Newsweek", 21.2.77).
2. In dem „Memorandum" lügt die Regierung *„es gibt ... keine Vereinbarung ... über wissenschaftlich technische Zusammenarbeit."*

Die Fakten: Im Artikel 1 des deutsch/südafrikanischen Kulturabkommens heißt es: a) ... Austausch von Hochschullehrern, Dozenten, Lehrern, Forschern ..., b) ... die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen ... zu erleichtern. Dieses Kulturabkommen ist die Grundlage für Ausbildung südafrikanischer Atomwissenschaftler in der BRD!

3. Eine bekannte Tatsache ist die elektronische Ausrüstung einer der größten militärischen Überwachungsanlagen der Welt durch die BRD in Südafrika („Projekt Advokaar"). Die Regierung meint: *„Die durchgeführten Lieferungen beschränken sich ausschließlich auf zivile ... Sende- und Empfangsgeräte."* Tatsache ist, daß bereits zur Zeit der Lieferung (1970/71) bekannt war, um welches Projekt es sich handelt:

Der Boss der RSA-Überwachungsanlage – ein hoher RSA-Offizier – war selber über 1 1/2 Jahre in der BRD und leitete die Ausbildung von 25 RSA-Marineangehörigen bei AEG-Telefunken.

Die gesamten Verhandlungen über das Projekt liefen über Generale der RSA ab. Sie wurden z. T. koordiniert vom südafrikanischen Militärattache in der BRD!

4. Selbst bei so „einfachen" Sachen wie der Kodifizierung nach NATO-System für alle militärischen und elektronischen Teile, die in die RSA geliefert werden, versucht die Regierung, sich dummfrech herauszureden: *„Praktisch handelt es sich um eine Katalogisierung für Zwecke der Datenverarbeitung"*.
5. Noch dümmer wirkt es, wenn die Regierung die Lieferung von Korvetten und Schnellbooten an die RSA „dementiert" („falsche Zitate").

In Wahrheit verhält es sich anders:

Bereits 1970/71 lieferte die Hamburger Werft Blohm und Voss sechs Korvetten an Portugal. Ende 1971 erklärt der RSA-Kriegsminister, daß man 6 Korvetten von Portugal kaufen wolle („Times", 11.12.71). Blohm und Voss erklärt damals, daß die technischen Unterlagen zum Bau der Korvetten an Portugal gegangen sind. Nach diesen Unterlagen – und mit Hilfe von Blohm und Voss-Technikern und -Material – werden in Spanien und Frankreich 1972/73 mindestens 6 weitere Korvetten gebaut, die an die RSA geliefert werden!

Im „Memorandum" heißt es dazu: Die Firma *„Blohm und Voss hat vor etwa vier Jahren für die spanische Marine Korvetten ... geliefert."*

Obwohl die Bundesregierung den Waffenexport als solchen zugibt, erschienen die Korvetten bis heute nicht in der Kriegswaffenexportliste der BRD, was nach geltendem Gesetz zwingend vorgeschrieben ist.

Kein Wunder. Die Korvetten sind in Spanien niemals angekommen. Sie fahren schon lange unter der Flagge der Rassisten! Und das soll „vertuscht" werden.

Ähnlich sieht es aus, wenn von der Regierung rundheraus abgestritten wird, daß die BRD am Bau von Schnellbooten für die Rassisten beteiligt ist:.

Am 12.1.77 wurden von der Firma MTU in Bremen die Motoren für diese Boote nach Südafrika verschifft. Siemens stellte die Elektronik. Die Pläne für die Kriegsschiffe stammen von der Lürssen Werft in Bremen!

6. Ebenso meint die Regierung, es gäbe „keine militärische Version" des Airbus 300:

Die RSA wird Airbus 300 geliefert bekommen, die zum Auftanken von anderen Militärflugzeugen in der Luft ausgerüstet sind. Nach einer internationalen Rüstungsmaterialliste gilt dieser Airbus als „militärische Version". Nach Angaben der französischen Firma – die zusammen mit MBB und VFW-Fokker den Airbus herstellt – ist gerade diese militärische Version des Airbus auf deutsche Veranlassung entwickelt worden !!

Diese wenigen Fakten sollen genügen, um zu beweisen, daß zwischen der BRD und Südafrika eine enge und weitgehende militärische Zusammenarbeit besteht. Nicht anders sieht es aus auf dem Gebiet der Geheimdienste.

So werden von der RSA Botschaft alle Einwanderungsanträge zuerst dem Bundesamt für Verfassungsschutz vorgelegt. Ergeben sich irgendwelche „Einwände", so wird die Einwanderung abgelehnt. Das Material des Verfassungsschutzes wird an die Rassisten nach Südafrika weitergeleitet! Genauso wird bei Reisenden in die RSA verfahren, die ein Visum brauchen („Extra Dienst", 25.3.77).

Die Tatsachen – zusammengenommen mit der weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit – machen die enge Verwandschaft des BRD-Imperialismus und des Rassismus im südlichen Afrika deutlich. Da nutzen auch keine „Memoranden" oder „Good-Will-Reisen" etwas. Auch wenn sie von SPD/FDP Politikern veranstaltet werden, die sonst ihren Antirassismus raushängen lassen!

(Nach einer Presseerklärung der AAB vom 23.3.77)

Afrika-Kommission

Südliches Afrika aktuell

Zimbabwe. Aus den Grenzgebieten Zimbabwe zu Mosambik haben sich allein in den letzten Wochen einige tausend Schüler und Studenten den Befreiungskämpfern angeschlossen und sind in die Läger nach Mosambik geflüchtet.

Die „Gegenmaßnahme" der Rassisten: sie schlossen alle Schulen der Region, da die Schülerrinnen und Schüler oftmals geschlossen „abmarschieren". Auch im Landesinneren mußte jetzt aus gleichen Gründen schon so manche Schule geschlossen werden!

Das gleiche gilt für Missionsstationen.

Für viele Schüler scheint die Alternative zu stehen, entweder Rassisten und Pfaffengeschwätz oder Befreiungskampf.

Hoffentlich sind bald alle Schulen geschlossen (weil die Schüler „fehlen")!!

(„Stimme Zimbabwes/Maputo" nach „Monitordienst", 22.3.77)

• • •

Der britische Außenminister Owen ist auf Rundreise durch das südliche Afrika. Sein Ziel: Die Wiederbelebung der Genfer Konferenz über Zimbabwe. Zu diesem Zweck traf er bereits mit den Rassistenchefs Smith und Vorster zusammen. Ebenso mit dem Verräter Muzorewa. Während er mit diesen Vögeln weitgehende Übereinstimmung erzielte („friedlicher Übergang", evt. Referendum unter weißer Herrschaft, Einmischung von EG-Staaten und den USA in die Verhandlungen, „Guardian", 13.4.77),lehnte er die Forderung der patriotischen Front nach Annerkennung als alleiniger Verhandlungspartner ab („SZ", 13.4.77).

Wenngleich viele Einzelheiten über die Rundreise noch nicht vorliegen, machen diese Fakten schon in etwa klar, worum es dem britischen Unterhändler geht!

Namibia. In London wurde jetzt ein Bericht von „amnesty international" (ai) über Folterungen in Namibia vorgelegt.

Darin werden die Ausnahmegesetze angeprangert, durch die der Folterung Tür und Tor geöffnet sind. So wurden z. B. zwei Zeugen, die nicht aussagen wollten, weil sie gefoltert worden waren, wegen „Mißachtung des Gerichts" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Allein 1973/74 wurden mehr als 300 SWAPO-Angehörige und andere Oppositionelle auf Befehl von prosüdafrikanischen Häuptlingen öffentlich ausgepeitscht! Amnesty findet es „bemerkenswert", daß trotz einer enormen Zunahme vom Guerillakampf keine Prozesse gegen gefangene Guerilleros stattfinden. Sie befürchten, daß diese Gefangenen auf unbegrenzte Zeit inhaftiert sind oder geheim abgeurteilt werden.

Es steht allerdings auch zu befürchten, daß die Rassistenarmee „keine Gefangenen macht" (nach „Süddeutsche Zeitung"(„SZ"),

• • •

Swaziland. In Swaziland wurde jetzt der „Parlamentarismus" abgeschafft. Und zwar zugunsten eines „traditionellen Stammessystems".

D.h., die Macht werden die Stammesältesten ausüben, die Verfassung wurde sofort außer Kraft gesetzt, Parteien verboten!

Das einzige „was bleibt" ist die Monarchie des Königs Sobhuza, der seit 1899 herrscht (Er „übernahm die Macht" im zarten Alter von fünf Monaten!). Die meisten Stammesältesten gehören zur Familie des Königs!

Ein oppositioneller Politiker: *„Dies wirft unser Land tausend Jahre zurück. Was die Leute wollen, ist ein System ein Mann – eine Stimme"* (nach „SZ", 26.3.77)

Afrika-Kommission

Ein Jahr nach der Grenzschließung Mosambik — Rhodesien



Die bedingungslose Unterstützung des zimbabwischen Befreiungskampfes setzte die VR Mosambik vor einem Jahr mit der totalen Schliessung der Grenze zu Rhodesien, über die ein bedeutender Teil des Warenhandels abgewickelt wurde, fort. In Verbindung mit dem anwachsen-

rung" Atomwaffenmaterial hergestellt werden kann ! Das führt dazu, *„daß Südafrika bald mehr Uran-Brennstoff erzeugen werde als es ... benötige und daß es genug angereichertes Uran übrig behalte, um mehrere dutzend Atombomben pro Jahr herzustellen"* („Newsweek", 21.2.77).
2. In dem „Memorandum" lügt die Regierung *„es gibt ... keine Vereinbarung ... über wissenschaftlich technische Zusammenarbeit."*
Die Fakten: Im Artikel 1 des deutsch/südafrikanischen Kulturabkommens heißt es: a) ... Austausch
gangen sind. Nach diesen Unterlagen – und mit Hilfe von Blohm und Voss-Technikern und -Material – werden in Spanien und Frankreich 1972/73 mindestens 6 weitere Korvetten gebaut, die an die RSA geliefert werden!
Im „Memorandum" heißt es dazu: Die Firma *„Blohm und Voss hat vor etwa vier Jahren für die spanische Marine Korvetten ... geliefert."*
Obwohl die Bundesregierung den Waffenexport als solchen zugibt, erschienen die Korvetten bis heute nicht in der Kriegswaffenexportliste
schaftlichen Zusammenarbeit – machen die enge Verwandschaft des BRD-Imperialismus und des Rassismus im südlichen Afrika deutlich. Da nutzen auch keine „Memoranden" oder „Good-Will-Reisen" etwas. Auch wenn sie von SPD/FDP Politikern veranstaltet werden, die sonst ihren Antirassismus raushängen lassen!
(Nach einer Presseerklärung der AAB vom 23.3.77)
Afrika-Kommission

Freundschaftsvertrag UdSSR mit Mosambik —
Vaterländler schweigen

Während seiner zwölftägigen Afrika-Reise schloß der sowjetische Staatschef Podgorny einen auf 20 Jahre befristeten Freundschaftsvertrag mit Mosambik ab.

„Die Sowjetunion und Mosambik vereinbarten, ihre militärische Zusammenarbeit im Rahmen bereits bestehender Abkommen weiter auszubauen. Neben der Anerkennung der Politik der Bündnisfreiheit Mosambiks durch Moskau bekunden beide Staaten ihren Willen zu erweiterter wirtschaftlicher, technischer und wissenschaftlicher Kooperation" („Neue Züricher Zeitung", 5. 4. 77).

Die bürgerliche Presse weist darüberhinaus übereinstimmend darauf hin, daß das Vertragswerk den Verträgen der UdSSR mit der VR Angola sowie Somalia „ähnlich" ist.

Ganz und gar nicht ähnlich ist allerdings die Reaktion der hiesigen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik, die wie KBW, „KPD" und KAB„D" den Freundschaftsvertrag zwischen Angola und der UdSSR Ende 1976 zum endgültigen Beweis für die „sozialimperialistischen Weltherrschaftspläne" uminterpretierten (Vergl. hierzu AK 94 S. 42).

Mit fast übersinnlichen analytischen Fähigkeiten gelang es damals vor allem dem KBW, zu beweisen, daß jede Formulierung des Vertrages „eigentlich" ihr Gegenteil bedeutet. Nach dem Muster *„Sprich von Zusammenarbeit, wenn du deinen Einfluß erweitern willst"* („KVZ", 21. 10. 76), kamen die Vaterländler zu dem Schluß, daß *„ der Freundschaftsvertrag mit Angola das Ergebnis der russischen Aggression gegen das Volk vonAngola völkerrechtlich absichern soll"* („Rote Fahne", KAB„D"). Einige Schwierigkeiten scheinen diese Provokateure jetzt mit der Interpretation des Vertrages mit Mosambik zu haben. Immerhin steht bisher die VR Mosambik unangefochten als *„Festes Hinterland für die Befreiung des ganzen südlichen Afrika"* („KVZ" Nr. 45, 11.11.76) in diesen Kreisen da.

Der KBW hat bis heute in seiner Presse eine Stellungnahme bzw. Erwähnung des Vertrages mit der VR Mosambik ängstlich vermieden. Lediglich die „KPD" deutet in der Nr. 14/77 an, daß sie bereit ist, auch Mosambik mit ihrem Dreck zu bewerfen:*„So sind DDR-Berater und Offiziere neben Angola, wo sie bezeichnenderweise Geheimdienste und Gewerkschaften aufbauen, seit der Unabhängigkeit vor allem in Mosambik aktiv"*! Ein deutlicher Hinweis, allerdings auch hier unter Verschweigen des Freundschaftsvertrages...

Wir sollten den Vaterländlern behilflich sein, ihr Schweigen zu brechen, damit dem letzten Antiimperialisten deutlich wird, daß selbst die mosambikanische Revolution nicht von dem faschistischen Dreck der Vaterlandsverteidiger verschont bleibt. Sobald uns der Vertrag im Wortlaut vorliegt,werden wir ausführlicher auf die sowjetisch-mosambikanischen Beziehungen eingehen.

Afrika-Kommission

Folter und Mord in südafrikanischen Gefängnissen

In einer Dokumentation über die Anwendung der „Sicherheitsbestimmungen" hat das südafrikanische „Instituut voor rassenverhoudingen" (etwa:„Institut für Rassenverhältnisse") angegeben, daß momentan 471 Menschen ohne Prozeß und nur aufgrund der „Sicherheitsbestimmungen" in der RSA eingekerkert sind.

Unter den 471 Gefangenen sind 84 Schüler von 17 Jahren und jünger, 49 Studenten, 23 Lehrer, 16 Mitglieder und Funktionäre der („schwarzen") südafrikanischen Studentenorganisation (SASE), fünf Angehörige der Kirche und fünf Journalisten.

Der Dokumentation zufolge hat der Justizminister James Kruger zugegeben, daß im vergangenen Jahr 117 Menschen, die „gewöhnlicher Gesetzesübertretungen" beschuldigt waren, im Gefängnis gestorben sind. 28, so Kruger, seien eines natürlichen Todes gestorben. Die anderen, so die Dokumentation, begingen Selbstmord, starben an Verwundungen, die ihnen bei Verhören zugefügt worden waren oder an anderen Ursachen (nach „de Volkskrant", 5.4.77).

Niederlande-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Ein Jahr nach der Grenzschließung Mosambik — Rhodesien



Die bedingungslose Unterstützung des zimbabwischen Befreiungskampfes setzte die VR Mosambik vor einem Jahr mit der totalen Schliessung der Grenze zu Rhodesien, über die ein bedeutender Teil des Warenhandels abgewickelt wurde, fort. In Verbindung mit dem anwachsen-den bewaffneten Kampf trug dieser Schritt nicht unerheblich zur Forcierung der Wirtschaftskrise des Rassistenregimes bei: 30% der rhodesischen Exporte verteuerten sich durch die zwagsläufig zu benutzenden südafrikanischen Häfen.

Besonders der vom Importstopp von einer Million Petroleum und die folgende Verteuerung hatte eine grosse Belastung der Rassistenwirtschaft zur Folge. Neben den Einfuhren mußte Rhodesien auch eine Verteuerung seiner Exporte in Kauf nehmen. So stellten die USA die Abnahme des rhodesischen Chroms fast völlig ein. Wegen mangelnder Transportmöglichkeiten sind u.a. 17 Millionen Tonnen Weizen, ebenso eine bedeutende Devisenquelle Rhodesiens verdorben. Außerdem konnten Waren im Werte von 12 Millionen Dollar wegen fehlender Eisenbahnverbindung nicht nach Malawi exportiert werden.Allein im Jahr 1976 stieg das Defizit der rhodesischen Wirtschaftsbilanz um 80 Mio. Dollar auf insgesamt 150 Mio. Dollar!

Es ist klar, daß diese wirtschaftlichen Sanktionen natürlich auch die mosambikanische Wirtschaft selbst treffen. Daß die VR Mosambik auf das Geschäft mit den Rassisten verzichtet, unterstreicht einmal mehr ihre selbstlose revolutionäre Unterstützung des zimbabwischen Befreiungskampfes! Der Preis, den die mosambikanische Revolution für die allseitige Hilfe zahlen muß, ist beträchtlich: So haben die rhodesischen Rassisten seit der Grenzschließung ihre militärischen Überfälle auf Mosambik verfielfacht. Im Zeitraum März 1976 bis März 1977 wurden auf die Provinz Gaza 54, auf die Provinz Manica 33 und auf die Provinz 56 bewaffnete Angriffe verübt!

Alle Angaben nach „Tempo" Nr. 386, 13.3.1977)

Afrika-Kommission

Wieder ein „Guerilla-Mord"

Eine beliebte Methode der rhodesischen Rassisten ist es, die von den eigenen Mordbanditen begangenen Verbrechen den Freiheitsbewegungen anzulasten (s.a. AK 99, S. 35).

So behauptete auch jetzt wieder ein Sprecher des Rassistenregimes, der afrikanische Priester Basil Nyabadza sei von Guerillas ermordet worden, in der Nähe seiner Leiche seien Patronenhülsen der Art gefunden worden, wie sie auch von den Guerillas benutzt würden. Eine weiße Nonne, die bei der Ermordung des Priesters im benachbarten Zimmer gewesen war, erklärte jedoch öffentlich, daß die Mörder des Priesters die Uniformen der rhodesischen Sicherheitsstreitkräfte getragen hätten. Zufällig liegt keine zwei Kilometer von der Missionsstation auch ein Lager des rhodesischen Militärs...

(nach „De Volkskrant", 6.4.77)

Niederlande-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Idioten oder Provokateure?

Das Klatschblatt „Leute", bisher spezialisiert auf Schnulzensänger, Filmstars und Aktien-Inhaber, hatte einen verwegenen Einfall: Für seine Nr. 14 (28.3.77) arrangierte es ein Interview mit dem KBW-General Schmierer und seinem Adjutanten Fochler. Eine Nummer später mußte die Einstellung des Blattes bekanntgegeben werden – das öffentliche Interesse an KBW-Häuptlingen scheint auch nicht größer zu sein als das an Schnulzenstars.

Schmierer und Fochler, als „**Drahtzieher von Brokdorf und Grohnde**" zu unverhofftem Ruhm gelangt, verhielten sich auch in dem „Leute"-Interview ihrer neuen Rolle entsprechend und äußerten vorwiegend „Militärstrategisches". So äußerte sich Schmierer ganz markig zu der kurz zuvor in der „KVZ" als A b e n t e u e r bezeichneten Aktion am 19.3. in Grohnde: *„Da gab es welche, die haben den Zaun eingerissen, andere haben sich darum gekümmert, daß die Polizeitruppe die richtige Beschäftigung hat. Da müssen sich Arbeiter und Bauern nicht lange darüber unterhalten".* Schmierer hätte ja auch ganz ehrlich sagen können: „In Grohnde waren wir gar nicht dabei, weil wir nur mit dem Mundwerk stark sind. Wir haben der Sache lieber am im Auto nebenher) und dort die Bourgeoisie zu stürzen.

Denn, so Fochler über die verratene Revolution vom 19.2.: **„Die Armee ist nicht einsatzbereit".** *„Im ganzen unterdrückten Europa gäbe es kein Land, wo die herrschende Kapitalistenklasse nicht versuchen würde, eine solche Operation, eine solche Initiative der Massen durch Einsatz von Armee zu ersticken.*

Die Bourgeoisie in unserem Land k o n n t e das nicht ... Die Presse schreibt, die Teilnehmer an dieser Operation wären fast alle zwischen 20 und 25 Jahre alt gewesen. Das ist wahr. Man muß verstehen, das war die Avantgarde der wehrfähigen Bevölkerung Norddeutschlands. Gegen diese zwanzig-, dreißigtausend ihre in die Armee gepreßten Klassengenossen einzusetzen, das hätte in einer großen Verbrüderung geendet, das hätte in einer gemeinsamen Aktion geendet."

Und was war mit der Polizei? Fochler: **„Die Polizeitruppe ist zersetzt"**, also gleichfalls nicht einsatzbereit. *„Ferner konnte es nicht ausbleiben, daß die Polizeitruppe das solidarische, uneigennützige Zusammenwirken des Massenaufmarsches beobachten mußte. Sympathie wurde wach. In der Folge hielten die Polizeisperren nicht mehr".*



KBW-General Schmierer (l.) und sein Adjutant Fochler beim „Leute"-Interview

KBW-General Schmierer (l.) und sein Adjutant Fochler beim „Leute"-Interview

Radioapparat gelauscht." Aber wer möchte schon so ehrlich sein, wenn ihn Klatsch-Journalisten respektvoll als „Drahtzieher von Grohnde" und mordsgefährliches Subjekt hofieren? ...

Unbestreitbarer Höhepunkt des ganzen Interviews ist die folgende Szene: „Leute": *„Glauben Sie es wäre geschossen worden, wenn 15.000 Menschen den Platz von Grohnde besetzt hätten?"* – Darauf Schmierer: **„Wissen Sie, da ist die Frage: auf wen? Es kann durchaus sein, daß eine Bauplatzbesetzung so abgeht, daß die Polizei auf den Hubschrauber von Albrecht schießt".**

Da fragt man sich doch wieder mal: Was geht eigentlich im Kopf dieses Mannes vor, der sich während der Studentenrevolte hochgelehrte und wohlformulierte Dispute z.B. mit Karl-Heinz Roth über den „produktiven Gesamtarbeiter" lieferte, und der heute vorwiegend in einer Kleinkinder-Sprache schreibt und auch sonst oft den Eindruck eines Schwachsinnigen erweckt?

Wie kann irgendwer, der Marx und Lenin gelesen hat und der ein bißchen von der Geschichte der Klassenkämpfe weiß, einer bürgerlichen Zeitung ein derart albernes Geschwätz bieten? Schmierers Antwort ist freilich nur der Schlußpunkt zu den urkomischen „militärstrategischen Ausführungen" seines Adjutanten nach der Brokdorf-Aktion vom 19.2.: In dem Artikel **„Die Operation gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf"** („KVZ", 24.2.) weist Fochler schlüssig nach, daß am 19.2. durch das Verschulden der Opportunisten vom KB Nord nicht bloß die Besetzung und „Schleifung" des Bauplatzes mißlang, sondern daß gleichzeitig eine sich wohl so rasch nicht wieder bietende Gelegenheit verpaßt wurde, mit den 30.000 gleich weiter nach Bonn zu marschieren (in einem kombinierten Fuß-Auto-Marsch, wie Fochler das nennt – d.h. die Massen laufen und die KBW-Führer fahren

So einfach war das. Mithin waren wir erstmals in der gesamten Geschichte von Klassenkämpfen in der phantastischen Situation, daß der Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse ganz einfach „nicht einsatzbereit" war und um ein Haar kampflos kapituliert hätte. Fochler untertreibt diesen sensationellen historischen Augenblick wohl noch, wenn er bescheiden und schlicht von einem **„Wetterleuchten"** spricht, **„in dem sich die revolutionäre Kraft der Massen erhellt".** Nein, das war weitaus mehr: Das war eine historische Revision des Marxismus-Leninismus, und nur eine Handvoll Opportunisten des KB Nord hat diesen Moment scheitern lassen.

Nein, im Ernst: Wissen diese Komiker denn nicht, wie unendlich schwer und langwierig es ist, die bürgerliche Armee soweit zu ‚zersetzen', daß sie ‚die Gewehre umdreht'? Wissen sie nicht, daß die Bourgeoisie sich außerdem militärische und polizeiliche Spezialeinheiten geschaffen hat, die von vornherein auf die Unterdrückung der Volksmassen gedrillt sind und die der ‚Zersetzbarkeit' eines Wehrpflichtigenheeres oder der „normalen" Polizeitruppen nicht unterliegen? Wie kommt es, daß in Spanien, Italien und anderswo Dutzende Werktätige und Genossen bei Demonstrationen von der Polizei erschossen wurden? Wie kommt es, daß in China ein jahrzehntelanger Volkskrieg geführt werden mußte? Wie kommt es, daß die US-Armee in Vietnam jahrelang plünderte und mordete, statt sofort ‚zersetzt' auseinanderzufallen?

Die Bourgeoisie hat allen Grund, solche lächerlichen Figuren wie Schmierer und Fochler groß als angebliche Sprecher der „militantesten Teil der Neuen Linken" u.ä. aufzubauen. Wenn solche Leute die Sache in der Hand hätten, könnten die Herrschenden unbesorgt sein. Es ist aber nicht an dem.

Brief der Afrika-Kommission an die Geister-Kommission

Liebe Patrioten!

Die Ereignisse in Zaire/Katanga machen Schlagzeilen. In Paris, Peking, Kinshasa, Rabbat und Sonthofen wurde ausführlich ermittelt, wie und mit welchen Agenten der Sozialimperialismus dort als Wolf verkleidet durch die Hintertür (oder so ähnlich) sein Spielchen treibt.

Wir haben den Verdacht, daß die neuen Zaren möglicherweise in Zaire diese auffälligen Volksaufstände nur in Szene gesetzt haben, um von ihren anderen Machenschaften in Afrika abzulenken. Eine Zusammenstellung kleinerer Meldungen aus dem Monat März erhärtet unsere Befürchtungen:

1. März 1977:

Die Hintergründe der blutigen Ereignisse in Uganda werden von der „Neuen Zürcher Zeitung" bekanntgemacht. Sie kolportiert eine Meldung der wachsamen „Nairobi Standard", wonach *„rund 1.000 kubanische Soldaten in Uganda stationiert"* sind und *„eine hochgestellte kubanische Militärdelegation zu Gesprächen über eine noch stärkere Waffenhilfe in Kampala eingetroffen"* sei. Möglicherweise besteht unsererseits Anlaß zur Selbstkritik, hatten wir doch – zuletzt in AK 100 – die neokoloniale Tyrannei Amins für die grauenhaften Vorfälle in Uganda verantwortlich gemacht.

Absolut daneben liegen jedenfalls unsere sonst recht wachsamen Freunde vom KBW, die alle Nachrichten von den blutigen Ereignissen in Uganda als „imperialistische Lügenmärchen" abtun. 1.000 Kubaner und kein Gemetzel – undenkbar!!

3. März 1977

Das „Hamburger Abendblatt" berichtet, daß *„NATO-Kreise in Brüssel bestätigen, was Südafrika seit längerem behauptet"* (der Wahrheitsgehalt dieser Meldung ist somit also zweifelsfrei!): Es geht um den *„Ausbau Mosambiks zum Stützpunkt der Sowjets".*

Neben allerlei hochmodernen Kriegswerkzeugen sind zu diesem Zweck *„tausend bis zweitausend Kubaner nach NATO-Erkenntnissen aus Angola nach Mosambik gebracht worden; ferner sind dort mehrere hundert Offiziere und Soldaten der ‚DDR-Volksarmee' eingetroffen, vermutlich als Militärberater".*

Um eine pro-sozialimperialistische Entgleisung des „Abendblatt" dürfte es sich bei der Charakterisierung der DDR-Militärs als „Berater" handeln. Diese Elemente beraten bekanntlich nicht; sie befehlen! Positiv ist zu vermerken, daß unsere vaterländischen Freunde von der „KPD" sich angesichts der jüngsten Ereignisse lang-

merken, daß unsere vaterländischen Freunde von der „KPD" sich angesichts der jüngsten Ereignisse lang-

sam von der Frelimo distanzieren. Die „Rote Fahne" (9.2.77) kritisiert, daß *„einige der führenden Kräfte... das imperialistische Wesen der Sowjetunion und das Ziel ihrer Intervention in Angola nicht klar erkannt haben."* Wir sollten da forscher formulieren, zumal Mosambik inzwischen mit der SU einen Freundschaftsvertrag wie mit Angola abgeschlossen hat. Zwar hat Podgorny dementiert, daß die Sowjetunion militärische Stützpunkte in Mosambik errichten will, aber was davon zu halten ist, wissen wir ja („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.4.77).

5. März 1977

Ganz bedrohlich – so der patriotische **„Bayernkurier"** – steht's um die letzte französische Kolonie auf afrikanischem Festland, um Djibouti. Noch sorgen dort französische Luft- und Seestützpunkte sowie 15.000 Mann regulärer französischer Einheiten gemeinsam mit Fremdenlegionären für Recht und Ordnung.

„Linke Revolutionäre" allerdings propagieren zunehmend *„den sozialistischen Weg in die Unabhängigkeit"!* Angesichts solcherlei Ungemach kann's nicht ausbleiben: *„Als Vorbote kreuzt bereits eine Kampfgruppe der Sowjetflotte vor Djibouti"!*

Die hier vom „Bayernkurier" gerüffelten „linken Revolutionäre" von der FLCS scheinen es tatsächlich faustdick hinter den Ohren zu haben, berichteten doch unsere vaterländischen Freunde bereits im März 1976 von ihnen: *„So hat Somalia* (bekanntlich Stützpunkt des Sozialimperialismus in Ostafrika – siehe weiter unten) *die von Mahmoud Harbi ins Leben gerufene FLCS zu einem bloßen Anhängsel seiner chauvinistischen Interessen gemacht"* („KPD" – „Afrika kämpft", Nr. 22).

Insgesamt, so meinen die Vaterländischen, sei die Lage recht kompliziert, feststellen könne man jedoch, daß *„die allgemeinen Bedingungen (?) am Horn von Afrika insbesondere der SU die Gelegenheit bieten, den Entkolonialisierungsprozeß in Djibouti für sich zu nutzen"* (ebenda).

Bei dermaßen düsteren Aussichten sollten wir mutig die Frage aufwerfen, ob die „allgemeinen Bedingungen" überhaupt den Entkolonialisierungsprozeß ratsam erscheinen lassen. Sollte die gefährliche Dekolonialisierung tatsächlich unumgänglich sein, müßten zumindest besagte 15.000 Franzosen als Schutzmacht vor sozialimperialistischen Überfällen in Djibouti bleiben können. Bereit wären sie – schreibt der „Bayernkurier"!

9. März 1977

Das äthiopische Militärregime DERG soll Kuba um Militärhilfe ersucht haben. Insbesondere fordert der DERG *„einen Teil der gegenwärtig in Angola stationierten kubanischen Truppen zu verlegen"* („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ" – 9.3 77). Was zunächst wie eine Routinemeldung aus dem Leben der kubanischen Allround-Söldner anmutet, wird kompliziert durch den Hinweis des „NZZ"-Informanten (ein Herr Sabbe aus Eritrea mit Sitz in Beirut). Hiernach hat Somalia bei den Kubanern *„interveniert, um eine Ablehnung dieses ähtiopischen Ersuchens durchzusetzen".*

Was um alles in der Welt mag die somalische Regierung – selbst im Besitz des Prädikats „sowjethörig" und vor allem des berühmten (Geister-)Stützpunktes Barbera – nur veranlassen, dem DERG die Kubaner zu mißgönnen?

Neue Details über die trostlose Lage in Somalia bringt übrigens die „Rote Fahne" (4/77). Sie läßt einen unbekannt bleibenden „Patrioten" zu Wort kommen. Dieser „Patriot" wiederum hat von einem ebenso unerkannt bleibenden „somialischen Arbeiter" folgendes berichtet bekommen: *„Wie der somalische Arbeiter berichtete, schrecken die russischen Experten auch nicht vor so schmutzigen Machenschaften wie dem Vergeuden und Vernichten wertvollen Materials zurück. Wenn z.B. für ein Bauwerk eine gewisse Menge Stahl gebraucht wird, so verbauen sie oft das Doppelte, damit Somalia noch mehr Material von der SU kaufen muß. Als sie kürzlich eine Wasserleitung legten und noch Rohre überblieben, vergruben sie diese heimlich, nur damit wir Somalier sie nicht benutzen können und beim Bau weiterer Leitungen wieder teures Material von ihnen importieren und ihre Hilfe in Anspruch nehmen müssen."* Die Details sind doch immer wieder erschütternd!

12. März 1977

Der „Bayernkurier" berichtet, daß die SU sich selbstverständlich auch Rhodesien einverleiben will, *„um von da aus das afrikanische Pferd (?) in ihre Richtung zu dirigieren".* Dann ein wichtiger Hinweis: *„Im Norden wird dieses Konzept von der Kette der Frontstaaten flankiert, deren Regierungen sämtlich mehr oder weniger gelernt haben, auf die Signale des sowjetischen Botschafters in Sambia, Solodownikoff, zu achten."*

Hiermit wäre endlich der direkte Vorgesetzte des berüchtigten Kuranow Todor bekannt, der uns schon im April '76 als *„geheimer Oberbefehlshaber der angolanischen Streitkräfte"* von der portugiesisch-vaterländischen PCP-R vorgestellt wurde.

30. März 1977:

Der chinesische Vize-Ministerpräsident Li Hsien-Nien erklärte der englischen Sonntagszeitung „Sunday Times" nochmals, warum die vielen Kubaner in Angola sind: *„Moskau will das Kap beherrschen"* („Welt", 30.3.). Wie weit dieses Vorhaben schon vorangeschritten ist, enthüllte die „Bild" (9.3.), indem sie den *„früheren KGB-Offizier Myagkow"* zitierte, der die *„Agenten des sowjetischen Geheimdienst im Südlichen Afrika"* auf 5000 (!) bezifferte.

1. April 1977:

Malawi ist noch sauber! Noch am 28.3. hatte uns die „Frankfurter Allgemeine" („FAZ") im Leitartikel (*„Südafrika und der totale Krieg"*) mit der Nachricht schockiert *„In Malawi bauen die Sowjets Raketenstellungen".*

Drei lange Tage später erfuhren wir endlich, daß hier ein Irrtum vorlag. Zwar werden Raketenstellungen am Malawi-See gebaut (*„diese können Rhodesien bedrohen"*), aber „nur" bei *„Villa Cabral am mosambikanischen Ufer"* („FAZ", 1.4.77).

Wenigstens ein Lichtblick

Zum Schluß – damit niemand angesichts der beängstigenden Ereignisse verzage – eine patriotische Stim-

gesichts der beängstigenden Ereignisse verzage – eine patriotische Stim-

me, wachsam und klar: „So sehen wir, daß eine Großmacht, eine Supermacht, schon seit Jahren versucht, einen immer größeren Teil Afrikas unter seine politische Kontrolle zu bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt sie sogar eine neue ‚Fremdenlegion', d.h. zehntausende von kubanischen Soldaten. Wir glauben, daß diese Entwicklung sehr gefährlich ist." (F.J. Strauß bei seinem Besuch in Togo, anläßlich der Eröffnung einer Zweigstelle der CSU-eigenen „Hans Seidel-Stiftung").

Mit ihm im Amt wär mancher unbesorgt!

Mit „geist"reichen Grüßen
Afrika-Kommission

Geister der Ahnen rufen Sowjets

Wie es scheint, stehen in Zimbabwe selbst die Ahnen mit dem Sozialimperialismus in gutem Kontakt. So führte ein von

babwe selbst die Ahnen mit dem Sozialimperialismus in gutem Kontakt. So führte ein von

den Rassisten bezahlter schwarzer Parlamentarier aus:

Was sich in Rhodesien abspiele, sei *„ein Kampf der Schwarzen im Bunde mit den Geistern unserer Ahnen gegen die Weißen, bei dem die Sowjets als Helfer willkommen seien."*

Daß diese sensationelle Meldung überhaupt das Licht der „Welt" (4.3.77) erblickte, haben die wirklichen Antiimperialisten einem der wachsamsten Kämpfer gegen die eine Supermacht im südlichen Afrika zu verdanken – Hans Germani.

Kurdisches Neujahrsfest in Hamburg...

In der Hamburger Mensa fand am Samstag, dem 2.4.77, eine Festveranstaltung aus Anlaß des kurdischen Neujahrsfestes Newroz statt.

Mit rund 600 Besuchern war das Fest für Hamburger Verhältnisse außerordentlich gut besucht. Neben guten kulturellen Beiträgen (kurdische Musik, Tänze) wurde ein kurzer Beitrag zur aktuellen Situation des Kampfes in Kurdistan, wo die Kämpfe im März wieder aufgeflammt sind, ein Lichtbildervortrag über die Kämpfe im irakischen Kurdistan bis März 1975 und eine längere Rede über den jahrhundertealten nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes gehalten. U.a. erwähnte der Genosse der kurdischen Studentenvereinigung (VKSE), daß nach der Niederlage des bewaffneten Kampfes im Irak, die wesentlich durch die Abhängigkeit von der Unterstützung des Befreiungskampfes durch den faschistischen Iran verursacht wurde, nun der kurdische Widerstand aus diesen Fehlern lernt und die politische Diskussion und das politische Bewußtsein innerhalb des Widerstandes zunimmt.

Die kurdischen Genossen hatten sich mit der Gestaltung des Festes große Mühe gegeben, wodurch das Fest ein wirklich guter Erfolg wurde.

Nahost-Kommission

und in Essen

Am Samstag, dem 9.4. fand in Essen eine Festveranstaltung zum kurdischen Nationalfest Newroz statt. Über 1.500 Menschen waren gekommen, um Referate über die Situation und den Kampf des kurdischen Volkes zu hören (sie wurden in kurdischer, türkischer und deutscher Sprache gehalten) und den Darbietungen unter der Parole „Kultur im Befreiungskampf" beizuwohnen, die in Form von Widerstandsliedern, Volkstänzen, Theater und Pantomime den Widerstandswillen des kurdischen Volkes zum Ausdruck brachten.

Es lebe der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes!

KB/Gruppe Bochum

Bundeskongreß der GUAS

Die Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin (GUAS) wird vom Verfassungsschutz zu den „politisch extremen Ausländergruppen" gerechnet und als „am gefährlichsten" eingestuft („Badische Zeitung", 20.7.76). Für gefährlich wird die GUAS deshalb ausgegeben, weil sie den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes unterstützt. Nachdem 1973 die Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS) und Arbeiter (GUPA) verboten wurden, ist nun die Hetze gegen die GUAS und die Confóderation iranischer Studenten (CISNU) im Gange.

Die GUAS hat sich jedoch dadurch offenbar nicht von ihrer Aufgabe abbringen lassen. Ihr 3. Bundeskongreß, der vom 8. bis 10. April '77 in Hannover stattfand, hatte das Leitmotiv: *„Mit der Verstärkung der gewerkschaftlich orientierten Arbeit und Fortsetzung unserer demokratischen Praxis wird unsere Union stärker"*. Die demokratisch gewählten Delegierten der Ortsverbände der GUAS führten in Hannover eine intensive Arbeit durch.

Die Herausforderung durch die Entwicklung im arabischen Raum und in der BRD wurde angenommen: *„Angesichts der bedeutenden Ereignisse in unserem Raum (die syrische Besetzung des Libanon, die Niederschlagung von Arbeiterdemonstrationen durch das Militär in Ägypten, die andauernde iranische Invasion in Oman und die verstärkte Bemühung der USA, eine Lösung für den Palästinakonflikt zu erzwingen) wird unser Kongreß eine Einschätzung diesbezüglich abgeben. ... Ferner wird die gewerkschaftlich orientierte Arbeit für die nächsten Monate festgelegt. Folgende Themen sollen u.a. behandelt werden: Zusätzliche Erschwernisse seitens der bundesrepublikanischen Behörden für das Ausländerstudium, neue Bestrebungen zur Verschärfung des Asylrechts, die erdrückende Finanzsituation und die besonderen Probleme der Studenten aus arabischen Ländern."* Wir werden über die Beschlüsse des Kongresses berichten, sobald der Kongreßbericht vorliegt.

Die GUAS betonte auch auf diesem Kongreß, daß die Politik der PLO und insbesondere die Beschlüsse der Tagung des Nationalrates der PLO unterstützt werden. Dabei ist in der GUAS – nach unserem Eindruck mehr als im vorigen Jahr – aber Raum für revolutionäre arabische und palästinensische Politik. Dies wurde deutlich am Beispiel der Auseinandersetzung mit dem KBW und dem Streit zwischen der Linie der Ablehnungsfront und der PLO-Führung.

Abgrenzung vom KBW

Abgrenzung vom KBW

Nach der Spalterpolitik des KBW in den Nahostkomitees Köln und Darmstadt hatte u.a. die Ortsgruppe Heidelberg der GUAS schon die Differenzen zum KBW dargestellt und einen Trennungsstrich zwischen GUAS und KBW gezogen. Anfang Dezember 1976 richtete dann der Bundesvorstand der GUAS einen Kritikbrief an das ZK des KBW. In diesem Brief werden zwei KVZ-Artikel Punkt für Punkt widerliegt und der KBW wird zu einer öffentlichen Stellungnahme aufgefordert.

Es geht dabei wor allem um die Frage der Rolle der arabischen Regimes. Der KBW hatte die Gipfelkonferenzen von Riad und Kairo als positiv eingeschätzt und seine bekannte These vertreten: *„Die arabischen Staaten ringen um Selbständigkeit gegenüber dem Imperialismus"*. Demgegenüber betont die GUAS den Unterschied zwischen den arabischen Völkern und ihren Befreiungsorganisationen und den reaktionären Regimes, die mit dem Imperialismus verbündet sind: *„Existiert für den KBW der Widerspruch Proletariat – Bourgeoisie in den arabischen Ländern nicht?"* Die GUAS faßt ihre Kritik zusammen in den Sätzen: *„Diese Artikel können nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie stehen beispielhaft für Eure politische Linie bei der Einschätzung unserer Befreiungsbewegungen und der Lage in diesem Teil der Welt. Sie ist nicht richtig. Außerdem ist sie unmarxistisch, da die Rolle der Bourgeoisie eliminiert wird, d. h. Ihr die nationale Frage vom Klassenkampf trennt."*

Die ganze Sache wird nun für den KBW besonders peinlich dadurch, daß er auf diesen Brief bis heute nicht geantwortet hat. In einem Info der GUAS wurde daraufhin der Brief vor dem Kongreß veröffentlicht und verteilt und aus dem Verhalten des KBW wurde der Schluß gezogen: *„Die Kritik ist treffend und berechtigt. Die KBW-Führung zeigt durch ihr Schweigen, daß sie ihre widersprüchliche Nahostpolitik nicht mehr vertreten und verteidigen kann. Durch die Nichtveröffentlichung des Briefes wurde eine für die Solidaritätsbewegung wesentliche Diskussion verzögert. Außerdem wird aus dem Verhalten der KBW-Führung ersichtlich, daß sie bestimmte Positionen und Stellungnahmen ihren Mitgliedern und Sympathiesanten vorenthält."*

Die Haltung des KBW wurde auf dem Kongreß schließlich zur offenen Frechheit und Beleidigung. Der Sprecher des KBW ging in seiner Grußadresse – trotz lautstarker und empörter Aufforderungen aus dem Kreis der Delegierten – mit keinem Wort auf die Kritik ein!

Die Auseinandersetzung GUAS/KBW hat aber auch noch eine wichtige andere Seite. Die Stellungnahme der GUAS gegen den KBW richtete sich inhaltlich auch direkt gegen die politische Linie der PLO-Führung. In den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalkongresses vor einem Monat wurde ebenfalls der Kampf der PLO gegen die arabische Reaktion beendet. Die Proteste der Ablehnungsfront hiergegen und ihre Gegenvorschläge wurden überstimmt. Mit ihrer Kritik am KBW hat die GUAS also auch inahltlich ihre Interpretation der Beschlüsse des Nationalkongresses durchblicken lassen. Diese Inter-

Beschlüsse des Nationalkongresses durchblicken lassen. Diese Inter-

pretation zeigt, daß in der GUAS die Linie der Ablehnungsfront einigen Einfluß besitzt.

GUAS läßt sich nicht an die Leine legen

Deshalb war es sehr interessant zu beobachten, wie auf der Festveranstaltung des Kongresses der Sprecher der PLO-Führung (Abdallah Frangie aus Bonn) den Sprecher einer Organisation der Ablehnungsfront, der PFLP-Allgemeine Führung (PFLP-AF), vor den Delegierten und den geladenen Gästen lautstark anzupöbeln begann.

Der Sprecher der PFLP-AF hatte sozusagen die ersten wahren Worte auf der zeremoniellen Festveranstaltung gesprochen: Die Kräfte der Kapitulation seien dabei, Verträge mit den Imperialisten und den Zionisten abzuschließen. Die Fülle von verräterischen Positionen im arabischen Raum sei ungeheuerlich. Das Ziel sei, den palästinensischen Widerstand soweit zu schwächen, daß er an sogenannten Friedenskonferenzen teilnimmt, die in Wahrheit das Ziel hätten, den palästinensischen Kampf zu liquidieren und an Israel zu binden.

An dieser Stelle ging Frangie hoch. An den Reaktionen der Delegierten ließ sich ablesen, daß eine Fraktion unbedingter PLO-Anhänger vertreten war, eine etwas kleinere Fraktion von Anhängern der Ablehnungsfront und die größte Menge der Delegierten, die bereit war, die besseren Argumente zu hören. Zwar wurde der Streit mit einem scheinbaren Kompromiß (auf allen Seiten „Mißverständnisse") beigelegt, das ist nun mal die Art einer Organisation wie der GUAS, aber es war doch nicht zu übersehen, daß die GUAS ein Verband ist, der sich nicht einfach an die Leine der PLO-Führung legen läßt.

Solidarität mit der GUAS stärken!

Die Festveranstaltung war mit einer Protestresolution eröffnet worden. Die BRD-Behörden hatten acht Delegierten verschiedener arabischer fortschrittlicher Organisationen die Einreisevisa zum Kongreß verweigert. Dies ist ein Teil der zur Zeit laufenden Angriffe auf die demokratischen Organisationen von Ausländern in der BRD. Man versucht diese Organisationen zu Staatsfeinden zu erklären und ihre Gäste als Terrorbanden zu verleumden. Der Vertreter des KB erklärte in seiner Grußadresse: *„Der Abbau der Rechte der Ausländer in der BRD und die Verschärfung der Hetze gegen fortschrittliche Ausländer erfolgt im gegenseitigen Interesse der BRD und der reaktionären arabischen Regimes. Natürlich werden nur Gegner dieser Regimes, also Linke und Demokraten, verfolgt, während gleichzeitig z. B. iranische Offiziere in der BRD ausgebildet werden, faschistische ausländische Organisationen und Geheimdienste reaktionärer und faschistischer Staaten, wie z. B. die SAVAK, in der BRD ungehindert ihr Unwesen treiben können.*

Auch die GUAS wird mit Sicherheit noch mehr als bisher zum Ziel dieser Angriffe werden. In dieser Lage sollte die GUAS feste Verbindungen zu allen demokratischen Kräften in der BRD aufbauen. Wir möchten versichern, daß die GUAS

dungen zu allen demokratischen Kräften in der BRD aufbauen. Wir möchten versichern, daß die GUAS

bei der Abwehr dieser Angriffe mit unserer Unterstützung rechnen kann."

Es ist klar, daß unsere Solidarität nötig ist in unserem eigenen Interesse, weil Schläge gegen die GUAS auch Schläge gegen uns sind, und zur Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte unter den arabischen Studenten. Denn der Angriff auf die GUAS und andere Organisationen verfolgt das Ziel, sie von ihrer gewerkschaftlichen Arbeit abzuhalten und einer reaktionären politischen Linie zum Durchbruch zu verhelfen.

Nahost-Kommission

Neujahrsfeier des faschistischen Schah-Regimes gesprengt!

Westberlin. Am 22.3. hatte der persische Konsul zu einem Neujahrsfest (traditioneller persischer Feiertag) im Harnackhaus in Dahlem Freunde des Schahregimes geladen.

15 iranische Genossen überrumpelten die Saalhüter, indem sie sich als Gäste ausgaben und in den Saal begaben. Unter Rufen wie „Nieder mit dem faschistischen Schahregime" und „Schluß mit der Zusammenarbeit zwischen Savak und Verfassungsschutz" rissen sie die Bilder vom Schah und Farah Diba von den Wänden, kippten die feierliche Tischdekoration um und hinterließen eine entsprechend „festliche" Athmosphäre. Das Fest wurde abgesagt!

Von den anwesenden 6 Westberliner Bullen wurde ein iranischer Gennosse festgenommen, der inzwischen aber wieder auf freiem Fuß ist.

Vor dem Harnackhaus hatten sich inzwischen ca. 100 deutsche und iranische Demonstranten zu einer spontanen Kundgebung versammelt. Nachdem die Bullen die Demonstranten auf das Bannmeilengesetz hingewiesen hatten (das Harnackhaus ist im Besitz der US-Besatzer), zogen sich die Genossen hinter die Bannmeile zurück.

Auf ihrem Rückzug wurden sie von ca. 30 Bullen mit Schlagknüppeln überfallen, 3 deutsche Genossen wurden verhaftet, von denen einer (Werner A.) noch heute im Knast sitzt. An einer Demonstration am 28.3.77, die seine Freilassung forderte, nahmen ca. 200 Menschen teil.

Wie schon bei der Verhaftung von Christoph und Peter anlässlich einer Provokation der faschistischen CARP-Sekte während des Unistreiks im Dezember, scheinen die Westberliner Polizei- und Justizbehörden dazu überzugehen, bei Demonstrationen und Aktionen willkürlich Teilnehmer herauszugreifen, über längere Zeit einzuknasten und ihnen exemplarisch den Prozeß zu machen.

Im beiden Fällen handelt es sich um antifaschistischen Widerstand, der niedergeknüppelt und erstickt werden soll.

Internationalismus-Komission KB/Gruppe Westberlin

Chile–Solidaritäts–veranstaltung

Stuttgart. Am 26. Februar fand auf Initiative des MIR und des Frauenzentrums Stuttgart und in Zusammenarbeit mit der ESG und dem Chile-Komitee eine Veranstaltung mit der Genossin Luz de las Nieves statt. Die chilenische Genossin war im November zusammen mit Gladys Diaz aus dem chilenischen Konzentrationslager in die BRD entlassen worden. An der Veranstaltung, die sich u. a. mit der Rolle der Frauen im chilenischen Widerstand beschäftigte, auf der aber auch der Vertreter des MIR in der BRD zu anderen Fragen des chilenischen Widerstandes Stellung nahm, beteiligten sich ca. 150 Menschen.

Ein Stuttgarter Genosse

UNSERE LIEFERUNGSBEDINGUNG:

LIEFERUNG erfolgt grundsätzlich nur gegen VORAUSKASSE
Konten:
PSchA Hamburg
BLZ 200 100 20
Kto. 24 05 95;
J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg
BLZ 200 800 00
Kto. 45 18 37 8

Bücher und Broschüren

Aus Betrieb und Gewerkschaft:
- ○ Drucker-Streik – Ein großer Kampf, ein mieser Abschluß!
  Juni 76, 66 Seiten, A 4 DM 2,50
- ○ GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
  108 Seiten, A 5 DM 3,50
- ○ Ernst Thälmann, Über Gewerkschaften
  120 Seiten, Paperback DM 3,50

Kampf dem Faschismus:
- ○ Droht ein neuer Faschismus?
  279 Seiten, Paperback DM 9,50
- ○ Kampf dem Faschismus
  300 Seiten, Paperback DM 11,00
- ○ Modell Deutschland – Berufsverbote
  September 76, 64 Seiten, A 5 DM 2,50
- ○ 20 Jahre KPD-Verbot – Kampf dem Antikommunismus
  August 76, 54 Seiten, A 5 DM 2,50
- ○ Schleswig-Holstein „braun durchdrungen"
  Juni 76, 48 Seiten, A 4 DM 2,00
- ○ Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand: Weltbund zum Schutz des Lebens
  Juni 76, 8 Seiten, A 4 DM 0,50
- ○ Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion
  September 76, 40 Seiten, A 4 DM 3,00

SPD
- ○ Das „kleinere Übel", das zu immer größeren Übeln führt
  Oktober 76, 68 Seiten, A 5 DM 3,00

Westdeutsche Linke
- ○ Angola war nur der Anfang
  März 76, 28 Seiten, A 4 DM 1,50
- ○ KBW am Scheide-Weg
  Oktober 75, 56 Seiten, A 4 DM 3,00
- ○ Wie der KBW der Bewegung gegen den § 218 schadet
  Februar 76, 16 Seiten, A 4 DM 0,30
- ○ Der KBW lügt
  Juni 75, 8 Seiten, A 4 DM 0,30
- ○ Ist der Arbeiterbund noch zu retten?
  September 76, 64 Seiten, A 5 DM 3,00

Internationales:
- ○ Zum Nahost-Problem
  48 Seiten, A 4 DM 2,00
- ○ Palästina – Interviews mit dem Widerstand
  Februar 74, 120 Seiten, A 4 DM 6,00
- ○ Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution
  Mai 76, 24 Seiten, A 4 DM 1,50
- ○ Es lebe die afrikanische Revolution!
  Juni 76, 30 Seiten, A 4 DM 2,00
- ○ S. Mutumbuka (ZANU): Schlacht um Zimbabwe
  Juli 76, 24 Seiten, A 4 DM 2,50
- ○ MPLA: Vitoria Certa – Der Sieg ist gewiß
  Juli 76, 24 Seiten, A 4 DM 2,50
- ○ MPLA: Vitoria Certa – Der Sieg ist gewiß
  September 75, 30 Seiten, A 4 DM 1,00
- ○ Soldatenbewegung in Westeuropa
  Februar 76, 55 Seiten, A 4 DM 1,00

Sozialismus
- ○ Zur Außenpolitik der VR China
  3. Auflage August 76, 58 Seiten, A 4 DM 3,00
- ○ Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
  Februar 74, 134 Seiten, A 4 DM 8,00
- ○ Albanien – Ein Reisebericht
  Juli 76, 40 Seiten, A 5 DM 2,00

ABONNEMENT

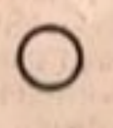
ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes
- ○ Jahresabonnement (erscheint 14-tägig) DM 33,60
- ○ Förderabo DM 40,–
- ○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar
  Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
- ○ Jahresabonnement (mindestens 8 Ausgaben) DM 6,40
- ○ Förderabo DM 8,–
- ○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar
  Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Die INTERNATIONALE, Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
- ○ Jahresabonnement (mindestens 6 Ausgaben und alle Sondernummern) DM 14,40
- ○ Förderabo DM 20,–
- ○ Bitte schickt mir ein Freiexemplar
  Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse:
- ○ PSchA Hamburg, BLZ 200 100 20, Kto. 24 05 95
- ○ J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg, BLZ 200 800 00, Kto. 45 18 37 8

Anschrift ....



....
....
Datum .... Unterschrift

ter bekannt zu machen –

Kongreß der Äthiopischen Studenten-Union (ÄSU)

Vom 7. – 11.4. hielt die Äthiopische Studenten-Union in der BRD (ÄSU) ihren diesjährigen Kongreß in Göttingen ab. Die ÄSU ist Mitglied der Äthiopischen Studenten-Union in Europa (ESUE) sowie des Dachverbandes „World Wide Federation of Ethiopian Students" (WWFES). Diese Verbände haben es sich zur Aufgabe gemacht, den revolutionären Kampf in Äthiopien gemäß der politischen Linie der EPRP zu unterstützen. Der Kongreß in Göttingen sollte dazu dienen, die aktuelle Entwicklung des Kräfteverhältnisses in Äthiopien zu diskutieren, sowie auch für die ÄSU die nächsten Aufgaben ihrer Arbeit in der BRD zu bestimmen.

Wir waren zu diesem Kongreß eingeladen und hielten eine Grußadresse. Leider war es uns nicht möglich, uns aktiv an der Diskussion zu beteiligen, weil sie ausschließlich auf amharisch geführt wurde. Wir hatten jedoch die Gelegenheit, ein sehr interessantes Gespräch zu führen mit dem Exekutivkomitee der ESUE und dem Verantwortlichen für internationale Fragen der WWFES.

Dabei ging es zunächst um die aktuelle Situation in Äthiopien, die gekennzeichnet ist vom zunehmenden Terror der Konterrevolution. Neben dem DERG unterstützen die Imperialisten immer mehr auch die EDU, die Organisation der Feudalherren, die dadurch zur echten Gefahr wird. Weltweite Verwirrung über die Situation im Land stiften die Revisionisten (z.B. Sowjetunion, DDR, auch Kuba), indem sie die ungeheuer „revolutionäre" Phrasendrescherei der Militärjunta in aller Welt als „Aufbau des Sozialismus" verkaufen. Mehr noch: Durch ihre Hilfestellung für die Junta tragen sie direkt bei zur Formierung reaktionärer Kräfte im Gebiet des Roten Meeres, wo sich z.B. auch Sudan und Saudi-Arabien zusammentun, um den reaktionären Auslandsflügel der eritreischen ELF sowie die EDU zur konterrevolutionären „dritten Kraft" aufzubauen.

In ganz Äthiopien regen sich nationale bewaffnete Befreiungsbewegungen recht unterschiedlicher politischer Stoßrichtung. Der Vorteil dieser Entwicklung ist, daß sie die Junta mächtig in Bedrängnis bringt. Das große Problem aber, überhaupt eine der wichtigsten Fragen der äthiopischen Revolution, ist die Gefahr der tribalistischen oder nationalistischen Zersplitterung, wobei die nationale Frage über die Klassenfrage gestellt wird.

Vor diesem Hintergrund ist die demagogische Behauptung der Junta bzw. der Revisionisten zu sehen, daß sie angeblich „das Volk" oder „die Bauernmilizen" gegen die Konterrevolution bewaffnen würden. Der Widerstand gegen den DERG ist so breit – auch in den „Massenorganisationen" die der Regierung hörig sind – daß der DERG ständig befürchten muß, seine eigenen Gegner unversehens mit zu bewaffnen. So werden Waffen nur sehr vorsichtig ausgegeben, und zwar ausschließlich an Leute, die wie der DERG für den Völkermord gegen Eritrea und andere nationale Befreiungsbewegungen sind, die bereit sind, eine echte Revolution blutig zu unterdrücken und den ehemaligen Feudalherren in die Hände zu arbeiten.

Streiks und Demonstrationen sind bei dem allgegenwärtigen konterrevolutionären Terror in Äthiopien zur Zeit nahezu unmöglich. In der Arbeiterklasse richtet sich jedoch starker Widerstand gegen die Errichtung einer regierungstreuen Zwangsgewerkschaft „AETU", nachdem der revolutionäre Gewerkschaftsverband CELU verboten worden ist.

Trotz alledem verstärkt sich auch der bewaffnete Kampf, den die EPRP vor einigen Monaten durch ihren „bewaffneten Flügel" EPRA begonnen hat. Die zahlreichen gelungenen Attentate gegen tragende Figuren der Militärregierung sind bekannt. Neu ist die Gründung eines Stützpunktgebietes der EPRA in Assimba, wo sich zahlreiche Kämpfer der EPRA anschließen und auch die Agrarrevolution einen neuen Aufschwung bekommt.

Soviel zu einigen Hauptpunkten des Gespräches.

Wir hatten auch die Gelegenheit, besonders mit Genossen der deutschen ÄSU bessere Verbindungen anzuknüpfen, die bisher vor allem mit den Westberliner Genossen bestanden hatten. So wurden besonders mit Genossen aus dem Raum Göttingen/Kassel Schritte weiterer Zusammenarbeit beschlossen.

Afrika-Kommission

Seid verschlungen, Millionen...!

Der KBW zieht um nach Frankfurt. Für lumpige 2 - 3 Mio. Mark hat er dort ein Bürogebäude erworben. Daß mit Geld nicht knauserig umgegangen wird, beweist u. a. auch die in Gang befindliche Ausstattung der Bezirksleitungen mit Fernschreibern, die Anschaffung zahlreicher anderer kostspieliger Maschinen, der enorme Ausbau des bezahlten Apparats, das Umsteigen auf drei Regional-Ausgaben der „KVZ" (statt einer Gesamtausgabe) usw.

Die entsprechenden Maßnahmen wurden auf der „3. Ordentlichen Delegiertenkonferenz" des KBW im Oktober 1976 „bestätigt", nachdem das ZK im wesentlichen bereits vollendete Tatsachen geschaffen hatte. In dieser „Bestätigung" heißt es z. B. zur Einrichtung des Fernschreiber-Systems: „*Der Beschluß, ein schnelles Nachrichtenerfassungs- und Nachrichtenverbreitungssystem aufzubauen, durch das die zentrale Leitung und Regionalleitungen als eben auch die entsprechenden Redaktionen miteinander verbunden sind, entspricht den Erfordernissen, wenn er auch erhebliche sachliche Hilfsmittel verlangt. Die Ablösung des Telefongerätes durch eine fernschriftliche Verbindung ist in Anbetracht der Reichweite gefaßter Beschlüsse unumgänglich. Da der Anschluß der Bezirksorganisationen an dieses Nachrichtenerfassungs- und Verbreitungssystem technisch und wirtschaftlich möglich ist, werden wir in naher Zukunft über ziemlich gute und sehr moderne technische Hilfsmittel für die Organisationsanstrengungen der Arbeiterklasse verfügen ... Wenn wir es heute in Angriff nehmen, ein sehr schnelles Nachrichtenerfassungs- und Nachrichtenverbreitungssystem über das ganze Land hin aufzubauen, so ist das nicht übertrieben und perfektionistisch, sondern erforderlich und fortschrittlich*".

Zur „Bestätigung" der Anschaffung eines Büro-Gebäudes heißt es: „*Es ist erforderlich, der Gesamtorganisation ein Zentrum zu schaffen ... Durch Anmietung von einer oder zwei Büroräumlichkeiten schafft man der Organisation kein Zentrum. Die Delegiertenkonferenz begrüßt den Plan des Zentralen Komitees, direkt bei der Zentralen Leitung ein Schulungszentrum zu schaffen. Daß die Verwirklichung dieser Absicht die Beschaffung großzügig angelegter Räumlichkeiten verlangt, ist ersichtlich. Daß es vorteilhaft ist, diese Räumlichkeiten womöglich im Zentrum der Stadt Frankfurt zu besorgen, ist auch ersichtlich. Daß angestrebt werden muß, Räumlichkeiten, in denen der ganze zentrale Apparat einschließlich Schulungszentrum zusammengefaßt werden kann, als Eigentum zu erwerben, ergibt sich sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Erwägungen. Daß der Preis für ein solches Objekt beachtlich sein wird, weiß jeder. Nach unseren Untersuchungen müssen zwischen 2 Millionen und 3 Millionen DM aufgebracht werden*". „*Wir müssen damit rechnen, daß die Beschaffung noch zu allerhand Problemen, Widersprüchen und Skandalen führen wird. Kann sein, daß wir Manöver durchführen müssen*". „.... *Die Delegiertenkonferenz stellt weiter fest: Ganz selten entsteht für eine proletarische Organisation die Lage, mit dem Geldsack auf die Bourgeoisie einschlagen zu müssen. Die Beschaffung der Räumlichkeiten für ein Zentrum der Organisation in Frankfurt ist ein solcher Fall. Deswegen ist es gut, wenn der dementsprechende Geldsack prall gefüllt ist. Das demütigt die Bourgeoisie, weil es eindrucksvoll dokumentiert, daß der Arbeiterklasse die Bestreitung ihrer Kriegskosten gegen die Bourgeoisherrschaft ein Lebensbedürfnis ist*".

Mit der Berufung auf die „Arbeiterklasse" (die in Wahrheit gar nicht daran denkt, dem KBW ein Bürohaus hinzustellen!) würden zweifellos auch alle denkbaren weiteren Anschaffungen von technischem Firlefanz noch gerechtfertigt werden können: Aufstellung von Großcomputern bei den Bezirksleitungen, Anschaffung von Hubschraubern für führende ZK-Mitglieder usw. usf. Es läßt sich aus der Organisation ja noch einiges herauspressen.

Das eigentlich Bemerkenswerte an den Millionen-Geschäften des KBW ist nicht einmal der hier betriebene Aufwand, sondern dessen offensichtlicher Kontrast zur politischen Talfahrt des KBW. Dem KBW sind im letzten Jahr hunderte von Mitgliedern davongelaufen, sein politisches Umfeld hat er fast völlig verloren. Die Bundestagswahlen verliefen mit rund 20.000 Stimmen blamabel. Daß die verkaufte Auflage der „KVZ" heute noch, wie seit einem Jahr angegeben, bei 32.000 liegt, glaubt kein Mensch. Der ursprüngliche Plan des KBW, noch im Winter 1976/77 wesentliche Schritte zur „Parteigründung" zu tun, mußte aufgegeben werden.



Finanzielle Auspressung der Organisation, Anschaffung kostspieliger Gerätschaften bleiben fruchtlos, wenn die mit Hilfe dieser Gerätschaften betriebene Politik nichts taugt. Und was diesen dunklen Punkt angeht, scheint der KBW sich immer tiefer in die Scheiße zu strampeln, statt daß eine Umkehr denkbar wäre.

Und außerdem: Der Anzug, den sich der KBW hier zulegt, ist ihm mehrere Nummern zu groß. Die Hoffnung, daß er nach und nach hineinwachsen könnte, ist nichtig. Es wird im Gegenteil weiter mit ihm bergab gehen. Was geschieht dann mit dem riesigen Maschinenpark, mit den „großzügig angelegten Räumlichkeiten"? Wie sind die Besitzverhältnisse? Das wäre einmal interessant. Der endgültige politische Bankrott des KBW wird zweifellos einige Leute zu Multi-Millionären machen.



Etwa 600 beteiligten sich in Kalkar

Über 10.000 AKW-Gegner beteiligten sich an 14 Orten an Osteraktionen gegen AKW's. Aufgerufen hatten hierzu örtliche Bürgerinitiativen und regionale BI-Zusammenschlüsse. Die größte Aktion fand in Biblis mit rund 4.000 Teilnehmern statt.

Die meisten dieser Aktionen waren eine Kombination von Spaziergängen und Demonstration mit Volksfestcharakter, Musik, Unterhaltung und viel Diskussion. Die örtlichen KB/Gruppen haben diese Aktionen unterstützt (außerdem hatten wir im letzten AK dazu einen Aufruf und einen Veranstaltungskalender veröffentlicht). Diese Aktionen sind unseres Erachtens eine sinnvolle Ergänzung zu den bisherigen Formen des Kampfes und sind geeignet, AKW-Gegner einzubeziehen, die an Aktionen wie in Brokdorf und Grohnde aus Angst vor militanten Auseinandersetzungen, aufgrund der Pogrom-Hetze und der Kriminalisierungsdrohungen nicht teilnehmen, aber durchaus bereit sind, sich an Protestaktionen gegen AKWs zu beteiligen. Die Aktionen haben außerdem zum Teil lebhafte Diskussionen gerade auch um die Frage der Gewalt und militanter Aktionen mit diesen AKW-Gegnern gebracht. Das wurde beispielsweise aus Biblis, Esenshamm und Kalkar gemeldet. Sicher ist es, wie die Teilnehmerzahlen zeigen, längst nicht in ausreichendem Maße gelungen, gerade diese AKW-Gegner für die Osteraktionen zu mobilisieren. Doch gibt es auch positive Beispiele wie etwa die Aktion in Altenbruch, wo es den Bürgerinitiativen anläßlich eines in Planung befindlichen AKWs gelang, 800 Menschen zu mobilisieren, darunter fast 400 aus Cuxhaven – das sind mehr als zehnmal so viele, wie zu den bisherigen Aktionen mitgefahren sind. Hier gelang es auch, überwiegend Jugendliche aus den angrenzenden Orten zu mobilisieren. Die Osteraktionen sollten in diesem Sinne auch für die Vorbereitung der in einer Reihe BIs diskutierten Aktionen zu Pfingsten und der vorgeschlagenen Pfingstcamps ausgewertet werden.

Vier Bullen auf einen Demonstranten!

Vier Bullen auf einen Demonstranten!

Deutlich wurde auch zu Ostern, daß der Staatsapparat seine in Brokdorf und Grohnde demonstrierten brutalen Machtmittel bedenkenlos auch bei „friedlichen" Demonstrationen mobilisiert. In Flensburg wurde der friedliche Osterspaziergang mehrmals brutal von der Polizei überfallen. In Kalkar mußten die Demonstranten bereits bei der Anfahrt Bullenkontrollen über sich ergehen lassen. Hier wurden 2.000 Bullen aufgeboten – auf einen Demonstranten fast vier Polizisten. In Esenshamm wurde durch das Aufschneiden des Maschendrahtzauns überhaupt erst sichtbar, daß im AKW-Gelände Bullen stationiert waren. Als das Gelände betreten wurde, tauchte sofort eine Hundertschaft auf!

Polizei und Wasserwerfer wurden auch auf den Baugeländen in Biblis und Krümmel beobachtet. In Krümmel war noch vor Ostern ein massiver Zaun um das AKW-Gelände gezogen worden. Das Gelände um das AKW war von Bullen abgesperrt. In West-Berlin überfiel die Polizei 20 Demonstranten, nahm ihre Personalien auf und zwei vorübergehend fest.

Ostern hat gezeigt, wie wichtig die Diskussion um die Frage Gewalt und Gewaltfreiheit in der Anti-AKW-Bewegung ist, denn auch friedliche Aktionen sind von gewaltsamen Aktionen der Bullen nicht verschont!

Der KBW flucht und zetert

War schon zu der Grohnde-Aktion die zentrale Devise des KBW „Lieber Radio, als aktiv", indem er am Radio den Aktionen lauschte, führte er zu Ostern diese offensichtlich vom ZK ausgegebene Richtlinie konsequent weiter. Überhaupt liegt die Hauptaktivität des KBW neben der Anti-AKW-Bewegung darin, gegen jeden Vorschlag zur Weiterentwicklung der Bewegung und für neue Aktionen zu zetern. So auch zu Ostern. An der Spitze der „vereinigten Opportunisten" wolle der „KB Nord" „an eine alte Tradition der Wandervögel anschließen" („KVZ", 7.4.). Schlimmer noch, wir hätten sogar an ein „religiöses Fest – Ostern" angeknüpft (Flugblatt des KBW in Krümmel). Daß Ostern nicht nur Jesus auferstanden ist, sondern daß dieser Tag jahrelang Aktionstag der Anti-Atomtod-Bewegung in Westdeutschland war, scheint beim KBW nicht bekannt zu sein!? In ihrer blinden Pöbelei gegen die Osteraktionen leisteten sich die KBW'ler (in Bremerhaven) noch folgende, aufschlußreiche These: „Der KB Nord nimmt zur Kernenergie den gleichen erschreckten Standpunkt ein, wie etwa die Indianer beim ersten Anblick einer Eisenbahn", wissen die zivilisierten und aufgeklärten KBWeißen zu berichten („KVZ"-Extra Bremerhaven, 8.4.). Ob sie uns „Wilden" demnächst auch noch die Segnungen der Kernenergie vermitteln werden? Wundern würde es uns nicht. Der KBW, der in der Bewegung gegen Atomkraftwerke immer mehr zu einer Randerscheinung wird, scheint offensichtlich intern darüber zu diskutieren, freiwillig aus dieser auszuscheiden.

Nur weiter so!

Osteraktionen der AKW-Gegner

Flensburg

Zu einem Ostermarsch am Karfreitagmorgen hatte die Flensburger BI gegen Atomkraftwerke aufgerufen. Der Marsch sollte zur dänischen Grenze führen. Dort war beabsichtigt, eine symbolische, vorübergehende Grenzsperre zu machen, um damit gegen die wachsende staatliche Willkür gegen AKW-Gegener zu protestieren.

Insbesondere sollte sich der Prostest richten gegen das Einreiseverbot und die Grenzschutz - Schikanen gegen dänische Brokdorf-Demonstranten.

Diese Aktion wurde von der Polizei mit Gewalt verhindert. Bereits auf dem Sammelplatz, wo sich etwa 150 AKW-Gegner versammelt hatten, erschien Polizei und forderte ultimativ dazu auf, die „Ansammlung" zu beenden, da diese nicht angemeldete Demonstration „verboten" sei. Sonst wolle die Polizei Gewalt anwenden. Unmittelbar darauf setzte sich der Zug dennoch in Richtung Grenze in Bewegung.

Der Zugang zum Grenzübergang Kupfermühle wurde von einer Polizeikette versperrt. Auf einer Nebenstraße, auf die die Demonstration zunächst unbehelligt gelangen konnte, war dann eine zweite Polizeisperre. Die Bullen machten wieder die Aufforderung, die „verbotene" Demonstration zu beenden. Es handele sich um eine „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Sprecher der Demonstranten verlangten, zur Grenze durchgelassen zu werden, da die Demonstration nicht verboten und das Vorgehen der Polizei illegal sei. Als die Bullen dazu keine Anstalten machten, mußten die AKW-Gegner, die sich auf eine direkte Auseinandersetzung mit der Polizei nicht vorbereitet hatten, umkehren. Als die Demoleitung dazu bereits aufgerufen hatte, und die Demonstranten umkehren wollten, nutzten die Bullen diesen Moment, um einen Überfall zu machen.

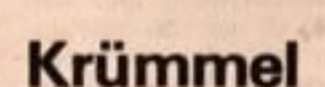
Mehrere Bullen stürzten sich auf einen AKW-Gegner und zerrten ihn an den Haaren weg. Einige, die versuchten, dem Festgenommenen zu Hilfe zu kommen, wurden mit Knüppeln geschlagen und dabei auf den Kopf getroffen. Eine Frau wurde gewürgt und zu Boden geworfen. Nach diesem Vorfall zogen die Demonstranten Richtung Flensburg zurück. Zwei weitere AKW-Gegner , die währenddessen die Freilassung des Festgenommenen verlangten, wurden ebenfalls sofort festgenommen. Ihnen wurde ein ganzes Büschel Haare dabei ausgerissen bzw. das Handgelenk umgedreht. Die Festgenommenen wurden etwa drei Stunden festgehalten und dabei erkennungsdienstlich behandelt. Erst nach zwei Stunden erfuhren sie den Grund dieser Festnahme und erhielten Gelegenheit, mit einem Anwalt Kontakt aufzunehmen.

Einem der Festgenommenen wurde nach der Vernehmung erklärt, sie müßten noch weiter in Polizeigewahrsam bleiben, bis eine angeblich noch laufende Demonstration beendet sei. Dies ist praktisch Vorbeugehaft.

Tatsächlich hatte es diese Demonstration gar nicht mehr gegeben. Vielmehr wurden die Demonstranten bei ihrem Rückzug in Richtung Flensburg erneut von Bullen gestoppt und aufgefordert, Richtung Norden zu gehen, also zurück zur Grenze. Ganz offensichtlich ging es dabei nur um Provokation und der Demonstrationszug löste sich an dieser Stelle auf.

Danach beschloß die Bürgerininitiative, am folgenden Ostersonnabend in der Hauptgeschäftsstraße eine Kundgebung aus Protest gegen die Polizeiwillkür zu machen. An der anschließenden Demonstration beteiligten sich 200 Menschen.

• • • • • • • • •



Krümmel

Ca. 2.000 AKW-Gegner kamen zu der Osterkundgebung nahe dem AKW-Krümmel, zu der neben der Geesthachter BI andere BI's aus dieser Region aufgerufen haben. Bei dieser Gelegenheit nahmen viele Menschen die Möglichkeit wahr, das AKW zu besichtigen, wobei sie allerdings ca. 100 Meter vor dem Bauplatz durch massive Polizeisperren gehindert wurden, näher an das AKW heranzukommen. Diese Kundgebung wurde von vornherein durch Behörden und Polizei massiv behindert. So wurde der Kundgebungsort vom AKW - Krümmel auf eine 2 km entfernte Wiese verlegt. Am Ostersonntag wurden von den Bullen die Straßen für Fahrzeuge weiträumig gesperrt, so daß die Demonstranten ca. 2 km zu Fuß zurücklegen mußten, um an den Kundgebungsort zu gelangen.

Die Straße vor dem AKW wurde gänzlich abgesperrt und jeder Fußgängerverkehr entlang dem AKW verboten!

Dies Provokationen gingen so weit, daß Kundgebungsteilnehmer an den Polizeisperren durchsucht wurden !

Hinweisschilder, die zum Kundgebungsort führten, wurden von den Bullen entfernt. Schon zwei Tage vor der Kundgebung wurde nach einem Termin der regionalen BI's ein Mitglied der Reinbeker Initiative für ca. zwei Stunden auf dem Weg nach Haus vorläufig unter dem Vorwand verhaftet, einen nicht ihm gehörenden PKW gefahren zu haben.

Zu diesen Vorfällen erklärten die die Osterkundgebung veranstaltenden BI's: *„Die Bürgerinitiativen erklären, daß das offen provokatorische Vorgehen von Polizei und Behörde ausschließlich dazu diente, die AKW-Gegner und die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern und vom Besuch der Kundgebung abzuhalten. Es ist ausschließlich den Kundgebungsteilnehmern zu verdanken, daß es zu keinen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen ist.*

Mit der Osterkundgebung haben die Bürgerinitiativen deutlich gemacht, daß sie die Fortsetzung des Baus und damit die Inbetriebnahme des AKW-Krümmel nicht hinnehmen......

Kein AKW in Krümmel und auch nicht anderswo !

(aus der Presseerklärung der BI's)

• • • • • • • • •

Cuxhaven

Am Ostersonntag führten die AGC (Atomkraftgegner Cuxhaven) zusammen mit verschiedenen Initiativen aus dem nordwestniedersächsischen Raum einen Aktionstag gegen das geplante AKW-Altenbruch durch.

Einige Wochen zuvor war bekannt geworden, daß das Raumordnungsverfahren wieder eingeleitet wurde. Es läuft bis zum 30.November 1977. Bereits am 10.Mai 73 beschloß der Rat der Stadt Cuxhaven, den Nordwestdeutschen Kraftwerken stadteigene Grundstücke zum Preis von 8.- per Quadratmeter zu „verschenken"! Dieses soll angeblich bisher noch nicht geschehen sein. Verkauft wurden zumindest 40 ha aus privater Hand!

Die Bauern, die dieses Gelände bis zum Baubeginn bewirtschaften, bekommen von der NWK nur einjährige Pachtverträge. Letzteres war auch der Grund dafür, daß wir von den Bauern keine Genehmigung bekamen, eine Kundgebung auf dem geplanten AKW-Baugelände abzuhalten!

Der Bau des AKW bei Altenbruch und die nachfolgende Industrie, sowie das Neuwerk-Schahörn-Projekt mit eigenem AKW mitten im Watt vor Cuxhaven, würden zu den allgemeinen Gefahren durch AKW's auch noch die Vernichtung der Grundlagen des Kurbetriebes nach sich ziehen!

Fortsetzung auf Seite 50



Diskussionsgruppen in Krümmel



800 demonstrierten in Altenbruch bei Cuxhaven

Fortsetzung von Seite 49

Aus diesen Gründen beschloss die AGC am 22.3.77 gegen den Widerstand des einzigen KBW'lers, welcher meinte, er müsse erst eine politische Einheit mit den Arbeitern und Bauern schaffen, einen Ostermarsch durch Altenbruch und dann zum Bauplatz in Zusammenarbeit mit auswärtigen Initiativen durchzuführen. Auch einige Vorstandsmitglieder der AGC stellten sich gegen diese Aktion.

Das konnte aber nicht den Erfolg der Aktion schmälern. Etwa 800 Leute (darunter fast 400 Leute aus Cuxhaven, Demonstranten aus Bremervörde, Stade, Hemmoor, Worpswede, Rothenburg, Bremerhaven, Bremen u.a.) nahmen an der Demonstration teil. Vor Beginn der Demonstration veranstaltete die Bremerhavener Initiative ein Evakuierungsspiel. Hiernach zog der Demonstrationszug durch Altenbruch und anschließend zum vorgesehenen Bauplatz, wo die Demonstration durch eine Kundgebung abgeschlossen wurde.

Ungefähr die Hälfte der Demonstranten beteiligte sich an dem anschließenden Fest in einer Kneipe. Diese Kneipe war die einzige, die wir bekommen konnten, da die Gastwirte in der gesamten Umgebung von der Polizei aufgesucht worden waren, die vor uns als „Radikale und Chaoten" gewarnt hatte.

Auf diesem Fest wurden Ansprachen der verschiedenen BI's gehalten, eine Solidaritätserklärung mit der von der Polizei am Karfreitag überfallenen Flensburger BI verabschiedet, Anti-AKW Lieder gesungen und Erfahrungen über die Arbeit im Kampf gegen AKW's ausgetauscht. Besonderer Beliebtheit erfreute sich ein Wurfspiel auf eine Albrecht-Vogelscheuche.

. . . .

Bremerhaven

Am Ostersamstag fand eine Kundgebung mit anschliessender Demonstration gegen die Inbetriebnahme des AKW Esenshamm (6 km südlich von Bremerhaven) statt. An dieser von der „Bremerhavener Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen" (BBA) getragenen Aktion beteiligten sich 200 Menschen, darunter auch AKW-Gegner aus dem Landkreis Wesermünde, wo eine Reihe von Initiativen im Aufbau sind; Mobilisiert worden war von der BBA mit einem Flugblatt und eine „Evakuisierungsübung" in der Innenstadt am Wochenende vorher, die einige Aufmerksamkeit erregte. Als einzige politische Organisation hatte der KB die Mobilisierung mitgetragen. Es zog ein bunter und kämpferischer Zug durch die Innenstadt; es gab zahlreiche Transparente, die die besondere Betroffenheit der Frauen verdeutlichen.

Die Demonstration stiess auf relativ viel Zustimmung; Flugblätter und Zeitungen fanden guten Absatz - einige Passanten reihten sich auch in den Zug ein.

In der BBA haben die anwesenden „ML"er und KBWler gegen die Demonstration gearbeitet (KBW: Manöver der KB-Opportunisten) und keinen Finger für die Mobilisierung krumm gemacht, noch sich an der Aktion beteiligt. Damit müßten diese Leute, die mit ihrer sektiererischen Politik bislang noch die Diskussion in der BBA unverhältnismäßig stark beeinträchtigen, ihr Spiel als angebliche „aktive AKW-Gegner" ausgespielt haben.

Die Lokalpresse hat die Demonstration wie schon alle anderen Aktionen der BBA vorher wiederum totgeschwiegen. Alles in allem war diese bisher größte Aktion der Bremerhavener AKW-Gegner ein Erfolg und eine Bestätigung der eingeschlagenen Linie, die versucht, alle AKW-Gegner in die Bewegung miteinzubeziehen und eine Isolierung der Militanten zu verhindern.

. . . .

. . . .

Esenshamm

Am Ostersonntag demonstrierten etwa 300 Menschen gegen die Inbetriebnahme des AKW- Esenshamm (Unterweser).

Die Inbetriebnahme dieses AKW konnte bisher durch einstweilige Verfügungen und Gerichtsurteile gegen Teilgenehmigungen, hauptsächlich gegen die wasserrechtliche (so verweigert die NWK mit Unterstützung der Genehmigungsbehörden den Bau von Kühltürmen bzw. vergleichbaren Kühleinrichtungen), hinausgezögert werden. Inzwischen steht das AKW schlüsselfertig da, ein Probebetrieb - allerdings ohne Kernbrennstoffe, fand bereits statt.

Der Ostermarsch war seit über einem Jahr, als um die 400 Leute demonstrierten, die erste öffentliche Aktion gegen das AKW. Aufgerufen hierzu hatten Vertreter der „Bürgeraktion Küste" aus Bremen, die BBA Gruppen Bremen-Nord, örtliche Initiativen und - man höre und staune - KBW. Hier handelt es sich offensichtlich um eine rechte Abweichung des Bezirks Weser - Ems.

Ebenfalls erschienen war die Polizei, die im AKW nach Aussagen eines Bullen zwei Hundertschaften bereit hielt und sich mit einigen PKW's darauf vorbereitete, im „Ernstfall" die am AKW vorbeiführende Straße abzuriegeln.

Der Marsch begann auf dem Marktplatz in Rodenkirchen und führte in z.T. heftigem Schneetreiben über drei km zum AKW. Als die Demonstration den äußeren Maschendrahtzaun um das AKW-Gelände erreichte, hatten sich Bullen und Werkschützer weitgehend zurückgezogen. Bei den Demonstranten herrschte weitgehende Ratlosigkeit, was jetzt zu tun sei. Der KBW versuchte zwar, eine seiner üblichen Kundgebungen abzuhalten, ging aber weitgehend im sofort einsetztenden Pfeifkonzert unter.

Währenddessen hatten einige Aktivisten den Maschendrahtzaun aufgeschnitten und forderten zur näheren Besichtigung des Geländes auf. Zwei Vertreter örtlicher BI's flippten daraufhin fast aus: das sei eine „Provokation",so könne man jetzt doch nichts mehr machen, das AKW stehe ja schon usw. Eine Diskussion um das Betreten des Geländes versuchten die Rechten dadurch zu verhindern, daß sie die Demonstranten zu einem Marsch um das Gelände aufforderten, dem die Mehrheit folge leistete.

Als bereits die ersten Demonstranten wieder abmarschierten, entschlossen sich dann doch noch ca. 100 Leute zum Betreten des Platzes. Dies rief sofort eine Hunderschaft Polizei auf den Plan, die die Demonstranten unter Gewaltanwendung vom Gelände vertrieb.

Die ganze Aktion litt außer unter dem schlechten Wetter vor allem darunter, daß eigentlich niemandem so richtig klar war, was man eigentlich am AKW wollte. Zwar war das Motto ausgegeben worden : „Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt" - aber dies diente den Veranstaltern offenbar mehr dazu, keine konkrete Aktion zu planen.

. . . .

Grohnde

Etwa 200 AKW-Gegner demonstrierten am 10.4. am Bauplatz des AKW- Grohnde. Rund 60 Mitglieder des Deutschen Jugendbundes für Naturbeobachtung und Mitglieder der Herforder BI nahmen die Parole „Atomeiersuchen" wörtlich. Sie veranstalteten am Ostersonntag ihr Ostereiersuchen am Bauplatz in Grohnde.

. . . .

Borken

Etwa 200 Teilnehmer beteiligten sich am Osterspaziergang zum AKW Borken bei Kassel. Die BI Marburg trat mit Liedern und einem Sketch auf. Im nahegelegnen Ort Grombeth und in kleinen Aktionen wurden Diskussionen mit der örtlichen Bevölkerung geführt. Obwohl der Einfluß des AKW-Erbauers PREAG (1.400 Beschäftigte in der Umgebung von Borken) sehr stark ist, war ein großes Interesse in der Bevölkerung an Diskussionen und Aufklärung.

Sehr unerfreulich war, daß es rechten BI-Vertretern widerstandslos (auch ohne den Widerstand unserer Genossen) gelungen ist, einen Beschluß durchzusetzen, keine „Parteiliteratur" zu verkaufen.

. . . .

Kalkar

Etwa 600 AKW-Gegner aus NRW folgten dem Aufruf einer ganzen Reihe von Bürgerinitiativen, sich am Osterspaziergang zum „Schnellen Brüter" in Kalkar und dem vor dem Baugelände stehenden Informationszentrum der Atomkapitalisten zu beteiligen. Von einer geplanten „Verschönerung" des Informationszentrums wurde Abstand genommen. Bereits kurz nach dem Aufruf zum Osterspaziergang wurde das Baugelände durch NATO-Stacheldraht zusätzlich gesichert.

Nach Informationen aus seriösen Quellen aus Kalkar sollen insgesamt über 2.000 Bullen die behelfsmäßigen Sicherungen des „Schnellen Brüters" und des Informations-Zentrums zusätzlich gesichert haben.

Der Innenminister aus NRW, Hirsch, FDP, war persönlich anwesend, um den Bulleneinsatz zu leiten.

Bereits bei der Anfahrt nach Kalkar wurden nahezu sämtliche Busse gefilzt. Den AKW-Gegnern aus Gelsenkirchen wurden dabei Helme abgenommen, Düsseldorfer Spontis mußten sich einer Leibes-
wurden dabei Helme abgenommen, Düsseldorfer Spontis mußten sich einer Leibes-
visitation unterziehen, die vom SEK (entspricht dem MEK) vorgenommen wurde. Anschließend sollten sie erkennungsdienstlich behandelt werden, was allerdings am Protest der AKW-Gegner scheiterte. Stattdessen wurden sie alle gefilmt.

Auf dem Markt von Kalkar wurden Filme von Brokdorf gezeigt, Theaterstücke aufgeführt, Musik gemacht und Flugblätter verteilt. Nachdem ein größerer Agit-Prop Trupp aus einer nahegelegenen Stadt zurück war, wurde eine lockere Demonstration durch Kalkar gemacht, an der sich — merklich aufgetaut — Teile der Bevölkerung beteiligten.

Rund 300 m vor dem AKW waren auf den Rheinwiesen Informationsstände aufgebaut, wo man in lockerer Weise diskutierte, noch einige Reden anhörte, Musik machte. Von dort machte sich ein Großteil der Demonstranten auf den Weg um das eingezäunte AKW-Gelände herum (gegen die Einwände einiger Ordner, dies sei „nicht angemeldet" und daher eine „verbotene Demonstration"). Der Zaun (Maschendraht, dahinter eine Rolle Natodraht) wurde begutachtet und als ziemlich „leicht" befunden. Spontan entwickelten sich zahlreiche Diskussionen über die Zweckmäßigkeit von Platzbesetzungen bei AKWs, die schon in Betrieb sind, ob es nicht besser gewesen wäre, „etwas zu organisieren" usw. Der stärker einsetzende Regen führte dann dazu, daß immer mehr Gruppen den Heimweg antraten und die Kundgebung auf den Rheinwiesen sich auflöste.

Auf dem Gelände des AKW konnten zwischen den Gebäuden einige Wasserwerfer und Mannschaftswagen beobachtet werden. „Draußen" trat uniformierte Polizei kaum in Erscheinung, während jedoch zahlreiche Zivilbullen die Teilnehmer schon bei der Abfahrt in den Städten „observierten". Demonstranten, die später den Platz verließen und den Abmarsch der Bullen mitkriegten, bestätigten die Pressemeldungen, in denen von massiver Polizeipräsenz (auf dem AKW-Gelände und in den umliegenden Ortschaften) die Rede war.

...

Biblis

Etwa 20 Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Neckar-Raum (zwischen Frankfurt und Mannheim/Heidelberg) riefen für Ostermontag dazu auf, sich in Groß-Rohrheim zu einer Kundgebung zu treffen und von dort vor das AKW-Gelände zu ziehen. Der Protest richtete sich gegen Block A und B des Atomkraftwerks, das mit zweimal 1300 Megawatt das größte der Welt ist, sowie gegen die geplante Erweiterung der Anlage um zwei weitere Blöcke. An zahlreichen Störfällen innerhalb der letzten 2 Jahre hat sich die Gefährlichkeit dieses gesamten Atomkomplexes gezeigt. Hinzu kommt, daß das Atomkraftwerk als Zielobjekt für Übungsflüge von NATO-Kampfflugzeugen dient !

Es kamen rund 4.000 — mehr als erwartet, und darunter nicht wenige aus den unmittelbar benachbarten Ortschaften (Groß-Rohrheim, Kreis Groß-Gerau). Auf dem Hinweg wurden eine ganze Reihe Anti-AKWAktivitäten durchgeführt. So kamen die Mainz-Wiesbadener BI-Mitglieder mit einem „Plutonium-Transport" angereist, an der Spitze des Frankfurter Konvois bewegte sich eine Fahrrad-Demo, kleine Kundgebungen wurden auf den Marktplätzen durchgeführt usw.

Philipsburg

200 Menschen folgten dem Aufruf der örtlichen BIs zu einem Ostermarsch gegen das fast fertige AKW Philipsburg. Als Redner traten örtliche BI-Sprecher auf.

...

Erdinger Moos

Ca. 400 Menschen trafen sich am Ostersonntag zu seinem „Ostermarsch" gegen das geplante KKW und den Großflughafen II in der Nähe von München. Aufgerufen hatten u. a.:

Vereinigte Bürgerinitiativen, Erdinger Spontis, Freisinger Stadtzeitung, KKW-Nein-Gruppe München und die BI Landshut.

Die Freisinger Stadtzeitung hatte Luftballons organisiert, an denen ein Flugblatt „Franzheim soll leben" hing. Hierin wurde auf die Zerstörung der Ortschaft Franzheim durch den geplanten Großflughafen hingewiesen, ebenso wie auf den Zusammenhang zu dem geplanten KKW.

„Im Namen von Wohlstand und Wachstum werden heute KKWs, Wiederaufbereitungsanlagen, Giftfabriken, Großflughäfen, Autobahnen etc. gebaut, ohne daß den Bedürfnissen der sich zunehmend bedroht fühlenden Bevölkerung Beachtung geschenkt wird.

Im Namen des Fortschritts wird berechtigter Widerstand von der Polizei niedergeknüppelt und von Staatsschutzbehörden ohne Folgen rechtswidrige Lauschoperationen durchgeführt" (aus dem Luftballonanhänger).

Auf diesen Zusammenhang verwiesen ebenfalls metergroße, eindrucksvolle Stelltafeln am Straßenrand, auf denen stand: „Wyhl, Brokdorf, Großflughafen II. Wir Kämpfen weiter!"

Verteilt wurden am Sammelpunkt und auf der Abschlußkundgebung ein Aufruf zur Demonstration gegen das KKW in Ohu am 7. Mai und ein Flugblatt einer Freisinger Frauengruppe, die zu einem Frauen-Info-Fest aufrief. Insgesamt sind 400 Menschen — noch dazu in der Nähe einer Großstadt wie München — Ausdruck der immer noch schwachen Protestbewegung in Bayern. Bis zum 7. Mai in Ohu wird deshalb noch viel zu tun sein, um die
der immer noch schwachen Protestbewegung in Bayern. Bis zum 7. Mai in Ohu wird deshalb noch viel zu tun sein, um die
Bewegung gegen Umweltzerstörung und KKWs voranzubringen und zu verbreitern.

...

Hamm/Uentrup

Am Ostermontag fand ein Osterspaziergang statt, der sich gegen den Bau des AKW Uentrup richtete. Neben den BIs aus Hamm und Umgebung hatten der AKU Münster, die BU-Dortmund und das Atombüro der Ruhr-Universität Bochum zu diesem Osterspaziergang mobilisiert. Mit diesem Osterspaziergang wollten die BIs friedlich auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam machen. Mit ca. 1.200 Osterspaziergängern fand dann auch einer der größten an diesem Wochenende in der BRD statt.

Neben dem positiven Aspekt dieses Osterspaziergangs, ist für die Mehrheit der anwesenden jedoch ein bitterer Nachgeschmack geblieben. Zum einen: Zwar versammelte man sich direkt vor dem AKW marschierte dann aber ab, weil die VEW es verbot, auf „ihrem Gelände" eine Kundgebung abzuhalten und die Bauern keine Wiese vor Ort zur Verfügung stellten, verzichtete man auf eine Kundgebung vor dem AKW. Auf die Drohung der Polizei, wenn am AKW was abläuft, den Osterspaziergang zu verbieten, ließ man sich auch ein. So fand eine Abschlußkundgebung 3-4 km vom Bauplatz entfernt auf einer Wiese statt. Die Demoroute wurde vom BI-Vorsitzenden Klaus Meyer festgelegt. Das AKW konnte man nicht mehr sehen. So wurde, je weiter man sich vom Bauplatz entfernte, die Wut der Mehrheit der Anwesenden immer größer. Man wollte zumindest am Bauplatz eine Kundgebung machen. So war es auch kein Wunder, daß die Mehrheit der Anwesenden, entweder vor oder während der Kundgebung den Platz verließen und zurückmarschierten. Am Ende waren es höchstens noch 200 - 300 Leute, die am anschließenden Osterfeuer teilnahmen.

Fortsetzung auf Seite 51


Smarty Albrecht war auch in Altenbruch dabei


Fast 200 Demonstranten beteiligten sich an der Aktion in Bremerhaven


In Esenshamm wurde der Zaun zur Bauplatzbesichtigung geöffnet.

Fast 4000 zogen vor das AKW-Biblis


Bullensperre in Krümmel

Fortsetzung von Seite 50

Als dann auf dem Spaziergang auch noch bekannt wurde, daß der Vorsitzende der BI Hamm, Klaus Meyer, (ohne Absprache und gegen den Willen der BIs) die Polizei „eingeladen" hatte, war für die meisten das Maß erst recht voll. Sie soll wie er sagte, den friedlichen Verlauf des Osterspaziergangs garantieren und den Demonstrationszug vor „ungebetenen Gästen" schützen! Die Rede war von 5 Hundertschaften Bereitschaftspolizei. Ein Wasserwerfer und ein Hubschrauber wurden ebenfalls aufgeboten. Auch muß es Meyer verantworten daß AKW-Gegner von den Bullen gefilzt worden sind.

Auf der Kundgebung aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen, erklärte er nochmals, daß er zwar die Bulleneinsätze in Brokdorf und Grohnde nicht gut fand, es aber hier gilt, die Demonstration vor „Chaoten" zu schützen.

Dazu schreibt das Atombüro der Ruhr-Uni Bochum:

„Gemeint waren wir, die Mehrheit, die auch in Brokdorf demonstrierten, die als ‚Chaoten', ‚Verbrecher' und jetzt als ‚ungebetene Gäste' verteufelt werden." Der AKU Münster *„verurteilt eindeutig, daß die Polizei von seiten des Vorsitzenden der BI Hamm (Klaus Meyer) zum ‚Schutze des Osterspaziergangs' angefordert wurde. Der AKU Münster verurteilt dieses Vorgehen auf das Entschiedenste".*

Ein solches Vorgehen von Teilen der BIs (Spaltung der Anti-AKW-Bewegung in Gewaltfreie und Kriminelle) würde die bisher gemeinsame Arbeit schwerstens belasten, weil das, was als „kriminell" gilt, von den Kernkraftwerksbefürwortern bestimmt wird. So besteht die Frage, die die BU-Dortmund aufwirft, zu Recht, und Meyer als Drahtzieher muß sich fragen lassen, ob *„es richtig ist, wenn AKW-Gegner die Polizei, die uns in Brokdorf und Grohnde brutal zusammenschlug um Schutz gegen andere AKW-Gegner anruft? Kann man zulassen, daß Meyer damit die Repression des Staates unterstützt und die von oben betriebene Spaltung in „friedliche Demonstranten" und „Terroristen" fortsetzt"* (Alle Zitate aus Flugblättern die verteilt wurden).

In diesem Sinne kann man nur unterstützen, was die BU-Dortmund schreibt, *„daß es dem Kampf gegen AKWs nicht dient, wenn die BI Hamm das AKW Uentrup als ihr ‚Privat-AKW' betrachtet und die Unterstützung anderer AKW-Gegner aus umliegenden Orten und Städten, die immer auch an einer fruchtbaren Auseinandersetzung über die richtige Art, den Kampf zu führen, interessiert sein müssen, rigoros ablehnen, bzw. das praktische Zustandekommen solcher Treffen seit 2 Monaten verhindern.*

Um eben auch im NRW-Raum eine breite AKW-Bewegung zu erreichen, ist das Zustandekommen einer Regionalkonferenz, wie sie von 18 BIs im NRW-Raum beschlossen wurde ein positiver Schritt in diese Richtung. Daher sind alle BIs aufgerufen, sich am 23.4.77 in Moers an der Regionalkonferenz zu beteiligen und zu dieser Konferenz Vorbereitungen zu treffen und Delegierte zu bestimmen.

Kein AKW in Hamm-Uentrop und auch nicht anderswo!

Keine Spaltung in „Gewaltfreie" und „Kriminelle"!

Für die Einheit aller AKW-Gegner!

Westberlin

In Westberlin haben sowohl am Ostersonntag als auch am Ostermontag Aktionen stattgefunden. Die Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk am Oberjägerweg rief zu einem Ostereiersuchen am geplanten Bauplatz im Spandauer Forst auf.

Unterstützt wurde die Mobilisierung von der im Aufbau befindlichen „Initiative von AKW-Gegnern". Diese Initiative hatte dazu aufgerufen, im Fahrrad-Auto- oder U-Bahn-Korso nach Spandau zu fahren. Letzteres war dann auch ein schöner Erfolg: Im Laufe der Autofahrt haben sich bis zu 300 Autos dem Korso angeschlossen und ca. 60 Fahrräder waren unterwegs! Besonders erfolgreich waren die U-Bahn-Korsos: Wir sind mit bemalten Ostereiern und Flugblättern („Wir lassen uns keine Atomeier ins Nest legen") von Wagen zu Wagen gezogen, was sehr freundlich aufgenommen wurde.

Trotz eisigkalter Witterung hatten sich im Spandauer Wald eine Menge Leute eingefunden. Neben Malständen für Kinder, Kuchenverkauf (u. a. von der Frauen-AE) gab es Informationsstände von der Bürgerinitiative zu den bevorstehenden Auseinandersetzungen um den Bauplatz und einen Stand der „Atomenergie-Gegner". Von uns aus wurden sehr erfolgreich Grohnde-Plakate, Plaketten und Broschüren verkauft.

Für den Ostermontag hatte die „Initiative der AKW-Gegner" geplant, im Tiergarten ein Straßentheater einzuüben und dieses dann auf dem Ku-damm aufzuführen. Auf den Aufruf hin haben sich 100 AKW-Gegner im Tiergarten zusammengefunden.

Wir hatten kaum mit der Vorbereitung begonnen, erschienen schon die ersten Bullen mit 4 Mannschaftswagen und 2 VW-Bussen. Sie gaben sich eher freundlich und diskussionsbereit und verschwanden kurz, bevor wir zum Ku-damm losziehen wollten. Wieso war ziemlich schnell klar: Mit Knüppeln und Schilden (!) haben sie sich an der Stelle aufgebaut, wo wir den Tiergarten verlassen und zum Ku-damm hinübergehen wollten. Wir beschlossen, in kleinen Gruppen über verschiedene Wege zum Aktionsort zu gehen.

Einem Trupp passierte dann folgendes: Kaum waren sie in einer etwas menschenleereren Gegend — waren sie von Bullenwagen umringt, die sie mit Blaulicht über den Bürgersteig jagten !!! Alle 20 Genossen wurden zur Personalienfeststellung festgehalten, 2 sogar vorübergehend festgenommen. Handkantenschläge und Polizeigriffe wurden dabei angewandt! Die Begründung: Teilnahme an einer verbotenen Demonstration!

Auf dem Ku-damm an der Gedächtniskirche ging es dann munter weiter mit den Bullenprovokationen.

Während die „Direktübertragung des Sender Freies Berlin vom Bauplatz des AKW am Ku-damm" begann, starteten die Bullen eine Fotoaktion: In 5er Trupps in voller Bullenmontur rasten sie um unsere Gruppe herum und fotografierten alle, ehe wir überhaupt reagieren konnten. Wenn sich jemand dagegen gewehrt hat, indem er z. B. ganz harmlos den Bullen ein Flugblatt vor die Nase hielt, damit sie sein Gesicht nicht fotografieren konnten, haben sie ihn brutal zur Seite gestoßen, das Flugblatt weggerissen und — zack, war er auf der Platte!

Ebenso wie schon vorangegangene Aktionen hat auch dieses Straßentheater bei der umstehenden Bevölkerung Anklang gefunden. Das konnten die Bullen nicht verhindern.

***

Nach Berichten von Genossen aus Flensburg, Reinbek, Cuxhaven, Bremerhaven, Göttingen, Köln, Bochum, Hamm, Frankfurt, Nürnberg und Westberlin





Theatergruppe in Kalkar

Hameln

Am 1.4. führte der Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL) in Hameln eine Podiumsdiskussion unter dem seltsamen Titel „Mußte es zum 19.3. in Grohnde kommen?" durch. Der WSL erklärte gleich zu Beginn, daß über alles debattiert werden könne, nur nicht über den 19.3. in Grohnde, das sei durch die Presse ausreichend breitgetreten worden. Es sollte also kein Wort über die Diffamierungs- und Kriminalisierungsversuche der bürgerlichen Presse verloren werden. Stattdessen hatte der WSL einen Ministerialdirigenten aus dem Sozialministerium aus Hannover und einen Kernenergiefachmann von der NWK eingeladen.

Sehr dreist versuchten diese Herren die altbekannten Lügen über die Ungefährlichkeit der AKWs, die Unabhängigkeit der bei der Atomindustrie angestellten Gutachter etc., an den Mann / die Frau zu bringen.

Das ist ihnen nur zum Teil gelungen. Auch vor dem gutbürgerlich geprägten Publikum (insgesamt waren 300 Besucher anwesend) erhielten AKW-Gegner, die diese „Argumente" entlarven konnten und sich für weitere Besetzungsaktionen aussprachen, einigen Beifall.

Dem WSL muß vorgeworfen werden, daß er eine Veranstaltung organisiert hat, auf der bezahlte AKW-Befürworter massenweise Zeit hatten, ihren Unfug darzustellen und bei der es AKW-Gegenern nicht erlaubt war, den brutalen Polizeieinsatz am 19.3. anzusprechen.

Erfreulich ist, daß dieses Verhalten von den örtlichen BIs mehr und mehr in Frage gestellt wird. Ein Sprecher der Initiative in Bodenwerder, der bisher auf Schirr-Kurs (WSL) war, sagte anschliessend: *„Wir entziehen H.Schirr die Erlaubnis, in Zukunft für alle Bürgerinitiativen im Weserbergland zu sprechen."* Und ein K.H. Gerstenberger von der BI / Grohnde / Kirchohsen sagte in den „Pyrmonter Nachrichten" vom 1.4.77: *„Wir wollen nicht als Unterorganisation des WSL gelten."*

KB / Gruppe Göttingen

***

Reinbek

An die 300 - 400 Jugendliche kamen am 2. April zu einer „AKW-Nee Rockfete" ins neue Reinbeker Jugenszentrum. Eingeladen hatte die „Arbeitsgruppe Atomkraftwerke" im Jugendzentrum. Neben Büchertisch, Videofilm zum 19.2. in Brokdorf, Wandzeitungen und Plakaten wurden Anti-AKW-Lieder gespielt. Später sorgte die Gruppe Alcatraz für Stimmung. Diese Veranstaltung war im großen und ganzen positiv — so jedenfalls die Meinung der AKW-Gruppe.

Ganz im Gegensatz dazu griffen insbesondere einige AWO (Arbeiterwohlfahrt)-Gruppenmitglieder (das JZ steht
nung der AKW-Gruppe.
Ganz im Gegensatz dazu griffen insbesondere einige AWO (Arbeiterwohlfahrt)-Gruppenmitglieder (das JZ steht
unter der Trägerschaft der AWO) den Abend als zu „einseitig", „KB-Veranstaltung", „chaotisch" etc. an. Einige von ihnen gingen sogar soweit, von der AKW-Gruppe zu verlangen, auch die „andere Seite zu berücksichtigen" und auch Pro-AKW-Material auszulegen, um so *„die Jugendlichen nicht zu verschrecken"*!

Dies wurde in der AKW-Gruppe natürlich zurückgewiesen, als sehr merkwürdiges „Demokratieverständnis". Gerade auch mit dieser Veranstaltung wollte man der einseitigen Information in Presse, Funk und Fernsehen zugunsten der Atomindustrie und der Hetze gegen die Anti-AKW-Bewegung etwas entgegensetzen. Bei der Masse der Jugendlichen und Mitgliedern von umliegenden Bürgerinitiativen fand die Veranstaltung jedenfalls breiten Anklang.

Ein KB-Genosse aus Reinbek

***

Bremervörde

Um gemeinsam eine Zusammenarbeit der BIs und Anti-AKW-Gegner im Elbe-Weser-Dreieck anzustreben, fand in Bremervörde am 6.4. eine regionale Veranstaltung statt. Die Veranstaltung würde getragen von : BI Stade, BI Bremervörde und AKW-Gegnern aus Hemmoor. Der besondere Anlaß für diese Veranstaltung war die Mobilisierung für den Ostermarsch in Altenbruch. Hierzu hielt ein Vertreter der AGC (Atomkraftwerksgegner Cuxhaven) ein ausführliches Referat. Neben Vertretern der AGC waren noch Vertreter der BI Bremerhaven und der BI Topstedt anwesend.

Zwei Mitglieder der BI-Gruppe Chemie Hamburg gegen AKWs machten den Arbeitsplatzschwindel der AKW-Betreiber deutlich. Dieses Thema war der Schwerpunkt des Abends.

Zu den Ergebnissen dieser Veranstaltung (es waren über 50 Besucher gekommen) kann man sicher die sehr erfolgreiche Demo am Ostersonntag in Altenbruch zählen. Um die Bewegung noch mehr in auch ländliche Gebiete zu tragen, wurde die Möglichkeit von Patenschaften diskutiert. D.h., daß eine starke Initiative eine schwache Gruppe mit Veranstaltungen etc. unterstützt.

KB / Gruppe Stade

***

Hanau, Frankfurt

Zu diesem Thema fanden am 1. und 2. April zwei Veranstaltungen statt, eine in Hanau, eine in Frankfurt. Aufgerufen dazu hatte eine Aktionseinheit bestehend aus:

Frauengruppe Hanau, Frauengruppe an der Frankfurter Bettina-Schule, eine Frauengruppe am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften sowie die KB-Frauengruppe und unorganisierte Frauen.

An beiden Veranstaltungen beteiligten sich rund 60 - 80 Leute. Neben Frauenliedern gegen AKWs wurde auch noch ein Theaterstück von den Frauengruppen aufgeführt, nach dem Muster des bekannten „KKW-Nein-Rag" von Mossmann. Auch wenn die Zahl der Teilnehmer an beiden Veranstaltungen nicht umwerfend gewesen ist, ist es ein kleiner Erfolg für uns gewesen, da wir neue Frauen kennenlernen konnten, mit denen wir weiter gemeinsam in den Bürgerinitiativen arbeiten können.

KB-Frauengruppe Frankfurt

***

Bredstedt

Am 7.4. fand in Bredstedt (im Norden von Schleswig-Holstein) eine erste Anti-AKW-Veranstaltung statt. 35 - 40 jüngere Leute nahmen daran teil. Die Flensburger BI gegen AKWs zeigte einen Lichtbildervortrag über die Ereignisse bei der Großkundgebung in Grohnde.

In einer teilweise sehr heftig geführten Diskussion wurden wir mit folgenden Fragen konfrontiert: „Warum habt ihr Helme mitgebracht? Damit habt ihr doch provoziert! Wenn ihr den Zaun angreift, so seid ihr es doch, die Gewalt anwenden! Warum sagt ihr immer ‚Bullen'? Die tun doch auch nur ihre Pflicht — die können doch gar nicht anders. Wenn der Staat seine AKW-Bauplätze derart massiv verteidigt, und ihr rechnet damit, ist es dann nicht total sinnlos gegen solche Festung anzustürmen?"

Die Veranstalter der Flensburger BI vertraten demgegenüber den Standpunkt, daß der Staat gegen den erklärten Willen der Bevölkerung rücksichtslos AKWs baut: Darin bestehe die Gewalt! Unsere Aktionen (wie z.B. die Versuche zu Bauplatzbesetzungen) seien als Notwehr anzusehen.

Ohne eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen ging die Veranstaltung zu Ende. Beschlossen wurde dennoch der Aufbau einer Bürgerinitiative.

Ohne eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen ging die Veranstaltung zu Ende. Beschlossen wurde dennoch der Aufbau einer Bürgerinitiative, zu der sich schon vorher mehrere Interessierte zusammengefunden hatten.

Zwei Genossen aus Flensburg

***

Sörup / Satrup

Am 5.4. fand eine Veranstaltung der Bürgerinitiative Sörup/Satrup (zwei Dörfer in der Nähe Flensburgs) statt, an der ca. 20 Menschen teilnahmen. Die BI hatte sich erst eine Woche vorher spontan mit sieben Personen gegründet und mit Flugblättern mobilisiert. Es wurden Lichtbilder über die Aktion am 19.3. in Grohnde gezeigt. Danach fand eine rege Diskussion statt über Fragen wie Platzbesetzung, Gefährlichkeit von AKWs, Repression gegen AKW-Gegner usw. Einig war man sich darüber, in Zukunft als selbständige BI zum Kampf gegen AKWs beizutragen. Dieses Beispiel zeigt, daß die BIs in den Städten noch viel mehr in dieser Richtung initiieren müssen, um dem Interesse auf dem Land gegen AKWs Rechnung zu tragen.

KB / Gruppe Flensburg

***

Viöl

Am 13.4. fand in Viöl (bei Husum) die 1. Veranstaltung gegen Atomkraftwerke mit dem „Roten Kaktus" und 30 Besuchern statt. Vorher hatte die Kirchenleitung einen Raum verweigert und auch der Bürgermeister verbot am Mittag die Veranstaltung im Raum der Landjugend, nachdem er ein Plakat abgerissen hatte. Während der Veranstaltung entschloß man sich, eine BI zu gründen. Am Anfang will sich die BI selbst über die Gefahren und andere Fragen der AKWs informieren, dann will sie verstärkt Öffentlichkeitsarbeit leisten. Nach der Veranstaltung begann schon spontan die erste Aktion. Man ging zum Bürgermeister und hielt ihm ein Ständchen: „Wehrt Euch..."

Eine Viöler AKW-Gegnerin

Krümmel: Schlagstock und Chemical-Mace im Stiefelschaft der Bullen

Krümmel: Schlagstock und Chemical-Mace im Stiefelschaft der Bullen

Ein „kleiner Zwischenfall"

Kalkar. Bei der Aktion am 10.4. gegen den „schnellen Brüter" in Kalkar filmte ein Kollege, wie schon in Brokdorf und Grohnde, den Verlauf der Demo. Als er dabei auch die umstehenden Passanten aufnehmen wollte, stieg aus einem parkenden Zivil-Pkw ein Mann aus und sagte: „Tu' die Kamera weg, sonst hast du sie zum letzten Mal gesehen". Als der Kollege eine Erklärung forderte, wurde ihm gesagt, es sei verboten, „Dienstfahrzeuge" (?) zu fotografieren. Da sich der Mann trotz Aufforderung nicht auswies, filmte der Kollege weiter. Daraufhin kamen beide Männer, die in dem Wagen gesessen hatten, hinter dem Kollegen her, der sich in die Menge der Kundgebungsteilnehmer zurückzog und vorsichtshalber seine Kamera an Bekannte abgab. Die beiden Männer stellten den Kollegen in der Menge, wiesen sich (nach wiederholter Aufforderung durch Umstehende) mit ihren Blechmarken als Bullen aus und zerrten den Kollegen in ihren Wagen. Als einige Kundgebungsteilnehmer den Wagen am Abfahren hindern wollten, fuhren sie brutal in die Menge hinein und verschwanden mit ihrer „Beute".

Der Kollege wurde von den beiden (die übrigens, wie sich herausstellte, außer ihren Marken keinerlei Ausweise bei sich hatten!) in die Einsatzzentrale der Bullen auf dem Reaktorbaugelände gebracht und dort mit Gewalt (Armumdrehen) durchsucht und mehrfach (zunächst heimlich!) fotografiert. Dann mußte er in einem riesigen leeren Raum, der offenbar für die Aufnahme einer großen Zahl von Festgenommenen hergerichtet war, etwa eine Stunde lang warten. Der Kollege hatte während der ganzen Prozedur mehrfach einen Anwalt zu sprechen verlangt, was jedesmal verweigert wurde mit dem Hinweis, das könne er vor der Vernehmung zur Sache machen.

Der Kollege wurde schließlich in die Justizvollzugsanstalt im ca. 15 km entfernten Kleve gebracht und dort „erkennungsdienstlich behandelt"; insgesamt wurden seine Personalien dreimal (!) aufgenommen, er wurde mindestens fünfmal fotografiert!

Endlich kam man zur „Befragung zur Sache". Als der Kollege sagte, er werde ohne vorherige Rücksprache mit einem Anwalt keine Aussage zur Sache machen, ließ man ihn nicht etwa mit einem Anwalt sprechen, vielmehr mußte er eine weitere Stunde warten. Dann wurde ihm gesagt, er könne jetzt gehen. Als er verlangte, zum Demonstrationsort nach Kalkar zurückgebracht zu werden, versuchten die Bullen, ihn gewaltsam rauszuwerfen („Sie wollten doch einen Osterspaziergang machen"!), indem sie ihn die Treppe zum Ausgang hinunterzustossen versuchten. Er hielt sich jedoch am Geländer fest und verlangte eine schriftliche Bestätigung, daß die Bullen nicht verpflichtet seien, ihn zurückzufahren. Dies führte zu einem längeren Hin und Her, bis schließlich (offenbar auf Anweisung von „höherer Stelle") ein Wagen bereitgestellt wurde, der ihn nach Kalkar zurückbrachte.

Den Aussagen der Bullen konnte er entnehmen, daß er mit einer Anklage wegen

a) Widerstand gegen die Staatsgewalt,
b) Verletzung des Persönlichkeitsrechts der von ihm fotografierten Bullen und
c) Zeugnisverweigerung

zu rechnen habe!

Egal, ob ein Prozeß mit den angekündigten Anklagepunkten stattfindet oder nicht: hier wird versucht, durch massives Vorgehen gegen Einzelne die gesamte Bewegung einzuschüchtern und zu kriminalisieren!

(Der Hergang des „Zwischenfalls" wurde von dem Kollegen nach seiner Freilassung auf der Abschlußkundgebung in Kalkar berichtet.)

Nachrichten vom Widerstand (Ausland)

„Ultrazentrifuge — weg damit!“

Niederlande:Die von der BRD geforderte Vergrösserung der Urananreicherungsfabrik im niederländischen Almelo, der Ultrazentrifuge (gemeinsam von Großbritannien, der BRD und den Niederlanden betrieben) ist seit einem halben Jahr Gegenstand scharfer Differenzen in der Zweiten Kammer und öffentlicher Proteste.

Am Sonnabend, dem 2. April, fand in Almelo, nahe der westdeutschen Grenze, eine große Demonstration statt gegen die Vergrößerung der dortigen Ultrazentrifugefabrik. Die Veranstalter schätzten die Anzahl der Teilnehmer auf 10.000, die Polizei gab 5.000 an. Zu der Demonstration hatten die Initiatoren eines Offenen Briefes an die niederländische Regierung, der von Tausenden unterschrieben worden war, aufgerufen.

Für die Demonstration war in den ganzen Niederlanden durch Komitees von Mitgliedern aus CPN (die revisionistische KP), PPR (Politische Partei der Radikalen), PSP (Pazifistisch-Sozialistische Partei), PvdA (Sozialdemokraten) und Milieugruppen mobilisiert worden. Auch aus der westdeutschen Grenzstadt Gronau war eine Delegation der örtlichen Bürgerinitiative zugegen.

Während der Demonstration wurden Sprechchöre angestimmt: *„UC weg ermee“* (UC - Abkürzung für Ultrazentrifuge - weg damit), *„Van Agt kan ontploffen, geen bom voor de moffen“* (Van Agt - rechtskatholischer Vizepremier - kann explodieren, keine Bombe für die Moffen - Scheltwort für die Deutschen aus der Zeit des II. Weltkrieges)und *„Geen UC voor Strauss Armee“ (Kein UC für Strauß 'Armee)*.

Am Tag vor der Demonstration hatte die niederländische Regierung beschlossen, die Entscheidung über das westdeutsche Verlangen nach Vergrösserung der Ultrazentrifuge vorläufig auszusetzen.

Die Demonstration wurde mit einer großen Kundgebung abgeschlossen. Bei den Sprechern spielten die nahenden Wahlen (am 25. Mai) eine deutliche Rolle.

Die PPR-Listenführerin Ria Bekkers betonte die Risiken, die eine weitere Entwicklung der Atomenergie mit sich bringen.

Das Parlamentsmitglied Fre Meis sah als die größte Gefahr: „Westdeutschland und Brasilien dürfen nicht mit Hilfe der Niederlande die Verfügung über Kernwaffen erhalten. Darum keine Vergrößerung der Ultrazentrifuge.“ Meis griff die PPR- und PvdA- Minister scharf an, die sich in Worten besorgt über die Verunreinigung der Umwelt zeigten, aber an einem so lebensgefährlichen Projekt wie Almelo mitarbeiten würden : „Die-
der Umwelt zeigten, aber an einem so lebensgefährlichen Projekt wie Almelo mitarbeiten würden : „Die-
se Leute haben nicht das Recht, besorgt zu tun wegen der Umwelt, solange sie an der gefährlichsten Verschmutzung mitarbeiten, die es gibt.“ Das brachte ihm einige Buhrufe der anwesenden Anhänger der Regierungsparteien ein. Daß es das Ziel der CPN war, die Kundgebung zu einer Wahlveranstaltung zu machen, wurde auch deutlich, als nach Meis' Beitrag die CPN Anhänger mit Sprechchören einsetzten : *„Van Agt eruit, de CPN erin“* (Van Agt raus, CPN rein). Das ist die zentrale Wahlparole der CPN, womit sie sich anbietet, an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen.

Der letzte Sprecher, Flip Buurmeijer von der PvdA-Parteiführung, wurde gleich mit Buhgeruf empfangen. Er stellte in den Vordergrund, daß der PvdA-Wahlkongreß sich gegen die Vergrößerung der Ultrazentrifuge ausgesprochen hatte, verschwieg jedoch, daß die PvdA-Minister unter bestimmten Bedingungen Fürsprecher der Vergrößerung sind. Seine Ansprache wurde fortwährend durch den Gesang von *„Keine Worte, sondern Taten“* unterbrochen.

Einige Tage nach der Demonstration wurde bekannt, daß der niederländische Wirtschaftsminister Lubbers (Katholische Volkspartei) die Vergrößerung der Anlage durchsetzen will. Die Besprechungen des Außenministers Van der Stoel (PvdA) mit der brasilianischen und der westdeutschen Regierung hätten gute Fortschritte gemacht. Lubbers versprach, daß die Vergrößerung der Fabrik so geschehen solle, daß Gewinne erwartet werden können.(„Volkskrant“, 4.4.77)

Hiermit sollen offensichtlich die großen Konzerne, die schon vor längerem klargemacht hätten, an einer weiteren finanziellen Beteiligung an der Ultrazentrifuge nicht mehr interessiert zu sein (Philips, Shell u.a.) , wieder animiert werden.

Sollte jedoch eine Vergrößerung noch unter dem zurückgetretenen Kabinett versucht werden, würde das eine rasche Zunahme der Protestbewegung bedeuten. Eine erste Auswirkung würde das bei dem großen Treffen der Milieu und Anti-Atom-Gruppen am 23. April in Utrecht haben.

Ein niederländischer Genosse



Aus „De Waarheid“ (2.4.77), Tageszeitung der revisionistischen KP (CPN)

Erfolgreicher Kampf gegen AKW's

Österreich. Wie bereits kurz in AK 102 berichtet, beteiligten sich einige tausend AKW-Gegner am 24. März am Kampftag gegen AKW's.
In Wien demonstrierten über 3.000.
In Salzburg gab es zwei Demonstrationen mit jeweils etwa 200 Teilnehmern (eine u.a. vom KBÖ - KBW-Bruder- organisierte und eine von verschiedenen linken Gruppen und Trotzkisten organisierte).
In Graz demonstrierten 600
In Linz,Innsbruck und Klagenfurt jeweils etwa 100 (alle Zahlen, außer Wien, laut „rotfront“, April 77).

Damit haben in Österreich erstmals in größerem Umfang AKW-Gegner ihren Protest auf die Straße getragen und den Beginn für eine breitere AKW-Bewegung gelegt.

Vonrangegangen war der Versuch der sozialdemokratischen Kreisky-Regierung, über „demokratisch“ getarnte „Informationsveranstaltungen“ den Boden für die Verwirklichung ihres Atomprogramms zu bereiten und den Eindruck zu erwecken, nichts sei entschieden, die Bevölkerung könne mitentscheiden etc. Daraus wurde nichts. Neun solcher Regierungsveranstaltungen wurden zu Tribunalen gegen AKWs und das Atomprogramm durch AKW-Gegner umfunktioniert. Die zehnte wurde von der Bundesregierung angesichts der Protestaktionen abgesetzt!

„Modell Deutschland“

Ihr wahres Gesicht zeigte die Kreisky-Regierung, die mit ihrem Vorgehen offensichtlich auch die Erfahrungen bei der Durchsetzung des Atomprogrammes in der BRD berücksichtigen wollte, bei der Vorbereitung des Anti-AKW-Kampftags. In bekannter „Chaoten“- Hetze wurden die AKW-Gegner diffamiert.
Nach dem (Atom-)„Modell Deutschland“ wurden nahe der Baustelle des AKW-Zwentendorf bei Wien außer starken Polizeieinheiten auch Heerestruppen aufgeboten:*„Falls es zu einem Überfall auf die Baustelle kommen und es notwendig sein sollte, Sicherheitstruppen einzusetzen, stünde auch eine geübte Truppe des niederösterreichischen Militärkommandos zur Verfügung, die erst am 16. März eine entsprechende Übung mit mehr als 3.000 Soldaten, 20 Hubschraubern und 160 Lastkraftwagen abgehalten hat“* („Die Presse“, 24.3., nach „rotfront“).

Hierbei hat sich die Kreisky-Regierung offensichtlich Rat bei ihren sozialdemokratischen Freunden in der BRD geholt, die ebenfalls mit derartigen Bürgerkriegsmanövern bisher allerdings erfolglos versuchen, die Anti-AKW-Bewegung zu zerschlagen.
manövern bisher allerdings erfolglos versuchen, die Anti-AKW-Bewegung zu zerschlagen.

Auch in Österreich befinden sich die bürgerlichen Parteien bei der Verwirklichung des Atomprogramms in einer schwierigen Situation. Während in der Bevölkerung sehr schnell die Gegnerschaft gegen AKWs wächst, wandern sie auf dem schmalen Grat zwischen Erhaltung und Gewinnung von Wählerstimmen und den Bekenntnissen zu Atomkraftwerken.

Die Sozialdemokraten als Regierungspartei tragen die offizielle Verantwortung für die Durchsetzung des Programms und versuchen, Zeit zu gewinnen und die anderen Parteien in die Verantwortung zu ziehen.

Die der CDU vergleichbare „Volkspartei“ (ÖVP) versucht nach außen hin den Eindruck zu erwecken, sie wäre gegen das Atomprogramm. Das bereitet ihr allerdings Bauchschmerzen, denn es ist die Regierung der ÖVP gewesen, die vor Jahren Plan und Bau des AKW-Zwentendorf beschlossen hatte. Neben der SPÖ und der FPÖ hat sich mittlerweile auch die ÖVP für die von den AKW-Gegnern bekämpfte Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf eingesetzt. Daß die angebliche „Gegnerschaft“ der ÖVP nichts als Demagogie ist, beweist der Ausspruch ihres Energieexperten König: *„Es wird sich keine Alternative zu den Atomkraftwerken anbieten. Ersetzen wir sie durch konventionelle Kraftwerke, würden wir aus Österreich ein zweites Ruhrgebiet machen. Das bringt eine ungeheure Belastung der Luft. Atomkraftwerke sind im Vergleich viel umweltfreundlicher“* („profil“ 44/76).

Ähnlich verhält sich zur Zeit auch die bürgerliche Oppositionspartei FPÖ. Die schwarz-braunen haben allerdings nicht die Belastungen der direkten Verantwortung zu tragen.

Insgesamt also auch in Österreich erfreuliche Verwirrung und Einengung des Betrugsspielraumes der bürgerlichen Parteien. Die Anti-AKW-Bewegung kann davon profitieren.

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen



Protest der AKW-Gegner auf einer Regierungsveranstaltung im Januar in der TU Wien



Bauplatz des Reaktors Zwentendorf bei Wien. Gegen die geplante Inbetriebnahme wurde am 24.3. demonstriert.

Bauplatz des Reaktors Zwentendorf bei Wien. Gegen die geplante Inbetriebnahme wurde am 24.3. demonstriert.



Über 3.000 demonstrierten am 24.3. in Wien

Leserbrief eines kolumbianischen Genossen

Ein kolumbianischer Genosse schickte uns unter der Überschrift *„Was ein Kolumbianer über Brokdorf erfährt“* die Übersetzung eines Brokdorf - Artikels aus einer kolumbianischen Tageszeitung, die wir hier in Auszügen abdrucken.

„Unruhen in Deutschland wegen anti-nuklearer Proteste Brokdorf (BRD) 19.Februar“

Ungefähr 6.000 Polizisten wurden beauftragt, jeden Versuch einer Besetzung eines KKW-Geländes zu verhindern. Der Auftrag lautete, daß sie den demonstrierenden Gruppen Widerstand leisten sollten.

Kanzler Schmidt sagte, daß er notfalls auch die Truppen des Bundesgrenzschutz gegen die - von ihm so genannte - „fanatische Minderheit“ einsetzen würde.

Die Polizei, die das Gelände - Schauplatz von zwei großen Demonstrationen Ende vorigen Jahres - bewacht, ist mit Wasserwerfern, Tränengas und Gasen mit lähmender Wirkung bewaffnet ...

Die Demonstration steht unter der Schirmherrschaft der Komitees der Bürgerinitiative, der KPD (maoistische Orientierung), des unabhängigen Kommunistischen Bundes und verschiedenen anderen linksgerichteten Gruppen ...

Die Demonstranten sagten,daß sie sich gegen den Bau von KKW's wehren, weil sie gefährlich wären.“

Für die Lateinamerikaner wird der Kampf gegen AKW's allmählich auch immer aktueller : Außer dem bekannten AKW in Atucha/Argentinien und den geplanten Anlagen in Brasilien wird demnächst in Peru mit dem Bau eines AKW (von Argentinien geliefert) begonnen. Kolumbien hat einen Vertrag mit Spanien zur Erschließung und Nutzung von Uranvorkommen abgeschlossen.

In Argentinien ist bereits ein zweites AKW im Bau, vier weitere - mit einer Stärke bis zu 1.000 Megawatt - sind geplant. Uruguay und Ecuador haben sich schon sehr interessiert gezeigt.

Und leider fehlt in dieser Reihe auch Kuba nicht. Mit Hilfe der Sowjetunion (bekanntlich ein besonderer Garant für „Sicherheit“) soll im Laufe der nächsten Fünfjahresperiode das erste (!) AKW gebaut werden.

Lateinamerikakommission

Italien Italien Italien Italien Italien Italien Italien Italien Italien Italien

In Italien sind bisher erst drei kleine AKW's mit einer Gesamtleistung von 600 MW in Betrieb (zum Vergleich: allein das AKW Brokdorf soll eine Leistung von 1.300 MW haben); 12 weitere AKW's sollen bis 1985 gebaut werden. Insgesamt liegt Italien damit unter den imperialistischen Staaten ziemlich hintan. So hat in Italien auch erst in letzter Zeit die Formierung einer Anti-AKW-Bewegung begonnen. Bisherige Stationen waren zwei Aktionen in Montalto die Castro (Latium) – die eine im Januar mit etwa 1.000 und die zweite im März mit rund 15.000 Teilnehmern.

Am 2./3. April hat in Verona unter dem Motto „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“ ein nationaler Kongress der italienischen AKW-Gegner stattgefunden, an dem mehr als 800 Menschen teilnahmen. Sie vertraten Anti-AKW-Initiativen aus ganz Italien sowie die unterstützenden Organisationen Democrazia Proletaria (Bündnis von Avanguardia Operaia und PdUP), Radikale Partei, Lotta Continua, Christen für den Sozialismus, Gewaltfreie Bewegung und Medicina Demokratica.

Die Kongressteilnehmer beschlossen zum einen, sich stärker um eine Einbeziehung der Gewerkschaften in den Kampf zu bemühen, und zum anderen einen Antrag, der von den Abgeordneten der Democrazia Proletaria und der Radikalen Partei ins Parlament eingebracht werden soll – Einstellung sämtlicher Bauarbeiten für AKW's und Volksentscheide der regionalen Bevölkerung über den Bau von AKW's.

In Italien stellt sich derzeit noch die grundlegende Aufgabe, überhaupt erst einmal durch Information ein breiteres Bewußtsein über die Gefahren der AKW's zu schaffen, da hierzu, wegen der vergleichsweise bescheidenen Entwicklung in Italien, bisher kaum gearbeitet wurde. Hinzu kommt, daß sich die italienischen Revisionisten ausdrücklich für die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ stark machen und die sich formierende Anti-AKW-Bewegung als „Bündnis von Prinzen, Großgrundbesitzern und Sektierergrüppchen“ diffamieren. Ebenso äußern sich die Gewerkschaften, wobei die Demagogie der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ ausgiebigst strapaziert wird.

Guernesey

In Guernesey (Insel im Ärmelkanal) und in Jersey sind zwei Komitees gegen die Atomkraftwerke gegründet worden.

Sie wollen die Inselbevölkerung gegen die radioaktive Verseuchungsgefahr mobilisieren, die der Inselbevölkerung durch das Atomenergieprogramm droht. Eine größere Demonstration ist dort für den 21. April geplant.

Kurzmeldungen

Atommüllager doch nach Nordbayern?

Nachdem es heftige Proteste gegen ein zentrales Atommüllager in Niedersachsen – bis hinein in die bürgerlichen Parteien – gegeben hatte und mit Gorleben nur ein „vorläufiger Standort" bekanntgegeben wurde, diskutiert die bürgerliche Presse inzwischen Pläne für eine Übergangs-„lösung".

So erklärte der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (GWK), daß die GWK nicht auf das sich Jahre hinziehende Genehmigungsverfahren für Gorleben (??) warten will. Stattdessen will sich die Gesellschaft – die für alle zwölf westdeutschen Elektrizitätsunternehmen, die AKW's betreiben die Entsorgung vornehmen soll – schon jetzt nach Zwischen„lösungen" umsehen („Nürnberger Nachrichten", 2.3.77). Hierbei wurden auch Standorte in Bayern in die Diskussion gebracht. Ob bei derlei Überlegungen wohl die Stärke der norddeutschen BI's (speziell BUU) wohl eine Rolle spielt?!

Am Tag nach Erscheinen dieser Nachricht in der bayrischen Presse dementierte ein Sprecher des bayrischen Ministeriums für Landes- und Umweltfragen diese Meldungen.

In diesem Zusammenhang wurde allerdings bekannt, daß die Bayernwerke AG zur Zeit dabei sind, die Kapazität der Abklinggbecken (Wasserbecken, in denen die verbrauchten Brennstäbe lagern) bei den Reaktoren in Ohu und Grundremmingen zu erweitern. Genehmigungen hierfür stehen jedoch noch aus („Nürnberger Zeitung", 3.3. 77).

Trotz der Dementis der bayrischen Regierung erklärte der Vorstandssprecher der GWK eine Woche später: *„Wir haben keinen Grund, die Standortsuche in Bayern abzublasen. Von einer Ablehnung sei nichts bekannt. Man hat uns nur abgeraten, einen Genehmigungsantrag zu stellen"* („NZ", 10.3. 77).

Die „NZ" erwog daraufhin folgende nordbayrische Kraftwerke für mögliche Standpunkte:

- der 15 MW Versuchsreaktor in Kahl/Main,
- das Gelände des stillgelegten Atomkraftwerks in Großwelzheim wo die RWE große Grundstücke besitzt,
- das im Bau befindliche Kernkraftwerk in Grafenrheinfeld,
- ein 150 MW Kohlekraftwerk in Karlsstadt bei Großwelzheim,
- und das Bayern-Kraftwerk in Aschaffenburg.

KEIN ATOMMÜLLAGER IN BAYERN UND AUCH NICHT ANDERSWO – AUCH KEIN ZWISCHENLAGER!

KB/Gruppe Nürnberg

„Unkalkulierbare Schäden"

Fast jeder hat eine Haftpflicht- oder Hausratversicherung. Es heißt, daß eine Versicherung „kalkulierbare Schäden" kollektiv trägt (durch die Mitgliedsbeiträge, bzw. Prämien).

Nun weiß wohl alle Welt, daß die Betreiber von Atomkraftwerken immer wieder behaupten, es gäbe keine unkalkulierbaren Gefahren, Atomkraftwerke seien „vollkommen ungefährlich" usw. usf.

Es stellt sich dann nur die Frage, warum die größten Kalkulierer von Schäden und Gefahren, die Versicherungen, folgenden Passus verbindlich in ihren „Allgemeinen Geschäftsbedingungen" haben (die im übrigen vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen akzeptiert und genehmigt sind):

„Ausgeschlossen sind Ansprüche wegen Schäden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehen mit energiereichen ionisierenden Strahlen (z.B. von radioaktiven Substanzen emittierte Alpha-, Beta- und Gammastrahlen sowie Neutronen oder in Teilchenbeschleunigern erzeugte Strahlen) sowie mit Laser und Maserstrahlen."

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Bundesregierung finanziert den BBU

80.000 DM hat im vergangenen Jahr das Bundesministerium für Forschung und Technologie an den „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBU; Wüstenhagens legendärer Verein mit 100 000en von Mitgliedern und Millionen Anhängern ...) gezahlt. Weitere 250.000 DM wurden vom „Bundesverband" beantragt.

Die 80.000 DM wurden vom BBU für eine Vorstudie über die *„politische Durchsetzungsstrategie für Energiesparmaßnahmen"* (!), beantragt, die restlichen 250.000 DM sollten für die Hauptuntersuchung, eine Befragung bei Mitgliedern des BBU verwendet werden.

Unmittelbarer Empfänger der Gelder war das „Referat für nicht-nukleare Energieforschung" im BBU, das ermitteln sollte, *„inwieweit die Bevölkerung bereit ist, persönliche Opfer zu bringen, um den Verzicht auf Kernenergie zu ermöglichen"*.

Die Auszahlung der restlichen 250.000 DM wurde vom Haushaltsausschuß auf Betreiben der CDU vorerst gestoppt („Wirtschaftswoche" vom 7.4.77).

Wenn die wüßten, was sie da angerichtet haben! ...

AKW-Nein-Kommission



Bullenüberfall auf 100 AKW-Gegner in Hamburg

Am 12.4.77 wurde B.L. zum zweiten Mal von ca. 100 AKW Gegnern zur Polizeiwache begleitet. Gegen B.L. wurde im Zusammenhang mit seiner Festnahme in Grohnde am 19.3.77 Haftbefehl wegen „versuchten Totschlags" erlassen. Dieser Haftbefehl wurde unter der Bedingung ausgesetzt, daß er sich einmal wöchentlich auf der Bullenwache meldet.

Dazu schrieb die BUU Hamburg in einem Flugblatt: *„Wir lassen es nicht zu, daß einzelne von uns stellvertretend für die Bewegung gegen Atomanlagen herausgegriffen und zu Verbrechern gestempelt werden; weil die Strafverfolgung B.L's uns alle betrifft, begleiten wir ihn jeden Dienstag auf seinem Weg zur Polizeiwache. Wir fordern, daß sein Haftbefehl aufgehoben wird und daß alle Ermittlungs- und Strafverfahren gegen AKW-Gegner eingestellt werden".*

Mit Parolen und Transparenten, dem Absingen von Liedern und dem Verteilen von Flugblättern an die Bevölkerung wurde B.L. nun zum 2ten Mal in einer kurzen Demonstration durch die Hamburger Innenstadt begleitet.

Konnte die 1. Demonstration am 5.4.77 noch ohne Zwischenfälle beendet werden, weil die Demonstration für die Polizei überraschend kam, wurde am 12.4. mehrere Male durch Polizeiübergriffe (Knüppeleinsätze und 11 Verhaftungen) versucht, die Solidaritätsaktion zu verhindern (siehe dazu die nebenstehenden Bilder).

Die Verhafteten wurden auf dem Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt und teilweise erst nach 6 Stunden wieder freigelassen.

Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren gegen AKW-Gegner!

Sofortige Aufhebung der Haftbefehle!

Weg mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!

(nach den Berichten von 2 Hamburger AKW-Gegnern.)



Klage gegen das AKW Grafenrheinfeld abgewiesen

Am 12.4. 77 wies das Verwaltungsgericht Würzburg die Klage von den Gemeinden Schweinfurth und Bergrheinfeld gegen das im Bau befindliche AKW Grafenrheinfeld zurück und bestätigte damit die im Juni 1974 von der bayerischen Regierung erteilte Baugenehmigung.

Bei dem AKW Grafenrheinfeld handelt es sich um einen ähnlichen Reaktortyp wie bei dem geplanten AKW in Wyhl, einen sogenannten Druckwasserreaktor.

Am 14.3. 77 hat das Freiburger Gericht im Wyhl-Prozeß einen zwei Meter dicken Spannbetonmantel als „Berstschutz" für den inneren Behälter gefordert und aus diesem Grund den Baustop für Wyhl bestätigt. Jetzt vier Wochen später wurde *„die Forderung nach Berstschutz ... in Würzburg nicht gestellt, nachdem die Betreiber der Anlage, Bayernwerk und Kraftswerksunion, versicherten, eine solche Gefahr bestehe nicht"* („Frankfurter Rundschau", 13.4.77).

Von Seiten der Kläger wurde völlig richtig eingeschätzt, *„daß hier praktisch die Berufungsverhandlung von Freiburg, wo ein gerichtlicher Baustop verfügt wurde, über die Bühne geht"* (lt. „FR", 13.4. 77).

Im Unterschied zu Wyhl wurden in Grafenrheinfeld bereits 700 Millionen DM investiert. Der Bau konnte so weit vorangetrieben werden (trotz laufender Klagen), weil es in der betroffenen Bevölkerung bisher keinen entwickelten Widerstand gegen das AKW gegeben hat.

Das heißt: Kein Gericht, sondern nur der entschlossene Widerstand der Bevölkerung wird die gefährlichen Atomanlagen verhindern.

AKW-Nein–Kommission

Keine Räume für Bürgerinitiativen

In **Kappeln** hat sich die Behinderung fortschrittlicher und linker Politik dahin zugespitzt, daß für öffentliche Sitzungen der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke und der Frauengruppe Kappeln und darüber hinaus auch für Veranstaltungen keine Räume mehr zu bekommen sind.

So jammern einige Gastwirte über angeblichen „Ärger mit den Stammkunden" und ähnliches. Was wirklich dahintersteckt, wurde deutlich, als zwei jüngere Schüler aus der BI Kappeln Direktor Klüver von der Klaus-Harms-Schule um einen Raum für eine Veranstaltung der BI fragten. Erst wurden sie von Klüver angemacht, daß die Kommunisten jetzt schon Kinder vorschicken würden, dann verlangte er eine Liste der Namen der in der BI mitarbeitenden AKW-Gegner. Einen Raum für „Staatsfeinde" wollte er nicht zur Verfügung stellen.

Bei einer anderen Gelegenheit wurde der Frauengruppe, als sie einen Raum anmieten wollte, erzählt, daß sie „mit den Ohren schlackern würden, wenn sie wüßten, welche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" beim Gastwirt angerufen hätten, u. a. der stellvertretende Bürgermeister Schmoll. Wir werden uns in Kappeln nicht das Wasser von diesen Herren „Stammkunden" abgraben lassen, sondern mit Presseerklärungen u. ä. den Kampf für freie politische Betätigung und öffentliche Tagungsstätten führen.

***

Fulda: Die Initiative für eine BI Umweltschutz, über die im letzten AK kurz berichtet wurde, ist nach ihrem dritten Treffen aus ihrem bisherigen Versammlungslokal geflogen.

Dies zeigt, wie weit die Kriminalisierung der AKW-Gegner in einer Kleinstadt wie Fulda (60.000 Einwohner, konservativ, überwiegend katholisch) schon vorangeschritten ist. Denn wie der Wirt des Lokals versicherte, hat er persönlich nichts dagegen, daß sich die BI in seinem Lokal versammelt, sondern er sei zu dem Rausschmiß gezwungen, weil seine Stammgäste jetzt fernblieben mit Bemerkungen wie „so lange diese Roten ..." usw. Die Wirtin bekam Drohanrufe, daß sie das Lokal bald schließen könnte, wenn der BI weiterhin Räume zur Verfügung gestellt würden.

Nach Berichten von Genossen aus Kappeln und Fulda.

***

Ohu, Bayern: Dem für 1,2 Milliarden DM bereits fertiggestellten, aber noch nicht in Betrieb genommenen AKW Isar I in Ohu bei Landshut verweigert der Stadtrat von Landshut seine Zustimmung. U.a. erhebt die Stadt Landshut entschiedenen Widerspruch gegen die geplante Ausweitung der Lagerbecken für abgebrannte Brennelemente, mit der man in Ohu die Zeit bis zur Fertigstellung der umstrittenen Atommüllanlage in Niedersachsen „überbrücken" will (diese erweiterten Kühlbecken sind u.a. auch in Grohnde und in Brokdorf geplant).

Der Bund Naturschutz in Bayern hat dem bayrischen Landtag 5367 Unterschriften für einen Sammeleinspruch gegen eine Betriebserlaubnis des AKW Ohu vorgelegt (nach „Süddeutsche Zeitung", 9.4.77).

Grohnde: Die Stadt Hameln hat vor dem Verwaltungsgericht Hannover Klage gegen die „rechtswidrige Teilgenehmigung" für das AKW Grohnde eingereicht. Es seien weder alle Messungen von Einwirkungen vorgenommen, noch die Sicherheit des Reaktordruckgefäßes gegen Berstschutz garantiert. Mit einem zusätzlichen Antrag beim Verwaltungsgericht Hannover soll eine sofortige Einstellung der Bauarbeiten erreicht werden (nach „Frankfurter Rundschau", 12.4.77).

Brokdorf – Kontroverse im NDR- Verwaltungsrat

Wegen Beschlußunfähigkeit mußte am 15.4. die Verwaltungsratssitzung des NDR abgebrochen werden.

Anlaß war der Versuch der CDU-Räte, hier einen Beschluß durchzu-

bringen, in dem festgestellt werden sollte, daß der NDR in der Berichterstattung zu den Brokdorf-Kundgebungen den Staatsvertrag „verletzt" habe.

Da die SPD-Räte dieser Behauptung widersprachen, zogen sie vor der Abstimmung aus dem Saal, um eine Beschlußfassung zu verhindern.

Die Diskussion um die „Verletzung" des Staatsvertrages durch den NDR wurde eingeleitet durch Stoltenberg, der am 3.11.76 auf einer Pressekonferenz erklärt hatte: „ ... *Dies* (fehlende Stellungnahmen der Landesregierung zu Brokdorf in der Berichterstattung) *ist jetzt – bei allem Respekt vor der Freiheit der Berichterstattung – nach unserer Überzeugung mit den im Staatsvertrag dargelegten Grundsätzen einer objektiven Berichterstattung einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt nicht vereinbar ... Wir werden die daraus zu ziehenden Folgerungen ... prüfen*".

Diese offene Drohung, begleitet von fortwährenden Attacken gegen den NDR seitens der CDU-dominierten Presse, ist die Leitschnur der CDU-Verwaltungsratsmitglieder in ihrem Treiben, schärfere Kontrollen und vollen Einfluß auf jegliche Berichterstattung des Senders auszuüben. In diesem Zusammenhang ist auch der Auszug der SPD-Räte lediglich ein, wenn auch bemerkenswertes, Zwischenspiel, das die Rechten zwar kurz bremst, aber nicht aufhalten wird.

Medien-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Maulkorb für Erzieherin

Weil sie in einem Kindergarten in **Alt Duvenstedt bei Rendsburg** Kindern, die mit Bauklötzen „Atomkraftwerke" bauten, über die Gefährlichkeit der AKWs erzählt hatte, wurde eine Erzieherin massiv von den örtlichen Rechten auf's Korn genommen:

Im Dorf kursierten Gerüchte, sie sei „Linksextremistin". Ein SPD-Gemeinderat bot ihr an, „mit einer Rüge (!) davonzukommen", wenn sie sich von ihrem Verhalten distanzieren würde! Eine wahrhaft elegant verpackte Drohung, sie rauszuschmeißen, falls sie das Einschüchterungsangebot nicht annehmen würde.

Bei einem „klärenden Gespräch" am 25.3. wurden die Verdächtigungen, sie sei „linksextrem" etc., zwar großzügig vom Gemeinderat „zurückgenommen". An der inszenierten Hetzwelle gegen sie wird das allerdings nichts mehr ändern – und da-
dings nichts mehr ändern – und da-
mit ist auch der Zweck der Diffamierung erfüllt gewesen. Einigkeit zeigte die lokale Rechte in diesem Gesräch auch darin, daß solch ein Gespräch mit Kindern über die Lebensbedrohung durch Atomanlagen „politisch einseitig" (!!!) sei – mit anderen Worten also: nicht zu tolerieren. Die Rausschmißdrohung steht damit nach wie vor – auch wenn der Gemeinderat jetzt scheinbar „beigibt", in der Hoffnung, daß die massiven Einschüchterungsversuche „fruchten".

Einschüchterungsmanöver der Bullen

Zwei AKW-Gegner wollten sich am Ostersonntag ein Souvenir vom AKW-Bauplatz Grohnde mitnehmen. Dazu hatten sie sich am Rand des Bauzaunes mit einer Kombizange ein Stück Natodraht abgeschnitten.

Anlaß genug für die Bullen ein massives Einschüchterungsmanöver zu starten. Vier Zivilbullen griffen sich die beiden und begannen eine Vernehmung wegen Sachbeschädigung und Diebstahl!

Außerdem wurde die Kombizange und das Stück Draht ohne Quittung „sichergestellt".

Als sich ca. 50 AKW-Gegner um den Wagen der Zivilbullen versammelten, wurde direkt gegenüber auf dem Bauplatz ein Wasserwerfer vorgefahren. Eine weitere Einschüchterungsmaßnahme war die zeitweilige Sperrung der Straße zwischen Kirchohsen und Grohnde. Während ein Oberbulle die Sperrung witzigerweise begründete, „die Demonstranten behinderten den Verkehr", wurde einem NDR-Reporter die Begündung gegeben, „die Demonstranten beschädigten die Autos". (Gemeint war damit das Bekleben der vorbeifahrenden Autos mit Anti-AKW-Aufklebern.)

Ein Kieler und ein
Wandsbeker Genosse

DGB für Schmidts Atomprogramm

Nachdem schon verschiedene Einzelgewerkschaften (Bergbau und Energie, ÖTV, Bau-Steine-Erden, Metall) sich für das Atom-Programm der Bundesregierung stark gemacht haben, liegt jetzt auch die offizielle Stellungnahme des DGB vor: „**Eine Wachstumspolitik, die sich an der Vollbeschäftigung orientiert, erfordert ein ausreichendes Energieangebot. Trotz Energieeinsparungen, verstärkter Kohleverwendung und der Entwicklung neuer Energieträger ist dieses Ziel jedoch bei völligem Verzicht auf Kernenergie nicht erreichbar**" (lt. „Welt", 7.4.).

So formulierte es *„nach über viermonatigen Vorarbeiten"* („Welt") der DGB-Bundesvorstand.

Auf eine solch eindeutige Stellungnahme der DGB-Spitze hatte vor allem die Bundesregierung gedrängt, „**denn ohne die Hilfe des DGB kann die SPD/FDP-Regierung ihre 3. Verstromungsnovelle nicht durchsetzen**", wie Springers „Welt" hervorhob (7.4.). Wie es derzeit den Anschein hat, soll die „Fortschreibung" des Atom-Programms, und dabei u.a. die Wiederaufnahme der Bauarbeiten in Brokdorf, noch in diesem Spätsommer oder Herbst im Bundestag durchgepeitscht werden. Daher hatte man es mit der Stellungnahme der DGB-Spitze auch besonders eilig:

– Am 2. März trug der zuständige Minister Matthöfer *„mit einem Referat"* vor dem DGB-Bundesausschuß *„zur Meinungsbildung bei"* (DGB-Zeitung „Welt der Arbeit", 1.4.). Er hatte, wie Springers „Welt" ergänzt, *„den Gewerkschaftsbund zu einem positiven Votum für die Kernenergie aufgefordert"* (7.4.).

– Eine Woche später erklärte sich IG-Metall-Chef Loderer auf einer Angestelltentagung der IGM:

„Es besteht kein Zweifel, daß man aus wirtschaftlichen Gründen nicht auf die Kernkraft verzichten kann" (lt. „Welt", 7.4.).

– Am 23. März kündigte DGB-Chef Vetter auf einer Funktionärs-Konferenz in Hannover an, „**daß sich seine Organisation wahrscheinlich schon in zwei Monaten (!) für den Ausbau der Kernenergienutzung aussprechen werde**" (lt. „Welt" 24.3.).

Plötzlich schien es den Herrschaften dann aber sehr zu pressieren: Zwar berichtete die „Welt der Arbeit" vom 1. April noch recht betulich: *„Die Spitzengremien des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind zur Zeit dabei, sich zum Thema Kernenergie eine fundierte Meinung und einen einheitlichen Willen zu bilden. Dieser Meinungs- und Willensbildungsprozeß soll in den nächsten Wochen (!) zu einer Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes führen"*. Tatsächlich beinhaltete der Artikel der „WdA" aber praktisch schon den ‚Vorabdruck' der Stellungnahme der DGB-Spitze: *„Das Ergebnis wird vermutlich (?!) sein, daß zwar eine sparsame Verwendung von Energie anzustreben ist, aber man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten sollte. Auf absehbare Zeit wird auf Kernenergie schon zur Sicherung der Arbeitsplätze nicht verzichtet werden können"*.

- Am 6. April veröffentlichte dann bereits die „Frankfurter Rundschau" die erste Meldung über die Stellungnahme des Bundesvorstands! Statt „in zwei Monaten" (Vetter am 23.3.) war der „fundierte Meinungs- und Willensbildungsprozeß" plötzlich in weniger als zwei Wochen durchgepeitscht worden, wobei der Vorabdruck in der „Welt der Arbeit" ein Licht auf den geradezu ‚putschistischen' Charakter dieses Vorgangs wirft.

Warum die plötzliche Eile? Was war geschehen? Am 24. März (einen Tag nach Vetters Rede in Hannover!) legte Bundeswirtschaftsminister Friderichs im Bundestag die „Grundlinien und Eckwerte der Energiepolitik" vor, in denen die Absicht klargemacht wird, das Atomprogramm bis zum Herbst mit entscheidenden Maßnahmen voranzutreiben; statt einer „Denkpause" soll die offene Konfrontation mit der Anti-AKW-Bewegung gesucht werden, um den AKW-Gegnern eine nachhaltige Niederlage beizubringen. Dieses Konzept bekräftigte Friderichts auf der „Reaktortagung" am 29./30. März in Mannheim. Genau im Rahmen dieses auf Konfrontation und Überrumpelung angelegten Konzepts ist auch der vorzeitige Abschluß des „Meinungs- und Willensbildungsprozeß" seitens der DGB-Spitze zu sehen. Bis weit in den Mai hinein, wie ursrpünglich von Vetter anvisiert, wollte man nicht mehr warten.

Es liegt auf der Hand, daß der Erklärung des DGB-Bundesvorstands jetzt eine verstärkte Demagogie für die angeblich Arbeitsplätze sichernde Kernenergie und gegen die Anti-AKW-Bewegung folgen soll, als Flankenschutz für den Konfrontationskurs der Bundesregierung. Dies schließt auch ein so offenes Eintreten für das imperialistische Atom-Programm ein, wie es bereits im März Eugen Loderer vorführte: „**Der Vertrag über die deutschen Atomkraftwerke für Brasilien muß auf Punkt und Komma erfüllt werden. Für uns als Gewerkschaftler (?) kann es da keine Abstriche geben**" (lt. „Welt", 24.3.).

Eine Kostprobe bietet auch der erste Kommentar der „WdA" zur Erklärung des Bundesvorstands: Nachdem der Verfasser betont hat, wie sehr die DGB-Spitze auch um die Sicherheit der AKW's und andere Probleme bemüht sei, heißt es weiter: *„Den Überdrehten unter den Kernkraftgegnern kann das alles natürlich nicht reichen, und sie schert es auch nicht im geringsten, wenn Legionen von Arbeitnehmern, die im Kernkraftsektor arbeiten, arbeitslos werden würden. Sie sind auch blind für die Zwänge des internationalen Wettbewerbs und der Exportfähigkeit unserer Industrie. Bürgerinitiativen von der hysterischen Sorte sind keine Bündnispartner für die Gewerkschaften"* („WdA", 15.4.).

Die Bourgeoisie träumt jetzt schon von empörten Arbeitermassen, die sich begeistert als Kanonenfutter für einen politisch-ideologischen Kreuzzug gegen die Anti-AKW-Bewegung zur Verfügung stellen, aus schierer Angst um den Arbeitsplatz. *„Der Druck von der Basis, von Hunderttausenden von Arbeitern, die ihre Arbeitsplätze in einer von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Bundesrepublik durch Bürgerinitiativen, Jusos, Judos und Stellungnahmen der FDP schon bedroht sahen"*, sei für die DGB-Führung schließlich *„unerträglich"* geworden und habe sie zu ihrer Stellungnahme veranlaßt - so möchte es Springers „Welt" darstellen (7.4.). „Druck von der Basis", wenn er nur den Kapitalinteressen dient, wird gern gesehen.

Freilich, so weit, wie die Herrschaften es gern hätten, sind sie noch lange nicht. Fakt ist bisher lediglich, daß einige tausend direkt in der Atom-Wirtschaft Beschäftigte zu Demonstrationen f ü r AKWs veranlaßt werden konnten. Das ist nicht verwunderlich, nicht sensationell und auch nicht besorgniserregend. Sie sind am unmittelbarsten betroffen und Alternativen für neue Arbeitsplätze können wir ihnen unter kapitalistischen Bedingungen schwerlich anbieten. Daß diese Menschen am empfindlichsten reagieren und sich dabei um die von ihren Arbeitsstätten ausgehenden Gefahren einen Dreck kümmern, ist ihnen nicht übelzunehmen – sollte uns aber andererseits nicht zu opportunistischen Purzelbäumen veranlassen. Es wäre eine völlig andere politische Qualität, wenn n i c h t direkt in der Atomindustrie Beschäftigte sich durch die Demagogie von Arbeitsplatz etc. zu Aktionen f ü r das Atom-Programm verleiten ließen. Das aber ist, bisher, nicht in Sicht (ohne damit solche Gefahren verkleinern zu wollen).

Es kennzeichnet einen gefährlichen opportunistischen Trend, wenn die trotzkistische GIM (sicher im Einklang mit ähnlichen Stimmungen in der Anti-AKW-Bewegung?!) meint: *„Eine Massenaktion, die die konkrete Unterstützung der Belegschaft von Siemens/KWU* (Hauptbetreiber von AKWs in der BRD!!) *erobert, wäre wirksamer als ein halbes Dutzend Platzbesetzungsversuche, die relativ isoliert verlaufen"* („was tun", 17.3.).

Die Beschäftigten der Atom-Industrie sind zweifellos die allerletzten, die wir für den Kampf gegen das Atom-Programm gewinnen werden, wegen des direkten Zusammenhangs zu ihrem Arbeitsplatz und dem weit verbreiteten „patronalen" Denken („Die Belegschaft tritt für ihren Arbeitgeber ein", „So gut geht's uns nirgends" usw.). Dies gegen Platzbesetzungsversuche und ähnliche Aktionen auszuspielen, ist pure Demagogie, die lediglich den Verzicht auf solche Aktionen (den die GIM schon seit dem 19.2. mal offen und mal versteckter predigt) begründen soll.

Inzwischen spricht sogar Herr Wüstenhagen, Generalbeauftragter der Bundesregierung in der Anti-AKW-Bewegung, davon, daß man „die Gewerkschaften" als Bündnispartner gewinnen müßte. Davon kann in realistischer Sicht derzeit überhaupt keine Rede sein. A l s O r g a n i s a t i o n e n stehen „die Gewerkschaften" klar auf der anderen Seite der Barrikade (bei Bundesregierung und Atom-Industrie) und nur ein erhebliches Anwachsen der Anti-AKW-Bewegung könnte „die Gewerkschaften" vielleicht einmal veranlassen, scheinbar auf u n s e r e Seite der Barrikade zu kommen, um unsere Bewegung von innen kaputtzumachen. Einen anderen Zweck würden „die Gewerkschaften" – als Organisationen und repräsentiert durch die Vetter, Loderer & Co. – auf keinen Fall verfolgen. Gewinnen muß man zweifellos möglichst viele Werktätige für den Anti-AKW-Kampf, muß auch in den Gewerkschaften darum kämpfen. Jedoch ohne Illusionen. Die Erfahrung lehrt uns, daß es in der BRD immer schwer gewesen ist, gegen den Willen und die Politik der Gewerkschaftsführer die Arbeiterklasse wirklich m a s s e n h a f t in politische Bewegungen einzubeziehen. Das geht nur langsam voran, große Schritte sind kaum drin. So dürfte denn auch derzeit die politische Arbeit unter der örtlichen Bevölkerung um die AKWs weitaus wichtiger und wirksamer sein, als Bemühungen in „den Gewerkschaften". Wenn es in den Auseinandersetzungen der nächsten Monate gelingt, eine Mobilisierung größerer Teile der Arbeiterklasse durch die DGB-Führer f ü r das Atom-Programm zu verhindern, scheint uns das unter den gegebenen Umständen schon ein gar nicht zu verachtender Erfolg. Die nächsten Schritte kommen danach.

Asse II – die größte Atommülldeponie Westeuropas und bisher einzige in der BRD

Seit 1967 wird in der Asse II, einem Salzbergwerkschacht in der Nähe von Wolfenbüttel bei Braunschweig, schwach- und mittelradioaktiver Atommüll eingelagert. Bis heute lagern dort ca. 74.000 Fässer im Salz. Die GSF (Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung) bezeichnet den Schacht als Versuchslagerstätte, doch sind mindestens 70.000 Fässer nicht mehr rückholbar!

Erfahrungen mit der Lagerung radioaktiven Mülls in Salzstöcken gibt es in der BRD erst seit zehn Jahren, sich selbst überlassen sollen die Abfälle hunderttausende von Jahren lagern. Für auftretende „Schäden" will die Bundesregierung nur während der Betriebsphase, d.h. noch etwa zwanzig Jahre haften. Dann nämlich soll die Asse mit 250.000 Kubikmetern Atommüll vollgestopft sein. In diesen Wochen sollen erstmalig Brennelementrückstände des Reaktors Jülich in Form von 100.000 Kugeln eingebracht werden. Entgegen der Meldung der GSF, hochradioaktive Abfallstoffe würden erst in den achtziger Jahren eingelagert werden, sind diese Kugeln mit 2.200.000 ci bereits der Hochaktivität zuzurechnen!



Ist die Asse II sicher?

In einem GSF-Bericht vom Januar '77 heißt es: *„Der größte Teil der Sohlen zwischen den Niveaus 511 Meter und 725 Meter hat inzwischen einen Zustand erreicht, der für die Standsicherheit des Bergwerkes zwar keinerlei Gefahr bedeutet, der aber den Aufenthalt von Personen in den Räumen nicht gestattet."* Bischen wackelig scheint die Angelegenheit ja doch zu sein!?...

Die Temperaturangaben über den neuartigen Müll liegen zwischen 30 und 70 Grad („So richtig" hochradioaktiver Abfall, wie er in den achtziger Jahren kommen soll, kann eine Temperatur bis zu 450 Grad entwickeln!) Unten im Salzstock herrscht schon jetzt eine Temperatur von 45 Grad C, eine weitere Erwärmung ist zu befürchten:

Steinsalz verliert bei Erwärmung seine Stabilität, d.h. die bisher angeblich abgeschlossenen Hohlräume können zusammenbrechen.

Carnallit (ein Salzmineral), das im Asse-Salz vorhanden ist, „saftet" bereits bei normalen Grubentemperaturen, bei 110/120 Grad C gibt es Wasser ab.

Besonders zuträglich soll Salzlake für Metallfässer ja bekanntlich nicht sein!

In der Umgebung von Wustrow bei Gorleben brach 1950 in großem Umkreis die Erde ein, weil eine Carnallit-Schicht sich aufgelöst bzw. ein Hohlraum sich gebildet hatte.

Weiter ist aus einer Jülicher Studie von 1974 zu entnehmen, daß nach der Stillegung der Grube über kurz oder lang durchaus mit einem Vollaufen gerechnet wird! Die in der Umgebung liegenden Schächte Hedwigsburg, Vienenburg (sogar Asse I und III) sind bereits abgesoffen! Man erinnere sich auch an den Wassereinbruch '75 im Bergwerk Ronnenberg bei Hannover, wo sich ebenfalls die Erde senkte.

Dazu E. Albrecht, technischer Leiter der GSF, lt „SZ", v. 2.2.77:

„Bei einem Wassereinbruch werde die Radioaktivität nach oben abgeschlossen und könne nicht an die Erdoberfläche und in den Biozyklus eindringen."

Fest steht jedenfalls, daß es Verbindungen zwischen Salzstock und Oberfläche gibt:

So wachsen auf einer Wiese Pflanzen, die eigentlich an die Nordsee gehören, so fließt (oder floß zumindestens bis vor ein paar Monaten) aus den Wasserhähnen des Asse-Dorfes Groß Denkte Salzwasser!

Bisherige Lagerung zu kostspielig (?)

Laut „Zeit" spült man gerade einen großen Hohlraum aus, in den ab '78 mittelaktive Abfälle gleich von der Erdoberfläche aus durch einen neuen Schacht hinuntergelassen werden können. **Bei dieser Methode läßt man den Container aus einer Endhöhe von 60 m in die Höhle fallen, damit er zerschlägt und der radioaktive Inhalt sich schön gleichmäßig im Salz verteilen kann.**

Weiterhin laufen im Zusammenhang mit dem Bau von Wiederaufbereitungsanlagen sogar Bestrebungen, flüssige Rückstände eingedickt direkt von der WAA in Salzschächte zu pumpen!

So nicht !!

In Wolfenbüttel besteht seit Januar eine Initiative, die sich jetzt zum Ziel gemacht hat, breit über die Asse zu informieren und in Zusammenarbeit mit den Initiativen Wolfsburg, Braunschweig, Gifhorn und Salzgitter, sowie vor allem auch in Zusammenarbeit mit einer noch zu gründenden Initiative der Asse-Dörfer die weitere Einlagerung des lebensgefährlichen Mülls zu verhindern.

Kein Atommüll in Asse II und auch nicht anderswo!

Weitere Informationen über die Braunschweiger KB-Adresse.

Genossen aus Wolfenbüttel

DKP: Lieber »konstruktiv« als aktiv!

Daß die DKP nicht unbedingt gegen AKW's ist, sondern diese durch „gewerkschaftliche Mitbestimmung" in einen Segen für die Menschheit verwandeln möchte, hat sich mittlererweile herumgesprochen. Trotzdem fällt die Penetranz auf, mit der die DKP in letzter Zeit bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit beteuert, daß sie eigentlich nichts gegen AKW's hat, daß sie „konstruktiv" sei usw. Offenbar sollen die Kapitalisten davon überzeugt werden. „UZ" vom 7.April „*Die Konzerne sagen: Die DKP will den technischen Fortschritt in der BRD verhindern. Die DKP antwortet; Auch diese Behauptung wird durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Die DKP bejaht den technischen Fortschritt. Sie ist daher (!) auch für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Das beinhaltet die Nutzung der Kernenergie in Reaktoren.*" Merke: Wer für den „technischen Fortschritt" ist, muß laut DKP auch für AKW's sein. Oder wie es kürzlich DKP-Präsidiumsmitglied Ludwig Müller ausdrückte: **„Wir sind keine Maschinenstürmer, wir sind für die friedliche Nutzung der Kernenergie"**(lt. „tat", 8.4.). Wenn Worte hier einen Sinn haben, so bedeuten sie: Wer gegen die „friedliche Nutzung der Kernenergie" ist, ist ein Maschinenstürmer. So bös soll es nun aber auch nicht gemeint sein. Gönnerhaft versichert DKP-Präsidiumsmitglied Jupp Angenfort: „*Wir sind weit davon entfernt, Mitbürger, die in Bürgerinitiativen tätig sind und die die friedliche Nutzung der Kernenergie prinzipiell ablehnen, einfach als Maschinenstürmer abzutun oder sie gar zu diffamieren. Die Mitglieder der DKP arbeiten mit ihnen in der Bewegung gegen den Weiterbau von Atomkraftwerken in unserem Land partnerschaftlich und loyal für gemeinsame Forderungen zusammen. Auch wenn wir sie noch nicht oder nicht von unserem Standpunkt überzeugen können*" (lt. „UZ", 6.4.). Die DKP nimmt es also niemandem krumm, wenn er ein konsequenter AKW-Gegner ist - das ist doch nett von ihr! Nur „Chaot" darf man natürlich nicht sein, versteht sich!...

Um sich im aller„konstruktiv"sten Licht zu zeigen, wirbt die DKP derzeit mit Vehemenz für den forcierten Bau von Kohlekraftwerken und sie behauptet gar: **„Bei Nutzung heimischer Energiequellen gibt es keine Versorgungslücke"** („UZ", 7.4.). Wozu dann aber noch im Namen des Fortschritts eine „friedliche Nutzung der Kernenergie"? Nur so zum Spaß? Oder wie?...

Offenbar ist die Tatsache an der DKP nicht spurlos vorübergegangen, daß sich immer eindeutiger die DGB-Führung für die Durchsetzung des Bonner Atomprogramms stark macht. In der „UZ" widerspiegeln sich diese „gewerkschaftlichen" Stellungnahmen freilich auf eine recht skurile Art und Weise: Nebensächlichkeiten werden gigantisch aufgebauscht, um den Eindruck zu erwecken, der DGB sei g e g e n den verstärkten Ausbau von AKW's. Jede Demagogie der Vetter, Loderer und Co. wird groß herausgeputzt, um vom W e s e n der Sache, daß heißt dem Eintreten dieser Leute für das Bonner Atomprogramm, abzulenken. Wo die DKP nicht mehr umhin kann, die tatsächlichen „gewerkschaftlichen" Standpunkte zu erwähnen, geschieht dies ohne ein Wort der Kritik. **Es ist zu vermuten, daß die verstärkten Beteuerungen, die DKP sei für die „friedliche Nutzung der Kernenergie" und sei für AKW's, mit Blick auf die Haltung der Gewerkschaftsführer vorgebracht werden. Die DKP will einerseits den Anschluß an diese Arbeiterverräter nicht verlieren, möchte andererseits aber auch auf ihr schädliches und spalterisches Treiben in der Anti-AKW-Bewegung nicht verzichten.**

Verwandte Seelen ziehen sich an. So ist auch die Haltung des Hochstaplers Wüstenhagen, selbsternannter Gebieter über 900 Bürgerinitiativen mit über 300.000 Mitgliedern, nicht verwunderlich. Noch vor einiger Zeit tönte dieser Herr sehr demagogisch: **„Wir können nicht mit denjenigen marschieren, die unter dem Motto der Gewalt sozialistische Atomkraftwerke als gut, kapitalistische dagegen als Verbrechen bezeichnen"** („Kieler Nachrichten", 5.2.). Im AK schrieben wir dazu: „ *Dieser Mann ist natürlich auch nicht so blöd, wie er tut. Er weiß schon, daß nicht die ,Chaoten', sondern die DKP für AKW's in der Sowjetunion, DDR etc. ist. Und er scheut sich selbstverständlich auch nicht, mit der DKP zusammenzuarbeiten, um die ,Chaoten' zu isolieren*" (8.3.). Inzwischen haben wir es aus seinem eigenen Munde: „ ... **Und ich bin der letzte, der gegen einen Kommunisten was hat - unter der Voraussetzung, daß der gemeinsame Weg der G e w a l t f r e i h e i t gegangen wird. Ich meine man sollte immer bei der Wahrheit bleiben. Und die Wahrheit ist, daß es keine Unterwanderungsversuche von seiten der DKP bei Bürgerinitiativen gibt. Daß es aber in Bürgerinitiativen auch DKP Mitglieder gibt, ist selbstverständlich"** („konkret", 4/77). Daß die DKP für AKW's nicht bloß im „realen Sozialismus", sondern sogar im „mitbestimmten" Kapitalismus ist, macht dem Herrn Wüstenhagen gar nichts aus. Hauptsache, man ist sich einig in der Frage der „Gewaltfreiheit"! Die der DKP nahestehende Zeitung „tat" druckte sogleich des Herrn Wüstenhagens Ausführungen als eine quasi amtliche „Bestätigung" für ihre Behauptung, daß die DKP in den BI's **„aktiv, konstruktiv und partnerschaftlich"** mitarbeite (8.4.), wobei dem Herrn selbstverständlich mit seinem lächerlichen angemaßten Titel „Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz" gehuldigt wurde. **Diese Versuche, sich gegenseitig aufzuwerten und zu respektablen AKW-Gegnern hochzujubeln, werden weder dem Herrn Wüstenhagen noch der DKP aus dem Schlamassel helfen.**



IG Chemie: Immer massiver für AKW's und gegen Bürgerinitiativen

Nachdem die „Gewerkschaftspost" (Zeitung der IG Chemie) sich bereits zweimal positiv für die Atomenergie ausgesprochen hat, haben jetzt auch der Hauptvorstand und der Beirat der IG Chemie am 9./10. März in Mainz entsprechende Beschlüsse gefaßt. „*Sie stellten fest, daß wirtschaftliches Wachstum eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit und die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung ist und daß andererseits ohne ausreichende Energieversorgung die benötigten Wachstrumsraten nicht erzielt werden können*". Und weiter heißt es: „*Zur Frage der Kernenegie geht die IG Chemie davon aus, daß zur Zeit ohne Kernenergie unser (?) wirtschaftlicher Lebensstandard und die Konkurrenzfähigkeit unserer (??) Industrien bedroht sind. Diese Befürchtung darf allerdings die Verantwortlichen nicht davon abhalten, die Weiterentwicklung der Kernenergie und den Betrieb bereits vorhandener Kernkraftwerke dann zu stoppen, wenn zweifelsfrei feststeht, daß ein unvertretbar hohes Sicherheitsrisiko besteht und die Frage der Entsorgung nicht zufriedenstellend zu klären ist. Die Entscheidung darüber kann aber nicht Sache unkontrollierter (!) und unkontrollierbarer (!) Bürgerinitiativen sein, sondern Aufgabe der Regierung und der Parlamente. Die fachgerechte Diskussion über dieses Thema gehört in die von den Bürgern gewählten Gremien; die verantwortlichen Politiker haben die Pflicht, die Bürger ehrlich und umfassend zu informieren.*

Sollte die politische Entscheidung für einen Kernkraftstopp fallen, dann müßte er international erfolgen, sonst wäre er wirkungslos. Außerdem müßten die Folgen einer solchen Entscheidung mit allen ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen den Bürgern ohne Beschönigungen deutlich gemacht werden." Soweit also das Bekenntnis der IG Chemie zur Atomenergie zum Wohle „unseres wirtschaftlichen Lebensstandards" und „unserer" Industrie. Alles andere ist fauler Zauber: Denn wann wird „zweifelsfrei feststehen" daß ein „unvertretbar hohes Sicherheitsrisiko" besteht? Und wer bestimmt, wann dieses Sicherheitsrisiko unvertretbar hoch ist? Nach dem Willen der IG Chemie auf alle Fälle nicht die Bürgerinitiativen sondern die bürgerlichen Politiker mit ihrem Atomprogramm und dem Atomstaat.

Ansonsten fehlt natürlich in der „Gewerkschaftspost" vom April völlig die Berichterstattung über den Widerstand der AKW-Gegner in Grohnde und Brokdorf. Stattdessen eine Meldung, daß die Betriebsratsvorsitzenden der Kraftwerksunion Bundeskanzler Schmidt eine Petition mit angeblich dreißigtausend Unterschriften überreicht haben.

In der Petition heißt es, daß „*die Arbeitnehmer nicht länger zur Energiepolitik der Bundesregierung schweigen können*". Außerdem sehen diese Betriebsratsfürsten ihre Arbeitsplätze „gefährdet" und fordern, daß weitere AKW's gebaut werden müßten.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Berichtigung

Im AK 102 hieß es im Bericht über die Landeskonferenz der BUU, der KBW habe die Anwesenden als „arbeitsloses Gesindel" beschimpft. Das ist natürlich ein Schreibfehler. Richtig sollte es heißen: **„arbeitsscheues Gesindel"**! Das ist übrigens derzeit einer der Lieblingsausdrücke des KBW, der damit wahrscheinlich seine besondere Nähe zur Sphäre der Arbeitswelt ausdrücken will. In einem „Bericht" des KBW über die Landeskonferenz wird die Berechtigung dieser Bezeichnung nicht unwitzig begründet: Nachdem der KBW auch in einer Kieler BI mit voller Mannschaft Rabbatz gemacht hatte, fand er anschließend „*einige Fischabfälle*" vor seinem Büro. Das konnte natürlich nur der KB Nord gewesen sein. Kommentar des KBW dazu:

„Nicht einmal Fischmehl, wie es ihre Vorliebe ist, konnten sie organisieren, und welches zu machen aus Fischabfällen waren sie zu faul. Wir haben immer gesagt, daß sie arbeitsscheu sind" („KVZ"-Bezirksbeilage Kiel, Extrablatt, verteilt am 9.4.). Meinen die das ernst oder verarschen die sich jetzt schon selber?

„Wanderzirkus"

Die „KPD/ML" hat sich wieder mit einem ,Extrablatt' ihres „Toten Morgens" zur Anti-AKW-Bewegung zu Wort gemeldet.

„Kämpft mit der KPD/ML für den revolutionären Zusammenschluß der Kernkraftwerksgegner", ruft die „Partei" uns aufmunternd zu. Was hat die „Partei" uns sonst noch mitzuteilen? Folgendes: Sie sei gegen „*die AntiKKW-Wanderzirkus-Politik der verschiedensten Organisationen vom KBW bis zum KB Nord einschließlich verschiedener Bürgerinitiativen, die am liebsten jedes Wochenende aus der ganzen Bundesrepublik und Westberlin Tausende Menschen mit Bussen und PKW's mal an diese und mal an jene KKW-Baustelle karren würden, um sie in den Kampf gegen die Polizei zu werfen. Wir sind doch schließlich keine Nomaden*".

Man sieht's am demagogischen Stil: Das hat „ML"-Chef Aust eigenhändig verfaßt. Er hatte schon immer eine Neigung, so zu schreiben wie Peter Boehnisch in der „Bild am Sonntag".

Freilich zeigt uns die Politik der „KPD/ML" selbst (München 1972, Dortmund 1973 usw.), daß man dort gegen einen Wanderzirkus im Prinzip nichts hat, nur **„revolutionär geführt"** muß er eben sein. Sauer ist die „revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse" nur deshalb, weil Aust in d i e s e m „Wanderzirkus" nicht als Direktor oder zumindest als Raubtier-Dompteur akzeptiert würde, sondern nur als Dummer August.

So beschränkt sich die „KPD/ML" darauf, ständig zum „revolutionär geführten Kampf" und zum „Festhalten am militanten Kampf" aufzurufen, gleichzeitig aber jede k o n k r e t e Aktion abzulehnen. Das alles verbunden mit dem üblichen hysterischen Gekreisch über die DKP usw., die „*den revolutionären Kampf gegen den Staatsapparat sabotieren und verhindern wollen.*"

Daß es hier noch gar nicht um revolutionären Kampf geht und daß revolutionärer Kampf weitaus mehr bedeutet als die Akzeptierung gewisser ,nichtfriedlicher' Kampfformen zu einem ganz bestimmten Zweck (Verhinderung eines AKW) – das hat „die Partei" nicht begriffen und wird sie nie begreifen. Ihr Interesse besteht einzig und allein darin, uns die angeblich unbedingt notwendige **„Führung durch die KPD/ML"** mit der Beharrlichkeit und Geschwätzigkeit eines Vertreters an der Tür aufdrängen zu wollen.

Jeder ,Gewaltfreie', selbst jeder DKP'ler, der sich tatsächlich am konkreten Kampf gegen das Atom-Programm beteiligt (so ,friedlich' wie er mag) tut für die Sache unendlich mehr als „die Partei".

Ganz zu Unrecht unter das Personal des Wanderzirkus geraten ist der KBW, der überhaupt in letzter Zeit immer wieder ganz zu Unrecht von den verschiedensten Seiten als besonders aktive Kraft in der Anti-AKW-Bewegung verdächtigt wird. Auch der KBW zeigt nämlich immer mehr die Neigung, sich von den konkreten Aktionen zurückzuhalten – so hatte er für den 19.2. (Brokdorf) nur in Norddeutschland mobilisiert und für den 19.3. (Grohnde) gar nur noch in einigen Teilen Niedersachsens. Begründung: Die „Arbeiter und Bauern" vor Ort müßten den Kampf allein führen, und der KBW müßte ihnen dabei **„den Rücken freihalten"**, indem er zuhause bleibt.

Mit dieser Taktik schafft sich der KBW beste Voraussetzungen, um nachträglich die aktiven Teile der Bewegung als „Opportunisten" zu beschimpfen (weil sie den Bauplatz nicht gestürmt haben) und zugleich gelungenen Teilaktionen (wie z.B. das teilweise Aufreissen des Bauzauns in Grohnde) als Tat der „Arbeiter und Bauern" darzustellen, also sozusagen als Beweis für die Richtigkeit der gesamten Politik des KBW.

Meist sind die KBW'ler bei ihren Kommentaren ein Herz und eine Seele mit den gelegentlich noch anzutreffenden „KPD/ML"'lern, die zwar auch jede konkrete Aktion ablehnen, aber nachher die allertapfersten Sprüche von sich geben.

Die "KPD/ML" schreibt: „*Der Schwerpunkt muß also darauf liegen, dort, wo KKW's gebaut werden sollen, die Werktätigen zum revolutionären Kampf zu gewinnen und zusammenzuschließen, nicht aber diesen Kampf an ihrer Stelle zu führen.*"

Abgesehen von der Phrasendrescherei über den „revolutionären Kampf" ist dieser Satz prinzipiell ebenso banal wie richtig. Tatsache ist, daß die aktiven AKW-Gegner derzeit überall dabei sind, den Zusammenschluß auch „vor Ort" voranzutreiben, die Reihen der Anti-AKW-Bewegung durch engere Zusammenarbeit der BI's (regional und bundesweit) fester zu schliessen und durch unzählige kleine Veranstaltungen „vor Ort" die Reihen der aktiven AKW-Gegner zu verbreitern.

Die Aktivitäten der „KPD/ML" **„entsprechen den Kräften der Partei"**, wie es in richtiger Selbstbescheidung formuliert wird – sind im Vergleich dazu überhaupt nicht der Rede wert, sind nahezu gleich Null!

Mit dem KBW steht es nicht so sehr viel besser. Zudem wird niemand ernsthaft bestreiten können, daß gerade der „Wanderzirkus" erheblich dazu beigetragen hat, insgesamt das Interesse auf die Gefahren des Atom-Programms zu lenken und insbesondere „vor Ort" die Bedingungen für eine nachfolgende politische ,Kleinarbeit' zu verbessern bzw. überhaupt erst zu schaffen. Das kann überhaupt nur d e m verborgen geblieben sein, der sich eben auch „vor Ort" nicht blicken läßt.

Und schließlich ist festzustellen, daß sich derzeit – aus den verschiedensten außen- und innenpolitischen Gründen – das Atom-Programm des BRD-Imperialismus an einem kritischen Punkt befindet, daß voraussichtlich im Spätsommer/Herbst wesentliche Vorentscheidungen fallen werden und daß es daher besonders wichtig ist, sich jetzt nicht hinter den „Arbeitern und Bauern" in der Umgebung der AKW-Punkte zu verstekken, sondern weiterhin und verstärkt unsere volle Kraft zu konzentrieren und nicht bloß am Fernsehen der Front „den Rücken freizuhalten".

Wir machen weiter!



BUU-Landeskonferenz:

Ein Schritt nach vorn!

Die Landeskonferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), die am 3. April in Wilster aufgrund des provokatorischen Auftretens des KBW abgebrochen werden mußte, konnte am 16. April in Kiel erfolgreich – und diesmal ohne den KBW – zu Ende geführt werden. Auf den vier Regionalkonferenzen der BUU (Hamburg, Maschen, Ost- und Westküste), die vor der Landeskonferenz (LK) stattfanden, war das provokatorische Auftreten des KBW eindeutig verurteilt und die Resolution der zwangsweise abgebrochenen LK vom 3.4. unterstützt worden (Der Wortlaut dieser Resolution wurde in AK 102 veröffentlicht).

Auf der Landeskonferenz waren je zehn Delegierte von Hamburg und von der Ostküste, sieben von den Marschen und fünf Delegierte von der Westküste anwesend. Gar nicht mehr erschienen waren der Teil der Marschenkonferenz (Krempe, Brokdorf usw.), der zu den Initiatoren der Itzehoe-Demonstration gehörte.

KBW hält am Provokationskurs fest

Am 16.4. versammelten sich ca. 50 KBWler vor dem Tagungsraum, der entsprechend der Wilster Resolution von Mitgliedern der Kieler Bürgerinitiativen geschützt wurde, um die KBWler am Betreten des Saals zu hindern.

Circa 20 KBWler, die in den Saal gelangt waren, wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen. Die Delegierten hatten nochmal ihren Beschluß vom 3.4. bekräftigt und einen Zusatzantrag angenommen, wonach die Delegierten über die Anwesenheit des KBW ohne sein Beisein beraten wollten. Grundlage für diese Beratung sollten die Diskussionen in den vier Regionalkonferenzen sein. Die KBWler, die sich penetrant der Aufforderung, den Raum zu verlassen, widersetzten, mußten aus dem Saal getragen werden. Ein größerer Pulk im Vorraum konnte schließlich nach draußen gedrängt werden, wobei eine Türscheibe und ein Teil der Decke des Vorraums zu Bruch ging. Aufgrund dieser neuerlichen Störmanöver verabschiedeten die Delegierten noch folgende Resolution: *„Die Delegierten der Landeskonferenz vom 16.4.77 erklärten ausdrücklich, daß die Kieler Ordner in ihrem Auftrag gehandelt haben, wenn sie die Teilnehmer der Landeskonferenz unterstützt haben, dafür zu sorgen, daß nach den Beschlüssen der Landeskonferenzen vom 3. und 16.4., die Mitglieder des KBW keinen Zutritt zum Tagesraum hatten oder wenn sie Mitglieder des KBW's aus dem Tagungsraum entfernten."* Diese Resolution unterstützten 31 von 32 Delegierten. Der einzige KBW-Delegierte verlas wenig später eine Erklärung, in der das Vorgehen der LK gegen den KBW verurteilt wurde und forderte alle Delegierten auf, mit ihm diese Konferenz zu verlassen. Unter tosendem Beifall der Anwesenden zog er dann mit sechs weiteren KBW'lern aus dem Saal.

In einer weiteren Resolution wurden die Putschversuche des KBW, nämlich durch massenhaftes Auftreten seiner Mitglieder auf öffentlichen BI-Sitzungen Mehrheitsententscheidungen gegen die arbeitenden BI-Mitglieder durchzusetzen, verurteilt, und die BI's aufgefordert dieses Verhalten nicht hinzunehmen. In der Resolution heißt es weiter: *„Die Landeskonferenz der BUU behält es sich vor, Initiativen das Stimmrecht zu entziehen, die sich nicht an diesen Beschluß halten. Dieser Beschluß gilt ebenfalls für ähnliche Versuche der DKP, wie wir sie vor dem 19.2. erlebt haben"* (15:7 bei sechs Enthaltungen). Eine Lübecker Initiative, die die Verurteilung der Putschversuche nicht teilte, brachte gegen Ende der LK einen Antrag zur Aufhebung des oben genannten Beschlusses ein, der allerdings mit 6:18 abgelehnt wurde.

Weitere Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung

Als erster Tagesordnungspunkt wurde die Grundlage der weiteren Zusammenarbeit und die nächsten Aktionen diskutiert. Zu Ende dieser Diskussion wurde das Hamburger Einladungsschreiben verabschiedet (27 Für-Stimmen, 3 Enthaltungen), in dem die Demonstrationen von Brokdorf und Itzehoe am 19.2. und von Grohnde am 19.3. als Erfolge der Anti-AKW-Bewegung eingeschätzt werden, die zu ihrer Verbreiterung und zur Stärkung der Kampfentschlossenheit beigetragen haben.

28 Delegierte (2 Enthaltungen) stimmten ebenfalls für eine Resolution, in der ausgesagt wird, daß sich die BI-Mitglieder, unabhängig von politischen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen im praktischen Vorgehen, an ihrem Recht auf praktische Verhinderung des Bau's des AKW Brokdorf festhalten. Alle AKW-Gegner wurden eine erneute Großkundgebung am Bauplatz in Brokdorf vorzubereiten. Als Zeitpunkt werden Juni, Juli oder August ins Auge gefaßt. Kläglichen Schiffbruch erlitten bei dieser Diskussion die Vaterlandsverteidiger der „KPD", die unbedingt die Parole „Kein AKW in Magdeburg, Greifswald und anderswo" verabschiedet haben wollten (Dieser Antrag wurde mit 1: 23 : 6 abgelehnt!)

AKW-Gegner – auf zum 1. Mai

Einmütigkeit herrschte auf der Landeskonferenz über die Notwendigkeit, sich am 1. Mai an den Demonstrationen zu beteiligen. Folgende Resolution wurde von der LK dazu verabschiedet: *„Anläßlich der Demonstrationen bzw. Kundgebungen zum 1. Mai ruft die Landeskonferenz der BUU alle AKW-Gegner dazu auf, sich an diesen zu beteiligen und ihre Forderungen wirksam gerade auch in der Arbeiterschaft zu vertreten. Die LK wendet sich dagegen, daß das Atomenergieprogramm der Bundesregierung trotz Protest zigtausender Menschen durchgesetzt werden soll.*

Wir protestieren insbesondere gegen die Politik der DGB-Führung, die sich hinter das Atomprogramm stellt, u.a. mit der demagogischen Begründung „Atomenergie schafft Arbeitsplätze", und die den diesjährigen 1. Mai offen als Propagandaforum für AKW's nutzen will, wobei sie sogar in zunehmendem Maße repressiv gegen AKW-Gegner vorgeht.

Wir treten dafür ein, unsere Forderungen öffentlich auf die Strasse zu tragen, vor allem innerhalb von DGB-Demonstrationen.

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO
KEINE ATOMMÜLLDEPONIE UND WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE
WEG MIT DEN ERMITTLUNGS- UND STRAFVERFAHREN
KEINE KRIMINALISIERUNG VON AKW-GEGNERN
KEINE GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE GEGEN AKW-GEGNER
WEG MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANNÖVERN DER POLIZEI
WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM
SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES ATOMPROGRAMMS DURCH DIE DGB-FÜHRUNG"

Vorbereitung der nächsten Bundeskonferenz

Einigkeit herrschte auf der LK auch über die Teilnahme an der nächsten Bundeskonferenz aller Bürgerinitiativen gegen AKW's, die aller Voraussicht nach am 7.Mai in Hannover stattfinden wird. Um die Zusammenarbeit der AKW-Gegner zu verbessern, wurde vorgeschlagen, bundesweit Regional- und Landeskonferenzen aufzubauen. Im norddeutschen Raum wird bereits an dem Aufbau einer fünften Landeskonferenz gearbeitet, was von den Delegierten der LK in folgender Resolution einstimmig begrüßt wurde: *„Zur Vorbereitung der Osterkundgebung gegen das AKW Krümmel hat sich in der Region Elbe/Nord eine Zusammenarbeit zwischen den Initiativen Geesthacht, Lauenburg, Reinbek, Bergedorf, Ahrensburg, Winsen und Lüneburg entwickelt. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Initiativen soll auch nach Ostern fortgeführt werden, mit dem Ziel einen fünften Regionalverband der BUU zu gründen. Die Landeskonferenz der BUU begrüßt diese Zusammenarbeit und fordert die Initiativen dieser Region auf, verstärkte Anstrengungen zur Gründung eines weiteren Regionalverbandes zu unternehmen."*

Konzertreihe der Gruppen „Oktober" und „Schmetterlinge" vom 26.4. - 18.5.77

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
......
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?

Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegesschmaus?
Alle 10 Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
(B. Brecht, Fragen eines lesenden Arbeiters)

Aus der Geschichte lernen – eine Frage des Standpunkts: Welche Geschichte wollen wir lernen? Die Geschichte der „großen Männer"? Oder die Geschichte des Volkes, das die „Spesen" bezahlen mußte – und die offiziell totgeschwiegen wird?

Auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD – um Lohnraub und Rationalisierung, um Berufsverbote, Kernkraftwerke, legalisierten Todesschuß usw. – zeigen, wie wichtig es ist, aus den Erfahrungen zu lernen, die Generationen von Menschen vor uns mit dieser oder ähnlichen Gesellschaftsordnungen gemacht haben; wie wichtig es ist, zu wissen, wie wir uns wehren können – und wohin wir selber wollen.

Daß „Aus der Geschichte lernen" nicht Auswendiglernen großer Namen und dazugehöriger Jahreszahlen heißt, sondern Spaß machen kann, zeigen die Gruppen *„Oktober" (1871 – Die Pariser Kommune)* und *„Schmetterlinge" (verbesserte Fassung der Proletenpassion)* mit ganz unterschiedlichen Mitteln: mit ausgefeilten Gesangssätzen und schauspielerischen Einlagen oder mit kraftvoller Rockmusik und technischen Hilfsmitteln (Dias, Tonbandcollagen und dergleichen). Über die Vermitthung der jeweiligen Inhalte hinaus stellen sich damit auch unterschiedliche Möglichkeiten, politische Musik zu machen, zur Diskussion.

Mit dem Ziel, eine solche Diskussion auf einer praktischen Grundlage führen zu können, hat bereits im Herbst letzten Jahres eine Konzertreihe mit „Oktober" und den „Schmetterlingen" (in Hamburg, Frankfurt und Westberlin) stattgefunden. Die Tatsache, daß diese Konzerte von über 5.000 Menschen besucht wurden, zeigt, daß an politischer Musik und auch an der Diskussion über diese Form von fortschrittlicher Kulturarbeit großes Interesse besteht. Dieses Interesse hat sich auch in der Gründung einer *„Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender" (IfK)* in Hamburg und Westberlin ausgedrückt. In der IfK arbeiten inzwischen außer Musikern auch Theaterleute, Grafiker, Fotografen, Filmer usw. mit. Seit Februar gibt die IfK eine „linkslastige" Kulturzeitschrift mit dem Namen *„TriBühne"* heraus (zu beziehen über Kalla Wefel / Peter Robert, 2 Hamburg 13, Dillstr. 6).

Auch die kommende Konzertreihe wird in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Organisationen und Initiativen organisiert. Die Hamburger Aktionseinheit (KB, SB, GIM, ESG, IfK) schlägt vor, 25 % der Erlöse an den Rechtshilfefonds der Alternativpresse zu überweisen und die restlichen 75 % gleichberechtigt an örtliche Initiativen zu spenden, die von den jeweiligen örtlichen Trägern der Konzertreihe festgelegt werden.

Tourneeplan:

26.4. Lübeck, Collosseum – 27.4. Kiel, „ball pompös" –
30.4. Osnabrück, Aula der Fachhochschule (nur „Oktober") –
1.5. Frankfurt, Volksbildungsheim – 3.5. Bielefeld, Uni –
4.5. Bochum, Uni – 9.5. Darmstadt (–) – 10.5. Münster, (–) –
11.5. Nürnberg, Genossenschaftssaal – 12.5. Kassel, Aula der Ing.schule –
13.5. Göttingen, Uni – 14.5. Hannover, Mensa der TU mit W. Mossmann –
15.5. Westberlin, Taverne, mit W. Mossmann – 16.5. Bremen, Uni –
17./18.5. Hamburg, Audimax – 20.5. Aachen, Audimax – 21.5. Köln (–)

(geringfügige Änderungen vorbehalten; die Konzerte beginnen in der Regel um 18 Uhr)

Veranstaltung des Kinderhauses Heinrichstraße



Hamburg. Unter Beteiligung von 500 bis 600 Kindern und ca. 1.800 Erwachsenen fand am 15.4. eine Veranstaltung des Kinderhauses Heinrichstraße in der Hamburger Universität statt.

Zu Beginn führte das „Klecks"-Theater das Stück „Ruhe im Karton" auf, was für die Kinder viel Anlaß zum Lachen gab. Die Kinder des Kinderhauses sangen Lieder mit selbstgemachten Musikinstrumenten und führten einen „Apel-Sketch" auf.

Es wurde ein einstündiger Film vorgeführt, der die Entstehungsgeschichte und Entwicklung des Kinderhauses zeigte und einen guten Einblick in die alternative Erziehungspraxis gab und die Schwierigkeiten bei der Mitbestimmung der Eltern, Kinder und Erzieher aufzeigte.

Interviews wurden gemacht zu den Problemen alleinstehender Mütter (ca. 60% alleinstehende Elternteile gibt es im Kinderhaus, nach Kinderhaus-Info Nr. 3) und zum Thema „Strafe ja oder nein?".

In einer Rede wurde vom Kinderhaus über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung mit der Behörde informiert. Daß der Prozeß „Ole gegen Apel" (eine alleinstehende Mutter erreichte in einer einstweiligen Verfügung, daß die Behörde verpflichtet wurde, sie zunächst für ein halbes Jahr zu unterstützen) gewonnen wurde, wurde mit starkem Beifall begrüßt. Zur Zeit führen weitere Eltern sowie der Verein Kinderhaus e.V. ähnliche Prozesse gegen die Behörde. Da die Prozesse eine weitere starke finanzielle Belastung für die Elterninitiative darstellen, wurde zur Einrichtung eines Solidaritätsfonds aufgerufen.

Nach Vorstellung der Kinderhausleute sollte dieser Solidaritätsfond auch anderen Initiativen, die in finanzieller Not sind, zur Verfügung stehen.

Weiter konnte das Kinderhaus auf einen reichen Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen, Jugend-, Kinder und Elterninitiativen und Frauenhausprojekten hinweisen. Für die breite Solidarität, die das Kinderhaus erfahren hat, wurde sich herzlich bedankt. Auf Grund dieser breiten Unterstützung aus allen Kreisen der Bevölkerung sei es überhaupt möglich gewesen, bis heute, über 10 Monate hinweg, die Arbeit aufrecht zu erhalten. Nach Information des Kinderhauses konnten ca. 15.000 DM auf der Veranstaltung eingenommen werden. Dieses wird fürs Kinderhaus sicher ein guter Anfang sein, in die nächste Runde zu gehen!

Neu herausgegeben wurde vom Kinderhaus kürzlich das pädagogische Konzept „Das machen wir anders" (1,- DM). Regelmäßig erscheinen die Vereinsnachrichten (-,50 DM). Der Kinderhausfilm ist sowohl als Video-Film, wie auch als 16 mm - Film übers Kinderhaus oder das Medienpädagogische Zentrum Hamburg zu beziehen:

Kinderhaus Heinrichstraße
Heinrichstraße 14
2 Hamburg 50
Tel. 43 39 49

Medienpädagogisches Zentrum
Thadenstraße 103 a
2 Hamburg 50

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg